Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 43
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, I: Öffentlich)
5. Juli 2011

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung* -

der 43. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 26. Mai 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen	1 - 111

- Herr Reinhold Ollig
  gemäß Beweisbeschluss 17-183
- Herr Prof. Dr. Klaus Otto Naß
  gemäß Beweisbeschluss 17-145

* Hinweis:
Die wesentlichen Korrekturen der Zeugen Reinhold Ollig (Anlage 1) und Prof. Dr. Klaus Otto Naß (Anlage 2) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige Beweisaufnahmesitzung. Wir werden als Zeugen bei uns haben: Herrn Reinhold Ollig - Herr Ollig, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde - und dann später Herrn Professor Dr. Klaus Otto Naß.

Der **einzige Punkt der heutigen Tagesordnung** ist:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Reinhold Ollig
gemäß Beweisbeschluss 17-183

Herr Prof. Dr. Klaus Otto Naß
gemäß Beweisbeschluss 17-145

Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich die Medien, die überhaupt nicht im Raum sind, Ton- und Bildaufnahmen einzustellen. Ich muss aber auch die Zuschauerinnen und Zuschauer darauf hinweisen, die da sind, dass es nach einem Beschluss des Ältestenrates vom 16. September 93 nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Videokameras oder eben auch Handys mit entsprechenden Funktionen zu nutzen. Darum bitte ich, dieselbigen auch auszustellen. Nichtbeachtung kann gegebenenfalls sogar strafrechtliche Konsequenzen neben dem dauerhaften Ausschluss von Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses haben.

Vernehmung des Zeugen Reinhold Ollig

Herr Ollig, nach diesen formalen Ansagen herzlich willkommen! Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonbänder werden dann nach Fertigstellung des Protokolls auch wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-183, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Darüber hinaus ist für die heutige Vernehmung eine Aussagegenehmigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung ergangen.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des PUAG können Sie die Auskunft über solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Person beginnen, und ich möchte Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Alter vorzustellen, und möchte zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch aktuell ist.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist richtig. Die Adresse ist noch gültig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Und Ihren Namen und Ihr Alter.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ich heiße Reinhold Ollig, bin 61 Jahre alt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Wenn Sie es wünschen, Herr Ollig, können Sie entsprechend § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zunächst einführen. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Weg zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen weiteren Standort obertägig, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Wenn Sie nicht möchten, dann würden wir gleich mit den Fragen beginnen.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich würde es vorziehen, wenn Sie gleich mit den Fragen beginnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann machen wir das. - Herr Ollig, ein zentraler Punkt im Rahmen unserer Untersuchungen hier ist ein Gespräch bei der BGR in Hannover am 11. Mai 1983. Teilgenommen haben damals unter anderem Vertreter der BGR, der PTB, des Bundeskanzleramtes, des Bundesinnenministeriums und des Bundesforschungsministeriums. Herr Dr. Alois Ziegler, Ihr damaliger Vorgesetzter, nahm als BMFT-Vertreter an dieser Sitzung teil. Und es gab eine Äußerung von Herrn Dr. Matting, der auch schon als Zeuge hier bei uns war, dem Vertreter des BMI, nämlich dass das BMI nicht wolle, dass andere Standortvorschläge in diesen Bericht, der ja für diese zentrale Lenkungsentscheidung die Grundlage liefern sollte, letztendlich aufgenommen werden. Der damalige Leiter der Abteilung SE der PTB, Professor Röthemeyer, hat diese Äußerung von Herrn Dr. Matting als Weisung aufgefasst. Das kann man im Stenografischen Protokoll in der endgültigen Fassung der 10. Sitzung, Seite 7 bis Seite 31 nachlesen. Können Sie über dieses Gespräch berichten? - Natürlich nicht, weil Sie nicht direkt dabei waren. Aber hat Ihr Vorgesetzter, Herr Dr. Ziegler, Ihnen darüber berichtet? Wie ist es nach dem Gespräch sozusagen, also nachlaufende Beratungen, dann in Ihrem Hause verlaufen? Was haben Sie für Schlussfolgerungen gezogen? Hat er möglicherweise sogar über diese Weisung gesprochen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich darf antworten? - Herr Ziegler hat natürlich berichtet. Wir haben im Referat eine durchaus offene und auch sachliche Kommunikation gehabt. Herr Ziegler hat ja hier vorgetragen für die Bundesregierung, die damals betroffenen Ministerien. Das war das Forschungsministerium - wir haben die Standorterkundung finanziert -, das war das BMU - das war die atomrechtlich vorgesetzte Behörde der PTB -, und das war das Wirtschaftsministerium, dem die PTB ansonsten untersteht. Wir waren uns alle darüber im Klaren, dass, ich glaube, 1977 die Entscheidung gefallen war auf politischer Ebene, eben nur einen Standort zu untersuchen. Wir sahen uns eigentlich nicht in der Lage, dieses außer Kraft zu setzen, auch nicht aufgrund von irgendwelchen Standorterkundungsergebnissen. Insofern hat Herr Matting da natürlich recht gehabt. Es war entschieden worden, politisch, den Salzstock Gorleben zu untersuchen. Und die Hälfte hatten wir hinter uns. Das war[1] die Tiefbohrung[2] und die Erkundung des Deckgebirges, und die Erkundung des Salzstockes stand noch aus. Wenn es nun tatsächlich so dramatische Ergebnisse gegeben hätte, dass man ins Auge hätte fassen müssen, einen anderen Salzstock parallel vorzuschlagen, hätte man das tun können. Aber dafür fehlte die fachliche Basis zu diesem Zeitpunkt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage, die ja letztendlich auch die zentrale Frage dieses Ausschusses ist, ist, ob insbesondere bei der Vorbereitung dieser zentralen Lenkungsentscheidung, nicht zuletzt auch bei der Vorbereitung dieses Zwischenberichtes, mit kritischen Befunden manipulativ umgegangen worden ist, also ob man tatsächlich verhindert hat, dass die aufgenommen worden sind in diesen Bericht, ob man Wissenschaftler möglicherweise eingeschüchtert hat, ob man eben durch eine Weisung untergeordnete Bundesoberbehörden, wissenschaftliche Behörden dazu gebracht hat, vielleicht nicht die ganze Wahrheit sozusagen zu präsentieren im Rahmen dieses Berichtes. Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vorsitzende, wir sind hier mit den Standortdaten doch

[1] Richtigstellung des Zeugen: streiche „r“, setze „ren“, Anlage 1
[2] Richtigstellung des Zeugen: streiche „g“, setze „gen“, Anlage 1

relativ offen umgegangen. Ich erinnere daran, dass es zwei öffentliche Sitzungen gegeben hat, eine vor dem Schachtabteufen,[3] nenne ich es mal, wo die Öffentlichkeit über die Hintergründe und die Ziele informiert wurde. Dann gab es 1981, wenn ich mich recht entsinne, in Gorleben eine öffentliche Anhörung. Wir haben gemeinsam mit dem Land Niedersachsen eine Informationsstelle von Bund und Land eingerichtet, wo viele Berichte ausgelegt wurden. Also, wir sind sehr offen eigentlich auch mit den Kritikern umgegangen. Das konnten Sie ja in jeder Zeitung nachlesen. Ich glaube, es wäre unmöglich gewesen, irgendeinen Kritiker dort so zu verstecken, dass er nicht in irgendeiner Zeitung Gelegenheit gehabt hätte, seine Kritik darzulegen. Und insofern kann ich nur sagen, alle Ergebnisse wurden auch im Ressortkreis und gemeinsam mit der PTB, gemeinsam mit der BGR und auch mit der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, die ja auch gegründet wurde, doch sehr, sehr offen diskutiert.

Parallel dazu gab es die Reaktor-Sicherheitskommission - die gab es damals schon -, die sich dann auch mit diversen Kritikern befasst hat, die[4] sogar vorgeladen hat. Also, insofern glaube ich, dass es eigentlich an Transparenz an keiner Stelle gefehlt hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kommen wir trotzdem noch mal zu diesem Gespräch am 11. Mai, weil das eine ganz zentrale Rolle hat in unseren Untersuchungen hier. Das Erscheinen der Ministerialen in dieser Runde hat offensichtlich einiges Erstaunen ausgelöst. Also, man weiß gar nicht: Wie sind die da eigentlich plötzlich auf die Idee gekommen, da hinzuzukommen? Da würde ich gerne wissen: Hat es denn im Vorfeld dieses Gespräches bei Ihnen im Hause oder zwischen den Ressorts möglicherweise Abstimmungen gegeben? Hat man gesagt: „Da wollen wir aber jetzt hinfahren in der und der Intention“? Hat es dazu Weisungen möglicherweise aus dem Bereich Ihrer Vorgesetzten gegeben? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, da kann ich mich in keinster Weise dran erinnern. Ich weiß auch nicht, wer zu diesem Gespräch eingeladen hat, was bei der BGR stattgefunden hat, ob es die BGR war, ob es die PTB war, wer immer das war. Ich habe auch in den Unterlagen keine Einladung gefunden. Insofern weiß ich nicht, wie - - ob das in meiner Urlaubszeit war, keine Ahnung. Ich kann auch über das Ergebnis nicht mehr sagen als das, was mir Herr Ziegler berichtet hat, und das, was Sie zu recht, Frau Vorsitzende, gerade gesagt haben: dass dort Herr Matting die Position, die die Bundesregierung hatte, nämlich zuerst den Salzstock Gorleben zu untersuchen und[5] das mit dem Land Niedersachsen abgestimmt war - -[6] dass das weiterhin die Position der Bundesregierung war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Sie wissen nicht wirklich, warum Herr Dr. Ziegler jetzt auf die Idee gekommen ist, an diesem Gespräch teilzunehmen, wie es dazu kam letztendlich, weil das immer noch trotz vieler, vieler Nachfragen im Dunkel der Geschichte ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es war so, dass die Ressorts immer im Dreiklang aufgetreten sind. Ich kann mich an keine Alleingänge in diesem Beritt erinnern. Wenn Herr Matting dort als die formelle Aufsichtsbehörde über die PTB oder auch über das Verfahren gesagt hat: „Ich will an dieser Besprechung teilnehmen“, da hat er natürlich das Recht dazu, und dann hat er seine Ressortkollegen informiert, und dann ist man dahin gefahren. Also, ich halte das auch für einen völlig normalen Vorgang. Die PTB kann auch Besprechungen alleine machen. Wir haben uns da längst nicht in jede Besprechung reingedrängt; so war das nicht. Also, wir hatten auch noch was anderes zu tun. Und von daher halte ich das nicht für einen so dramatischen Vorgang. Aber, wie

[3] Ergänzung des Zeugen: „so“, Anlage 1
[4] Ergänzung des Zeugen: „sie“, Anlage 1
[5] Ergänzung des Zeugen: „dass“, Anlage 1
[6] Richtigstellung des Zeugen: streiche „war--", setze „war, vorgetragen hat und“, Anlage 1

gesagt, mir fehlen die Unterlagen, und ich glaube, Sie haben auch nicht alle Erkenntnisse, was letztlich zu diesem Gespräch geführt hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist so. Die versuchen wir jetzt tatsächlich zu komplettieren. Ja, das ist die Aufgabe dieser Zeugenvernehmungen auch.

Es gibt ein Fernschreiben vom 13. Mai 1983, was hier auch schon mehrfach eine Rolle gespielt hat, unterzeichnet von Dr. Ziegler im Auftrag, an die PTB, nachrichtlich auch an die BGR und an BMI. Das Fernschreiben nimmt Bezug auf diese Besprechung vom 11. Mai, über die wir gerade schon gesprochen haben. Und darin gibt es den Vorschlag von Dr. Ziegler an die PTB, den PTB-Bericht zu ändern. Herr Dr. Ziegler hat in seiner Vernehmung am 24. März gesagt - wörtliches Zitat -

> Ich hatte schon erwähnt, dass ich mit einem Fax vom Mai 83 … überrascht worden bin, das mir vorgelesen worden ist, und ich konnte dazu nur sagen: Es klingt so, als hätte ich das geschrieben.

Das hat er hier gesagt. Also, er konnte sich offensichtlich nicht wirklich daran erinnern. Das ist bei uns zu finden - für das Protokoll - im Stenografischen Protokoll der 39. Sitzung, Seite 12.

Ein bestimmter Abschnitt des PTB-Berichtes sollte mit der Aussage schließen - ich zitiere -,

> dass nach Einschätzung der Fachleute die noch zu erzielenden Ergebnisse und abzuleitenden Aussagen die Eignungshöffigkeit des Salzstocks voraussichtlich nicht in Frage stellen können.

Und das Telefax endet dann mit der Äußerung - wieder Zitat -:

> Im übrigen bitte ich, den vermutlich hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts über den Hauptanhydrit, der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken.

Dann gibt es eben auch noch die Bitte von Herrn Dr. Ziegler an die PTB, die Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk aufzubauen, und das findet man nun wieder in MAT A 99, Band 17, Paginierung 101220 und 101221 sowie MAT A - - Nein, alles gut. Dazu möchte ich wissen: Hatten Sie Kenntnis von diesem Fernschreiben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe später von dem Fernschreiben Kenntnis bekommen; Herr Ziegler hat es mir gezeigt. Er war ein sehr ordentlicher Beamter. Er hat das dann alles zu den Akten verfügt. Der Aktenweg führte dann schließlich über meinen Schreibtisch. Insofern habe ich das kennengelernt. Ob ich das Schreiben so geschrieben hätte, ist eine völlig andere Sache. Ich kann mich aber an den Vorgang erinnern; denn die PTB hat gemeinsam mit der BGR einen Bericht verfasst, diesen berühmten Zwischenbericht, der dann im Grunde genommen die Grundlage sein sollte für eine Kabinettsentscheidung über das Schachtabteufen. Dieser Bericht war in einem ersten Entwurf - und ich glaube, damit hat sich Herr Ziegler dann beschäftigt - ein ziemlich unsortiertes Werk. Ich sage das jetzt mal ganz ungeschützt. Es tauchte auf jeder - legen Sie mich bitte nicht fest - dritten, vierten Seite der hypothetische Störfall Laugenzutritt über einen möglichen Anhydrit, von dem Sie gar nicht wissen, ob er tatsächlich in diesem Salzstock dort an der Stelle, wo man ein Endlager geplant hat, tatsächlich stattfindet, auf. Insofern ist die Äußerung von Herrn Ziegler, dieses etwas[7] nicht in das Zentrum zu rücken - -[8] Dieses sollte erwähnt werden; das ist auch völlig klar; aber es muss nicht auf jeder dritten Seite stehen.

Es ist jedem klar der alte Bergmanngrundsatz: Vor der Hacke ist es duster. So, dann haben wir uns gefragt: Was braucht denn - - oder:[9] Auf welcher Grundlage kann man denn tatsächlich eine Kabinettsentscheidung treffen über das Schachtabteufen? Und dann muss doch irgendwo stehen, ob die Erwartungen, die man an die bisherige Erkundung gestellt hat, eingetroffen sind oder ob es Befunde gibt, die dem widersprechen. Dieses stand auch irgendwo in diesem Bericht. Aber das stand dann - ich sage mal - auf Seite 43. So, dann haben wir die PTB darauf hingewiesen, dass das doch

[7] Richtigstellung des Zeugen: streiche „etwas“, Anlage 1
[8] Richtigstellung des Zeugen: streiche „- -″, setze „verständlich.“, Anlage 1
[9] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ Was braucht denn -- oder: ”, Anlage 1

eine ganz zentrale Aussage ist, die nicht verändert werden müsste oder wegfallen sollte, sondern dass die wirklich an zentraler Stelle steht, sodass man tatsächlich sagen kann: Ja, ich kann die weiteren Investitionen rechtfertigen, die dann zur untertägigen Erkundung führen. - Dieses wurde ganz offen auch mit der PTB besprochen. Es gab da auch keinen Dissens.

Und so ist dann schließlich dieser Bericht langsam aggregiert worden, bis jeder gesagt hat: Ja, okay, damit kann ich mich identifizieren. - Es hat hier keine Weisung stattgefunden, irgendetwas wegzulassen oder unter den Tisch zu kehren. Also, Herrn Zieglers Bemerkung, die Sie gerade zitiert haben, ist sinngemäß so zu verstehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber dennoch ist die Wertung von Befunden nach dieser Besprechung oder die Gewichtung von Befunden oder die Positionierung der Befunde im Bericht nach diesem Gespräch eine andere gewesen als vor dem Gespräch. - Sie schütteln den Kopf. Das muss ich auch für das Protokoll sagen. Ich würde Sie natürlich fragen: Ist da was fachlich geschönt worden, oder wie ist das aus Ihrer Erinnerung gewesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, hier ist nichts fachlich geschönt worden. Ich sagte das gerade noch[10] einmal. Es ist strukturell an den Bericht rangegangen worden. Wir haben ja eine Verantwortung für diese Kabinettsvorlage, und wir legen eben nicht jedes Papier dem Kabinett vor. Das passiert auch in anderen Ausschüssen hier im Deutschen Bundestag, dass solche Dinge sorgfältig überarbeitet werden und bearbeitet werden. Das haben wir auch getan. Es ist kein einziger - ich sage mal - fachlicher Befund verändert worden oder gesagt worden, dass der nicht da reingehört, um Himmels willen! Das darf man also bei einer so brisanten Sache nun wirklich nicht machen. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer. Und da sind im Grunde genommen die Fakten von Anfang an bis zum Ende gleich. Dass die - ich sage mal - etwas besser strukturiert wurden als im ersten Entwurf, das ist, glaube ich, völlig klar, und das kann jeder verstehen.

[10] Richtigstellung des Zeugen: streiche „gerade noch“, setze „schon“, Anlage 1

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, ich möchte mich diesem Sachverhalt noch mal von einer weiteren Seite nähern. Sie haben im Auftrag des BMFT ein Schreiben verfasst am 23. März 1983 an das Referat RS-AGK 3 des BMI zu Händen Herrn Dr. Matting. Der Betreff des Schreibens ist der zusammenfassende Zwischenbericht, und es ist eine Einladung in Abstimmung mit der BGR und der PTB zu einem Abstimmungsgespräch über den PTB-Zwischenbericht am 13. April 83 in der BGR. Das findet man bei uns unter MAT A 95, Band 7, Paginierung 25 bis 27.

Da meine Frage: Professor Herrmann, der sich ja durchaus kritisch mit dem Salzstock auseinandergesetzt hat, war an dem PTB-Zwischenbericht beteiligt, wurde aber nicht zu dem Abstimmungsgespräch eingeladen. Was war der Grund dafür?

Zeuge Reinhold Ollig: Da kann ich mich im Moment nicht dran entsinnen, warum oder ob Herr Herrmann eingeladen wurde. Herr Herrmann hat sich durchaus kritisch zu verschiedenen Punkten geäußert, hat sich generell zur Endlagerung in Salz kritisch geäußert. Er ist auch vor[11] der RSK geladen worden, also vor der[12] Reaktor-Sicherheitskommission, und hat dort seine Bedenken vorgetragen. Ich war dabei. Ich bin selbst Geologe. Das Ganze war, um ehrlich zu sein, wenig überzeugend. Zur Standorterkundung Gorleben hat sich Herr Herrmann extrem zurückgehalten. Er hat vielmehr - und das Schreiben habe ich, glaube ich, in den Unterlagen - - Er wurde von der Bürgerinitiative gebeten, sich doch aktiv in die Diskussion über die Eignung des Salzstocks Gorleben oder die Untersuchung des Salzstocks Gorleben einzuschalten. Er hat geschrieben, dass er es ablehnt, bevor Untersuchungsergebnisse vorliegen, sich in solch eine Diskussion einzumischen. Er hat[13] seine Studenten immer angeleitet, zunächst die Untersuchung zu machen und dann eine Bewertung vorzunehmen und dieses nicht umgekehrt zu machen. So viel kann ich dazu sagen. Ansonsten glaube ich, dass, wenn er

[11] Richtigstellung des Zeugen: streiche „r“, setze „n“, Anlage 1
[12] Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, setze „die“, Anlage 1
[13] Richtigstellung des Zeugen: streiche „t“, setze „tte“, Anlage 1

nicht eingeladen war, vielleicht war es ein Büro - -[14] Ich weiß es nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, das ist natürlich auch eine unserer zentralen Fragen, die wir versuchen zu lösen: Gab es im Zusammenhang mit diesem Gespräch im April 83 konkrete Vorgaben seitens des BMFT, anderer Bundesministerien, wie denn der Zwischenbericht sozusagen auszusehen habe, dass man da also versucht hat sozusagen, zu lenken, nicht nur zu strukturieren, sondern zu lenken?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, von Lenkung kann da wirklich keine Rede sein. Hier waren es Fachbehörden, die dort ihre Einschätzung abzugeben hatten. Das war in erster Linie natürlich die BGR, die sich mit den Ergebnissen ja beschäftigt hat. Dieses war von uns so gefordert. Da gab es auch nichts dran zu verdrehen oder umzukehren. Es war dann die PTB. Und auch die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern hat da ihre Erkenntnisse eingebracht. Es ging ja insbesondere auch um das Deckgebirge: Kann man sichere Schächte abteufen etc. pp.? Und von daher kann ich nur sagen, es gab keine fachliche Einflussnahme auf diesen Bericht. Strukturell, glaube ich, war das sehr gerechtfertigt; aber inhaltlich haben wir dort nichts verändert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben weiter vorliegen, Herr Ollig, eine von Ihnen erstellte Leitungsvorlage vom 19. Juni 1981, die von Ihrem Vorgesetzten Dr. Ziegler abgezeichnet worden ist. Der Betreff wiederum: „Zwischenergebnisse der Standorterkundung in Gorleben“. Und der Inhalt ist der Entwurf einer gemeinsamen Vorlage von BMI und BMFT für das sogenannte Nuklearkabinett. Hier heißt es unter „B. Vorschlag für einen Beschluß“ - ich zitiere -:

> Die Bundesminister Baum und Dr. v. Bülow werden gebeten, in Gesprächen mit dem Land Niedersachsen politisches Einvernehmen anzustreben über die Aufnahme zusätzlicher Eignungsuntersuchungen ab 1982 zur Errichtung eines Endlagers unter Fortsetzung der Untersuchungen am Salzstock Gorleben.

Das ist MAT A 99, Band 8, Paginierung 050068 bis 050072.

Niedersachsen hatte aber doch nun am 22. Februar 77 gegenüber der Bundesregierung den Salzstock in Gorleben als einzigen Standort für ein mögliches Endlager benannt. Warum ist dann 1981 noch mal die Frage alternativer Standorte aufgeworfen worden?

Zeuge Reinhold Ollig: Sie haben recht, Frau Vorsitzende, es gab diesen Vorschlag des Landes Niedersachsen oder - Sie können auch sagen - die ultimative Freigabe nur des Salzstockes Gorleben für Untersuchungen, die man natürlich, weil der Salzstock schon von seiner Größe her alleine Endlagerpotential in größerem Umfang erwarten ließ - - Diese Erkundung musste man machen. Gleichzeitig gab es aber einen Beschluss, dass man mögliche alternative Standorte nicht aus den Augen verliert. Und ich habe in meinen Unterlagen gefunden, dass ich damals auch völlig unabhängig davon einmal den Kosten- und Zeitbedarf abgeschätzt habe. So was hat man dann schließlich in der Schublade, falls es tatsächlich negative Ergebnisse in Gorleben gibt, die einen dazu zwingen, entweder die untertägige Erkundung oder sonstige Dinge zu tun, den Salzstock aufzugeben zum Beispiel, so dass man dann relativ schnell hätte reagieren können. Das war ein reiner Vorratsbeschluss. Meines Wissens nach ist es aber dann auch nicht dazu gekommen, mit Niedersachsen in konkrete Gespräche einzutreten. Also, das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben von wenigen Tagen vorher in unseren Akten einen handschriftlichen Vermerk von Herrn Hagen aus dem BMI, RS I 7 vom 15. Juni 1981 über ein Gespräch mit Ihnen vom selben Tag - ich zitiere -:

> berichtete BMFT/Ollig folgendes:
>
> Am Freitag … (12.6.) hätten ihm Hegelau, Hädrich + Glatzel/BK, seine … Nukl.-Kab.-Vorlage auseinandergenommen…

[14] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Büro --”, setze „Büroversehen.“, Anlage 1

> Vorlage soll nur noch Endlager Gorleben behandeln. Dabei soll Bedarf an weiteren Endlagerstandorten nicht etwa mit schlechter Kosten-Nutzen-Analyse bezügl. HAW, sondern mit Erfordernissen der Entsorgungsvorsorge begründet werden.

Das findet man unter MAT E 6, Band 28, Paginierung 225. - Inwiefern habe ich das Ganze jetzt zu verstehen? Also, haben die drei Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes jetzt Ihre Vorlage auseinandergenommen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vorsitzende, Manfred Hagen war zu damaliger Zeit der zuständige Referatsleiter. Er wurde dann später abgelöst von Herrn Dr. Ziegler. Und im Zuge dieser - ich sage mal - Vorratshaltung: Wie viel kostet es, einen zusätzlichen Salzstock zu untersuchen, wie lange dauert das, wann kann man mit Ergebnissen rechnen, ist dann die Entsorgungsvorsorge noch in irgendeiner Weise gesichert - - Das waren ja dann die entscheidenden Fragen, die daran hingen. Mit dieser Vorlage bin ich dann aus dem Forschungsministerium in das Bundeskanzleramt gezogen und habe dort mit Herrn Glatzel und dem zuständigen Gruppenleiter Herrn Haedrich gesprochen. Ich kann mich sehr gut an das Interview, sage ich jetzt mal, mit den Kollegen erinnern. Es lief alles darauf hinaus, dass politisch beschlossen war, einen Standort, nämlich den Standort Gorleben, zu erkunden, und dass, solange wir keine negativen Ergebnisse haben, die es rechtfertigen, einen zweiten oder einen anderen zu erkunden, dieser politische Beschluss, auf den sich das Kanzleramt damals eingelassen hatte - - So lange[15] musste man daran[16] festhalten. So haben mir die Herrschaften meine schöne Vorlage im Grunde genommen auseinandergenommen, weil ich auch keine Argumente hatte, zu sagen: „Gorleben ist in Gefahr“, oder: „Wir haben so negative Ergebnisse, wir müssen dort alles abbrechen.“ - Das war sinngemäß die Formulierung von Herrn Hagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber genau das ist ja der Punkt, also die Frage: Gab es negative Ergebnisse, die dann bloß kleingeredet worden sind oder beiseitegeschoben worden sind, oder aber hat sich das eher so entwickelt, wie Sie das gerade versucht haben darzustellen? Das ist genau eine zentrale Aufgabe dieses Ausschusses, genau das herauszufinden, und danach möchte ich Sie jetzt noch mal fragen.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann das nur wiederholen, was ich eben gesagt habe: Es hat keine Manipulation stattgefunden. Wir haben die Ergebnisse offen bewertet. Wir haben sie offengelegt. Wir haben sie offen diskutiert und konnten dann nur sagen, es lohnt sich, in die untertägige Erkundung einzutreten, um dann letztlich zu entscheiden aufgrund einer Gesamtbetrachtung des Systems Salzstock, Deckgebirge, Abfall, alles was dort zusammenkommt, dann zu sehen: Wo und in welcher Menge kann ich welche Abfälle lagern? Es war ja nicht bekannt: Wie ist die Innenstruktur des Salzstockes Gorleben? Gibt es tatsächlich Anhydrit? Wenn ja, an welcher Stelle? Wo fahre ich meine Strecken auf? Wo erkunde ich? Auch die berühmte Frage: „Welche Dimensionen haben die Schächte?“, spielte durchaus eine Rolle. Also, insofern glaube ich, dass das ein sehr erkenntnisorientierter Prozess war, wo es keine Ergebnisse gab, die es rechtfertigten, von diesem Untersuchungsobjekt abzurücken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, ich halte Ihnen noch mal vor aus den Akten zumindest eine Diskrepanz bezüglich der Stellung der Bundesregierung zur Notwendigkeit Erkundung weiterer Standorte oder eben nicht. Da gibt es einen Auszug auf einen von Ihnen am 19. Juni 1981 verfassten Sprechzettel für den Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung - ich zitiere -:

> Die Bundesregierung … hat ihre Auffassung wiederholt, daß im Interesse einer ausreichenden Standortvorsorge auch an weiteren Standorten Eignungsuntersuchungen im Hinblick auf die Errichtung eines Endlagers durchgeführt werden sollten.

Das ist MAT A 108, Band 5, Paginierung 053039.

[15] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- So lange“, setze „, daran“, Anlage 1
[16] Richtigstellung des Zeugen: streiche „daran“, Anlage 1

Und dann gibt es demgegenüber einen Auszug aus dem Beschlussvorschlag des BMI, von Herrn Dr. Fröhlich, vom 5. Juli 1983, also drei Wochen später, für die Kabinettsentscheidung vom 13. Juli 83. Daraus stammt das Zitat:

> Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, neben Gorleben weitere Standorte erkunden zu lassen.

Das ist MAT A 96, Band 16, Paginierung 088570 bis 088576. - Wie kam es zu dieser Änderung in der Haltung der Bundesregierung, also innerhalb von drei Wochen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die letzten beiden Zitate, die Sie mir hier vorgelesen haben, kann ich bestätigen. Das erste, wenn ich selber geschrieben habe - ich kann es kaum glauben -, das wäre tatsächlich gegen - -[17]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Natürlich keine drei Wochen, sondern es waren mindestens zwei Jahre und drei Wochen, Entschuldigung. Das erste - jetzt müssen wir es glattziehen -, der Auszug aus Ihrem von Ihnen angefertigten Sprechzettel für den Chef des Presse- und Informationsamtes, stammt vom 19. Juni 1981, und das zweite Zitat, was ich verwendet habe - das ist der Auszug aus dem Beschlussvorschlag des BMI -, stammt vom 5. Juli 1983. Aber dennoch hat es eine offensichtliche Änderung in der Haltung der Bundesregierung gegeben, nicht in der Kürze der Zeit, aber dennoch. Danach möchte ich gern fragen.

Zeuge Reinhold Ollig: Es gab immer mal wieder - -[18] Also, die Bundesregierung hat natürlich - ich sage es mal so - etwas gelitten unter dieser ultimativen Haltung Niedersachsens, nur einen Standort zu untersuchen. Rein theoretisch hätten wir auch - - hatte man 78[19] gesagt: Wir würden auch gerne drei Standorte untersuchen. - Ich habe hier mal diese sogenannte KEWA-Studie analysiert für eine der öffentlichen Veranstaltungen, die wir in Gorleben gemacht hatten. Insofern gab es früher einmal den Wunsch, mehr Standorte zu untersuchen. Dieses ist aber durch die Entscheidung von Herrn Albrecht nach dem Gorleben-Hearing völlig anders geworden. Insofern gab es dann danach eigentlich keinen Ausweg mehr, wenn es dann so ist, den Standort Gorleben so zu untersuchen, dass man zuerst das Deckgebirge und durch untertägige Erkundung dann auch den Salzstock untersucht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben bezüglich dieser Frage tatsächlich: „Wie beurteilt man aus Sicht des Bundes jetzt die Eignung oder die prospektive Eignung Gorlebens, auch in Bezug auf Sprachregelung zu Gorleben im BMFT?“ eine Unterlage, hier einen Auszug aus einem Vermerk vom damaligen Vorgesetzten von Ihnen, Herrn Dr. Ziegler, vom 20. Mai 1981, über die Informationsveranstaltung am 15. und 16. Mai 81 in Lüchow. Ich zitiere wieder:

> Die bisherige Formel „Es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstockes bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen“ kann nicht mehr beibehalten werden. Eine neue Formel könnte etwa lauten: Beim derzeitigen Stand der obertägigen Erkundung werfen einige Ergebnisse Fragen auf, die einer sorgfältigen Prüfung im Hinblick auf die Eignung des Salzstockes bei Gorleben für die Einlagerung radioaktiver Abfälle bedürfen.

Das findet man unter MAT A 12, Vorgang RS 32514604-6/10.14. Das ist die Paginierung 040079 bis 040082.

Und der Zeuge Dr. Ziegler hat hierzu in seiner Vernehmung am 24. März in diesem Ausschuss gesagt - ich zitiere -:

> Na, na, manche Bilder kommen da doch noch hoch, weil ich sehr, sehr gelitten habe darunter, weil es sehr stressig war.

Aber der Zeuge machte dennoch keine näheren Aussagen, und von daher noch mal die Nachfrage bei Ihnen - das kann man im Stenografischen Protokoll der 39. Sitzung nachlesen auf der Seite 29 -: Wie wurde denn diese Formeländerung diskutiert damals im BMFT? Wo wurde mit dem Vorschlag von Herrn Dr. Ziegler letztendlich in der Folgezeit umgegangen?

[17] Ergänzung des Zeugen: streiche „--“, setze „meine Überzeugung gewesen.“, Anlage 1
[18] Ergänzung des Zeugen: streiche „--“, setze „Ansätze.“, Anlage 1
[19] Richtigstellung des Zeugen: streiche „78“, setze „1978“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Diesen Vermerk hat Herr Ziegler ganz alleine in seinem Büro geschrieben oder abdiktiert; das weiß ich nicht. Er hat mich vorher nicht gefragt. Ich habe das Ding, ich habe den Vermerk dann gesehen. Er hat diese Dinge so bewertet. Wir haben gemeinsam mit PTB und BGR natürlich die Befunde - Stichwort „Rinne“, „Steiler Zahn“, wie es alles hieß -, alle die Dinge, die man dann im Deckgebirge gefunden hat, ebenfalls analysiert, und es ist völlig richtig, was Herr Ziegler schreibt: dass man diese Dinge berücksichtigen muss.

Wenn man nun einen idealen Salzstock mit einer, ich sage mal, meterdicken Tonschicht durchgehend obendrüber, alles wunderbar, so wie man sich in Lehrbüchern einen Salzstock vorstellt, gefunden hätte, dann hätte man sicherlich die ursprüngliche Formulierung beibehalten. Da es sich aber dort um ein natürliches System handelt - - Und ich muss noch mal sagen: Das gesamte norddeutsche Flachland ist aufgrund der eiszeitlichen Bedeckung und den da drunter laufenden Flüssen von solchen Rinnen durchzogen. Das ist also nichts Neues. Insofern war auch dieses, jedenfalls für mich, nicht so, ich sage mal, arg überraschend; für Herrn Ziegler war es vielleicht überraschend. Herr Ziegler ist Physiker und hat sich nie mit, ich sage mal, geologischen Fragen beschäftigt. Er hat das auch immer ganz offen zugegeben. Für ihn war das überraschend, und er hat hier seine persönliche Meinung zu Papier gebracht. Ich glaube, da spricht aber auch nichts aus diesem Vermerk, dass man sich von dem Salzstock und der weiteren untertägigen Erkundung verabschieden müsste.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, die Frage ist erst mal, wann, wie und mit welchem Ergebnis denn jetzt diese Erfordernisse weiter geprüft worden sind. Also, wie ist das weitergegangen? Ist daraus etwas erwachsen infolge - -

Zeuge Reinhold Ollig: Natürlich, Frau Vorsitzende, die BGR und auch die PTB haben sich natürlich dann Gedanken gemacht über das Deckgebirge: Wie kann ich diese Befunde in Richtung Sicherheitsanalyse, ich sage mal, bewerten? Und ich erinnere daran, dass es dann Pumpversuche gegeben hat, deren Ergebnis ich aber jetzt nicht mehr vor Augen habe. Da geht es dann um die Durchlässigkeit des Deckgebirges: Wie ist die Rückhaltefähigkeit des Deckgebirges? Es ist ja nicht so, dass da nun Kubikmeter Wasser durchrauschen; so darf man sich diese Rinne ja nicht vorstellen.[20]Rinne ist da, einige Zeit davor hat mal ein Meer über dem Salzstock gestanden, [21]hat den Salzstock auch nicht weggeräumt.

Also, von daher haben sich alle Beteiligten mit diesem Ergebnis beschäftigt, und letztlich ist es dann auch in dem Zwischenbericht, der der Kabinettsentscheidung zugrunde gelegt war - - ist es ja auch[22] zu einer Diskussion über diese Befunde gekommen, und der Vorschlag von PTB und BGR war eben dann, mit der untertägigen Erkundung zu beginnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, in diese Zeit - - Um noch mal zu gucken: „Also, wie ist man dann mit kritischen Befunden umgegangen, wo hat man weiter geguckt, wie ist das Ganze dann eingeflossen in diesen Zwischenbericht?“ - - Dazu gehört auch die Frage der Befunde bzw. des Umgangs von Befunden von Professor Klaus Duphorn.

Duphorn war auch bei uns hier im Ausschuss am 8. Juli im letzten Jahr, und er wurde ja vom November 79 bis im Dezember 81 in das hydrogeologische Untersuchungsprogramm der BGR mit einbezogen. Herr Duphorn hat hier vor dem Ausschuss bemängelt die Art und Weise des Umgangs BMFT mit ihm als kritischem Wissenschaftler. Er hat sogar davon gesprochen, abqualifiziert und abserviert worden zu sein, und hat uns gesagt, sein Vertrag als zuarbeitender Wissenschaftler sei von der PTB im Dezember 81 trotz Antrag der PTB durch Sie, also

[20] Ergänzung des Zeugen: „Die“, Anlage 1
[21] Ergänzung des Zeugen: „das“, Anlage 1
[22] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- ist es ja auch“, setze „ , “,Anlage 1

durch BMFT, nicht verlängert worden, und Duphorn hat dann hier gesagt:

> Je mehr Bohrungen wir machten, je tiefer wir bohrten, desto schlechter wurden die Bohrergebnisse in Bezug auf die Endlagerung, und meine zunehmende Skepsis hat dem BMFT nicht mehr gepasst.

Das hat er gesagt, nachzulesen im Stenografischen Protokoll, 12. Sitzung, Seite 20 und 21.

Im Gegensatz dazu gibt es ein Schreiben von Ihnen im Auftrag des BMFT an Professor Duphorn vom 3. August 82. Da haben Sie geschrieben - ich zitiere -:

> Dementsprechend lief der in gegenseitigem Einvernehmen geschlossene Vertrag Ende 1981 aus. … Insofern entsprach die Abwicklung Ihrer Vereinbarung mit PTB den einvernehmlich festgelegten Bedingungen und den Erfordernissen des Haushaltsrechts.

Und weiter dann:

> Ein Automatismus bei der Verlängerung von Verträgen besteht nicht.

Und noch mal weiter:

> Insofern habe ich Ihre seit 1979 laufenden Arbeiten keinesfalls als akademische Forschung hingestellt, sondern vielmehr als notwendige Einzeluntersuchung im Rahmen eines breiten Untersuchungsprogramms.

Das findet man unter MAT E 6, Band 29, Paginierung 104 bis 106.

Da möchte ich Sie eben noch mal fragen: Was waren denn aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Erinnerung die Gründe für die Nichtverlängerung des Vertrags mit Herrn Dr. Duphorn?

Zeuge Reinhold Ollig: Da antworte ich gerne drauf, Frau Vorsitzende, ich darf aber der Vollständigkeit halber und für das Protokoll anmerken, dass in diesem Bericht - - oder dass ich in diesem Schreiben auch noch den Umgang mit der Wahrheit, den Herr Professor Duphorn pflegte, kritisiert habe.

So, jetzt komme ich aber zu Ihren Äußerungen. - Herr Duphorn hat im Einvernehmen mit allen Beteiligten einen Untersuchungsauftrag in seiner Eigenschaft als Quartärgeologe bekommen und hat diesen abgearbeitet in[23] Auswertung von Bohrungen etc. pp. Er hatte dann schließlich einen - ich nenne es mal - reißerischen Bericht abgegeben. Da wird von der salinaren Viererbande[24] gesprochen, da werden also Wortschöpfungen aus dem Hut gezaubert; das ist unglaublich.

Dann hat sich Herr Duphorn auch - ich nenne das jetzt mal - verstiegen, Dinge, ich sage mal, zu kritisieren, wo er nun wirklich kein Experte ist. Herr Duphorn war gefragt als Quartärgeologe und sollte das Quartär beurteilen, und das war es. Und wenn ich Schachtexperten frage: „Kann ich in dem Deckgebirge einen Schacht bauen, einen standsicheren Schacht bauen?“, dann frage ich Schachtbauexperten, aber da frage ich nicht Herrn Duphorn. So. Und wenn es darum geht, die Tektonik eines Salzgebirges und die Strukturen in einem Hauptanhydrit zu untersuchen, dann frage ich die BGR, aber dann frage ich keinen Quartärgeologen; insofern hat Herr Duphorn da ziemlich weit ausgeholt.

Ich habe ihm dann Briefe geschrieben. Ich habe auch mit ihm gesprochen. Ich habe ihm auch freigestellt, wenn er sich durch meine Äußerungen verletzt fühlt, was ich nicht beabsichtigt habe - das können Sie mir glauben -, kann er jederzeit zum Instrument einer Dienstaufsichtsbeschwerde greifen. Ich habe meine Vorgesetzten natürlich darüber informiert, und damit war der Fall für mich im Grunde genommen erledigt.[25]

Die PTB hat natürlich weiterhin mit den Ergebnissen von Herrn Duphorn gearbeitet.[26]

Das Ziel, was Herr Duphorn angeblich - das habe ich aber dann von dritter Seite gehört - damit erzielen wollte, war im Grunde genommen, seine Karriere als Quartär-[27]geologe dadurch aufzubessern, dass er in ganz Norddeutschland das Deckgebirge untersucht: Wo ist eine Rinne? Wo ist keine Rinne? Das kann man dann mit einem flä-

[23] Richtigstellung des Zeugen: streiche „in“, setze „mit der“, Anlage 1
[24] Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen „salinaren Viererbande“”, Anlage 1
[25] Richtigstellung des Zeugen: Kein Absatz, Anlage 1
[26] Ergänzung des Zeugen: Absatz, Anlage 1
[27] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, Anlage 1

chendeckenden Programm natürlich machen. Insofern kann man aus dieser Sicht vielleicht seine etwas reißerischen Ausführungen verstehen. Das Ganze war angelegt auf Effekthascherei, und wir haben das gemeinsam mit der BGR und der PTB versucht einmal nüchtern abzuarbeiten, und das ist dann schließlich da[28] herausgekommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben einführend zur Antwort auf diese meine Frage gesagt, der Umgang von Herrn Professor Duphorn mit der Wahrheit - - den hätten Sie auch angesprochen in Ihren Briefen. Können Sie das noch mal ausführen, etwas näher qualifizieren, sagen, was Sie damit sagen wollten?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, er hat mich irgendwo in der Öffentlichkeit unter Weglassung von einigen Formulierungen falsch zitiert, sodass diese Äußerung völlig sinnentstellend war - klassisch nennt man so was „Emser Depesche“ -, und da habe ich ihn darauf hingewiesen, dass das so nicht in Ordnung ist. Das steht, glaube ich, auf der Seite 2 dieses Schreibens.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbart: Herr Ollig, vielen Dank. Damit haben wir viele, viele Punkte, glaube ich, die den Ausschuss jetzt noch im Weiteren beschäftigen werden, angefragt.

Ich gebe das Fragerecht jetzt sehr gern an die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Guten Morgen, Herr Ollig!

Wir hatten jetzt eingangs gar nicht über Ihren beruflichen Werdegang gesprochen. Vielleicht könnten Sie noch mal so am Stück darstellen, insbesondere auch, wann Sie zum BMFT gekommen sind und in welchen Positionen Sie da tätig waren.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Ihnen auch schönen guten Morgen, Herr Paul!

Ich bin also 1978 im Oktober in das Ministerium gekommen. Ich war an der Universität Bonn, und ich bin deshalb in das Ministerium - -[29] Zunächst einmal für eine kurze Zeit war das geplant, ein oder zwei Jahre. Ich hatte das Angebot und habe das auch dann gerne wahrgenommen, weil der Vorgänger dort im Amt, Professor Kulke, einen Ruf an die TU Clausthal angenommen hat; insofern war dort[30] ein Posten vakant. Es ging dort um die Natururanversorgung, also um Lagerstättenkunde, und das habe ich dann dort im Grunde genommen zu Ende gebracht, [31]dieses Programm. Es war eine Zielsetzung der Regierung von Kanzler Schmidt, die Energieversorgung zu diversifizieren. Dazu gehörte auch die sichere Versorgung deutscher Leistungsreaktoren, [32]Kernreaktoren[33] mit Natururan aus Lagerstätten, wo man sich entsprechende Rechte sicherte.

Es gab ein bestimmtes Ziel - das tut jetzt hier, glaube ich, gar nichts zur Sache -; dieses Ziel war erfüllt; insofern konnte ich das Programm abarbeiten und habe alles Weitere dann an das Bundesministerium für Wirtschaft übergeben.

Parallel dazu - und die Frau Vorsitzende hat das gerade schon gesagt - lief diese Standortdiskussion bzw. die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, in Person Ministerpräsident Albrecht, kein nukleares Entsorgungszentrum zuzulassen, sondern die Wiederaufarbeitungsanlage wurde gecancelt, und man hat dann dem Bund vorgegeben, zunächst einmal nur den Salzstock Gorleben zu erkunden. Insofern gab es in der Unterabteilung wenig geowissenschaftlichen Sachverstand. Gleichzeitig kamen aber natürlich immer mehr Fragen im Zusammenhang mit dem Erkundungsprogramm, mit Tiefbohrungen: „Was muss man machen? Ist das gerechtfertigt?“ usw., und so habe ich dann auf einmal für zwei Referate gearbeitet.

Ich war damals 28[34] Jahre alt, und irgendjemand hat mir mal gesagt: Du musst aufpassen, dass du nicht für zwei Referate arbeitest. Also bin ich zu dem damaligen Abteilungsleiter gegangen und habe gesagt: Die eine Arbeit in Sachen Natururanprospektion ist im Grunde genommen abgeschlos-

[28] Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, setze „dabei”, Anlage 1

[29] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „gewechselt.”, Anlage 1

[30] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dort“, Anlage 1

[31] Ergänzung des Zeugen: „eben“, Anlage 1

[32] Ergänzung des Zeugen: „-”, Anlage 1

[33] Ergänzung des Zeugen: „-”, Anlage 1

[34] Richtigstellung des Zeugen: streiche „28“, setze „ 29”, Anlage 1

sen, und es kommen immer mehr Fragen um die Standorterkundung Gorleben. Auch die Asse gehörte damals noch zu meinem Beritt und das Projekt Konrad, dafür war ich zuständig. Insofern bin ich dann, nachdem ich aus dem Urlaub kam, in dieses Referat - damals war es Manfred Hagen, der das Referat leitete - gekommen und bin dort bis 86 im Grunde genommen geblieben, habe also im Grunde genommen die ganze Erkundungsphase - hier geht es ja nun um Gorleben - miterlebt oder mitgestaltet; die Finanzen kamen ja vom BMBF.

Ich habe dann natürlich die Entscheidung zum Schachtabteufen miterlebt und habe dann noch den Aufbau des Erkundungsbergwerkes quasi federführend im BMBF mitgemacht und bin dann - ich glaube, es war 1986, als die Schächte fertig waren - - bin ich dann aus dem Referat ausgeschieden und habe dann was anderes gemacht. Das nur zu meinem - -[35] Ich bin Geowissenschaftler von der Ausbildung her.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Sie sprachen davon, dass Herr Hagen Ihr Vorgesetzter war, und wir hatten ja gerade eben auch gehört, Herr Ziegler auch. Gab es noch weitere, die in der Zeit Ihre vorgesetzten Referatsleiter waren?

Zeuge Reinhold Ollig: Es gab noch - - Ich glaube, in der letzten Zeit war es Herr Hamacher, Hermann Hamacher. Der ist aber dann irgendwo abgeblieben - weiß ich nicht mehr, wo -, [36]ist dann aus dem Ministerium ausgeschieden, ebenso Manfred Hagen. Der ist dann in Hessen - -[37] mit Herrn - - mit Manfred Popp nach Hessen[38] gegangen. Ja, das waren eigentlich die drei. Also, mein allererster Referatsleiter im Bereich der Versorgung, Uranprospektion - tut aber hier nichts zur Sache - war jemand anders. Aber die drei Referatsleiter waren dann da[39].

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die Frau Vorsitzende hatte ja bereits angesprochen, dass einer der Dreh- und Angelpunkte ja die Frage ist, ob auf die Kabinettsentscheidung im Jahre 83 politischer Einfluss ausgeübt wurde, und da hat ja die Aktenlage ergeben, dass es eben die Besprechung in Hannover gab, an der nach Aussage einiger Beteiligter überraschend eben Ministerialbeamte aus Bonn teilgenommen haben. Jetzt hatte ich Sie so verstanden, dass es in dieser Phase eine sehr enge Abstimmung zwischen BMI, BMFT und Bundeskanzleramt gegeben hat. Das heißt, um das noch mal auf den Punkt zu bringen: War das eine tatsächlich ungewöhnliche Aktion, dass sich die Ministerien in diese, ich sage mal, Facharbeiten, nämlich die Erstellung des Zwischenberichts, einschalten? War das außergewöhnlich, oder war das ein Teil der Arbeit, die Sie dann dort so kennengelernt haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, das war ein durchaus normaler Prozess. Ich erwähnte eben auf die Fragen der Frau Vorsitzenden: Es hat diesen Dreiklang der Ministerien gegeben. Es gab regelmäßige interministerielle Ausschüsse; das sieht die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung vor. Wenn mehrere Ressorts an einem Thema beteiligt sind, hat man interministerielle Ausschüsse einzurichten. So. Und diese interministeriellen Ausschüsse haben regelmäßig im Beisein der PTB getagt, im Beisein der BGR. Es wurden dann auch, ich sage mal, verschiedene Experten unter Umständen dazugeladen. Also, das war ein ganz, ganz normaler Vorgang.

Ich erwähnte eingangs schon: Mir ist nicht erinnerlich, wie es zu dieser Einladung - - oder wer die Einladung in Hannover ausgesprochen hat und wie oder wer dort dann das so organisiert hat, dass die Bundesressorts da hinfahren; tut mir leid.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie sprachen ja selbst schon die Bedeutung dieses Zwischenberichts an. Vielleicht können Sie noch einmal im Zusammenhang darstellen, welche Aufgabe dieser Zwischenbericht

[35] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Werdegang.“, Anlage 1
[36] Ergänzung des Zeugen: „ Er“, Anlage 1
[37] Richtigstellung des Zeugen: streiche „in Hessen --”, Anlage 1
[38] Ergänzung des Zeugen: „zur Landesregierung“, Anlage 1
[39] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann da“, setze „diese Herren“, Anlage 1

hatte - für Sie auch als Forschungsministerium.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, diesen Zwischenbericht hat die Bundesregierung bzw. die Ressorts in Auftrag gegeben, weil es die fachliche Basis ist - und das war die alleinige Basis - für eine Entscheidung: Steige ich in die untertägige Erkundung ein oder nicht? Lohnt es sich, ja oder nein?

Da war es Aufgabe der BGR und der federführenden PTB - im Grunde genommen war es hauptsächlich die BGR, die die ganzen geowissenschaftlichen Befunde bewertet und zusammengetragen hat -, zu sagen: Es gibt keine Erkenntnisse, die uns raten lassen, von der untertägigen Erkundung Abstand zu nehmen. Im Umkehrschluss, hat man gesagt, lohnt es sich, diesen Salzstock aufgrund der Befunde „Deckgebirge“ und der Bohrungen, die man hat, zu untersuchen, und das wurde dann schließlich auf der Grundlage dieses Berichtes entschieden. Deswegen auch die, na, ich sage mal, Sorgfaltspflicht der Ministerien; denn dem Kabinett müssen Sie ja etwas Vernünftiges vorlegen. Das kann eben nicht mal so eine schnell hingeworfene Studie sein: man hat schließlich vier Jahre in die Standorterkundung investiert, Steuergelder natürlich investiert - das ist auch klar -, und insofern muss man sich dann auch aufgrund dieser Ausgabe rechtfertigen mit einem vernünftigen oder mit einem gut strukturierten und auch nachvollziehbaren Bericht und dann auch die Investition rechtfertigen, die dann zu tätigen ist. So ein Erkundungsbergwerk ist immerhin eine sehr aufwendige, nicht nur finanziell, auch genehmigungsrechtlich aufwendige Sache, die dann doch über lange Jahre ziemlich viel Geld kostet.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie haben jetzt verschiedentlich angesprochen, dass es um die Struktur des Berichts ginge, der für Sie als Vertreter des Forschungsministeriums, aber auch für die anderen Ministerialvertreter eine wichtige Rolle gespielt hat. Jetzt gibt es ja den Vorwurf: Das ist nicht nur Struktur, sondern das ist auch fachlicher Inhalt, ob ich jetzt eben eine Aussage aufnehme, dass auch die Erkundung weiterer Standorte vorzusehen sei oder nicht. Was entgegnen Sie darauf, oder können Sie sich dem so anschließen?

Zeuge Reinhold Ollig: Meines Wissens nach stand nie in dem Bericht, dass weitere Standorte untersucht werden sollen. Jedenfalls gab es keine wissenschaftliche Rechtfertigung dafür oder keine fachliche Rechtfertigung - ich sage das mal so - dafür, weitere Standorte zu untersuchen. Das war Konsens im Grunde genommen. Dass es eine, ich sage mal, Vorsorgepolitik sein kann, vielleicht den einen oder anderen Standort sich noch einmal anzugucken oder sonst irgendwas, ist davon völlig unbenommen. Ja, das kann man tun, man kann es aber auch lassen. Lassen muss man es vor allen Dingen, wenn es politisch beschlossen ist, und diese Vorgabe hatten die Ministerien einfach, eben nur einen Standort zu untersuchen. Dann hätte es schon gravierender Mängel am Standort Gorleben bedurft, um dort eine Kehrtwende herbeizuführen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt hatte Herr Röthemeyer hier im Ausschuss - das war in der Sitzung vom 7. Juli 2010 [sic!] - auch zu diesem Sachverhalt geäußert; denn in dem Entwurf des Zwischenberichts war durchaus die parallele Erkundung anderer Standorte dort zunächst einmal auch vorgesehen. Er sagte dann - das ist im Protokoll, das ist die Nr. 10, Seite 15 und 16 -, dass diese Frage, parallele Erkundung, nicht Bestandteil des Auftrags gewesen sei und dass zudem diese Frage keine sicherheitstechnisch-fachliche, sondern eine entsorgungspolitische Fragestellung gewesen sei. Ist das auch aus Ihrer Erinnerung heraus so richtig?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, es ist natürlich a) eine politische Entscheidung gewesen, nur einen Standort zu untersuchen, und es wäre [40]eine strategische politische Entscheidung gewesen, davon abzurücken; das kann also nur die Politik. Wir konnten von der fachlichen Seite dafür keine Argumente liefern, und deswegen bin ich ja damals - -[41] Sie haben das so schön gesagt, Frau Vorsitzende: Im Grunde genommen hat man mir eine[42] Vorlage in dieser Art und Weise um die Ohren gehauen. - Das muss man einfach so sehen: Die politischen Fakten waren so

[40] Ergänzung des Zeugen: „b)“, Anlage 1
[41] Richtigstellung des Zeugen: streiche „bin ich ja damals --″, setze „-”, Anlage 1
[42] Richtigstellung des Zeugen: streiche „eine“, setze „meine“, Anlage 1

gestellt, als wir mit der Standorterkundung begonnen haben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt ist natürlich noch interessant, mal zu hören, weil das ja genau die Zeit war der sogenannten Wende, also, sprich: hier Regierungswechsel von Helmut Schmidt auf Helmut Kohl: Inwiefern hat sich denn dieser Regierungswechsel und damit ja auch verbunden dann der Wechsel an der Spitze der Leitung Ihres Hauses - - eine Änderung der Ausrichtung in Bezug auf die Endlagerung ergeben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es war ja der Wechsel von Herrn von Bülow zu Herrn Riesenhuber, wenn ich das richtig erinnere - ja, glaube ich -, und ich kann nur sagen: Alle Leitungen, die ich damals gehabt habe - es war noch[43] im Anfang auch Volker Hauff Minister, den ich erlebt habe -, haben sich im Grunde genommen für das Thema interessiert, waren aber in geologischen Fragestellungen, ich sage mal, nicht sehr bewandert; klar, das gehört nicht zum Allgemeinwissen in der Regel. Das heißt, sie waren interessiert, haben gefragt, haben sich - und das kann ich sowohl für Herrn von Bülow als auch für Herrn Riesenhuber, aber auch die Parlamentarischen Staatssekretäre sagen - - Erwin Stahl war zum Beispiel Bergmann. Der hat sich also wirklich brennend für jedes Thema in Konrad, in Asse und überall und auch [44]Gorleben interessiert.

Es hat auf mich - jedenfalls ist bei mir nichts angekommen - keinerlei Einflussnahme aus einer politischen Ebene auf irgendwelche Ergebnisse oder auf die Darstellung von Ergebnissen oder sonst irgendwas gegeben, zu keiner Zeit. Ich muss allerdings sagen: auch von meinen direkten Vorgesetzten nicht. Ich meine, manches ist ja - - Wenn Sie als Referent arbeiten, haben Sie ja noch eine ganze Hierarchie über sich. Da weiß ich natürlich nicht, was da besprochen wurde. Auf jeden Fall ist auch von meinen direkten Vorgesetzten mir gegenüber niemals ein solches Ansinnen geäußert worden, irgendetwas wegzulassen, zu beschönigen, anders darzustellen oder sonst irgendwas.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt aber, was die praktische Arbeit anging, hatte man das auf der Referatsebene, wo Sie tätig waren, in dem Sinne ja nicht gespürt, dass da jetzt eine andere Leitung war. Oder hat man ja jetzt schon eine andere Zielrichtung sozusagen im Bereich der Erkundung Gorlebens dann gemerkt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Zielrichtung war vorgegeben. Die Entsorgungsgrundsätze gab es, glaube ich; die gelten dann auch für alle politischen Parteien oder für alle Regierungen. Dem[45] Ziel galt die Standorterkundung. Insofern hat es dort - - Natürlich, das eine war eine SPD-geführte Regierung, das andere war eine CDU-geführte Regierung, also gibt es dann natürlich Unterschiede in der Politik. Aber dieses hat sich in dem Feld, wo ich gearbeitet habe, nämlich in der Standorterkundung - - hat sich dort im Grunde genommen nicht niedergeschlagen.

Herr Riesenhuber war Chemiker. Wenn er Fragen stellte, das war natürlich etwas anderes, als wenn Herr von Bülow Fragen gestellt hat. Aber ansonsten war von einer Einflussnahme, politischen Vorgabe wirklich bei beiden nicht die Rede.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Um noch mal auf die fachliche Beurteilung zurückzukommen: Herr Röthemeyer hatte in der von mir angesprochenen Sitzung des Ausschusses am 1. Juli - dort im Protokoll auf der Seite 25 - Folgendes gesagt:

> Alle wichtigen Argumente wurden vierfach, fünffach überprüft. Mit fünf verschiedenen wissenschaftlichen Methoden haben wir den Salzstock untertägig erkundet und bewertet, und alle Methoden kommen zu demselben Ergebnis.

Deckt sich das, was Herr Röthemeyer kürzlich dann in diesem Ausschuss gesagt hat, denn mit Ihrem Eindruck der damaligen Lage?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, ich bin 1986 oder war bis 1986 mit die-

[43] Richtigstellung des Zeugen: streiche „noch“, Anlage 1
[44] Ergänzung des Zeugen: „in“, Anlage 1
[45] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Dem“, setze „Diesem“, Anlage 1

sem Thema Gorleben befasst. Ich habe Ihnen eben erklärt: Die Schächte wurden abgeteuft, wir haben mit Herrn Riesenhuber dann auch diese[46] Schachtabsenkungsfeier[47] durchgezogen, und danach war es für mich so[48] der richtige Zeitpunkt, irgendwann[49] mal etwas anderes zu machen, sonst wird man mit so einem Projekt ja verheiratet, das wollte ich dann nicht. Also, von daher kann ich nicht nachvollziehen, was Herr Röthemeyer jetzt[50] gesagt hat: Wir haben untertägig erkundet. - Das entzieht sich meiner Kenntnis; da habe ich mich auch nicht mehr drum gekümmert. Das Projekt ist ja dann erst wieder in die Schlagzeilen gekommen, als Herr Trittin dann diese untertägige Erkundung - mit welchen Gründen, ist mir auch nicht bekannt - gestoppt hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die Kabinettsvorlage des Jahres 83, also Juli 83, darin wurde ja letztlich dann das Ergebnis des Zwischenberichts einer politischen Entscheidung zugeführt. Wir haben den Unterlagen entnommen, dass ja, wenn man sich den Wortlaut des Kabinettsbeschlusses bzw. der Kabinettsvorlage anschaut - das ist, für das Protokoll: MAT A 52, Band 11, dort die Blätter 72 bis79 - - dass es da an zentraler Stelle heißt:

> Aufgrund der Eignungshöffigkeit des Salzstockes Gorleben ist derzeit die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.
>
> Sollten die untertägigen Erkundungen am Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Ergebnissen zeigen, daß dieser als Endlager nicht geeignet ist, würde dies nur eine zeitliche Verschiebung zur Folge haben, weil im Bedarfsfall auf der Grundlage von bisher durchgeführten Untersuchungen über eignungshöffige Salzformationen kurzfristig andere Standorte benannt und aufgrund der bei der Erkundung von Gorleben gewonnenen Erfahrungen rasch erkundet werden könnten …

Ich lese daraus, dass sich die Bundesregierung schon mit der Frage befasst hat: Was passiert, wenn Gorleben sich als nicht geeignet herausstellen sollte? - Ist das so - - mein Eindruck richtig?

Zeuge Reinhold Ollig: Dieser Eindruck, den Sie gewonnen haben, ist völlig richtig. Ich erwähnte eben schon diese Quasi-Vorratsbeschreibung: Was würde eine Standorterkundung kosten? Wie schnell würde man in eine neue Standorterkundung eintreten können? Was muss aufgrund der Erfahrungen in Gorleben untersucht werden? Wie muss ich ein hydrogeologisches Programm in einem Deckgebirge anlegen usw. usf.? Das wurde ja zum Teil am Standort Gorleben „first of its kind“ alles entwickelt. Insofern hat[51] man durchaus Lernerfahrung, und von daher, denke ich, ist das völlig in Ordnung, solange es keine negativen Ergebnisse gibt, die am Standort Gorleben raten lassen, dieses alles einzustellen. Das war eben nicht der Fall. Insofern hat man gesagt: Mensch, wenn jetzt - - Die untertägige Erkundung hätte ja durchaus noch ergeben können, dass dort etwas nicht in Ordnung ist, und letztlich hätte dann eine Sicherheitsanalyse, wo alle Komponenten dieses ganzen Komplexes bewertet werden, ja auch die Frage beantwortet: Was kann ich dort unten endlagern? Wo, welche Mengen, wärmeentwickelnde Abfälle? Geht es nur für, ich sage mal, schwachradioaktive Abfälle? Diese ganze Bandbreite war im Grunde genommen offen, und die galt es dann - - durch die untertägige Erkundung[52] im Grunde genommen[53] diese Wissenslücken zu schließen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, aus den Akten lässt sich - - Zumindest entsteht der Eindruck, dass sich die Bundesregierung sehr wohl - obwohl ja Niedersachsen gesagt

[46] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ se“, Anlage 1
[47] Richtigstellung des Zeugen: streiche „senkungs“, setze „teuf“, Anlage 1
[48] Richtigstellung des Zeugen: streiche „so“, Anlage 1
[49] Richtigstellung des Zeugen: streiche „irgendwann“, Anlage 1
[50] Richtigstellung des Zeugen: streiche „jetzt“, Anlage 1
[51] Richtigstellung des Zeugen: streiche „t“, setze „tte“, Anlage 1
[52] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ g“, setze „g,“, Anlage 1
[53] Richtigstellung des Zeugen: streiche „im Grunde genommen“, Anlage 1

hat: außer Gorleben kommt für uns jetzt derzeit nichts in Frage - - dass sich die Bundesregierung durchaus mit anderen Standortalternativen befasst hat; denn wir haben gesehen, dass es insgesamt aus dieser Zeit, also 82/83, drei verschiedene Studien gab, die beauftragt wurden, zum einen eine Studie der BGR „Eignung von Salzstöcken in Niedersachsen“, im Mai 83 - für das Protokoll: das ist MAT A 96, Band 5, die Blätter 105344 bis 105473 -, dann eine BGR-Studie „Bewertung von Salzformationen außerhalb Niedersachsens für die Errichtung von Endlagern“, April 82 - das ist, auch für das Protokoll: MAT A 109, Band 1, Blatt 187367 bis 187451 -, und zum Dritten eine Studie von BMFT und BGR „Konzept der Bundesregierung zur Untersuchung der Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Granit“ aus dem April 82 - und das ist, auch da für das Protokoll: MAT A 138, Band 47, Blatt 210 bis 242. Und wir haben in den Unterlagen auch ein Schreiben von Ihnen entdeckt, hier vom 19. Januar 82 - das ist MAT E 10, dort die Blätter 292 bis 299 -, wo Sie der BGR den Auftrag erteilen, genau diese zweite genannte Studie, nämlich - - die erste genannte Studie „Eignung von Salzstöcken in Niedersachsen“ zu erstellen.

Könnten Sie noch einmal darstellen, was da der Gedanke war, der Sie geleitet hat, diese Studie, diese Untersuchungen, in Auftrag zu geben?

Zeuge Reinhold Ollig: Das mache ich gerne, Herr Abgeordneter. Man muss zwei Dinge unterscheiden: Das eine ist die aktive Standortuntersuchung - diese fand nur am Standort Gorleben statt -, das andere ist die Befassung mit potenziellen Standorten oder auch mit potenziellen Endlagermedien. Es gab natürlich, ich sage mal, Druck aus Niedersachsen, sinngemäß so: Niedersachsen muss die ganzen Entsorgungslasten auffangen, weil nun[54] Niedersachsen eigentlich über geeignete Salzstöcke verfügt. Von daher - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Bitte? - Insofern habe ich bereits - ich glaube, es war im Jahr 81 - mit der nationalen Gesellschaft zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz, der Nagra, ein Abkommen geschlossen über die Beteiligung am Felslabor Grimsel; das war in Person Herr[55] Venzlaff und Herr[56] Kühn, die das mit der Nagra unterzeichnet haben.

In der Schweiz gibt es zwar Salzformationen, aber es sind eben keine Salzstöcke. Insofern hat die Schweiz in einem sehr breiten Programm, was dann immer als Vorbild angelegt wird und uns auch vorgeworfen wird, Endlagerstandorte gesucht, sowohl in Granit- als auch in Tonformationen, damit uns dieses Wissen in irgendeiner Weise zur Verfügung steht. Das war das Ziel dieser Verabredung.

Aber noch mal: Das eine ist die Standortuntersuchung, das ist das aktive Agieren an einem Standort, und das andere ist die, ja, ich sage mal, potenzielle Vorbereitung für den Fall der Fälle, dass in Gorleben etwas nicht möglich ist oder aus politischen Gründen gesagt wird: Ich will dort kein Endlager bauen. - So was kann ja alles passieren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, als Nichtgeologe habe ich das dann so richtig verstanden, dass es in dem Fall darum ging, eine Reservemöglichkeit in der Hand zu haben, falls sich Gorleben, aus welchen Gründen auch immer, nicht realisieren konnte?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, das war so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Ollig, es ist ja auch eine gewisse Fürsorgepflicht unsererseits, Sie davor zu bewahren, Dinge in den Raum zu stellen, die sich vielleicht hinterher als nicht ganz zutreffend erweisen. Da würde ich Sie noch mal fragen: Sie haben vorhin, auf die Frage der Vorsitzenden, erläutert, dass es eine feste Entscheidung der Bundesregierung gab, nur diesen einen Standort zu untersuchen. Ich will Ihnen entgegenhalten einen Vermerk, den Sie selbst am 10. Mai 1983 verfasst haben - MAT E 6, Band 30, Paginierung 16 bis 17 -, in dem Sie selbst schreiben - ich zitiere -:

> Im Gegenteil werden aufgrund des Konzepts der Bundesregierung, drei Standorte zu untersuchen und an-

[54] Richtigstellung des Zeugen: streiche „n“, setze „r“, Anlage 1

[55] Ergänzung des Zeugen: „Prof.“, Anlage 1

[56] Ergänzung des Zeugen: „Prof.“, Anlage 1

> schließend einen auszuwählen, durch die Forderung nach paralleler Standorterkundung im Sinne einer Standortvorsorge Sachzwänge politischer Art geschaffen ...

Also, Sie haben ausdrücklich selbst, schriftlich jedenfalls, niedergelegt, dass es einen Beschluss der Bundesregierung gab oder ein Konzept, drei Standorte zu untersuchen. Das bringe ich nicht mit dem überein, was Sie hier versucht haben regelmäßig noch mal zu wiederholen.

Zeuge Reinhold Ollig: Kann[57] ich Ihnen natürlich helfen.

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Es war ursprünglich das Konzept, und zwar, als es noch das Integrierte Entsorgungszentrum gab. Da war es das Konzept der Bundesregierung, drei parallele - - drei Salzstöcke zu erkunden. Ich habe das auch in den Akten gefunden und habe das dann niedergeschrieben für die Informationsveranstaltung, die wir in Gorleben planten. Es war völlig klar, dass die Öffentlichkeit danach fragt; es ist ja auch völlig richtig. Aber das war eben das alte Konzept. Dieses hat eben Albrecht mit seiner gorlebenbezogenen Entscheidung zunichte gemacht. Ich erwähnte eben schon, man hat sich sehr schwer getan auf Bundesseite, dieses zu akzeptieren, weil es eben die Abkehr von diesen, ich sage mal, parallelen oder - - Dreiklang der Standorterkundung war. Als ich diese Aufgabe übernommen habe, war es eben so, dass nur ein Standort untersucht wurde. Ich habe das dann natürlich auch häufig hinterfragt, weil in dem Referat, in dem ich gearbeitet habe, war natürlich[58] auch dieses Konzept entstanden und die Begeisterung über diese[59] Entscheidung von Herrn Albrecht war nicht besonders groß; das kann ich Ihnen versprechen.

Ute Vogt (SPD): Können Sie uns bestätigen, dass es dauerhaft den Wunsch in der Bundesregierung gab, möglichst mehrere Standorte zu schaffen, zumindest noch in der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es gab ja mehrere Standort- -[60] [61]Endlagerprojekte. Die Asse war damals gerade ausgelaufen als Versuchsendlager. Dann gab es das Projekt Konrad. Es gab also mehrere Standorte durchaus mit Potenzial. So. Und für hochradioaktive Abfälle hat man sich festgelegt auf Salz, und Salz war eben dann nur Gorleben, und zwar ein eben - wie es so schön heißt - unverritzter Salzstock, wo eben keine bergbaulichen Aktivitäten analog zur Asse früher durchgeführt waren, und das war eben der Salzstock Gorleben. Dass man sich diese Entscheidung auch hätte anders vorstellen können von Herrn Albrecht, ist, glaube ich, unbestritten.

Ute Vogt (SPD): Würden Sie widersprechen, wenn ich Ihnen zitiere die Aussage von dem damaligen Innenminister Baum, der ja lange Zeit nach Albrechts Regierung - - nach der Entscheidung von Albrecht erst Innenminister war. Der sagte uns auf Seite 8 des Protokolls des Ausschusses auf die Frage der Frau Vorsitzenden, ob es damals in der Bundesregierung immer wieder auch den Wunsch gab, andere Standorte parallel zu erkunden - Baum wörtlich; ich zitiere -: Das war immer im Gespräch, und es war immer unsere Meinung, dass man das machen sollte. - Könnten Sie uns das bestätigen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, das habe ich sogar noch miterlebt, als ich diese Aufgabe übernommen hatte; ich habe es Ihnen eben geschildert. Man hat sich sehr schwer getan mit dieser Albrecht-Entscheidung. Es wurde sogar diskutiert, Herrn Albrecht eine Weisung zuzuschicken. Herr Baum wäre ja dann der gewesen, der das hätte machen sollen. Die Bundesregierung hat dann - aus welchen Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann - davon Abstand genommen und hat dann - ich sage es mal: zähneknirschend - in diese singuläre Standorterkundung eingewilligt. Ich will noch mal sagen: Es geht immer nur um die Standorterkundung von Salzstöcken. Wir sprechen also nicht von Konrad oder von Granit, ja?

[57] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Kann“, setze „Da kann“, Anlage 1
[58] Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 1
[59] Richtigstellung des Zeugen: streiche „se“, Anlage 1
[60] Richtigstellung des Zeugen: streiche „t --“, setze „te“, Anlage 1
[61] Ergänzung des Zeugen: „für“, Anlage 1

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist klar.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieser eine Salzstock, der in früheren Studien durchaus genannt war. Aber es gab dann eben noch die innerdeutsche Grenze und verschiedene politische Faktoren, die dann die Verfasser einer KEWA-Studie dazu bewogen haben, grenznahe Standorte nicht mehr zu betrachten.

Es war, wie gesagt, das Konzept - das muss man dann dazusagen -: Das war eine Nuklearanlage à la Cap La Hague - das muss man dann dazusagen -, es ging nicht um nur ein simples Erkundungsbergwerk.

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin gesagt, am 11.05., dass Sie von diesem Gespräch und dem Inhalt nachträglich informiert worden seien. Ihnen war das Gespräch vorher nicht bekannt, dass das stattfinden würde?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vogt, ich habe mir das Gehirn zermartert und habe auch in den Unterlagen nachgesucht; ich kann mich an das, was im Vorfeld lief, beim besten Willen nicht erinnern. Tut mir herzlich leid.

Ute Vogt (SPD): Können Sie nachvollziehen, dass es für uns wie ein seltsamer Zufall wirkt, dass Sie am 10.05.83, nämlich genau einen Tag zuvor, einen Vermerk geschrieben haben - das ist der gleiche Vermerk, aus dem ich eben zitiert habe: MAT E 6, Band 30, Paginierung 16/17 -, da steht oben drauf: Chef BK und BMI. Und in diesem Vermerk haben Sie noch mal ausdrücklich empfohlen, dass man auf diese Untersuchung, parallele Untersuchung von Standorten verzichten sollte. Können Sie mir sagen, wie es zu diesem zufälligen Ergebnis kommt, dass Sie so einen Vermerk schreiben und am nächsten Tag ein Gespräch stattfindet, und war es eigentlich üblich, dass Sie als Referent im BMFT eine Meinung formuliert haben, die dann umgehend als Kopie an den Chef BK und ans BMI weitergeleitet wurden?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das war, glaube ich, eine ganz normale Arbeit. Das gehörte zur, ich sage mal, Vorbereitung von solchen Entscheidungen, die im Kabinett getroffen werden; keine ungewöhnliche Sache.

Ute Vogt (SPD): Unmittelbar an den Chef BK - vom Referenten.

Zeuge Reinhold Ollig: Man schreibt an den Chef BK, und dann steht wahrscheinlich da drunter: Referat III B 5 oder sonst irgendwas.

Ute Vogt (SPD): Nein, es steht handschriftlich „Kopie für Chef BK und BMI“.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, okay, dann geht das an den Herrn Glatzel im Chef BK. Also, ich habe nicht den Vermerk an den Herrn Lahnstein oder wer immer das damals war, geschickt; so verwegen bin ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Können Sie sich erinnern, was der Anlass war, diesen Vermerk zu schreiben, wenn es nicht der 11., das Gespräch am darauffolgenden Tag, war?

Zeuge Reinhold Ollig: Vom Datum muss es im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Kabinettsvorlage gestanden haben.

Ute Vogt (SPD): Dann hätte ich noch ein paar Fragen zu Ihrem Lebenslauf. Sie haben vorhin gesagt, Sie sind von der Universität gekommen. Haben Sie sich damals eine wissenschaftliche Laufbahn vorgestellt?

Zeuge Reinhold Ollig: Eigentlich nicht. Frau Vogt, es war so, Geowissenschaftler waren in Zeiten der Energiekrise - es war damals Fahrverbot; [62]zweite Energiekrise stand ins Haus - sehr begehrt. Insofern habe ich dieses Angebot, im Ministerium einmal auszuhelfen, als Bereicherung - ich sage mal:[63] [64]eine Lebenserfahrung - wahrgenommen und war ja dann auch in einem Bereich, der völlig unspektakulär war, also Lagerstättenkunde; es ging um Uranvorräte im Schwarzwald, es ging um Uranvorräte in Afrika, Südafrika usw. usf. Das Angebot, sich dann, weil es eben[65] in

[62] Ergänzung des Zeugen: „die“, Anlage 1
[63] Richtigstellung des Zeugen: streiche „:“,Anlage 1
[64] Ergänzung des Zeugen: „als“, Anlage 1
[65] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , weil es eben“, Anlage 1

meinem[66] parallelen Referat in der gleichen Unterabteilung eben[67] diese[68] Standorterkundung gab - -[69] Ich fand das eigentlich eine große Herausforderung, und es war fachlich hochinteressant, man konnte mit der BGR - Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - zusammenarbeiten, man hatte ein interessantes Umfeld.

Ute Vogt (SPD): Wann hatten Sie Ihren Abschluss gemacht?

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte? - Ich habe Diplom gemacht, ich glaube, 77. Ich habe dann promoviert, bin aus der Promotion dann rausgegangen mit einem Promotionsstipendium und bin aber dann im Ministerium geblieben und habe die Promotion dann nicht mehr zu Ende geführt[70]

Ute Vogt (SPD): Vielleicht können Sie nachvollziehen: Uns wundert ein bisschen die Art und Weise Ihres Schriftwechsels mit Professor Duphorn. Und ich würde Sie schon gerne fragen: Was hat Sie qualifiziert, einen habilitierten Fachmann so abzuqualifizieren, wie Sie das getan haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich wiederhole es noch mal: Es lag mir fern, Herrn Duphorn zu kränken oder abzuqualifizieren. Ich habe, im Gegenteil, gesagt: Er ist ein renommierter Quartärgeologe. In allem, was ich dort geschrieben habe, habe ich in voller Übereinstimmung mit der BGR, mit Herrn Venzlaff und Herrn [71]Langer und Herrn [72]Jaritz, und auch mit den Experten der PTB, Herrn Wosnik und wie sie alle heißen, gehandelt. Also, dieses ist nicht kraft meines - -[73] Natürlich, als Geologe weiß man um einige Dinge, und wenn Sie das Werk von Herrn Duphorn nüchtern analysieren, kommen Sie dazu, dass er, ich sage mal, viele Dinge, die neben seiner Qualifikation als Quartärgeologe liegen, dort beschrieben hat, in einer Art und Weise, die einer wissenschaftlichen Publikation in keiner Weise standhalten.

Ute Vogt (SPD): Aber er hat ja nun in seinem Gutachten zum Beispiel - aus meiner Sicht - sehr eindeutige - finde ich -, auch schwer widerlegbare Aussagen gemacht. Ich will mal eine zitieren - das ist MAT A 99, Band 17, wo er auf Seite 101077 zum Beispiel schreibt -:

> Wir können nicht für einen Endlager-Salzstock plädieren, der in den letzten 800.000 Jahren einmal ganz und ein anderes Mal fast ganz bis zur Erdoberfläche durchgebrochen ist.

Wie können Sie solche Dinge anzweifeln, wenn Sie da selbst gar keine Untersuchungen vorgenommen haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das habe ich gar nicht angezweifelt, tut mir herzlich leid. Der Salzstock ist aber immer noch da, und es ist nichts passiert.

Ute Vogt (SPD): Aber das wäre für Sie kein Kriterium, dass ein Salzstock durchgebrochen war, wenn man heute davon ausgeht, dass man 1 Million Jahre sicher lagern soll in einem Salzstock, der sich ja dann auch nicht verändern dürfte.

Zeuge Reinhold Ollig: Das Wort „durchgebrochen“ heißt: bis zur Erdoberfläche. Der ist also nicht - -[74] „Durchgebrochen“[75] hat ja mehrere Bedeutungen.

Ute Vogt (SPD): Ja, ist schon klar. Aber bewegt.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte? – Ja, der Salzstock ist immer noch da. Also, unter Helgoland liegt auch, oder neben Helgoland liegt auch ein Salzstock, der wird vom

[66] Richtigstellung des Zeugen: streiche „meinem“, setze „einem“, Anlage 1
[67] Richtigstellung des Zeugen: streiche „eben“, setze „an“, Anlage 1
[68] Richtigstellung des Zeugen: streiche „diese“, setze „dieser“, Anlage 1
[69] Richtigstellung des Zeugen: streiche „gab --“, setze „zu beteiligen -“, Anlage 1
[70] Ergänzung des Zeugen: „.“, Anlage 1
[71] Ergänzung des Zeugen: „Prof.“, Anlage 1
[72] Ergänzung des Zeugen: „Dr.“, Anlage 1
[73] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Also, dieses ist nicht kraft meines --“, Anlage 1
[74] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „wirklich“, Anlage 1
[75] Ergänzung des Zeugen: „, das Wort“, Anlage 1

Meer umspült; der ist auch immer noch da. Also, Salzstöcke sind nicht solche fragilen Gebilde, die dann auf einmal auseinanderbrechen oder nicht mehr da sind.

Ute Vogt (SPD): Und die darunter stehende Aussage

> Wir können nicht für einen Endlagersalzstock plädieren, der in den letzten 800.000 Jahren mindestens 4 Kubikkilometer durch Ablaugungsverluste verloren hat …

fanden Sie auch nicht bedenklich?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Sie müssen sehen: Was ist noch an Endlagermenge da? Das, was Herr Duphorn dort an Ablagerung[76] im Grunde genommen hochgerechnet hat, wurde von einigen Mitarbeitern der BGR ganz erheblich bezweifelt, und endlagerrelevant ist diese Ablagerung[77], was die Zukunft angeht, mit Sicherheit nicht.

Ute Vogt (SPD): Mich interessiert noch mal Ihr Lebenslauf. Wir haben - - Normalerweise macht man sich einfach ein Bild von einem Zeugen aufgrund seiner Tätigkeiten. Es gibt für uns eine Lücke, die nicht recherchierbar war. Da wollte ich Sie einfach fragen nach Ihren Tätigkeiten zwischen 1985 und 2004.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, ich war im Ministerium[78] weiter tätig. Ich habe mich in der Zeit, also nach dieser Tätigkeit in dem besagten Referat, um Forschungsreaktoren bemüht, also[79] Forschungsreaktor München,[80] Forschungsreaktor Berlin,[81] [82]habe dann, als ein lieber Kollege gestorben ist, mich um das Kontinentale Tiefbohrprogramm der Bundesrepublik Deutschland[83] gekümmert, dann - das[84] ist ja dann schließlich auch zu der Tiefbohrung gekommen, also, Stichwort: Windischeschenbach -, [85]habe dann später das GeoForschungsZentrum Potsdam im Zuge der Wiedervereinigung aus diesem Kontinentalen Tiefbohrprogramm heraus gegründet, weil es keine geowissenschaftlich arbeitende Grundlagenforschungseinrichtung in Deutschland gab. Es gab die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, aber es gab eben keine grundlagenforschungsorientierte Einrichtung. Dann habe ich das GFZ [86]gegründet, habe mich dann noch um [87]Tsunamiprojekte[88] gekümmert in letzter Zeit[89]. Ich wurde dann Referatsleiter für das Referat „System Erde“ und bin heute Referatsleiter für ein Referat, was mit dem Namen umschrieben wird „Ressourcen und Nachhaltigkeit“. Okay. - Bitte.[90]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei der FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, Herr Ollig, wir gönnen Ihnen keine Pause. Ich sitze links von Ihnen. - Herr Ollig, Folgendes - ich will das Ganze noch mal etwas weiter abfragen -: Sie sind ja Geologe, und mir ist bekannt geworden - - Ich habe also auch ganz gute Kontakte zur BGR, und die haben mir gesagt: Es war in den 70er-Jahren ja sowieso der Fall, dass man einen großen geotektonischen Atlas angelegt hat von Niedersachsen, von den nordischen Ländern. Können Sie bitte mal - - Kennen Sie diesen geotektonischen Atlas, oder ist Ihnen über die Entstehung und die Aufgaben dieses Atlasses etwas bekannt?

[76] Richtigstellung des Zeugen: streiche „lagerung“, setze „laugung“, Anlage 1
[77] Richtigstellung des Zeugen: streiche „lagerung“, setze „laugung“, Anlage 1
[78] Ergänzung des Zeugen: „nach 1985“, Anlage 1
[79] Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, setze „wie den“, Anlage 1
[80] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, setze „und den“, Anlage 1
[81] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, setze „.“, Anlage 1
[82] Ergänzung des Zeugen: „Ich“, Anlage 1
[83] Richtigstellung des Zeugen: setzte in Anführungszeichen: „Kontinentale Tiefbohrprogramm der Bundesrepublik Deutschland“, Anlage 1,
[84] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann - das“, setze „Es“, Anlage 1
[85] Ergänzung des Zeugen: „Ich“, Anlage 1
[86] Richtigstellung des Zeugen: streiche „gegründet“, setze „mit gegründet“, Anlage 1
[87] Ergänzung des Zeugen: „das“, Anlage 1
[88] Richtigstellung des Zeugen: streiche „e“, Anlage 1
[89] Richtigstellung des Zeugen: streiche „in letzter Zeit“, Anlage 1
[90] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Okay. - Bitte.“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe das nicht vor Augen, dieses Ding, ich weiß aber, dass es diesen geotektonischen Atlas gibt. Daraus kommen natürlich viele Dinge, die heute von verschiedener Seite schon angesprochen wurden, was letztlich doch zu der Entscheidung für den Salzstock Gorleben geführt hat. Die niedersächsische Landesregierung hat - wie ich hoffe - sich bei dem niedersächsischen Landesamt für Bodenkunde erkundigt; das war ja damals noch eine Hausgemeinschaft mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Und Sie müssen sehen: An die[91] Salzstöcke [92]in Gorleben sind sehr häufig Erdöllagerstätten gebunden, und mit vielen Bohrungen, vielen Erkenntnissen, und so war es ganz natürlich, dass man sich hingesetzt hat, hat alle Informationen mal gebündelt, auch über das, was unter der Basis dieses Zechstein-Salzes liegt; dort gibt es auch noch entsprechende Gase, die man wirtschaftlich nutzen kann. Insofern war das, ich sage mal, eine wirklich sehr langjährige und wirklich sehr verdienstvolle Arbeit, diesen Atlas zusammenzustellen - was übrigens dann auch den deutschen Anteil an der Nordsee umfasst; denn dort ziehen die Salzstöcke auch noch weiter, also Helgoland und weiter nördlich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Nun sind hier überwiegend Personen anwesend, die keine Geologen sind. Können Sie vielleicht noch mal kurz sagen, welche Daten denn über den Untergrund dort erfasst werden? Ist das über Länge, Breite, Höhe, Tiefe, über Dichtigkeit, über Mächtigkeit? Welche Daten lagen denn eigentlich auch schon vor, bevor man angefangen hat, die KEWA zu beauftragen? Also, dass man mal irgendwie einen Eindruck kriegt: Hat es da irgendwo einen Stand null gegeben, und die KEWA hat angefangen, oder aufbauend auf welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen hat das damals begonnen?

Zeuge Reinhold Ollig: Da ist eine Besonderheit zu beachten, und zwar ist Folgendes: Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und vorher die preußisch-königliche Landesanstalt funktioniert auch als Industrieberater. Und zwar sind dann alle Industriefirmen auch verpflichtet, ihre Daten dort zu hinterlegen: Daten aus der Seismik, Daten aus Tiefbohrungen usw. usf. Die BGR darf diese Daten, die ja bares Geld sind, natürlich nicht weitergeben an Konkurrenzfirmen, sie darf aber diese Daten für wissenschaftliche Zwecke oder für Kartenwerke im Grunde genommen verwenden. Insofern ist in diesen geotektonischen Atlas und auch, ich sage mal, in die damalige KEWA-Studie, ich sage mal so, das beste Wissen, was man damals hatte, im Grunde genommen eingearbeitet worden. Dass man darüber hinaus noch weitere Fragen en détail untersucht, ist völlig klar; denn so detailliert hat man ja den Salzstock Gorleben gar nicht betrachtet, weil er offensichtlich sowohl für die Salzgewinnung als auch für die Erkundung von Lagerstätten uninteressant war. Man muss dazu sagen: Das Salz, das Gas, was in Richtung Ostdeutschland geht, ist[93] immer mehr schwefelhaltig, und Sie können es nicht mehr verbrennen. Die DDR, die ehemalige DDR hat darunter sehr gelitten. Gleichwohl haben die gesucht. [94]DDR, also das Gebiet der neuen Bundesländer, ist eines der am dichtesten gebohrten Gebiete, die es auf der Erde gibt, weil eben diese vergebliche Suche nach Lagerstätten dort stattgefunden hat.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. - Ich wollte noch mal auf das Thema Mehrbarrierensystem kommen. Also, damals, 83, aber auch heute wird ja immer noch so teilweise sehr viel darüber gesprochen oder publiziert, dass man sich das so, fast so wie so eine Matroschka-Puppe vorstellt, also eine Hülle über der anderen usw. War das damals und ist das heute eigentlich Stand von Wissenschaft und Technik? Ich komme gleich auch noch auf einen Zeugen, den wir schon hatten, nämlich Herrn Professor Röthemeyer. Also meine Frage: Diese Art, über Mehrbarrierensysteme zu denken, ist

[91] Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, Anlage 1
[92] Ergänzung des Zeugen: „wie“, Anlage 1
[93] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist”, setze „wird“, Anlage 1
[94] Ergänzung des Zeugen: „Die“, Anlage 1

das so absolut zu verstehen gewesen, oder haben Sie eine andere Auffassung?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Frau Abgeordnete, es ist völlig richtig, dass man in Mehrbarrierensystemen gedacht hat. Ich kann das vielleicht am Beispiel von Wärmeentwicklung oder hochradioaktiven Abfällen festmachen. Damals war es der Wunsch, dass man diese Abfälle verglast, also die wärmeentwickelnden, hochradioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen, die sollten in Glaskokillen. Glas hat, das weiß jeder, eine relativ hohe Auslaugresistenz. Diese Glaskokille war dann eingegossen natürlich[95] in einen Behälter[96], Edelstahlbehälter, dann kam im Grunde genommen die Salzbarriere zum Tragen; Salz ist ein hervorragender Wärmeleiter. Salz hat auch die Eigenschaft: Es gibt keine Lücken zwischen dem Salz. Wenn Sie also Erhitzer in der Asse - -[97] Wir haben ja dann nach der Gorleben-Entscheidung die ganzen Versuche in der Asse auf wärmeentwickelnde Abfälle oder auf die Untersuchung wärmeentwickelnder Abfälle abgestellt, indem wir Hitze simuliert haben - wohlgemerkt[98] -, also, es hat keine echten Abfälle - -[99] Das Salz läuft so dicht auf, Sie können auf[100] einer Schraube, die, was weiß ich,[101] M5 oder M6 - - können Sie die Schrift[102] lesen im Salz; da passt nichts mehr dazwischen. Insofern ist Salz ein durchaus geeignetes Endlagermedium. In Granit macht man das anders, zugegebenermaßen. Von daher ist dieses Mehrbarrierenkonzept eigentlich Stand der Dinge damals[103] gewesen und, soviel wie ich weiß, heute auch noch. Es sieht natürlich, wenn Sie - - Man hat ja dann[104] später entschieden, auch abgebrannte Brennelemente zur direkten Endlagerung vorzusehen.[105] [106] Da haben Sie natürlich wieder ganz andere Anforderungen an Barrieren zu stellen. Das ist, glaube ich, auch klar.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, ich wollte noch auf die Rinne kommen, und zwar - deswegen habe ich auch noch mal nach dem Mehrbarrierenkonzept gefragt -: Es kann ja jetzt sein, dass die Barrieren von unterschiedlicher Mächtigkeit oder Qualität auch sind, und wir haben auch schon in der Vergangenheit hier im Ausschuss diskutiert, ob zum Beispiel die Mächtigkeit des Salzstockes zum Beispiel auch kompensiert, dass es eine Rinne gibt. Herr Professor Röthemeyer, der bei uns im letzten Juli war - 1. Juli -, hat dann sich dahin gehend geäußert - ich zitiere das jetzt nicht, sondern ich gebe das nur sinngemäß wieder; das ist im Protokoll der Sitzung auf Seite 8 zu lesen -, dass die Gorlebener Rinne ein natürliches Langzeitexperiment sei oder dass man es so sehen könnte. Die Natur habe dort unter extremen Belastungen und dynamischen Bedingungen das Isolationspotenzial des Salzstockes auf seiner Langzeitwirkung sozusagen nachgewiesen, und das mit dem eindeutigen Ergebnis, dass auch in Zukunft davon auszugehen sei, dass diese 840-Meter-Sole, dass die also auch noch für mehrere Millionen Jahre so eine Barrierefunktion auch wahrnehmen könnte oder aushalten würde. Das ist jetzt natürlich eine sehr eindeutige Erklärung. Inwieweit teilen Sie diese Auffassung, oder haben Sie eher Skepsis?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, Sie werden gelesen haben, dass ich nicht immer einer Meinung war mit Herrn Röthemeyer. Wir haben uns durchaus auch einmal kontrovers unterhalten, aber natürlich immer freundschaftlich kontrovers unterhal-

[95] Richtigstellung des Zeugen: streiche „natürlich“, Anlage 1
[96] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Behälter,“, Anlage 1
[97] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Wenn Sie also Erhitzer in der Asse --“, Anlage 1
[98] Richtigstellung des Zeugen: streiche „w“, setze „W“, Anlage 1
[99] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „dort gegeben.“, Anlage 1
[100] Richtigstellung des Zeugen: streiche „auf“, setze „von“, Anlage 1
[101] Richtigstellung des Zeugen: streiche „die, was weiß ich,“, Anlage 1
[102] Richtigstellung des Zeugen: streiche „können sie die Schrift“, setze „als Abdrücke“, Anlage 1
[103] Richtigstellung des Zeugen: streiche „damals“, Anlage 1
[104] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- Man hat ja dann“, Anlage 1
[105] Richtigstellung des Zeugen: streiche „.“, setze „,“, Anlage 1
[106] Ergänzung des Zeugen: „anders aus.“, Anlage 1

ten. Aber diese Aussage kann ich in dieser Form unterschreiben.

Natürlich wäre es allen Beteiligten lieber gewesen, es hätte keine Rinne gegeben. Aber jeder wusste, dass[107] ganz Norddeutschland[108] aufgrund der quartären Entwicklung - - Und das lag ja[109] mal unter wirklich mehrere 100 Meter mächtigem Eis. Da drunter musste das Wasser irgendwo weg, und dann hat es dort eben diese Rinnensysteme in Deutschland, in Norddeutschland, gegeben. Der Integrität des Salzstockes hat es nicht geschadet. Auch die Rinne ist ja heute kein, ich sage mal, Fließgewässer. Das ist nicht wie so eine Dachrinne, wo das Wasser durchrauscht, sondern das ist eine sedimentgefüllte Struktur. Ich habe jetzt nicht vor Augen, ob es mit Kies oder Sand oder sonst irgendwie gefüllt ist. Die verschiedenen Pumpversuche, die man gemacht hat, um das hydraulische Potenzial dieser Rinne zu erfassen, sind mir nicht bekannt. Also, ich habe die Ergebnisse nicht mehr vor Augen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, vielen Dank. - Das Rederecht liegt jetzt bei der Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich habe Sie richtig verstanden: Vorhin haben Sie gesagt, Sie wären 28 und direkt von der Uni gekommen oder Hochschule oder Sie hatten eine Tätigkeit an der Hochschule; Doktorand waren Sie. Das muss ich so verstehen, dass Sie jetzt als Geologe nicht irgendwie, ich sage mal, in der Wirtschaft bis zu dem Zeitpunkt Erfahrungen gesammelt hatten.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe natürlich Praktika gemacht. Ich habe in einem geotechnischen Büro gearbeitet über viele Jahre in Bonn-Beuel. Aber vom Alter her ging das nun mal leider nicht. Ich musste erst Diplom machen, dann das Promotionsstipendium, und nebenher hat man natürlich versucht, im geowissenschaftlichen Bereich zu arbeiten, einfach um[110] Autofahren zu können etc. pp.; das ist klar.[111]

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Hatten Sie sich in Ihrem Studium oder in Ihrer Promotion jetzt schwerpunktmäßig zum Beispiel mit Salzstöcken beschäftigt, oder was waren da Ihre Themenschwerpunkte?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe Schwerpunkt Tektonik gemacht. Tektonik im Rheinischen Schiefergebirge, aber auch der norddeutsche Untergrund gehörte dann auch dazu. Später habe ich dann eine Promotion angestrebt über Einengungsbeträge im Rheinischen Schiefergebirge. Also, tektonische Prozesse gehörten durchaus zu dem, was ich weiß.

Ich darf Ihnen dann noch sagen, weil ich glaube, Sie würden das sicherlich auch hinterfragen: Ich habe in meinem Studium dann auf Anfrage des damaligen Institutsleiters Professor Wurster mit Herrn Professor Woldstedt[112] - das war ein alter Herr; das ist[113] der Nestor der Quartärgeologie - - Mit dem bin ich also, ich sage mal, über mehrere Monate regelmäßig in Bonn in der Umgebung des Instituts spazieren gegangen. Ich kann Ihnen durchaus etwas über Interglaziale erzählen. Ich kann Ihnen auch über das Interglazial von Quakenbrück etwas erzählen. Also, diese Dinge sind mir durchaus bekannt, und ich glaube, ich kann auch die Arbeit von Herrn Duphorn durchaus lesen und bewerten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das glaube ich Ihnen ja, dass Sie die lesen können. Allerdings hat es mich schon ein bisschen erstaunt, dass jemand - ich sage das mal so vorsichtig -, der relativer Berufseinsteiger ist, noch nicht jahrelange Erfahrung hat, wenn ich es richtig verstehe, gerade in dem Gebiet auch mehr oder minder noch dabei ist, sich einzuarbeiten, einen Professor doch sehr harsch kritisiert. Was hat Sie damals zu der Überzeugung gebracht, oder war das insgesamt in Ihrem Haus vorherrschende Meinung? Hat man sich da abge-

[107] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dass“, Anlage 1
[108] Ergänzung des Zeugen: „lag“, Anlage 1
[109] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- Und das lag ja“, Anlage 1
[110] Ergänzung des Zeugen: „Geld zu haben, um“, Anlage 1
[111] Richtigstellung des Zeugen: streiche „; das ist klar.“, Anlage 1
[112] Richtigstellung des Zeugen: streiche “Woldstedt“, setze „Wolstedt“, Anlage 1
[113] Richtigstellung des Zeugen: streiche “das ist“, Anlage 1

sprochen, eh solche Papiere verfasst wurden, und gab es da sozusagen eine ganze Gruppe auch im Ministerium, oder waren Sie da sozusagen allein und auf sich gestellt?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Sie können sich sicherlich vorstellen, dass ich dann zum Telefonhörer greife oder mich in den Zug setze, nach Hannover fahre und mit den Kollegen der BGR dieses bespreche, die auch Herrn Duphorn kennen mit allen Stärken und Schwächen, und er hat auch einige Schwächen. Und so haben wir dann diese ganzen Dinge zusammengetragen, die ich in diesem Bericht zusammengefasst habe.

Wenn Sie sich aber mal den Ursprungstext ansehen, wie Herr Duphorn dieses aufgezogen hat, kann ich sagen: Dieses ist weit entfernt von seriösen wissenschaftlichen Abhandlungen. Und wenn er so etwas bei *Nature* oder bei der *Geologischen Rundschau* oder sonst irgendwo eingereicht hätte, das hätten sie ihm wieder postwendend zurückgeschickt. Also, insofern bitte ich um Verständnis. Dieses Ding war auf Publicity angelegt, und dann kann ich nur sagen: Dann muss er sich auch die entsprechende Replik gefallen lassen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Haben Sie damals alleine dort als Geologe gearbeitet, oder war das eine Gruppe?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, in dem Referat gab es noch einen Geophysiker. Das war Herr Dr. Budde, ein älterer Kollege. Ansonsten gab es dort Physiker; Herr Ziegler war Physiker. Es gab Ingenieure, also die durchaus Erfahrung auch in kerntechnischen Dingen haben, sodass ich versucht habe, die geologischen Dinge abzudecken. Die Nuklearchemiker und -physiker haben dann die Dinge, die mit radioaktivem Zerfall, mit radioaktiven Abfällen, mit der Konditionierung von radioaktiven Abfällen zu tun hatten, bearbeitet. Insofern war das Referat im Grunde genommen die Gruppe, und es gab eben zwei geowissenschaftlich bewanderte Menschen in diesem Referat. Herr Budde war übrigens lange Jahre dann bei der BGR und ist dann aus der BGR in das Ministerium gekommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): In MAT A 99, Band 17, Paginierung 101185 aus dem Juli 1982 findet sich von Ihnen ein Vermerk - und ich zitiere -:

> Eine sich in Zukunft ständig vermehrende Forschungsflut zu Untersuchungen am Salzstock Gorleben für jeden Teilaspekt bei der Errichtung eines Endlagers anstreben zu wollen, ist mit dem Ziel einer zügigen Untersuchung des Salzstockes Gorleben nicht kompatibel.

Also, 1982 war man ja doch noch relativ am Beginn der Untersuchung des Salzstockes. Muss ich Sie so verstehen, dass es zumindest Ihre - - Oder war das sozusagen die Meinung Ihres Hauses, dass man möglichst schnell zu dem Ergebnis kommen möchte und dass man versuchen möchte, nicht allzu viel Zeit mit Erforschung, mit Begutachtung, mit Klärung der verschiedenen Fragen zu verbringen? Wie muss ich das Zitat verstehen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, ich glaube, das ist aus dem Schreiben an Herrn Duphorn. Wir haben im Ressortkreis - und das war auch Beschlusslage - gesagt, dass wir den Salzstock bzw. die Standorterkundung so zügig wie möglich durchführen.

Man kann sich dann natürlich in akademischen Fragen auch darüber unterhalten, ob es nicht vielleicht noch mehr an Untersuchungen geben kann usw. usf. Und so haben wir uns mit der BGR dann verständigt, dass wir gesagt haben: Die und die Untersuchungen sind notwendig. Wenn das[114] dann später im Rahmen eines Sicherheitsnachweises notwendig ist, noch mal an der einen oder anderen Stelle nachzugucken, dann kann man das sicherlich sehr gut identifizieren. - Und insofern ist diese Meldung dahin gehend zu verstehen, zügig, aber mit der gebotenen Sorgfalt doch[115] diese Untersuchung durchzuführen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich will auch noch mal ein bisschen nachfragen, aus welcher eigenen Qualifikation Sie diese doch damals schon recht

[114] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „es“, Anlage 1
[115] Richtigstellung des Zeugen: streiche „doch“, Anlage 1

heftige Kritik an Herrn Duphorns Auslassungen geäußert haben und auch heute wieder. Also, Worte wie „Effekthascherei“ oder „Umgang mit der Wahrheit“ - was in den Raum stellt, dass die Wahrheit da nicht vorkam - sind ja schon ziemlich heftige Kritikpunkte. Und mir ist jetzt noch nicht ganz klar - Sie haben Geologie studiert -, was Ihr eigener Schwerpunkt dieses Studiums war. Würden Sie mir das sagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es war im Grunde genommen Tektonik.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie heißt das?

Zeuge Reinhold Ollig: Tektonik.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tektonik.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist die Bildung von Strukturen, ob das Salzstrukturen oder ob das Faltungen im alpinen Bereich oder im Rhenoherzynikum sind. Das war der Schwerpunkt der Untersuchungen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön. - Sie haben jetzt noch mal kritisiert, dass Herrn Duphorns Arbeit einer wissenschaftlichen Publikation in keiner Weise standgehalten hätte. Welche wissenschaftlichen Publikationen gibt es von Ihnen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe nicht wissenschaftlich publiziert. Ich habe in den einen oder anderen Fällen mitgearbeitet an wissenschaftlichen Untersuchungen. Die können Sie auch in der Bibliothek unseres geologischen Instituts in Bonn nachlesen. Insofern geht es nicht darum, wer wie viel publiziert hat, ob Herr Duphorn mehr publiziert hat oder weniger. Es geht um den Stil, den er dort angesprochen hat. „Salinare Viererbande“ ist, ich sage mal, kein quartärgeologischer Begriff. Und es gibt noch mehr von diesen Begriffen, die in seiner Stellungnahme drin sind. Insofern galt - - Es kam dann auch noch Kritik an der Forschungspolitik des BMWF[116] usw. usf. Darauf galt es zu antworten, und das habe ich, glaube ich,[117] in der gebotenen Kürze - vielleicht ist es[118] ein bisschen harsch rübergekommen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Also, „salinare Viererbande“ ist kein wissenschaftlicher Begriff; da stimme ich Ihnen zu. Trotzdem kann es ja sein, dass neben solchen Ausdrücken der Inhalt, der wissenschaftliche Inhalt einer solchen Arbeit, durchaus eine hohe Qualifikation nachweist. Ich habe jetzt so ein bisschen verstanden, dass Ihre Qualifikation, quartärgeologische Fragen zu beurteilen, aus Ihren Spaziergängen mit einem Quartärgeologen stammt.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, dieses haben Sie völlig missverstanden. Die quartärgeologische Einschätzung, die ich dort niedergelegt habe, habe ich in Gesprächen mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - das glaube ich, habe ich eben auch beantwortet - herausgezogen. Dieses ist nicht Kraft eigenen Intellektes alleine heraus entstanden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war das aus der BGR, wenn ich das fragen darf?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr[119] Jaritz, Herr[120] Venzlaff, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Jaritz und Herr Venzlaff.

Zeuge Reinhold Ollig: - Herr Langer. Das waren die klassischen Ansprechpartner dort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Reinhold Ollig: Und die kennen ihren Kollegen Duphorn sehr gut.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich würde jetzt

[116] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMWF“, setze „BMFT“, Anlage 1

[117] Ergänzung des Zeugen: „getan und zwar“, Anlage 1

[118] Ergänzung des Zeugen: „deshalb“, Anlage 1

[119] Ergänzung des Zeugen: „Dr.“, Anlage 1

[120] Ergänzung des Zeugen: „Prof.“, Anlage 1

gern noch mal zu dem Thema, das ja hier so ein bisschen den Kern unserer Fragestellungen für den Zeitraum 83 darstellt, kommen, nämlich dieses Treffen am 11. Mai 1983. Sie haben jetzt mehrmals gesagt, dass Sie da im Vorfeld eigentlich nichts wussten und auch nichts damit zu tun hatten. Nun gibt es eine Einladung von Ihnen an sowohl das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium, PTB, BGR, DBE, Herrn Memmert usw., also alle, die auch später bei diesem Treffen waren, in dem Sie einladen für den 13. April 1983, also einen Monat davor, in die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, und zwar zu einem Abstimmungsgespräch über den zusammenfassenden Zwischenbericht der Standorterkundung. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Da wurden erste Veränderungen dieses Vorberichtes vorgenommen, dieses Entwurfs, Zwischenberichts, nehme ich an.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das Wort „Veränderungen“, wenn Sie das bitte erläutern könnten, wie Sie das meinen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine das, dass da nicht der gleiche Wortlaut in dem nächsten Entwurf dieses Zwischenberichts bestand wie davor.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Das ist, ich sage mal, ein ganz normaler Prozess. Auch eine Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erstellt zuerst einen Entwurf und die PTB und auch die -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir klar.

Zeuge Reinhold Ollig: - BGR waren sich durchaus der Tragweite dieses Entwurfes bewusst. Insofern haben wir diesen Bericht diskutiert und besprochen und gesagt: Muss das nicht noch deutlicher akzentuiert werden? Wo passt dann hin?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin dargestellt, es hätte nur strukturelle Veränderungen gegeben und keine inhaltlichen. Ich zitiere Sie noch mal. Sie haben einmal gesagt: „nichts fachlich geschönt“. Einmal haben Sie auch gesagt: Kein einziger fachlicher Befund wurde verändert, oder es wäre gesagt worden, dass der nicht hineingehört. - Also, Sie haben nichts herausgenommen, was irgendeine fachliche Bedeutung hatte und auch nichts verändert, und zwar einschließlich dieses Treffens am 11. Mai. Ich möchte Ihnen dazu, bevor Sie antworten, mal ein paar Stellen zitieren, weil in meinem - nichtgeologischen - Verständnis das durchaus Veränderungen sind, und bitte Sie mit Ihrem geologischen Sachverstand, das noch mal zu beurteilen.

Also, wir haben in dem Entwurf vor diesem Treffen im Mai zum Beispiel stehen:

> Die angetroffenen Druckverhältnisse und die chemische Zusammensetzung der Lösungen erlauben die Schlußfolgerung, dass keine eindeutig nachweisbaren Wegsamkeiten zwischen dem Nebengestein sowie lokalen Lösungsreservoiren im Salzstock bestehen.

In der Endfassung finden wir die Formulierung:

> … erlauben die Schlußfolgerung, dass keine Wegsamkeiten zwischen dem Nebengestein sowie lokalen Lösungsreservoiren im Salzstock bestehen.

Also, ich will mal sagen - ich bin Germanistin -: Für mich ist ein deutlicher Unterschied zwischen einer Formulierung „dass keine eindeutig nachweisbaren Wegsamkeiten“ oder „dass keine Wegsamkeiten … bestehen“.

Ich will hier aber auch sagen, was herausgenommen wurde. Nur ein paar Beispiele; es gibt sehr viele. Zum Beispiel auf der Seite 9 vormalig:

> Durch die Endlagerung von größeren Mengen stark wärmeproduzierender radioaktiver Abfälle werden Voraussetzungen geschaffen, bei denen heute geschlossene Wegsamkeiten erneut wirksam werden können. Bei der Einlagerung von lediglich nicht wärmeentwickelnden Abfällen ist bei Ergreifen entsprechender Maßnahmen eine Nuklidfreisetzung über verheilte Wegsamkeiten des Salzkörpers nicht zu unterstellen.

Das heißt für mich: Nur, wenn ich *nicht* wärmeentwickelnde Abfälle einlagere, kann ich davon ausgehen, dass diese Wegsamkeiten nicht entstehen.

Und noch eine Stelle - und dann bitte ich Sie um Ihr Urteil; auch auf der Seite 9 -:

> Mit der bisher angewandten konservativen Vorgehensweise zur Abschätzung der radiologischen Folgen bei einer unterstellten Remobilisierung von Wegsamkeiten über den Hauptanhydrit ist der Nachweis der Einhaltung des Schutzziels der Sicherheitskriterien noch nicht für alle Radionuklide gelungen.

Diese Stellen wurden gestrichen. Bleiben Sie dabei, dass das rein strukturelle Veränderungen sind? Die finden sich nirgendwo anders, diese Stellen, in dem Bericht. Sie sind gestrichen. Ist das eine strukturelle Veränderung oder eine fachliche Veränderung?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, zunächst einmal möchte ich noch einmal wiederholen: Wir haben in diesem Bericht nichts gestrichen. Wir haben mit der BGR und der PTB diskutiert: Wie sind die Befunde zu werten? Wie werden sie dargestellt? - Dann haben die BGR und die PTB diesen Bericht verfasst,[121] den zweiten Entwurf. Da hat die Bundesregierung nichts gestrichen. Da haben die Experten nach Diskussionen untereinander und mit uns eine zweite Version gefertigt, die dann wieder diskutiert wurde. Das ist ein ganz normaler Prozess.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde. - Ich eröffne die zweite Berliner Runde für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich möchte noch mal zurückgehen zu meiner Befragung. Da ging es ja unter anderem um die Frage: Wie sah das aus? Hatte sich die Bundesregierung, obwohl sich das Land Niedersachsen ja auf Gorleben jetzt kapriziert hatte, noch mit anderen Alternativen beschäftigt für den Fall, dass sich Gorleben als nicht realisierbar herausstellt. Und da habe ich in den vergangenen Sitzungen jetzt zwei unterschiedliche Zeugenaussagen gehört, und ich würde gerne mal dann jetzt Ihre Meinung dann als dritte sozusagen zu diesem Sachverhalt hören.

Es gab einmal den Zeugen von Osten. Er sagte, das hätte er so oft im Flur sozusagen, im Ministerium - weil er ja nicht mehr in der Sache zuständig war -, gehört: Man habe Gorleben betrieben nach dem Motto: „Augen zu und durch." Das war also sein Zitat hier im Ausschuss. Und auf der anderen Seite hatten wir in der letzten Sitzung Herrn Dr. Matting aus dem damaligen BMI, der folgender Aussage zugestimmt hat-: dass die Frage nach der Erkundung anderer Standorte in den 80er-Jahren

> … bei allen wesentlichen Entscheidungen bzw. Haltepunkten im Verlauf der Erkundung des Salzstocks Gorleben - wie z. B. bei der Frage der Schachtvorbohrungen, der Erstellung des PTB-Zwischenberichts oder der Kabinettentscheidung am 13. Juli 1983 für die untertägige Erkundung - behandelt. Aufgrund vor allem der jeweils vorliegenden „positiven" Erkundungsergebnisse des Salzstocks Gorleben wurde dieser Punkt jeweils wieder zurückgestellt. Parallel hierzu wurden trotzdem kontinuierlich Alternativen geprüft - z. B. in Form von Studien über z. B. weitere Salzstöcke als Standort für ein Endlager -, um bei einer Feststellung der Nichteignung des Salzstocks Gorleben sofort einen neuen möglichen Standort vorschlagen zu können.

Zitat Ende.

Das sind jetzt zwei unterschiedliche Äußerungen. Wo können Sie sich denn an der Stelle platzieren?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, hinter das Flurgerücht von Henning von Osten [sic!] möchte ich mich lieber nicht stellen. Da halte ich es schon lieber mit der Wahrheit, die Herr Matting dort gesagt hat. Henning von Osten [sic!] war in der Unterabteilung zuständig für Safeguards-Fragen, also Nichtverbreitungsdinge, und hat irgendeinen Flurfunk zum Anlass genommen, dieses Zitat, was Sie hier

[121] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,", setze „als", Anlage 1

wiedergegeben haben, zu nehmen.[122] Ich weiß nicht, aufgrund welcher Tatsache er dieses nun gesagt hat. Ich glaube, er war so fern dieser tatsächlichen Bearbeitung, da ist das Zitat von Herrn Matting durchaus verlässlicher.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut. - Der Kollege Pols wird weiterführen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Ollig, Sie haben in der ersten Runde ausgeführt, dass es diverse Informationsveranstaltungen vor Ort gab. Also in Gorleben, in Lüchow, in Hitzacker gab es diverse Veranstaltungen dort. Und an der einen Veranstaltung im Mai 1981 - bei der Dr. Ziegler Diskussionsleiter war - ist ja dann auch Professor Duphorn zu Wort gekommen. Waren Sie damals da anwesend bei dieser Veranstaltung?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich war bei dieser Veranstaltung anwesend.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also am 15./16. Mai 81.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja; das weiß ich. Da war ich anwesend. Ich habe die sogar in weiten Teilen mit vorbereitet vor Ort.

Ich muss Ihnen sagen: Ich kann mich nicht an den Vortragenden Dup - -[123] Also, er hat für mich keine ersichtliche Rolle gespielt. Daran kann ich mich nicht erinnern. Wir haben Professor Haber dort die Einführung - -[124] also jener deutsche Physiker, der in den USA dann[125] Karriere gemacht hat, den haben wir gewonnen, um die einführenden Worte zu sprechen. Wie gesagt, ich kann mich nicht an einen Beitrag von Herrn Duphorn erinnern. Vielleicht war er anwesend. Ich weiß es nicht.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Für welchen Personenkreis oder gesellschaftlichen Gruppenbereich haben Sie diese Veranstaltung organisiert? War das für den normalen Bürger, war das für Kommunalpolitiker, war das für Bauernverbände, Handwerkskammern, Kreishandwerkerschaften, IHKs? Für wen war das zugänglich?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, Sie haben eigentlich alle Gruppen genannt, für die diese Veranstaltung gemacht wurde. Es kam natürlich sehr artikuliert von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, die natürlich immer Fragen gestellt hat. Wir haben ja dann versucht, auch den Bürgerdialog so zu gestalten, dass wir vor Ort eine Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung von Bund und Land Niedersachsen eingerichtet haben, wo die Bürger dann hinkommen konnten. Und Herr Kulke und später auch Herr Dr. Becker-Platen haben dann diese Dinge an uns oder an die BGR weitergeleitet. Und wir haben dann auch zum Teil vermittelt, dass Landtagsabgeordnete mit ihrer Fraktion gleich welcher Art sich dann auch im Kernforschungszentrum Karlsruhe oder sonst irgendwo mal angucken konnten - worum geht es dort? Was wird dort geplant? -, oder auch mit der BGR[126] diskutierten[127].

Also, diese Dinge haben wir, glaube ich, im Interesse der Bevölkerung vor Ort wahrgenommen. Es gab dann auch noch die sogenannte Gorleben-Kommission, die aus Kommunalpolitikern bestand, die sich[128] dann natürlich etwas mehr in dem politischen Umfeld - -[129] Also, Kurt-Dieter Grill ist sicherlich ein Name, der da häufig fällt. Und diese Dialoge mussten einfach sein. Wir haben Steuergelder eingesetzt für diese Standortuntersuchung; also muss man sich

[122] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nehmen.“, setze „nennen.“, Anlage 1
[123] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Dup --“, setze „Duphorn erinnern.“, Anlage 1
[124] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „überlassen,“, Anlage 1
[125] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 1
[126] Ergänzung des Zeugen: „zu“, Anlage 1
[127] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ten“, setze „en“, Anlage 1
[128] Richtigstellung des Zeugen: streiche „sich“, Anlage 1
[129] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „tätig waren.“, Anlage 1

auch, ich sage mal, den Fragen der Steuerzahler stellen, egal ob das angenehme Fragen sind oder unangenehme Fragen. Das gehört einfach mit zur Informationspflicht. Wir haben da für uns durchaus eine Bringschuld gesehen. Ich kann Ihnen sagen, dass viele Kollegen aus PTB und BGR da nicht begeistert waren, dort ständig vor Ort Rede und Antwort stehen zu müssen; denn die sind deutlich häufiger dort aufgetreten, als wir das natürlich gemacht haben.

Also, das Gleiche haben wir dann übrigens - - Nur[130] damit nicht der Eindruck entsteht, das sei ein Einzelfall dort in Gorleben - - Wir[131] haben dann auch eine ähnliche Informationsstelle in Salzgitter errichtet, um dann auch über die Aktivitäten in der Schachtanlage Konrad zu informieren.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Wie war die Resonanz dieses Dialoges mit der Bevölkerung? Haben Sie das Gefühl gehabt, man interessiert sich dafür, oder war es nur eine bestimmte Gruppe, die sich dafür interessierte? Hat die Bevölkerung Ihre Dialogbereitschaft dann auch angenommen? Hatten Sie das Gefühl dabei?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Leute - egal ob das Gegner oder Befürworter waren - haben das durchaus honoriert. Also, dass es dort eine Anlaufstelle gab - - Und wenn es eben kein direktes Material gab, konnte man wenigstens eine Telefonnummer oder einen Ratschlag geben, wo man sich weiter informieren kann. Also, insofern haben das eigentlich alle begrüßt, auch die Bürgerinitiative; das ist völlig klar.

Und wir haben das dann einmal analysieren lassen von Frau Noelle-Neumann bzw. dem[132] Institut, was das Ergebnis unserer ganzen Öffentlichkeitsarbeit war. Denn so eine Stelle kostet ja auch ein bisschen[133] Geld, und man muss dann auch mal gucken: Was bringt das? Und Frau Noelle-Neumann hat ja das Verdienst, das sie seit den 60er-Jahren Trends innerhalb der Bevölkerung aufzeichnet und das vergleicht. Wir haben diese Ergebnisse dieser Studie dann in der „Kommende“ in Bonn diskutiert, und eine Demoskopin kam und hat uns dann erläutert, dass wir mit diesen Informationsangeboten im Grunde genommen den Status quo aufrechterhalten haben.

Ich habe dann gesagt: Ja, okay; dann bringt das ja eigentlich gar nichts, wenn wir nicht den Status quo aufrechterhalten. Ja, sagt sie: Wenn Sie das einstellen, sind die Menschen, die unentschlossen sind, auf der Seite der Gegner. - Für mich eine überraschende Erkenntnis. Ich gebe die jetzt mal so wieder. Ich habe gesagt: Liegt das an unsere Dialogformen? - Man hätte ja sicher denken können, dass wir die falschen Ansätze haben. Es wurde mir gesagt, dass das mit diesem Standortbeauftragten und von dem Konzept hervorragend ist, aber dass wir damit, mit unserer Informationspolitik, nicht viel bewegen. Das ist leider so. Ich kann es Ihnen nur wiedergeben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ist das als Überforderung der Bevölkerung zu deuten?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es ist so: Die Dame vom Allensbach-Institut hat mir das erläutert - wenn es Sie interessiert -, und zwar ist ja seit den 60er-Jahren die Informationsflut, also wie Sie sich informieren können, ich sage mal, exponentiell gewachsen. Früher gab es ein paar Zeitungen. Dann gab es später Magazine noch und nöcher usw. usf. - und man könnte ja meinen, dass - - und Fernsehen und so; viele Kanäle gab es. Und dann könnte man ja meinen, dass auch das Wissen in der Bevölkerung über bestimmte Dinge damit gestiegen ist. Und die Demoskopen haben festgestellt, dass trotz dieses überragenden Informationsangebotes, was die Bevölkerung dann hat, im Grunde genommen der Wissensstand in der Bevölkerung gleich geblieben ist. Es ist nur ein größeres Informationsangebot vorhanden.

Mehr weiß ich über Demoskopie aber nicht. Wie gesagt, ich kann das hier nur so wiedergeben, wie ich es in Erinnerung habe.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wie fühlten Sie sich denn von der örtlichen Presse wiedergeben? Haben Sie das Gefühl gehabt, die örtliche Presse nimmt das auf, was Sie dort der Bevölkerung und den gesellschaftlich relevanten Gruppen berichten? Wie fanden Sie die Berichterstattung im Allgemeinen?

[130] Richtigstellung des Zeugen: streiche „N“, setze „n“, Anlage 1
[131] Richtigstellung des Zeugen: streiche „W“, setze „w“, Anlage 1
[132] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dem“, setze „deren“, Anlage 1
[133] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein bisschen“, Anlage 1

Hätten Sie sich eventuell mehr gewünscht? War das sehr zögerlich, oder war es in Ihren Augen ausreichend?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, da kann ich mich nicht an Kritik, oder die, die ich zu äußern hätte, erinnern. Die Berichterstattung war eigentlich plus/minus okay, sage ich mal. Also, na klar, wenn nun irgendeine neue Bohrung niedergebracht wurde usw., dann hat man natürlich auch mal einen kritischen Kommentar dort gelesen. Aber im Grunde genommen fand ich das plus/minus okay.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann ist ja irgendwann dieser Dialog beendet worden. Auch die Gorleben-Kommission hat ja irgendwann ihre Arbeit eingestellt. Warum eigentlich? Gab es da Vorgaben? Gab es irgendwelche Gründe? Gab es, sagen wir mal, Entscheidungen in Ihrem Hause, warum dieser Dialog letztendlich eingestellt wurde? War die Resonanz nicht mehr da?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich weiß gar nicht, ob zu meinen Zeiten, wo ich im Ministerium mit dieser Aufgabe befasst war, dort der Dialog eingestellt wurde - das weiß ich nicht - oder ob das zum Beispiel die DBE dann übernommen hat. Ich weiß nicht, ob die oder wann die Informationsstelle zur Nuklearen Entsorgung, die wir gemeinsam mit dem Land Niedersachsen betrieben haben, dort eingestellt wurde. Zuletzt war es Herr Becker-Platen, der dort gearbeitet hat. Danach weiß ich nicht mehr, was daraus geworden ist. Tut mir leid.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay. Ja, danke. - Aber, um noch mal zurückzukommen zu dieser Veranstaltung im Mai 1981, wo Professor Duphorn seinen Bericht zur quartärgeologischen Gesamtinterpretation Gorleben vorgelegt hat: Daran erinnern Sie sich? Sie waren ja, Ihrer Aussage nach, anwesend?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich erinnere mich an die Veranstaltung; ich erinnere mich auch an den Bericht von Herrn Professor Duphorn. Den habe ich aber an meinen Schreibtisch gelesen, und ich erinnere mich aber beim besten Willen nicht, ob Herr Duphorn zu den Sprechern auf dieser Veranstaltung gehörte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie sich denn an die Kernaussage erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: An die Kernaussage von Herrn Duphorn? Ja, klar.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie die mal erläutern oder kurz darstellen?

Zeuge Reinhold Ollig: Die Kernaussage in dem Papier von Herrn Duphorn war im Grunde genommen: Der Salzstock ist ungeeignet. Herr Duphorn war gegen das Schachtabteufen. Er hat sich dann auch in weiteren Besprechungen mit der PTB - übrigens als Einziger - von den Menschen, die von der PTB hinzugezogen wurden, gegen das Schachtabteufen ausgesprochen. Das war so die Quintessenz. Er glaubte, dass der Top des Salzstockes nicht so standfest sei. Er glaubte, dass dort[134] der Salzstock also[135] divergiert und hat dann noch verschiedene Argumente auch über das Innenleben des Salzstockes dann[136] gebracht, die so eigentlich - und das war Auffassung auch der BRG[137] - nicht haltbar waren, sodass Herr Duphorn einen[138] Beitrag[139] zur Beschreibung des Deckgebirges geliefert hat.

Das ist alles übrigens völlig in Ordnung. Ich habe in weiten Bereichen dieses Berichtes - kann ich nur sagen - -[140] Das ist völlig in Ordnung so. Sonst hätten wir nämlich Rückforderungen erstellen müssen, wenn das der Fall gewesen wäre. Und insofern habe ich nur einige dieser Darstellungen, die ich so nicht akzeptieren kann in einem wissenschaftlichen Bericht, zum Anlass genommen, die[141] zu kommentieren. Und habe[142] mich dann auch noch dagegen[143] gewandt[144], die

[134] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dort“, Anlage 1
[135] Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, setze „dort“, Anlage 1
[136] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 1
[137] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BRG“, setze „BGR“, Anlage 1
[138] Ergänzung des Zeugen: „qualifizierten“, Anlage 1
[139] Ergänzung des Zeugen: „nur“, Anlage 1
[140] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--" , setze „keine Kritik.“, Anlage 1
[141] Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, setze „diese“, Anlage 1
[142] Ergänzung des Zeugen: „ich“, Anlage 1
[143] Richtigstellung des Zeugen: streiche “gegen“, setze „für“, Anlage 1
[144] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ge“, setze „ver“, Anlage 1

Forschungspolitik des BMWF[145], die er dort kritisiert hat - -[146] Kann er gerne tun; aber das muss dann beantwortet werden. Und wenn er so einen harten Klotz auffährt, kommt da auch ein harter Keil drauf - das ist doch völlig klar -, ohne dass ich ihn verletzen möchte. Das will ich noch mal sagen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Sie haben in dem Zusammenhang - das würde mich jetzt noch mal interessieren -, vorhin gesagt oder gesprochen von einer „salinaren Viererbande“. Tut mir leid; ich kann da jetzt nichts mit anfangen. Ich bin weder Geologe noch Physiker. Was ist denn eine „salinare Viererbande“?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe die Unterlagen hier drin[147] nicht. Ich kann es so nicht erläutern, weil dieser Begriff ist mir völlig fremd. Aber es ist sicherlich aus der - -[148]

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ging das aus seinem Vortrag nicht hervor?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe es im Moment nicht parat. Ich kann die Sache rausziehen, und dann kann ich Ihnen sagen, was er damit, mit der salinaren Viererbande, meint. Aber ich glaube, zur Wahrheitsfindung trägt diese Aussage relativ wenig bei.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Der Arbeitsauftrag von Professor Duphorn wurde ja nicht verlängert. Er lief ja mehr oder weniger aus. Warum wurde der Arbeitsauftrag von Professor Duphorn nicht verlängert?

Zeuge Reinhold Ollig: Der Auftraggeber für Herrn Duphorn war nicht das BMWF[149], sondern es war die PTB, die ihm diesen Auftrag gegeben hat, zwar mit BMWF[150]-Geld, aber das direkte Vertragsverhältnis war zwischen PTB und Herrn Duphorn.

Herr Duphorn hatte seinen Auftrag erfüllt. Er hat das Deckgebirge beschrieben, er hat die vorhandenen Bohrungen ausgearbeitet, und damit war der Auftrag erfüllt. Dann hat er uns noch ein paar Zugaben gegeben: dass der Schacht nicht stehen kann, dass der Salzstock ungeeignet ist. Das gehörte aber nicht zu seinem Auftrag. Insofern waren wir gemeinsam mit der PTB der Ansicht: Dieser Auftrag ist erfüllt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun hat ja Professor Duphorn auch dem BMFT eine fehlende Forschungskontinuität vorgeworfen, da sein Vertrag eben nicht verlängert wurde. Das geht aus einem Vermerk auch von Ihnen hervor, -

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): - vom 24. Juni 82. Das ist MAT A 29, Blatt 560157 bis 560162. Wie hat das BMFT auf diesen Vorschlag oder auf diesen Vorwurf, besser gesagt - Vorschlag nicht, aber Vorwurf -, reagiert?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich glaube, ich habe Herrn Duphorn einen Brief geschrieben,[151] und ich gebe den jetzt nur mal sinngemäß wieder: Projekte oder auch bestimmte Aufgaben werden definiert. Die haben einen Anfang und ein Ende, und am Ende ist ein Bericht vorzulegen. Dann wird geprüft, ob dieser Auftrag erfüllt ist: Ja oder Nein? So, und dieser Auftrag war erfüllt, und deswegen gab es keinen Grund, eine weitere Anschlussuntersuchung in Auftrag zu geben.

Die ganzen Dinge, die schließlich zu der etwas kontroversen Diskussion über das Duphorn-Gutachten führten, waren nicht die Beschreibung der quartären Rinne oder der Verhältnisse im Quartär. Dieses waren im Wesentlichen Aussagen, die eigentlich nur eine Firma, eine Spezialfirma zum Schachtabteufen, machen kann, die ein Geophysiker

[145] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMWF“, setze „BMFT“, Anlage 1
[146] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „aufrecht zu erhalten. Das“, Anlage 1
[147] Richtigstellung des Zeugen: streiche „drin“, Anlage 1
[148] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Studie zitiert.“, Anlage 1
[149] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMWF“, setze „BMFT“, Anlage 1
[150] Richtigstellung des Zeugen: streiche “BMWF“, setze „BMFT“, Anlage 1
[151] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, Anlage 1

machen kann, die ein Tektoniker machen kann. Das hat Herr Duphorn alles uns zusätzlich zu der sehr guten Beschreibung des Deckgebirges obendrauf gegeben. Das haben wir kritisiert, und dazu haben wir Stellung genommen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wie wurde damals mit Professor Duphorn und seinen Ergebnissen umgegangen? Rein sachlich, oder wurden seine Befunde, wie hier auch schon gesagt wurde, einfach so vom Tisch gewischt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, man kann die Beschreibung einer quartären Rinne - die ist einfach da, und Herr Duphorn hat die beschrieben -, das kann man einfach nicht vom Tisch wischen. Das ist auch aufgenommen in die ganzen Papiere, die später geschrieben wurden. Insofern wurden seine Ergebnisse berücksichtigt. Seine darüber hinausgehenden Ergebnisse waren nicht zu gebrauchen, und da hat man sich an die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern gewendet. Dort gab es Schachtbauexperten und Bergleute usw. usf. Und das war eigentlich das Manko an dieser Studie. Wie gesagt - ich muss es noch mal sagen -: Der Auftrag wurde, was Quartärgeologie und die Beschreibung des Deckgebirges angeht, erfüllt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich möchte jetzt noch mal zur KEWA kommen. Im Mai 2010 hat ja im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz eine Publikation „Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerstandort - Der niedersächsische Auswahl- und Entscheidungsprozess“, Expertise zur Standortauswahl für das Entsorgungszentrum 1976/77 von Dr. Tiggemann - - ist dort erschienen. Dort, bei dieser Arbeit, hat Herr Dr. Tiggemann ja eine Nachbewertung entdeckt zu dem Erkundungsstandort Gorleben.

Lange wurde ja angenommen, dass dieser Standort nur aufgrund seiner Grenznähe aus der ersten KEWA-Auswertungsstudie zurückgestellt worden war, sondern auch im späteren Auswertungsprozess nicht betrachtet wurde. Dadurch ist ja auch diese Annahme widerlegt. In den Akten haben wir eine von Ihnen erstellte Vorlage vom 27.04.81 gefunden, die den Betreff hat - ich zitiere MAT A 95, Band 10, Blatt 180 -:

> … Auswahl von Salzstöcken zur Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der Wiederaufarbeitung; hier: Sprachregelung für die geplante Informationsveranstaltung des Bundes am 15./16.05.1981 in Gorleben

Für die Befragung möchte ich Ihnen das eigentlich mal eben geben. Kann das eben mal jemand Herrn Ollig geben?

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Auf Seite 1 und Folgeseiten beschreiben Sie ausführlich, dass durch die Kernbrennstoffwiederaufarbeitungsgesellschaft, also die KEWA, durchgeführte Auswahlverfahren für Endlagerstandorte - - Auf Seite 3 schreiben Sie - das ist MAT A 95, Band 10, Blatt 180 -:

> Die 1976 durchgeführten Untersuchungen beinhalten u.a. eine Überprüfung der Vorgaben und der Eingabedaten (z. B. durchgeführte Siedlungsprojekte, veränderte Regionalplanung) für das Standortermittlungsverfahren 1974. Dieses ergab, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden.

Vom wem wurde 1973 die KEWA mit einem Auswahlverfahren für mögliche Standorte für ein nukleares Entsorgungszentrum beauftragt?

Zeuge Reinhold Ollig: Da kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe diese Untersuchung im Vorfeld der Veranstaltung, die Sie zitiert haben, in Gorleben nach Aktenlage gemacht. Ich bin also in die Registratur gegangen und habe mir die Unterlagen, die dort lagen, angeguckt und habe das nach bestem Wissen und Gewissen - einfach um auch für uns mal Klarheit zu haben: wie war die Historie? - aufgeschrieben. Ich habe keinerlei Vorstellung, welche handelnden Personen dort - -[152] und kann mich daran nicht erinnern, wer dort als Verfasser oder als Auftraggeber aufgetreten ist. Ich habe die Studie genommen, und da war eben mit diesem Titel - - Das war das Einzige, was man bei uns in den Akten

[152] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „agierten“, Anlage 1

finden konnte,[153] was damals[154] war. Ansonsten konnte ich auch keinen Kollegen mehr fragen.

Es war eine von der Industrie gefertigte Studie. Es ging in erster Linie um den Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums. Das war ja damals in der Betrachtung. Für diese Nuklearanlage, für diese[155] Wiederaufarbeitung[156] gelten dann natürlich in Kombination mit dem Salzstock etwas andere Randbedingungen; das muss man dann auch dazu sagen. Diese sind auch, glaube ich, in der Studie adressiert. Aber wenn man nun[157] auf den reinen Aspekt der Endlagerung eingeht - darauf muss man hier ausdrücklich mal hinweisen -, ist diese Geschichte natürlich, wie gesagt, von etwas anderen Randbedingungen geprägt; das ist völlig klar. Wenn man nur einen - - Wahrscheinlich wäre das auch anders ausgegangen, wenn man nur einen Standort zur Endlagerung gesucht hätte. Dann hätte die KEWA-Studie wahrscheinlich etwas andere Ergebnisse gezeigt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht ist jetzt bei der SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, herzlichen Dank. - Ich würde auch noch mal gerne zurückkommen auf diese zehn Thesen von Herr Duphorn, die ja von Ihnen unmittelbar dann am 24.06. mit zehn Antithesen kommentiert worden sind. Ich will schon noch mal fragen: Diese Antithesen haben Sie dann alleine verfasst?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vogt, ich habe Ihnen, einer Abgeordneten - ich weiß jetzt nicht, von welcher Fraktion - gesagt, dass ich mich da engstens abgestimmt habe mit der BGR und auch mit der PTB.

Ute Vogt (SPD): Mit wem wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Reinhold Ollig: Auch dieses habe ich eben gesagt. Das waren Herr Venzlaff, Herr Jaritz, wenn ich mich recht entsinne, auch Herr Langer, Professor Langer. Das waren die Ansprechpartner, die dort infrage kommen. Ansonsten bespricht man sich dann auch noch mit dem Institut für Tieflagerungen der GSF, also mit Herrn Kühn und Herrn Brewitz, die sicherlich alle in Salzdingen entsprechende Erfahrungen haben.

Ute Vogt (SPD): Nun haben Sie sich beklagt über die angebliche Publicity-Trächtigkeit des Gutachtens von Herrn Duphorn. Mich hat sehr verwundert, dass Ihr Vermerk vom 24.06. auch sehr schnell Publicity erfahren hat, indem man nämlich am 03.08. durch das Deutsche Atomforum zur Veröffentlichung kam. Können Sie uns erklären, wie es dazu gekommen ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen das nicht erklären. Ich habe das nachgelesen, dass dieser Vermerk aus dem Haus rausgekommen ist. Dieses gehört natürlich nicht zu den Aufgaben eines Referates. Sie kriegen auf dem grauen Markt wahrscheinlich alles. Aber zu meinen Aufgaben gehörte auch nicht die Publikation des Duphorn-Gutachtens, was ja dann schließlich, glaube ich, von Minister von Bülow verlangt wurde. Dieses haben andere zu tun. Da gibt es eine Pressestelle bei uns im Hause, da gibt es eine Öffentlichkeitsarbeit, ein extra Referat. Ich habe es jedenfalls nicht an das Atomforum gegeben. Ich bin auch nicht Mitglied im Atomforum.

Ute Vogt (SPD): Sie sind nicht Mitglied?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich bin nicht Mitglied im Atomforum.

Ute Vogt (SPD): Sind Sie Mitglied in der Kerntechnischen Gesellschaft?

Zeuge Reinhold Ollig: Auch das bin ich nicht.

[153] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, setze „-das“, Anlage 1
[154] Ergänzung des Zeugen: „da“, Anlage 1
[155] Richtigstellung des Zeugen: streiche “se“, Anlage 1
[156] Richtigstellung des Zeugen: streiche „g“, setze „g,“, Anlage 1
[157] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nun“, setze „nur“, Anlage 1

Ute Vogt (SPD): Auch das nicht. - Und können Sie uns beschreiben, was es damals für Reaktionen gab? Also, ich meine, ehrlich gesagt, ich glaube, dass in dem Ministerium, wo ein Referentenvermerk von solcher Brisanz an die Öffentlichkeit kommt, über den es ja auch eine öffentliche Debatte gab, noch dazu durch eine Lobbyorganisation, die ein ganz eigenes Interesse inhaltlich verfolgt, müsste das doch einen ziemlichen Aufschrei gegeben haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, an einen Aufschrei kann ich mich nicht entsinnen - weder im Haus noch in der öffentlichen Wahrnehmung. Der, der mich - -[158] der dann zu Recht sauer war, das war sicherlich Herr Duphorn. Der hat mich dann auch angerufen. Wir haben darüber gesprochen. Ich halte dieses Vorgehen[159] nicht für korrekt; muss ich Ihnen sagen. Aber ich habe dieses Ding nicht nach außen gegeben. Ich bedaure das[160] also ausdrücklich. So etwas gehört einfach nicht in die Öffentlichkeit.

Ute Vogt (SPD): Wäre es dann nicht fair gewesen, dass man zumindest, um der Öffentlichkeit eine umfassende Beurteilung zu ermöglichen, auch das Gutachten des Duphorn veröffentlich hätte?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, auch dieses war angedacht; es ist aber nicht gemacht worden. Es gehörte aber nicht zu meinen Aufgaben, hier Bücher herauszugeben. Es gehörte auch nicht zu meinen Aufgaben, mit der Presse zu sprechen. Es ist so: Wenn Pressevertreter anrufen, rufen die beim Pressereferat an, und wenn das Pressereferat das nicht weiß, fragen die bei uns nach. Es ist relativ selten, dass die Fachreferate gebeten werden, selber mit der Presse zu sprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie uns sagen, wer das verhindert hat, dass das damals rausgegeben wurde?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, kann ich nicht. Also, ich glaube, der letzte Pressesprecher unter Herrn von Bülow war Herr Dr. [161]Uhl. Das wäre der Pressesprecher gewesen. Wer die Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat, weiß ich nicht. Es gehört natürlich dann auch das Einverständnis des Autors dazu. Ich weiß nicht, ob Herr Duphorn einverstanden gewesen wäre, sein Gutachten zu veröffentlichen. Das hätte alles eingeholt werden müssen, und insofern war dieser Vorgang bei uns im Referat nicht anhängig. Ich habe auch in den - -[162]

Ute Vogt (SPD): Es gibt bei uns in den Akten ein Schreiben vom 02.09.1982, MAT A 72, Band 6, Paginierung 143124, wo Herr von Bülow das Wirtschaftsministerium bittet, ausdrücklich bittet, die Veröffentlichung des Gutachtens durchzuführen. Können Sie sich an diesen Vorgang noch erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Sie sagten, das Wirtschaftsministerium - -[163]

Ute Vogt (SPD): Von Bülow hat einen Brief geschrieben damals an Herrn Lahnstein und bezieht sich auf den Vorgang, dass ein Teil auch schon öffentlich ist, und bittet, dass er, weil er gehört habe, dass auf Abteilungsleiterebene es im BMWi Widerspruch gegeben hätte gegen die Veröffentlichung, praktisch unmittelbar das Ministerium, der Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens zuzustimmen.

Zeuge Reinhold Ollig: Der Vorgang ist mir so nicht - -[164] ist nicht über meinen Tisch gelaufen. Kann sein, dass das Ministerbüro das selber macht. Also jedenfalls kann ich mich daran nicht erinnern.

Ute Vogt (SPD): Es gibt aber dann in dem Zusammenhang bzw. im Nachgang noch etwas ganz Spannendes, was offenbar doch über Ihren Tisch gelaufen sein muss, das ist MAT A 72, Band 6, Paginierung 143125. Da geht es eben wiederum um diese vom BMFT gewünschte Veröffentlichung des Gutachterentwurfs von Herrn Duphorn. Und ich zitiere einen Vermerk aus

[158] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „kritisierte,“, Anlage 1
[159] Ergänzung des Zeugen: „der Veröffentlichung“, Anlage 1
[160] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „die Herausgabe“, Anlage 1
[161] Ergänzung des Zeugen: „Dr.“, Anlage 1
[162] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Folgejahren so etwas nicht gemacht.“, Anlage 1
[163] Richtigstellung des Zeugen: streiche “--“, setze „?“, Anlage 1
[164] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „bekannt und“, Anlage 1

dem - - wo es einen Schriftverkehr gab vom Wirtschaftsministerium an das Innenministerium, und da ging es praktisch um die Bitte des Herrn Minister Bülow, die man da praktisch noch einmal vom Wirtschaftsministerium dem Innenministerium zugesandt hat. Am 30. September ist es erfolgt, und dann gibt es einen - und das ist jetzt interessant, weil es Sie unmittelbar betrifft - handschriftlichen Vermerk. In dem steht dann:

> Mit BMFT (H. Ollig) am 5.10. Thema informell besprochen. BMFT geht nach Weggang von M v. Bülow davon aus, daß die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann.

Wieso haben Sie die Angelegenheit als erledigt angesehen, wenn Sie eben gesagt haben, es wäre ja durchaus sinnvoll gewesen, dieses Gutachten zu veröffentlichen?

Zeuge Reinhold Ollig: Zunächst einmal ist durch einen Ministerwechsel im Haus eine völlig neue Situation entstanden; das ist völlig klar. Die Pressesprecher werden ausgetauscht, die Leiter des Ministerbüros werden ausgetauscht. Insofern muss das Umfeld, was diese Studie dann weitergibt, sich neu orientieren. Zunächst einmal ist dann der alte Zustand erledigt. Wenn die Neuen - - und ich glaube, das ist auch nicht passiert, das ist nicht rausgegangen,[165] dieses Gutachten, jedenfalls meines Wissens nach nicht,[166] dann haben die das nicht gewollt. Ich kann daran nichts ändern.

Ute Vogt (SPD): Aber haben Sie als Referent zu bestimmen, wenn ein Minister eine Weisung gibt, dass das alles jetzt auf einmal nicht mehr gilt?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, natürlich nicht, das ist damit ja auch gar nicht gemeint.

Ute Vogt (SPD): Na, Sie haben ausweislich der handschriftlichen Notiz am 05.10. mitgeteilt, dass Sie davon ausgehen, dass diese Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann. Das heißt, dass es abschließend nicht zur Veröffentlichung kommt. Das ist was anderes, als wenn Sie sagen würden: Wir müssen nachfragen, was der neue Minister meint.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, ich muss[167] da gar nichts nachfragen. Dieses war Aufgabe des Pressereferates, das ist Aufgabe der Leitung des Hauses, dieses rauszugeben. Das[168] ist nicht Aufgabe eines Fachreferates, Bücher zu veröffentlichen, schon gar nicht, wo wir nicht selber der Autor sind.

Ute Vogt (SPD): Ja, wie kommen Sie dann dazu, gegenüber dem Wirtschaftsministerium eine solche Auskunft zu geben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil der Minister weg war!)

Zeuge Reinhold Ollig: Für mich war die Sache Duphorn erledigt. Es gab für mich nichts mehr zu tun in dieser Angelegenheit.

Ute Vogt (SPD): Am 30. September 82 bzw. am 5. Oktober 82 gab es für Sie mit Duphorn nichts mehr zu tun?

Zeuge Reinhold Ollig: Also mit dem - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Ute Vogt (SPD): Herr Grindel, ich habe ja nicht Sie im Zeugenstand; können wir auch mal gern machen. Aber das Geblöke ist bissel störend.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Fragerecht ist bei Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Herr Ollig, ich würde trotzdem gern noch mal wissen: Wenn am 05.10. das Wirtschaftsministerium sich an Sie wendet und Sie eine klare Auskunft geben, dass Sie das als erledigt betrachten, dann haben Sie nicht gesagt: „Das ist Sache des Pressereferats“, dann haben Sie nicht

[165] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- und ich glaube, das ist auch nicht passiert, das ist nicht rausgegangen,“, Anlage 1
[166] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, setze „herausgegeben haben,“, Anlage 1
[167] Richtigstellung des Zeugen: streiche „muss“, setze „musste“, Anlage 1
[168] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das“, setze „Es“, Anlage 1

gesagt: „Das ist eine Angelegenheit, wo wir noch mal nachfragen müssen“, sondern Sie haben gesagt: „Der Bülow ist weg, und dann brauchen wir uns um den Kram nimmer zu kümmern, sondern jetzt haben wir unsere Ruhe und können das Gutachten in der Versenkung verschwinden lassen“?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das ist Ihre Interpretation.

Ute Vogt (SPD): Ja, so liest sich das.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Sie lesen das so. Ich sage Ihnen noch mal: Es ist so nicht richtig. Es gehörte nicht zu meinen Aufgaben. Diese Sache ist für mich erledigt. Punkt. Dass ich mich weiterhin mit den Ergebnissen, die Herr Duphorn über das Deckgebirge publiziert hat, beschäftigen muss im Rahmen der Standorterkundung, ist doch völlig klar. Aber die Veröffentlichung eines Gutachtens - - Ich hätte ja Herrn Duphorn anrufen müssen: Sind Sie damit einverstanden, dieses zu publizieren usw. usf.? In welcher Form wird es publiziert? Wird es mit einer Stellungnahme von uns publiziert oder wie auch immer? - Das ist alles nicht die Aufgabe des Fachreferates. Dafür gibt es - - In einem Ministerium gibt es Stellen in der Leitung, die heißen Öffentlichkeitsarbeit, die heißen Ministerbüro.

Ute Vogt (SPD): Das kenne ich alles. Nur: Warum wurden Sie angerufen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ach, das weiß ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Also, mit Verlaub: Wenn ich angerufen werde und eine Frage gestellt bekomme: „Was ist mit der Anforderung des Ministers?“, dann wäre möglicherweise nach Ihren Einlassungen jetzt die Auskunft richtig gewesen, zu sagen: Oh, tut mir leid, da bin ich nicht zuständig. - Aber da steht, dass die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann. Nicht ich selbst finde, dass das erledigt ist, sondern Sie haben im Grunde - so, wie das hier formuliert ist jedenfalls - für das Haus gesprochen.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Sie lesen das daraus. Ich weiß nicht mehr, warum mich der Kollege aus dem Wirtschaftsministerium angerufen hat. Ob es speziell um diese Veröffentlichung ging[169] oder um die Nichtveröffentlichung ging, kann ich mich nicht dran[170] erinnern; [171] ist, glaube ich, auch relativ lange her. Für mich gab es - und ich wiederhole das - in dieser Sache nichts mehr zu tun. Wenn eine Leitung beschließt, dass dieses Ding an die Öffentlichkeit gegeben wird, dann müssen die zuständigen Referate das umsetzen. So. Ist doch ganz einfach, steht in jeder Geschäftsordnung vom Bundes - -[172]

Ute Vogt (SPD): Warum haben Sie dann nicht genau dieses dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich weiß nicht mehr, was ich genau dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt habe. Da ist eine Notiz da drauf; mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ute Vogt (SPD): Vorhin haben Sie zu uns gesagt, Sie hatten mit dem ganzen Thema der Veröffentlichung der Duphorn‘schen Gutachten gar nichts zu tun.

Zeuge Reinhold Ollig: Mit der aktiven Veröffentlichung. Das Fachreferat gibt oder Fachreferate geben keine Broschüren raus oder Studien raus. Das ist - -[173]

Ute Vogt (SPD): Wurden Sie gefragt, welche Empfehlung Sie geben in Bezug auf die Veröffentlichung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich hätte diese Studie so nicht rausgegeben; das ist doch völlig klar. Sie müss[174]en den Autor - -[175]

---

[169] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ging“, Anlage 1
[170] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dran“, Anlage 1
[171] Ergänzung des Zeugen: „Es“, Anlage 1
[172] Richtigstellung des Zeugen: streiche „vom Bundes - -“, setze „vergangener Bundesregierungen“, Anlage 1
[173] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „nicht dessen Aufgabe.“, Anlage 1
[174] Ergänzung des Zeugen: “t“, Anlage 1
[175] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „zuerst fragen.“, Anlage 1

Ute Vogt (SPD): Sie hätten sie was bitte? Nicht rausgegeben? Akustisch wollte ich es jetzt nur noch mal - -

Zeuge Reinhold Ollig: Ich hätte die Empfehlung gegeben, diese Studie nicht rauszugeben, ja.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie haben vorhin gesagt, es ging darum, dass man möglichst Transparenz schafft, und es gab kein Problem, nicht umfassend zu informieren. Und Sie haben ja Gegenthesen formuliert. Hat man nicht das Recht, wenn Sie Gegenthesen in die Welt setzen, auch die Grundthesen dazu zu lesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Richtig. Das wäre für mich die einzige Legitimation gewesen, meine Haltung zu überdenken, weil eben meine Thesen, sage ich mal, oder das Papier ohne meine Zutun an das Atomforum gegangen ist.[176] Hätte[177] man dieses durchaus machen können, ja.

Ute Vogt (SPD): War Ihnen das unangenehm, dass das in der Öffentlichkeit erschien?

Zeuge Reinhold Ollig: Was? Mein Vermerk?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, er hat zu keinen Konsequenzen geführt. Also ich - -

Ute Vogt (SPD): Ich wollte nicht wissen, ob Sie Konsequenzen erfahren haben, sondern ob Ihnen das unangenehm war.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich finde, das ist - - ja, „unangenehm“ ist der falsche Ausdruck. Ich finde, es ist kein richtiges Handeln, dass interne Papiere aus einem Ministerium auf einmal in der Öffentlichkeit erscheinen, egal, ob das das Atomforum ist oder ob das *Spiegel* oder sonstige Magazine sind, was übrigens auch relativ häufig passiert ist, dass in solchen Magazinen aus internen Vorgängen des BMBF[178] berichtet wurde, woran ich allerdings auch keinen Anteil habe; das darf ich Ihnen noch mal versichern.

Ute Vogt (SPD): Der Zeuge von Osten hat uns mitgeteilt, Sie seien ein Mitglied der Kernenergiefraktion im BMFT gewesen.[*] Können Sie sich das erklären?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ich habe mich mit Kerntechnik natürlich befassen müssen in dem Referat; da kommt man also leider gar nicht umhin. Herr von Osten hat sich übrigens auch mit Kerntechnik befasst. Insofern war er auch, wenn man das so will, im weitesten Sinne Mitglied dieser Fraktion. Aber dass da irgendwelche negativen charakterlichen Eigenschaften abzuleiten sind, das möchte ich, Frau Vogt, doch nicht bestätigt sehen durch Ihre Frage.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Frau Kollegin Vogt, könnten Sie uns noch die Fundstelle für das Zitat von Osten geben?

Ute Vogt (SPD): Ich reiche es gleich nach.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja? - Vielen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich bestätige das Zitat!)

- Ja, wir brauchen das Zitat trotzdem fürs Protokoll, auch wenn Herr Grindel das bestätigt.

Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion, bitte.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Schönen guten Tag, Herr Ollig! Wir haben uns bzw. der Aus-

[176] Richtigstellung des Zeugen: streiche „.“, setze „,“, Anlage 1
[177] Richtigstellung des Zeugen: streiche „H“, setze „h“, Anlage 1
[178] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMBF“, setze „BMFT“, Anlage 1
[*] Von Abg. Ute Vogt (SPD) nachgereichte Fundstelle: Protokoll der 12. Sitzung, endgültige Fassung, Seite 92, linke Spalte, am Ende.

schuss hat sich mit Ihnen ja unterhalten - auch in Person einiger Kollegen - über Ihre Qualifikation und die Voraussetzungen dafür, sich kritisch mit den Thesen von Herrn Duphorn auseinanderzusetzen. Jetzt ist es so: Auch ich bin kein Geologe, bin von Haus aus Jurist, und deshalb würde ich sozusagen dieses Thema noch mal aufgreifen wollen. Es stand ja die These im Raum, dass dann, wenn wir zwei gegenüberstehende, sich widersprechende geologische Meinungen haben, wenn auf der einen Seite der normale Graduierte steht und auf der anderen Seite der Promovierte oder Habilitierte steht, dass im Zweifelsfall möglicherweise die Letztgenannten vorzugswürdig wären. Entspricht das wissenschaftlichen Standards in der Geologie?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Geowissenschaften sind empirische Wissenschaften, und gelegentlich ist der exakte Nachweis einfach nur indirekt zu führen. Was Sie dann als exakten Nachweis ansehen können oder nicht, das ist eine Geschichte. Insofern ist es in den Geowissenschaften seit der Gründung durch Alexander von Humboldt - das ist sicherlich einer der berühmtesten Vertreter oder der ältesten Vertreter dieser Zunft - eigentlich gang und gäbe, Dinge auch einmal kontrovers zu diskutieren. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Marco Buschmann (FDP): Unabhängig vom akademischen Titel?

Zeuge Reinhold Ollig: Völlig unabhängig von akademischen Titeln. Es hat durchaus Ansätze gegeben, dass sich hochverdiente Professoren ziemlich blamiert haben im Laufe der Zeit, weil es eben gelegentlich Spekulationen geben muss: „Wie ist die Erde entstanden?“, usw. usf. Die Plattentektonik wurde relativ spät erfunden; also hat man sich früher anderer Modelle bedient, die dann ad absurdum geführt wurden, obwohl sie von den herausragendsten Wissenschaftlern in dieser Zeit gebracht wurden.

Was ich aber sagen möchte: Hier hat sich ja nicht ein graduierter oder ein diplomierter Geologe mit einem Professor gestritten, sondern hier hat sich ein Ministerium, was unterstützt wird von einer Bundesanstalt und von einer Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, mit einigen Dingen auseinandergesetzt, die nicht zu dem Fachgebiet von Herrn Duphorn gehören. Das muss ich immer wieder sagen: Das, was Herr Duphorn zur Quartärgeologie geschrieben hat, ist in Ordnung. Das, was er zum Salzstock und zum Schachtabteufen gemacht hat, ist leider nicht in Ordnung.

Marco Buschmann (FDP): Ja. Aber selbst wenn man jetzt mal hypothetisch annehmen würde, es hätte sich jetzt sozusagen nicht eine Institution, in der Sie nicht als Person gesprochen haben, sondern in der Sie Dinge zusammengetragen und dann letztendlich auch formuliert haben - - Es ist doch das Selbstverständlichste von der Welt. Also, Juristen lernen das im ersten Semester, sich auch mit den größten Autoritäten und selbst mit dem Bundesverfassungsgericht kritisch auseinanderzusetzen. Ist es nicht auch selbst für einen Graduierten das Selbstverständlichste von der Welt, sich auch kritisch mit Autoritäten auseinanderzusetzen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe das jedenfalls als meine Verpflichtung in diesem Job - -[179] zu diesen Bemerkungen von Herrn Duphorn über das Deckgebirge hinaus verpflichtet gefühlt, da[180] die Meinungen auch[181] zusammenzutragen. Da ist natürlich auch meine Meinung eingeflossen; das ist völlig klar. Insofern muss ich da keine Angst vor dem Herrn Professor haben. Das liegt nicht in meiner Natur, darf ich mal so sagen.

Marco Buschmann (FDP): Noch eine letzte Frage zu diesem Komplex: Es wurde in Zweifel gestellt, ob jemand, der nicht über ein umfangreiches Literaturverzeichnis verfügt, in der Lage ist - - sozusagen Mindeststandards, ja sozusagen wissenschaftlicher Formulierungen oder des Stils, sich wissenschaftlich zu äußern, einschätzen könnte. Meine Erinnerung aus meinem Studium ist, dass auch das eingeübt wird im Rahmen sogar schon des Grundstudiums, indem man auch selber sogar als Student auch wissenschaftlich seine Seminararbeiten, längere Äußerungen im wissenschaftlichen Stil abfasst. Ist das auch Gegenstand der, sagen wir, Grundausbildung eines Geologen?

---

[179] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „angesehen,“, Anlage 1
[180] Richtigstellung des Zeugen: streiche „verpflichtet gefühlt, da“, Anlage 1
[181] Richtigstellung des Zeugen: streiche „auch“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist es. Im Übrigen habe ich mich häufig mit Baugrundgutachten, die ich selber erstellt habe, in dem Geotechnischen Büro[182] Leischner in Beuel auseinandersetzen müssen. Also, das sind durchaus Dinge, die man im Studium lernt. Und wenn Sie diplomiert sind, kann man das durchaus auch als ernst zu nehmende Wissenschaft hinstellen.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Dann gibt es von meiner Seite keine Fragen mehr, und ich gebe an meine Kollegin ab.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. Herr Ollig ich springe noch mal wieder im Themenfeld und möchte noch mal zu dem Thema zurückkommen: weitere Standorte erkunden. Sie hatten ja vorhin schon gegenüber Herrn Paul gesagt, dass es natürlich auch Kapazitätsbegrenzungen gab, was die Finanzierung anging. Also man hat sich über die Kosten natürlich auch Gedanken gemacht. Der Herr Professor Röthemeyer hat ja auch zu diesem Themenkomplex ausgesagt, und er hatte damals die Ansicht vertreten: Selbst wenn man sich hätte dazu entscheiden können, mehrere Standorte gleichzeitig zu erkunden, man hätte gar nicht die personalen - - also die Experten und auch nicht die Techniker und auch nicht das technische Gerät in diesem Umfang zur Verfügung gehabt. Das würde ich von Ihnen ganz gern noch mal kurz erläutert haben, wie Sie das sehen.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, das ist natürlich eine völlig berechtigte Frage. Das eine ist die Betrachtung von potenziell infrage kommenden Standorten, wenn sich der Standort Gorleben als nicht geeignet erweist. Es ist die[183] Frage der Finanzen, es ist auch eine Frage der Personalkapazität; denn so viele Salinargeologen kriegen Sie auch nicht von null auf gleich. Und da hat Herr Röthemeyer völlig recht. Auch die[184] Bearbeitungskapazität - - Man kann sich natürlich in begrenztem Maße aus der Industrie Leute zukaufen. Also, ich denke mal, Bohrkapazitäten kriegt man über große deutsche Bohrfirmen. Man könnte sich sogar aus dem europäischen Raum, also aus Frankreich oder sonst woher, solche Leute holen. Aber was dann schließlich Sicherheitsanalysen angeht, also alles, was sicherheitsrelevant ist, wäre sicherlich ein Problem gewesen.

Man muss auch sehen: Gorleben war „first of its kind“. Wir hatten damals an der Asse gerade die ersten Finite-Elemente-Rechnungen gemacht. Das musste alles noch entwickelt werden. Also, das[185] wäre sicherlich eine arge Belastung gewesen, parallel mehrere Standorte durchzuchecken, wobei ich sagen muss: Den besten finden Sie dann nie. Bei dem einen ist das Deckgebirge nicht in Ordnung, dafür ist der Salzstock in Ordnung. Bei dem anderen ist das Deckgebirge okay, und dann kommen Sie in den Salzstock, und dann finden Sie auf einmal dort irgendwelche Dinge, und zum Schluss vergleichen Sie Äpfel mit Birnen. Also das - -[186] Sie können zwei Menschen schlecht miteinander vergleichen - das hinkt immer -, und so wird es wahrscheinlich dann auch bei dem Individuum Salzstock sein. Das ist schwierig.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. Ich habe keine weiteren Fragen im Moment.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, Sie hatten vorhin den Begriff „salinare Viererbande“ als ein Beispiel genommen für die unwissenschaftliche oder unangepasste Ausdrucksweise von Herrn Duphorn. Wir haben jetzt eben noch mal gesucht und diesen Begriff im Originalzusammenhang gefunden. Das ist MAT A 139, Band 30, Paginierung 113052, und ich möchte zitieren. Es geht aus - - Also es ist insgesamt das quartärgeologische Fazit, und da der Punkt 9. Ich zitiere:

[182] Ergänzung des Zeugen: „Dr.“, Anlage 1
[183] Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, setze „eine“, Anlage 1
[184] Richtigstellung des Zeugen: streiche „. Auch die“, setze „, auch hinsichtlich der“, Anlage 1
[185] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „es“, Anlage 1
[186] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das --“, setze „,“, Anlage 1

> Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, dessen geomechanische Stabilität und dessen hydraulische Impermeabilität bis hinab zur geplanten Endlager-Teufe durch die „salinare Viererbande von Gorleben“

- und dann folgt eine Klammer, die das wohl erklären soll -

> (quartärer Diapirismus, Subrosion, Scheitelgraben, Salzstock-Überhang) in Frage gestellt werden kann, weil seine Kinematik mehr von Divergenzen als von Konvergenzen geprägt wird.

Also offensichtlich benutzt er einen sehr markanten Begriff, um sozusagen vier fachliche Begriffe gemeinsam zu umschreiben. Ich persönlich finde jetzt, das kann man machen, das ist vielleicht eine Stilfrage. Deswegen hätte ich die Frage an Sie: Können Sie uns weitere Beispiele von aus Ihrer Sicht unwissenschaftlichen Wortneuschöpfungen oder Ausdrucksweisen geben? Weil, also, der sticht jetzt für mich nicht so richtig.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, für mich sticht er ganz besonders, weil das alles Dinge sind, die Herr Duphorn nicht zu untersuchen hat, wo er auch kein Experte ist. Über Diapirismus würde ich mich niemals mit einem Quartärgeologen als Sachverständigem schmücken. Ich würde auch die Divergenz im Topbereich des Salzstockes als falsch ansehen. Sie haben auch - - Im Bereich des Daches fließt der Salzstock natürlich auseinander; aber Sie haben durchaus dort Konvergenz. Also, wenn Sie dort ein Loch reinmachen, dann fließt auch dieses zu. Also, dieses ist von Herrn Duphorn leider falsch dargestellt worden. Und den Diapirismus oder diese Divergenz hatte er dann auch [187]genommen, um die Unmöglichkeit des Schachtabteufens zu begründen. Dieses haben andere Experten ganz klar verneint. Insofern ist dieses Fazit mit der salinaren Viererbande weder vom Inhalt noch von der Form her eine Äußerung, die ich so akzeptieren kann von einem Wissenschaftler. Das finde ich nicht korrekt. Aber ich bin da - -[188]

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, das haben Sie jetzt begründet. Können Sie uns weitere Beispiele für in Ihrer Sicht unwissenschaftliche Wortschöpfungen benennen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich würde jetzt gerne die Tasche aufmachen und kann Ihnen dann aus dem Vermerk, den ich geschrieben habe - -[189] Der ist dabei. Da habe ich, glaube ich, diese Punkte genannt. Der liegt Ihnen, glaube ich, auch vor, und dann könnte ich das sagen[190]; aus dem Kopf weiß ich das nicht[191].

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, das können Sie ja vielleicht dann uns noch nachreichen. Sie sagten vorhin, dass es ja unter dem Salzstock Kohlenwasserstoffvorkommen gebe. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Ihnen das damals in Ihrer Tätigkeit, also Anfang der 80er-Jahre, auch bekannt und bewusst war?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, diese, die Explorationstätigkeit an der Grenze zur ehemaligen DDR, was Gasförderung angeht, ist allgemein bekannt. Das war bekannt im Örtchen Wustrow. Nahe der Grenze wurde dann auch Gas gefördert. Ich sagte eben, das ist ein sehr schwefelhaltiges Gas, was in Richtung Polen immer schwefelhaltiger wird; das können Sie gar nicht mehr gebrauchen. Das Gas, diese Lagerstätten dort kommen natürlich aus dem tieferen Untergrund und fangen sich irgendwo an besonderen Strukturen.

Dieser Vorgang war hinlänglich bekannt, weil sich die Bundesregierung über das Bundeswirtschaftsministerium mit der Regierung der ehemaligen DDR über diese grenznahe Ausbeutung von Gasvorkommen unterhalten hat. Das hat einen ziemlichen Wirbel gege-

[187] Richtigstellung des Zeugen: streiche „genommen“, setze „angenommen“, Anlage 1

[188] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Aber ich bin da --“, Anlage 1

[189] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „, zitieren.“, Anlage 1

[190] Richtigstellung des Zeugen: streiche „, und dann könnte ich das sagen“, Anlage 1

[191] Ergänzung des Zeugen: „Neben der ‚salinaren Viererbande‘, die ich in einem wissenschaftlichen Bericht für nicht akzeptabel halte, hat Prof. Duphorn darüber hinaus Begriffe wie ‚eskalierend‘ für Salzaufstiegsprozesse oder auch ‚rekordverdächtig‘ gebraucht, die nicht sachlich wissenschaftsbezogen sind, sondern auf Effekt angelegte Ausdrücke darstellen.“, Anlage 1

ben, weil ständig zwischen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik, also der Bundesregierung Streitigkeiten waren um Bergschäden, zum Beispiel im Hessischen, also in der flachen Lagerung, wo die DDR quasi Raubbau an den dort liegenden Lagerstätten - - da hat es einen Riesenbergschlag gegeben, und die DDR - ich weiß nicht - 5 Milliarden US-Dollar Schadensersatz verlangt hat. Also diese Sachen waren alle bekannt, wie gesagt, auch die Tendenz, dass das Gas saurer wird und dann nicht mehr brauchbar ist.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist jetzt sehr spannend, weil wir suchen seit Wochen Belege dafür, dass über das Gasvorkommen unter Gorleben zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR ein Austausch, auf welcher Ebene auch immer, stattgefunden haben muss, und wir werden nicht fündig. Können Sie mir denn aus Ihrer Erfahrung damals sagen, wer da miteinander geredet hat?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich helfe Ihnen gerne weiter: Das war die BEB, Berggesellschaft Brigitta Elwerath, in Hannover, die das meines Wissens nach betrieben hat. Der Geologe, ich darf sagen, der Chefgeologe dort, ein fast väterlicher Freund von mir, Herr Professor Betz, ist leider vor einigen Jahren gestorben; der hat mir auch von diesen Verhandlungen erzählt. Die wurden sogar auf Staatssekretärebene geführt seitens des Bundeswirtschaftsministeriums. Also dort könnten Sie [192]- - Ich sage mal[193], die Akten sind natürlich irgendwo im Zentralarchiv in Koblenz, aber dort könnten Sie durchaus fündig werden.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja. Also Sie wussten dann folglich auch von diesem Problem bei den Bohrungen 69 und kannten sicherlich auch den Vermerk von 77 aus der niedersächsischen Staatskanzlei, wo darauf hingewiesen wurde, es gibt die Wahrscheinlichkeit von Gas und dem müsse genauer nachgegangen werden. Hat das in Ihrer Arbeit eine Rolle gespielt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, die Gasvorkommen unter dem Salzstock waren nicht bekannt. Der Präzechstein - so heißen diese Sachen - ist das berühmte Karbon, und das Karbon hat im Ruhrgebiet eben Kohle, aber wo Kohle ist, ist natürlich auch Gas, und dieses Gas muss aus dem Untergrund gekommen sein; es gibt gar keine andere Quelle. Und dieses Gas fängt sich dann in bestimmten Strukturen, es ist also nicht mehr unter dem Salzstock, sondern ist an irgendeiner Erdölfalle oder Erdgasfalle, wie Sie das wollen. Wustrow ist ein Stückchen weg von Gorleben, und dass dieses Gebiet potenziell gasführend ist, das war bekannt, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Rederecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte auch noch mal an den Auseinandersetzungen von Herrn Ollig mit den Ergebnissen der Arbeit von Herrn Professor Duphorn anknüpfen; denn das scheint ja ein zentraler Punkt zu sein. Ist es nicht so, wenn ich mir jetzt das vor Augen führe, was ich gehört habe und was wir auch in den ganzen Materialien, die auf Ihre Stellungnahmen sich beziehen, gelesen haben, dass Sie eher aus einer formalen Ebene über Ausdrücke oder über Feststellungen - irgendwelche Aspekte werden an den Rand geschoben oder nicht berücksichtigt - urteilen, dass Sie sich aber mit dem Inhalt und der Bewertung nicht tatsächlich fachlich auseinandersetzen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, der Eindruck ist falsch. Ich habe, glaube ich, mehrfach gesagt, dass es zwei Dinge bei dem Gutachten von Herrn Duphorn zu berücksichtigen gilt: einmal das, was er über sein Fachgebiet sagt. Dieses haben wir völlig akzeptiert, das hat auch die PTB akzeptiert, das hat auch die BGR akzeptiert, und mir steht es dann eigentlich nicht zu, wenn dieser Bericht in diesem Teil akzeptiert wird, dort Kritik zu üben. Ich hatte auch keinen Anlass dazu. Es gab dann einige Punkte, und die haben ja hier schon eine Rolle gespielt, die so nicht haltbar sind und wo man Herrn Duphorn widersprechen muss,

[192] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „nachfragen“, Anlage 1
[193] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich sage mal“, Anlage 1

und das habe ich zu Papier gebracht. Das ist ein eigentlich auch[194] normaler Vorgang.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin etwas wiederholt, was sich auch in Ihren gutachterlichen Bemerkungen widerspiegelt: Herr Duphorn habe was falsch dargestellt, und geben selber fachliche Beurteilungen ab, haben uns hier aber vorhin auch dargestellt, dass bei Ihnen selber eigentlich die Grundlagen für so eine fachliche Beurteilung nicht so sehr vorhanden sein können; denn jetzt die angelegentlichen Unterhaltungen mit dem Nestor der Quartärgeologie, wie Sie es bezeichnet haben, ist ja noch kein Ausweis für eine qualifizierte Bewertung eines Gutachtens von Herrn Professor Duphorn, der vor Ort untersucht hat und der sich damit auseinandergesetzt hat. Und ich frage mich - das war ja die Kritik, die damals auch vielfach geäußert worden ist -: War der Kern dieser Auseinandersetzung und die Abqualifizierung der fachlichen Aussagen von Professor Duphorn nicht der, dass er eigentlich eine alternative Standortsuche dringend empfohlen hat und genau diese Erkenntnis oder diese Aussage eigentlich lieber nicht öffentlich diskutiert werden sollte?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich fange mal mit dem Letzteren an: Herr Duphorn stand relativ alleine, auch im Kreise der BGR und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, mit seiner Empfehlung, keine Schächte abzuteufen. - Punkt eins.

Punkt zwei: Ich halte mich für qualifiziert, die Äußerungen von Herrn Duphorn zur Tektonik eines Salzstockes, die so nicht richtig sind - ich wiederhole das an dieser Stelle -, als falsch zu bezeichnen. Da habe ich mich natürlich vergewissert, ob meine Einschätzung in dieser Form richtig ist, bei den Experten der BGR. Ich darf Ihnen sagen: Meine Einschätzung war richtig. Das, was Herr Duphorn geschrieben hat, lässt sich so nicht halten, und dementsprechend ist auch nicht Folge geleistet worden. Was Herr Duphorn richtig beschrieben hat oder richtig gemacht hat, ist die Auswertung der Bohrungen; das ist völlig okay und wird auch akzeptiert. Aber diese freiwillige Zugabe[195], die er neben seinem Fachgebiet uns in Sachen Schachtabteufen und innerer Struktur des Salzstockes abgegeben hat, das ist nicht korrekt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das alles wissenschaftlich so belegbar ist, wie Sie gerade ausgeführt haben, warum hat dann Ihre Abteilung insbesondere so hart daran gearbeitet, die Veröffentlichung des Gutachtenentwurfs von Professor Duphorn zu verzögern oder zu verhindern, dass das an die Öffentlichkeit kommt, während doch, wie wir auch wissen, es gerade der Wunsch des Ministers war, dass das veröffentlicht werden solle?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, wir haben nicht hart daran gearbeitet, dass das nicht veröffentlicht wird. Wir haben mit dem Gutachten gearbeitet, weil es ein Teil unseres Auftrags war und weil es einen wichtigen Teil in der ganzen Struktur um den Salzstock Gorleben widerspiegelt. Wo auf welcher Ebene im Kreise von Herrn von Bülow entschieden wurde, dieses Gutachten herauszugeben, weiß ich nicht. Ich habe eben schon gesagt: Es gab dort in der[196] Leitungsebene - - Es waren damals durchaus schwierige politische Zeiten, wo die damals SPD-geführte Regierung kurz vor der Wende stand. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Wir sind dann auch nicht in allen Punkten beteiligt worden. Das kann sein, dass das eine rein politische Entscheidung von Herrn von Bülow war, die er selber für sich alleine getroffen hat; vielleicht hat er sich darüber mit Abteilungsleitern oder Staatssekretären unterhalten.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich muss Ihnen sagen, Frau Abgeordnete, ich weiß es nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Aber es ist doch vielleicht eine kühne Bewertung, zu unterstellen, es sei eine rein politische Entscheidung des Ministers von Bülow gewesen, eine fachliche Expertise, also ein Gutachten veröffentlichen

[194] Richtigstellung des Zeugen: streiche „auch“, Anlage 1

[195] Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen: „Zugabe“, Anlage 1

[196] Richtigstellung des Zeugen: streiche „in der“, setze „eine“, Anlage 1

zu wollen, während doch man andererseits feststellen kann, dass die Abteilung 315, an deren Spitze Sie standen, eine politische Abteilung war, darauf eingewirkt hat oder versucht hat, fachliche Veröffentlichungen zum gegebenen Zeitpunkt nicht zu verhindern. Wir wollen ja gerade untersuchen: Was hat den größeren Ausschlag bei der Entscheidung, nur Gorleben zu erkunden, gegeben: die fachliche Begründung oder die politische? Und jetzt das ausgerechnet dem Minister Bülow zu unterstellen, wäre ja ein bisschen verfehlt, wenn doch eigentlich gerade Ihre Abteilung daran beteiligt war, diese Ergebnisse nicht veröffentlichen zu wollen.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, zunächst mal sind alle Studien, die gemacht werden im Grunde genommen interne Studien. - Punkt 1. So war es auch mit der Studie von Herrn Duphorn.

Wenn ein Minister sich entschließt und sagt: „Ich will das Ding für die Diskussion in der Öffentlichkeit bereitstellen“, kann er dieses tun. Da fragt er mich nicht nach; das macht er einfach so, aus seiner politischen Überzeugung, und dann weist er seine Öffentlichkeitsarbeit und seine Presse an, dieses zu tun, um dieses anzugehen. Ich habe eben schon gesagt: Ich weiß nicht, ob die Leute mit Herrn Duphorn Kontakt aufgenommen haben, ob sie dieses veröffentlichen dürfen, ob es irgendeine Intention gegeben hat, auch die Stellungnahme, die ich verfasst habe, da mit zu veröffentlichen. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir haben das zur Kenntnis genommen, aber es ist sicher jetzt nicht gerade das Thema der politischen Entscheidung bei dem Wunsch des Ministers von Bülow nach Veröffentlichungen. Wir haben doch auch eher das Problem, dass wir feststellen: Immer dann, wenn es kritische Äußerungen zur Eignung des Salzstocks Gorleben für die Einlagerung gibt oder zur Eignung von Salz überhaupt, dass gerade aus Ihrer Abteilung, oder dann, wenn Sie immer von „wir“ sprechen - und wenn ich das richtig identifiziert habe, ist das dann immer Herr Jaritz, Herr Langer oder Herr Venzlaff gewesen - - dass dann diejenigen, die das kritisch beleuchten, diskreditiert werden. Zum Beispiel hatten wir jetzt ja die Auseinandersetzung über Professor Duphorn, aber wir wissen auch, dass Sie zum Beispiel zu einer früheren Zeit, bereits 1979, als es darum ging, einen Vortrag von Professor Grimmel zu hören zum Thema Endlagerung, Geeignetheit von Salzstöcken für hochradioaktiven Müll - - dass dann es einen Vermerk von Ihnen gibt, dass eine Solovorstellung von Herrn Grimmel in jedem Fall zu vermeiden ist, dass auch hier schon unterbunden wird, eine kritische Position zu hören, oder dass Sie Menschen in der Verwaltung, Beamte in der Verwaltung, die das kritisch sehen, wie Herrn von Osten, diskreditieren. Kann man da nicht feststellen, dass von Ihrer Seite, der Seite Ihrer Abteilung durchaus versucht worden ist, Einfluss zu nehmen, auch auf die fachliche Debatte, um bestimmte Elemente gar nicht da einfließen zu lassen in die Bewertung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, dass ich Herrn von Osten diskreditiert habe, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Ich habe auf die Frage des Abgeordneten Paul geantwortet, der gesagt hat, Herr von Osten habe auf dem Flur dieses und jenes gehört, und er hat das gegenübergestellt mit einer fundierten Aussage eines Mitarbeiters des BMU, Herrn Matting, der früher im Innenministerium war. Ich habe in keiner Weise Herrn von Osten diskreditiert. Ich glaube nur, dass, wenn man etwas auf dem Flur aufgeschnappt hat, das vielleicht nicht die fundierteste Meinung ist; das gebe ich gerne zu.

Zur Diskreditierung anderer Wissenschaftler: Herr Grimmel hat sich selber in erheblicher Weise diskreditiert. Ich habe teilgenommen an Besprechungen. Er ist vor die RSK geladen worden ebenso wie Herr Professor Herrmann. Wir sind also mit allen Kritikern sehr offen umgegangen, haben denen im Grunde genommen das Forum verschafft, auch mit den Fachleuten zu diskutieren, und da sah Herr Grimmel nicht immer sehr gut aus, kann ich Ihnen sagen.

Bei Professor Herrmann war es so: Herr Herrmann hat uns vor der RSK in sehr beeindruckender Art und Weise geschildert, wie er Proben im Salinar nimmt. Gelegentlich gibt es ja Flüssigkeitseinschlüsse in einem Salzstock. Alle waren etwas verwundert, aber so richtig verstanden hat im Grunde genommen niemand, warum Herr Herrmann dann gegen die Einlagerung im Salz war. Er macht das an dem Prinzip fest: Irgendwie ist da Flüssigkeit drin, also kann es nicht dicht sein. Dass diese Flüssigkeit auch aus dem Geste-

hungsprozess des Salzstockes gekommen sein kann - - Ich weiß nicht, warum er das nicht betrachtet hat. Auf jeden Fall haben wir Herrn Herrmann auch ein Forum gegeben und haben auch in der Informationsstelle - das habe ich eben, glaube ich, ausführlich erläutert - dann dafür gesorgt, dass auch diese Meinungen von den Leuten nachgefragt werden konnten. Also, dass hier Kritiker mundtot gemacht wurden, wie das so schön - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich so nicht formuliert!)

- Nein, ich habe das in irgendwelchen Papieren gelesen. Dass Kritiker mundtot gemacht wurden, das trifft in keiner Weise zu.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende unserer zweiten Berliner Runde, und ich eröffne - für die CDU/CSU-Fraktion - die dritte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es geht ja nicht darum, kritische Meinungen, sondern vielleicht völlig unqualifizierte Meinungen nicht einfach so in die Öffentlichkeit zu lassen, schon gar nicht mit der Autorität der Bundesregierung. Das muss man sicherlich differenzieren. Können Sie, Herr Ollig, bestätigen, dass bei der hier vor allem entscheidenden Frage - nämlich: Macht es Sinn, in die untertägige Erkundung einzusteigen? -, auch Professor Duphorn in einer gemeinsamen Erklärung mit der PTB bestätigt hat, dass, um seine Bedenken richtig analysieren und bewerten zu können, eine untertägige Erkundung von Gorleben notwendig und erforderlich ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, die Frage ist völlig berechtigt. Ich weiß nur, dass Herr Duphorn in einer Besprechung mit der PTB, an der ich aber nicht teilgenommen habe, sich als einziger gegen ein Schachtabteufen ausgesprochen hat. Insofern wäre mir jetzt von der Logik her Ihrer Äußerung, dass Herr Duphorn einem Schachtabteufen zugestimmt hat, um seine Äußerung über den Salzstock zu überprüfen - -[197] Das wäre zwar logisch, aber das bestätigt meine gemachten Einlassungen, dass Herr Duphorn zu Fragen des Salzstockes im Grunde genommen nichts sagen sollte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt eine gemeinsame Erklärung. Es gibt ja von der PTB immer so PTB-Mitteilungen. Die habe ich jetzt - deswegen kann ich nicht daraus zitieren - nicht vorrätig; aber es gibt eine PTB-Mitteilung, wo das erwähnt wird.

Zeuge Reinhold Ollig: Ah ja, okay.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne zu Herrn von Osten fragen und da Sie bemühen, also das, was Sie an natürlich eigener Überzeugung und Einschätzung und Wissen haben - - Der Herr von Osten ist ja dann ins Kanzleramt gegangen, und er hat uns hier vorgetragen - die Fundstelle können wir dann zur Not auch nachliefern; aber die Kollegen wissen das ja aus der Vernehmung -, dass er in seiner Zeit im Kanzleramt aber immer noch - er hat sich auch ein bisschen damit gebrüstet; das ist jetzt meine Bewertung - dem Minister direkt Vorlagen gemacht hat. Ist Ihnen das erinnerlich aus Ihrer Zeit, dass Sie auch damals schon mitbekommen haben: Es gibt da noch eine Verbindung, obwohl er nicht mehr im Forschungsministerium, sondern jetzt im Kanzleramt war, in die Hausspitze, also sowohl Staatssekretär wie Ministerbüro und Minister selber?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe diese Vermerke nicht gesehen, Herr Abgeordneter. Ich weiß aber, dass Henning von Osten [sic!] seiner Partei sehr nahestand und auch[198] Parteiarbeit wohl[199] gemacht hat. Er ist dann ja auch folgerichtig nach der Wende nach Kiel gegangen mit unserem, mit[200] Herrn Thomas,[201] dem damaligen - - Ich glaube,[202]

[197] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „neu.“, Anlage 1
[198] Ergänzung des Zeugen: „wohl“, Anlage 1
[199] Richtigstellung des Zeugen: streiche „wohl“, Anlage 1
[200] Richtigstellung des Zeugen: streiche „mit“, Anlage 1
[201] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, setze „.“, Anlage 1
[202] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ dem damaligen -- Ich glaube,“, Anlage 1

Herr Thomas war Unterabteilungsleiter[203], der später dann als Staatssekretär wieder[204] zurückkam. Gemeinsam mit Herrn Dudenhausen sind[205] die[206] dort in Kiel dann angefangen. Und insofern ist das durchaus möglich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil ich mich nämlich wundere - das ist ja ein Teil der Vernehmung durch die Opposition gewesen -, weshalb ein Minister so dahinterher sein soll, so eine Studie zu veröffentlichen. Also, bei allem Respekt: Ob sich Minister damit so beschäftigen? Haben Sie - wie gesagt, Sie sollen nicht spekulieren - aus eigener Kenntnis Anzeichen dafür, dass diese Aktivitäten von Herrn von Bülow in Wahrheit von Herrn von Osten herrühren, der ein Interesse daran hatte, weil er das sehr intensiv verfolgt hat, nachdem Ihre Stellungnahme dort veröffentlicht worden ist, dass er gesagt hat: „Passt auf, Freunde, jetzt seht mal zu, dass das Ursprungsding von Herrn Duphorn auch veröffentlicht wird“?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich mag das nicht ausschließen. Das kann durchaus sein.[207] Wenn Herr von Osten sagt, er hat da[208] direkt Vermerke an das Ministerbüro Bülow geschickt - das[209] mag durchaus sein, dass er aus Sicht eines Kanzleramtes sagt: Okay, das kann veröffentlicht werden. - Wie gesagt, ich will das nicht ausschließen. Herr von Osten hatte gelegentlich eine eigene Sicht der Dinge.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine investigative Befragung!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich sage mal: Es muss ja hier in die Befragung ein bisschen Qualität reinkommen. Insofern müssen wir das jetzt mal so machen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Edathy (SPD))

- Ja, genau. Ich finde auch: Die Leistungen bisher der Opposition zeigen eine gewisse Lustlosigkeit, die mich erschüttert. Ich komme überhaupt nicht mehr auf meine Kosten; das geht gar nicht, aber gut.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das Untersuchungsgegenstand?)

Eine letzte Frage, weil natürlich dieser Vermerk da vom 5. Oktober - - oder eine vorletzte -: War diese Intention, diese Duphorn-Studie zu veröffentlichen, schon sehr mit der Person von Bülow oder eben der politischen Führung des Hauses verbunden?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieses war alleine mit der Person von Herrn von Bülow verbunden. Ich glaube, ich habe in den Unterlagen zum ersten Mal gesehen eine Leseschrift eines handschriftlichen Vermerks von Minister von Bülow, wobei ich diesen handschriftlichen Vermerk auch nicht gesehen habe. Ich habe nur die Leseschrift gesehen, dieses zu veröffentlichen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie mal nach den Unterlagen!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wäre es … (akustisch unverständlich)

Zeuge Reinhold Ollig: Im Dienst habe ich dieses nie gesehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Wäre es dann nicht sogar die Pflicht eines Beamten, wenn er einen neuen Minister bekommen hat, erst mal abzuwarten, wie der neue Minister darüber denkt, weil er vielleicht sogar andersherum sagen könnte: „Das ist ja illoyal von meinen Beamten“, wenn er doch zur Kenntnis nehmen muss, dass es eine politische Veränderung gegeben hat - - nicht erst mal zu fragen oder eine Initiative der neuen Hausspitze abzuwarten und insofern, da Sie ja auch nicht selber gesagt haben: „Damit hat sich die Sache erledigt“, sondern das die Widergabe eines Gesprächs mit dem Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium ist - - dass man vor diesem Hintergrund sagen muss, wenn eben eine sehr, auch parteipolitisch veränderte Lage ist - - dass man dann sagt: Jetzt warten wir erst mal ab, ob

[203] Ergänzung des Zeugen: „im BMBF“, Anlage 1
[204] Ergänzung des Zeugen: „ins BMBF“, Anlage 1
[205] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ sind“, setze „haben“, Anlage 1
[206] Ergänzung des Zeugen: „Herren“, Anlage 1
[207] Richtigstellung des Zeugen: streiche „.“, setze „!“, Anlage 1
[208] Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, Anlage 1
[209] Richtigstellung des Zeugen: streiche „- das“, setze „Es“, Anlage 1

die neue Hausspitze das weiter verfolgt. - Ist das ein Verhalten eines Beamten, das Sie als eher folgerichtig bezeichnen würden?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dies ist völlig nachvollziehbar. Ich habe ja erläutert, dass ich, egal, unter der alten oder unter der neuen Regierung, niemals die Pflicht gehabt hätte und auch das nicht meine Aufgabe war, ein solches Werk herauszugeben. Ich darf Ihnen sagen: Als Minister Riesenhuber angetreten ist - ich habe da relativ früh an Besprechungen teilgenommen -, hat das Duphorn-Gutachten nie eine Rolle gespielt. Also, er hat sich für die Standorterkundung natürlich interessiert. Aber nach dieser Wende können Sie sich vorstellen, dass innerhalb eines politischen Hauses viele Dinge zu regeln sind, und da ist man eigentlich froh, wenn man dann bestimmte Dinge laufen lassen kann. Es wird dort Personal ausgetauscht, unglaubliche Veränderungen finden statt, und das hat die gesamte Zeit in Anspruch genommen. Das Thema Duphorn war praktisch auf null gedreht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie gerade gesagt haben, Herr Riesenhuber hat sich interessiert für das Thema: Hat er jemals bis zur Entscheidung des Kabinetts 83, im Juli, persönlich in der gesamten Angelegenheit Gorleben, sowohl, was die Frage angeht „untertägige Erkundung“, als auch, was die Frage angeht „alternative Standortsuche“, Ihnen oder anderen aus Ihrer Abteilung, Beamten irgendwelche Anweisungen gegeben?

Zeuge Reinhold Ollig: Zu keinem Zeitpunkt. Herr Riesenhuber war Chemiker, Wissenschaftler, sehr interessiert, hat gefragt, wie das zu bewerten ist. Ich darf sagen, das war ein sehr anspruchsvoller Minister, mit dem ich viel Kontakt hatte, auch weil damals gerade das kontinentale Tiefbauprogramm[210] anlief. Das war sein erstes Großprojekt; da war er ganz vorsichtig. Und Herr Riesenhuber hat auch sehr geachtet[211] politische Absprachen, und da war es natürlich das Erste, was er hinterfragt hat, eben dass es eine politische Absprache gab, nur einen Standort zu untersuchen. Er hätte das natürlich kraft Amtes und der neuen Regierung natürlich alles auch wieder verändern können; aber er hat sich weiterhin an diese Absprache gehalten, weil es keine Chance gab, aus dieser Absprache herauszukommen. Es wäre nur die Chance gewesen, wenn bei der Standorterkundung in Gorleben irgendetwas die untertägige Erkundung verhindert hätte oder sonst irgendetwas zum Abbruch dieses Projektes geführt hätte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie jetzt gerade von Absprachen - - Damit meinen Sie die niedersächsische Landesregierung?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie denn jemals irgendeinen Anlass gehabt, zu glauben, dass es in einem anderen Bundesland die Bereitschaft gegeben hätte, dort eine alternative Standortsuche zu unternehmen? Also mit anderen Worten: Hat die Entscheidung auf ministerieller Beamtenebene, von Herrn Hanning insbesondere zum Beispiel, zu sagen: „Also, wir konzentrieren uns jetzt auf Gorleben“ auch damit zu tun, dass denen klar war: Woanders werden wir sowieso außer heftigen Proteste nichts ernten?

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist richtig. Also, der Drang, Endlager bereitzustellen, war damals, darf ich Ihnen versichern, nicht besonders groß.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ja, Gott sei Dank, heute ganz anders, ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte? - Ja, das ist heute völlig anders. Man hat aber in erster Linie dann natürlich das Land Hessen mit seiner flachen Lagerung im Auge, also eben nicht Salzstöcke. Die flache Lagerung hat auch einige Probleme,[212] aber[213] Ihnen ist ja allen das Lager in Herfa-Neurode bekannt;

[210] Richtigstellung des Zeugen: streiche „kontinentale Tiefbauprogramm“, setze in Anführungszeichen „kontinentale Tiebauprogramm (KTB)“, Anlage 1
[211] Ergänzung des Zeugen: „auf“, Anlage 1
[212] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“ setze „.“, Anlage 1
[213] Richtigstellung des Zeugen: streiche „a“, setze „ A“, Anlage 1

da gibt es keine Halbwertszeiten von[214] den[215] Abfällen, die dort sind. Und insofern war eigentlich für uns klar: Es gab keine Alternative, wenn, wie gesagt, der Standort Gorleben nicht solche Befunde zeigt, dass man sich von ihm verabschieden muss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Monstadt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Ollig, ich darf mal weitermachen und noch mal auf diesen Erledigungsvermerk - in Anführungszeichen - kommen, wo die Frau Kollegin Vogt Sie vorhin so engagiert befragt hat, und den Begrifflichkeiten, die Sie dort verwandt haben. Kann es auch sein, dass man nach dem Weggang des Ministers von Bülow sich seitens des korrespondierenden Ministeriums bei Ihnen erkundigt hat, ob aus Ihrer Sicht noch irgendwelche Dinge hinzuzutragen wären, ob noch Ergänzungen da gewesen sind, dass sich diese Erledigung auf diese Abläufe, auf die von Ihnen zu beschickenden, zu organisierenden Abläufe bezieht und Sie aus Ihrer Sicht dann Begriffe wie „aus Ihrer Sicht ist der Vorgang erledigt“ gebraucht haben, ohne dass sich das darauf bezieht oder beziehen muss, dass Sie damit einer Veröffentlichung das Wort reden wollten. Könnte das auch sein?

Zeuge Reinhold Ollig: Natürlich. Ich habe das bereits mehrfach gesagt: Wir haben einen wirklich ganz intensiven Kontakt gehabt unter diesen drei Ministerien. Wir haben, ich will nicht sagen, täglich miteinander telefoniert, aber doch ganz häufig miteinander. Das ergab sich aus dieser Verantwortungsaufteilung, also einmal BMI als kerntechnisch weisungsbefugt gegenüber der PTB, BMWi, aber Fachbehörde, fachvorgesetzte Dienststelle in allen Eichsachen usw., was die PTB alles macht, und wo wir mit der Finanzierung über die PTB gingen. Es gab also eine solche Vielzahl von Dingen zu besprechen. Ich kann mich aber nicht daran erinnern. Sie können völlig recht haben. Das kann auch alles andere sein. Ich habe den Vermerk so nicht vor mir; aber es ist alles möglich, und ich will es nicht ausschließen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So. Dann darf ich noch mal eine weitere Frage stellen, Herr Ollig, und zwar bin ich darauf aufmerksam geworden: Sie haben vorhin in anderem Zusammenhang - als es nämlich um die Frage NEZ und Vorgehen dort - - einen Ausdruck verwandt, der mir bekannt vorkam, nämlich Sie sagten: drei Standorte untersuchen und dann entscheiden. - Ich habe noch mal geblättert in diesem besagten Gespräch am 11. Mai 83, an dem Sie ja nicht teilgenommen haben, aber Vertreter des Ministeriums ja aufgetreten sind. Da gibt es ja einen handschriftlichen - - eine Mitschrift, einen Vermerk von Herrn Illi, und der endet - ich darf Ihnen das mal vorlesen - auch mit exakt dieser Wortwahl, und zwar wird da Herr Jaritz zitiert:

> 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Frage: War das nur eine allgemeine Sprachregelung, was das NEZ anging, oder ist das jetzt ein reiner Zufall, dass sich diese Wortwahl wiederholt?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, ich glaube, es ist kein Zufall; denn die BGR hat mit Sicherheit an dieser KEWA-Studie in irgendeiner Weise partizipiert oder ist gefragt worden. Ich will da keine Spekulationen anstellen. Insofern glaube ich - -[216] Und Herr Jaritz war auch ein älterer Kollege, der schon länger in der Bundesanstalt für Geowissenschaften arbeitet. Insofern glaube ich, dass es kein Zufall ist, sondern dass das tatsächlich das übertragene Wissen war. An Herrn Illi kann ich mich auch noch relativ gut entsinnen, ein Ingenieur, der sich insbesondere mit Ausbreitungsdingen[217] beschäftigt hat und der sicherlich auch, ich sage mal, der Wahrheit verpflichtet ist. Und die idealtypische Vorstellung war eben, für das nukleare Entsorgungszentrum drei Standorte zu untersuchen. Aber ich bitte noch mal zu bedenken: Es war dann eine kerntechnische Anlage über Tage, die dann wahrscheinlich eher den Ausschlag gegeben hat. Deswegen ist man ja so von der innerdeutschen Grenze

[214] Richtigstellung des Zeugen: streiche „von“, setze „bei“, Anlage 1
[215] Ergänzung des Zeugen: „chemischen“, Anlage 1
[216] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Insofern glaube ich --“, Anlage 1
[217] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dingen“, setze „rechnungen“, Anlage 1

abgerückt mit diesem nuklearen Entsorgungszentrum, was sicherlich auch gerechtfertigt war.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf in dem Zusammenhang dann doch noch mal den Gesamtkontext vorlesen, und vielleicht können Sie uns schlicht und ergreifend helfen. Sie waren zwar nicht dabei, aber Sie können vielleicht aus dem Ablauf, wie es jetzt hier in der Mitschrift dargelegt ist von Herrn Illi, uns vielleicht helfen, zu interpretieren, was denn gemeint ist, weil da gibt es doch unterschiedliche Auslegungen. Und zwar wird nämlich hier der Gang der Unterhaltung wie folgt dargestellt:

> Hanning: Vollständige Darstellung soll schon erfolgen,
>
> SE 1: Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen
>
> Hanning: Bejaht
>
> Matting: Wenn man von vornherein nicht sagen kann, dass Gorleben nicht geeignet ist, dann sollte das Abteufen eindeutig befürwortet werden.
>
> Ziegler: Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen Mengen dieser Abfälle nicht problematisch
>
> Venzlaff: Erst noch ein vergleichbarer
>
> Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung
>
> Hanning: Bei Vorschlag ein anderer Standort, wird Gorleben entwertet
>
> Matting: BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Wie würden Sie diesen Ablauf, also diesen Ausschnitt jetzt jedenfalls, da bewerten? Kann das sein, dass Jaritz mit diesen drei Standortuntersuchungen, dann eine Entscheidung sich auch noch auf das NEZ und damit ja auch auf etwas wesentlich Vorangegangenes bezog, oder haben Sie da eine Interpretationsmöglichkeit? Wir sind an der Stelle auch ein bisschen hilflos.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Jaritz war sicherlich auch auf dem Wissensstand, dass das nukleare Entsorgungszentrum nicht kommt. Herr Jaritz ist aber ein durchaus geschätzter Salzgeologe, der um die Unwägbarkeiten solcher salinarer Strukturen weiß. „Vor der Hacke ist es duster“ gilt da auch. Insofern hat er hier sicherlich die idealtypische Vorstellung von einer Standortfindung selbst für Anlagen ohne das nukleare Entsorgungszentrum von sich gegeben. Dass die politische Landschaft uns einen anderen Auftrag gegeben hat, das muss man dann eben zur Kenntnis nehmen, und Herr Hanning hat das ja sehr treffend formuliert. Ich weiß übrigens nicht, ob Herr Hanning da nicht schon im Bundeskanzleramt war oder ob er dieses noch als Mitarbeiter des BMI, wo er früher im Rechtsreferat tätig war, gemacht hat. Es kann also durchaus sein, dass Herr Hanning dort, ich sage mal, für das Kanzleramt dort die politische Direktive hochgehalten hat, dass man akzeptieren muss, dass es nur Standortuntersuchungen am Standort Gorleben gibt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf Sie noch mal zu Ihrer Meinung fragen. In dem Ablauf war es ja so, dass Herr Ziegler sagte:

> Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen Mengen dieser Abfälle nicht problematisch.

Dann Venzlaff:

> Erst noch ein vergleichbarer

Und dann Jaritz:

> 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Sagen Sie vielleicht, wie Sie das auslegen, bevor ich - -

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann[218] die Diskussion, da ich die handelnden Personen noch einigermaßen - - Das kann ich mir[219] so ähnlich vorstellen. So wird das Gespräch

[218] Ergänzung des Zeugen: „mir“, Anlage 1
[219] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- Das kann ich mir“, setze „kenne,“, Anlage 1

abgelaufen sein. Die zu erwartende Menge an wärmeentwickelnden Abfällen war in der Tat gering, sodass man mit diesen Mengen nicht in die Bredouille gekommen wäre. Wo es knapp war und, ich darf Ihnen sagen, die Landessammelstellen sind damals übergelaufen, und zwar Abfälle aus der Medizin und Kerntechnik im Wesentlichen, die über Landessammelstellen gesammelt wurden, wo also - - In der Medizin ist es ja so: Die radioaktiven Stoffe sind in den Patienten drin, und das gelbe Fass enthält dann die gefährlichen Abfälle. Das war ein Mengenproblem und hat aber, glaube ich, auf die Entscheidung oder auf die Haltung von Herrn Ziegler, in Gorleben aufgrund der Erkenntnislage weiterzumachen, keinen Einfluss gehabt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also ist dieser Ablauf jetzt so auszulegen, dass die Jaritz-Äußerung „3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung“ sich auf diesen Zeitraum 1992, also sprich, wenn ich weiß, ob Gorleben sich als geeignet herausstellt oder nicht, bezieht?

Zeuge Reinhold Ollig: Oder auf eine neue politische Initiative: statt dem Salzstock oder zum Salzstock Gorleben noch zwei weitere. Dann hätte man ja auch drei untersucht. So könnte ich dieses interpretieren. So würde ich auch Herrn Jaritz einschätzen. Aber die politische Wirklichkeit holt dann die idealtypische Vorstellung eines Geowissenschaftlers manchmal ein. Das ist leider so.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Ollig, ich möchte gern mal weitermachen, wo wir vorhin aufgehört haben, mit der KEWA-Nachbewertung, die ja Herr Dr. Tiggemann gefunden hat für seine Abhandlung für das niedersächsische Umweltministerium, weil ja auch behauptet wird vonseiten der Opposition, dass es diese nicht gibt; aber es gibt sie nun mal eben. Können Sie sich noch an Ihren Vermerk in dieser beschriebenen KEWA-Nachbewertung der ausgewählten Standorte von 76 erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Ja, ja, Sie haben es mir ja freundlicherweise gegeben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Was können Sie uns denn dazu berichten?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, der Anlass war die bevorstehende Informationsveranstaltung, die wir vor Ort in Gorleben gemacht haben, und man kann sich relativ leicht vorstellen, dass die Leute dort vor Ort sagen: Warum gerade hier, und warum gerade bei uns? - Das ist nachvollziehbar. Und aus dieser Intention, dort keine Antwort schuldig zu bleiben, haben wir uns entschlossen, mal in die Registratur zu gehen und dazu die einschlägigen Unterlagen durchzuarbeiten. Ich habe nicht nur die KEWA-Studie, ich habe dann auch noch verschiedene andere Unterlagen, die eben im Haus verfügbar waren, genommen und dieses - -[220] Sonst hätte ich ja eins zu eins abschreiben können. Aber das war ein bisschen eine Sisyphusarbeit, das aus verschiedenen Papieren zusammenzutragen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Da haben sich also in der Zeit andere Annahmen geändert?

Zeuge Reinhold Ollig: Da haben sich die Annahmen gewaltig geändert. Alleine die nukleare - -[221]

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie das ein bisschen näher ausführen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das nukleare Entsorgungszentrum sah ja oben die Zerlegung von abgebrannten Brennelementen erst mal durch Schneiden, dann Auflösung in einem Säurebad, dann Umwandeln oder Wiedergewinnung der verwertbaren Spaltprodukte - -[222] und der Rest kam dann in den Abfall rein. Beispiel war die Anlage in Cap La Hague in Frankreich; es gab also Vorbilder. Wenn Sie dann eine Standortbestimmung machen, müssen Sie natürlich auch Störfallbetrachtungen für eine solche Anlage machen. Die gehen natürlich weit über jedes Szenario hinaus, was Sie nur für einen Störfall im Salzstock, einen Wassereinbruch, einen hypothetischen Wassereinbruch in

[220] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „analysiert.“, Anlage 1
[221] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Komponente ist völlig verändert.“, Anlage 1
[222] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „vor,“, Anlage 1

einem Salzstock formulieren, sodass dort also wirklich völlig andere Randbedingungen - -[223] Es ging um Tritiumbelastungen im Abluftstrom dieser KEWA-Anlage. Ich weiß das aus relativ vielen Diskussionen mit Kollegen, insbesondere auch[224] Manfred Hagen, die sich da[225] mit dem Entsorgungszentrum befasst haben. Da war das alles Dominierende ein[226] Salzstock, ganz klar; aber das alles Dominierende war im Grunde genommen die chemische Anlage, die nuklearchemische Anlage, die oben stand.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kam der Auftrag aus Ihrem Hause?

Zeuge Reinhold Ollig: Das könnte gut sein. Ich will es nicht ausschließen, aber so genau - - Ich kann da nur spekulieren. Es könnte sein, dass das aus unserem Haus gekommen war, ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Ich will für das Protokoll noch nachtragen, dass Frau Abgeordnete Steiner zwischenzeitlich nachgetragen hat den Hinweis bezüglich ihrer Befragung, die sich auf Herrn Grimmel bezog, und zwar war das MAT A 108 und da die Paginierung 040282.

Das Rederecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Ollig, ich will noch mal zurückkommen auf den Vorgang, den zuletzt auch der Kollege Grindel angesprochen hat, nämlich die Frage der Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens. Sie haben vorhin auf Fragen der Abgeordneten Vogt gesagt, Sie wären mit diesem Vorgang überhaupt nicht befasst gewesen. Sie haben auf Befragen des Kollegen Grindel ausgeführt - ich habe mir das mitgeschrieben, was Sie da wörtlich gesagt haben -: Im Dienst habe ich das nie gesehen. - Können Sie sich denn mittlerweile nun doch an den Vorgang erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann mich natürlich an Berichte, dass Herr Bülow gesagt haben soll oder gefordert haben soll, dieses Gutachten zu veröffentlichen - wer der Verursacher war, weiß ich nicht -, erinnern. Ich kann mich - und das habe ich, glaube ich, eben gesagt - nicht entsinnen, jemals diese handschriftliche Notiz gesehen zu haben, die ich jetzt hier in den Unterlagen gefunden habe - ich habe das eben erläutert -, diese Leseschrift.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Dass wir auch gefragt worden sind, ob das Gutachten zu veröffentlichen ist, dass wir dazu im Referat eine Meinung hatten, habe ich, glaube ich, auch gesagt.

Sebastian Edathy (SPD): Was ist denn maßgeblich? Die Meinung des Ministers oder die Meinung des Referates?

Zeuge Reinhold Ollig: Entschuldigung, wenn ich lache, aber das ist die Meinung des Ministers natürlich.

Sebastian Edathy (SPD): Der Minister hat selber, eigenhändig unterschrieben, am 2. September 82 an seinen Ministerkollegen Lahnstein geschrieben. Als zuständiger Referatsleiter wird Ihnen ja das wahrscheinlich kaum entgangen sein können, oder?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich war nicht der zuständige Referatsleiter. Der Referatsleiter hieß Alois Ziegler. Dieses ist mir nicht bekannt; es tut mir herzlich leid. In der Endphase dieser Koalition hat es durchaus Dinge gegeben, die der Arbeitsebene nicht zugänglich gemacht wurden. Das müssen Sie sehen.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn es Ihnen nicht bekannt ist, dieser Vorgang, und auch nicht gewesen ist, wie können Sie denn darüber spekulieren, ob Herr von Osten da eine maßgebliche Rolle gespielt haben könnte, dass der Minister von Bülow seinen Kollegen Lahnstein anschreibt? Ist das Ihre Aufgabe als Beamter, zu spekulieren?

[223] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „herrschten.“, Anlage 1
[224] Ergänzung des Zeugen: „Dr.“, Anlage 1
[225] Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, setze „damals“, Anlage 1
[226] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein“, setze „kein“, Anlage 1

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Herr Grindel hat ja nicht ungeschickt gefragt, aber er hat ja unterstellt, dass sozusagen Herr von Osten, den wir hier ja schon gehört haben, eine maßgebliche Rolle gespielt haben könnte bei einem Vorgang, von dem Sie selber hier erklärt haben, Sie hätten ihn gar nicht gekannt. Wie können Sie sich denn da inhaltlich zu äußern, zu einer solchen Frage des Kollegen Grindel?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er doch nicht!)

- Er hat gesagt, er könnte sich das vorstellen. Es geht doch nicht um die Vorstellungskraft des Zeugen; es geht um das, was er weiß.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Fragerecht ist jetzt bei Herrn Edathy, und dann hat Herr Ollig aber die Möglichkeit zu antworten, und zwar, wenn er das möchte, in ganzen Sätzen, und wenn er möchte, auch solange er möchte. - Bitte schön.

Zeuge Reinhold Ollig: Darf ich antworten, Herr Edathy?

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön. Das ist meine Sache, ihm zu antworten.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe auf die Frage - - Es ging darum, dass Herr von Osten aus seiner Position im Kanzleramt direkt Zugang in das Ministerbüro von Herrn von Bülow haben konnte. Ich habe dieses gesagt, dass das nicht ausgeschlossen ist.

Und auf die Frage, ob da vielleicht auch der Wunsch des Kanzleramtes oder von Herrn von Osten dabei war, das Gutachten zu veröffentlichen: Auch dieses kann ich nicht ausschließen. Ich weiß es schlicht und ergreifend nicht. Das ist keine[227] Spekulation. Es ist - -[228] Das einzige Faktum, was es hier zu bewerten gilt, ist, dass Herr von Osten[229] Möglichkeit hatte, aus dem Kanzleramt direkt in das … (akustisch unverständlich)[230].

Sebastian Edathy (SPD): Das ist aber rein hypothetisch jetzt?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war - -[231] ja[232].

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will nur was klären, ist auch nichts Schlimmes. Sie sagen, 2. September Brief an Lahnstein. Lahnstein war Finanzminister und ist wahrscheinlich mit den Aufgaben des Wirtschaftsministers beauftragt worden, nachdem Lambsdorff

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- ich frag doch nur wegen der Termine - entlassen worden ist von Helmut Schmidt. Das war aber nicht am 2. September, sondern ich meine, das sei am 14., also 14 Tage vor der Kanzlerwahl, die am 1. Oktober stattgefunden hat. Können Sie das noch mal präzisieren, wieso das Datum 2. September? Nur eine Frage an … (akustisch unverständlich).

Sebastian Edathy (SPD): Das ist das, was wir in der MAT finden, MAT A 72, Band 6, wobei man allerdings hier auch nicht - - Das haben Sie ja sicherlich auch vorliegen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

- Dann müssen wir es noch mal nachgucken. - Wobei: Der Eingangsstempel Büro der Leitung ist vom 24. September. Also, in der Tat wäre das merkwürdig. Aber hier ist - - Da wird ja keiner mit Edding irgendwie da hantiert haben oder mit Tipp-Ex.

[227] Richtigstellung des Zeugen: streiche „keine“, setze „reine“, Anlage 1
[228] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Es ist --“, Anlage 1
[229] Ergänzung des Zeugen: „die“, Anlage 1
[230] Richtigstellung des Zeugen: streiche „… (akustisch unverständlich)“, setze „Ministerbüro zu kommunizieren.“, Anlage 1
[231] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das war --“, Anlage 1
[232] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja“, setze „Ja“, Anlage 1

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich fairerweise sagen - -

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein, Frau Steiner, also ich finde mein Ansinnen berechtigt, weil, wenn Sie dem Zeugen jetzt etwas vorhalten, wo man sagen muss, da sind vier Wochen dazwischen, dann ist das natürlich was anderes, als wenn es wenige Tage sind.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. Wir können es aufklären, weil es nämlich in MAT A 72, Band 6, ein Schreiben vom BMWi, Staatssekretär von Würzen gibt, und der bezieht sich - -

> Sehr geehrter Herr Minister von Bülow. Vielen Dank für Ihr Schreiben an Minister Lahnstein vom 22. September 1982.

Also ist das - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also nicht der 2., sondern der 22.!)

- Ja. Das ist aber - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann bitte ich aber meine Intervention als berechtigt zu betrachten!)

- Ich stimme dem ausdrücklich zu.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Und wir starten - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, weil ich schon finde, dass drei Wochen sind an der Stelle ein entscheidender Unterschied!)

- Das ist keine Frage.

Sebastian Edathy (SPD): Also, Minister von Bülow hat nach Lage der Dinge offenkundig am 22. September an Herrn Minister Lahnstein geschrieben. Jedenfalls hat der Zeuge ja festgehalten, dass er mit diesem Vorgang nicht befasst worden sei. Was ich interessant finde, Herr Ollig - vielleicht können Sie dazu aber noch was sagen -, das ist dieser Vermerk auf einem Schreiben vom 30. September 82 aus dem Wirtschaftsministerium, der Ihnen hier auch schon vorgetragen worden ist:

> Mit BMFT (Herr Ollig) am 05.10. Thema informell besprochen. BMFT geht nach Weggang von M. v. Bülow davon aus, daß die Angelegenheit

- nämlich die geplante Veröffentlichung, die von Bülow gewollte Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens -

> als erledigt angesehen werden kann.

Der 05.10., das fiel ja nun genau in diese Zeit des Regierungswechsels hinein. Ich habe mal nachschauen lassen, muss ich zugeben. Am 01.10. war das konstruktive Misstrauensvotum, am 04.10. war die Vereidigung des ersten Kabinetts von Helmut Kohl nach dem Wechsel von der sozialliberalen Koalition, und einen Tag nach Vereidigung des neuen Bundeskabinetts erklären Sie offenkundig in einem Telefonat mit dem Bundeswirtschaftsministerium, dass das Anliegen von Herrn Minister von Bülow erledigt sei.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja!)

Können Sie das irgendwie erklären?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann das natürlich noch mal wiederholen; das ist nicht der Punkt. Für mich war die Sache erledigt, als Herr von Bülow gesagt hat: Dieses soll veröffentlicht werden. - Ich weiß nicht, was das Datum war, wann er das gesagt hat. Das wissen Sie wahrscheinlich besser. Ich habe ja nur die Leseschrift gesehen. Ab diesem Zeitpunkt muss das Ministerbüro Öffentlichkeitsarbeit - wegen mir auch das Rechtsreferat - Herrn Duphorn fragen: „Darf ich deine Studie veröffentlichen? Wenn ja, in welcher Form? Auszugsweise?“ etc. pp. So. Damit ist der Vorgang für das Fachreferat erledigt. Dann hat der Minister das entschieden.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Waren Sie denn befasst damit am 05.10.? Haben Sie einen Anruf bekommen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich versuchte eben zu erklären, dass wir natürlich zwischen Wirtschaftsministerium und Innenministerium und PTB und BGR permanent telefoniert haben, Dinge abgesprochen haben. Da können Tausende Dinge erledigt worden sein. Es kann auch sein, dass damit die - -[233]

[233] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „obertägige Standorterkundung gemeint war.“, Anlage 1

Sebastian Edathy (SPD): War das denn eine randständige Angelegenheit? Das hat doch viel Wirbel in der Öffentlichkeit auch verursacht, diese Duphorn-Geschichte.

Zeuge Reinhold Ollig: Also das Gutachten - -

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich daran erinnern, wer Herr Dr. Schnurer gewesen ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Wer? Herr Dr.?

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Schnurer. Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium. Das ist der Herr, der nach seinem schriftlichen Vermerk mit Ihnen telefoniert haben will am 05.10.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Schnurer? Ich glaube, das ist eher - -[234] Also, Herr Gerlach ist mir noch als Referatsleiter - - Der[235] spätere[236] Staatssekretär ist mir noch als Referatsleiter[237] bekannt. Herr Schnurer sagt mir jetzt nichts. Es könnte auch sein, dass es ein anderer Kollege war.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Herr Dr. Schnurer ist übrigens als Zeuge benannt worden hier. Nach Unterlagen MAT A 165, Paginierung 3341, war Herr Dr. Schnurer nicht nur Referatsleiter im BMWi, sondern auch zugleich in einem Arbeitskreis des Deutschen Atomforums aktiv, Arbeitskreis II, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sagt Ihnen das auch nichts?

Zeuge Reinhold Ollig: Tut mir leid. Also wie gesagt, ich kenne - und das haben Sie vielleicht auch bei der Vernehmung gemerkt - einige Leute ganz gut, aber an diesen Namen kann ich mich nicht erinnern.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Dann können wir das, glaube ich, an der Stelle nicht weiter aufklären.

Dann will ich doch noch ein paar Nachfragen stellen, und zwar würde ich das ganz gerne chronologisch machen. Ich fange mal an mit einem Schreiben von Ihnen, 8. Juli 1982, MAT E 5, Band 12, Paginierung 89. Da schreiben Sie auf dem Briefbogen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie - 8. Juli 82 - an Herrn Professor Dr. Röthemeyer: „Betr.: Langzeitgefährdung von hochaktiven Abfällen“. Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe das gesehen in den Unterlagen, dass Sie das beigezogen haben. Wir haben das in unseren Unterlagen nicht gefunden. Steht auch hier aktenkundig vermerkt. Insofern werde ich das Schreiben geschrieben haben, aber ich hatte jetzt keine Gelegenheit,[238] über den Inhalt - -[239]

Sebastian Edathy (SPD): Darf ich mal fragen, wie Sie sich vorbereitet haben auf Ihre heutige Vernehmung?

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Wie haben Sie sich vorbereitet auf Ihre heutige Vernehmung?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann Ihnen die Unterlagen zeigen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): So, wie wir es empfohlen haben!)

Sebastian Edathy (SPD): Wie Sie es empfohlen haben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein! Wir haben dem Zeugen gesagt, er soll die Unterlagen angucken! Das war gerade Ihr Wunsch, dass das in den Brief reingeschrieben wird!)

- Ich habe eigentlich Herrn Ollig gefragt.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich packe gerade die Unterlagen aus.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

[234] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich glaube, das ist eher --“, Anlage 1
[235] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- Der“, setze „und“, Anlage 1
[236] Richtigstellung des Zeugen: streiche „spätere“, setze „späterer“, Anlage 1
[237] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist mir noch als Referatsleiter“, Anlage 1

[238] Ergänzung des Zeugen: „mich“, Anlage 1
[239] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „zu informieren.“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe sehr, sehr viele Unterlagen bekommen, und die Unterlagen sind auch hervorragend geordnet, und nachdem der Ermittlungsdienst dann noch mal beim BfS in Sachen Ollig ermittelt hat, ist ja eine Liste gekommen,

(Sebastian Edathy (SPD): Ermittlungsbeauftragten?)

wo dieses Schreiben aufgeführt ist, und meine Kollegin … (akustisch unverständlich)[240], die dort oben sitzt, die die Dinge verwaltet, hat mir mit Bleistift auf diese drauf-geschrieben: Liegt nicht vor.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Also, jedenfalls haben Sie dann das Schreiben gesehen. Ich darf noch mal kurz die wesentlichen Passagen vortragen. Also:

> Herrn Professor Röthemeyer
>
> Betr.: Langzeitgefährdung von hochaktiven Abfällen
>
> Sehr geehrter Herr Prof. Röthemeyer, in unserem heutigen Telefongespräch äußerten Sie die Ansicht, daß bei hochaktiven Abfällen eine Einschlußzeit von 1 - 10 Millionen Jahren notwendig sei unter Bezugnahme auf eine Veröffentlichung von B. Cohen in der Zeitschrift ‚Transactions of the American Nuclear Society' vom Juni 81.

Zwei Absätze später:

> Die Bundesregierung hat sich vielmehr die Ergebnisse des Radiotoxizitätsvergleichs in einem vor kurzem erschienen Bericht von Dr. Haug, KFK,

- sprich hier: Kernforschungszentrum Karlsruhe -

> offiziell zu eigen gemacht …, die einen Zeitraum von 50 000 Jahren ergeben …

Jetzt müssen Sie mir mal ein bisschen helfen. Das ist ja nun schon ein Unterschied, ob man wissenschaftlich fundiert zu der Einschätzung kommt, man muss schwer strahlende radioaktive Abfälle mindestens 1 Million Jahre sicher aufbewahren, oder ob man sagt: 50 000 Jahre reichen. - Haben Sie sich diese Expertise angemaßt, das beurteilen zu können?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, das ist die Wiedergabe eines wissenschaftlichen Berichts, der vom Kernforschungszentrum Karlsruhe verfasst wurde. Insofern stehen dort zwei wissenschaftliche Meinungen gegeneinander, und die habe ich Herrn Röthemeyer mitgeteilt.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, Sie haben ihm mitgeteilt, dass die Bundesregierung der Auffassung ist, 50 000 Jahre reichen.

Zeuge Reinhold Ollig: Dieses war - wenn überhaupt - nicht meine Entscheidung, sondern das war die Entscheidung innerhalb dieses Dreierkreises. „Die Bundesregierung" sind in dem Fall drei Referate. Dies ist nicht ein Referat und schon gar nicht ein … (akustisch unverständlich).[241]

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, ich meine, Sie schreiben in Ihrem Brief:

> Dem Bundesminister des Innern … übersende ich eine Kopie meines Schreibens.

Das ist schon sehr ungewöhnlich für Ihre Position damals im Forschungsministerium.

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, nein.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist nicht ungewöhnlich?

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist nicht meine Entscheidung, dass man die Kollegen in den Ressorts, die für die PTB zuständig sind, informiert, dass man der PTB ein Schreiben geschickt hat, wo noch einmal auf eine Position der Bundesregierung Bezug genommen wird, die im Ressortkreis mit Sicherheit nicht bestritten wurde. Also, das halte ich eigentlich für eine Selbstverständlichkeit, wenn man … (akustisch unverständlich)[242].

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf noch mal nachfragen. Ich bin ja nun, anders als Sie, nicht Naturwissenschaftler. Aus diesem

[240] Richtigstellung des Zeugen: streiche „… (akustisch unverständlich)", setze „Frau Aghai Soltani", Anlage 1

[241] Richtigstellung des Zeugen: streiche „… (akustisch unverständlich).", setze „einzelner Mitarbeiter.", Anlage 1

[242] Richtigstellung des Zeugen: streiche „… (akustisch unverständlich).", setze „sich so abstimmt.", Anlage 1

Schreiben geht nun eindeutig hervor, dass Sie am selben Tag mit Herrn Professor Röthemeyer telefoniert haben. Sie geben in Ihrem Schreiben das Telefonat wie folgt wieder: Professor Dr. Röthemeyer sei der Auffassung, man bräuchte bei hochaktiven Abfällen eine Einschlusszeit von 1 bis 10 Millionen Jahren. Dass Herr Professor Dr. Röthemeyer sich diese Position zu eigen macht, ist ja zunächst mal etwas, was man zur Kenntnis nehmen müsste. Und dann beziehen Sie sich auf einen Bericht des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Dieser Bericht des Kernforschungszentrums Karlsruhe kommt - anders als die Expertise, auf die sich Professor Dr. Röthemeyer bezieht - nicht zu der Einschätzung: „Man muss mindestens 1 Million Jahre sicher lagern“, sondern: 50 000 Jahre reichen. - Und dann teilen Sie Herrn Professor Röthemeyer mit, die Bundesregierung hat sich die Ergebnisse dieses Kernforschungszentrum-Karlsruhe-Berichts offiziell zu eigen gemacht. Wer entscheidet denn so was, ob man sich das offiziell zu eigen macht und nicht der Meinung von Herrn Röthemeyer folgt?

Zeuge Reinhold Ollig: Wenn so etwas als Meinung der Bundesregierung weitergegeben wird, waren das die drei Ressorts, die dann wahrscheinlich im interministeriellen Arbeitskreis, von dem ich eingangs berichtet habe, sich auf diese Zahl verständigt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ich meine, waren Sie denn da irgendwie Verlautbarer einer solchen Auffassung, oder waren Sie beteiligt an der Meinungsbildung?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Herr Röthemeyer - Sie müssen das doch so lesen, wie Herr Röthemeyer das geschrieben hat - hatte informiert, dass es eine Studie gibt, die zu 90 - -

Sebastian Edathy (SPD): Nein, Sie haben an Herrn Röthemeyer geschrieben, nicht umgekehrt.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Röthemeyer hat telefoniert. Sie haben doch gerade gesagt: nach einem Telefonat mit Herrn Röthemeyer.

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben Herrn Röthemeyer am selben Tag, nach einem Telefonat mit ihm, einen Brief geschrieben.

Zeuge Reinhold Ollig: Richtig. So. Darf ich es noch mal erzählen?

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Röthemeyer hat uns informiert, und zwar telefonisch, dass es eine Studie gibt, die zu anderen Zahlen kommt.

Sebastian Edathy (SPD): Okay.

Zeuge Reinhold Ollig: So. Wahrscheinlich hat er mir dann gesagt: „Teilen Sie mir doch mal schriftlich mit, dass es da im Ressortkreis eine Festlegung gibt!“, nämlich: Die Bundesregierung, da bezieht man sich auf diese - nenne ich es jetzt mal - Karlsruher Zahl. Dann hat man das verschriftlicht, und dann hat er das in den Unterlagen. Und dann heißt das doch nicht, dass Herr Röthemeyer sich automatisch die Zahl zu eigen gemacht hat. Herr Röthemeyer hat informiert, dass er eine Zahl gelesen hat.

Sebastian Edathy (SPD): Nein. Sie schreiben Herrn Röthemeyer:

> in unserem heutigen Telefongespräch äußerten Sie die Ansicht, daß bei hochaktiven Abfällen eine Einschlußzeit von 1 - 10 Millionen Jahren notwendig sei …

Zeuge Reinhold Ollig: Dann hat er die Ansicht geäußert aufgrund dieses Artikels, den er dort gefunden hat.

Sebastian Edathy (SPD): Dann hat er sich aber doch die Position zu eigen gemacht, sonst hätte er ja nicht die Ansicht.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte, wenn Sie das so sehen wollen.

Sebastian Edathy (SPD): Na, ob ich eine Ansicht habe oder ich weise auf etwas hin, ist ja ein Unterschied. Also, er hat offenkundig nicht gesagt: „Da gibt es eine Studie,

guckt euch die mal an!“, er äußerte die Ansicht, Einschlusszeit von 1 bis 10 Millionen Jahren sei notwendig.

Sie teilen ihm mit: Bundesregierung macht sich andere Ergebnisse zu eigen. - Wissen Sie, was Professor Röthemeyer handschriftlich auf diesem Brief notiert hat, den wir in unseren Akten gefunden haben? Er hat notiert:

> Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung. Kann BMFT so etwas schreiben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann ihm das mitteilen, natürlich.

Sebastian Edathy (SPD): In welchem Auftrag?

Zeuge Reinhold Ollig: Weil wir eines der Ressorts sind, die die PTB mit Geld dazu in die Lage versetzen, Standorterkunden in Gorleben zu tun.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. - Dafür muss die PTB tun, was Sie ihnen sagen, und das machen Sie auf welcher Grundlage?

Zeuge Reinhold Ollig: Auf keinen Fall. Ich sagte Ihnen eben bereits, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in kerntechnischen Dingen dem Bundesminister des Innern - damals; jetzt der Bundesminister für Umwelt - untersteht und generell in ganz allgemeinen Dingen als eine Ressort[243]einrichtung - -[244]

Sebastian Edathy (SPD): Wir müssen nachher noch mal. Leider ist die Redezeit zu Ende, aber wir haben ja noch weitere Runden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben es ja noch früh am Tage und können ja noch mehrere Berliner Runden anschließen. - Jetzt ist zunächst mal die FDP an der Reihe.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich habe jetzt wieder ein ganz anderes Thema. Entschuldigung, wenn wir immer so hin- und hersprin-

[243] Ergänzung des Zeugen: „forschungs“, Anlage 1

[244] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „des BMWi ist.“, Anlage 1

gen, aber ich wollte noch mal zurückkommen auf diese ganze Befragung hier, wo es um die Person Herrn Professor Duphorn geht - er war ja nun auch hier als Zeuge - und auch überhaupt um die ganze Behandlung: Wie ist man bei dem PTB-Bericht mit den kritischen Stimmen umgangen? - Es ist nun nicht meine Aufgabe, Sie hier zu verteidigen, aber ich will einfach mal was vorlesen, was ich eben auch gefunden habe, und zwar: Sie brauchen ja hinterher nur zu sagen, ob es so war oder ob es in Ihrer Erinnerung anders war.

Also, ich habe hier einen Vermerk gefunden, dass Sie, insbesondere als Sie dann um den Bericht gebeten haben, insbesondere darum gebeten haben, die in der Öffentlichkeit zu dem Zeitpunkt kritisch diskutierten Untersuchungsergebnisse zu berücksichtigen, und ich beziehe mich jetzt auf die Quelle MAT A 52, Band 3, Seite 000236 und zitiere Sie jetzt:

> Dabei bitte ich insbesondere um Berücksichtigung der Untersuchungsergebnisse, die im Anschluß an die Informationsveranstaltung des Bundes vom 15./16.05.1981 ausführlich in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, z. B. Gas- und Laugevorkommen im Salzstock, Volumina älteren Steinsalzes zur Endlagerung wärmeentwickelnder Abfälle, quartäre Rinne und hydrogeologische Verhältnisse, Störungen im Deckgebirge, Möglichkeiten eines Wassereinbruchs und Transport von Radionukliden.

Haben Sie da mit eingeschlossen auch die doch anders bewerteten Einschätzungen von Herrn Professor Duphorn? War das da mit inbegriffen, oder auf welche kritischen Stimmen bezog sich das?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Ausführungen bzw. die Äußerungen von Herrn Duphorn zum Deckgebirge sind damit natürlich gemeint; das ist völlig richtig.

Angelika Brunkhorst (FDP): Nun war ja Herr Duphorn hier, und ich denke, wir sind mit ihm durchaus auch fair umgegangen in der Befragung. Er war natürlich sehr betroffen. Er war sehr tief betroffen, und ich hatte persönlich den Eindruck, als wenn es ihm nach wie vor um eine gewisse Rehabilitation geht, dass er also auch bis heute sich missverstanden oder nicht berücksichtigt fühlt.

Dann habe ich einen anderen Hinweis gefunden. Das habe ich auch damals, als er hier war, ja angesprochen. Also, in dem Abschnitt, in dem Bericht sozusagen, in dem zusammenfassenden Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Standortuntersuchung Gorleben vom Mai 83 ist in dem Kapitel „Quartärgeologische Gesamtinterpretation Gorleben“ ja das Wissen von Herrn Duphorn mit eingeflossen. Er steht dort ja auch im Inhaltsverzeichnis - ich beziehe mich auf MAT A 39, Seite 030345 - an vierter Stelle. Das ist ja nun doch eine exponierte Stelle, wenn ich einen Wissenschaftler so weit oben nenne. Also, insofern müssen ja Ausschnitte seiner Untersuchung dort umfassend auch dargestellt worden sein.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Frau Abgeordnete, ich hatte das, glaube ich, ausführlich gesagt. Es gibt Elemente, wo Herr Duphorn als Experte sicherlich gute Arbeit abgeliefert hat. Insofern ist es völlig berechtigt, dass seine Untersuchungsergebnisse auch in diesem Bericht[245] bzw. auch seine Untersuchung zitiert wird. Der Rest ist eben dann nicht berücksichtigt worden, weil es dort andere Experten gibt, die zu anderen Auffassungen gekommen sind.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wenn man sozusagen den Gutachter verpflichtet, zu einem, sagen wir mal, Ausschnitt des Gesamtuntersuchungsgegenstandes eine Expertise abzuliefern, dann wird man ja auch eine vertragliche Vereinbarung getroffen haben. Wenn jetzt darüber hinaus Anteile dieser Untersuchungen oder der Studie da nicht verwendet werden, dann hat man doch im Grunde genommen auch als Wissenschaftler die Möglichkeit, über weitere Aufsätze oder Artikel in Fachzeitschriften usw. zu berichten, also dass das Wissen, was man angeblich sozusagen hat und was einen von anderen Wissenschaftlern unterscheidet - - Hat es irgendwelche Restriktionen gegeben vonseiten des BMFT, dass man gesagt hat: „Diese Erkenntnisse sind jetzt Eigentum des Auftraggebers“ und er irgendwie beschnitten worden ist? Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeuge Reinhold Ollig: In keinerlei Hinsicht. Herr Duphorn war jederzeit frei, diese Ergebnisse in *Geologische Rundschau* oder sonst irgendwas[246] zu publizieren. Ich wage nur, zu behaupten, dass dieses dort so nicht angenommen worden wäre. So. Also, wenn er sich auf seine fachlichen Äußerungen zum Deckgebirge bezieht, ist das sicherlich okay, aber der Gesamtkontext mit Kritik an der Forschungspolitik oder Forschungskontinuität des BMBF, das wäre sicherlich in einem Reviewprozess[247] bei der *Geologischen Rundschau* oder sonst irgendwo sicherlich[248] dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe zurzeit keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. Bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich habe auch wieder ein anderes Gebiet, verständlich. Sie hatten vorhin gesagt, es war Ihnen bekannt, dass in dem Gebiet um Gorleben herum Gas vorhanden sei. Es sei Ihnen aber unter dem Salzstock nicht bekannt gewesen.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, wenn ich es erläutern darf: Unter dem Salzstock sind diese gasführenden - -[249] also das Muttergestein, was[250] das Gas produziert. Sie können das nicht als Gasvorkommen bezeichnen, weil Sie es im Grunde genommen nicht abbauen oder nicht gewinnen können. Dieses Gas muss wandern, muss in eine sogenannte Falle kommen, ein relativ dichtes Gebilde, was gelegentlich an den Flanken von Salzstöcken vorkommt. Ich darf dazu sagen: Die meisten Erdölfunde in Norddeutschland sind eben an solche Strukturen,[251] die Salzstöcke gebildet haben, gebunden. Das muss nicht direkt der Salzstock sein,[252] können auch andere Strukturen sein. Insofern war dieses aus der

[245] Ergänzung des Zeugen: „enthalten sind“, Anlage 1

[246] Richtigstellung des Zeugen: streiche „irgendwas“, setze „irgendwo“, Anlage 1

[247] Ergänzung des Zeugen: „, z. B.“, Anlage 1

[248] Richtigstellung des Zeugen: streiche „sicherlich“, Anlage 1

[249] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Horizonte,“, Anlage 1

[250] Richtigstellung des Zeugen: streiche „was“, setze „welches“, Anlage 1

[251] Ergänzung des Zeugen: „welche“, Anlage 1

[252] Ergänzung des Zeugen: „es“, Anlage 1

Erdgas- und Erdölprospektion bekannt. Aber unter dem Salzstock gab es keine Lagerstätte, aber dies[253] Muttergestein.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Reinhold Ollig: Es gibt ein sogenanntes Muttergestein, Erdölmuttergestein, es gibt ein sogenanntes Speichergestein. So. In dem Erdölmuttergestein sind weit verteilt entweder Öl- oder Gaströpfchen drin. Die kommen dann unter Druck und weichen natürlich aus und speichern sich dann dort in sogenannten Erdölfallen oder auch Erdgasfallen, und da sind sie dann akkumuliert. Das kann kilometerweit weg sein. Die Wanderung von Gas ist ein durchaus komplizierter Vorgang.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Sie sagen also, unter dem Salzstock hätte es kein Gasvorkommen gegeben.

Zeuge Reinhold Ollig: Gab es nicht.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das heißt, Ihnen war das nicht bekannt. Wäre denn ein Gasvorkommen in ungefähr 3 000 Metern Tiefe ein K.-o.-Kriterium für Gorleben als Atommüllendlager gewesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Oh, das ist sicherlich schwer zu sagen. Erst mal sind die Gesteine unter dem Salzstock Gorleben nicht so, dass es dort eine Erdgasfalle gibt. Punkt eins. Insofern konnte die BGR dieses bei der ganzen Standortbewertung ausschließen. Die Kenntnis der Strukturen unter dem Salzstock gehen zurück auf geophysikalische Untersuchungen. Sie können mit seismischen Wellen den Untergrund untersuchen und sehen, dass es dort keinerlei Strukturen gibt, die eine solche Erdgasfalle in Aussicht nehmen lassen. Insofern kann man das, glaube ich, ausschließen, dass es dort solche Strukturen gibt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne etwas vorlesen. Das ist MAT A 52, Band 12, vom 02.02.77. Da steht:

> Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung … und der Konzessionsinhaber für die Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Preussag und Brigitta/Elwerath (BEB)) ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von rd. 3 500 m Gas befindet. Es ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, dieses Vorkommen zu erschließen. Die BEB hat vielmehr die Bergbehörden im Dezember 1976 gebeten, sie von der Verpflichtung zur Durchführung von Untersuchungsarbeiten für ein Jahr zu entbinden. Die Bergbehörden haben dem zugestimmt.

Dann habe ich jetzt mehrere Fragen. Sie haben ja angegeben, dass Sie die Unterlagen von der BEB bekommen haben, augenscheinlich ist da Ihnen auch dieses Schreiben und auch dieses Vorhandensein nicht bekannt.

Ich habe noch eine weitere Frage dazu, und zwar in einem Vermerk über eine Besprechung beim BMFT vom 14. März 77, MAT A 83, Band 8, Paginierung 154 bis 157. Es steht darin:

> Zu beachten ist, dass die DDR gegenüber Salzstock Gorleben Erdgas gesucht und wohl auch gefunden hat. Erdgas ist auch auf der Seite der Bundesrepublik anzutreffen.

Das heißt: In beiden Bereichen, sowohl in diesem Schreiben von Niedersachsen als auch in dem Vermerk über eine Besprechung, ist dieses Gas unter dem Salzstock bekannt. Jetzt frage ich Sie: Wie kommt es, dass es Ihnen nicht bekannt ist?

Und ich muss Ihnen sagen, dass der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz ein Vorkommen, Erdgasvorkommen, unter Gorleben sehr wohl für ein K.-o.-Kriterium halten würde. Gut.

Zeuge Reinhold Ollig: Folgende Aussagen dazu: Konkrete Unterlagen von der BEB - ich glaube, das habe ich eben [254]- - da haben Sie mich missverstanden -

Kornelia Möller (DIE LINKE): Aha!

[253] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dies“, setze „dieses“, Anlage 1

[254] Ergänzung des Zeugen: „gesagt“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: - habe ich nicht erhalten. Ich habe von dem Bericht erzählt, dass das Bundeswirtschaftsministerium mit der Regierung der ehemaligen DDR in Kontakt kam, aber ich habe diese Unterlagen nicht. Die waren natürlich streng vertraulich. Tat auch dazu nichts zur Sache.

Dass es unter dem Salzstock Gorleben Gas gibt, diffuses Gas, habe ich eben, glaube ich, versucht auszuführen. Dass es einen Ansatzpunkt für eine konkrete Lagerstätte gibt, wusste ich nicht. Ich freue mich, zu hören, dass es die BGR wusste oder das NLfB, dass die das wussten; aber es ist offensichtlich bei der Bewertung nicht als gravierend bewertet worden. Die BGR hat das ja gemacht, dass der Präsident - -

Kornelia Möller (DIE LINKE): Von wem nicht als gravierend?

Zeuge Reinhold Ollig: Von der BGR nicht als gravierend. Die hätten das ja als gravierenden Tatbestand einpflegen müssen.

Das, was der Präsident - Sie erwähnten eben einen Präsidenten - des Umweltbundesamtes - - Oder wer war das? Ich muss noch einmal nachfragen, Frau Abgeordnete.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Frank [sic!] König.

Zeuge Reinhold Ollig: War [255]Herr König, ja.[256] Herr König ist zwar Präsident in seiner Form[257], ich glaube, er ist[258] Gartenbauarchitekt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Verstehe.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann mir durchaus vorstellen, dass er dieses als gravierend ansieht. Ich würde mich dort wahrscheinlich eher auf die Expertise der BGR verlassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht der Linken zunächst wieder erschöpft, aber wir haben ja noch weitere Nachfragemöglichkeiten. - Das Rederecht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Auf Ihre letzte Bemerkung eben zur Befragung der Linken: Vielleicht geht ja Herr König auch ab und zu mit Quartärgeologen spazieren und ist von daher auch ein bisschen kompetent in diesen Fragen.

Jetzt aber zu meinen Fragen: Ich beziehe mich jetzt auf ein Schreiben von Herrn Ziegler vom 21.08.1980 an den Minister, das in Kopie auch an Sie und auch an andere im Haus natürlich ging, und da geht es um die Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Schächten zur Vorbereitung eines Endlagers in Gorleben. Da werden die Pro- und Kontraargumente der beiden möglichen Verfahren aufgelistet, also entweder atomrechtliches oder bergrechtliches Verfahren. Die Proargumente fürs atomrechtliche Verfahren sind relativ kurz, kreisen eigentlich alle um die Beteiligung der Öffentlichkeit, und sehr viele Argumente gibt es dann für die Wahl des bergrechtlichen Verfahrens, das man ja auch gewählt hat. Also, die Entscheidung ist ja in diese Richtung auch ausgefallen.

Ich will jetzt mal mit etwas anfangen, was ich nicht verstehe - ganz ernsthaft. Zitat:

> Es ist zu fragen, ob unter dem politischen Zeitdruck, unter dem die Errichtung eines großen Endlagers steht, die für die spätere Sicherheit des Endlagers bestmöglichen Lösungen gefunden werden.

Das ist ein Argument, warum man das atomrechtliche Verfahren nicht nehmen soll. Können Sie mir das erklären? Ich lese es noch mal vor:

> Es ist zu fragen, ob unter dem politischen Zeitdruck, unter dem die Errichtung eines großen Endlagers steht, die für die spätere Sicherheit des Endlagers bestmöglichen Lösungen gefunden werden.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das Schreiben von Herrn Ziegler kann ich so auch nicht wiedergeben. Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat. Mit Sicherheit nicht, dass phlegmatisch oder überschnell dort etwas untersucht wird und irgendetwas vernachlässigt wird. Ich kann mich aber an diese Diskussion sehr gut erinnern bei uns im Hause:

[255] Ergänzung des Zeugen: „es“, Anlage 1
[256] Richtigstellung des Zeugen: streiche „.“, setze „?“, Anlage 1
[257] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Form“, setze „Funktion“, Anlage 1
[258] Ergänzung des Zeugen: „aber“, Anlage 1

Was macht man? In welches Genehmigungsverfahren steigt man ein? - Und Befürworter bei uns im Hause haben dann dem entgegengehalten - was Sie auch völlig richtig erkannt haben -, dass im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren die Öffentlichkeit beteiligt wird, während im bergrechtlichen Verfahren dieses etwas restriktiver gemacht wird.

Nun muss man aber sehen, dass, wenn Sie in ein atomrechtliches Verfahren einsteigen, Sie natürlich sagen müssen, was Sie dort machen wollen, und Sie müssen sagen, in welchem Umfang Sie wo und wann radioaktive Abfälle dort einlagern wollen und wo Sie das Wissen um diese Dinge herhaben. Dieses Wissen lag nicht vor. Und so ist letztlich dann die Entscheidung gefallen, hier ein bergrechtliches Verfahren zu machen.

Das berechtigte Anliegen einer Bevölkerung haben wir dann dadurch natürlich auffangen können, dass wir Informationsveranstaltungen gemacht haben, dass wir diese Informationsstelle gegründet haben. Insofern glaube ich, dass wir mit geeigneten Instrumenten tatsächlich dem Informationswunsch nachgekommen sind.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es ja, wie Sie wahrscheinlich auch wissen, unterschiedliche Einschätzungen, ob das jetzt tatsächlich die gleiche Art der Beteiligung der Öffentlichkeit war.

Ich will Ihnen noch einen letzten Punkt dieser Proargumente - bergrechtliches Verfahren - zitieren:

> Das bergrechtliche Verfahren ist ein eingespieltes Verfahren. Nur die Wahl dieses Verfahrens garantiert die politisch gewollte zügige Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes in Gorleben.

Wir sind uns ja einig darin, dass ein atomrechtliches Verfahren einfach umfangreicher ist und auch bestimmte Fragen zu beantworten hat, die eine gewisse Zeitdauer erfordern. Aber hier ist doch sehr bemerkenswert die politisch gewollte zügige Erkundung, und ich zitiere Sie noch mal zu Beginn Ihrer heutigen Aussage. Da sagten Sie auf eine der Fragestellungen - ist die Entsorgungsvorsorge noch gewährleistet? -: Das waren die entscheidenden Fragestellungen.

Also: Diesen Zusammenhang zwischen der politisch gewollten zügigen Erkundung und der Entsorgungsvorsorge, das hätte ich von Ihnen gern noch mal dargestellt.

Zeuge Reinhold Ollig: Nach meiner Erinnerung sind die Entsorgungsgrundsätze am Anfang der 80er-Jahre noch einmal überarbeitet worden, und man hat ganz - - Nach meiner Erinnerung - ich habe die jetzt nicht extra nachgelesen - waren da auch Zeithorizonte angegeben, sodass die zügige Erkundung des Salzstocks Gorleben, die ja politisch vorgegeben war - - sodass man, falls es zu Zwischenfällen kommt oder falls sich die Nichteignung auf irgendeine Weise rausstellt, dann noch schnell auf ein anderes Untersuchungsobjekt übergehen kann, ohne dass die Entsorgungsgrundsätze verletzt werden, die ja, ich glaube, für den Betrieb von Kernkraftwerken die wichtigen Voraussetzungen sind. Das ist damit, glaube ich, gemeint, also vermute ich

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, glaube ich auch. Jetzt haben wir hier noch unten die unterschiedlichen Auffassungen in unterschiedlichen Häusern. Da steht:

> Das BMI und BMFT, Referat 113, treten für atomrechtliches Planfeststellungsverfahren ein, BMFT und Referat 315 und BMWi unterstützen das bergrechtliche Verfahren.

Referat 113 war das Rechtsreferat?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich glaube, das ist das Rechtsreferat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also haben wir hier eine unterschiedliche Auffassung zwischen einerseits dem Innenministerium und dem Rechtsreferat im Forschungsministerium, die beide der Meinung waren, es bräuchte ein atomrechtliches Verfahren, und auf der anderen Seite das Wirtschaftsministerium und die Abteilung von Herrn Schmidt-Küster im Haus des Forschungsministeriums, zu der auch Sie gehörten, die der Meinung waren, man macht das besser mit dem bergrechtlichen Verfahren. Sie werden mir jetzt nachsehen, wenn ich mir das so anschaue, dass offensichtlich die Rechtsauffassung auf der einen Seite eine andere Wahl des Verfahrens, zu dem man sich entscheiden sollte, nahe legte

als die wirtschaftlichen Interessen und eben diese Abteilung Energie, Umwelt, Rohstoffe.

Zeuge Reinhold Ollig: Kann ich vielleicht darauf antworten. Wie gesagt, [259]bin auch kein Jurist. Sie sagten eben, es bräuchte ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren. Dieses ist so nicht richtig. Es braucht kein - - Man kann ein[260] atomrechtliches Verfahren wählen, einfach [261]um die Öffentlichkeitsarbeit dort[262] oder die Bürgerbeteiligung - -[263]

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. Ich will gerade noch mal kurz berichtigen. Ich sagte, dass sowohl das Innenministerium und das Rechtsreferat der Auffassung waren, man bräuchte ein atomrechtliches Verfahren.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Noch einmal: Meine Erinnerung war so, dass das Rechtsreferat gesagt hat, man kann ein atomrechtliches Verfahren nehmen, weil es dort eine breite Bürgerbeteiligung war. So war meine Erinnerung. Ich kann Ihnen ja nichts anderes sagen. Auch bei uns im Hause wurde das unter den Juristen durchaus kontrovers diskutiert.

Letztlich, warum kein atomrechtliches Genehmigungsverfahren gewählt wurde, war, dass man überhaupt keine materiellen Voraussetzungen hatte, ein solches Verfahren offiziell anzukündigen; denn Sie brauchen bestimmte Inhalte, um in einem atomrechtlichen Verfahren etwas darzulegen. Dafür war ja - - Wir hätten irgendwann natürlich, wenn der Salzstock geeignet worden wäre und alles dafür gesprochen hätte, dort ein Endlager zu errichten, dann hätte man natürlich ein Planfeststellungsverfahren gebraucht, das ist ja völlig unstrittig. Man kann ja nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dort so etwas einrichten. Aber für die Schächte abzuteufen und für ein Erkundungsbergwerk zu errichten, ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren zu nehmen, wurde letztlich dann als abwegig empfunden. Ich weiß gar nicht, wer letztlich die Entscheidungen getroffen hat. Ob dort irgendein Gericht angerufen wurde oder nicht, weiß ich im Moment nicht. Ich weiß nur, dass dann zum Schluss ein bergrechtliches Verfahren gewählt wurde. Und noch mal: Die Öffentlichkeitsarbeit wurde dann natürlich auf anderem Wege gemacht.

Die Entscheidung, die Bürgerentscheidung - da gebe ich Ihnen völlig recht - ist in einem bergrechtlichen Verfahren eine andere als in einem atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der dritten Berliner Runde, und der Verlauf der Sitzung gibt mir den Eindruck, dass es noch weiteren Fragebedarf gibt. - Ich sehe da Nicken. Nichtsdestotrotz ist unsere reguläre Pause ab 14 Uhr. Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt die Sitzung beenden bzw. unterbrechen und dann um 15 Uhr wieder eröffnen. Und da der Kollege Gerdes jetzt im Raum ist, möchte ich es nicht versäumen, ihm nun noch offiziell ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag zu gratulieren. Da Sie heute Morgen nicht da waren, möchte ich das jetzt nachholen.

Gut, dann sehen wir uns wieder um 15 Uhr. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von
13.53 bis 15.03 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne hiermit unsere öffentliche Sitzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns zügig mit der Fortsetzung der Vernehmung beginnen. Das Fragerecht liegt jetzt in der vierten Berliner Runde bei der CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Pols, bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Dann wollen wir mal zügig weitermachen, damit wir vom schönen Wetter vielleicht noch etwas haben heute Abend.

Herr Ollig, vielleicht mal vorweg: Es wurde so ein bisschen - finde ich, oder ich habe es so empfunden - ins Lächerliche gezogen, wenn es hieß: Spaziergänge unter Geologen. Das ist sicherlich nicht so gemeint: Üblicherweise Spaziergänge, wenn ich jetzt mit der Vorsitzenden hier an der Spree langgehe und Eis esse und mich unterhalte - -

[259] Ergänzung des Zeugen: „ich“, Anlage 1
[260] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein“, setze „kein“, Anlage 1
[261] Ergänzung des Zeugen: „nur“, Anlage 1
[262] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dort“, Anlage 1
[263] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „durchzuführen.“, Anlage 1

(Marco Buschmann (FDP): Das ist aber auch sehr schön!)

- Das ist auch sehr schön; haben wir noch nie gemacht, würde ich gerne mal machen. - Aber damit ist doch sicherlich gemeint, dass Sie sich fachlich - meinetwegen in Ihrem Büro oder im Büro des Kollegen - austauschen. Ist das so richtig?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, das ist völlig richtig. Herr Wold[264]stedt hatte da durchaus noch ein Mitteilungsbedürfnis,[265] einem jungen Menschen - ich glaube, er war weit über 80 - dort[266] noch sein Wissen irgendwie zu vermitteln. Dieses Sendungsbewusstsein hat man dann sicherlich nach einer doch sehr erfüllten wissenschaftlichen Karriere, und wir haben uns über viele Fragen unterhalten, die sich auch für ihn stellten. Er hatte nicht alle Antworten auf seine vielen Fragen. Also insofern war er geistig fit, er war geistig rege, und ich habe eigentlich viel davon gelernt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also sind das durchaus ernst zu nehmende Gespräche? Nicht durchaus! Es sind ernst zu nehmende Gespräche fachlicher Art. Ist das so anzusehen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, natürlich. Er hat mir natürlich auch erzählt, dass er nicht so gut laufen kann usw., -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: - was man dann eben so bespricht. Deswegen bin ich ja eben mit ihm gegangen, weil er nicht mehr so gut laufen konnte, aber geistig war dieser Mensch - -[267] Wenn ich in dem Alter noch so geistig rege bin, würde ich mich glücklich schätzen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wunderbar, vielen Dank. - Dann wurden auch vonseiten der Opposition - gerade auch vonseiten der Fraktion der Linken - die Gasvorkommen angesprochen.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ich gehe mal davon aus, dass auch die Gasvorkommen bekannt waren und auch immer Thema waren, ob es nun bei der PTB war oder auch bei der BGR oder auch im Ministerium.

Dann ist Ihnen ja auch sicherlich bekannt, dass - es wurde ja auch schon angesprochen - auf DDR-Seite Bohrungen vorgenommen wurden, um zu sehen, ob dort Gasvorkommen sind, die auch abbauwürdig sind. Nach meinen Kenntnissen waren das wohl so um die 15 Probebohrungen, die aber nicht erfolgreich waren. Bei einer Probebohrung im Bereich Lenzen hat man wohl Gas gefunden, was dann aber leider explodiert ist und wo auch ein Arbeiter oder zwei Arbeiter - ich weiß gar nicht ganz genau - ums Leben gekommen sind. Dieses Gas ist dann aber nach zwei Tagen von alleine erloschen. Ist daraus zu schließen aus Ihrer Kenntnis, dass eine Abbauwürdigkeit nicht gegeben ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Die Frage ist natürlich berechtigt. Ich erwähnte eingangs schon, dass der Zustand der Gase, die aus dem Präzechstein sich dann in irgendwelchen geologischen Strukturen gefangen haben, so von West nach Ost zunehmend saurer wird - dieses Gas. Bei der Bohrung in Wustrow, wo Gas gefördert wird, steht zum Beispiel eine sehr, sehr aufwendige Schwefelabscheideanlage, was die Sache natürlich extrem teuer macht und[268] unwirtschaftlich macht. Man hat diesen Aufwand damals in Kauf genommen; aber ich weiß, weiter östlich gibt es auch Gasvorkommen, aber da können Sie diesen Aufwand nicht mehr betreiben. Das wäre unwirtschaftlich.

Gasvorkommen waren bekannt. Sie sind häufig auch an den Flanken von Salzstöcken, weil die so diapirartig überhängen, und dann schleppen diese Salzstöcke natürlich die Schichten mit hoch. Dann gibt es gelegentlich solche Erdöl- oder Erdgasfallen. Dieses stellt aber in keinem Fall die Integrität des Salzstocks selber in Frage. Das muss man dazusagen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun gibt es ja auch Berichte zu lesen - auch in den Medien, auch in der örtlichen Zeitung dort in Lüchow-Dannenberg -, dass dort neben oder unter

[264] Richtigstellung des Zeugen: streiche „d“, Anlage 1
[265] Ergänzung des Zeugen: „gegenüber“, Anlage 1
[266] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dort“, Anlage 1

[267] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „fit.“, Anlage 1

[268] Ergänzung des Zeugen: „fast“, Anlage 1

dem Salzstock ein riesiges Gasvorkommen sein soll. Nun frage ich mich natürlich: Warum hat man das nicht längst ausgebeutet? Es gab ja wohl auch Bohrungen in den 20er-, 30er-Jahren zu Zeiten der NS-Zeit.

Zeuge Reinhold Ollig: Genau.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ich erinnere nur mal an die Autarkiepolitik.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dort hat man wohl auch Bohrungen gemacht. Das hat man scheinbar nicht weiterverfolgt. Gibt es eigentlich jetzt noch Bohrungen im Bereich Wustrow, die noch intakt sind, oder wird da noch Abbau betrieben?

Zeuge Reinhold Ollig: Mein letzter Besuch in Gorleben ist, glaube ich, 25 Jahre her. Insofern kann ich Ihnen dort nichts Aktuelles berichten. Erfahrungsgemäß sind diese Vorkommen nicht sehr ergiebig. Mit dem Vorkommen, was in Groningen ist, lässt sich das nun überhaupt nicht vergleichen - oder auch mit der großen Gaslagerstätte in der Altmark. Das sind also kleine - ja, man sagt auch „Schmitzen“ dazu - Fallen, die dann gelegentlich ausgebeutet wurden. Ich weiß über den Zustand der Gasförderung dort im Moment nichts.

Die BGR ist - das habe ich auch eingangs erwähnt - natürlich im Besitz aller Unterlagen, was den geologischen Untergrund angeht - auch das von den Firmen. Insofern sind die Kollegen sicherlich darüber informiert. Mein Wissensstand ist der aus der Zeit, wo ich mich mit dem Faktum beschäftigt habe. Da kann ich Ihnen leider nichts Aktuelles erzählen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Na ja, für mich stellt sich dann die Frage, wenn behauptet wird, da ist ein riesiges Gasvorkommen: Warum wird das nicht ausgebeutet? Ich würde sofort plädieren, Bohrtürme aufzustellen und dort das Gas auch zutage zu fördern und dann auch zu nutzen.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, diese Teufe von 3 000 Metern - wahrscheinlich sogar mehr - ist natürlich, was die Aufsuchung und Gewinnung angeht, äußerst aufwendig. Wenn Sie das in 300 Meter Tiefe haben, wird jede Firma dieses sicherlich tun.

Ich sagte, dass dieses Gasfeld - -[269] Ich weiß nicht, welche Mengen an Gas dort vorkommen, in welchem Gesteinsvolumen. Prinzipiell ist dieser Präzechstein immer gasführend, potenziell gasführend. Ob es sich nun[270] zu einer wirtschaftlich ausbeutbaren Lagerstätte dann[271] verdichtet: Ich weiß es nicht. Auch dieses stellt aus meiner Sicht für den Salzstock, wenn es dann zu einer Endlagerung käme, keine größere Gefahr dar.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank.

Zeuge Reinhold Ollig: Aber es ist abzuschätzen. Das muss eine Sicherheitsanalyse nachweisen. Das ist ja essenziell, um in ein solches Planfeststellungsverfahren reinzugehen und mit den Leuten zu diskutieren: Ist das Endlager sicher oder nicht?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann möchte ich noch mal auf die von mir vorhin erwähnte KEWA-Nachbewertung zurückkommen. Mir kommt es auf das Jahr an. Es geht mir jetzt nicht um das Jahr 1973, wo die KEWA ja schon mal Untersuchungen angestellt hat, sondern um die Nachbewertung aus dem Jahre 1976, wo ja die Eignungshöffigkeit - nenne ich es mal - von Gorleben eigentlich noch mal explizit dargestellt wurde. Können Sie da was zu sagen? Das ist das, was ich Ihnen auch vorgelegt hatte.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja, das ist völlig richtig. Ich habe auch diese jüngste - - Ich habe die erste Studie gesehen und habe die ausgewertet und bin auch in die abschließende, letzte KEWA-Studie reingegangen, und das ist das, worüber ich berichtet habe. Damals waren es, wie gesagt, unter KEWA- bzw. unter nuklearen Entsorgungszentrumsgesichtspunkten vier Standorte, die man in die engere Wahl gezogen hatte aus einem größeren Kreise. Ich kann Ihnen zitieren: Ahlden, Börger, Faßberg, Lütau; Weesen-Lutterloh war auch dabei.

[269] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „existiert.“, Anlage 1
[270] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nun“, Anlage 1
[271] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 1

Es waren im Wesentlichen Umweltfaktoren, die hier - ich sage mal - maßgebend waren, und das waren eben nicht die geologischen Verhältnisse. Die geologischen Verhältnisse waren im Wesentlichen von der Größe des Salzstockes abgeleitet. So habe ich das jedenfalls aus den Unterlagen entnommen. Ansonsten, über - - Und sie sollten unverritzt sein, diese Salzstöcke. Das heißt, Sie wissen im Grunde genommen nichts über den Innenbau. Es kann also sein, dass der Anhydrit - - Anhydrit ist ein sehr hartes Gestein, was in dem fließfähigen Salz bestimmte Strukturen bildet, über die man theoretisch dann Wasserzutritte sich ausrechnen kann - sowohl Zutritte als auch Austritte. Das sind die kerntechnischen Randbedingungen, die man zugrunde legt. Dieses alles ist Terra incognita bei allen Salzstöcken, und bei Gorleben war das auch so, jedenfalls in der Zeit, als ich noch in dem Referat dafür verantwortlich war.

Wie das jetzt nach dem Schachtabteufen aussieht: Es sind natürlich dann deutlich mehr Informationen vorhanden. Ich habe mich anschließend dann nicht mehr so sehr um die Erkundungsergebnisse gekümmert. Ich war zwar immer noch als Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Kuratorium der BGR, aber so erinnerlich ist mir das jetzt nicht. Bei Einzelheiten muss ich passen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ihnen ist die Studie ja bekannt. Es wurde ja angezweifelt, dass es die gibt - vor allen Dingen auch vonseiten von Frau Kotting-Uhl.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe sie in der Hand gehabt. Sie ist graugrün eingebunden - jedenfalls das Exemplar, was sich bei uns in der Registratur befand. Ich habe die ausgewertet. Zweifel an der Existenz dieser Studie sind, glaube ich, nicht gerechtfertigt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Darin heißt es ja:

> Dieses ergab, daß die ursprünglich gewählten Standorte nach wie vor

- das sind die, die Sie eben erwähnt hatten -

> als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen wurden.

Das heißt ja, dass der Standort Gorleben nach dieser Nachbewertung oder aus dieser Nachbewertung heraus sich als der -

Zeuge Reinhold Ollig: Gut, ich - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): - geeignetste - unabhängig jetzt von der untertägigen Erkundung, das ist klar; das war ja erst hinterher - durch die obertägige Erkundung herausgestellt hat.

Zeuge Reinhold Ollig: Also von der Größe her - und das war immer die Erwartung - lässt dieser Salzstock ausreichend große Partien, und zwar geht es immer um das ältere Steinsalz[272]. Es gibt älteres und jüngeres Steinsalz. Dazwischen liegt dann meistens Anhydrit, und das ältere Steinsalz ist das mobilere. Das ist übrigens das, was in der Asse das große Problem macht, weil dort der Salzstock quasi von innen her beschädigt wird, weil man dort zwei Firste rausgeschossen hat.

Insofern wusste man, dass dieses Salz die beste Fließfähigkeit hat. Man kann vermuten, dass dieses im Zentrum des Salzstockes ist. Das muss aber nicht[273] sein; das kann auch völlig anders sein. Aber die vier Tiefbohrungen, die man gemacht hat, um grob über die Struktur des Salzstockes informiert zu werden, haben gezeigt, dass es wirklich ausreichend große Partien älteren Steinsalzes gibt.

Da ist, glaube ich, auch dann in - -[274] Mit diesem Ziel sind dann auch die Schächte abgeteuft worden, und Ziel war es dann, von diesen Schächten aus den potenziellen Endlagerbereich zu umfahren mit Strecken, den eigentlichen Endlagerbereich nicht anzutasten, sondern dieses dann quasi in einem Planfeststellungsverfahren, wo man dann darlegt, wo man im Einzelnen welche Abfälle hinbringen will, darzulegen und dann auch erst, wenn das Okay nach einem Planfeststellungsverfahren kommt, tatsächlich das Endlager aufzufahren.

Ich erwähne das deshalb, weil sehr häufig der Vorwurf erhoben wurde, wir hätten dort Fakten geschaffen, ein Endlager quasi in so einer Nacht- und Nebelaktion zu errichten. Mitnichten! Wir kennen die Gesetze, müssen

[272] Ergänzung des Zeugen: „erwarten.“, Anlage 1
[273] Ergänzung des Zeugen: „so“, Anlage 1
[274] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „dem Bericht drauf hingewiesen worden.“, Anlage 1

uns daran halten, wissen auch, was wir der Öffentlichkeit schuldig sind an Informationen über sicherheitsrelevante Dinge. Von daher glaube ich, dass das eigentlich ein normales und ganz geregeltes Verfahren war.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich hätte sonst keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen aus der CDU/CSU-Fraktion? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann geht das Rederecht und Fragerecht an die SPD-Fraktion, bitte.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Ollig, ich würde gerne noch mal dabei einsteigen, wo wir unser Gespräch vorhin unterbrechen mussten, weil die Zeit abgelaufen war, nämlich bei Ihrem Schreiben vom 08.07.82 an die PTB, an Professor Röthemeyer. Da war für mich jetzt noch nicht ganz abschließend geklärt, wer denn - - Der Vorgang war ja: Herr Röthemeyer hatte Sie telefonisch informiert, er wäre der Ansicht, hochradioaktive Abfälle müssten mindestens eine Million bis zu zehn Millionen Jahre sicher verwahrt werden. Sie teilen ihm schriftlich mit, die Bundesregierung sei der Auffassung, 50 000 Jahre reichen. Wie ist es denn zu dieser Meinungsbildung der Bundesregierung gekommen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann Ihnen sagen, ich habe [275]- -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, könnten Sie noch näher ans Mikro kommen, weil da einfach Verständnisschwierigkeiten bestehen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe den einzelnen Vorgang, wie es dazu gekommen ist, nicht im Kopf. Es ist ein - vermute ich;[276] ich muss jetzt vermuten - klassisches Thema, was die Reaktor-Sicherheitskommission, die ja das oberste Beratungsgremium der Bundesregierung ist, wo solche Themen dann besprochen werden - - Ich konnte dieses Herrn Röthemeyer nur so mitteilen, weil ich das aus irgendwelchen Unterlagen nun[277] erkannt habe; aber ich bin wirklich kein Nuklearexperte in dem Sinne, dass ich dieses bewerten kann. Im Referat waren natürlich Nuklearchemiker und andere Leute da; das ist kein Thema. Insofern - -

Sebastian Edathy (SPD): Also, Sie waren inhaltlich gar nicht beschäftigt mit der - - Sie waren sozusagen nur der Überbringer der Nachricht?

Zeuge Reinhold Ollig: So verstehen Sie das bitte.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, weil das Erstaunliche ist: Herr Röthemeyer muss sich wohl sehr gewundert haben über Ihren Brief; denn er hat handschriftlich dort notiert: „Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung. Kann BMFT so etwas schreiben?“ Wie gesagt, Ihr Schreiben ist vom 8. Juli; und dann hat er handschriftlich ergänzt: „Erledigt. Telefonat SE 1, Ol, am 19.07“. Können Sie sich erinnern, dass Sie da angerufen worden sind von Herrn Röthemeyer? Und warum hat er Sie angerufen, wenn Sie inhaltlich gar nicht befasst waren mit dem Thema?

Zeuge Reinhold Ollig: Es geht natürlich um den Salzstock Gorleben. Es geht um Einschlusszeiten. Insofern war ich schon mit dem Thema Salzstockerkundung und spätere[278] Verwendung des Salzstockes befasst, aber im Einzelnen nicht mit dieser Frage: Wie lange müssen Sie welches Nuklid mit welcher Wärmeentwicklung dort sicher einschließen, um dann keine Gefährdung mehr zu sehen?

Im Referat waren zwei ausgewiesene Nuklearchemiker - das waren Herr Dr. Randl und Herr Dr. Hübenthal (?)-[279], die da zu jeder Zeit Auskunft geben konnten. Ich war in diesem Falle der Überbringer einer Nachricht.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie mir denn zustimmen, dass es relativ naheliegend ist, dass die Vorkehrungen für eine sichere Lagerzeit von mindestens einer Million Jahre deutlich umfangreicher wären als

[275] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „daran keine Erinnerung.“, Anlage 1
[276] Richtigstellung des Zeugen: streiche „vermute ich; “, Anlage 1
[277] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nun“, Anlage 1
[278] Richtigstellung des Zeugen: „späterer“, Anlage 1
[279] Richtigstellung des Zeugen: streiche „(?)-“, Anlage 1

die Vorkehrungen für eine Lagerzeit von lediglich 50 000 Jahren?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieses ist, glaube ich, das 20-Fache, wenn ich das mal schnell überschlage.

Sebastian Edathy (SPD): Allerdings.

Zeuge Reinhold Ollig: Insofern ist das sicherlich eine Aussage, die man überprüfen muss. Ich bin auch sicher, dass diese Studie oder diese Quelle, die Sie erwähnt haben, später überprüft wurde von der PTB. Herr Illi ist normalerweise solchen Dingen nachgegangen, und ich bin hundertprozentig sicher, dass dieses nicht im Raum verhallt ist.

Wenn es dann ausreichend Argumente gibt, dass diese Untersuchung, die in Karlsruhe von Wissenschaftlern angestellt wurde, zu überdenken ist, muss man ganz klar sagen: Dann muss ich die Einschlusszeit - und das ist ja in einem Planfeststellungsverfahren für ein potenzielles Endlager darzulegen - natürlich diesen Gegebenheiten anpassen. Das ist für mich selbstverständlich.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, ich würde dann chronologisch gesehen gerne einen Sprung in den November 1982 machen. Wir haben in den Akten - das ist MAT A 72, Band 6, Paginierung 143130 - ein Schreiben von dem damaligen Landtagsabgeordneten der CDU, Kurt-Dieter Grill, an Professor Duphorn gefunden. Haben Sie das gefunden bei der Vorbereitung?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Möchten Sie es gerne mal in Kopie haben? Das ist die eine Seite.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, gerne.

Sebastian Edathy (SPD): Dann können wir das hier organisieren, dass er - - Okay, kleinen Augenblick.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, mir ist natürlich Herr Grill bekannt, Herr Duphorn sowieso. Als Vorsitzender der Gorleben-Kommission, wie sich Herr Grill dort aufgestellt hat, waren wir natürlich häufig in Kontakt, auch über unsere Informationsstelle. Herr Grill hat davon ausführlich Gebrauch gemacht, Gruppen nach Karlsruhe zu schicken etc. pp. Wir haben das dann auch bezahlt, haben das aber dann für die anderen Fraktionen natürlich auch bezahlt. Insofern haben wir da versucht, eine Gleichbehandlung herzustellen und nicht eine Sonderbehandlung für Herrn Grill.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Würden Sie sagen, dass Sie sozusagen *der* Ansprechpartner für Herrn Grill in Ihrem Ministerium waren?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, nein, nein.

Sebastian Edathy (SPD): Ich frage deshalb - Sie werden gleich von Herrn Hirte freundlicherweise die Kopie bekommen -: Dieses Schreiben von Herrn Grill richtet sich an Professor Duphorn, und dieses Schreiben weist einen Stil auf, den ich für ungewöhnlich halten würde. Ich zitiere:

> Ihr nunmehr fortgesetzter Versuch, über Briefe die politische Diskussion mit der Gorleben-Kommission zu führen, ist blamabel. ...
>
> Sie sollten Dritte nicht für Ihre unterschiedlichen Darstellungen verantwortlich machen, vielleicht können Sie sich entscheiden, welcher Ihrer Standpunkte gilt ...
>
> Für Ihren Aufenthalt in der Antarktis wünsche ich Ihnen viel Vergnügen, er verschafft uns hoffentlich die verdiente Ruhe vor weiteren Briefen.

Herr Grill hat - das ist zwischen seiner Absenderangabe und der Bezeichnung des Adressaten - per Maschine - das sieht aus wie Schreibmaschine offenkundig - schreiben lassen oder selber geschrieben: „Herrn Ollig, Referat ...," - das ist wahrscheinlich das Referat, in dem Sie gearbeitet haben - „bitte sofort auf den Tisch".

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Warum hat er das denn an Sie geschickt?

Zeuge Reinhold Ollig: Das müssen Sie Herrn Grill fragen. Entschuldigung, das - -[280]

Sebastian Edathy (SPD): Finden Sie eigentlich die Umgangsform, die Herr Grill gegenüber Herrn Duphorn in dem Schreiben an den Tag legt, unter zivilisierten Menschen als üblich?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich möchte mich hier etwas zurückhalten - auch mit den Begriffen „zivilisiert“ oder „unzivilisiert“. Herr Grill weiß sehr gut, was er schreibt. Ich hätte den Brief sicherlich so nicht geschrieben.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich denn erinnern, dass Sie diesen Brief bekommen haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein. Also, ich kann mich an diesen Brief in dieser Form nicht erinnern, will mich aber hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Ich habe mit dem Thema Duphorn zu tun gehabt. Ich habe gelegentlich Herrn Grill getroffen. Herr Grill verkehrte mehr in Politikerkreisen, CDU; das ist völlig klar. Fachreferate waren da nicht so ganz sein Ding. Er war Politiker und hat auf einem anderen Klavier gespielt.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Das war also im November 82. Das war ja auch die Zeit, wo auch Sie mit dem Thema Duphorn-Gutachen befasst waren, nicht wahr?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, klar.

Sebastian Edathy (SPD): Jetzt haben Sie ja vorhin gesagt - auch bei der Frage, ob Sie da eine Rolle gespielt haben, die Veröffentlichung eher zu befördern oder möglicherweise auch zu behindern -, dass Sie da gar nicht zuständig gewesen seien. Das wären ganz andere Stellen, zum Beispiel die Pressestelle oder die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit. Wie kommt es denn eigentlich, dass Sie ausweislich unserer Unterlagen Presseerklärungen vorbereitet haben? Gehörte das zu Ihrem Job?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, klar!)

Zeuge Reinhold Ollig: Der Entwurf von Pressemitteilungen, wenn sie fachlichen Inhaltes sind - das waren die in der Regel -, werden vorgelegt, nach oben gegeben. Das geht dann über die Leiter Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter, Staatssekretär, und dann geht das ans Ministerbüro und wird dann schließlich in einer Form, die ich letztlich nicht bestimmen kann, doch[281] von den Presseleuten überarbeitet. Ich habe das häufig erlebt, dass wir - na, ich sage mal - zu detailverliebt waren und uns die Öffentlichkeitsarbeit gesagt hat: Das versteht keiner. - Es ist völlig klar, dass aus dem Fachreferat dann solche Informationen kommen. Die wurden teilweise dann überarbeitet, geglättet, wie auch immer.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Wir finden in den Akten - das ist MAT A 99, Band 17, Paginierung 101084 ff. - ein Fernschreiben, das Sie verfasst haben, mit Datum vom 3. Februar 1983. Da gibt es einen Entwurf, und da gibt es von Ihnen offenkundig - das deckt sich mit Ihrer Unterschrift - handschriftliche Korrekturen an dem Entwurf, und zwar:

> schlage folgende Fassung für eine vorsorgliche Presseerklärung zum Abschlußbericht von Prof. Duphorn vor.

Würden Sie sagen, das gehörte - -

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Also sozusagen die Pressearbeit in Sachen Duphorn vorzubereiten, gehörte zu Ihren Aufgaben, aber die Frage, ob das Duphorn-Gutachten in die Öffentlichkeit gelangt, gehörte nicht zu Ihren Aufgaben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es ist so: Das Duphorn-Gutachten war ja bekannt, und es ist die Frage, wie Sie[282] darauf reagieren[283] oder ob unser Haus darauf reagiert, ob die Presseabteilung oder der

[280] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „weiß ich nicht.“, Anlage 1

[281] Richtigstellung des Zeugen: streiche „doch“, setze „dort“, Anlage 1

[282] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Sie“, setze „man“, Anlage 1

[283] Richtigstellung des Zeugen: streiche „reagieren“, setze „reagiert“, Anlage 1

Pressesprecher des Hauses mit dem betreffenden Journalisten ein Interview führt, was er dann in geeigneter Form umschreibt, ob man eine Presseerklärung rausgibt. Das wird dann natürlich vorbereitet vom Fachreferat. Aber ich sagte gerade: Die Endfassung, da haben wir eigentlich nicht mehr mitzureden. Ich meine, die Presse wird die Darstellung nicht umdrehen - das werden die nicht machen -, aber die benutzen dann - -

Sebastian Edathy (SPD): Vielleicht können Sie mal kurz sagen, ob das Ihre Handschrift ist. Können wir ihm das mal kurz geben? Das brauche ich dann aber direkt wieder zurück. Stammen die handschriftlichen Notizen von Ihnen?

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, die sind nicht von mir.

Sebastian Edathy (SPD): Sind nicht von Ihnen?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Na gut, jetzt können wir nun auch schlecht eine Schriftprobe machen.

(Ute Vogt (SPD): Na ja, man kann ihn wohl fragen! Was gibt es denn da zu lachen?)

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann Ihnen sagen, von wem die - -[284]

(Marco Buschmann (FDP): Man kann es aber auch als offene Frage formulieren!)

Das ist die Handschrift von Herrn Ziegler, wenn Sie es wissen wollen.

Sebastian Edathy (SPD): Okay, das ist aber - - Vielen Dank für die Information.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den haben wir gerade entlassen!)

- Da habe ich gerade nicht nach gefragt. - Das heißt aber, der Entwurf ist von Ihnen gewesen? - Gut.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich denke schon.

Sebastian Edathy (SPD): Ja; denn das Interessante ist: Es heißt dort in dem Entwurf:

> Der Bundesregierung ist die Forderung von Herrn Professor Duphorn nach Untersuchung weiterer Salzstöcke bekannt. Sie

- also die Bundesregierung -

> sieht jedoch in den quartärgeologischen Untersuchungen nur eine Facette in dem breit angelegten Untersuchungsprogramm, das im Hinblick auf eine Gesamtbewertung bis zum Abteufen der Erkundungsschächte fortgeführt werden muß.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Dann hat offenkundig Herr Ziegler das dahin gehend korrigiert oder den Entwurf überarbeitet, dass es letztendlich nicht mehr hieß, dass die Untersuchungen bis zum Abteufen der Erkundungsschächte fortgeführt werden sollten, sondern einfach, dass sie fortgesetzt werden sollten. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum diese Änderung da vorgenommen worden ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein. Normalerweise geht das Schreiben - -[285] Wenn Sie so einen Entwurf machen, trägt der Bote dieses Schriftstück ab. Herr Ziegler zeichnet das ab, macht seine Korrekturen rein, und dann geht das weiter, und jeder in der Hierarchie, der über mir steht, hat das Recht, sich da mit seinen Gedanken drin zu verewigen. Was dann zum Schluss genommen wird, ob dann in der Presseerklärung meine alte Ursprungsformulierung - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ja. Na, ich frage nur deshalb: Es macht ja schon einen qualitativen Unterschied, wenn man sagt, man nimmt das schon ernst, was Herr

[284] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „stammt.“, Anlage 1

[285] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „folgenden Weg.“, Anlage 1

Duphorn ausgeführt hat, man will es weiteren Untersuchungen unterziehen, seine Arbeiten, vielleicht auch Paralleluntersuchungen vornehmen, ob die valide sind, die Ergebnisse, zu denen er gekommen ist, und man sagt in Ihrem Entwurf, das muss geklärt werden bis zum Beginn des Abteufens der Erkundungsschächte, oder ob man sagt, das muss irgendwann geklärt werden. Das ist schon ein Unterschied. Oder würden Sie das nicht teilen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich meine, ich heiße nicht Ziegler, aber[286] die Arbeiten werden fortgesetzt[287], ich[288] habe gesagt, bis zu einem Punkt, wo ich den Entscheidungspunkt sehe. Da stehe ich auch heute zu. Herr Ziegler hat ganz einfach gesagt, es wird fortgesetzt. Also, Fortsetzung ist zunächst mal Fortsetzung, und die Frage ist, bis wohin. Ich sage, bis zum Schachtabteufen. Herr Ziegler hat diese Ausführung weggestrichen.

Sebastian Edathy (SPD): Eine Sache, die uns hier schon mehrfach im Ausschuss beschäftigt hat, ist die Frage, inwieweit möglicherweise seitens der Bundesregierung versucht worden ist, Einfluss zu nehmen auf den Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Haben Sie da irgendeinen Vorgang, irgendeine Diskussion in Erinnerung in dem Zusammenhang?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war natürlich, was wir heute Morgen schon angesprochen haben oder diskutiert haben, wo sich Herr Ziegler - ich sage mal - in einem Strukturvorschlag an Herrn Röthemeyer gewandt hat nach meiner Erinnerung, wo ich gesagt habe, dass es mehrere Etappen gab, dass aber immer die PTB die Einrichtung war, die federführend die Verantwortung für den Bericht trug. Sie hat das dann wahrgenommen gemeinsam mit der BGR, die natürlich für die geowissenschaftliche Seite dort Verantwortung tragen musste.

Herr Röthemeyer ist ja auch Physiker, wenn ich das recht erinnere. Bei der PTB war, glaube ich, auch kein geologischer Sachverstand im eigentlichen Sinne. Man hat sich dort mehr auf die montanwissenschaftliche Seite geschlagen, also bei der BGR Geowissenschaften und bei der PTB dann die montanwissenschaftliche Seite, weil die PTB auch die Fachaufsicht hatte über die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, die ja speziell für das Schachtabteufen gegründet wurde. Insofern war es nur natürlich, dass man dort - -

Sebastian Edathy (SPD): Wir müssen leider schon wieder unterbrechen, Herr Ollig.

Zeuge Reinhold Ollig: Tun Sie. - Ach so.

Sebastian Edathy (SPD): Die Wähler haben uns nicht ausreichend viele Stimmen gegeben. Deswegen haben wir so wenig Fragezeit.

Zeuge Reinhold Ollig: Ach so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, die Antwort - - Ehrlich gesagt, Herr Edathy: Wenn Sie jetzt auf den Rest der Antwort verzichten, ist alles in Ordnung, aber - -

Sebastian Edathy (SPD): Ich dachte, sie war fertig.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann aber auch gerne zu Ende führen.

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Zeuge Reinhold Ollig: Insofern war es hier im Wesentlichen eine Arbeit der BGR. Die PTB hat mit uns gemeinsam darüber diskutiert, was an welcher Stelle stehen soll, wie es aufgearbeitet wird, was man zusammenfasst, wie man die Schlussfolgerungen formuliert. Da ist nichts an Vorgabe gegeben worden, sondern die Leute haben im Grunde genommen Ratschläge gegeben, und dann kam ein neuer Entwurf mit den gleichen Inhalten. Zum Schluss war es sogar eine sehr gelungene Zusammenfassung, wie ich finde, wo alle Aspekte angesprochen wurden, nichts unter den Tisch gekehrt wurde.

Sie wissen selbst, wie es in Kabinetten zugeht. Ein Kabinett liest natürlich keinen Bericht von 300 Seiten, sondern man liest das Abstract, und in dem Abstract - da haben wir jedenfalls Wert drauf gelegt - oder Executive Summary - wie immer Sie das nennen

[286] Ergänzung des Zeugen: „die Aussage“ , Anlage 1
[287] Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen: „die Arbeiten werden fortgesetzt“, Anlage 1
[288] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ich“, setze „ist wichtig. Ich“, Anlage 1

wollen -, da sollten dann eben diese Punkte drinstehen und eben nicht nur, dass der Laugeneinbruch über den Anhydrit das ist, was man nun in Betracht ziehen muss - selbstverständlich -, aber auch, dass eben keine Ergebnisse gefunden wurden, die a) im Gegensatz zu der Erwartung standen und die b) die Eignung des Salzstockes in Frage stellen. Insofern war das Votum, was konsequenterweise dann daraus kam, das Okay des Kabinetts zum Abteufen der Schächte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht's gleich weiter an die Linken.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich möchte Sie auch ein bisschen was fragen. Einmal noch: Sie haben bei der - - Professor Duphorn hat bei seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss hier berichtet, nach seinem Vortrag auf der Informationsveranstaltung in Hitzacker im Juli 1983 sei der Minister von Bülow sehr erstaunt gewesen. Sie können sich denken, warum. Weil sich Herr von Bülow an seine Mitarbeiter gewandt und sie gefragt hat: Warum hat mir das bisher noch keiner gesagt? - Protokoll der Sitzung vom 12., Seite 19. Von Bülow hat sich dabei bezogen auf Duphorns kritische Beurteilung des Deckgebirges, das Verbindung zu der quartären Rinne, auf den sogenannten Steilen Zahn auch und auf den Gipshut - - Also, genau diese Punkte, wo Sie eben sagten, das sei das Teufelszeug, was Duphorn so beschrieben hat. Herr Bülow hat danach gefragt, warum ihm das nicht bekannt geworden ist.

Herr Ollig, zu diesem Zeitpunkt lag Ihnen dieses Wissen schon seit über einem Jahr vor. Sie waren damals der einzige Geologe im Ministerium. Warum haben Sie den Minister nicht über diese Sachen informiert?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, ich wüsste keinen Zeitpunkt, wo Herr Duphorn - weder auf dieser Veranstaltung noch sonst irgendwo - mit Herrn von Bülow zusammengekommen ist. Dieses ist mir nicht bekannt. Da müssen Sie Herrn Duphorn fragen, wann das war. Ich würde das aber auch mal sehr kritisch hinterfragen. Manchmal berichtet man ja auch Dinge, die in der Erinnerung vielleicht, wenn man es konkret nachprüft, dann doch etwas - -[289]

Johanna Voß (DIE LINKE): Darf ich nachfragen? - Aber Sie meinen, Sie haben Herrn von Bülow informiert?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, natürlich. Das Thema war ja bekannt. Es stand in der Zeitung. Die Presseauswertung des BMBF, die täglich dem Minister vorgelegt wird, hat das auch - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Jetzt haben Sie sich hier in verschiedenen Antworten nicht kompetent gezeigt in der Frage von Gas unter dem Salzstock. Sie haben eben gesagt, Sie wissen, dass bei Salzwedel und Wustrow so ein bisschen Salzvorkommen sind, die auch -

Zeuge Reinhold Ollig: Gasvorkommen.

Johanna Voß (DIE LINKE): - gefördert worden sind. Ihnen ist nicht bekannt, dass Deutschlands größtes Gasvorkommen in der Gegend Salzwedel zu finden ist, und es ist Ihnen auch nicht bekannt, dass von DDR-Seite schon in Wootz so gebohrt worden ist, dass man so ein bisschen unter die Elbe geguckt hat - das ist ungefähr die Mitte von dem jetzt erkundeten Salzstock - und dort auf das nächstgrößte Gasvorkommen gestoßen ist.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Ihre Angaben über Kompetenz kann man durchaus strittig bewerten. Das größte Gasvorkommen Deutschlands ist in der Altmark. Das ist nicht unter dem Salzstock Gorleben; das ist völlig - -[290]

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, die Altmark, das ist um Salzwedel herum. Das habe ich gerade gesagt.

---

[289] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „anders sein können.“, Anlage 1

[290] Richtigstelllung des Zeugen: streiche „--“, setze „woanders.“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist das größte Gasvorkommen in Deutschland.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist die Altmark.

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau. - Nein, Sie haben das eben kleingeredet: Dort sei ein bisschen was gefunden.

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Entschuldigung, ich habe nicht die Altmark kleingeredet. Ich habe gesagt, direkt unter dem Salzstock Gorleben ist mir dieses - -[291] Es ist zwar klar, dass es dort wahrscheinlich Gas gibt, aber ob dieses eine Lagerstätte ist, habe ich nicht gesagt. Ich kann Ihnen versichern, dass ich die Lagerstätte Altmark exzellent kenne, und von daher kann ich Ihre Ausführung in keinster Weise nachvollziehen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Können Sie nicht? - Dann haben Sie auch das wiedergegeben, was erst viel später so die Verlautbarung geworden ist nach dem Schachtunfall, nämlich dass dort ein plötzlicher Wasserzutritt gewesen ist. In Wirklichkeit - und da beziehe ich mich jetzt hier auf den *Spiegel* vom 17.08.87 - werden dort im *Spiegel* vier Anzeichen aufgestellt, die alle absehbar waren und wo gewarnt worden war, weiterzumachen. Es gab Anfang April einen Vermerk des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung. Da waren ab dem Tiefenmeter 212 große Teile des Schachtstoßes an der Oberfläche gering oder noch nicht gefroren. Mitte März schob sich aus der in der Schachtmitte verlaufenden Vorbohrung plötzlich eine meterlange Eissäule. Ihr folgten mehrere Kubikmeter flüssiger Salzlauge, die abgepumpt werden mussten. Da war im selben Zeitpunkt ein Arbeiter durch Steinschlag verletzt; bis zu 1,5 cm schwere Erdbrocken lösten sich. Anfang April stieg die Temperatur aus einem Messfühler im Frostkörper außerhalb des Schachtes schlagartig von minus 17 auf 7 Grad. Erst dann, als auf all diese Warnungen nicht weiter gehört wurde - das waren auch Sachen, die dann schon zu neuen Untersuchungen wieder Anlass gaben -, kam es zu diesem Unfall, bei dem ein Arbeiter ums Leben kam, zwei schwer verletzt wurden und in der Folge der ganze Schacht zusammenzustürzen drohte. Das sind die sicheren Bauarbeiten mit den gut erforschten - - Sagen Sie mir bitte was dazu.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, bei Berichten im *Spiegel* - genauso wie bei der *Frankfurter Rundschau* - würde ich extrem vorsichtig sein.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Stimmt!)

Johanna Voß (DIE LINKE): Entschuldigen Sie, ich kann ich das auch aus meinem eigenen Erleben - - Die Tatsachen sind so. Die Arbeiten haben dann ja bis zum späten Sommer geruht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Woher?)

- Ich komme aus Lüchow-Dannenberg. Entschuldigung, ich habe das damals hautnah mitgekriegt, auch aus der *Elbe-Jeetzel-Zeitung,* und die hält sich an die gegebenen Sachen dort.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Oh, vorsichtig!)

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja, ja.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy (SPD): So, ich bitte um Mäßigung.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich hätte gerne einen zweiten Satz noch gesprochen. Ich war mit dem - -

(Zurufe von der CDU/CSU - Kornelia Möller (DIE LINKE): Das geht aber nicht von unserer Zeit ab, wenn die Kollegen von der CDU/CSU da reden!)

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Weiter. Es waren sowieso nur noch zwei Minuten.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich war damals bereits ausgeschieden aus dem Referat im BMBF. Ich habe von dem Unfall gehört, kenne aber nicht die Einzelheiten, wie es dazu gekommen ist. Ich weiß nur, dass bei

[291] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Gasvorkommen nicht bekannt.“, Anlage 1

der DBE durchaus kompetentes Personal für diese Arbeiten, für das Schachtabteufen, da war. Der Vorgang des Gefrierschachtabteufens an sich ist ein relativ komplizierter Prozess.

Johanna Voß (DIE LINKE): Besonders wenn es kein homogenes Deckgebirge gibt.

Zeuge Reinhold Ollig: Nur, es ist so, dass das Wasser gefriert. Das ist ein physikalisches Gesetz. Und wenn Sie eine Kühlschlange in wassergetränkten Boden reinhängen, gefriert das. Das ist ja der Sinn der Sache, dass Sie inmitten dieses - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir nehmen doch immer Tausalz.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir nehmen doch immer Salz zum Tauen.

Zeuge Reinhold Ollig: Es geht ja erst mal um das Deckgebirge, nicht? So, und im Deckgebirge sollte eigentlich nicht so viel Salz sein. Sonst haben Sie nämlich mit dem Grundwasser in Ihrer Region - -[292]

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, aber das wurde ja angefunden.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau das ist ja passiert.

Zeuge Reinhold Ollig: In bestimmter Tiefe - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Trotz umfassender Kühlung hat es diese Tiefentemperatur nicht erreicht, sogar plötzlich plus 7 Grad.

Zeuge Reinhold Ollig: Dann müssen Sie[293] die Kühlung anders einstellen. Auch dieses ist beherrschbar. Es ist so, dass in ganz Norddeutschland in einer bestimmten Tiefe absolut salinare Wässer sind, die je nach Zusammensetzung - -[294]

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, es kann nicht passiert sein sozusagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Doch, doch, wenn die Kühlung nicht genug eingestellt war - man geht ja auch davon aus, dass so etwas Geld kostet, und es kostet verdammt viel Geld -, dann muss man nicht die Kühlung bis zur Unendlichkeit runterdrehen. Es ist auch eine Frage, mit welcher Temperatur ich mit den Kühlschlangen in den Übergang reingehe. Salz ist natürlich durchaus kälteempfindlich, und Sie können dann auch durchaus Risse erzeugen. Insofern erschien es mir jetzt im Nachhinein erst mal vernünftig, die Kühlung nicht zu tief runterzufrieren.

Also, das sind aber - - Ich[295] sage mal, die Firma Dallmann[296] - wenn ich das richtig erinnere -, die ja diese Schächte für die DBE und die PTB abgeteuft hat, hat da durchaus Experten, die so etwas beherrschen. Generell ist Bergbau - -[297]

Johanna Voß (DIE LINKE): Es wurde nicht beherrscht.

Zeuge Reinhold Ollig: Wenn Sie mal Bergbauzeitungen sehen, werden Sie auf der letzten Seite immer eine Rubrik finden: „Unsere Toten“. Wenn Sie da die Alterszahlen mal durchgehen, erschreckt es Sie, wie viele Unfälle doch in Bergwerken und in diesem Bereich stattfinden.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank.

Zeuge Reinhold Ollig: Entschuldigen Sie, das möchte ich noch dazu sagen: Ich finde das nicht schön. Ich muss es Ihnen nur berichten. Es ist so.

[292] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Probleme.“, Anlage 1
[293] Richtigstellung des Zeugen: streiche „S“, setze „s“, Anlage 1
[294] Ergänzung des Zeugen: streiche „--“, setze „anders gefrieren.“, Anlage 1
[295] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das sind aber - - Ich“, setze „ich“, Anlage 1
[296] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Dallmann“, setze „Deilmann“, Anlage 1
[297] Ergänzung des Zeugen: streiche „--“, setze „gefährlich.“, Anlage 1

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht würde dann zu den Grünen wechseln.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Ollig, ich würde gerne noch mal zum Bergrecht und Atomrecht unser vorhin nicht beendetes Gespräch fortführen. Sie sagten ja in Ihrer letzten Antwort, dass es auch Juristen im Haus, also im BMFT gab, die dafür waren, das Bergrecht zu nutzen. Sie wissen, es geht um das Genehmigungsverfahren.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt sind aber doch die Juristen im Haus üblicherweise in der Rechtsabteilung. Oder irre ich mich da?

Zeuge Reinhold Ollig: Dieses ist im BMBF nicht immer der Fall. Wir haben relativ viele Juristen auch in den sogenannten Fachabteilungen, die sich beschäftigen mit Verwaltung von Großforschungseinrichtungen etc. pp.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wozu ist die Rechtsabteilung da?

Zeuge Reinhold Ollig: Die Rechtsabteilung prüft natürlich Rechtsfälle, ob das Verstöße von Beamten sind, die gegen das Reisekostenrecht verstoßen haben, oder sonstige Dinge. In diesem Falle war das nicht das Klassische, was das Rechtsreferat normalerweise macht. Wir haben die aber gefragt, weil sie eben Rechtsreferat heißen, und es gab sehr kompetente Kollegen, die uns Kollegen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich da mal nachfragen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen jetzt im Ernst, es ist eigentlich nicht Sache der Rechtsabteilung, zu entscheiden, welches Recht bei einem bestimmten Verfahren am sinnvollsten anzuwenden ist? Das ist nicht Sache der Rechtsabteilung?

Zeuge Reinhold Ollig: Das habe ich so nicht gesagt. Sie[298] haben einen Vorschlag gemacht, und dieser Vorschlag wurde natürlich im Ressortkreis auch wieder diskutiert; denn wir sind ja nicht Herrscher des atomrechtlichen Verfahrens. Dieses ist der Innenminister. Ich glaube, Herr Hanning hat lange in dem Referat von Herrn[299] Oertzen gearbeitet, der den Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch geschrieben hat. Insofern weiß ich die Entscheidung dort in guten Händen, und eine Meinung war die unseres Rechtsreferats. Andere Juristen bei uns im Hause - und deren Meinung hat sich dann eben durchgesetzt - haben das aktiv diskutiert.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ist doch ganz - - Entschuldigung, es ist doch sicher - so ist meine Erfahrung, wenn ich jetzt auch noch nie in einem Ministerium war -: Wo man in Unternehmen - oder was immer - eine Rechtsabteilung hat, hat man die im Allgemeinen hauptsächlich dazu, die Handlungen des Unternehmens oder vielleicht auch eines Ministeriums davor zu bewahren, Dinge zu tun, die nicht rechtmäßig sind, also Rechtsbrüche zu begehen oder sich womöglich einem Gerichtsverfahren auszusetzen. Das ist doch eine der vordringlichen Aufgaben.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieses ist sicherlich richtig. Hier hat das Rechtsreferat seine Meinung kundgetan, und man kann dieses Verfahren nehmen, man muss es aber nicht nehmen. Ich sage das noch mal. Sie haben keine materiellen Hintergrundinformationen, um in ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren reinzugehen. Dieses atomrechtliche Genehmigungsverfahren verlangt, dass Sie Daten vorlegen, diskutieren, dass Sie Nachweise führen. Alle diese Dinge konnten doch nun wirklich überhaupt nicht vorgelegt werden. Da hat sich dann schließlich die Meinung durchgesetzt, ein bergrechtliches Verfahren durchzuführen, dass das das Richtige ist. So. Schächte werden üblicherweise nach bergrechtlichen Verfahren durchgeführt.

Wir haben das lang und breit mit den zuständigen Behörden auch in Niedersachsen

[298] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Sie“, setze „Die“, Anlage 1
[299] Ergänzung des Zeugen: „Dr. von“, Anlage 1

diskutiert, mit dem Oberbergamt in Goslar, mit dem Oberbergamt in Clausthal, mit dem Bergamt in Goslar, mit allen, die da was zu sagen hatten, und dann hat sich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, die haben natürlich alle andere Interessen.

Ich will jetzt schon noch mal ein bisschen bei Ihrem Rechtsreferat bleiben. In dieser Auflistung der Pro-Argumente für Atomrecht und Pro-Argumente für Bergrecht ist das Pro-Argument - oder eines der vier, die alle um diese Öffentlichkeitsbeteiligung kreisen in gewissem Sinn, also pro Atomrecht die Argumente -: Die Verfahrenswahl ist durch Gerichte nicht angreifbar. - Das war die Empfehlung. Das heißt doch, dass die andere Verfahrenswahl nach Ansicht der Juristen der Rechtsabteilungen in Ihrem Haus gerichtlich angreifbar war. Das heißt eigentlich, nicht sicher rechtsmäßig.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieser Schluss, den Sie jetzt machen, erschließt sich mir in keinster Weise.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum dann überhaupt? Warum muss ich dann sagen, dass diese Verfahrenswahl durch Gerichte nicht angreifbar ist? Wenn die andere auch nicht angreifbar ist, wäre das doch kein Pro-Argument für das Atomrecht.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die rein sachliche Entscheidung ist: Es wurden nur bergrechtliche Aktivitäten beantragt, und Schachtbau ist nun mal eine bergrechtliche Aktivität, und dafür gibt es ein Gesetz,und dieses Gesetz nimmt man. Das Atomrecht können Sie nehmen. Ich halte das auch für nicht zulässig; aber da war unser Rechtsreferat der Meinung, man kann auch dieses nehmen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Entschuldigung, da muss ich Sie berichtigen. Hier steht: „BMI und BMFT, Referat 113," - also das Rechtsreferat - „treten für atomrechtliches Planfeststellungsverfahren ein", Nicht: „Das kann man auch nehmen", sondern für dieses Verfahren treten sie ein. Und die wussten ganz genau, worum es ging; denn der Betreff ist das Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Schächten zur Vorbereitung - zur Vorbereitung! - eines Endlagers in Gorleben. Also, da war keine Verwirrung im Spiel, oder man weiß noch nicht so genau, worum es eigentlich geht. Es war ganz klar, worum es geht, und es war ein ganz klares Eintreten der Rechtsabteilung Ihres Hauses für ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Geben Sie die - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt von Herrn Ziegler. Das habe ich vorhin alles angegeben, die MAT-Nummer und alles. Das kann man nachlesen aus der Vernehmung vor der Mittagspause.

Ist es denn üblich, dass in solchen Fragen, in Rechtsfragen, die Haltung der Rechtsabteilung ignoriert wird?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, wir haben sie ja nicht ignoriert. Sie[300] sind dafür eingetreten, diese Verfahren zu wählen. Sie haben nicht gesagt, es muss ein Planfeststellungsverfahren sein. Sie sind dafür eingetreten, dieses Verfahren zu nehmen. Sonst wäre das mit dem Bergrecht überhaupt nicht weiter in der Diskussion gewesen, wenn man ein Planfeststellungsverfahren nehmen muss. Dieses steht dort so nicht.

Der Herrscher dieses Verfahrens - jeder konnte seine Meinung sagen im Ressortkreis, was wir auch getan haben -: Letztlich ist es das Bundesinnenministerium gewesen, was heute das Umweltministerium ist. Die Abteilung ist ja dann später, als das Umweltministerium gegründet wurde, rübergewechselt. Die haben die Federführung in diesem Verfahren. Die tragen auch die Verantwortung. Alles, was wir dazu beisteuern können, waren diese Bemerkungen oder das Eintreten für die Wahl dieses Verfahrens. Normalerweise ist dann auch noch das Justizministerium eingeschaltet. Das ist dann die letzte Instanz.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das Innenministerium - - Wir

[300] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Sie", setze „Die", Anlage 1

reden ja jetzt von diesem konkreten Fall, und das Innenministerium ist hier zumindest auch der Meinung, dass man das atomrechtliche Verfahren wählen sollte.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

- Doch, Herr Grindel, das steht hier drin. Sie können es ja auch gerne durchlesen. - Also, muss es ja irgendwelche anderen Gründe nachher gegeben haben, die nichts mit der Rechtsauffassung zu tun hatten, die das dann noch geändert haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der vierten Berliner Runde. Ich gucke mal in die Runde. - Die CDU/CSU-Fraktion, bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil ja Frau Kotting-Uhl auch kommentierende Anmerkungen gemacht hat: Es mag sein, dass Herr Ziegler das geschrieben hat. Wir haben aber in der letzten Sitzungswoche Herrn Getz und Herrn Matting dazu vernommen, die genau das Gegenteil gesagt haben, die gesagt haben - und das haben sie ja über Stunden diskutiert mit den unterschiedlichen Professoren, Bräuer und sonstige, die sich dazu geäußert haben -, dass es dazu keine einheitliche Meinung im BMI gab, sondern Diskussionen in vielfältigster Form. Insofern mag es sein - das habe ich jetzt nicht überprüfen können- , dass Herr Ziegler geschrieben hat: Das BMI sagt: ... - Aber die Zeugenvernehmungen, die Erkenntnis oder der Ermittlungsgewinn dieses Untersuchungsausschusses zeigen, dass es keine einheitliche Haltung dazu beim BMI gab.

Ansonsten haben wir keine weiteren Fragen.

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein, aber Frau Kotting-Uhl hat doch eine Anmerkung gemacht, und jetzt lassen Sie mich doch auch mal fragen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dürfen wir das dann zukünftig auch kommentieren?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich kann jetzt den Vorschlag machen, dass wir dazu eine Beratungssitzung machen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Frau Flachsbarth, das ist jetzt nicht nötig. Aber ich finde schon: Gleiches Recht für alle. Und wenn Herr Grindel uns kommentieren darf, dürfen wir das zukünftig vielleicht auch mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Und da ich bei Ihnen, liebe Frau Kotting-Uhl, eben genau diesen Kommentar zugelassen habe, habe ich jetzt auch bei Herrn Grindel nicht so genau hingehört, ob das eigentlich eine Frage war oder nicht.

Ich gebe jetzt das Rederecht weiter an die - - Doch, es sei denn, es gibt noch - - Ich habe verstanden, dass es keine weiteren Äußerungen bei der Union gab, und deshalb geht das Rederecht jetzt weiter an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, und ich möchte noch mal eingehen auf das Thema mit dem Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Wie eng haben Sie sich eigentlich in dieser Zeit damals - Anfang 1983 - mit Herrn Ziegler abgestimmt, was die Vorbereitung der Kabinettsvorlage betraf?

Zeuge Reinhold Ollig: Sie können sich sicherlich vorstellen, dass diese Entscheidung sowohl von der fachlichen Seite als auch von der politischen Seite etwas Outstanding, aber durchaus[301] etwas Besonderes war. Wenn Sie vier Jahre Standorterkundung betreiben mit Hochs und Tiefs und allen möglichen Überraschungen, die da kommen, erfreulicher und weniger erfreulicher Art, wenn auch organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten dazukommen - es musste dann ja auch immer um Geld gekämpft werden und um Terminpläne -, können Sie sich vorstellen, dass man da in einen relativ engen Dialog auch in dem Referat eintritt, dass aber dann auch natürlich innerhalb der Unterabteilungen und auch der Abteilungen[302] dieses Vorhaben ja nicht unentdeckt bleibt. Darüber hinaus gibt es natürlich auch in einem Ministerium ein Kabinettsreferat, was

[301] Richtigstellung des Zeugen: streiche „, aber durchaus“, setze „bzw.“, Anlage 1
[302] Richtigstellung des Zeugen: streiche „en“, Anlage 1

dann natürlich beteiligt werden muss, wenn es in Richtung dieser Entscheidung geht, auch wenn wir nicht die eigentliche Federführung in diesem Verfahren hatten. Auch dieses lag ja beim Bundesminister des Innern.

Also, um Ihre Frage zu beantworten: Wir haben uns relativ eng abgestimmt. Wir haben auch diskutiert über den Aufbau, die Struktur. Es gab ja verschiedene Stadien - ich nenne es mal verschiedene Entwurfsstadien - des Berichts, wo man nicht nur im Ressortkreis, sondern tatsächlich auch im Ressortkreis mit PTB und BGR gesprochen hat.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie denn sagen, bei einem Bericht, der letztendlich maßgeblich von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt selber erstellt wird, liegt die Kompetenz bei den Verfassern? Oder liegt die Kompetenz bei Ihnen im Haus?

Zeuge Reinhold Ollig: Sicherlich war es im Wesentlichen noch nicht mal die PTB. Es war im Wesentlichen die Kompetenz der BGR, die sich dort in diesem Bericht widerspiegelt. Die PTB hat organisatorisch die gesamten Untersuchungen im Grunde genommen vergeben. Die PTB war ja für uns der Empfänger der Mittel für die Standorte[303].

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Können Sie sich an irgendeinen Fall erinnern, wo - wie in diesem Fall - versucht worden ist, Einfluss zu nehmen auf die Abfassung eines Berichts durch die PTB?

Zeuge Reinhold Ollig: Aus[304] politischer Seite? Ich möchte dieses bezweifeln; denn meines Wissens war der einzige Kontakt oder[305] die Arbeitsgruppe der[306] interministerielle[307] Ausschuss[308], wo die drei Ressorts auf Arbeitsebene zusammen kamen. Herr Matting war regelmäßig der Vertreter des Bundesministers des Innern. Im Wirtschaftsministerium hat es gewechselt. Ich war dann meistens vonseiten des BMBF dort. In diesem Kreis wurden bestimmte strukturelle Dinge diskutiert: Wie geht man vor etc. pp? Es war ein ganz normaler Arbeitsprozess, wie er auch nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung vorgesehen ist, wenn mehrere Ministerien an einer Sache zu beteiligen sind.

Sebastian Edathy (SPD): Wir finden in den Akten - MAT A 99, Band 17, 184 ist die Paginierung, wenn ich das richtig sehe; genau - ein Fernschreiben von Herrn Ziegler. Unter dem Fernschreiben steht: „nach Abgang Herrn Ollig zur Kenntnis und zum Vorgang“. In diesem Schreiben von Herrn Ziegler an die PTB führt Herr Ziegler unter anderem Folgendes aus, bezogen auf den Bericht der PTB:

> Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen können, daß die Eignungshöffigkeit des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werden konnte.

Übernächster Absatz:

> Es ist zu prüfen, ob dieser Abschnitt mit der Aussage schließen kann, dass nach Einschätzung der Fachleute die noch zu erzielenden Ergebnisse und abzuleitenden Aussagen die Eignungshöffigkeit des Salzstocks voraussichtlich nicht in Frage stellen können.

Ganz unten in dem Telex, dem Fernschreiben:

> Im übrigen bitte ich, den vermutlich hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts über dem Hauptanhydrit, der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken.

Würden Sie sagen, dass das drei Beispiele sind, die sich hier finden in diesem Fernschreiben, die dafür stehen, dass zumindest tendenziell Einfluss genommen werden sollte auf den Bericht seitens des Ministeriums?

[303] Richtigstellung des Zeugen: streiche „e“, setze „untersuchung“, Anlage 1
[304] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Aus“, setze „Von“, Anlage 1
[305] Richtigstellung des Zeugen: streiche „oder“, setze „über“, Anlage 1
[306] Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, setze „des“, Anlage 1
[307] Ergänzung des Zeugen: „n“, Anlage 1
[308] Ergänzung des Zeugen: „es“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Also, inhaltlich - -[309] Sie müssen das strukturell sehen. Herr Ziegler hat nicht gesagt, dass irgendetwas wegfallen soll - auch nicht der Laugeneinbruch -, sondern er soll nicht auf jeder Seite oder an jeder Stelle dreimal erwähnt werden. Es wird nämlich nicht richtiger dadurch. Das ist das Entscheidende.

Ich habe dann auch noch in diesen interministeriellen Ausschusssitzungen natürlich die Frage gestellt - ich habe das eingangs schon mal gesagt -: Wo steht denn, dass man die Erwartungen, die man vorher an den Salzstock hatte, durch die Standorterkundung erfüllt hat oder nicht erfüllt hat? Diese Aussage muss irgendwo stehen. - Sie stand auch irgendwo in dem Bericht, aber sie stand eben nicht dort, wo man es erwarten sollte, nämlich in einer Zusammenfassung. Denn das ist doch das Entscheidende: Habe ich bei den bisherigen Standorterkundungsmaßnahmen Befunde entdeckt, die das Schachtabteufen - ich sage mal - unmöglich machen oder nicht rechtfertigen? Diese Aussage musste kommen, und die stand irgendwo - ich sage es mal - auf Seite XY. Da haben wir gesagt: Okay, Freunde, wenn ihr das schon geschrieben habt, bitte dann auch in eine Zusammenfassung rein.

Ich glaube, dass diese Art der Besprechung eigentlich für alle Beteiligten hilfreich war. Die PTB macht auch nicht regelmäßig solche Berichte, die dem Bundeskabinett vorgelegt werden. Das machen andere Kabinettsreferate viel, viel häufiger. Insofern war uns wichtig, dort diese - -[310] Es sind wirklich nur Bearbeitungshinweise. Es ist keinesfalls eine Weisung von Herrn Ziegler gegenüber der PTB ausgesprochen worden.

Sebastian Edathy (SPD): Auch wenn sie dort so empfunden worden ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Auch wenn sie als solche dort empfunden worden ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich glaube, in diesem Falle ist es nicht von Herrn Ziegler gekommen, was Herr Röthemeyer als Weisung empfunden hat. Es ist, glaube ich, von Herrn Matting gekommen.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, es war ja auch eine illustre Runde da zusammengekommen. Aber Herr Ziegler war ja auch beteiligt. Aber da waren Sie ja nicht dabei bei der Besprechung, nach unseren Unterlagen.

Zeuge Reinhold Ollig: Glauben Sie mir, ich war nicht dabei.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, inwieweit das Thema Paralleluntersuchung mehrerer Standorte eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, es hat natürlich immer irgendeine Rolle gespielt. Bei jeder Entscheidung oder bei jedem Gespräch über den Salzstock Gorleben hat bestimmt irgendjemand gesagt, man hätte ja auch drei Standorte untersuchen können.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Die politische Faktenlage war tatsächlich etwas anders. Wir haben dieses als Exekutive, wir haben diese politische Vorgabe zu akzeptieren.

Sebastian Edathy (SPD): Was war denn die politische Vorgabe?

Zeuge Reinhold Ollig: Die politische Vorgabe war, dass wir dieses Diktum vonseiten Niedersachsens akzeptieren, dass eben nur der Salzstock Gorleben untersucht wird. Damit müssen wir leben. Ich hätte es auch vielleicht gerne anders gesehen. Kapazitätsgründe und Geldgründe würde ich jetzt mal draußen vorlassen. Es ist - -

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, es ging nicht um den bestgeeigneten Standort, sondern um irgendeinen, und da hatte man nun halt Gorleben zur Hand, weil Herr Albrecht da einverstanden war, dass man es dort errichtet?

Zeuge Reinhold Ollig: Auf keinen Fall irgendeinen Standort, sondern sie brauchten so viele Informationen, um tatsächlich nachweisen zu können, dass sie dort an dieser

[309] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „nicht,“, Anlage 1
[310] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Dinge einzubringen.“, Anlage 1

Stelle ein sicheres Endlager bauen können. Ob das 1 Million Jahre sind oder 50 [311], ob der Einschluss sicher ist 1 Million oder 50 [312], das sei mal dahingestellt. Dieses hätte im Laufe der Untersuchung, wenn man alle Ergebnisse zusammen hat, sicherlich ausgearbeitet werden müssen und in einem Planfeststellungsverfahren dann einbracht werden müssen. Das war allen Beteiligten klar: Wir sind ein politisches Haus. Ich muss das tun, was die politische Leitung sagt, genauso wie wir das tun müssen, was das Parlament sagt. Das gehört eben zu den Pflichten der Exekutive, und so war die Faktenlage.

Sebastian Edathy (SPD): Also war maßgeblich nicht der wissenschaftliche Sachverstand, sondern die politische Vorgabe?

Zeuge Reinhold Ollig: Es war die politische Vorgabe, und die kam aus Niedersachsen. Das war ja ein bisschen vor meiner Zeit, als ich dort anfing. Mir ist letztlich auch der Prozess, wie es in Niedersachsen zu dieser Entscheidung kam - -[313] Man kann ja auch sagen[314]: Haben die sich fachlich darauf vorbereitet, oder haben die das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung gefragt? Ich weiß nicht, wie es - -[315] Es gab ja dieses große Gorleben-Hearing, und dann kam ja die große Überraschung: Herr Albrecht verkündete dann auf einmal - -[316] Das hat der aus dem Hut gezaubert. Niemand hat damit gerechnet, und alle waren relativ - ich sage es mal salopp - platt, auch die Kollegen im Referat, also die in dem späteren Referat.

Sebastian Edathy (SPD): Es war sehr überraschend?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war völlig überraschend.

Sebastian Edathy (SPD): Hat niemand im Auge gehabt, Gorleben?

Zeuge Reinhold Ollig: Gorleben war ein großer Standort, aber er lag eben an der innerdeutschen Grenze und war immer für diese KEWA-Anlage bzw. für die Wiederaufarbeitungsanlage eigentlich ein No-Go.

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie denn mal mit Herrn Grill vielleicht darüber gesprochen, wie das so sein konnte, dass man sich dann plötzlich auf Gorleben konzentriert hat?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein. Also, ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern. Ich hätte es garantiert, weil ich die Sache sehr spannend finde. Mir wäre es in Erinnerung geblieben, aber ich habe mich darüber nicht - -[317] Ich glaube auch nicht, dass er es - -[318]

Sebastian Edathy (SPD): Also, Sie würden mir zustimmen. - Wir finden in MAT A 99, Band 13, auf Seite 206 einen Text von Herrn Dr. Ziegler, der schreibt:

> Die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus, ein im Rahmen der Schutzziele hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das bestdenkbare Endlager irgendwann.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Das entspricht dem Stand der Dinge damals, ja?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war - völlig richtig - Stand der Dinge. Sie müssten ganz Deutschland umgraben, um das sicherste Endlager zu finden, und ich behaupte, Sie werden es nicht finden. Ein Endlager muss aus der Sache heraus den Nachweis erbringen können aufgrund der geologischen Verhältnisse, dass dieses Endlager 1 Million oder 50 - -[319] Dass das an anderer Stelle

[311] Ergänzung des Zeugen: „Tausend“, Anlage 1
[312] Ergänzung des Zeugen: „Tausend Jahre“, Anlage 1
[313] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „nicht bekannt.“, Anlage 1
[314] Richtigstellung des Zeugen: streiche „sagen“, setze „fragen“, Anlage 1
[315] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „kam.“, Anlage 1
[316] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Gorleben als Standort.“, Anlage 1
[317] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „unterhalten.“, Anlage 1
[318] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „getan hat.“, Anlage 1
[319] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Tausend Jahre sicher ist.“, Anlage 1

vielleicht auch möglich ist, ist klar. Aber Sie können, wie gesagt, nicht alle zehn Salzstöcke untersuchen und anschließend sagen: Okay, jetzt nehme ich aber den besten, der und der.

Sebastian Edathy (SPD): Warum nicht?

Zeuge Reinhold Ollig: Der andere Salzstock hat sicherlich auch irgendwelche Dinge, die suboptimal sind. Insofern ist diese Passage von Herrn Ziegler in dem Sinne zu verstehen: Es gibt - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Könnten Sie sich denn vorstellen, wenn man denn ein hinreichend sicheres Endlager finden will, dass es leichter ist, wenn man sagt, wir müssen für 50 000 Jahre als für 1 Million Jahre Vorsorge treffen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Würde ich auch so sehen.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann mir vorstellen, dass da ein gradueller Unterschied ist.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich hätte keine Bedenken, auch den Salzstock dahin gehend zu überprüfen bzw. meine Sicherheitsanalyse dahingehend auszulegen, dass ein sicherer Einschluss über 1 Million Jahre - -

Sebastian Edathy (SPD): Entschuldigung, können Sie sich, Herr Ollig. vorstellen, dass sozusagen die Kriterien für ein hinreichend sicheres Endlager an Gorleben orientiert worden sind?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Es war natürlich der Wunsch, bestimmte standortunabhängige Kriterien zu haben, wo sich aber auch die Standortergebnisse von Gorleben dranspiegeln lassen.

Sebastian Edathy (SPD): Wie hat man sich das vorzustellen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Sie sagen zum Beispiel, Sie suchen einen Salzstock, der durch Bergwerke - so heißt das dann - montantechnisch nicht verritzt ist, sprich, da hat kein Bergbau vorher stattgefunden, dass Sie sagen, Sie brauchen ausreichend große Partien Steinsalz - in dem Falle älteres Steinsalz -, um dort Abfälle mit einer Barriere nach außen sicher lagern zu können. Ich glaube, auch die Tiefe ist angesprochen etc. pp. Das waren so die Kriterien, die man, ohne auf einen bestimmten Salzstock zu zielen - -[320] Der[321] wurde da[322] nicht[323] gesundgebetet.

Sebastian Edathy (SPD): Wurde nicht gesundgebetet?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, das war wahrscheinlich der Hintergrund Ihrer Frage.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, es war wirklich standortunabhängig.

Sebastian Edathy (SPD): Auch mit dem, dass die PTB die Eignungshöffigkeit attestieren sollte, hat man ja schon den Eindruck, dass man sich erst einen Standort ausgeguckt hat und dann die Kriterien entwickelt.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich bitte dann noch mal die Kollegen aus Niedersachsen zu fragen, -

Sebastian Edathy (SPD): Das machen wir ja auch noch, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: - was da zu dieser Entscheidung geführt hat.

Wenn Sie sich den Salzstock in der Form, wie er sich in den geologischen Karten darstellt, nehmen, ist das sicherlich einer der Standorte, die für eine Eignungsuntersuchung infrage kommen.

---

[320] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „formuliert hat.“, Anlage 1
[321] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Der“, setze „Da“, Anlage 1
[322] Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, Anlage 1
[323] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, setze „nichts“, Anlage 1

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt noch mal an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. Danke schön. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. - Auch keine weiteren Fragen. Und an die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben schon noch Fragen, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zwar möchte ich noch mal auf den PTB-Zwischenbericht zurückkommen, der ja auch gerade bei Herrn Edathy schon Thema war, und Sie haben den selbst ja auch mehrfach angesprochen und haben gesagt, die Einflussnahme hätte sich maximal auf strukturelle Fragen, aber nicht auf fachliche Fragen bezogen.

Jetzt haben Sie ja - bzw. in dem Fall Ihr Chef, Herr Ziegler - darauf hingewirkt, dass der hypothetische Wasserzutritt über den Anhydrit, wie es formuliert worden ist, etwas mehr an den Rand gerückt werden sollte, das heißt eigentlich, die Bedeutung damit etwas abgeschwächt werden sollte.

Jetzt frage ich Sie: Hängt das denn mit der Entwicklung in der Asse zusammen, wo zu Beginn der 80er-Jahre die Bergbehörden stark darauf gedrängt haben, dass ebendieser Fall bei der Störfallbetrachtung mit einbezogen werden sollte? Das haben Sie ja auch selbst als Thema mit bearbeitet.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann die Frage gut nachvollziehen. Sie müssen die Bemerkung von Herrn Ziegler - wir haben ja dann auch über seinen Bericht gesprochen - nicht so verstehen, dass das, ich sage mal, niedlichgeredet wird, sondern das ist tatsächlich die häufige Wiederholung dieses Faktums „Wassereinbruch über den Hauptanhydrit“, überhaupt nicht wissend, ob überhaupt Hauptanhydrit in diesen Bereichen, wo später endgelagert werden soll, vorkommt. Das wäre zum Beispiel ein Faktum, wenn man den Hauptanhydrit anfährt, was durchaus sicherheitsrelevant ist. Deswegen haben wir dieses natürlich nicht wegdiskutiert, oder das wurde nicht wegdiskutiert.

Was ich noch sagen möchte, ist, dass auch dieses eher strukturell zu sehen ist. Wir haben natürlich auch über fachliche Dinge gesprochen. Sie müssen sich vorstellen: In einem Bundeskabinett sitzen natürlich auch nicht nur Fachleute, und verschiedene Dinge muss man eben so darstellen in einem solchen Bericht, dass Nichtfachleute das verstehen. Ich glaube, das kann man auch von der PTB und auch von der BGR verlangen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, mir geht es jetzt nicht mehr um das Grundsätzliche strukturell oder fachlich, sondern um dieses fachliche Problem. Wenn Sie sagen: „Okay, wir müssen es, wie auch immer betrachtet, eher an den Rand drücken, und es soll nicht so häufig erwähnt werden“, ist das ja, diesem Problem ein etwas geringeres Gewicht zu geben. Ich habe ja gerade danach gefragt, ob das nicht im Zusammenhang steht mit der Problementwicklung bei der Asse; denn die niedersächsischen Behörden haben nicht umsonst darauf gedrängt, dass dieser hypothetische Wasserzutritt in die Störfallbetrachtung mit einbezogen wird, weil es schon zu Wassereinbrüchen in die Asse kam und jetzt diese Einwirkung vonseiten des BMFT dazu führt, dass das Problem - - was bei der Asse schon existiert, aber in dem Bericht der PTB nicht so hervorgehoben wird, obwohl die Asse ja das Vorbild für Gorleben sein sollte.

Zeuge Reinhold Ollig: Sie können - ich darf Ihnen das versichern;[324] ich habe mich lange Jahre die ganze Zeit auch mit der Asse beschäftigt - die Asse überhaupt nicht mit Gorleben vergleichen, weder von der Struktur her noch vom inneren Aufbau. Das eine ist ein fertiger Diapir, die Asse ist ein weiterentwickelter Salzsattel. Meines Wissens nach gibt es auch in der Asse gar keinen Hauptanhydrit; jedenfalls ist er dort nicht in den Lagerbereichen vorhanden. Die Wasserzutritte in die Asse kommen über andere Wege. Die kommen über das Deckgebirge. Bei der Asse ist es so, dass die Bergleute zum Schluss, bevor die Asse stillgelegt

[324] Richtigstellung des Zeugen: streiche „;“, setze „, denn“, Anlage 1

wurde, noch mal richtig Geld machen wollten. Die haben dort den Boden zwischen zwei Kammern rausgeschossen und haben das dann schnell abtransportiert. Dadurch hat die Asse Stabilitätsprobleme bekommen. Dieses war kein - -[325]

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, das Problem ist ja gerade, dass speziell Asse-Probleme, die wir ja hier gar nicht so genau behandeln sollen, von Niedersachsen auch stärker betrachtet werden wollten, aber vonseiten des Bundes - in dem Fall des BMFT und in dem Fall Ihrer Abteilung - darauf gedrungen wurde, dass explizit dieser Störfall nicht so stark betrachtet wird und nicht so stark mit einbezogen wird, und das hat natürlich einen Bezug zu den Diskussionen über Gorleben.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, den Störfall „Wassereinbruch über den Hauptanhydrit" können Sie einmal abhandeln, und dann ist die Sache erledigt. Dann haben Sie ihn abgehandelt, und zwar in aller Tiefe, und dann müssen Sie diese Abhandlung nicht noch mal auf jeder Seite wiederholen. Dadurch wird es nämlich auch nicht besser. So - möchte ich Ihnen sagen - hat Herr Ziegler dieses verstehen wollen. Dass vielleicht in der Wortwahl - „an den Rand rücken" - - gebe ich ja gerne zu, dass das vielleicht etwas unglücklich war und man dieses durchaus missverstehen kann.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Dann möchte ich das Thema mal von einem anderen Ende her angehen. Sie sind ja sicher auch bekannt mit Herrn Professor Kühn?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der war ja wissenschaftlicher Berater des BMFT, und ich würde gerne wissen: Wer hat ihn denn da zum BMFT geholt, und wie eng haben Sie denn mit Herrn Kühn zusammengearbeitet?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Herr [326]Kühn war Leiter des Instituts für Tieflagerung der Gesellschaft für Strahlenschutz, GSF, in München-Neuherberg, hatte sein Institut in Braunschweig. Das war also quasi eine Forschungseinrichtung des BMwF[327]. Insofern hatte Herr[328] Kühn überwiegend mit Asse-Fragen zu tun, war aber durchaus natürlich erfahren in Dingen, was Salz angeht. Insofern hatten Herr Kühn und die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz ein ganz natürliches Verhältnis zu unserem Referat.

Meines Wissens nach ist Herr Kühn nicht extra als Experte des BMBF angeheuert worden, sondern er ist als Experte der Reaktorsicherheits-Kommission angeheuert worden. Ich brauchte keinen Sondervertrag mit Herrn[329] Kühn, um ihn zum Berater des BMBF zu machen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wobei das ja schon ganz praktisch ist, wenn ihn die Reaktorsicherheit auch schon angeheuert hat.

Aber der Hintergrund meiner Frage war genau der: Herr Professor Kühn ist die Verbindung zwischen der Asse und Gorleben; denn er war derjenige, der gesagt hat: Die Asse ist ohne Ende sicher, und so sicher wie die Asse wird Gorleben auch sein. - Deswegen hat er sich dann anschließend entsprechend vehement für die Entscheidung für Gorleben und die Erkundung in Gorleben eingesetzt. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, in der RSK sind natürlich diese Dinge diskutiert worden. Dort ist Herr Kühn als Sachverständiger gehört worden. Die RSK heißt[330] nur Reaktorsicherheits-Kommission, beschäftigt sich dann[331] aber auch mit Endlagerfragen. Insofern darf man das nicht falsch verstehen, dass Herr Kühn jetzt auf einmal Reaktorexperte wird.

Das ist dort gehört worden, und ich kann nur sagen: Ich habe selbst erlebt, wie in der Asse zu Beginn minimale Laugenzutritte waren. Ich kenne die Asse von oben bis unten. Ich bin da zigfach durchgekrabbelt und

[325] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--", setze „Vorbild.", Anlage 1

[326] Ergänzung des Zeugen: „Prof.", Anlage 1

[327] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMwF", setze „BMFT", Anlage 1

[328] Ergänzung des Zeugen: „Prof.", Anlage 1

[329] Ergänzung des Zeugen: „Prof.", Anlage 1

[330] Ergänzung des Zeugen: „zwar", Anlage 1

[331] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann", Anlage 1

auf allen Vieren durchgerobbt. Ich habe die Laugenvorkommen alle gesehen. Ich war einigermaßen überrascht, dass die Laugenvorkommen zugenommen haben. Aber wir hatten damals schon die ersten Hinweise, um die 80er-Jahre herum, dass das ältere Steinsalz in der Asse dermaßen mobil ist, dass der Salzstock oder die Struktur des alten Bergwerks - das liegt ja an der Südflanke mit mehreren leerstehenden Kammern - quasi von innen heraus destabilisiert wird, was dann natürlich zur Folge hat, dass das Deckgebirge auch nachgibt und näher in die Struktur nach innen reingeht, was dann wahrscheinlich zu den Laugenzutritten geführt hat.

Wir haben uns damals viel gefragt, Frau Abgeordnete: Konnten die Leute dieses absehen, als sie die Asse gekauft haben? Ich bin für mich persönlich zu der Überzeugung gekommen, dass die Leute, die die Asse - ich glaube, es war 1973 - angekauft haben für Versuche im Salinar, diese Perspektiven nicht absehen konnten. Was nicht heißen soll, dass das Problem ein niedliches ist. Dieses Bergwerk hat zu lange offengestanden.

Eine Entscheidung, die Sie aus der Erfahrung der Asse nach Gorleben übertragen, ist eben, dass Sie einen unverritzten Salzstock nehmen müssen, nämlich nicht so einen mit einem Bergwerk drinnen - man könnte sich ja vorstellen, dass man dadurch Kosten spart, wirklich in Millionenhöhe; dieses darf nicht sein -, und dass man tatsächlich den Endlagerbereich durch Erkundungsstrecken auffährt und dann für den Fall der Endlagerung gezielt neu auffährt, sodass sich dann die Hohlräume wieder schließen und man tatsächlich deutlich größere Sicherheitsreserven hat, als es bei der Asse jemals sein wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage zum Protokoll, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gerne.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig hat vorhin einmal „BMwF“[332] verwendet, aber ich glaube, er hat das damalige BMFT gemeint - weil es heute „BMWF“[333] [sic!] heißt; nur fürs Protokoll zur Korrektur.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig bekommt ja, wenn wir dann irgendwann die Vernehmung abgeschlossen haben werden, das Protokoll zum Gegenlesen, -

Zeuge Reinhold Ollig: Ich korrigiere das.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - und dann kann er im Zuge dessen, wenn er das denn anders gemeint haben sollte, auch tatsächlich Korrekturen anbringen, wie wir das jedes Mal so machen.

Zeuge Reinhold Ollig: Mache ich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte in Bezug auf die Asse anmerken: Natürlich gibt es Zusammenhänge bezüglich des Endlagermediums, bezüglich der Struktur eines Bergwerks, auch bezüglich eines Zeugen, den wir noch hören werden; aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir unseren Untersuchungsgegenstand in Gorleben vorwiegend sehen wollen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber ich habe doch streng auf den Zusammenhang mit Gorleben geachtet!)

- Liebe Frau Steiner, ich habe Sie ja auch reden lassen, wie Sie gemerkt haben. Ich wollte nur vorsorglich noch mal darauf hinweisen.

So, wir sind jetzt am Ende einer weiteren Berliner Runde, und ich schaue noch mal in die Runde. Gibt es bei der Union noch weitere Fragen? - Nein. Bei der SPD? - Nein. Bei der FDP? - Nein. Bei den Linken? - Auch nicht. Und bei den Grünen? - Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, die zweite KEWA-Studie. Die erste KEWA-Studie war ja die 1224, also KWA 1224. Ist die die zweite KWA 1225?

[332] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMwF“, setze „BMBF“, Anlage 1
[333] Richtigstellung des Zeugen: streiche „BMWF“, setze „BMBF“, Anlage 1

Zeuge Reinhold Ollig: Diese Details - - Erst mal liegen sie vor meiner Zeit, und das ist jetzt wirklich - die Bearbeitung war 81 - 30 Jahre her.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: An die Nummer, die da oben rechts stand, kann ich mich wirklich nicht erinnern. Ich bitte, mir das nachzusehen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe ja hier jetzt nur eine Kopie. Das sieht so aus, nicht graugrün, sondern - -

Zeuge Reinhold Ollig: Die Kopierer machen das alles schön in Weiß. Wenn Sie das Original - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber so sieht das aus?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, kann ich - -[334] Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, da steht ein Titel drauf, nicht?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, kann ich - -[335]

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Titel können Sie lesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein.

(Heiterkeit)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann lese ich Ihnen den vor.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann lesen, aber ich kann es von hier aus nicht sehen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, scharfe Ohren, scharfe Augen. Wir trauen Ihnen alles zu. Also:

> Untersuchung eines Standortes zur Errichtung einer Anlage für die Entsorgung von Kernkraftwerken, Teiluntersuchungen zu zwei Alternativstandorten (KWA 1225)

Ich bin deswegen so interessiert daran, weil wir hatten jetzt bisher niemanden, der uns diese Studie unter die Nase halten konnte. Wir haben nur das gefunden. Ansonsten ist dem Untersuchungsausschuss das, was auch immer die zweite KEWA-Studie sein soll, nicht zugänglich.

Könnten Sie mir sagen, was in dieser Studie drinstand?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe diese Studie verarbeitet mit dem Material, was ich dort sonst bei uns in der Registratur gefunden habe, mit der ersten KEWA-Studie in diesem Bericht - es sind mehrere Seiten -, den ich für die Informationsveranstaltung in Gorleben gemacht habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das dann, als Sie das verarbeitet haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich muss mal gucken.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Hier, da ist es doch. Das hat mir der Abgeordnete gegeben, am 13.04.1981, Aktenzeichen 315-5556-17-3/81 I.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie die zweite KEWA-Studie verarbeitet?

Zeuge Reinhold Ollig: Nicht bearbeitet. Ich habe die aus den Unterlagen, ich habe die aus der Registratur rausgeholt, um mir ein Bild zu verschaffen: Wie ist denn die Historie? Ich musste die nicht bearbeiten. Die war abgeschlossen. Ich musste mir nur ansehen: Welche Salzstöcke sind damals in die Betrachtung für das nukleare Entsorgungszentrum eingegangen? Auch in anderen Bundesländern hat man Untersuchungen gemacht: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Ich habe das alles nach bestem Wissen und Gewissen ausgewertet aus die-

[334] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „mal sehen?“, Anlage 1
[335] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „mal sehen?“, Anlage 1

sen Unterlagen, und daraus ist dann ein Bericht geworden von vier - - oder eine Sachdarstellung von sechs Seiten, fünfeinhalb Seiten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir diesen Bericht haben, oder wer hat den?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ich habe nichts dagegen. Wenn Sie das kopieren können, herzlich gerne. Der Abgeordnete der CDU hat mir das Werk gegeben. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie das auch haben; denn ich glaube nicht, dass die CDU-Fraktion andere Papiere hat als Sie.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Die Fundstelle steht drauf! Die MAT-Nummer habe ich genannt!)

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das ist das, was mir zugeleitet wurde.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde da gerne mal einen Blick reinwerfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich höre gerade aus der CDU/CSU-Fraktion, dass die CDU/CSU-Fraktion heute Morgen diese Unterlage dem Zeugen vorgelegt hat.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, in der Sitzung!)

- In der Sitzung, genau. - Von daher ist das eine Unterlage, die allen zur Verfügung steht, und die MAT steht drauf.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die MAT steht drauf, ja!)

Dann könnten Sie doch - -

(Ute Vogt (SPD): Vielleicht können Sie ja die MAT noch mal sagen!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können wir es jetzt trotzdem einfach mal haben. Wir hatten das auch umgekehrt schon. Herr Grindel wollte auch mal was kopiert haben, was wir hatten, und die andere Fraktion hatte es noch nicht. Das ist ja mal spannend, wenn man mal einen Hinweis auf diese zweite KEWA-Studie hat, ja?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber wir haben die MAT-Nummer. Wollen Sie das jetzt lesen? Brauchen Sie das jetzt für die Befragung des Zeugen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ihn dazu fragen, natürlich. Ich würde da gerne reingucken, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, da ich das Ding in mehrfacher Ausführung in meinen Unterlagen haben und wenn die CDU/CSU einverstanden ist, dass - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, wunderbar.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Das ist ja jedem zugänglich! Sie müssten es ja haben!)

Sie bekommen es jetzt.

(Zurufe)

- Ja, Sie bekommen es ja schon. Sie kriegen es ja schon. Da, da, da, da, da!

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Schmeißen Sie den Kopierer an!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will trotzdem noch mal, da ich das jetzt so schnell nicht lesen kann, zu dieser KWA 1225 etwas fragen. Das ist ein Zwischenbericht, der die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.1976 behandelt, also das ganze Jahr 76, und im Oktober 1977 aber erstaunlicherweise erst erschienen ist, also ein Jahr später. Und da ist als Einziges - - Das ist also wohlgemerkt nach der Standortbenennung Gorleben durch die niedersächsische Regierung, und da geht es äußerst ausführlich um die Standorte Lichtenhorst und Wahn. Und dann gibt es zwei Abschnitte, da heißt es:

> Da seit der Standortermittlung im Jahre 1974 einige Auswahlkriterien hinsichtlich ihrer Bedeutung inzwischen anders bewertet werden, wurde nachgeprüft, ob sich neben Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh neue Standortalternativen finden lassen.

Verstehen Sie mich noch?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Der zweite Absatz:

> Diese Untersuchung wurde durchgeführt mit dem Ergebnis, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden. Dieser Standort war bei der Untersuchung im Jahre 1974 ausgeschieden, weil er nach den damals zugänglichen Planungsunterlagen in einer Erholungs- bzw. Ferienzone lag.

Was mich jetzt unglaublich irritiert, ist, dass das nach der Standortbenennung Gorleben herauskommt, sich ausführlichst über viele, viele Seiten mit Lichtenhorst und Wahn befasst, in allen Einzelheiten, und dass zu Gorleben, diesem ausgewählten Standort, der angeblich aufgrund neuer Kriterien jetzt besser abschneidet, sich nichts weiter findet als diese paar lapidaren Sätze, die nichts über die Eignung von Gorleben aussagen. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, zunächst einmal haben sich ja die Kriterien geändert. Ich sagte Ihnen eben bereits, dass grenznahe Standorte wegen der dort noch im Ansatz befindlichen Wiederaufarbeitungsanlage ausgeschieden sind. - Punkt 1. Insofern haben sich die Kriterien zu dieser Studie geändert.

Punkt 2 ist, dass das Land Niedersachsen diese - -[336] Insofern finden Sie auch nichts über Gorleben in diesen Studien, weil es eben der grenznahe Standort ist. Die niedersächsische Landesregierung - das habe ich eben bereits ausgeführt - müssen Sie fragen, welche Kriterien sie zugrunde gelegt hat, um den Standort Gorleben zu benennen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angeblich die zweite KEWA-Studie.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann es mir nicht vorstellen; denn in der zweiten KEWA-Studie ist Gorleben meines Wissens nach gar nicht mehr erwähnt. Ich kann Ihnen aber ganz kurz sagen, was ich dazu geschrieben habe: 1974 - 73/74 - wurde mit der Auswahl von Standortbereichen für Anlagen zur nuklearen Entsorgung im Auftrag des Bundes begonnen. Dabei sollten Gesichtspunkte einer Wiederaufarbeitungsanlage als auch die Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle am gleichen Standort berücksichtigt werden. Insofern war das Vorhandensein eines Salzstocks ein entscheidender Faktor.

Es wurden dann im Rahmen einer Untersuchung nach einer Vorauswahl 26 Standorte in der gesamten Bundesrepublik ausgewertet. - Das kennen Sie alles.

In einem strengeren Verfahren wurde dann auf 16 reduziert. Zwei weitere Standorte schieden dann zusätzlich aus. An sechs der verbliebenen acht Standorte wurden im Hinblick auf die Endlagerung radioaktiver Abfälle …

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, das kennen wir.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist aber das, was der Abgeordnete mir gegeben hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kotting-Uhl, ich müsste jetzt schlimmstenfalls nur noch der Form halber mal eben gucken, weil Ihre Redezeit wieder abgelaufen ist.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe das jetzt laufen lassen; alles in Ordnung. Aber ich muss jetzt trotzdem der guten Ordnung halber noch mal in die Runde gucken, ob noch bei einer anderen Fraktion Fragebedarf besteht. - Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich Ihnen jetzt noch mal das Fragerecht. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben jetzt im Schnelldurchgang diese Unterlage hier durchgeschaut. Da wird kein Bezug genommen auf eine zweite KEWA-Studie, sondern nur auf die KEWA-Studie 1.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich weiß nicht, warum ich das nicht erwähnt habe, die zweite KEWA-Studie. Es ist eine Zusam-

[336] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Auswahl traf.“, Anlage 1

menfassung der Unterlagen, die ich habe, und ich bin sicher, ich habe die zweite KEWA-Studie auch ausgewertet. Ich muss sie nicht nennen da drin. Ich habe auch den Bezug - -[337]

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Ich will Ihnen mal - - Ich meine, wir sind ja zum ersten Mal mit dem Begriff „zweite KEWA-Studie“ konfrontiert worden durch die Studie von Herrn Tiggemann. Da wurde - ich kann jetzt mal für meine Fraktion sprechen - erstmals überhaupt der Begriff geprägt. Seitdem suchen wir das. Alles, was wir finden konnten, war diese KWA 1225, die aber, sage ich mal, so aussieht, als hätte man in einen Zwischenbericht nachträglich - denn das ist ja vom Oktober 77, obwohl es das Jahr 76 behandelt - nach der Standortbenennung Gorleben durch Ministerpräsident Albrecht noch mal eingefügt, dass das seine Berechtigung hat, dieser Standort. So liest sich das, wenn man es liest. Sonst müsste ja irgendetwas qualitativ Aussagekräftiges zu diesem neu gewählten Standort Gorleben drinstehen, und nicht nur zu Luttenhorst [sic!] und Wahn sehr ausführlich.

Jetzt finden wir hier in Ihrem Bericht auch nichts in Bezug auf die zweite KEWA-Studie. Ich bin nach wie vor absolut nicht davon überzeugt, dass es eine zweite KEWA-Studie gibt, weil es irgendwo einen Hinweis darauf geben müsste in all diesen Akten, und irgendjemand müsste auch mal darauf stoßen und müsste uns das vorlegen könne. Gibt es bisher nicht.

Wenn Sie sagen, Ihnen ist das ein Begriff oder Sie haben das gesehen, können Sie uns denn irgendwelche Hinweise geben, wo man das finden kann, in welchem Ministerium das abgelegt wurde, in welchem Zeitraum das erstellt wurde, so etwas? Wenn es existiert, muss es auffindbar.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich gebe Ihnen im Prinzip recht. Eventuell findet sich dieses im Zentralarchiv der Bundesregierung, wo alle Akten gelagert sind. Das ist in Koblenz. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das dort vorhanden ist.

Ich kann mich, wie gesagt, daran erinnern, dass ich mehrere Studien gesehen habe und daraus ebendiese Auswahl getroffen habe, die Geschichte versucht habe aufzuzeigen. Da alles - sowohl erste als auch zweite KEWA-Studie - vor dem Gorleben-Hearing war, kann eigentlich in der zweiten KEWA-Studie, wenn sie denn vor dem Gorleben-Hearing war, natürlich nicht auf den Salzstock Gorleben eingegangen werden, weil es weiterhin das Thema war, eine nukleare Entsorgungsanlage, ein Entsorgungszentrum zu gründen.

Solange dieses Zentrum im Mittelpunkt stand, werden Sie den Salzstock Gorleben natürlich nicht finden. Dieses ist erstmals wieder von Herrn Albrecht genannt worden nach dem Gorleben-Hearing. Ich glaube auch, von den Kollegen mich erinnern zu können, dass dort im Verfahren selber auch der Standort Gorleben gar keine Rolle gespielt hat. Das wurde aus dem Hut gezaubert von Herrn Albrecht. Ich würde Sie nur herzlich bitten, das die Kollegen zu fragen. Die müssten ja vielleicht auch so eine historische Aufarbeitung haben, wie es zu der Benennung von Gorleben gekommen ist, welche Ratgeber Herrn Albrecht dieses nahegelegt haben. Ich kann darüber nur spekulieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, unser Eindruck ist auch, dass das aus dem Hut gezaubert wurde. Das versuchen wir ja auch dann demnächst mit weiteren Zeugen zu ergründen, was da vielleicht dann doch noch an fachlichen Kriterien neben dem Aus-dem-Hut-Zaubern dabei war.

Ich will Ihnen gerne noch eine letzte Frage stellen, nachdem ich dieses Papier jetzt in der Hand habe vom 27.04.1981. Das schließt mit einem größeren Abschnitt, der überschrieben ist „Sprachregelung“, -

Zeuge Reinhold Ollig: Genau.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und schließt dann:

> Die vorliegenden Einzelergebnisse des breit angelegten Gesamtprogrammes am Standort Gorleben sprechen für die Fortführung der Untersuchungen. Unter Berücksichtigung des personellen und materiellen Aufwandes im Hinblick auf die abschließende Entscheidung über die Eignung von Gorleben ist es deshalb nicht angezeigt, jetzt

[337] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „zur Ersten nicht erwähnt.“, Anlage 1

> schon weitere Salzstöcke zu erkunden.

Für wen war das die Sprachregelung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das war im Grunde genommen für die Bundesseite, weil Sie keine sechs Seiten den Leuten vortragen können. Sie müssen sich zu irgendeiner Sprachregelung durchringen. Ich glaube, diese Sprachregelung ist so offen und auch beschreibend, dass im Grunde genommen jeder das verstehen kann, wie es dazu gekommen ist. Ob wir uns dann immer mit dieser Entscheidung identifizieren, werden Sie auch gelesen haben; denn ich habe an irgendeiner Stelle geschrieben:

> Die Bundesregierung hat dieser Vorauswahl unter Zurückstellung politischer Vorbehalte zugestimmt, da Gorleben aufgrund fachlicher Gesichtspunkte nicht ausgeschlossen werden konnte.

Das habe ich heute Morgen gemeint, dass man in Bonn ganz schön geknirscht hat, als Herr Albrecht diese Standorterkundung, diesen Salzstock freigegeben hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie waren der Verfasser der Sprachregelung?

Zeuge Reinhold Ollig: Da steht mein Name drunter.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie hätten noch Redezeit, nicht? Aber Sie sind fertig mit Ihrer Befragung? - Wunderbar. Gibt es noch weitere? - Aus der Unionsfraktion jetzt noch ein Wunsch.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es ist eben von Frau Kotting-Uhl der Vorwurf „aus dem Hut gezaubert“ hier reingeworfen worden.

(Ute Vogt (SPD): Das war eine Formulierung des Zeugen!)

- Ja, Sie hat es aber auch gesagt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankbar aufgegriffen!)

- Sie haben es dankbar aufgegriffen; das ist richtig. Ich kann noch gut hören, Frau Kotting-Uhl: „aus dem Hut gezaubert“.

Ich möchte nur mal zitieren aus dem Protokoll der 16. Sitzung vom 30.09.2010 dieses Untersuchungsausschusses, Vernehmung des Zeugen Dr. Anselm Tiggemann. Dort steht auf Seite 47:

> Ganz kurz möchte ich die einzelnen Schritte skizzieren, wie sich der Ablauf der Standortentscheidung aus den Akten ergibt.
>
> Erster Schritt. Die Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft, die KEWA, wählt 1974 die Standorte Börger, Faßberg, Ahlden mit den Salzstöcken Wahn, Weesen-Lutterloh und Lichtenhorst aus.
>
> Zweiter Schritt. Das Wirtschaftsministerium Niedersachsen teilt Ende 1975/Anfang 1976, ohne eine Bewertung vorzunehmen, weitere alternative Standortmöglichkeiten der KEWA mit. Hierunter befindet sich eben auch Gorleben als Vorschlag.

So, und jetzt geht es los:

> Dritter Schritt. Die KEWA untersucht diese Möglichkeiten im Laufe des Jahres 1976. Bei acht dieser Standortmöglichkeiten wird eine detaillierte Nachbewertung in der zweiten Hälfte 1976 erarbeitet. Das Ergebnis dieser Nachbewertung ist: Gorleben ist der am besten geeignete Standort. Er erhält in dieser Studie die beste Platzkennziffer. - Das ist eigentlich der zentrale Aktenfund. Diese KEWA-Bewertung war auch nicht als ein Stück in den Akten, sondern war verstreut. Diese Fragmente sind eben zusammenzusetzen.

Das ist diese Nachbewertung, von der wir gesprochen haben.

Also, es gibt diese Nachbewertung, und die Frage ist dabei, ob Sie die kennen. Das hatte ich Sie vorhin schon gefragt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt eine Frage an mich?)

Zeuge Reinhold Ollig: Dieser Sachverhalt, dass die Industrie - -[338] Die KEWA ist ja eine Tochter der EVUs gewesen. Diese[339] war mir so nicht bekannt. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass Gorleben - -[340] Die Industrie muss natürlich auch nicht alles dem Bund mitteilen; das muss man auch mal sehen. Die können also durchaus ihre Geheimnisse haben. Vielleicht ist so der Standort Gorleben in die Diskussion gekommen. Ich kann das nur mutmaßen. In dem Fall sind die Kollegen aus der niedersächsischen Landesregierung gefragt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das, was Herr Tiggemann in seiner Aussage formuliert hat, lässt sich ja auch in den Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, nachvollziehen. Unter MAT A 102, Band 7 und dort Ziffer 100 ist die Zusammenfassung der KEWA-Nachbetrachtung von 1976. Da darf ich mal zitieren. Da heißt es nämlich am Ende in der Zusammenfassung auf der zweiten Seite - das ist Ziffer 101 -:

> Die Standortreihenfolge der acht untersuchten Standorte lautet:
> Gorleben
> Börger
> Ostervesede
> Rhaude
> Bunde
> Wettenbostel
> Odisheim
> Zwischenahn
>
> Zum Vergleich sind außerdem die Standorte „Wahn“, „Lichtenhorst“ und „Lutterloh“ mitbewertet worden, wobei sich bestätigt hat, daß diese Standorte hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Eignung sehr günstig sind.
>
> Sie werden nur vom Standort Gorleben übertroffen, der jedoch durch seine Lage in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze sehr bedenklich erscheint.

Wollen Sie sich dazu noch kurz äußern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich sage es noch mal: „Bedenklich“ leitet sich ab aus der kerntechnischen Anlage, die obertägig steht. Von der Form des Salzstockes her kann ich den Leuten nur recht geben. Von daher muss man diesen Salzstock einfach wegen der großen Volumina in die engere Wahl ziehen; das ist völlig klar. Aber es ist immer so, dass Sie niemals um eine Eignungsuntersuchung des Salzstockes umhinkommen. Sie müssen Tiefbohrungen machen, Sie müssen Erkundungsprogramme durchführen. Erst dann können Sie sehen, ob das ein geeigneter Standort ist.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Deckt sich das mit dem, was Sie in Ihrem jetzt schon des Öfteren angesprochenen Schreiben vom 27.04.1981 - dort in der Anlage 1: „Hintergrundinformation zur Auswahl von Salzstöcken zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“ - geschrieben haben? Da heißt es ja auf der Seite 3:

> Im Jahr 1976 wurden die Untersuchungen an den 3 Standorten fortgesetzt.

Usw., usw. Dann heißt es ja in der Fußnote: „lt. KEWA-Bericht 1974 war für einen Standort u. a. gefordert“, und da war dann unter anderem auch: „wenig Milchwirtschaft im Nahbereich“ usw. Das heißt, dass Sie an dieser Stelle Bezug nehmen auf das, was ja in der KEWA-Nachbetrachtung bereits angelegt war?

Zeuge Reinhold Ollig: Richtig. Ich habe allerdings keine Informationen darüber - jedenfalls erinnere ich mich nicht daran -, dass der Standort Gorleben im Ranking bei der KEWA-Studie dann an die erste Stelle gerückt ist. Daran kann ich mich nicht entsinnen. Ich kann mir nur vorstellen, dass das eine industrieinterne Bewertung war, die - es ging ja in erster Linie um die Industrieanlage - uns nicht bekannt war.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Auf dieser entsprechenden Seite schreiben Sie:

> Die 1976 durchgeführten Untersuchungen beinhalteten u. a. eine Überprüfung der Vorgaben und der Eingabedaten … für das Standortermittlungsverfahren von 1974. Diese ergab, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie

[338] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Dieser Sachverhalt, dass die Industrie --“, Anlage 1
[339] Ergänzung des Zeugen: „Gesellschaft“, Anlage 1
[340] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „betrachtet worden ist.“, Anlage 1

vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden.

Das heißt, Sie haben auch in Ihrem Vermerk selber das Ergebnis dieser Nachbetrachtung noch mal explizit aufgenommen, wenn ich das so jedenfalls jetzt richtig auslege.

Zeuge Reinhold Ollig: Sie haben völlig recht. Sie haben den Vermerk aufmerksamer gelesen als der Autor; aber bei dem Autor ist das etwas länger her. Ich bitte um Entschuldigung.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann haben wir keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen bei der Union. Bei der SPD? - Immer noch keine weiteren Fragen. FDP? - Linke? - Die Grünen? - Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt ist es ja wieder richtig spannend.

Herr Paul hat sich eben rein auf die KEWA-1-Studie bezogen. Das sind alles genau die Kriterien und die Aussagen.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nein, nein!)

- Aber sicher. Das ist die KEWA 1, was Sie da benannt haben.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Er hat sich auf die KEWA 2 bezogen!)

Ich würde Sie, Herr Ollig, gerne fragen: Als Ihnen vorhin dieses - - Sie haben die MAT-Nummer jetzt wieder. Also, als Ihnen das rübergereicht wurde und dazu gefragt wurde an Sie mit dem Beiklang oder der Interpretation, dass da die KEWA-Studie 2 ausgewertet worden sei, und man aber, wenn man Ihr Papier durchliest, den Begriff „KEWA 2“ aber gar nicht findet, wie finden Sie denn so etwas?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich muss Sie korrigieren, dass der Hinweis auf die KEWA-Studie 2, der[341] hier explizit nicht genannt ist - - Dass die Überprüfung des Verfahrens „ergab, dass die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und dass sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden“, das ist die Aussage der KEWA-2-Studie, die ich hier, ich denke mal, übernommen habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Aussage in der KWA 1225 von 77. Das ist wörtlich der Satz, der in der KWA 1225 steht, und das ist ja nur eine Aussage, dass das so sei, aber es ist keinerlei Beleg, dass es so ist. Es werden keine Kriterien genannt und nichts. Es ist nur die Aussage, es sei so, und das haben wir ja in der KWA 1225. Etwas anderes ist in den Akten bisher auch nicht auffindbar.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann nur sagen, wie die Historie war. Ich bin nicht verantwortlich für das, was die KEWA schreibt. Das müssen Sie die Herrschaften fragen. Ich kann nur das wiedergeben in diesem Vermerk, was in den Akten steht, und das habe ich nach bestem Wissen und Gewissen getan und habe das dann auch kundgetan. Da gab es für mich nichts zu verheimlichen, weil die ganze Historie mit nuklearem Entsorgungszentrum sowieso sich[342] erledigt hatte nach dem Gorleben-Hearing.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube Ihnen das sofort, dass Sie das korrekt gemacht haben. Ich wollte nichts, gar nichts in irgendeiner Hinsicht unterstellen. Aber können Sie ausschließen, dass das, was Ihnen zur Verfügung stand, tatsächlich das ist, was ich auch vorhin hochgehalten habe, nämlich die KWA 1225, in der genau wörtlich dieser Satz ist, den Sie eben vorgelesen haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann es nicht ausschließen. Wie gesagt, an ein Deckblatt - - Das[343] ist[344] sehr schwierig, sich daran zu erinnern. Ich weiß, dass bei uns im Umgangston im Referat von KEWA 1 und KEWA 2 gesprochen wurde.

[341] Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, Anlage 1

[342] Richtigstellung des Zeugen: streiche „sowieso sich“, setze „sich sowieso“, Anlage 1

[343] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das“, setze „, da“, Anlage 1

[344] Ergänzung des Zeugen: „es“, Anlage 1

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre ja naheliegend, wenn es eine KWA 1224 gibt und dann eine KWA 1225, dass das 1 und 2 ist, und nachdem Sie nun genau den Satz zitiert haben, der auch in dieser KWA 1225 steht, finde ich die Vermutung sehr naheliegend, dass diese KEWA 2 genau dieses KWA 1225 ist. Da stimmen Sie mir zu?

Zeuge Reinhold Ollig: Würde ich. Sehr naheliegend.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Fragen? Es ist folgendermaßen: Wir haben in zehn Minuten namentliche Abstimmung. Ich fände, es wäre eine tolle Sache, wenn wir jetzt diese Befragung abschließen könnten und danach mit der Befragung des Zeugen Professor Naß beginnen würden. Selbstverständlich werde ich hier niemanden um sein Recht, zu fragen, bringen, aber ich weise nur auf die terminlichen Notwendigkeiten hin. - Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich brauche auch nicht lange. - Die von mir gerade zitierte MAT A 102, Band 7, Blatt 100 und 101 - ich glaube, das müssen wir hier zur Klarstellung noch mal sagen -, das ist weder Teil von KEWA 1 oder 2, also jedenfalls nicht KWA 1224 und auch nicht KWA 1225, sondern es ist ein eigenes Dokument. Das ist die KEWA-Nachbetrachtung. Das, was ich soeben vorgelesen habe, nämlich: „Sie werden nur vom Standort Gorleben übertroffen“ - und jetzt wichtig; das ist nämlich der Unterschied -, „der jedoch durch seine Lage in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze sehr bedenklich erscheint“, das ist nämlich der Unterschied zu den Dokumenten, die Sie bisher eingeführt haben. Das müssen wir an dieser Stelle, glaube ich, auch klarstellen. Das ist jetzt, gebe ich zu, keine Frage an Sie, Herr Ollig. Das ist eine Klarstellung fürs Protokoll.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woraus haben Sie gerade zitiert?)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das ist MAT A 102, Band 7 und dort die Blattziffern 100 und 101.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist das?)

- Das ist die sogenannte KEWA-Nachbetrachtung von 1976.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay. Ich würde dem Ausschuss vorschlagen, dass wir uns diese Akten tatsächlich noch mal sehr gut zu Gemüte führen.

Ich frage noch mal: Gibt es weitere Fragen an Herrn Ollig? - Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich die Vernehmung formell abschließen.

Herr Ollig, erstens vielen Dank für Ihre Auskunftsbereitschaft und die lange Zeit, die Sie hier verbracht haben.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach der Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss formal festgestellt hat. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Gibt es dazu von Ihrer Seite weitere Fragen?

Zeuge Reinhold Ollig: Keine Fragen, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich noch mal sehr herzlich für Ihr Hiersein und unterbreche die Sitzung bis nach der namentlichen Abstimmung. Dann werden wir mit der Befragung des Zeugen Professor Naß fortfahren.

Zeuge Reinhold Ollig: Okay. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Unterbrechung von 16.42 bis 17.16 Uhr)

Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr. Klaus Otto Naß

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen sehr geehrter Herr Professor Naß! Ich begrüße Sie sehr herzlich nach der Unterbrechung hier in unserer öffentlichen Ausschusssitzung.

Herr Professor Naß, ich muss Ihnen nun zunächst ein paar formale Dinge sagen, die das Untersuchungsausschussgesetz vorsieht und die über den Ablauf unserer Sitzung jetzt hier Auskunft geben werden.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-145, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für Ihre heutige Vernehmung hat das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Aussagegenehmigung erteilt.

Ich muss Sie nun auch formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu bis jetzt Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann können wir nach diesen notwendigen Vorbemerkungen mit der Vernehmung zur Person beginnen.

Ich möchte Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und möchte Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwendete Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, mein Name ist Klaus Otto Naß. Ich bin Jahrgang 1931, und die Adresse ist auch noch korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Dann können wir jetzt mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keine alternativen Standorte obertägig zu untersuchen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. In dem Zusammenhang wird auch die Entscheidung der Regierung Albrecht 1977 mit überprüft, bei der der Bundesregierung der Standort Gorleben als zu untersuchender Standort für ein mögliches Endlager angeboten worden ist.

Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Anderenfalls würde ich sofort mit Fragen beginnen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich bitte, doch gleich mit den Fragen zu beginnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gerne. - Herr Professor Naß, wir haben in den Akten gefunden, dass es ein Gespräch gab zwischen Ministern der Bundesregierung und der Landesregierung Niedersachsen, und zwar am 11. November 1976. Da waren vonseiten der Bundesregierung dabei die Minister Maihofer, Friderichs und Matthöfer sowie Beamte aus dem Bundesinnenministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesforschungsministerium, und auf niedersächsischer Seite waren dabei der Ministerpräsident Albrecht, der Minister für Wirtschaft und Verkehr Herr Kiep, der Minister für Soziales Herr Schnipkoweit und der Minister des Innern Bosselmann sowie der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium Röhler, der Staatssekretär in der Staatskanzlei Mohrhoff, der Präsident des Niedersächsischen Landtages und die Vorsitzenden der drei Fraktionen des Landtages. Wir haben in den Akten gefunden, dass Sie geschrieben, aufgeschrieben haben in Vorbereitung auf das Ministergespräch - und ich zitiere jetzt -:

> Die Lage ist … viel zu unsicher, um auch nur vorläufige Entscheidungen zu treffen. Unter diesen Umständen ist die Antizipation der Standortentscheidung politisch nicht vertretbar.

Ich muss gerade sagen, wo ich das gefunden habe, auch für das Protokoll und für die Kolleginnen und Kollegen. Das ist unter MAT A 102, Band 25, Heft 2, Paginierung 182 bis 185.

Gleichwohl aber wird in diesem Gespräch zwischen den Ministern der Bundesregierung und den Vertretern der Landesregierung und des Landtages aber Gorleben benannt oder genannt. Ich zitiere jetzt aus einem Vermerk vom 15. November 1976, den der Leiter der Abteilung RS im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Sahl, verfasst hat. Er hat darin aufgeschrieben - ich zitiere jetzt wieder -:

> Außerdem wurde in diesem Teil des Gesprächs eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert erschien.

Das findet man unter MAT A 64, Band 17, Paginierung 094224 bis 094231.

Daraus ergeben sich jetzt Fragen. Sie hatten dem Ministerpräsidenten Albrecht im Vorfeld dieses Gesprächs am 11. November aufgeschrieben und haben gesagt: Die Lage ist noch viel zu unsicher, um auch nur eine vorläufige Entscheidung zu treffen. Unter diesen Umständen ist eine Antizipation der Standortentscheidung politisch nicht vertretbar. - Auf der anderen Seite hat in diesem Gespräch, das stattgefunden hat, der Ministerpräsident aber Gorleben genannt. Können Sie mir erklären, wieso Sie 1976 von der Annahme ausgingen, dass eine solche auch nur vorläufige Entscheidung viel zu unsicher gewesen wäre?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, vielen Dank. Also, zunächst mal stelle ich fest, dass ich an der Besprechung nicht teilgenommen habe, sondern dass es sich um einen Vermerk offenbar handelt an meinen Chef Herrn Albrecht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Der lässt sich ja auch beraten, und ich habe da meine persönliche Meinung - - Mir ist das völlig neu, was Sie mir jetzt sagen; aber wenn Sie das so sagen, stimmt es natürlich. Ich nehme das mit Freude zur Kenntnis, aber kann mich daran überhaupt nicht erinnern, habe das auch offenbar nicht weiter verfolgt. Mir ist das alles neu, und ich habe es zur Kenntnis genommen, aber mehr nicht. Und es ist ja auch so: Wenn man in der Staatskanzlei ist und - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie ein bisschen mehr ins Mikrofon sprechen? Sonst haben wir akustische Probleme.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ist recht. - Wenn man da nun Leiter einer Abteilung ist, der politischen Abteilung, und der Chef kennt einen schon von Brüssel - da habe ich ja 14 Jahre vorher gearbeitet, großenteils auch bei ihm -, dann schreibt man eben, was man für richtig hält, und dann ist der Chef auch nicht verpflichtet, sich irgendwie darum zu kümmern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Wir wollten jetzt auch von Ihnen nicht wissen, warum sich der Ministerpräsident möglicherweise anders verhalten hat. Das ist eine politische Entscheidung, und die trifft der Ministerpräsident und nicht seine Beamten; das ist ganz klar. Die Frage war nur, ob Sie sich noch daran erinnern können, warum Sie gesagt haben, dass die Sache noch nicht entscheidungsreif ist.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das weiß ich nicht, aber es spricht ja für sich. Diese Bemerkung in meinem Vermerk spricht doch für sich. Ich kann mich an die näheren Umstände, auch an diesen - -[345] Ich kann mich an nichts erinnern, nehme es aber zur Kenntnis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, bei uns war hier in der 31. Sitzung der ehemalige Minister Schnipkoweit aus Niedersachsen, und der hat uns gesagt:

> Wir haben damals nicht endgültig entschieden. ... Wir haben zwar Gorleben im Gespräch gehabt ... aber das war noch keine Entscheidung, dass man gesagt hat: „Jawohl, wir haben jetzt den Standort Gorleben festgelegt“, sondern das ist erst später erfolgt.

Das hat er gesagt, ausweislich des Protokolls der 31. Sitzung, Seite 14. Ist das Ihre Wahrnehmung, oder - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das nehme ich auch nur zur Kenntnis. Das alles ist mir völlig neu. Also, es muss sich sicher so abgespielt haben; aber mir ist das jetzt neu, und ich finde es auch gar nicht erstaunlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Inwiefern waren Sie denn - wenn Sie sagen: „Ich habe das jetzt überhaupt noch nicht gehört“ - in der Zuarbeit zu Ministerpräsident Albrecht mit der Entscheidungsfindung bezüglich der Benennung eines möglichen Endlagerstandortes in Niedersachsen überhaupt beteiligt? Haben Sie ihm da irgendwo zugearbeitet, haben Sie ihn da irgendwo beraten? Waren Sie in Kontakt zu anderen Beamten aus seiner Regierung, die ihn da entsprechend natürlich vorbereitet haben müssen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, die politischen Entscheidungen entscheidet kein Staatssekretär. Was ich da zur Vorbereitung getan habe, weiß ich wirklich nicht mehr. Ich weiß nur, dass ich in dieser Zeit über den normalen Betrieb eines Abteilungsleiters hinaus in der deutsch-deutschen Grenzkommission war. Daran erinnere ich mich erheblich stärker, weil ich da selbst eine Funktion hatte in der Grenzkommission, wo jedes Bundesland, das eine Grenze zur DDR hatte, vertreten war, diese Elbfrage zu vertreten, in der Richtung, wie es die Landesregierung meinte. Aber so eine Funktion hatte ich in Bezug auf Gorleben nicht. Dann würde ich mich daran sicher erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist für uns jetzt deshalb etwas schwierig, weil wir aus den Akten eben Hinweise darauf haben, dass Sie sich - ich gebe zu, vor 30 oder 35 Jahren - mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben; denn nach diesem Gespräch der niedersächsischen Minister und der Bundesminister am 11. November 1976 haben Sie aufgeschrieben - ich zitiere -:

> Das Ergebnis Ihrer Besprechung ... hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort - unter der Voraussetzung: Sicherheit - zur Verfügung zu stellen.

Das findet man unter MAT A 102, Band 25, Teil 2, Paginierung 203 folgende. Das ist ein Schreiben von Ihnen an den Ministerpräsidenten Dr. Albrecht vom 11. November 1976, und da bin ich jetzt natürlich neugierig, Sie zu fragen: Warum war das denn für Sie überraschend?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also es ist ja so: Die politischen Entscheidungen hat Herr Albrecht selber getroffen, und es war auch nicht so, dass man ihn da nun ständig beraten konnte; man erfuhr auch teilweise das alles erst später. Wenn eine Sitzung anstand, habe ich offenbar dann einen vorbereitenden Vermerk gemacht, ihm vorgelegt, und oft habe ich noch gar nicht erfahren, was das Ergebnis der Sitzung war. Das muss man sich nicht so vorstellen, dass systema-

[345] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Vermerk“, Anlage 2

tisch alles von Beamten vorbereitet wurde. Sie sehen ja auch, dass offenbar an der Sitzung ich nicht teilgenommen habe. Hätte ja sein können, dass im Interesse der guten Weiterarbeit, wenn das gewünscht gewesen wäre, an der Sitzung ein Beamter teilgenommen hätte. Offenbar ja nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist klar, dass die Entscheidung immer bei der Politik liegt; keine Frage. Und dass Sie an der Besprechung nicht teilgenommen haben, das geht auch aus den Akten hervor. Das ist auch überhaupt keine Frage. Nur der Punkt ist eben tatsächlich, dass wir ein Schreiben von Ihnen an den Ministerpräsidenten finden können, und darin sagen Sie eben, schreiben Sie an den Ministerpräsidenten:

> Das Ergebnis Ihrer Besprechung

- also Herr Ministerpräsident, Ihrer Besprechung -

> mit den Vertretern der Bundesregierung hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort - unter der Voraussetzung: Sicherheit - zur Verfügung zu stellen.

Das ist ein offenes Wort an den Ministerpräsidenten, zu sagen: Ihre Entscheidung, jawohl! Aber wir sind überrascht. - Können Sie sich überhaupt noch daran erinnern, dass Sie ein solches Schreiben verfasst haben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das kann ich nicht. Ich kann mich aber daran erinnern, dass ich das bestimmt nicht so geschrieben hätte, wenn ich gewusst hätte, dass es hinterher vor 20 Leuten ausgebreitet würde. Man berät seinen Chef in der Annahme, dass das willkommen ist, und Widerspruch ist sogar teilweise nicht willkommen, und trotzdem habe ich mich immer verpflichtet gefühlt, auch unabhängig davon, ob es willkommen ist oder nicht, meinen Chef zu unterrichten. Ich glaube, das hat er auch so verstanden. Aber mehr ist dazu auch nicht zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Herr Professor Naß, es geht ja nicht darum, jetzt jemanden schlechtzumachen, -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, ich[346] auch nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - also weder Sie noch den Ministerpräsidenten, sondern es geht darum, dass ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss einen Vorgang, der jetzt schon 35 Jahre in der Ferne liegt, versucht, zu verstehen, was denn da passiert ist. Wenn dann ein hoher Beamter an den Ministerpräsidenten schreibt: „Ich bin verwundert“, dann ist das meine Frage, um das zu verstehen. Ich freue mich immer, wenn meine Mitarbeiter sozusagen nicht zu allem Ja und Amen sagen, was ich sage, sondern meine Arbeit auch konstruktiv-kritisch begleiten. So habe ich das auch verstanden. Deshalb auch die Frage an Sie: Würde es vielleicht helfen, wenn Sie mal so ein Dokument sehen würden oder anfassen würden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich glaube nicht. Das kann ich gerne machen, aber ich glaube Ihnen das ja alles.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Aber es ist - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, dann würden wir Ihnen vielleicht mal dieses Dokument zeigen, damit Sie es mal in die Hand nehmen. Vielleicht würden Sie das dann - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, bitte sehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es wird so sein, dass die Kolleginnen und Kollegen sicherlich auch diesbezüglich noch Fragen an Sie haben. Vielleicht hat das dann Sinn, dass Sie sich doch erinnern können; sonst müssen wir gucken, wie wir weiter verfahren.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Bitte schön, Sie dürfen das behalten, erst mal reingucken, es an Ihrem Platz lassen. Machen Sie bitte das Mikrofon an, wenn Sie

[346] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ich“, setze „mir“, Anlage 2

mit mir sprechen, weil ich Sie sonst nicht verstehen kann.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, es ist ja sehr nett, dass ich hier aus meinem Leben einige Unterlagen bekomme.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie können sich aber an den Sachverhalt nicht erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nun wirklich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay. Ich muss Sie das fragen, Herr Professor Naß, weil - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, ich kann mich nur daran erinnern, dass das nichts Ungewöhnliches ist, dass ich die weitere Verfolgung dessen, was ich unaufgefordert ja offenbar nun meinem Chef geschrieben habe in einer Situation, wo er ja auch noch nicht so lange im Amt war - - Ich will es mal so ausdrücken. Da hat dieser Hinweis, den ich da geschrieben habe, ihm seine eigene Situation auch etwas deutlicher gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr in Ordnung. Meine Frage war jetzt auch nur dahin gehend gar nicht, wie Sie jetzt darauf kommen, dem Ministerpräsidenten so etwas zu schreiben, sondern: Warum waren Sie denn überrascht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das weiß ich nicht. Das weiß ich nicht, weder ob und warum. Weiß ich nicht.

Außerdem möchte ich doch darum bitten: Das ist kein Schreiben, sondern das ist ein Vermerk: Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Staatssekretär. Das ist also rein formal. Das ist kein Schreiben, kein freundlicher Brief, sondern das ist eine amtliche Stellungnahme eines Untergebenen seinem Chef gegenüber.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Sonst hätte sich das auch so nicht in den Akten wiedergefunden. Das ist ja ein Teil des Vorgangs, und von daher eben die Frage, sofern Sie sich daran erinnern können, was denn diese Überraschung ausgelöst hat. Aber das habe ich schon zweimal oder dreimal gefragt, und Sie sagten, dass Sie das jetzt nicht mehr nachvollziehen könnten.

Vielleicht kann es ja sein, dass - - Nein, andersherum. Sie kritisieren in Äußerungen, die Sie gemacht haben im Umfeld dieses Gesprächs mit der Bundesregierung zudem, dass die Bundesregierung einen gewissen Zeitdruck aufgebaut habe. Jedenfalls kann ich lesen in diesem Papier - ich zitiere -:

> Zeitdruck deutet darauf hin, dass nicht rechtzeitig vorbereitet. Entscheidungen für die Ewigkeit (einige Jahrtausende) nicht unter Zeitdruck treffen.

Das ist Ihre Angabe in diesem handschriftlichen Vermerk, den wir Ihnen eben gegeben haben, also aus MAT A 102. Können Sie dazu etwas sagen? Hatten Sie den Eindruck, dass da ein besonderer Zeitdruck herrschte?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, offenbar, aber ich kann das nur - - Ich[347] nehme dies erstmalig seit einigen Jahrzehnten zur Kenntnis, freue mich, dass ich das habe, kann aber die weitere - - Es fand keine - wenn ich das mal sagen darf - automatische Rückinformation statt, wie so eine Besprechung verlaufen ist. Ich bitte auch, bei der Beurteilung dieser ganzen Sache zu berücksichtigen, wie die politische Situation damals in Niedersachsen und auch im Bund war, wie die Konstellationen da waren. Insofern habe ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, wir würden einfach nur gerne Erhellendes und Hintergrundwissen wissen zu dem, was Sie aufgeschrieben haben. Das ist ja jetzt Grund unserer Frage.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich lerne ja hier. Ich lerne über mich selbst was hier und freue mich darüber.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, das ist ja auch immer ganz hübsch, wenn man was über sich selber lernt.

Herr Professor Naß, ich muss jetzt sagen: Wir müssen leider als Abgeordnete jetzt noch mal ins Plenum gehen, weil wir eine weitere namentliche Abstimmung haben. - Zehn Minuten haben wir noch Zeit. Wann? - Ja, dann

[347] Richtigstellung des Zeugen: streiche „kann das nur - - Ich“, Anlage 2

haben wir ungefähr noch zehn Minuten Zeit. Dann würde ich sagen, ich befrage Sie noch eine Weile. Dann würde ich die Sitzung unterbrechen. Vielleicht würden wir uns dann kurz zu einer Beratungssitzung treffen, fünf Minuten, zehn Minuten? - Gut. Und dann würden wir mit Ihrer Befragung fortfahren.

Wissen Sie, ob Sie - - Vielleicht haben Sie sich ja doch in der Umgebung von Ministerpräsident Albrecht - - Letztendlich wussten Sie ja, dass er sich mit dieser Entscheidung irgendwie beschäftigt hat. Jedenfalls haben Sie das ausweislich dieses Dokuments damals getan. Haben Sie selber irgendwo noch eine Vorstellung davon gehabt, wie das denn damals war? Sie haben eben auf die politische Konstellation hingewiesen in der Landesregierung. Die war erst sehr, sehr kurz im Amt, ist durch ein Misstrauensvotum letztendlich an die Regierung gekommen. Wie war das denn bezüglich der Frage Endlagerung? Wie war das denn in Bezug auf die Frage Energieversorgung? Wissen Sie: War das damals eine Thematik, die politisch breit diskutiert worden ist? Wieso ist jetzt Ministerpräsident Albrecht als eine der ersten politischen Entscheidungen, die er zu treffen hatte in seinem neuen Amt, unmittelbar damit konfrontiert worden? Drei Bundesminister waren plötzlich da. Wissen Sie das noch einfach aus Ihrer Erinnerung, wie so etwas war? Das ist ja durchaus ungewöhnlich, dass plötzlich drei Bundesminister in Hannover auftauchen. Also, das habe ich noch nie erlebt. Ich wohne in Hannover. Das habe ich noch nie erlebt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich kann dazu wirklich nichts anderes sagen als nochmals darauf hinzuweisen, dass die politische Situation in Niedersachsen so war, wie Sie es geschildert haben, und die Konstellationen gegenüber der Bundesregierung müssten Sie sich dann selber aus der damaligen Geschichte ableiten. Ich möchte hier keine Parteipolitik machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, aber wir fragen Sie auch nicht parteipolitisch. Man kann ja sagen, auch wenn man die derzeitige energiepolitische Debatte betrachtet, ohne dass man da Parteipolitik macht, dass das im Moment ein zentrales Thema ist. Wissen Sie, dass Energiepolitik damals ein zentrales Thema war, dass das eine Frage war, die breit diskutiert worden ist?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen. Mag ja sein, aber das - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wissen Sie noch, was denn die zentralen Fragen der Landesregierung damals waren? Womit hat sich die Landesregierung denn damals in den ersten Tagen und Wochen ihrer Regierungszeit eigentlich beschäftigt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, sich ins Amt einzufinden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Das ist sicherlich auch schwierig für ein Minderheitenkabinett oder eine Minderheitenregierung. Wissen Sie denn noch ein paar inhaltliche Punkte?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also unabhängig von Gorleben?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, einfach so mal.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, Industriepolitik will ich es nicht nennen. Neuansiedlungen, die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken, das war es sicher. Das Wirtschaftsministerium war sicherlich das wichtigste, politisch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben solche Argumente auch in Bezug auf den Standort Gorleben schon gehört.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das glaube ich wohl; aber ich kann dazu nichts - -[348] Ich erinnere mich da[349] nicht dran.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann würde ich sagen, ich unterbreche jetzt diese öffentliche Sitzung, und würde die Öffentlichkeit darum bitten, den Saal zu verlassen. Ich würde auch Sie, Herr Professor Naß, bitten, kurz auf uns zu warten. Dann wird es noch einen Moment länger dauern, weil wir dann zur Abstimmung gehen müs-

[348] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „sagen.“, Anlage 2
[349] Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, setze „daran.“, Anlage 2

sen. Ich würde die Kolleginnen und Kollegen aber bitten, einen Moment noch hier im Raum zu bleiben, bevor wir dann gemeinsam zur namentlichen Abstimmung gehen, und berufe dann eine Beratungssitzung ein.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung; I: Öffentlich: 17.42 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung, II: Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 18.06 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Klaus Otto Naß

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Naß, herzlich willkommen wieder in unserer Runde. Jetzt werden wir auch nicht mehr gestört durch irgendwelche Abstimmungen im Plenum. Vielen Dank.

Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktionen über. Die Fraktionen werden jetzt einige Fragen an Sie richten. Das erste Fragerecht geht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Monstadt. - Er sitzt da zu meiner Rechten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Guten Tag, Herr Professor Naß. Ich darf mal anfangen und mit einigen Fragen zu Ihrer Person und zu Ihrem beruflichen Werdegang beginnen. Mich würde interessieren, was Sie für eine Ausbildung haben und wie sich Ihr Berufsweg bis heute gestaltet. Wenn Sie uns dazu ein paar Angaben machen könnten.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Die finde ich sehr nett, die Frage. Ich bin 1931 geboren, habe Jura studiert und Volkswirtschaft und da 1959 Examen[350] gemacht und[351] Doktor gemacht, war drei Jahre im Bundeswirtschaftsministerium tätig, Abteilung gewerbliche[352] Wirtschaft. Dazu gehörte das Mineralölreferat damals noch. Mit Energie hatte Mineralöl damals noch nichts zu tun. Dann bin ich von dort delegiert worden an die Europäische Kommission, war Mitglied des Kabinetts von der Groeben. Von der Groeben war nach Heitzer[353] der zweite deutsche Kommissar. Ich war zunächst in seinem Kabinett, wurde hinterher stellvertretender Kabinettschef, war dann zwischendurch bei Ernst Albrecht, als er Generaldirektor[354] wurde. Er war vorher Kabinettschef von von der Groeben, und dann wurde er Generaldirektor. Da war ich sein Assistent.

[350] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Examen“, setze „das zweite juristische Staatsexamen“, Anlage 2
[351] Ergänzung des Zeugen: „den“, Anlage 2
[352] Richtigstellung des Zeugen: streiche „g“, setze „G“, Anlage 2
[353] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nach Heitzer“, setze „neben Präsident Hallstein“, Anlage 2
[354] Ergänzung des Zeugen: „für Wettbewerb“, Anlage 2

Das war also 1967 bis 1970.[355] Und dann war von 1970 bis 1973[356] die Verhandlung mit Großbritannien, Irland, Norwegen und noch einem weiteren Staat. Na, wer war es denn? Norwegen, Irland,[357] Dänemark[358] und - - Ist ja auch egal. Und Großbritannien eben.[359] Da habe ich gearbeitet unter dem Generaldirektor Wellenstein, ein Niederländer, mit dem ich - heute ist er 92 - noch in Kontakt stehe und der mir bis vor kurzem aus seinem Lebenslauf - insbesondere seinem Widerstand unter dem Nationalsozialismus in den Niederlanden - geschrieben hatte, was jetzt teilweise veröffentlicht wird von mir.

Nachdem die England-Verhandlungen vorbei waren, 1973, war ich Chef,[360] Abteilungsleiter in der Generaldirektion Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hatte damals besondere Bedeutung bei Beginn der europäischen Einigung und ist insbesondere von Frankreich als entscheidender Wirtschaftsfaktor angesehen worden. Ich war damals zuständig für die Wettbewerbsbedingungen in der Landwirtschaft von 73 bis 76. 76 wurde dann mein früherer Chef in der[361] Kommission hier Ministerpräsident und hat mich hierher geholt nach Hannover. Ich war darüber auch ganz froh, weil 14 Jahre im Ausland, dann kommt man leicht in die Emigration, ohne das jemals gewollt zu haben, und darüber reden wir ja jetzt.

Und danach - - Soll ich noch weitererzählen? - Ja, kann ich gerne machen. In der Staatskanzlei war ich also zuständig für die politische Abteilung, danach bis 1982[362] insbesondere das niedersächsische Mitglied für die deutsch-deutsche Grenzkommission. 82 kam[363] Frau Breuel als erste deutsche Ministerin nicht nur[364] für Soziales, sondern für Wirtschaft[365], und die hatte mich dann ausgesucht als Staatssekretär. Ich war da völlig erstaunt, hatte auch einen ganz anderen, viel besseren Menschen als mich vorgeschlagen. Trotzdem wurde ich genommen, weil der[366] wegen[367] seines Sohnes[368] von Brüssel nicht nach Hannover kommen wollte.

Vier[369] Jahre war ich bei Frau Breuel zuständig als Staatssekretär, und da ist es nun natürlich so - und damit leiten wir vielleicht über schon zu der nächsten Runde -, dass ein Staatssekretär im Wirtschaftsministerium auch durchaus Dinge macht, die der Minister nicht zu machen braucht, weil der Minister manche Dinge macht wie zum Beispiel - wahrscheinlich; vermute ich mal - Gorleben, wo ich nach meiner Erinnerung im Wirtschaftsministerium ebenfalls nichts Weiteres zu tun hatte.

Das ging bis 1983[370]. Nein, warten Sie mal. 78, 82, 83. Also, es ging bis Ende der 80er-Jahre, sage ich jetzt mal so, und da-[371]raufhin wurde ich in den einstweiligen Ruhestand versetzt und bekam vom Ministerpräsidenten den Auftrag, die Entwicklungspolitik des Landes, die Ressorts[372] zu koordinieren aufgrund eines privatrechtlichen Vertrags, indem ich den Teil des Gehalts, den der im einstweiligen Ruhestand befindliche Beamte nicht bekommt[373] für diese Aufgabe,[374] dann bekam, und war in dieser Eigenschaft ungefähr 30-mal im Sudan. Wir haben dort - Albrecht hat das so gewollt, und ich war sehr glücklich darüber - eine Entwicklungspolitik gemacht, die nicht von Vorstellungen ausgeht, wie das so allgemein üblich ist, was wir uns hier denken, sondern ahnungslos, wie wir waren - Gott sei Dank, ein großer Vorteil -, ahnungslos, wie ich insbesondere auch war, erst mal

[355] Ergänzung des Zeugen: Absatz, Anlage 2
[356] Richtigstellung des Zeugen: streiche „3“, setze „2“, Anlage 2
[357] Richtigstellung des Zeugen: streiche „noch einem weiteren Staat. Na, wer war es denn? Norwegen, Irland,“, Anlage 2
[358] Ergänzung des Zeugen: „über deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.“, Anlage 2
[359] Richtigstellung des Zeugen: streiche „und -- Ist ja auch egal. Und Großbritannien eben.“, Anlage 2
[360] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Chef,“, Anlage 2
[361] Ergänzung des Zeugen: „Europäischen“, Anlage 2
[362] Richtigstellung des Zeugen: streiche „danach bis 1982“, setze „1976 - 1978“, Anlage 2
[363] Richtigstellung des Zeugen: streiche „82 kam“, setze „1978 wurde“, Anlage 2
[364] Richtigstellung des Zeugen: streiche „nur“, Anlage 2
[365] Ergänzung des Zeugen: „zuständig“, Anlage 2
[366] Ergänzung des Zeugen: „andere Kandidat“, Anlage 2
[367] Ergänzung des Zeugen: „Bedenken“, Anlage 2
[368] Ergänzung des Zeugen: „, der“, Anlage 2
[369] Ergänzung des Zeugen: „(während der Legislaturperiode 1978 - 82)“, Anlage 2
[370] Richtigstellung des Zeugen: streiche „3“, setze „2“, Anlage 2
[371] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Nein, warten Sie mal. 78, 82,83. Also, es ging bis Ende der 80er-Jahre, sage ich jetzt mal so, und da-“, setze „Da“, Anlage 2
[372] Ergänzung des Zeugen: „der Landesregierung“, Anlage 2
[373] Ergänzung des Zeugen: „,“, Anlage 2
[374] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, Anlage 2

gehört[375], was da los ist, und wir haben dann in kleinen Projekten oft mehr Freude ausgelöst und auch Fortschritte erzielt als alle großen Projekte, die man sich hier ausdenkt, ohne im Einzelnen die Situation konkret in den Ländern zu begreifen,[376] insbesondere keinerlei finanzielle Subventionen. Der Staat Sudan hat durch die niedersächsische Entwicklungshilfe keinen einzigen Pfennig bekommen, sondern es ging alles direkt in die Projekte, und der Staat bekam kein Geld. Ganz anders ist das heute.

Das ging also bis 1990. Dann wurde die Regierung Albrecht abgelöst durch die Regierung Schröder. Herr Ministerpräsident Schröder entschied, dass diese Angelegenheit der Koordinierung nicht mehr in der Staatskanzlei war, sondern an den Herrn Trittin ging, und Herr Trittin war der Meinung, dass die Landesregierung mit einem verbrecherischen Regime zusammengearbeitet hätte - was nicht der Fall war -, und hat sich nicht weiter um die Dinge bemüht.

Ich habe daraufhin in Brüssel beantragt - - Obwohl die normale Befreiung, der normale [377]Urlaub, den man als europäischer Beamter hat, nur drei Jahre ist, wurde mir die ganze Tätigkeit hier als politische Tätigkeit angerechnet, und der[378] Generalsekretär der Kommission[379] hat mir gesagt, wann immer ich wollte, ich könnte jederzeit wiederkommen, bin wieder hingegangen 1991 und habe noch mal wieder dort angefangen in derselben Position, die ich früher hatte, und bin 1994 dann als Brüsseler Beamter pensioniert worden.

Danach bin ich an die Universität Hannover durch Lehraufträge und schließlich als Honorarprofessor, und ich unterrichte weiterhin - allerdings nur mit einem Seminar in jedem Semester - Europarecht an der Universität Hannover.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): So weit erst mal herzlichen Dank.

Können Sie sich noch an die Umstände erinnern, wie Sie damals - 76, glaube ich, sagten Sie - von der Europäischen Kommission in die Staatskanzlei gekommen sind?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ich habe - - Jeder europäische Beamte kann eine Beurlaubung aus persönlichen Gründen beantragen, die in aller Regel auf drei Jahre begrenzt ist. Nicht begrenzt ist sie für politische Tätigkeit, und da ich dann Staatssekretär wurde, zählte das als politische Tätigkeit, was nicht unbedingt in erster Linie gemeint war, sondern in erster Linie gemeint waren sicher Abgeordnete und Minister. Aber der Staatssekretär, der jederzeit entlassen werden kann, galt also auch als politische Tätigkeit. Wie ich schon sagte, der Generalsekretär der Europäischen Kommission, ein Franzose, hat mir gesagt, ich könnte jederzeit wiederkommen. Davon habe ich Gebrauch gemacht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Na, mich würde mehr interessieren: Sie haben vorhin angedeutet, dass der Ministerpräsident Albrecht Sie ja persönlich rübergeholt hat; so habe ich das verstanden. Wie muss ich mir das konkret vorstellen? Wie war Ihr Verhältnis zu dem damaligen Minister oder dann Ministerpräsident Albrecht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich kann da nur - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): War das - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich kann da nur zu sagen: Das Verhältnis zu dem Ministerpräsidenten damals und bis heute ist sehr freundschaftlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Wie würden Sie denn die Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten Albrecht beschreiben in den Abläufen, die Sie begleitet haben, vor allen Dingen in der Zeit, wo Sie in der Staatskanzlei gearbeitet haben? In welchen Bereichen waren Sie da genau, oder für welche Bereiche waren Sie genau zuständig? Gab es da eine Ressortaufteilung oder Zuständigkeitszuordnungen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, es gab natürlich Fachreferate. An sich war das die sogenannte Präsidialabteilung, die die Kabinettssitzung vorbereitete. Also, alles,

[375] Richtigstellung des Zeugen: streiche „erst mal gehört“, setze „habe ich mich in Khartum und im Sudan erst einmal umgesehen“, Anlage 2
[376] Richtigstellung des Zeugen: streiche „,“, setze „;“, Anlage 2
[377] Ergänzung des Zeugen: „Sonder“, Anlage 2
[378] Richtigstellung des Zeugen: streiche „, und der“, setze „ . Der“, Anlage 2
[379] Ergänzung des Zeugen: „Emile Noël“, Anlage 2

was anfiel im Kabinett, wurde irgendwie in dieser Abteilung mit Akten versehen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und wie war die Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, immer sehr gut, aber Ministerpräsident ist Ministerpräsident, und das merkt man dann manchmal.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wie habe ich das zu verstehen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Sie haben das so zu verstehen, dass der Ministerpräsident nicht alles machen muss, was sein Staatssekretär oder noch so kompetente Leute ihm raten. Niemand muss das als Minister.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja, gut, aber hatten Sie ein vertrauensvolles Miteinander? Haben Sie intensive persönliche Gespräche gehabt, oder ging das alles auf dem Schriftwege, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das geht gar nicht auf dem Schriftwege, sondern dies hier ist ja mit der Hand geschrieben und sicherlich nicht als für die Akten bestimmt gedacht. Es ist ja sehr schön, dass es vorliegt. Ich finde es sehr interessant, dieses Schreiben. Ein Ministerpräsident, der nicht als Beamter dahin kommt, der macht das so, wie er das jeweils für richtig hält, und das hat manchmal zur Folge, dass er völlig anderer Ansicht ist als der Beamte, der ihn berät. Ich kann das nicht besser beschreiben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, Sie wollen damit also sagen, dass der Ministerpräsident Albrecht eher kein Beamter oder kein gelernter Beamter war und dass Sie da häufig unterschiedlicher Auffassung waren, oder was darf ich daraus entnehmen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, er ist schon gelernter Beamter gewesen, aber in Brüssel, und ich darf mal hier sagen: Eine internationale Organisation wie Brüssel ist per se, weil es nämlich lauter Ausländer sind, die um einen rum sind, höflicher, freundlicher und menschlicher. Das glaubt man nicht, aber es ist so, und es ist zwangsläufig so, weil man nicht mit seinesgleichen umgeht, sondern ununterbrochen einem Italiener und einem Franzosen und einem Engländer und sonst was[380] begegnet und dienstlich mit denen zusammenarbeiten muss. Insofern war Herr Albrecht zwar Beamter gewesen als Generaldirektor für Wettbewerb, aber im deutschen Sinne wirklich kein typischer Beamter.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Die Frau Vorsitzende, wenn ich jetzt mal den Bereich wechseln darf und zu den konkreten Abläufen in Niedersachsen kommen darf, hat Sie vorhin schon mal auf das Kürzel KEWA angesprochen, KEWA. Sagt Ihnen dieses Kürzel was?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: K?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Konrad, Emil, Wilhelm, Anton.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs-Gsellschaft. Können Sie damit etwas anfangen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das Wort Wiederaufbereitung sagt mir was, aber diese KEWA kenne ich nicht, also glaube ich, nie gehört zu haben. Mir ist es neu.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Haben Sie nie gehört?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, vielleicht habe ich es gehört, aber das weiß ich dann nicht mehr.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, dass es damals in Niedersachsen eine Diskussion um eine Standortermittlung gab, und können Sie sich außer Gorleben, was wir ja hier bearbeiten müssen, daran erinnern, dass dort noch andere Orte im Gespräch waren?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das habe ich dem Vermerk gerade entnommen,

[380] Richtigstellung des Zeugen: streiche „was“, setze „wem“, Anlage 2

aber erinnern kann ich mich da überhaupt nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Erinnern können Sie sich nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich habe dem Vermerk gerade entnommen, dass da drei Standorte in - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ach, hier ist er ja. Was habe ich - - Weil[381] bei jedem der drei Standorte weitere Untersuchungen einschließlich Bohrungen erforderlich sind. Das lerne ich wieder hier.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, persönliche Erinnerungen haben Sie nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Überhaupt nicht, nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Haben Sie denn Erinnerungen an Verfahren, sozusagen Auswahlverfahren, also dass da Kriterien entwickelt wurden, wie Orte, die da im Gespräch waren, die Sie dort gelesen haben, dann bewertet wurden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Überhaupt nicht. Ich habe Erinnerung, eine vage Erinnerung, dass eine große Konferenz stattgefunden hat mit Carl Friedrich von Weizsäcker, so mit mehr wissenschaftlichem Charakter. Daran habe ich meines Wissens auch nicht teilgenommen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja. Können Sie sich daran erinnern, ob Sie damals eine Meinung hatten zu dem sogenannten Nuklearen Entsorgungszentrum und mit dieser Meinung an den Ministerpräsidenten herangetreten sind?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das nehme ich nicht an. Ich meine, es ist ja alles möglich. Ich habe diesen Vermerk zu meiner Freude jetzt erhalten. Vielleicht kriege ich noch mehr so schöne Vermerke. Aber daran kann ich mich nicht erinnern, nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Da kann ich Ihnen jetzt leider nicht weiterhelfen.

[381] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ach, hier ist er ja, Was habe ich -- Weil“, setze „dass“, Anlage 2

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Schade.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): So ist das. - Ja, ich habe dann, Frau Vorsitzende, erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Hat die Unionsfraktion weitere Fragen? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann bitte für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Professor Naß, ich bin jetzt nun keine Niedersächsin, wie man unschwer hört, und vom Jahrgang 64 und deshalb auch nicht ganz vertraut mit den politischen Verhältnissen, wie Sie sie vorhin angedeutet haben. Was war denn so das ganz Besondere an der damaligen Situation, außer dass Ministerpräsident Albrecht ganz neu war?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, Gott, es ist immer was Besonderes, wie die Koalition im Bund und in den Ländern ist. Es ist immer eine andere Beziehung zwischen der Bundesregierung, die von zwei Parteien, und einer Landesregierung, die von zwei anderen Parteien gebildet wurden.

Ute Vogt (SPD): Also, Sie meinten damit die unterschiedlichen Konstellationen -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ja, ja, noch dazu eines Neulings.

Ute Vogt (SPD): - der Regierungszusammensetzung?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Noch dazu eines Neulings mit Regierungswechsel gegenüber einer Bundesregierung, die irgendwie anders konstruiert war.

Ute Vogt (SPD): War das Thema Standortsuche - - Oder an was können Sie sich im Zusammenhang mit dem Thema Standortsuche für ein nationales Entsorgungszentrum denn erinnern? Weil das ja kein Thema ist, was überhaupt - - Das war ja ein Thema, das insgesamt breit diskutiert worden ist, jetzt unabhängig von speziellen Vermerken.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, das Wort Entsorgungszentrum ist mir - -

Finde[382] ich sehr interessant, aber wäre ich nicht darauf gekommen, dass es diesen Begriff gibt jetzt.

Ute Vogt (SPD): Und das Wort Endlager kennen Sie auch nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Doch, doch, das war hier Gorleben. Es handelte sich ja hier um ein Endlager.

Ute Vogt (SPD): Und können Sie uns beschreiben, in welchem Zusammenhang das diskutiert worden ist oder wie das damals diskutiert wurde jetzt, wie gesagt, unabhängig von Ihren Vermerken?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich kann nur sagen: Dieses ist zufällig ein Vermerk nach diesem Ministertreffen, an das ich mich als solches auch nicht erinnere. Aber an alles auch nicht, wirklich nicht.

Ute Vogt (SPD): Sie erinnern sich nicht, dass Niedersachsen einmal eine Entscheidung getroffen hat oder vorgeschlagen hat, dass Gorleben ein Standort werden könnte?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das habe ich ja hier gerade kritisiert in diesem Vermerk.

Ute Vogt (SPD): Und vorher haben Sie davon nun nichts mehr gehört gehabt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Vorher war ich ja noch in Brüssel. Das ist ja alles - - Wann ist das hier von - -[383]

Ute Vogt (SPD): Nein, ich meine, bevor Sie den Vermerk gesehen haben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Weiß ich wirklich nicht. Ich halte den Vermerk für sehr interessant. Ich freue mich, dass ich den jetzt habe, aber für mich ist das völlig neu, genauso wie für Sie.

Ute Vogt (SPD): Kennen Sie den Bundestagsabgeordneten Herrn Grill?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, kenne ich.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie mit dem viel zusammengearbeitet?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, habe ich viel zusammengearbeitet in Bezug auf die Elbgrenze. Was heißt „zusammengearbeitet"? Der ist ja nun da an der Elbe,[384] und der hat mir auch eine Fahrt - -[385] Ich war ja[386] in der Grenzkommission - das war nun wirklich eine interessante Sache -, und die tagte alle zwei Monate. Da musste man schon - -[387] Da war ja streitig, wo die [388]Grenze verlief. Die Grenze durfte von der Grenzkommission ja nicht erfunden werden, sondern[389] musste sich an die Vorgaben der Besatzungsmächte halten. Diese Vorgaben waren unterschiedlich, wurden unterschiedlich beurteilt, auch bis zum Schluss übrigens, und Ministerpräsident Albrecht war der Auffassung, dass die Grenze an der Ostseite oder Nordseite zu liegen habe, aufgrund von Akten, von Dokumenten. Es gab dann andere - das habe ich aber auch erst später erfahren - Dokumente, die die Interpretation[390] etwas anders sahen.

Ich kann nur sagen: Man muss sich nur heute mal vorstellen, man hätte die Grenze ans Ostufer gelegt und dann die Schüsse freigegeben für[391] jeden, der rüberschwimmt. Insofern war das eine sehr vernünftige Entscheidung vom Ministerpräsidenten, dass man die Sache offen ließ und damit eine beiderseitige Benutzung in gewissen Grenzen der Elbe ermöglicht[392] hat[393].

---

[382] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist mir -- Finde", setze „finde", Anlage 2
[383] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das ist ja alles -- Wann ist das hier von --", Anlage 2
[384] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Der ist ja nun da an der Elbe,", setze „Der war ja Abgeordneter an der Elbe", Anlage 2
[385] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--", setze „auf der Elbe organisiert.", Anlage 2
[386] Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja", Anlage 2
[387] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Da musste man schon --", Anlage 2
[388] Ergänzung des Zeugen: „innerdeutsche", Anlage 2
[389] Ergänzung des Zeugen: „die Grenzkommission", Anlage 2
[390] Richtigstellung des Zeugen: streiche „die Interpretation", setze „den Willen der Besatzungsmächte", Anlage 2
[391] Richtigstellung des Zeugen: streiche „für", setze „auf", Anlage 2
[392] Ergänzung des Zeugen: „e", Anlage 2
[393] Richtigstellung des Zeugen: streiche „hat", Anlage 2

Ute Vogt (SPD): Das war sicher richtig, nur wundert es mich jetzt umso mehr, wenn Sie an so eine doch länger zurückliegende Entscheidung, die heute nicht mehr diskutiert wird, so deutliche Erinnerungen haben und dass Sie gleichzeitig zu einer Entscheidung, die bis heute in der aktiven Politik eine Rolle spielt, nämlich für den Standort Endlager Gorleben, gar nichts mehr sagen können.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das ist der Unterschied zwischen Dingen, für die man verantwortlich ist - und das war ich für das Verhalten Niedersachsens in der Grenzkommission drei Jahre lang; es wurde dann hinterher durch ein Abkommen, nicht Abkommen, durch ein, na ja,[394] zwischenstaatliches Abkommen im Bundeskanzleramt besiegelt -, oder ob man am Rande da mal gelegentlich erfährt, dass irgendwelche Minister aus Bonn kommen. Das ist ja ein großer Unterschied. Ich hatte in der Grenzkommission wirklich die Verantwortung, und zwar nicht nur für die Elbgrenze, sondern für die gesamten Vorfälle an der Grenze, die in dieser Grenzkommission besprochen wurden, entschieden wurden. Da war ich derjenige, der das zu machen hatte, und eine solche Kommission, Bund-Länder-Kommission zum Beispiel - wäre ja denkbar gewesen -, gab es nicht. Ich war jedenfalls nicht drin.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich doch gerne noch mal wissen: Der Kollege Grill - an den können Sie sich ja auch gut erinnern -, hatte der einen guten Draht zum Ministerpräsidenten Albrecht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das weiß ich nicht. Weiß ich nicht.[395]

Ute Vogt (SPD): Können Sie nicht sagen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein.

Ute Vogt (SPD): Und sagen Ihnen die Gebrüder Remmers was?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, der eine ist ja nun leider gestorben, der - -[396] Natürlich habe ich die als Minister erlebt. Die waren ja beide Minister, und ich hatte größte Hochachtung vor dem jetzt verstorbenen Minister, aber auch vor dem Justizminister. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ute Vogt (SPD): Und haben die beide in ihrer Amtszeit oder bevor sie Minister wurden - - Können Sie uns sagen, an welchen Themen da die Gebrüder Remmers gearbeitet haben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das weiß ich nicht. Ich kam ja aus Brüssel 76, und da habe ich den Kultusminister Remmers kennengelernt und dann später den Justizminister. Also, das habe ich schon - - Die[397] Vergangenheit, daran erinnere - -[398]

Ute Vogt (SPD): Und dass der damalige Minister und der spätere Minister, also die beiden Brüder, in Bezug auf einen Endlagerstandort sich jeweils gewehrt haben, dass in ihren Regionen so ein Standort zustande kommt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das kann ich verstehen, aber es ist mir völlig neu.

Ute Vogt (SPD): Ist Ihnen neu?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ist mir völlig neu. Mir ist alles neu, was ich hier heute lerne.

Ute Vogt (SPD): Lesen Sie ab und zu noch Zeitung in Ihrem Heimatbereich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, aber nicht - -[399] Ich lese da noch sehr viel Zeitung, aber mein Heimatbereich ist auch die Europäische Kommission, mein Heimatbereich ist die Universität Hannover, und mein Heimatbereich[400] - - Ich war gestern hier auf dem Wirtschaftstag der CDU, und zwischendurch habe ich das geschwänzt und

[394] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Abkommen, nicht Abkommen, durch ein, na ja,“, Anlage 2
[395] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Weiß ich nicht.“, Anlage 2
[396] Richtigstellung des Zeugen: streiche „der --“, Anlage 2
[397] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das habe ich schon -- Die“, setze „das ist“, Anlage 2
[398] Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „ich mich nicht.“, Anlage 2
[399] Richtigstellung des Zeugen: streiche „aber nicht --“, Anlage 2
[400] Ergänzung des Zeugen: „ist auch“, Anlage 2

bin zur Friedrich-Ebert-Stiftung gegangen, wo Sadiq al-Mahdi, der frühere Ministerpräsident des Sudans, war. Also, auch im Sudan fühle ich mich zu Hause, wenn ich das mal sagen darf.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie haben praktisch in den letzten Jahren auch nichts mehr über Gorleben gelesen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein.

Ute Vogt (SPD): Da haben Sie schon einen ganz schönen Bogen um viele Veröffentlichungen gemacht, wenn ich das anmerken darf.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das muss man auch machen. Wenn man das nicht macht, dann kommt man nicht zum Wesentlichen. Das konnte das[401] ja nicht mehr beeinflussen.

Ute Vogt (SPD): Es geht uns ja hier nicht um die Frage der informellen Informationswege und was Sie für Vermerke geschrieben haben. Die haben wir ja auch schriftlich. Da brauchen wir ja am Ende auch gar nicht unbedingt die Aussage dazu. Aber es gibt ja Hinweise, oder es ist ja belegt, dass die Landesregierung bei dem Ministertreffen damals gegenüber der Bundesregierung erklärt hat, es gibt einen Standort, und dass später Ministerpräsident Albrecht diesen Standort noch mal benannt hat und gesagt hat: „Ihr könnt Gorleben nehmen, aber sonst kein anderes.“ Können Sie sich vorstellen, dass Ministerpräsident Albrecht gehofft hat, dass die Bedenken von Bundeskanzler Schmidt gegen diesen Standort Gorleben dann dazu führen, dass der Bund auf diesen Standort verzichtet?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich kann mir so was überhaupt nicht denken. Ich denke nicht, was andere denken.

Ute Vogt (SPD): Ich dachte, Sie seien ihm freundschaftlich verbunden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich mache nur noch mal darauf aufmerksam, dass ich hier geschrieben habe in diesem Vermerk, dass Voraussetzung für Gorleben die Sicherheit ist. „Voraussetzung Sicherheit“ steht hier noch drin, und das ist auch sehr vernünftig. Also, daran hing alles.

Ute Vogt (SPD): Ja, der damalige Bundeskanzler Schmidt hatte Bedenken wegen der Grenznähe zur DDR, dieses Lager dort anzusiedeln.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.[402]

Ute Vogt (SPD): Es gab dann eine Entscheidung von Herrn Albrecht, der sinngemäß sagte, entweder Gorleben oder der Bund bekommt gar nichts, und es gibt die Vermutung einer Zeugin hier, dass Ministerpräsident Albrecht möglicherweise damit gerechnet hat, dass Herr Schmidt dann sagt: „Nein, Gorleben kommt nicht infrage.“

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, das ist mir alles neu, und ich werde mich hüten, Dinge, mit denen jemand gerechnet hat, nun heute für wahrscheinlich oder unwahrscheinlich zu halten. Es ist mir neu, und ich freue mich, dass ich das hier lerne.

Ute Vogt (SPD): Sie sind mit Herrn Ministerpräsident Albrecht ja freundschaftlich verbunden, haben Sie gesagt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.

Ute Vogt (SPD): Nun wissen wir, dass er nicht mehr in der Lage ist, hier auszusagen. Insofern wäre es natürlich für uns schon sehr hilfreich, wenn Sie als einer der Wenigen, der aus dieser Zeit auch noch Zeitzeuge sein kann, vielleicht doch noch mal möglicherweise mit Einsichtnahme in die Vermerke sich doch bemühen könnten, uns auch ein bisschen Hilfestellung zu geben. Es geht ja darum, zu untersuchen, wie der Standort Gorleben damals zustande gekommen ist. Das ist, denke ich, eine Frage auch der historischen Klarheit. Können Sie sich vorstellen, wenn wir Ihnen Vermerke geben, dass Sie möglicherweise Ihre Erinnerung wieder dadurch auffrischen könnten?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich darf mal sagen: Die Freundschaft mit Ministerpräsident Albrecht war strikt getrennt vom Beruflichen. Wir wurden zur silbernen

[401] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „ich“, Anlage 2

[402] Richtigstellung des Zeugen: streiche „.“, setze „?“, Anlage 2

Hochzeit eingeladen. Wir kennen die Ursula von der Leyen als Kind in Brüssel. Das kam von Brüssel her. Aber das war strikt getrennt von allem Dienstlichen. Ich brauche das nicht weiter auszuführen.

Ute Vogt (SPD): Trotzdem wollte ich fragen, ob Sie noch mal bereit wären, sich vielleicht eine kurze Zeit zu nehmen, um in Vermerke zu schauen, weil wir doch die Hoffnung nicht ganz aufgeben wollen, dass das eine oder andere Ihnen doch wieder in Erinnerung kommt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das würde ich gerne tun, wenn meine Lebenszeit unbegrenzt wäre. Das sage ich Ihnen wirklich ehrlich. Ich habe noch so viele Dinge, die ich bearbeiten möchte aus meinem Leben, und zwar objektiv dann[403] bearbeiten möchte, und das könnte ja eines sein. Aber das ist ja kein zukunftsweisendes Projekt, und das mache ich nicht, sondern ich mache, beschäftige mich - -[404] Ich habe jetzt ein Buch veröffentlicht über die Grenzkommission, der ich angehört habe, aber auch nicht unter dem Gesichtspunkt, was damals war, sondern unter dem Gesichtspunkt, was uns damals nicht bekannt war, wie wir von der Stasi beobachtet und gelenkt, teilweise gelenkt worden sind. Und[405] das[406] habe ich in der Birthler-Behörde bearbeitet, mir die Akten durchgesehen und damit einen Beitrag geleistet für das Verständnis der Grenzkommission. Aber für Gorleben möchte ich wirklich nicht mehr aktiv tätig sein.

Ute Vogt (SPD): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion dort zu meiner Rechten. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Naß, Sie sind ja vielseitig in Ihrer beruflichen Laufbahn gewesen. Sie sind ja viel rumgekommen; aber ich denke schon, dass Sie auch sicherlich über die Brüsseler Grenzen hinaus gewusst haben, was in den einzelnen Ländern so passiert ist. Also, das unterstelle ich Ihnen jetzt einfach mal. Sie haben doch sicherlich die Ölkrise Anfang der 70er-Jahre - - Das hat man doch eigentlich überall gemerkt. Wir haben doch Anfang der 70er-Jahre wirklich darüber nachgegrübelt, dass uns das so schnell nicht wieder passieren soll. Damals, unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, gab es doch eine sehr rege Diskussion: Wie wollen wir in der Zukunft unsere Energieversorgung sichern? Da gab es das große Konzept. Es war ja auch allbekannt, dass Helmut Schmidt auf ein Konzept gesetzt hat zu der damaligen Zeit, dass er bis zu 50 Kernreaktoren bauen lassen wollte. Und in dem Zusammenhang kam es eben auch zu dieser Idee, die Abfälle aus diesen Kraftwerken dann in einem nationalen Entsorgungszentrum, welches Sie ja nicht kennen, dann sozusagen zu verbringen. Das waren so die Planungen. Ist Ihnen diese ganze Diskussion überhaupt nicht mehr erinnerlich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ist es nicht, und es ist umso erstaunlicher, als ich ja im Bundeswirtschaftsministerium drei Jahre im Mineralölreferat gearbeitet habe. Aber da waren die Zeiten noch ganz anders. Ludwig Erhard musste erst mal begreifen, was eine Kuppelproduktion ist und dass das Heizöl praktisch verschenkt werden konnte, wenn man[407] die Benzinpreise[408] so hoch machte[409] für das Benzin, das den gleichen Produktionsvorgang hatte.

Nein, ich konnte auch nicht die ganze Welt bearbeiten, sondern ich habe beruflich zum Beispiel dieses Problem zwischen Kohle und Heizöl - - 140 Millionen Tonnen Kohle wurden damals noch gefördert, und dem Bundesminister für Wirtschaft musste beigebracht werden, dass die Konkurrenz zum Heizöl keine Konkurrenz ist, sondern dass die Mineralölkonzerne es in der Hand haben, wie viel sie für das Heizöl nehmen, und da-

[403] Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 2
[404] Richtigstellung des Zeugen: streiche „, sondern ich mache, beschäftige mich --“, setze „.“, Anlage 2
[405] Richtigstellung des Zeugen: streiche „und gelenkt, teilweise gelenkt worden sind. Und“, setze „wurden und wie die Stasi das ganze DDR-Grenzregime beherrscht hatte.“, Anlage 2
[406] Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „Das“, Anlage 2
[407] Richtigstellung des Zeugen: streiche „man“, setze „die Ölfirmen“, Anlage 2
[408] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Benzin“, Anlage 2
[409] Ergänzung des Zeugen: „n“, Anlage 2

her andere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ich habe mich dann beschränkt auf das, was für mich in Betracht kam. Ich konnte nicht die ganze Welt beurteilen.

Marco Buschmann (FDP): Herr Professor Naß, das ganze Thema Gorleben ist auch wissenschaftlich aufbereitet worden, auch von Historikern. Es gibt eine umfangreiche Arbeit von Herrn Dr. Tiggemann dazu. Darin heißt es - das ist die Tiggemann-Expertise, MAT A 93, Seite 35 -, dass Sie in Ihrer Funktion als Leiter der Abteilung 1 in der Staatskanzlei sich gegenüber Herrn Albrecht geäußert hätten mit einer Reihe von kritischen Argumenten. Ich nenne jetzt mal nur ein paar Schlagworte - vielleicht helfen die Ihnen bei der Erinnerung -: Rentabilität; Kosten von Polizeieinsätzen, falls es zu Demonstrationen kommt; ob man nicht mal überlegen könnte, ob man eine europäische Endlagerlösung andenken könnte usw. - Ist Ihnen irgendwas erinnerlich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Wenn der richtig zitiert hat - was ich nicht weiß -, dann ist es richtig. Aber wenn er nicht richtig zitiert, ist es nicht richtig. Ich erinnere mich daran nicht, finde es aber ganz vernünftig, was ich da wohl - -

Marco Buschmann (FDP): Eine letzte Frage. Das sind ja nun alles Dinge, die sozusagen das Umfeld der Anlage betreffen. Kosten des Polizeieinsatzes, Rentabilität usw., das sind ja alles keine sicherheitsbezogenen Dinge im engeren, im technischen Sinne. Ist Ihnen irgendwas erinnerlich, dass Sie skeptisch in Bezug auf die Sicherheit gegenüber der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Gorleben waren?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Mir ist da nichts erinnerlich.

Marco Buschmann (FDP): Nichts erinnerlich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich war auch dafür nicht zuständig, sondern allenfalls mal in Bezug auf Kabinettsvorbereitung oder so etwas, aber mehr ist das nicht.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit geht das Rederecht jetzt an die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Naß, Sie haben gesagt, Sie wären niedersächsisches Mitglied der deutsch-deutschen Grenzkommission gewesen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wie groß war die Kommission? Da waren auch aus den anderen Bundesländern - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ja[410]. Nicht aus den anderen Bundesländern, sondern aus den Bundesländern, die eine Grenze zur DDR hatten. Also, Nordrhein-Westfalen war da nicht vertreten, sondern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Bayern und im Übrigen die Bundesregierung durch das Innenministerium - das deutsche Bundesinnenministerium ist ja erstaunlicherweise für die Außengrenzen zuständig - und das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und vonseiten der DDR? Wie war das da besetzt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, die hatte eine Delegation, und - das ist eben das Interessante - die bestand aus Vertretern der dort zuständigen Ministerien. Das ist das dortige Innenministerium gewesen, das ist das dortige Finanzministerium - Deutschland im Übrigen auch -, und noch was, und auch einer vom Mielke-Ministerium. Wir haben nie so richtig rausgekriegt, wie wir von der Stasi da beobachtet wurden. Natürlich, dass die alles abhörten und so, das war ja klar. Wir sind auch teilweise an die frische Luft gegangen und haben die Besprechung draußen gehabt, aber - - Was soll ich noch dazu sagen?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wie oft haben Sie getagt?

[410] Richtigstellung des Zeugen: streiche „, ja“, Anlage 2

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, eben alle ein, zwei - -[411] Ich meine[412], man muss unterscheiden: Vorbereitung der deutschen Delegation und mit der DDR-Delegation. Das sind also - -[413] Jeden Monat. Ich habe Vermerke in das Buch aufgenommen. Damit die Leser nicht denken, ich hätte da nur Feuilleton geschrieben, habe ich auch mal einen Vermerk an Albrecht in dem Buch drin. Das ging teilweise so weit, dass ich die Abteilung gar nicht leiten konnte in der Staatskanzlei, weil das[414] ununterbrochen - -[415] Das behält man natürlich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann haben Sie in der Zeit sicherlich auch Ministerialdirigent Dr. Hans Otto Bräutigam kennengelernt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Flüchtig. Ich schätze ihn außerordentlich. Er war ja teilweise Mitarbeiter von Herrn Gaus. Gaus hieß der, nicht? - Ja, er war teilweise stellvertretender Leiter der Bundesrepublik, und teilweise war er auch, wie die Grenzkommission da war, der Leiter, weil Herr Gaus als ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland es für richtig hielt[416] - und das war auch sicher richtig -, bei dem Diplomatenausflug, den die DDR für die Diplomaten organisiert hat,[417] abwesend zu sein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Mir liegen Informationen vor, dass vonseiten der DDR Herr Dr. Baumgärtel da eine wesentliche Rolle hatte. Können Sie sich an den erinnern, oder an wen können Sie sich vonseiten der DDR erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Die Grenzkommission wechselte ja. Ich war ja auch nur von 76 bis 78 drin. Wie ich dann ins[418] Wirtschaftsministerium kam, war mein Nachfolger Herr Ebisch von der niedersächsischen Landesregierung[419]. Also, das wechselte[420]. Der Name ist mir bekannt. Der war, glaube ich, auch Polizeipräsident in Ostberlin. Jedenfalls: Ich habe den nicht kennengelernt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und was waren nach Ihrer Erinnerung die Hauptinhalte dieser Treffen? Ging es, sag ich mal, um Belange, die an der Grenze sozusagen von Relevanz waren, oder waren das jetzt richtig staatliche? War das jetzt eher das Praktische, Kleinteilige, was Probleme rechts und links der Grenze betraf, oder waren das eher große politische Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Beides. Die Hauptaufgabe bestand darin, festzustellen: Wo liegt die Grenze aufgrund der Vereinbarung der Alliierten? Wo liegt die? Daneben entstand dann eben zum Beispiel Eckertal. Das ist die Talsperre in Niedersachsen. Die Versorgung der niedersächsischen Gebiete geht über Rohre, die durch DDR-Gebiet fließen. Das war also eine höchstkomplizierte Sache, das zu regeln. Solche Dinge geschahen eben auch.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wenn dann jetzt eine größere wirtschaftliche Ansiedlung oder ein größeres Bergbauprojekt von einem der Staaten dicht an der Grenze geplant worden wäre, was vielleicht Einfluss auf den anderen Start[421] gehabt hätte, wäre das dann da auch verhandelt worden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, also die DDR konnte dicht an der Grenze so

411 Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „Monate“, Anlage 2
412 Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich meine“, Anlage 2
413 Richtigstellung des Zeugen: streiche „also --“, setze „Tagungen.“, Anlage 2
414 Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „mich“, Anlage 2
415 Richtigstellung des Zeugen: streiche „--“, setze „die Grenzkommission in Anspruch nahm.“, Anlage 2
416 Richtigstellung des Zeugen: streiche „Er war ja teilweise Mitarbeiter von Herrn Gaus. Gaus hieß der, nicht? - Ja, er war teilweise stellvertretender Leiter der Bundesrepublik, und teilweise war er auch, wie die Grenzkommission da war, der Leiter, weil Herr Gaus als ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland es für richtig hielt“, setze „Er war zu meiner Zeit stellvertretender Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin und hat als solcher einmal die Grenzkommission empfangen, weil Herr Gaus, der Leiter der Vertretung es für richtig hielt“, Anlage 2
417 Ergänzung des Zeugen: „nicht“, Anlage 2
418 Ergänzung des Zeugen: „Niedersächsische“, Anlage 2
419 Richtigstellung des Zeugen: streiche „von der niedersächsischen Landesregierung“, setze „vom Niedersächsischen Bundesratsministerium“, Anlage 2
420 Ergänzung des Zeugen: „auf beiden Seiten“, Anlage 2
421 Richtigstellung des Zeugen: streiche „Start“, setze „Staat“, Anlage 2

etwas gar nicht machen, weil sie da die Grenzanlagen hatte. Und wenn Sie von [422]deutscher Ansiedlung sprechen: Das weiß ich nicht. Warum sollten wir an der Grenze irgendeine Ansiedlung - - Das kann ich nicht beurteilen.[423] Das ist mir neu. Aber nicht neu ist mir, dass die DDR ja verhindert hat, dass die DDR-Bevölkerung die Grenze zu Gesicht bekam. Ganze Dörfer wurden erst mal unter einem fürchterlichen Stichwort - mir fällt es jetzt nicht ein; Säuberung[424] oder so ähnlich - verpflanzt ins Innere, und dann kam die DDR-Grenze. Die war im Grunde die Grenze zwischen der ohnehin nur noch schwach besiedelten Grenzregion, und dann kam eine große Zeit gar nichts, dann kamen die Laufgräben, und dann kamen die Schießscharten. Vor allen Dingen war eines, was ich festgestellt habe, wichtiger als die ganze Grenzabwehr: Das war der Bericht über diese Grenzabwehr an Herrn Mielke. Das war - - Die Fragen sonst von Ihnen kann ich nicht verstehen.[425]

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, nach Ihrer Erinnerung war dieses Projekt Gorleben oder auch Morsleben, was ja ein ähnliches Projekt auf DDR-Seite war, nie Thema in der Kommission?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das war bestimmt nicht Thema in der Grenzkommission. Zu meiner Zeit nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann fragen jetzt die Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal auf die Anfangsphase, auf Ihren Start in Niedersachsen zu sprechen kommen. Das war ja an sich eine spannende Phase. Ernst Albrecht war gerade Ministerpräsident geworden - ein durchaus überraschendes Ergebnis -, und Sie haben, wenn ich das richtig verstehe, dann gleich als Mitarbeiter bei ihm in dieser Zeit angefangen. Richtig?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das ist richtig. Man muss sich das mal so vorstellen, dass Niedersachsen, mit Ausnahme einer Zeit von Ministerpräsident Hellwege, seit Kriegsende von einer Partei durchgehend regiert worden ist.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich bin genau zu der Zeit nach Niedersachsen zugezogen. Deswegen kann ich mich daran deutlich erinnern.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, darum erzähle ich es Ihnen ja. Und nun kommt ein Mensch, der seine politische Erfahrung in Brüssel gesammelt hat, der dann hier in Niedersachsen im Landtag war und bei der Firma Bahlsen als Finanzdirektor sein Brot verdiente, und wird dann plötzlich gewählt, in der Mitte der Legislaturperiode, nachdem dieser wirklich noble Ministerpräsident Kubel, der auch in allen Regierungen vorher alle möglichen Ressorts betreut hatte, gedacht hat, der von ihm ausgewählte Herr Kasimier würde nun sein Nachfolger. Und das wurde nun Herr Albrecht mit einer Stimme Mehrheit nach mehrfachen Abstimmungen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das war sehr überraschend.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Und nun ist er also Ministerpräsident, betritt diese Staatskanzlei und hat lauter Leute vor sich, die so was gar nicht kennen, dass ein CDU-Mensch Ministerpräsident werden kann. Das ist ja auch logisch. Das war nie der Fall, außer bei Herrn Hellwege eine Zeit lang. Und dann hat er[426] sich gesagt: Einen wenigstens.[427] Ich mache gar nichts anders, sondern ich hole einen Menschen - alles bleibt, wie es ist -, dem ich vertraue, einen, der ohnehin nicht mehr emigrieren will, sondern auch mal wieder zurück will nach Deutschland. Den frage ich, ob das geht, ob

[422] Ergänzung des Zeugen: „west“, Anlage 2
[423] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- Das kann ich nicht beurteilen.“, setze „auf dem Gebiet der Bundesrepublik mit der DDR besprechen?“, Anlage 2
[424] Richtigstellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen: „Säuberung“, Anlage 2
[425] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das war -- Die Fragen sonst von Ihnen kann ich nicht verstehen.“, Anlage 2
[426] Richtigstellung des Zeugen: streiche „er“, setze „Ministerpräsident Albrecht“, Anlage 2
[427] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Einen wenigstens.“, Anlage 2

der kommt[428]. Und dann bin ich gekommen. So ist das.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau so habe ich Ihre Rolle auch verstanden, auch nach dem, was Sie vorhin geschildert haben. Einen, auf den er sich verlassen können musste, brauchte er wenigstens.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da habe ich gleich mal eine Frage, weil Sie ja vorhin schon nach den Brüdern Remmers gefragt wurden. Die kommen aus dem Emsland, wo ich jetzt auch fast herkomme. Können Sie sich noch daran erinnern, dass, relativ bald nachdem Ernst Albrecht Ministerpräsident geworden ist, ihm die Brüder Remmers, sagen wir mal: die Hölle heißgemacht haben wegen bestimmter Probleme und gesagt haben: „Wenn du jetzt in dieser Richtung falsch entscheidest, dann bis du nicht mehr lange Ministerpräsident“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, solche Dinge, wenn sie vorgekommen sein sollten - das weiß ich nicht -, hätte Herr Albrecht mir bestimmt nie erzählt, sondern - -[429] Dazu kann ich nichts sagen. Nie gehört, und ich weiß auch nicht, ob es stimmt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war relativ öffentlich. Ich sage Ihnen, worum es ging. Da hatte sich Ernst Albrecht schon entschieden, eine Bereitschaft zu signalisieren: Wir könnten ja ein Endlager untersuchen in Niedersachsen in Salz, und das sollte nämlich im Wahlkreis der Gebrüder Remmers sein, im Emsland. Da war sozusagen schon Dampf im Kessel angesagt, und deswegen hatte ich gedacht, Sie erinnern sich vielleicht an den Anlass, warum die Brüder Remmers bei ihm vorstellig geworden sind, sagen wir es mal neutral.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Bei wem vorstellig geworden?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ministerpräsident Albrecht.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Keine Ahnung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Keine Ahnung. Ich finde die beiden - - Beide[430] haben mir als Persönlichkeit imponiert, und solche Dinge hätten mich auch eigentlich nicht interessiert. Das ist mir alles neu.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich mir gedacht habe, vielleicht könnte das auch der Hintergrund sein, dass Sie - - Ich meine, es war schon schwierig. Ernst Albrecht musste ja auch in seiner CDU um Zustimmung werben. Das könnte vielleicht der Hintergrund gewesen sein, warum Sie ihm doch mehrfach - auch in dem Vermerk, den wir da gerade vorliegen haben - dazu geraten haben, mehr oder weniger etwas vorsichtig zu sein, und warum Sie über bestimmte Entscheidungen überrascht waren. Da hat er Sie nicht konsultiert?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, diese Unterstellung weise ich zurück.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage, keine Unterstellung.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, auch als Frage weise ich es zurück. Ich habe sachlich argumentiert und nicht mit solchen Sachen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie hatten in dem einen Vermerk ja Ihre Überraschung geäußert, oder: haben dem Ministerpräsidenten und dem Staatssekretär mitgeteilt - das ist der, der vorhin schon zitiert worden ist -, dass das Ergebnis der Besprechung Überraschung ausgelöst hat, und haben das begründet. Ich habe den Vermerk auch eher als guten Rat verstanden, nicht als was Böses. Sie haben sich ja mit dem Thema danach noch mal befasst und haben noch einen Vermerk handschriftlich gemacht, wo Sie „wichtig“ drübergeschrieben haben und wo Sie noch

[428] Richtigstellung des Zeugen: streiche „Den frage ich, ob das geht, ob der kommt“, setze „Dem biete ich das an“, Anlage 2

[429] Richtigstellung des Zeugen: streiche „, sondern --“, setze „.“, Anlage 2

[430] Richtigstellung des Zeugen: streiche „-- Beide“, Anlage 2

mal darauf hingewiesen haben, dass man gerade die Sicherheitsfrage genauer untersuchen müsste, und das auch an den Ministerpräsidenten gerichtet. Können Sie sich an solche Debatten erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, wenn Sie mir den Vermerk auch mit auf den Weg geben, würde ich mich freuen; aber das ist mir alles neu, und ich darf noch mal sagen: Solche Dinge, die Sie jetzt behaupten, dass die beiden Brüder Remmers das gemacht haben sollen - lassen wir mal offen, ob es stimmt -, die hätten mich auch nicht interessiert, und ich hätte sie auch nicht erfahren, sondern ich habe sachlich argumentiert, habe mich jedenfalls bemüht, sachlich zu argumentieren. Wenn Sie mir den Vermerk verehren, würde ich mich freuen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen wir gleich. Ich wollte nur anmerken: Das mit den Brüdern Remmers stand natürlich in der Landespresse, und ich gehe doch mal davon aus, dass Sie damals als Mitarbeiter auch mal den Pressespiegel der Landespresse gelesen haben. Aber ich nehme das jetzt auch mal so wie Sie zur Kenntnis.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich darf doch mal bitten, dass Sie sehen, dass ich mich bemüht habe, -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber klar.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: - auf allen Positionen nicht Presse zu lesen, sondern die Presse in erster Linie unter dem Gesichtspunkt zu lesen, was für mich wesentlich ist, und da waren solche Geschichten für mich - auch persönlich - nie wesentlich.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay, das nehmen wir jetzt auch einfach mal zur Kenntnis.

Dann frage ich Sie mal, weil Sie sich ja doch an Personen eher ganz gut erinnern können, auch an die Brüder Remmers: Erinnern Sie sich noch an Herrn Leisler Kiep und an seine Besuche in Hannover?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, Herr Leisler Kiep hat hier keine Besuche gemacht, sondern er war niedersächsischer Finanzminister, und ich habe hinter ihm im Landtag gesessen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es falsch formuliert: nicht seine Besuche in Hannover, sondern seine Besuche in der Staatskanzlei.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Da war ich nicht bei, habe ich auch nicht - -[431] Ist mir neu. Natürlich ist Herr Kiep mir nicht neu, aber die Besuche in der Staatskanzlei sind mir völlig neu.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wir Herrn Leisler Kiep noch in der Diskussion haben, dass wir ihn als Zeugen laden werden, und dann wäre das ja eine interessante Information gewesen, an wen Sie sich erinnern.

Aber dann wollte ich Sie noch nach einer letzten Person fragen. Kennen Sie oder haben Sie auch mal diskutiert mit Dr. Anselm Tiggemann, der sich zu der Gorleben-Frage auch in wissenschaftlichen Publikationen auseinandergesetzt hat?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich kann mich - - Das ist mir neu, aber das ist nicht ausgeschlossen. Ich habe mit so vielen Leuten dienstlich zu tun gehabt. Bis heute beeindruckt hat es mich jedenfalls nicht.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Herr Dr. Tiggemann ist ein junger Mann, der dem Ausschuss auch persönlich bekannt ist. Von daher haben wir gelacht. Wir haben nicht über Ihre Antwort gelacht, Herr Professor Naß, sondern nur, weil wir alle - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, wer ist es denn? Dann sagen Sie es doch mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Tiggemann ist nicht im Raum heute, aber er ist - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nach unseren Informationen haben Sie aber nicht mit ihm gesprochen!)

[431] Richtigstellung des Zeugen: streiche „habe ich auch nicht --“, Anlage 2

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein. Woher kenne ich ihn?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn Sie mit ihm gesprochen hätten, wären Sie beeindruckt gewesen! - Heiterkeit)

- Ja, aber lassen Sie mich doch noch mal wissen, was mir da entgangen ist jetzt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Tiggemann ist Historiker und hat über den Ablauf der Prozesse, wie man denn zu dem Standort Gorleben kam, eine wissenschaftliche Publikation verfasst und in dem Zusammenhang auch mit Zeitzeugen gesprochen. Von daher war die Frage, ob er - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Mit mir offenbar nicht, nein.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, er zitiert aber Herrn Naß! Das ist ja der Witz dabei! Er zitiert Sie! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Grindel stellt ihn Ihnen bestimmt vor!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die erste Berliner Runde ist rum. Gibt es weitere Fragen an Herrn Professor Naß? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann bedanken wir uns sehr herzlich bei Ihnen, Herr Professor Naß, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, und ich darf jetzt diese Befragung ganz formal auch beenden.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch einen Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch weitere Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich sehr herzlich dafür, dass Sie hier bei uns waren und zur Verfügung gestanden haben. Ich bedanke mich sehr herzlich auch beim Protokoll, schließe die Sitzung und wünsche allseits einen schönen Abend. Auf Wiedersehen!

(Schluss: 18.53 Uhr)

Anlage 1

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 43
(Sitzungsteil Zeugenvernehmung, I: Öffentlich)
1. Juni 2011

Stenografisches Protokoll
- Vorläufige Fassung* -

der 43. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 26. Mai 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen	1 - 101
• Herr Reinhold Ollig gemäß Beweisbeschluss 17-183	
• Herr Prof. Dr. Klaus Otto Naß gemäß Beweisbeschluss 17-145	

gezeichnet für die Richtigkeit meiner Aussagen!

[redacted]

* Hinweis:
Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

(Beginn: 10.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige Beweisaufnahmesitzung. Wir werden als Zeugen bei uns haben: Herrn Reinhold Ollig - Herr Ollig, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde - und dann später Herrn Professor Dr. Klaus Otto Naß.

Der **einzige Punkt der heutigen Tagesordnung** ist:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Reinhold Ollig
gemäß Beweisbeschluss 17-183

Herr Prof. Dr. Klaus Otto Naß
gemäß Beweisbeschluss 17-145

Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich die Medien, die überhaupt nicht im Raum sind, Ton- und Bildaufnahmen einzustellen. Ich muss aber auch die Zuschauerinnen und Zuschauer darauf hinweisen, die da sind, dass es nach einem Beschluss des Ältestenrates vom 16. September 93 nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Videokameras oder eben auch Handys mit entsprechenden Funktionen zu nutzen. Darum bitte ich, dieselbigen auch auszustellen. Nichtbeachtung kann gegebenenfalls sogar strafrechtliche Konsequenzen neben dem dauerhaften Ausschluss von Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses haben.

Vernehmung des Zeugen Reinhold Ollig

Herr Ollig, nach diesen formalen Ansagen herzlich willkommen! Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonbänder werden dann nach Fertigstellung des Protokolls auch wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-183, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Darüber hinaus ist für die heutige Vernehmung eine Aussagegenehmigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung ergangen.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des PUAG können Sie die Auskunft über solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Person beginnen, und ich möchte Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Alter vorzustellen, und möchte zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch aktuell ist.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist richtig. Die Adresse ist noch gültig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Und Ihren Namen und Ihr Alter.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ich heiße Reinhold Ollig, bin 61 Jahre alt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Wenn Sie es wünschen, Herr Ollig, können Sie entsprechend § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zunächst einführen. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Weg zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen weiteren Standort obertägig, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Wenn Sie nicht möchten, dann würden wir gleich mit den Fragen beginnen.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich würde es vorziehen, wenn Sie gleich mit den Fragen beginnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann machen wir das. - Herr Ollig, ein zentraler Punkt im Rahmen unserer Untersuchungen hier ist ein Gespräch bei der BGR in Hannover am 11. Mai 1983. Teilgenommen haben damals unter anderem Vertreter der BGR, der PTB, des Bundeskanzleramtes, des Bundesinnenministeriums und des Bundesforschungsministeriums. Herr Dr. Alois Ziegler, Ihr damaliger Vorgesetzter, nahm als BMFT-Vertreter an dieser Sitzung teil. Und es gab eine Äußerung von Herrn Dr. Matting, der auch schon als Zeuge hier bei uns war, dem Vertreter des BMI, nämlich dass das BMI nicht wolle, dass andere Standortvorschläge in diesen Bericht, der ja für diese zentrale Lenkungsentscheidung die Grundlage liefern sollte, letztendlich aufgenommen werden. Der damalige Leiter der Abteilung SE der PTB, Professor Röthemeyer, hat diese Äußerung von Herrn Dr. Matting als Weisung aufgefasst. Das kann man im Stenografischen Protokoll in der endgültigen Fassung der 10. Sitzung, Seite 7 bis Seite 31 nachlesen. Können Sie über dieses Gespräch berichten? - Natürlich nicht, weil Sie nicht direkt dabei waren. Aber hat Ihr Vorgesetzter, Herr Dr. Ziegler, Ihnen darüber berichtet? Wie ist es nach dem Gespräch sozusagen, also nachlaufende Beratungen, dann in Ihrem Hause verlaufen? Was haben Sie für Schlussfolgerungen gezogen? Hat er möglicherweise sogar über diese Weisung gesprochen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich darf antworten? - Herr Ziegler hat natürlich berichtet. Wir haben im Referat eine durchaus offene und auch sachliche Kommunikation gehabt. Herr Ziegler hat ja hier vorgetragen für die Bundesregierung, die damals betroffenen Ministerien. Das war das Forschungsministerium - wir haben die Standorterkundung finanziert -, das war das BMU - das war die atomrechtlich vorgesetzte Behörde der PTB -, und das war das Wirtschaftsministerium, dem die PTB ansonsten untersteht. Wir waren uns alle darüber im Klaren, dass, ich glaube, 1977 die Entscheidung gefallen war auf politischer Ebene, eben nur einen Standort zu untersuchen. Wir sahen uns eigentlich nicht in der Lage, dieses außer Kraft zu setzen, auch nicht aufgrund von irgendwelchen Standorterkundungsergebnissen. Insofern hat Herr Matting da natürlich recht gehabt. Es war entschieden worden, politisch, den Salzstock Gorleben zu untersuchen. Und die Hälfte hatten wir hinter uns. Das war die Tiefbohrung und die Erkundung des Deckgebirges, und die Erkundung des Salzstockes stand noch aus. Wenn es nun tatsächlich so dramatische Ergebnisse gegeben hätte, dass man ins Auge hätte fassen müssen, einen anderen Salzstock parallel vorzuschlagen, hätte man das tun können. Aber dafür fehlte die fachliche Basis zu diesem Zeitpunkt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage, die ja letztendlich auch die zentrale Frage dieses Ausschusses ist, ist, ob insbesondere bei der Vorbereitung dieser zentralen Lenkungsentscheidung, nicht zuletzt auch bei der Vorbereitung dieses Zwischenberichtes, mit kritischen Befunden manipulativ umgegangen worden ist, also ob man tatsächlich verhindert hat, dass die aufgenommen worden sind in diesen Bericht, ob man Wissenschaftler möglicherweise eingeschüchtert hat, ob man eben durch eine Weisung untergeordnete Bundesoberbehörden, wissenschaftliche Behörden dazu gebracht hat, vielleicht nicht die ganze Wahrheit sozusagen zu präsentieren im Rahmen dieses Berichtes. Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vorsitzende, wir sind hier mit den Standortdaten doch relativ offen umgegangen. Ich erinnere daran, dass es zwei öffentliche Sitzungen gegeben hat, eine vor dem Schachtabteufen, nenne ich es mal, wo die Öffentlichkeit über die Hintergründe und die Ziele informiert

[redacted]

wurde. Dann gab es 1981, wenn ich mich recht entsinne, in Gorleben eine öffentliche Anhörung. Wir haben gemeinsam mit dem Land Niedersachsen eine Informationsstelle von Bund und Land eingerichtet, wo viele Berichte ausgelegt wurden. Also wir sind sehr offen eigentlich auch mit den Kritikern umgegangen. Das konnten Sie ja in jeder Zeitung nachlesen. Ich glaube, es wäre unmöglich gewesen, irgendeinen Kritiker dort so zu verstecken, dass er nicht in irgendeiner Zeitung Gelegenheit gehabt hätte, seine Kritik darzulegen. Und insofern kann ich nur sagen, alle Ergebnisse wurden auch im Ressortkreis und gemeinsam mit der PTB, gemeinsam mit der BGR und auch mit der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, die ja auch gegründet wurde, doch sehr, sehr offen diskutiert.

Parallel dazu gab es die Reaktor-Sicherheitskommission - die gab es damals schon -, die sich dann auch mit diversen Kritikern befasst hat, die sogar vorgeladen hat. Also, insofern glaube ich, dass es eigentlich an Transparenz an keiner Stelle gefehlt hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kommen wir trotzdem noch mal zu diesem Gespräch am 11. Mai, weil das eine ganz zentrale Rolle hat in unseren Untersuchungen hier. Das Erscheinen der Ministerialen in dieser Runde hat offensichtlich einiges Erstaunen ausgelöst. Also, man weiß gar nicht: Wie sind die da eigentlich plötzlich auf die Idee gekommen, da hinzuzukommen? Da würde ich gerne wissen: Hat es denn im Vorfeld dieses Gespräches bei Ihnen im Hause oder zwischen den Ressorts möglicherweise Abstimmungen gegeben? Hat man gesagt: „Da wollen wir aber jetzt hinfahren in der und der Intention"? Hat es dazu Weisungen möglicherweise aus dem Bereich Ihrer Vorgesetzten gegeben? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, da kann ich mich in keinster Weise dran erinnern. Ich weiß auch nicht, wer zu diesem Gespräch eingeladen hat, was bei der BGR stattgefunden hat, ob es die BGR war, ob es die PTB war, wer immer das war. Ich habe auch in den Unterlagen keine Einladung gefunden. Insofern weiß ich nicht, wie - - ob das in meiner Urlaubszeit war, keine Ahnung. Ich kann auch über das Ergebnis nicht mehr sagen als das, was mir Herr Ziegler berichtet hat, und das, was Sie zu recht, Frau Vorsitzende, gerade gesagt haben: dass dort Herr Matting die Position, die die Bundesregierung hatte, nämlich zuerst den Salzstock Gorleben zu untersuchen und das mit dem Land Niedersachsen abgestimmt ~~war~~ dass das weiterhin die Position der Bundesregierung war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Sie wissen nicht wirklich, warum Herr Dr. Ziegler jetzt auf die Idee gekommen ist, an diesem Gespräch teilzunehmen, wie es dazu kam letztendlich, weil das immer noch trotz vieler, vieler Nachfragen im Dunkel der Geschichte ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es war so, dass die Ressorts immer im Dreiklang aufgetreten sind. Ich kann mich an keine Alleingänge in diesem Beritt erinnern. Wenn Herr Matting dort als die formelle Aufsichtsbehörde über die PTB oder auch über das Verfahren gesagt hat: „Ich will an dieser Besprechung teilnehmen", ~~der~~ hat er natürlich das Recht dazu. Und dann hat er seine Ressortkollegen informiert, und dann ist man dahin gefahren. Also, ich halte das auch für einen völlig normalen Vorgang. Die PTB kann auch Besprechungen alleine machen. Wir haben uns da längst nicht in jede Besprechung reingedrängt; so war das nicht. Also, wir hatten auch noch was anderes zu tun. Und von daher halte ich das nicht für einen so dramatischen Vorgang. Aber, wie gesagt, mir fehlen die Unterlagen, und ich glaube, Sie haben auch nicht alle Erkenntnisse, was letztlich zu diesem Gespräch geführt hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist so. Die versuchen wir jetzt tatsächlich zu komplettieren. Ja, das ist die Aufgabe dieser Zeugenvernehmungen auch.

Es gibt ein Fernschreiben vom 13. Mai 1983, was hier auch schon mehrfach eine Rolle gespielt hat, unterzeichnet von Dr. Ziegler im Auftrag, an die PTB, nachrichtlich auch an die BGR und an BMI. Das Fernschreiben nimmt Bezug auf diese Besprechung vom 11. Mai, über die wir gerade schon gesprochen haben. Und darin gibt es den Vorschlag von Dr. Ziegler an die PTB, den PTB-Bericht zu ändern. Herr Dr. Ziegler hat in seiner Vernehmung am 24. März gesagt - wörtliches Zitat -

> Ich hatte schon erwähnt, dass ich mit einem Fax vom Mai 83 ... überrascht worden bin, das mir vorgelesen worden ist, und ich konnte dazu nur sagen: Es klingt so, als hätte ich das geschrieben.

Das hat er hier gesagt. Also, er konnte sich offensichtlich nicht wirklich daran erinnern. Das ist bei uns zu finden - für das Protokoll - im Stenografischen Protokoll der 39. Sitzung, Seite 12.

Ein bestimmter Abschnitt des PTB-Berichtes sollte mit der Aussage schließen - ich zitiere -,

> dass nach Einschätzung der Fachleute die noch zu erzielenden Ergebnisse und abzuleitenden Aussagen die Eignungshöffigkeit des Salzstocks voraussichtlich nicht in Frage stellen können.

Und das Telefax endet dann mit der Äußerung - wieder Zitat -:

> Im übrigen bitte ich, den vermutlich hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts über den Hauptanhydrit, der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken.

Dann gibt es eben auch noch die Bitte von Herrn Dr. Ziegler an die PTB, die Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk aufzubauen, und das findet man nun wieder in MAT A 99, Band 17, Paginierung 101220 und 101221 sowie MAT A -- Nein, alles gut. Dazu möchte ich wissen: Hatten Sie Kenntnis von diesem Fernschreiben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe später von dem Fernschreiben Kenntnis bekommen; Herr Ziegler hat es mir gezeigt. Er war ein sehr ordentlicher Beamter. Er hat das dann alles zu den Akten verfügt. Der Aktenweg führte dann schließlich über meinen Schreibtisch. Insofern habe ich das kennengelernt. Ob ich das Schreiben so geschrieben hätte, ist eine völlig andere Sache. Ich kann mich aber an den Vorgang erinnern; denn die PTB hat gemeinsam mit der BGR einen Bericht verfasst, diesen berühmten Zwischenbericht, der dann im Grunde genommen die Grundlage sein sollte für eine Kabinettsentscheidung über das Schachtabteufen. Dieser Bericht war in einem ersten Entwurf - und ich glaube, damit hat sich Herr Ziegler dann beschäftigt - ein ziemlich unsortiertes Werk. Ich sage das jetzt mal ganz ungeschützt. Es tauchte auf jeder - legen Sie mich bitte nicht fest - dritten, vierten Seite der hypothetische Störfall Laugenzutritt über einen möglichen Anhydrit, von dem Sie gar nicht wissen, ob er tatsächlich in diesem Salzstock dort an der Stelle, wo man ein Endlager geplant hat, tatsächlich stattfindet, auf. Insofern ist die Äußerung von Herrn Ziegler, dieses ~~etwas~~ nicht in das Zentrum zu rücken |–| Dieses sollte erwähnt werden; das ist auch völlig klar; aber es muss nicht auf jeder dritten Seite stehen. ⊢ ? ⊢ verständlich.

Es ist jedem klar der alte Bergmannsgrundsatz: Vor der Hacke ist es duster. So, dann haben wir uns gefragt: |~~Was braucht denn - - oder~~| Auf welcher Grundlage kann man denn tatsächlich eine Kabinettsentscheidung treffen über das Schachtabteufen? Und dann muss doch irgendwo stehen, ob die Erwartungen, die man an die bisherige Erkundung gestellt hat, eingetroffen sind oder ob es Befunde gibt, die dem widersprechen| Dieses stand auch irgendwo in diesem Bericht. Aber das stand dann - ich sage mal - auf Seite 43. So, dann haben wir die PTB darauf hingewiesen, dass das doch eine ganz zentrale Aussage ist, die nicht verändert werden müsste oder wegfallen sollte, sondern dass die wirklich an zentraler Stelle steht, sodass man tatsächlich sagen kann: Ja, ich kann die weiteren Investitionen rechtfertigen, die dann zur untertägigen Erkundung führen. - Dieses wurde ganz offen auch mit der PTB besprochen. Es gab da auch keinen Dissens. ⊢ ? ⊢ ? |!

Und so ist dann schließlich dieser Bericht langsam aggregiert worden, bis jeder gesagt hat: Ja, okay, damit kann ich mich identifizieren. - Es hat hier keine Weisung stattgefunden, irgendetwas wegzulassen oder unter den Tisch zu kehren. Also, Herrn Zieglers Bemerkung, die Sie gerade zitiert haben, ist sinngemäß so zu verstehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber dennoch ist die Wertung von Befunden nach dieser Besprechung oder die Gewichtung von Befunden oder die Positionierung der Befunde im Bericht nach diesem Gespräch eine andere gewesen als vor dem Gespräch. - Sie schütteln den Kopf. Das muss ich auch für das Protokoll sagen. Ich würde Sie natürlich fragen: Ist da was fach-

lich geschönt worden, oder wie ist das aus Ihrer Erinnerung gewesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, hier ist nichts fachlich geschönt worden. Ich sagte das ~~gerade noch~~ einmal. Es ist strukturell an den Bericht rangegangen worden. Wir haben ja eine Verantwortung für diese Kabinettsvorlage, und wir legen eben nicht jedes Papier dem Kabinett vor. Das passiert auch in anderen Ausschüssen hier im Deutschen Bundestag, dass solche Dinge sorgfältig überarbeitet werden und bearbeitet werden. Das haben wir auch getan. Es ist kein einziger - ich sage mal - fachlicher Befund verändert worden oder gesagt worden, dass der nicht da reingehört, um Himmels willen! Das darf man also bei einer so brisanten Sache nun wirklich nicht machen. Dafür lege ich meine Hand ins Feuer. Und da sind im Grunde genommen die Fakten von Anfang an bis zum Ende gleich. Dass die - ich sage mal - etwas besser strukturiert wurden als im ersten Entwurf, das ist, glaube ich, völlig klar, und das kann jeder verstehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, ich möchte mich diesem Sachverhalt noch mal von einer weiteren Seite nähern. Sie haben im Auftrag des BMFT ein Schreiben verfasst am 23. März 1983 an das Referat RS-AGK 3 des BMI zu Händen Herrn Dr. Matting. Der Betreff des Schreibens ist der zusammenfassende Zwischenbericht, und es ist eine Einladung in Abstimmung mit der BGR und der PTB zu einem Abstimmungsgespräch über den PTB-Zwischenbericht am 13. April 83 in der BGR. Das findet man bei uns unter MAT A 95, Band 7, Paginierung 25 bis 27.

Da meine Frage: Professor Herrmann, der sich ja durchaus kritisch mit dem Salzstock auseinandergesetzt hat, war an dem PTB-Zwischenbericht beteiligt, wurde aber nicht zu dem Abstimmungsgespräch eingeladen. Was war der Grund dafür?

Zeuge Reinhold Ollig: Da kann ich mich im Moment nicht dran entsinnen, warum oder ob Herr Herrmann eingeladen wurde. Herr Herrmann hat sich durchaus kritisch zu verschiedenen Punkten geäußert, hat sich generell zur Endlagerung in Salz kritisch geäußert. Er ist auch vor der RSK geladen worden, also vor ~~der~~ Reaktor-Sicherheitskommission, und hat dort seine Bedenken vorgetragen. Ich war dabei. Ich bin selbst Geologe. Das Ganze war, um ehrlich zu sein, wenig überzeugend. Zur Standorterkundung Gorleben hat sich Herr Herrmann extrem zurückgehalten. Er hat vielmehr - und das Schreiben habe ich, glaube ich, in den Unterlagen - - Er wurde von der Bürgerinitiative gebeten, sich doch aktiv in die Diskussion über die Eignung des Salzstocks Gorleben oder die Untersuchung des Salzstocks Gorleben einzuschalten. Er hat geschrieben, dass er es ablehnt, bevor Untersuchungsergebnisse vorliegen, sich in solch eine Diskussion einzumischen. Er hat seine Studenten immer angeleitet, zunächst die Untersuchung zu machen und dann eine Bewertung vorzunehmen und dieses nicht umgekehrt zu machen. So viel kann ich dazu sagen. Ansonsten glaube ich, dass, wenn er nicht eingeladen war, vielleicht war es ein ~~Büro~~ Ich weiß es nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, das ist natürlich auch eine unserer zentralen Fragen, die wir versuchen zu lösen: Gab es im Zusammenhang mit diesem Gespräch im April 83 konkrete Vorgaben seitens des BMFT, anderer Bundesministerien, wie denn der Zwischenbericht sozusagen auszusehen habe, dass man da also versucht hat sozusagen, zu lenken, nicht nur zu strukturieren, sondern zu lenken?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, von Lenkung kann da wirklich keine Rede sein. Hier waren es Fachbehörden, die dort ihre Einschätzung abzugeben hatten. Das war in erster Linie natürlich die BGR, die sich mit den Ergebnissen ja beschäftigt hat. Dieses war von uns so gefordert. Da gab es auch nichts dran zu verdrehen oder umzukehren. Es war dann die PTB. Und auch die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern hat da ihre Erkenntnisse eingebracht. Es ging ja insbesondere auch um das Deckgebirge: Kann man sichere Schächte abteufen etc. pp.? Und von daher kann ich nur sagen, es gab keine fachliche Einflussnahme auf diesen Bericht. Strukturell, glaube ich, war das sehr gerechtfertigt; aber inhaltlich haben wir dort nichts verändert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben weiter vorliegen, Herr Ollig, eine von Ihnen erstellte Leitungsvorlage vom 19. Juni 1981, die von Ihrem Vorgesetzten Dr. Ziegler abgezeichnet worden ist. Der Betreff wiederum: „Zwischenergebnisse der Standort-

erkundung in Gorleben". Und der Inhalt ist der Entwurf einer gemeinsamen Vorlage von BMI und BMFT für das sogenannte Nuklearkabinett. Hier heißt es unter „B. Vorschlag für einen Beschluß" - ich zitiere -:

> Die Bundesminister Baum und Dr. v. Bülow werden gebeten, in Gesprächen mit dem Land Niedersachsen politisches Einvernehmen anzustreben über die Aufnahme zusätzlicher Eignungsuntersuchungen ab 1982 zur Errichtung eines Endlagers unter Fortsetzung der Untersuchungen am Salzstock Gorleben.

Das ist MAT A 99, Band 8, Paginierung 050068 bis 050072.

Niedersachsen hatte aber doch nun am 22. Februar 77 gegenüber der Bundesregierung den Salzstock in Gorleben als einzigen Standort für ein mögliches Endlager benannt. Warum ist dann 1981 noch mal die Frage alternativer Standorte aufgeworfen worden?

Zeuge Reinhold Ollig: Sie haben recht, Frau Vorsitzende, es gab diesen Vorschlag des Landes Niedersachsen oder - Sie können auch sagen - die ultimative Freigabe nur des Salzstockes Gorleben für Untersuchungen, die man natürlich, weil der Salzstock schon von seiner Größe her alleine Endlagerpotential in größerem Umfang erwarten ließ -- Diese Erkundung musste man machen. Gleichzeitig gab es aber einen Beschluss, dass man mögliche alternative Standorte nicht aus den Augen verliert. Und ich habe in meinen Unterlagen gefunden, dass ich damals auch völlig unabhängig davon einmal den Kosten- und Zeitbedarf abgeschätzt habe. So was hat man dann schließlich in der Schublade, falls es tatsächlich negative Ergebnisse in Gorleben gibt, die einen dazu zwingen, entweder die untertägige Erkundung oder sonstige Dinge zu tun den Salzstock aufzugeben zum Beispiel so dass man dann relativ schnell hätte reagieren können. Das war ein reiner Vorratsbeschluss. Meines Wissens nach ist es aber dann auch nicht dazu gekommen, mit Niedersachsen in konkrete Gespräche einzutreten. Also, das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben von wenigen Tagen vorher in unseren Akten einen handschriftlichen Vermerk von Herrn Hagen aus dem BMI, RS I 7 vom 15. Juni 1981 über ein Gespräch mit Ihnen vom selben Tag - ich zitiere -:

> berichtete BMFT/Ollig folgendes:
>
> Am Freitag ... (12.6.) hätten ihm Hegelau, Hädrich + Glatzel/BK, seine ... Nukl.-Kab.-Vorlage auseinandergenommen...
>
> Vorlage soll nur noch Endlager Gorleben behandeln. Dabei soll Bedarf an weiteren Endlagerstandorten nicht etwa mit schlechter Kosten-Nutzen-Analyse bezügl. HAW, sondern mit Erfordernissen der Entsorgungsvorsorge begründet werden.

Das findet man unter MAT E 6, Band 28, Paginierung 225. - Inwiefern habe ich das Ganze jetzt zu verstehen? Also, haben die drei Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes jetzt Ihre Vorlage auseinandergenommen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vorsitzende, Manfred Hagen war zu damaliger Zeit der zuständige Referatsleiter. Er wurde dann später abgelöst von Herrn Dr. Ziegler. Und im Zuge dieser - ich sage mal - Vorratshaltung: Wie viel kostet es, einen zusätzlichen Salzstock zu untersuchen, wie lange dauert das, wann kann man mit Ergebnissen rechnen, ist dann die Entsorgungsvorsorge noch in irgendeiner Weise gesichert? Das waren ja dann die entscheidenden Fragen, die daran hingen. Mit dieser Vorlage bin ich dann aus dem Forschungsministerium in das Bundeskanzleramt gezogen und habe dort mit Herrn Glatzel und dem zuständigen Gruppenleiter Herrn Haedrich gesprochen. Ich kann mich sehr gut an das Interview sage ich jetzt mal, mit den Kollegen erinnern. Es lief alles darauf hinaus, dass politisch beschlossen war, einen Standort, nämlich den Standort Gorleben, zu erkunden, und dass, solange wir keine negativen Ergebnisse haben, die es rechtfertigen, einen zweiten oder einen anderen zu erkunden, dieser politische Beschluss, auf den sich das Kanzleramt damals eingelassen hatte ~~So lange~~ musste man ~~daran~~ daran festhalten. So haben mir die Herrschaften meine schöne Vorlage im Grunde genommen auseinandergenommen, weil ich auch keine Argumente hatte, zu sagen: „Gorleben ist in Gefahr", oder: „Wir haben so negative Ergebnisse, wir müssen dort alles abbrechen." - Das war sinngemäß die Formulierung von Herrn Hagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber genau das ist ja der Punkt, also die Frage: Gab es negative Ergebnisse, die dann bloß kleingeredet worden sind oder beiseitegeschoben worden sind, oder aber hat sich das eher so entwickelt, wie Sie das gerade versucht haben darzustellen? Das ist genau eine zentrale Aufgabe dieses Ausschusses, genau das herauszufinden, und danach möchte ich Sie jetzt noch mal fragen.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann das nur wiederholen, was ich eben gesagt habe: Es hat keine Manipulation stattgefunden. Wir haben die Ergebnisse offen bewertet. Wir haben sie offengelegt. Wir haben sie offen diskutiert und konnten dann nur sagen, es lohnt sich, in die untertägige Erkundung einzutreten, um dann letztlich zu entscheiden aufgrund einer Gesamtbetrachtung des Systems Salzstock, Deckgebirge, Abfall, alles was dort zusammenkommt, dann zu sehen: Wo und in welcher Menge kann ich welche Abfälle lagern? Es war ja nicht bekannt: Wie ist die Innenstruktur des Salzstockes Gorleben? Gibt es tatsächlich Anhydrit? Wenn ja, an welcher Stelle? Wo fahre ich meine Strecken auf? Wo erkunde ich? Auch die berühmte Frage: „Welche Dimensionen haben die Schächte?", spielte durchaus eine Rolle. Also, insofern glaube ich, dass das ein sehr erkenntnisorientierter Prozess war, wo es keine Ergebnisse gab, die es rechtfertigten, von diesem Untersuchungsobjekt abzurücken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, ich halte Ihnen noch mal vor aus den Akten zumindest eine Diskrepanz bezüglich der Stellung der Bundesregierung zur Notwendigkeit Erkundung weiterer Standorte oder eben nicht. Da gibt es einen Auszug auf einen von Ihnen am 19. Juni 1981 verfassten Sprechzettel für den Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung - ich zitiere -:

> Die Bundesregierung ... hat ihre Auffassung wiederholt, daß im Interesse einer ausreichenden Standortvorsorge auch an weiteren Standorten Eignungsuntersuchungen im Hinblick auf die Errichtung eines Endlagers durchgeführt werden sollten.

Das ist MAT A 108, Band 5, Paginierung 053039.

Und dann gibt es demgegenüber einen Auszug aus dem Beschlussvorschlag des BMI, von Herrn Dr. Fröhlich, vom 5. Juli 1983, also drei Wochen später, für die Kabinettsentscheidung vom 13. Juli 83. Daraus stammt das Zitat:

> Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, neben Gorleben weitere Standorte erkunden zu lassen.

Das ist MAT A 96, Band 16, Paginierung 088570 bis 088576. - Wie kam es zu dieser Änderung in der Haltung der Bundesregierung, also innerhalb von drei Wochen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die letzten beiden Zitate, die Sie mir hier vorgelesen haben, kann ich bestätigen. Das erste, wenn ich selber geschrieben habe - ich kann es kaum glauben -, das wäre tatsächlich gegen meine Überzeugung gewesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Natürlich keine drei Wochen, sondern es waren mindestens zwei Jahre und drei Wochen, Entschuldigung. Das erste - jetzt müssen wir es glattziehen -, der Auszug aus Ihrem von Ihnen angefertigten Sprechzettel für den Chef des Presse- und Informationsamtes, stammt vom 19. Juni 1981, und das zweite Zitat, was ich verwendet habe - das ist der Auszug aus dem Beschlussvorschlag des BMI -, stammt vom 5. Juli 1983. Aber dennoch hat es eine offensichtliche Änderung in der Haltung der Bundesregierung gegeben, nicht in der Kürze der Zeit, aber dennoch. Danach möchte ich gern fragen.

Zeuge Reinhold Ollig: Es gab immer mal wieder Ansätze. Also, die Bundesregierung hat natürlich - ich sage es mal so - etwas „gelitten" unter dieser ultimativen Haltung Niedersachsens, nur einen Standort zu untersuchen. Rein theoretisch hätten wir auch -- hatte man 1978 gesagt: Wir würden auch gerne drei Standorte untersuchen. - Ich habe hier mal diese sogenannte KEWA-Studie analysiert für eine der öffentlichen Veranstaltungen, die wir in Gorleben gemacht hatten. Insofern gab es früher einmal den Wunsch, mehr Standorte zu untersuchen. Dieses ist aber durch die Entscheidung von Herrn Albrecht nach dem Gorleben-Hearing völlig anders geworden. Insofern gab es dann danach eigentlich keinen Ausweg mehr, wenn es dann so ist, den Standort Gorleben so zu untersuchen,

dass man zuerst das Deckgebirge und durch untertägige Erkundung dann auch den Salzstock untersucht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben bezüglich dieser Frage tatsächlich: „Wie beurteilt man aus Sicht des Bundes jetzt die Eignung oder die prospektive Eignung Gorlebens, auch in Bezug auf Sprachregelung zu Gorleben im BMFT?" eine Unterlage, hier einen Auszug aus einem Vermerk vom damaligen Vorgesetzten von Ihnen, Herrn Dr. Ziegler, vom 20. Mai 1981, über die Informationsveranstaltung am 15. und 16. Mai 81 in Lüchow. Ich zitiere wieder:

> Die bisherige Formel „Es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstockes bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen" kann nicht mehr beibehalten werden. Eine neue Formel könnte etwa lauten: Beim derzeitigen Stand der obertägigen Erkundung werfen einige Ergebnisse Fragen auf, die einer sorgfältigen Prüfung im Hinblick auf die Eignung des Salzstockes bei Gorleben für die Einlagerung radioaktiver Abfälle bedürfen.

Das findet man unter MAT A 12, Vorgang RS 32514604-6/10.14. Das ist die Paginierung 040079 bis 040082.

Und der Zeuge Dr. Ziegler hat hierzu in seiner Vernehmung am 24. März in diesem Ausschuss gesagt - ich zitiere -:

> Na, na, manche Bilder kommen da doch noch hoch, weil ich sehr, sehr gelitten habe darunter, weil es sehr stressig war.

Aber der Zeuge machte dennoch keine näheren Aussagen, und von daher noch mal die Nachfrage bei Ihnen - das kann man im Stenografischen Protokoll der 39. Sitzung nachlesen auf der Seite 29 -: Wie wurde denn diese Formeländerung diskutiert damals im BMFT? Wo wurde mit dem Vorschlag von Herrn Dr. Ziegler letztendlich in der Folgezeit umgegangen?

Zeuge Reinhold Ollig: Diesen Vermerk hat Herr Ziegler ganz alleine in seinem Büro geschrieben oder abdiktiert; das weiß ich nicht. Er hat mich vorher nicht gefragt. Ich habe das Ding, ich habe den Vermerk dann gesehen. Er hat diese Dinge so bewertet. Wir haben gemeinsam mit PTB und BGR natürlich die Befunde - Stichwort „Rinne", „Steiler Zahn", wie es alles hieß -, alle die Dinge, die man dann im Deckgebirge gefunden hat, ebenfalls analysiert und es ist völlig richtig, was Herr Ziegler schreibt: dass man diese Dinge berücksichtigen muss.

Wenn man nun einen idealen Salzstock mit einer, ich sage mal, meterdicken Tonschicht durchgehend obendrüber, alles wunderbar, so wie man sich in Lehrbüchern einen Salzstock vorstellt, gefunden hätte, dann hätte man sicherlich die ursprüngliche Formulierung beibehalten. Da es sich aber dort um ein natürliches System handelt - - Und ich muss noch mal sagen: Das gesamte norddeutsche Flachland ist aufgrund der eiszeitlichen Bedeckung und den da drunter laufenden Flüssen von solchen Rinnen durchzogen. Das ist also nichts Neues. Insofern war auch dieses, jedenfalls für mich, nicht so, ich sage mal, arg überraschend. Für Herrn Ziegler war es vielleicht überraschend. Herr Ziegler ist Physiker und hat sich nie mit, ich sage mal, geologischen Fragen beschäftigt. Er hat das auch immer ganz offen zugegeben. Für ihn war das überraschend, und er hat hier seine persönliche Meinung zu Papier gebracht. Ich glaube, da spricht aber auch nichts aus diesem Vermerk, dass man sich von dem Salzstock und der weiteren untertägigen Erkundung verabschieden müsste.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, die Frage ist erst mal, wann, wie und mit welchem Ergebnis denn jetzt diese Erfordernisse weiter geprüft worden sind. Also, wie ist das weitergegangen? Ist daraus etwas erwachsen infolge - -

Zeuge Reinhold Ollig: Natürlich, Frau Vorsitzende, die BGR und auch die PTB haben sich natürlich dann Gedanken gemacht über das Deckgebirge: Wie kann ich diese Befunde in Richtung Sicherheitsanalyse, ich sage mal, bewerten? Und ich erinnere daran, dass es dann Pumpversuche gegeben hat, deren Ergebnis ich aber jetzt nicht mehr vor Augen habe. Da geht es dann um die Durchlässigkeit des Deckgebirges: Wie ist die Rückhaltefähigkeit des Deckgebirges? Es ist ja nicht so, dass da nun Kubikmeter Wasser durchrauschen; so darf man sich diese Rinne ja nicht vorstellen. Rinne ist da, einige Zeit davor hat mal ein Meer über dem Salzstock gestanden, hat den Salzstock auch nicht weggeräumt.

Also, von daher haben sich alle Beteiligten mit diesem Ergebnis beschäftigt, und

[redacted]

letztlich ist es dann auch in dem Zwischenbericht, der der Kabinettsentscheidung zugrunde gelegt wa~~r – ist es ja auch~~ zu einer Diskussion über diese Befunde gekommen, und der Vorschlag von PTB und BGR war eben dann, mit der untertägigen Erkundung zu beginnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, in diese Zeit - - Um noch mal zu gucken: „Also, wie ist man dann mit kritischen Befunden umgegangen, wo hat man weiter geguckt, wie ist das Ganze dann eingeflossen in diesen Zwischenbericht?" - - Dazu gehört auch die Frage der Befunde bzw. des Umgangs von Befunden von Professor Klaus Duphorn.

Duphorn war auch bei uns hier im Ausschuss am 8. Juli im letzten Jahr, und er wurde ja vom November 79 bis im Dezember 81 in das hydrogeologische Untersuchungsprogramm der BGR mit einbezogen. Herr Duphorn hat hier vor dem Ausschuss bemängelt die Art und Weise des Umgangs BMFT mit ihm als kritischem Wissenschaftler. Er hat sogar davon gesprochen, abqualifiziert und abserviert worden zu sein, und hat uns gesagt, sein Vertrag als zuarbeitender Wissenschaftler sei von der PTB im Dezember 81 trotz Antrag der PTB durch Sie, also durch BMFT, nicht verlängert worden, und Duphorn hat dann hier gesagt:

> Je mehr Bohrungen wir machten, je tiefer wir bohrten, desto schlechter wurden die Bohrergebnisse in Bezug auf die Endlagerung, und meine zunehmende Skepsis hat dem BMFT nicht mehr gepasst.

Das hat er gesagt, nachzulesen im Stenografischen Protokoll, 12. Sitzung, Seite 20 und 21.

Im Gegensatz dazu gibt es ein Schreiben von Ihnen im Auftrag des BMFT an Professor Duphorn vom 3. August 82. Da haben Sie geschrieben - ich zitiere -:

> Dementsprechend lief der in gegenseitigem Einvernehmen geschlossene Vertrag Ende 1981 aus. ... Insofern entsprach die Abwicklung Ihrer Vereinbarung mit PTB den einvernehmlich festgelegten Bedingungen und den Erfordernissen des Haushaltsrechts.

Und weiter dann:

> Ein Automatismus bei der Verlängerung von Verträgen besteht nicht.

Und noch mal weiter:

> Insofern habe ich Ihre seit 1979 laufenden Arbeiten keinesfalls als akademische Forschung hingestellt, sondern vielmehr als notwendige Einzeluntersuchung im Rahmen eines breiten Untersuchungsprogramms.

Das findet man unter MAT E 6, Band 29, Paginierung 104 bis 106.

Da möchte ich Sie eben noch mal fragen: Was waren denn aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Erinnerung die Gründe für die Nichtverlängerung des Vertrags mit Herrn Dr. Duphorn?

Zeuge Reinhold Ollig: Da antworte ich gerne drauf, Frau Vorsitzende, ich darf aber der Vollständigkeit halber und für das Protokoll anmerken, dass in diesem Bericht - - oder dass ich in diesem Schreiben auch noch den Umgang mit der Wahrheit, den Herr Professor Duphorn pflegte, kritisiert habe.

So, jetzt komme ich aber zu Ihren Äußerungen. - Herr Duphorn hat im Einvernehmen mit allen Beteiligten einen Untersuchungsauftrag in seiner Eigenschaft als Quartärgeologe bekommen und hat diesen abgearbeitet ~~Hm~~ Auswertung von Bohrungen etc. pp. Er hatte dann schließlich einen - ich nenne es mal - reißerischen Bericht abgegeben. Da wird von der salinaren Viererbande gesprochen, da werden also Wortschöpfungen aus dem Hut gezaubert; das ist unglaublich.

Dann hat sich Herr Duphorn auch - ich nenne das jetzt mal - verstiegen, Dinge, ich sage mal, zu kritisieren, wo er nun wirklich kein Experte ist. Herr Duphorn war gefragt als Quartärgeologe und sollte das Quartär beurteilen, und das war es. Und wenn ich Schachtexperten frage: „Kann ich in dem Deckgebirge einen Schacht bauen einen standsicheren Schacht bauen?", dann frage ich Schachtbauexperten, aber da frage ich nicht Herrn Duphorn. So. Und wenn es darum geht, die Tektonik eines Salzgebirges und die Strukturen in einem Hauptanhydrit zu untersuchen, dann frage ich die BGR, aber dann frage ich keinen Quartärgeologen; insofern hat Herr Duphorn da ziemlich weit ausgeholt.

Ich habe ihm dann Briefe geschrieben. Ich habe auch mit ihm gesprochen. Ich habe ihm auch freigestellt, wenn er sich durch meine Äußerungen verletzt fühlt, was ich

nicht beabsichtigt habe - das können Sie mir glauben -, kann er jederzeit zum Instrument einer Dienstaufsichtsbeschwerde greifen. Ich habe meine Vorgesetzten natürlich darüber informiert, und damit war der Fall für mich im Grunde genommen erledigt.

Die PTB hat natürlich weiterhin mit den Ergebnissen von Herrn Duphorn gearbeitet.

Das Ziel, was Herr Duphorn angeblich - das habe ich aber dann von dritter Seite gehört - damit erzielen wollte, war im Grunde genommen, seine Karriere als Quartärgeologe dadurch aufzubessern, dass er in ganz Norddeutschland das Deckgebirge untersucht: Wo ist eine Rinne? Wo ist keine Rinne? Das kann man dann mit einem flächendeckenden Programm natürlich machen. Insofern kann man aus dieser Sicht vielleicht seine etwas reißerischen Ausführungen verstehen. Das Ganze war angelegt auf Effekthascherei, und wir haben das gemeinsam mit der BGR und der PTB versucht einmal nüchtern abzuarbeiten, und das ist dann schließlich ~~da~~ herausgekommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben einführend zur Antwort auf diese meine Frage gesagt, der Umgang von Herrn Professor Duphorn mit der Wahrheit -- den hätten Sie auch angesprochen in Ihren Briefen. Können Sie das noch mal ausführen, etwas näher qualifizieren, sagen, was Sie damit sagen wollten?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, er hat mich irgendwo in der Öffentlichkeit unter Weglassung von einigen Formulierungen falsch zitiert, sodass diese Äußerung völlig sinnentstellend war - klassisch nennt man so was „Emser Depesche" -, und da habe ich ihn darauf hingewiesen, dass das so nicht in Ordnung ist. Das steht, glaube ich, auf der Seite 2 dieses Schreibens.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbart: Herr Ollig, vielen Dank. Damit haben wir viele, viele Punkte, glaube ich, die den Ausschuss jetzt noch im Weiteren beschäftigen werden, angefragt.

Ich gebe das Fragerecht jetzt sehr gern an die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Guten Morgen, Herr Ollig!

Wir hatten jetzt eingangs gar nicht über Ihren beruflichen Werdegang gesprochen. Vielleicht könnten Sie noch mal so am Stück darstellen, insbesondere auch, wann Sie zum BMFT gekommen sind und in welchen Positionen Sie da tätig waren.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Ihnen auch schönen guten Morgen, Herr Paul!

Ich bin also 1978 im Oktober in das Ministerium gekommen. Ich war an der Universität Bonn, und ich bin deshalb in das Ministerium. Zunächst einmal für eine kurze Zeit war das geplant, ein oder zwei Jahre. Ich hatte das Angebot und habe das auch dann gerne wahrgenommen, weil der Vorgänger dort im Amt, Professor Kulke, einen Ruf an die TU Clausthal angenommen hat; insofern war ~~dort~~ ein Posten vakant. Es ging dort um die Natururanversorgung, also um Lagerstättenkunde, und das habe ich dann dort im Grunde genommen zu Ende gebracht, dieses Programm. Es war eine Zielsetzung der Regierung von Kanzler Schmidt, die Energieversorgung zu diversifizieren. Dazu gehörte auch die sichere Versorgung deutscher Leistungsreaktoren Kernreaktoren mit Natururan aus Lagerstätten, wo man sich entsprechende Rechte sicherte.

Es gab ein bestimmtes Ziel - das tut jetzt hier, glaube ich, gar nichts zur Sache -; dieses Ziel war erfüllt; insofern konnte ich das Programm abarbeiten und habe alles Weitere dann an das Bundesministerium für Wirtschaft übergeben.

Parallel dazu - und die Frau Vorsitzende hat das gerade schon gesagt - lief diese Standortdiskussion bzw. die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, in Person Ministerpräsident Albrecht, kein nukleares Entsorgungszentrum zuzulassen, sondern die Wiederaufarbeitungsanlage wurde gecancelt, und man hat dann dem Bund vorgegeben, zunächst einmal nur den Salzstock Gorleben zu erkunden. Insofern gab es in der Unterabteilung wenig geowissenschaftlichen Sachverstand. Gleichzeitig kamen aber natürlich immer mehr Fragen im Zusammenhang mit dem Erkundungsprogramm, mit Tiefbohrungen: „Was muss man machen? Ist das gerechtfertigt?" usw., und so habe ich dann auf einmal für zwei Referate gearbeitet.

Ich war damals ~~28~~ Jahre alt, und irgendjemand hat mir mal gesagt: Du musst aufpassen, dass du nicht für zwei Referate arbeitest. Also bin ich zu dem damaligen Ab-

teilungsleiter gegangen und habe gesagt: Die eine Arbeit in Sachen Natururanprospektion ist im Grunde genommen abgeschlossen, und es kommen immer mehr Fragen um die Standorterkundung Gorleben. Auch die Asse gehörte damals noch zu meinem Beritt und das Projekt Konrad, dafür war ich zuständig. Insofern bin ich dann, nachdem ich aus dem Urlaub kam, in dieses Referat - damals war es Manfred Hagen, der das Referat leitete - gekommen und bin dort bis 86 im Grunde genommen geblieben, habe also im Grunde genommen die ganze Erkundungsphase - hier geht es ja nun um Gorleben - miterlebt oder mitgestaltet; die Finanzen kamen ja vom BMBF.

Ich habe dann natürlich die Entscheidung zum Schachtabteufen miterlebt und habe dann noch den Aufbau des Erkundungsbergwerkes quasi federführend im BMBF mitgemacht und bin dann - ich glaube, es war 1986, als die Schächte fertig waren - - bin ich dann aus dem Referat ausgeschieden und habe dann was anderes gemacht. Das nur zu meinem Werdegang. Ich bin Geowissenschaftler von der Ausbildung her.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Sie sprachen davon, dass Herr Hagen Ihr Vorgesetzter war, und wir hatten ja gerade eben auch gehört, Herr Ziegler auch. Gab es noch weitere, die in der Zeit Ihre vorgesetzten Referatsleiter waren?

Zeuge Reinhold Ollig: Es gab noch - - Ich glaube, in der letzten Zeit war es Herr Hamacher, Hermann Hamacher. Der ist aber dann irgendwo abgeblieben - weiß ich nicht mehr, wo er ist dann aus dem Ministerium ausgeschieden, ebenso Manfred Hagen. Der ist dann ~~in Hessen - -~~ mit Herrn ~~- mit~~ Manfred Popp nach Hessen für Landesregierung gegangen. Ja, das waren eigentlich die drei. Also, mein allererster Referatsleiter im Bereich der Versorgung, Uranprospektion - tut aber hier nichts zur Sache - war jemand anders. Aber die drei diesen Referatsleiter waren ~~dann da~~.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die Frau Vorsitzende hatte ja bereits angesprochen, dass einer der Dreh- und Angelpunkte ja die Frage ist, ob auf die Kabinettsentscheidung im Jahre 83 politischer Einfluss ausgeübt wurde, und da hat ja die Aktenlage ergeben, dass es eben die Besprechung in Hannover gab, an der nach Aussage einiger Beteiligter überraschend eben Ministerialbeamte aus Bonn teilgenommen haben. Jetzt hatte ich Sie so verstanden, dass es in dieser Phase eine sehr enge Abstimmung zwischen BMI, BMFT und Bundeskanzleramt gegeben hat. Das heißt, um das noch mal auf den Punkt zu bringen: War das eine tatsächlich ungewöhnliche Aktion, dass sich die Ministerien in diese, ich sage mal, Facharbeiten, nämlich die Erstellung des Zwischenberichts, einschalten? War das außergewöhnlich, oder war das ein Teil der Arbeit, die Sie dann dort so kennengelernt haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, das war ein durchaus normaler Prozess. Ich erwähnte eben auf die Fragen der Frau Vorsitzenden: Es hat diesen Dreiklang der Ministerien gegeben. Es gab regelmäßige interministerielle Ausschüsse; das sieht die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung vor. Wenn mehrere Ressorts an einem Thema beteiligt sind, hat man interministerielle Ausschüsse einzurichten. So. Und diese interministeriellen Ausschüsse haben regelmäßig im Beisein der PTB getagt, im Beisein der BGR. Es wurden dann auch, ich sage mal, verschiedene Experten unter Umständen dazugeladen. Also, das war ein ganz, ganz normaler Vorgang.

Ich erwähnte eingangs schon: Mir ist nicht erinnerlich, wie es zu dieser Einladung - - oder wer die Einladung in Hannover ausgesprochen hat und wie oder wer dort dann das so organisiert hat, dass die Bundesressorts da hinfahren; tut mir leid.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie sprachen ja selbst schon die Bedeutung dieses Zwischenberichts an. Vielleicht können Sie noch einmal im Zusammenhang darstellen, welche Aufgabe dieser Zwischenbericht hatte - für Sie auch als Forschungsministerium.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, diesen Zwischenbericht hat die Bundesregierung bzw. die Ressorts in Auftrag gegeben, weil es die fachliche Basis ist - und das war die alleinige Basis - für eine Entscheidung: Steige ich in die untertägige Erkundung ein oder nicht? Lohnt es sich, ja oder nein?

Da war es Aufgabe der BGR und der federführenden PTB - im Grunde genommen war es hauptsächlich die BGR, die die ganzen geowissenschaftlichen Befunde bewertet und zusammengetragen hat -, zu sagen: Es gibt keine Erkenntnisse, die uns raten lassen,

von der untertägigen Erkundung Abstand zu nehmen. Im Umkehrschluss, hat man gesagt, lohnt es sich, diesen Salzstock aufgrund der Befunde „Deckgebirge" und der Bohrungen, die man hat, zu untersuchen, und das wurde dann schließlich auf der Grundlage dieses Berichtes entschieden. Deswegen auch die, na, ich sage mal, Sorgfaltspflicht der Ministerien; denn dem Kabinett müssen Sie ja etwas Vernünftiges vorlegen. Das kann eben nicht mal so eine schnell hingeworfene Studie sein: man hat schließlich vier Jahre in die Standorterkundung investiert, Steuergelder natürlich investiert - das ist auch klar -, und insofern muss man sich dann auch aufgrund dieser Ausgabe rechtfertigen mit einem vernünftigen oder mit einem gut strukturierten und auch nachvollziehbaren Bericht und dann auch die Investition rechtfertigen, die dann zu tätigen ist. So ein Erkundungsbergwerk ist immerhin eine sehr aufwendige, nicht nur finanziell, auch genehmigungsrechtlich aufwendige Sache, die dann doch über lange Jahre ziemlich viel Geld kostet.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sie haben jetzt verschiedentlich angesprochen, dass es um die Struktur des Berichts ginge, der für Sie als Vertreter des Forschungsministeriums, aber auch für die anderen Ministerialvertreter eine wichtige Rolle gespielt hat. Jetzt gibt es ja den Vorwurf: Das ist nicht nur Struktur, sondern das ist auch fachlicher Inhalt, ob ich jetzt eben eine Aussage aufnehme, dass auch die Erkundung weiterer Standorte vorzusehen sei oder nicht. Was entgegnen Sie darauf, oder können Sie sich dem so anschließen?

Zeuge Reinhold Ollig: Meines Wissens nach stand nie in dem Bericht, dass weitere Standorte untersucht werden sollen. Jedenfalls gab es keine wissenschaftliche Rechtfertigung dafür oder keine fachliche Rechtfertigung - ich sage das mal so - dafür, weitere Standorte zu untersuchen. Das war Konsens im Grunde genommen. Dass es eine, ich sage mal, Vorsorgepolitik sein kann, vielleicht den einen oder anderen Standort sich noch einmal anzugucken oder sonst irgendwas, ist davon völlig unbenommen. Ja, das kann man tun, man kann es aber auch lassen. Lassen muss man es vor allen Dingen, wenn es politisch beschlossen ist, und diese Vorgabe hatten die Ministerien einfach, eben nur einen Standort zu untersuchen. Dann hätte es schon gravierender Mängel am Standort Gorleben bedurft, um dort eine Kehrtwende herbeizuführen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt hatte Herr Röthemeyer hier im Ausschuss - das war in der Sitzung vom 7. Juli 2010 [sic!] - auch zu diesem Sachverhalt geäußert; denn in dem Entwurf des Zwischenberichts war durchaus die parallele Erkundung anderer Standorte dort zunächst einmal auch vorgesehen. Er sagte dann - das ist im Protokoll, das ist die Nr. 10, Seite 15 und 16 -, dass diese Frage, parallele Erkundung, nicht Bestandteil des Auftrags gewesen sei und dass zudem diese Frage keine sicherheitstechnisch-fachliche, sondern eine entsorgungspolitische Fragestellung gewesen sei. Ist das auch aus Ihrer Erinnerung heraus so richtig?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, es ist natürlich a) eine politische Entscheidung gewesen, nur einen Standort zu untersuchen, und es wäre eine strategische politische Entscheidung gewesen, davon abzurücken; das kann also nur die Politik. Wir konnten von der fachlichen Seite dafür keine Argumente liefern, und deswegen ~~bin ich ja damals~~ Sie haben das so schön gesagt, Frau Vorsitzende: Im Grunde genommen hat man mir eine Vorlage in dieser Art und Weise um die Ohren gehauen. - Das muss man einfach so sehen: Die politischen Fakten waren so gestellt, als wir mit der Standorterkundung begonnen haben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt ist natürlich noch interessant, mal zu hören, weil das ja genau die Zeit war der sogenannten Wende, also, sprich: hier Regierungswechsel von Helmut Schmidt auf Helmut Kohl: Inwiefern hat sich denn dieser Regierungswechsel und damit ja auch verbunden dann der Wechsel an der Spitze der Leitung Ihres Hauses - - eine Änderung der Ausrichtung in Bezug auf die Endlagerung ergeben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es war ja der Wechsel von Herrn von Bülow zu Herrn Riesenhuber, wenn ich das richtig erinnere - ja, glaube ich -, und ich kann nur sagen: Alle Leitungen, die ich damals gehabt habe - es war ~~noch~~ im Anfang auch Volker Hauff Minister, den ich erlebt habe -, haben sich im Grunde genommen für das Thema interessiert, waren aber in geologischen Fragestellungen, ich sage mal, nicht sehr bewandert klar, das gehört nicht zum Allgemeinwissen

[redacted]

in der Regel. Das heißt, sie waren interessiert, haben gefragt, haben sich - und das kann ich sowohl für Herrn von Bülow als auch für Herrn Riesenhuber, aber auch die Parlamentarischen Staatssekretäre sagen - - Erwin Stahl war zum Beispiel Bergmann. Der hat sich also wirklich brennend für jedes Thema in Konrad, in Asse und überall und auch Gorleben interessiert.

Es hat auf mich - jedenfalls ist bei mir nichts angekommen - keinerlei Einflussnahme aus einer politischen Ebene auf irgendwelche Ergebnisse oder auf die Darstellung von Ergebnissen oder sonst irgendwas gegeben, zu keiner Zeit. Ich muss allerdings sagen: auch von meinen direkten Vorgesetzten nicht. Ich meine, manches ist ja - - Wenn Sie als Referent arbeiten, haben Sie ja noch eine ganze Hierarchie über sich. Da weiß ich natürlich nicht, was da besprochen wurde. Auf jeden Fall ist auch von meinen direkten Vorgesetzten mir gegenüber niemals ein solches Ansinnen geäußert worden, irgendetwas wegzulassen, zu beschönigen, anders darzustellen oder sonst irgendwas.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt aber, was die praktische Arbeit anging, hatte man das auf der Referatsebene, wo Sie tätig waren, in dem Sinne ja nicht gespürt, dass da jetzt eine andere Leitung war. Oder hat man ja jetzt schon eine andere Zielrichtung sozusagen im Bereich der Erkundung Gorlebens dann gemerkt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Zielrichtung war vorgegeben. Die Entsorgungsgrundsätze gab es, glaube ich; die gelten dann auch für alle politischen Parteien oder für alle Regierungen. Dem Ziel galt die Standorterkundung. Insofern hat es dort - - Natürlich, das eine war eine SPD-geführte Regierung, das andere war eine CDU-geführte Regierung, also gibt es dann natürlich Unterschiede in der Politik. Aber dieses hat sich in dem Feld, wo ich gearbeitet habe, nämlich in der Standorterkundung - - hat sich dort im Grunde genommen nicht niedergeschlagen.

Herr Riesenhuber war Chemiker. Wenn er Fragen stellte, das war natürlich etwas anderes, als wenn Herr von Bülow Fragen gestellt hat. Aber ansonsten war von einer Einflussnahme, politischen Vorgabe wirklich bei beiden nicht die Rede.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Um noch mal auf die fachliche Beurteilung zurückzukommen: Herr Röthemeyer hatte in der von mir angesprochenen Sitzung des Ausschusses am 1. Juli - dort im Protokoll auf der Seite 25 - Folgendes gesagt:

> Alle wichtigen Argumente wurden vierfach, fünffach überprüft. Mit fünf verschiedenen wissenschaftlichen Methoden haben wir den Salzstock untertägig erkundet und bewertet, und alle Methoden kommen zu demselben Ergebnis.

Deckt sich das, was Herr Röthemeyer kürzlich dann in diesem Ausschuss gesagt hat, denn mit Ihrem Eindruck der damaligen Lage?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, ich bin 1986 oder war bis 1986 mit diesem Thema Gorleben befasst. Ich habe Ihnen eben erklärt: Die Schächte wurden abgeteuft, wir haben mit Herrn Riesenhuber dann auch diese Schachtab~~senkungs~~feier durchgezogen, und danach war es für mich ~~so~~ der richtige Zeitpunkt, ~~irgendwann~~ mal etwas anderes zu machen, sonst wird man mit so einem Projekt ja verheiratet. Das wollte ich dann nicht. Also, von daher kann ich nicht nachvollziehen, was Herr Röthemeyer ~~jetzt~~ gesagt hat: Wir haben untertägig erkundet. - Das entzieht sich meiner Kenntnis; da habe ich mich auch nicht mehr drum gekümmert. Das Projekt ist ja dann erst wieder in die Schlagzeilen gekommen, als Herr Trittin dann diese untertägige Erkundung - mit welchen Gründen, ist mir auch nicht bekannt - gestoppt hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die Kabinettsvorlage des Jahres 83, also Juli 83, darin wurde ja letztlich dann das Ergebnis des Zwischenberichts einer politischen Entscheidung zugeführt. Wir haben den Unterlagen entnommen, dass ja, wenn man sich den Wortlaut des Kabinettsbeschlusses bzw. der Kabinettsvorlage anschaut - das ist, für das Protokoll: MAT A 52, Band 11, dort die Blätter 72 bis79 - - dass es da an zentraler Stelle heißt:

> Aufgrund der Eignungshöffigkeit des Salzstockes Gorleben ist derzeit die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.

> Sollten die untertägigen Erkundungen am Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Ergebnissen zeigen, daß dieser als Endlager nicht geeignet ist, würde dies nur eine zeitliche Verschiebung zur Folge haben, weil im Bedarfsfall auf der Grundlage von bisher durchgeführten Untersuchungen über eignungshöffige Salzformationen kurzfristig andere Standorte benannt und aufgrund der bei der Erkundung von Gorleben gewonnenen Erfahrungen rasch erkundet werden könnten ...

Ich lese daraus, dass sich die Bundesregierung schon mit der Frage befasst hat: Was passiert, wenn Gorleben sich als nicht geeignet herausstellen sollte? - Ist das so -- mein Eindruck richtig?

Zeuge Reinhold Ollig: Dieser Eindruck, - den Sie gewonnen haben, ist völlig richtig. Ich erwähnte eben schon diese Quasi-Vorratsbeschreibung: Was würde eine Standorterkundung kosten? Wie schnell würde man in eine neue Standorterkundung eintreten können? Was muss aufgrund der Erfahrungen in Gorleben untersucht werden? Wie muss ich ein hydrogeologisches Programm in einem Deckgebirge anlegen usw. usf.? Das wurde ja zum Teil am Standort Gorleben „first of its kind" alles entwickelt. Insofern hat man durchaus Lernerfahrung, und von daher denke ich, ist das völlig in Ordnung, solange es keine negativen Ergebnisse gibt, die am Standort Gorleben raten lassen, dieses alles einzustellen. Das war eben nicht der Fall. Insofern hat man gesagt: Mensch, wenn jetzt -- Die untertägige Erkundung hätte ja durchaus noch ergeben können, dass dort etwas nicht in Ordnung ist, und letztlich hätte dann eine Sicherheitsanalyse, wo alle Komponenten dieses ganzen Komplexes bewertet werden, ja auch die Frage beantwortet: Was kann ich dort unten endlagern? Wo, welche Mengen, wärmeentwickelnde Abfälle? Geht es nur für, ich sage mal, schwachradioaktive Abfälle? Diese ganze Bandbreite war im Grunde genommen offen, und die galt es dann -- durch die untertägige Erkundung ~~im Grunde genommen~~ diese Wissenslücken zu schließen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, aus den Akten lässt sich -- Zumindest entsteht der Eindruck, dass sich die Bundesregierung sehr wohl - obwohl ja Niedersachsen gesagt hat: außer Gorleben kommt für uns jetzt derzeit nichts in Frage -- dass sich die Bundesregierung durchaus mit anderen Standortalternativen befasst hat; denn wir haben gesehen, dass es insgesamt aus dieser Zeit, also 82/83, drei verschiedene Studien gab, die beauftragt wurden, zum einen eine Studie der BGR „Eignung von Salzstöcken in Niedersachsen", im Mai 83 - für das Protokoll: das ist MAT A 96, Band 5, die Blätter 105344 bis 105473 -, dann eine BGR-Studie „Bewertung von Salzformationen außerhalb Niedersachsens für die Errichtung von Endlagern", April 82 - das ist, auch für das Protokoll: MAT A 109, Band 1, Blatt 187367 bis 187451 -, und zum Dritten eine Studie von BMFT und BGR „Konzept der Bundesregierung zur Untersuchung der Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Granit" aus dem April 82 - und das ist, auch da für das Protokoll: MAT A 138, Band 47, Blatt 210 bis 242. Und wir haben in den Unterlagen auch ein Schreiben von Ihnen entdeckt, hier vom 19. Januar 82 - das ist MAT E 10, dort die Blätter 292 bis 299 -, wo Sie der BGR den Auftrag erteilen, genau diese zweite genannte Studie, nämlich -- die erste genannte Studie „Eignung von Salzstöcken in Niedersachsen" zu erstellen.

Könnten Sie noch einmal darstellen, was da der Gedanke war, der Sie geleitet hat, diese Studie, diese Untersuchungen, in Auftrag zu geben?

Zeuge Reinhold Ollig: Das mache ich gerne, Herr Abgeordneter. Man muss zwei Dinge unterscheiden: Das eine ist die aktive Standortuntersuchung - diese fand nur am Standort Gorleben statt -, das andere ist die Befassung mit potenziellen Standorten oder auch mit potenziellen Endlagermedien. Es gab natürlich, ich sage mal, Druck aus Niedersachsen, sinngemäß so: Niedersachsen muss die ganzen Entsorgungslasten auffangen, weil nur Niedersachsen eigentlich über geeignete Salzstöcke verfügt. Von daher --

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Bitte? - Insofern habe ich bereits - ich glaube, es war im Jahr 81 - mit der nationalen Gesellschaft zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz, der Nagra, ein Abkommen geschlossen über die Beteiligung am Felslabor Grimsel; das war in Person Herr Venzlaff und Herr Kühn, die das mit der Nagra unterzeichnet haben.

In der Schweiz gibt es zwar Salzformationen, aber es sind eben keine Salzstöcke. Insofern hat die Schweiz in einem sehr breiten Programm, was dann immer als Vorbild angelegt wird und uns auch vorgeworfen wird, Endlagerstandorte gesucht, sowohl in Granit- als auch in Tonformationen, damit uns dieses Wissen in irgendeiner Weise zur Verfügung steht. Das war das Ziel dieser Verabredung.

Aber noch mal: Das eine ist die Standortuntersuchung, das ist das aktive Agieren an einem Standort, und das andere ist die, ja, ich sage mal, potenzielle Vorbereitung für den Fall der Fälle, dass in Gorleben etwas nicht möglich ist oder aus politischen Gründen gesagt wird: Ich will dort kein Endlager bauen. - So was kann ja alles passieren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, als Nichtgeologe habe ich das dann so richtig verstanden, dass es in dem Fall darum ging, eine Reservemöglichkeit in der Hand zu haben, falls sich Gorleben, aus welchen Gründen auch immer, nicht realisieren konnte?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, das war so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Ollig, es ist ja auch eine gewisse Fürsorgepflicht unsererseits, Sie davor zu bewahren, Dinge in den Raum zu stellen, die sich vielleicht hinterher als nicht ganz zutreffend erweisen. Da würde ich Sie noch mal fragen: Sie haben vorhin, auf die Frage der Vorsitzenden, erläutert, dass es eine feste Entscheidung der Bundesregierung gab, nur diesen einen Standort zu untersuchen. Ich will Ihnen entgegenhalten einen Vermerk, den Sie selbst am 10. Mai 1983 verfasst haben - MAT E 6, Band 30, Paginierung 16 bis 17 -, in dem Sie selbst schreiben - ich zitiere -:

> Im Gegenteil werden aufgrund des Konzepts der Bundesregierung, drei Standorte zu untersuchen und anschließend einen auszuwählen, durch die Forderung nach paralleler Standorterkundung im Sinne einer Standortvorsorge Sachzwänge politischer Art geschaffen ...

Also, Sie haben ausdrücklich selbst, schriftlich jedenfalls, niedergelegt, dass es einen Beschluss der Bundesregierung gab oder ein Konzept, drei Standorte zu untersuchen. Das bringe ich nicht mit dem überein, was Sie hier versucht haben regelmäßig noch mal zu wiederholen.

Zeuge Reinhold Ollig: Kann ich Ihnen natürlich helfen. Da | B

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Es war ursprünglich das Konzept, und zwar, als es noch das integrierte Entsorgungszentrum gab. Da war es das Konzept der Bundesregierung, drei parallele - - drei Salzstöcke zu erkunden. Ich habe das auch in den Akten gefunden und habe das dann niedergeschrieben für die Informationsveranstaltung, die wir in Gorleben planten. Es war völlig klar, dass die Öffentlichkeit danach fragt; es ist ja auch völlig richtig. Aber das war eben das alte Konzept. Dieses hat eben Albrecht mit seiner gorlebenbezogenen Entscheidung zunichte gemacht. Ich erwähnte eben schon, man hat sich sehr schwer getan auf Bundesseite, dieses zu akzeptieren, weil es eben die Abkehr von diesen, ich sage mal, parallelen oder - - Dreiklang der Standorterkundung war. Als ich diese Aufgabe übernommen habe, war es eben so, dass nur ein Standort untersucht wurde. Ich habe das dann natürlich auch häufig hinterfragt, weil in dem Referat, in dem ich gearbeitet habe, war ~~natürlich~~ auch dieses Konzept entstanden und die Begeisterung über die~~se~~ Entscheidung von Herrn Albrecht war nicht besonders groß; das kann ich Ihnen versprechen. H S H S

Ute Vogt (SPD): Können Sie uns bestätigen, dass es dauerhaft den Wunsch in der Bundesregierung gab, möglichst mehrere Standorte zu schaffen, zumindest noch in der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es gab ja mehrere Standorte Endlagerprojekte. Die Asse war damals gerade ausgelaufen als Versuchsendlager. Dann gab es das Projekt Konrad. Es gab also mehrere Standorte durchaus mit Potenzial. So. Und für hochradioaktive Abfälle hat man sich festgelegt auf Salz, und Salz war eben dann nur Gorleben, und zwar ein eben - wie es so schön | te H für

[redacted]

heißt - unverritzter Salzstock, wo eben keine bergbaulichen Aktivitäten analog zur Asse früher durchgeführt waren, und das war eben der Salzstock Gorleben. Dass man sich diese Entscheidung auch hätte anders vorstellen können von Herrn Albrecht, ist, glaube ich, unbestritten.

Ute Vogt (SPD): Würden Sie widersprechen, wenn ich Ihnen zitiere die Aussage von dem damaligen Innenminister Baum, der ja lange Zeit nach Albrechts Regierung - - nach der Entscheidung von Albrecht erst Innenminister war. Der sagte uns auf Seite 8 des Protokolls des Ausschusses auf die Frage der Frau Vorsitzenden, ob es damals in der Bundesregierung immer wieder auch den Wunsch gab, andere Standorte parallel zu erkunden - Baum wörtlich; ich zitiere -: Das war immer im Gespräch, und es war immer unsere Meinung, dass man das machen sollte. - Könnten Sie uns das bestätigen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, das habe ich sogar noch miterlebt, als ich diese Aufgabe übernommen hatte; ich habe es Ihnen eben geschildert. Man hat sich sehr schwer getan mit dieser Albrecht-Entscheidung. Es wurde sogar diskutiert, Herrn Albrecht eine Weisung zuzuschicken. Herr Baum wäre ja dann der gewesen, der das hätte machen sollen. Die Bundesregierung hat dann - aus welchen Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann - davon Abstand genommen und hat dann - ich sage es mal: zähneknirschend - in diese singuläre Standorterkundung eingewilligt. Ich will noch mal sagen: Es geht immer nur um die Standorterkundung von Salzstöcken. Wir sprechen also nicht von Konrad oder von Granit, ja?

Ute Vogt (SPD): Ja, das ist klar.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieser eine Salzstock, der in früheren Studien durchaus genannt war. Aber es gab dann eben noch die innerdeutsche Grenze und verschiedene politische Faktoren, die dann die Verfasser einer KEWA-Studie dazu bewogen haben, grenznahe Standorte nicht mehr zu betrachten.

Es war, wie gesagt, das Konzept - das muss man dann dazusagen -: Das war eine Nuklearanlage à la Cap La Hague - das muss man dann dazusagen -, es ging nicht um nur ein simples Erkundungsbergwerk.

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin gesagt, am 11.05., dass Sie von diesem Gespräch und dem Inhalt nachträglich informiert worden seien. Ihnen war das Gespräch vorher nicht bekannt, dass das stattfinden würde?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vogt, ich habe mir das Gehirn zermartert und habe auch in den Unterlagen nachgesucht; ich kann mich an das, was im Vorfeld lief, beim besten Willen nicht erinnern. Tut mir herzlich leid.

Ute Vogt (SPD): Können Sie nachvollziehen, dass es für uns wie ein seltsamer Zufall wirkt, dass Sie am 10.05.83, nämlich genau einen Tag zuvor, einen Vermerk geschrieben haben - das ist der gleiche Vermerk, aus dem ich eben zitiert habe: MAT E 6, Band 30, Paginierung 16/17 -, da steht oben drauf: Chef BK und BMI. Und in diesem Vermerk haben Sie noch mal ausdrücklich empfohlen, dass man auf diese Untersuchung, parallele Untersuchung von Standorten verzichten sollte. Können Sie mir sagen, wie es zu diesem zufälligen Ergebnis kommt, dass Sie so einen Vermerk schreiben und am nächsten Tag ein Gespräch stattfindet, und war es eigentlich üblich, dass Sie als Referent im BMFT eine Meinung formuliert haben, die dann umgehend als Kopie an den Chef BK und ans BMI weitergeleitet wurden?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das war, glaube ich, eine ganz normale Arbeit. Das gehörte zur, ich sage mal, Vorbereitung von solchen Entscheidungen, die im Kabinett getroffen werden; keine ungewöhnliche Sache.

Ute Vogt (SPD): Unmittelbar an den Chef BK - vom Referenten.

Zeuge Reinhold Ollig: Man schreibt an den Chef BK, und dann steht wahrscheinlich da drunter: Referat III B 5 oder sonst irgendwas.

Ute Vogt (SPD): Nein, es steht handschriftlich „Kopie für Chef BK und BMI".

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, okay, dann geht das an den Herrn Glatzel im Chef BK. Also, ich habe nicht den Vermerk an den

[redacted]

Herr Lahnstein oder wer immer das damals war, geschickt; so verwegen bin ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Können Sie sich erinnern, was der Anlass war, diesen Vermerk zu schreiben, wenn es nicht der 11., das Gespräch am darauffolgenden Tag, war?

Zeuge Reinhold Ollig: Vom Datum muss es im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Kabinettsvorlage gestanden haben.

Ute Vogt (SPD): Dann hätte ich noch ein paar Fragen zu Ihrem Lebenslauf. Sie haben vorhin gesagt, Sie sind von der Universität gekommen. Haben Sie sich damals eine wissenschaftliche Laufbahn vorgestellt?

Zeuge Reinhold Ollig: Eigentlich nicht. Frau Vogt, es war so, Geowissenschaftler waren in Zeiten der Energiekrise - es war damals Fahrverbot; zweite Energiekrise stand ins Haus - sehr begehrt. Insofern habe ich dieses Angebot, im Ministerium einmal auszuhelfen, als Bereicherung - ich sage mal eine Lebenserfahrung - wahrgenommen und war ja dann auch in einem Bereich, der völlig unspektakulär war, also Lagerstättenkunde; es ging um Uranvorräte im Schwarzwald, es ging um Uranvorräte in Afrika, Südafrika usw. usf. Das Angebot, sich dann ~~weil es eben~~ in meinem parallelen Referat in der gleichen Unterabteilung ~~eben~~ dieser Standorterkundung ~~gab~~ ich fand das eigentlich eine große Herausforderung, und es war fachlich hochinteressant, man konnte mit der BGR - Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - zusammenarbeiten, man hatte ein interessantes Umfeld.

Ute Vogt (SPD): Wann hatten Sie Ihren Abschluss gemacht?

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte? - Ich habe Diplom gemacht, ich glaube, 77. Ich habe dann promoviert, bin aus der Promotion dann rausgegangen mit einem Promotionsstipendium und bin aber dann im Ministerium geblieben und habe die Promotion dann nicht mehr zu Ende geführt.

Ute Vogt (SPD): Vielleicht können Sie nachvollziehen: Uns wundert ein bisschen die Art und Weise Ihres Schriftwechsels mit Professor Duphorn. Und ich würde Sie schon gerne fragen: Was hat Sie qualifiziert, einen habilitierten Fachmann so abzuqualifizieren, wie Sie das getan haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich wiederhole es noch mal: Es lag mir fern, Herrn Duphorn zu kränken oder abzuqualifizieren. Ich habe, im Gegenteil, gesagt: Er ist ein renommierter Quartärgeologe. In allem, was ich dort geschrieben habe, habe ich in voller Übereinstimmung mit der BGR, mit Herrn Venzlaff und Herrn Langer und Herrn Jaritz, und auch mit den Experten der PTB, Herrn Wosnik und wie sie alle heißen, gehandelt. ~~Also, dieses ist nicht kraft meines ...~~ Natürlich, als Geologe weiß man um einige Dinge, und wenn Sie das Werk von Herrn Duphorn nüchtern analysieren, kommen Sie dazu, dass er, ich sage mal, viele Dinge, die neben seiner Qualifikation als Quartärgeologe liegen, dort beschrieben hat, in einer Art und Weise, die einer wissenschaftlichen Publikation in keiner Weise standhalten.

Ute Vogt (SPD): Aber er hat ja nun in seinem Gutachten zum Beispiel - aus meiner Sicht - sehr eindeutige - finde ich -, auch schwer widerlegbare Aussagen gemacht. Ich will mal eine zitieren - das ist MAT A 99, Band 17, wo er auf Seite 101077 zum Beispiel schreibt -:

> Wir können nicht für einen Endlager-Salzstock plädieren, der in den letzten 800.000 Jahren einmal ganz und ein anderes Mal fast ganz bis zur Erdoberfläche durchgebrochen ist.

Wie können Sie solche Dinge anzweifeln, wenn Sie da selbst gar keine Untersuchungen vorgenommen haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das habe ich gar nicht angezweifelt, tut mir herzlich leid. Der Salzstock ist aber immer noch da, und es ist nichts passiert.

Ute Vogt (SPD): Aber das wäre für Sie kein Kriterium, dass ein Salzstock durchgebrochen war, wenn man heute davon ausgeht, dass man 1 Million Jahre sicher lagern soll in einem Salzstock, der sich ja dann auch nicht verändern dürfte.

Zeuge Reinhold Ollig: Das Wort „durchgebrochen" heißt: bis zur Erdoberfläche. Der ist also nicht - „Durchgebrochen" hat ja mehrere Bedeutungen.

Ute Vogt (SPD): Ja, ist schon klar. Aber bewegt.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte? – Ja, der Salzstock ist immer noch da. Also, unter Helgoland liegt auch, oder neben Helgoland liegt auch ein Salzstock. Der wird vom Meer umspült; der ist auch immer noch da. Also, Salzstöcke sind nicht solche fragilen Gebilde, die dann auf einmal auseinanderbrechen oder nicht mehr da sind.

Ute Vogt (SPD): Und die darunter stehende Aussage

> Wir können nicht für einen Endlagersalzstock plädieren, der in den letzten 800.000 Jahren mindestens 4 Kubikkilometer durch Ablaugungsverluste verloren hat ...

fanden Sie auch nicht bedenklich?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Sie müssen sehen: Was ist noch an Endlagermenge da? Das, was Herr Duphorn dort an Ab~~lagerung~~ im Grunde genommen hochgerechnet hat, wurde von einigen Mitarbeitern der BGR ganz erheblich bezweifelt, und endlagerrelevant ist diese Ab~~lagerung~~, was die Zukunft angeht, mit Sicherheit nicht.

Ute Vogt (SPD): Mich interessiert noch mal Ihr Lebenslauf. Wir haben -- Normalerweise macht man sich einfach ein Bild von einem Zeugen aufgrund seiner Tätigkeiten. Es gibt für uns eine Lücke, die nicht recherchierbar war. Da wollte ich Sie einfach fragen nach Ihren Tätigkeiten zwischen 1985 und 2004.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, ich war im Ministerium weiter tätig. Ich habe mich in der Zeit, also nach dieser Tätigkeit in dem besagten Referat, um Forschungsreaktoren bemüht, ~~also~~ Forschungsreaktor München, Forschungsreaktor Berlin, habe dann, als ein lieber Kollege gestorben ist, mich um das Kontinentale Tiefbohrprogramm der Bundesrepublik Deutschland gekümmert. ~~Dann das~~ ist ja dann schließlich auch zu der Tiefbohrung gekommen, also, Stichwort: Windischeschenbach. Es habe dann später das GeoForschungsZentrum Potsdam im Zuge der Wiedervereinigung aus diesem Kontinentalen Tiefbohrprogramm heraus gegründet, weil es keine geowissenschaftlich arbeitende Grundlagenforschungseinrichtung in Deutschland gab. Es gab die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, aber es gab eben keine grundlagenforschungsorientierte Einrichtung. Dann habe ich das GFZ mitgegründet, habe mich dann noch um Tsunamiprojekte gekümmert ~~Hin letzter Zeit~~. Ich wurde dann Referatsleiter für das Referat „System Erde" und bin heute Referatsleiter für ein Referat, was mit dem Namen umschrieben wird „Ressourcen und Nachhaltigkeit". ~~Okay. - Bitte~~.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei der FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, Herr Ollig, wir gönnen Ihnen keine Pause. Ich sitze links von Ihnen. - Herr Ollig, Folgendes - ich will das Ganze noch mal etwas weiter abfragen -: Sie sind ja Geologe, und mir ist bekannt geworden -- Ich habe also auch ganz gute Kontakte zur BGR, und die haben mir gesagt: Es war in den 70er-Jahren ja sowieso der Fall, dass man einen großen geotektonischen Atlas angelegt hat von Niedersachsen, von den nordischen Ländern. Können Sie bitte mal -- Kennen Sie diesen geotektonischen Atlas, oder ist Ihnen über die Entstehung und die Aufgaben dieses Atlasses etwas bekannt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe das nicht vor Augen, dieses Ding. Ich weiß aber, dass es diesen geotektonischen Atlas gibt. Daraus kommen natürlich viele Dinge, die heute von verschiedener Seite schon angesprochen wurden, was letztlich doch zu der Entscheidung für den Salzstock Gorleben geführt hat. Die niedersächsische Landesregierung hat - wie ich hoffe - sich bei dem niedersächsischen Landesamt für Bodenkunde erkundigt; das war ja damals noch eine Hausgemeinschaft mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Und Sie müssen sehen: An ~~die~~ Salzstöcke in Gorleben sind sehr häufig Erdöllagerstätten gebunden, und mit vielen Bohrungen, vielen Erkenntnissen, und so war es ganz natürlich, dass man sich hingesetzt hat, hat alle Informationen mal gebündelt, auch über das, was unter der Basis dieses Zechstein-Salzes liegt. Dort gibt es auch noch entsprechende Gase, die man wirtschaftlich nutzen kann. Insofern war das, ich sage mal, eine wirklich sehr langjährige und wirklich sehr verdienstvolle Arbeit, diesen Atlas zu-

[redacted]

sammenzustellen - was übrigens dann auch den deutschen Anteil an der Nordsee umfasst; denn dort ziehen die Salzstöcke auch noch weiter, also Helgoland und weiter nördlich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Nun sind hier überwiegend Personen anwesend, die keine Geologen sind. Können Sie vielleicht noch mal kurz sagen, welche Daten denn über den Untergrund dort erfasst werden? Ist das über Länge, Breite, Höhe, Tiefe, über Dichtigkeit, über Mächtigkeit? Welche Daten lagen denn eigentlich auch schon vor, bevor man angefangen hat, die KEWA zu beauftragen? Also, dass man mal irgendwie einen Eindruck kriegt: Hat es da irgendwo einen Stand null gegeben, und die KEWA hat angefangen, oder aufbauend auf welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen hat das damals begonnen?

Zeuge Reinhold Ollig: Da ist eine Besonderheit zu beachten, und zwar ist Folgendes: Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und vorher die preußisch-königliche Landesanstalt funktioniert auch als Industrieberater. Und zwar sind dann alle Industriefirmen auch verpflichtet, ihre Daten dort zu hinterlegen: Daten aus der Seismik, Daten aus Tiefbohrungen usw. usf. Die BGR darf diese Daten, die ja bares Geld sind, natürlich nicht weitergeben an Konkurrenzfirmen, sie darf aber diese Daten für wissenschaftliche Zwecke oder für Kartenwerke im Grunde genommen verwenden. Insofern ist in diesen geotektonischen Atlas und auch, ich sage mal, in die damalige KEWA-Studie, ich sage mal so, das beste Wissen, was man damals hatte, im Grunde genommen eingearbeitet worden. Dass man darüber hinaus noch weitere Fragen en détail untersucht, ist völlig klar; denn so detailliert hat man ja den Salzstock Gorleben gar nicht betrachtet, weil er offensichtlich sowohl für die Salzgewinnung als auch für die Erkundung von Lagerstätten uninteressant war. Man muss dazu sagen: Das Salz, das Gas, was in Richtung Ostdeutschland geht, ~~ist~~ immer mehr schwefelhaltig, und Sie können es nicht mehr verbrennen. Die DDR, die ehemalige DDR hat darunter sehr gelitten. Gleichwohl haben die gesucht. DDR, also das Gebiet der neuen Bundesländer, ist eines der am dichtesten gebohrten Gebiete, die es auf der Erde gibt, weil eben diese vergebliche Suche nach Lagerstätten dort stattgefunden hat.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. - Ich wollte noch mal auf das Thema Mehrbarrierensystem kommen. Also, damals, 83, aber auch heute wird ja immer noch so teilweise sehr viel darüber gesprochen oder publiziert, dass man sich das so, fast so wie so eine Matroschka-Puppe vorstellt, also eine Hülle über der anderen usw. War das damals und ist das heute eigentlich Stand von Wissenschaft und Technik? Ich komme gleich auch noch auf einen Zeugen, den wir schon hatten, nämlich Herrn Professor Röthemeyer. Also meine Frage: Diese Art, über Mehrbarrierensysteme zu denken, ist das so absolut zu verstehen gewesen, oder haben Sie eine andere Auffassung?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Frau Abgeordnete, es ist völlig richtig, dass man in Mehrbarrierensystemen gedacht hat. Ich kann das vielleicht am Beispiel von Wärmeentwicklung oder hochradioaktiven Abfällen festmachen. Damals war es der Wunsch, dass man diese Abfälle verglast, also die wärmeentwickelnden, hochradioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen, die sollten in Glaskokillen. Glas hat, das weiß jeder, eine relativ hohe Auslaugresistenz. Diese Glaskokille war dann eingegossen ~~natürlich~~ in einen ~~Behälter~~ Edelstahlbehälter, dann kam im Grunde genommen die Salzbarriere zum Tragen. Salz ist ein hervorragender Wärmeleiter. Salz hat auch die Eigenschaft: Es gibt keine Lücken zwischen dem Salz. ~~Wenn Sie also Erhitzer in der Asse~~ Wir haben ja dann nach der Gorleben-Entscheidung die ganzen Versuche in der Asse auf wärmeentwickelnde Abfälle oder auf die Untersuchung wärmeentwickelnder Abfälle abgestellt, indem wir Hitze simuliert haben. Wohlgemerkt -, also, es hat keine echten Abfälle. Das Salz läuft so dicht auf, Sie können ~~auf~~ einer Schraube, ~~die was weiß ich~~ M5 oder M6 ~~können Sie die Schrift~~ lesen im Salz; da passt nichts mehr dazwischen. Insofern ist Salz ein durchaus geeignetes Endlagermedium. In Granit macht man das anders, zugegebenermaßen. Von daher ist dieses Mehrbarrierenkonzept eigentlich Stand der Dinge ~~damals~~ gewesen und, soviel wie ich weiß, heute auch noch. Es sieht natürlich, wenn Sie ~~Man hat ja dann~~ später entschieden, auch abgebrannte Brennelemente zur direk-

[redacted]

ten Endlagerung vorzusehen. Da haben Sie natürlich wieder ganz andere Anforderungen an Barrieren zu stellen. Das ist, glaube ich, auch klar.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, ich wollte noch auf die Rinne kommen, und zwar - deswegen habe ich auch noch mal nach dem Mehrbarrierenkonzept gefragt -: Es kann ja jetzt sein, dass die Barrieren von unterschiedlicher Mächtigkeit oder Qualität auch sind, und wir haben auch schon in der Vergangenheit hier im Ausschuss diskutiert, ob zum Beispiel die Mächtigkeit des Salzstockes zum Beispiel auch kompensiert, dass es eine Rinne gibt. Herr Professor Röthemeyer, der bei uns im letzten Juli war - 1. Juli -, hat dann sich dahin gehend geäußert - ich zitiere das jetzt nicht, sondern ich gebe das nur sinngemäß wieder; das ist im Protokoll der Sitzung auf Seite 8 zu lesen -, dass die Gorlebener Rinne ein natürliches Langzeitexperiment sei oder dass man es so sehen könnte. Die Natur habe dort unter extremen Belastungen und dynamischen Bedingungen das Isolationspotenzial des Salzstockes auf seiner Langzeitwirkung sozusagen nachgewiesen, und das mit dem eindeutigen Ergebnis, dass auch in Zukunft davon auszugehen sei, dass diese 840-Meter-Sole, dass die also auch noch für mehrere Millionen Jahre so eine Barrierefunktion auch wahrnehmen könnte oder aushalten würde. Das ist jetzt natürlich eine sehr eindeutige Erklärung. Inwieweit teilen Sie diese Auffassung, oder haben Sie eher Skepsis?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, Sie werden gelesen haben, dass ich nicht immer einer Meinung war mit Herrn Röthemeyer. Wir haben uns durchaus auch einmal kontrovers unterhalten, aber natürlich immer freundschaftlich kontrovers unterhalten. Aber diese Aussage kann ich in dieser Form unterschreiben.

Natürlich wäre es allen Beteiligten lieber gewesen, es hätte keine Rinne gegeben. Aber jeder wusste, ~~dass~~ ganz Norddeutschland aufgrund der quartären Entwicklung ~~Und das lag ja~~ mal unter wirklich mehrere 100 Meter mächtigem Eis. Da drunter musste das Wasser irgendwo weg, und dann hat es dort eben diese Rinnensysteme in Deutschland, in Norddeutschland, gegeben. Der Integrität des Salzstockes hat es nicht geschadet. Auch die Rinne ist ja heute kein, ich sage mal, Fließgewässer. Das ist nicht wie so eine Dachrinne, wo das Wasser durchrauscht, sondern das ist eine sedimentgefüllte Struktur. Ich habe jetzt nicht vor Augen, ob es mit Kies oder Sand oder sonst irgendwie gefüllt ist. Die verschiedenen Pumpversuche, die man gemacht hat, um das hydraulische Potenzial dieser Rinne zu erfassen, sind mir nicht bekannt. Also, ich habe die Ergebnisse nicht mehr vor Augen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, vielen Dank. - Das Rederecht liegt jetzt bei der Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich habe Sie richtig verstanden: Vorhin haben Sie gesagt, Sie wären 28 und direkt von der Uni gekommen oder Hochschule oder Sie hatten eine Tätigkeit an der Hochschule; Doktorand waren Sie. Das muss ich so verstehen, dass Sie jetzt als Geologe nicht irgendwie, ich sage mal, in der Wirtschaft bis zu dem Zeitpunkt Erfahrungen gesammelt hatten.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe natürlich Praktika gemacht. Ich habe in einem geotechnischen Büro gearbeitet über viele Jahre in Bonn-Beuel. Aber vom Alter her ging das nun mal leider nicht. Ich musste erst Diplom machen, dann das Promotionsstipendium, und nebenher hat man natürlich versucht, im geowissenschaftlichen Bereich zu arbeiten, einfach um Autofahren zu können etc. pp. ~~das ist klar~~

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Hatten Sie sich in Ihrem Studium oder in Ihrer Promotion jetzt schwerpunktmäßig zum Beispiel mit Salzstöcken beschäftigt, oder was waren da Ihre Themenschwerpunkte?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe Schwerpunkt Tektonik gemacht. Tektonik im Rheinischen Schiefergebirge, aber auch der norddeutsche Untergrund gehörte dann auch dazu. Später habe ich dann eine Promotion angestrebt über Einengungsbeträge im Rheinischen Schiefergebirge. Also, tektonische Prozesse gehörten durchaus zu dem, was ich weiß.

Ich darf Ihnen dann noch sagen, weil ich glaube, Sie würden das sicherlich auch hinterfragen: Ich habe in meinem Studium dann auf Anfrage des damaligen Institutsleiters Professor Wurster mit Herrn Professor

13 H8

Woldstedt - das war ein alter Herr; ~~das ist~~ der Nestor der Quartärgeologie - - Mit dem bin ich also, ich sage mal, über mehrere Monate regelmäßig in Bonn in der Umgebung des Instituts spazieren gegangen. Ich kann Ihnen durchaus etwas über Interglaziale erzählen. Ich kann Ihnen auch über das Interglazial von Quakenbrück etwas erzählen. Also, diese Dinge sind mir durchaus bekannt, und ich glaube, ich kann auch die Arbeit von Herrn Duphorn durchaus lesen und bewerten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das glaube ich Ihnen ja, dass Sie die lesen können. Allerdings hat es mich schon ein bisschen erstaunt, dass jemand - ich sage das mal so vorsichtig -, der relativer Berufseinsteiger ist, noch nicht jahrelange Erfahrung hat, wenn ich es richtig verstehe, gerade in dem Gebiet auch mehr oder minder noch dabei ist, sich einzuarbeiten, einen Professor doch sehr harsch kritisiert. Was hat Sie damals zu der Überzeugung gebracht, oder war das insgesamt in Ihrem Haus vorherrschende Meinung? Hat man sich da abgesprochen, eh solche Papiere verfasst wurden, und gab es da sozusagen eine ganze Gruppe auch im Ministerium, oder waren Sie da sozusagen allein und auf sich gestellt?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Sie können sich sicherlich vorstellen, dass ich dann zum Telefonhörer greife oder mich in den Zug setze, nach Hannover fahre und mit den Kollegen der BGR dieses bespreche, die auch Herrn Duphorn kennen mit allen Stärken und Schwächen, und er hat auch einige Schwächen. Und so haben wir dann diese ganzen Dinge zusammengetragen, die ich in diesem Bericht zusammengefasst habe.

Wenn Sie sich aber mal den Ursprungstext ansehen, wie Herr Duphorn dieses aufgezogen hat, kann ich sagen: Dieses ist weit entfernt von seriösen wissenschaftlichen Abhandlungen. Und wenn er so etwas bei *Nature* oder bei der *Geologischen Rundschau* oder sonst irgendwo eingereicht hätte, das hätten sie ihm wieder postwendend zurückgeschickt. Also, insofern bitte ich um Verständnis. Dieses Ding war auf Publicity angelegt, und dann kann ich nur sagen: Dann muss er sich auch die entsprechende Replik gefallen lassen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Haben Sie damals alleine dort als Geologe gearbeitet, oder war das eine Gruppe?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, in dem Referat gab es noch einen Geophysiker. Das war Herr Dr. Budde, ein älterer Kollege. Ansonsten gab es dort Physiker; Herr Ziegler war Physiker. Es gab Ingenieure, also die durchaus Erfahrung auch in kerntechnischen Dingen haben, sodass ich versucht habe, die geologischen Dinge abzudecken. Die Nuklearchemiker und -physiker haben dann die Dinge, die mit radioaktivem Zerfall, mit radioaktiven Abfällen, mit der Konditionierung von radioaktiven Abfällen zu tun hatten, bearbeitet. Insofern war das Referat im Grunde genommen die Gruppe, und es gab eben zwei geowissenschaftlich bewanderte Menschen in diesem Referat. Herr Budde war übrigens lange Jahre dann bei der BGR und ist dann aus der BGR in das Ministerium gekommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): In MAT A 99, Band 17, Paginierung 101185 aus dem Juli 1982 findet sich von Ihnen ein Vermerk - und ich zitiere -:

> Eine sich in Zukunft ständig vermehrende Forschungsflut zu Untersuchungen am Salzstock Gorleben für jeden Teilaspekt bei der Errichtung eines Endlagers anstreben zu wollen, ist mit dem Ziel einer zügigen Untersuchung des Salzstockes Gorleben nicht kompatibel.

Also, 1982 war man ja doch noch relativ am Beginn der Untersuchung des Salzstockes. Muss ich Sie so verstehen, dass es zumindest Ihre - - Oder war das sozusagen die Meinung Ihres Hauses, dass man möglichst schnell zu dem Ergebnis kommen möchte und dass man versuchen möchte, nicht allzu viel Zeit mit Erforschung, mit Begutachtung, mit Klärung der verschiedenen Fragen zu verbringen? Wie muss ich das Zitat verstehen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, ich glaube, das ist aus dem Schreiben an Herrn Duphorn. Wir haben im Ressortkreis - und das war auch Beschlusslage - gesagt, dass wir den Salzstock bzw. die Standorterkundung so zügig wie möglich durchführen.

Man kann sich dann natürlich in akademischen Fragen auch darüber unterhalten, ob

es nicht vielleicht noch mehr an Untersuchungen geben kann usw. usf. Und so haben wir uns mit der BGR dann verständigt, dass wir gesagt haben: Die und die Untersuchungen sind notwendig. Wenn ~~das~~ es dann später im Rahmen eines Sicherheitsnachweises notwendig ist, noch mal an der einen oder anderen Stelle nachzugucken, dann kann man das sicherlich sehr gut identifizieren. - Und insofern ist diese Meldung dahin gehend zu verstehen, zügig, aber mit der gebotenen Sorgfalt ~~doch~~ diese Untersuchung durchzuführen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich will auch noch mal ein bisschen nachfragen, aus welcher eigenen Qualifikation Sie diese doch damals schon recht heftige Kritik an Herrn Duphorns Auslassungen geäußert haben und auch heute wieder. Also, Worte wie „Effekthascherei" oder „Umgang mit der Wahrheit" - was in den Raum stellt, dass die Wahrheit da nicht vorkam - sind ja schon ziemlich heftige Kritikpunkte. Und mir ist jetzt noch nicht ganz klar - Sie haben Geologie studiert -, was Ihr eigener Schwerpunkt dieses Studiums war. Würden Sie mir das sagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es war im Grunde genommen Tektonik.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie heißt das?

Zeuge Reinhold Ollig: Tektonik.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tektonik.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist die Bildung von Strukturen, ob das Salzstrukturen oder ob das Faltungen im alpinen Bereich oder im Rhenoherzynikum sind. Das war der Schwerpunkt der Untersuchungen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke schön. - Sie haben jetzt noch mal kritisiert, dass Herrn Duphorns Arbeit einer wissenschaftlichen Publikation in keiner Weise standgehalten hätte. Welche wissenschaftlichen Publikationen gibt es von Ihnen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe nicht wissenschaftlich publiziert. Ich habe in den einen oder anderen Fällen mitgearbeitet an wissenschaftlichen Untersuchungen. Die können Sie auch in der Bibliothek unseres geologischen Instituts in Bonn nachlesen. Insofern geht es nicht darum, wer wie viel publiziert hat, ob Herr Duphorn mehr publiziert hat oder weniger. Es geht um den Stil, den er dort angesprochen hat. „Salinare Viererbande" ist, ich sage mal, kein quartärgeologischer Begriff. Und es gibt noch mehr von diesen Begriffen, die in seiner Stellungnahme drin sind. Insofern galt - - Es kam dann auch noch Kritik an der Forschungspolitik des ~~BMWF~~ BMFT usw. usf. Darauf galt es zu antworten, und das habe ich, glaube ich, in der gebotenen Kürze - vielleicht ist es ein bisschen harsch rübergekommen -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Also, „salinare Viererbande" ist kein wissenschaftlicher Begriff, da stimme ich Ihnen zu. Trotzdem kann es ja sein, dass neben solchen Ausdrücken der Inhalt, der wissenschaftliche Inhalt einer solchen Arbeit, durchaus eine hohe Qualifikation nachweist. Ich habe jetzt so ein bisschen verstanden, dass Ihre Qualifikation, quartärgeologische Fragen zu beurteilen, aus Ihren Spaziergängen mit einem Quartärgeologen stammt.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, dieses haben Sie völlig missverstanden. Die quartärgeologische Einschätzung, die ich dort niedergelegt habe, habe ich in Gesprächen mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe - das glaube ich, habe ich eben auch beantwortet - herausgezogen. Dieses ist nicht Kraft eigenen Intellektes alleine heraus entstanden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war das aus der BGR, wenn ich das fragen darf?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Jaritz, Herr Venzlaff, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Jaritz und Herr Venzlaff.

Zeuge Reinhold Ollig: - Herr Langer. Das waren die klassischen Ansprechpartner dort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Reinhold Ollig: Und die kennen ihren Kollegen Duphorn sehr gut.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich würde jetzt gern noch mal zu dem Thema, das ja hier so ein bisschen den Kern unserer Fragestellungen für den Zeitraum 83 darstellt, kommen, nämlich dieses Treffen am 11. Mai 1983. Sie haben jetzt mehrmals gesagt, dass Sie da im Vorfeld eigentlich nichts wussten und auch nichts damit zu tun hatten. Nun gibt es eine Einladung von Ihnen an sowohl das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium, PTB, BGR, DBE, Herrn Memmert usw., also alle, die auch später bei diesem Treffen waren, in dem Sie einladen für den 13. April 1983, also einen Monat davor, in die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, und zwar zu einem Abstimmungsgespräch über den zusammenfassenden Zwischenbericht der Standorterkundung. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Da wurden erste Veränderungen dieses Vorberichtes vorgenommen, dieses Entwurfs, Zwischenberichts, nehme ich an.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das Wort „Veränderungen", wenn Sie das bitte erläutern könnten, wie Sie das meinen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine das, dass da nicht der gleiche Wortlaut in dem nächsten Entwurf dieses Zwischenberichts bestand wie davor.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Das ist, ich sage mal, ein ganz normaler Prozess. Auch eine Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erstellt zuerst einen Entwurf und die PTB und auch die -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir klar.

Zeuge Reinhold Ollig: - BGR waren sich durchaus der Tragweite dieses Entwurfes bewusst. Insofern haben wir diesen Bericht diskutiert und besprochen und gesagt: Muss das nicht noch deutlicher akzentuiert werden? Wo passt dann hin?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin dargestellt, es hätte nur strukturelle Veränderungen gegeben und keine inhaltlichen. Ich zitiere Sie noch mal. Sie haben einmal gesagt: „nichts fachlich geschönt". Einmal haben Sie auch gesagt: Kein einziger fachlicher Befund wurde verändert, oder es wäre gesagt worden, dass der nicht hineingehört. - Also, Sie haben nichts herausgenommen, was irgendeine fachliche Bedeutung hatte und auch nichts verändert, und zwar einschließlich dieses Treffens am 11. Mai. Ich möchte Ihnen dazu, bevor Sie antworten, mal ein paar Stellen zitieren, weil in meinem - nichtgeologischen - Verständnis das durchaus Veränderungen sind, und bitte Sie mit Ihrem geologischen Sachverstand, das noch mal zu beurteilen.

Also, wir haben in dem Entwurf vor diesem Treffen im Mai zum Beispiel stehen:

> Die angetroffenen Druckverhältnisse und die chemische Zusammensetzung der Lösungen erlauben die Schlußfolgerung, dass keine eindeutig nachweisbaren Wegsamkeiten zwischen dem Nebengestein sowie lokalen Lösungsreservoiren im Salzstock bestehen.

In der Endfassung finden wir die Formulierung:

> ... erlauben die Schlußfolgerung, dass keine Wegsamkeiten zwischen dem Nebengestein sowie lokalen Lösungsreservoiren im Salzstock bestehen.

Also, ich will mal sagen - ich bin Germanistin -: Für mich ist ein deutlicher Unterschied zwischen einer Formulierung „dass keine eindeutig nachweisbaren Wegsamkeiten" oder „dass keine Wegsamkeiten ... bestehen".

Ich will hier aber auch sagen, was herausgenommen wurde. Nur ein paar Beispiele; es gibt sehr viele. Zum Beispiel auf der Seite 9 vormalig:

> Durch die Endlagerung von größeren Mengen stark wärmeproduzierender radioaktiver Abfälle werden

[redacted]

> Voraussetzungen geschaffen, bei denen heute geschlossene Wegsamkeiten erneut wirksam werden können. Bei der Einlagerung von lediglich nicht wärmeentwickelnden Abfällen ist bei Ergreifen entsprechender Maßnahmen eine Nuklidfreisetzung über verheilte Wegsamkeiten des Salzkörpers nicht zu unterstellen.

Das heißt für mich: Nur, wenn ich *nicht* wärmeentwickelnde Abfälle einlagere, kann ich davon ausgehen, dass diese Wegsamkeiten nicht entstehen.

Und noch eine Stelle - und dann bitte ich Sie um Ihr Urteil; auch auf der Seite 9 -:

> Mit der bisher angewandten konservativen Vorgehensweise zur Abschätzung der radiologischen Folgen bei einer unterstellten Remobilisierung von Wegsamkeiten über den Hauptanhydrit ist der Nachweis der Einhaltung des Schutzziels der Sicherheitskriterien noch nicht für alle Radionuklide gelungen.

Diese Stellen wurden gestrichen. Bleiben Sie dabei, dass das rein strukturelle Veränderungen sind? Die finden sich nirgendwo anders, diese Stellen, in dem Bericht. Sie sind gestrichen. Ist das eine strukturelle Veränderung oder eine fachliche Veränderung?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, zunächst einmal möchte ich noch einmal wiederholen: Wir haben in diesem Bericht nichts gestrichen. Wir haben mit der BGR und der PTB diskutiert: Wie sind die Befunde zu werten? Wie werden sie dargestellt? - Dann haben die BGR und die PTB diesen Bericht verfasst als den zweiten Entwurf. Da hat die Bundesregierung nichts gestrichen. Da haben die Experten nach Diskussionen untereinander und mit uns eine zweite Version gefertigt, die dann wieder diskutiert wurde. Das ist ein ganz normaler Prozess.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde. - Ich eröffne die zweite Berliner Runde für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich möchte noch mal zurückgehen zu meiner Befragung. Da ging es ja unter anderem um die Frage: Wie sah das aus? Hatte sich die Bundesregierung, obwohl sich das Land Niedersachsen ja auf Gorleben jetzt kapriziert hatte, noch mit anderen Alternativen beschäftigt für den Fall, dass sich Gorleben als nicht realisierbar herausstellt. Und da habe ich in den vergangenen Sitzungen jetzt zwei unterschiedliche Zeugenaussagen gehört, und ich würde gerne mal dann jetzt Ihre Meinung dann als dritte sozusagen zu diesem Sachverhalt hören.

Es gab einmal den Zeugen von Osten. Er sagte, das hätte er so oft im Flur sozusagen, im Ministerium - weil er ja nicht mehr in der Sache zuständig war -, gehört: Man habe Gorleben betrieben nach dem Motto: „Augen zu und durch." Das war also sein Zitat hier im Ausschuss. Und auf der anderen Seite hatten wir in der letzten Sitzung Herrn Dr. Matting aus dem damaligen BMI, der folgender Aussage zugestimmt hat-: dass die Frage nach der Erkundung anderer Standorte in den 80er-Jahren

> ... bei allen wesentlichen Entscheidungen bzw. Haltepunkten im Verlauf der Erkundung des Salzstocks Gorleben - wie z. B. bei der Frage der Schachtvorbohrungen, der Erstellung des PTB-Zwischenberichts oder der Kabinettentscheidung am 13. Juli 1983 für die untertägige Erkundung - behandelt. Aufgrund vor allem der jeweils vorliegenden „positiven" Erkundungsergebnisse des Salzstocks Gorleben wurde dieser Punkt jeweils wieder zurückgestellt. Parallel hierzu wurden trotzdem kontinuierlich Alternativen geprüft - z. B. in Form von Studien über z. B. weitere Salzstöcke als Standort für ein Endlager -, um bei einer Feststellung der Nichteignung des Salzstocks Gorleben sofort einen neuen möglichen Standort vorschlagen zu können.

Zitat Ende.

Das sind jetzt zwei unterschiedliche Äußerungen. Wo können Sie sich denn an der Stelle platzieren?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, hinter das Flurgerücht von Henning von Osten [sic!] möchte ich mich lieber nicht stellen. Da halte ich es schon lieber mit der Wahrheit, die Herr

Matting dort gesagt hat. Henning von Osten [sic!] war in der Unterabteilung zuständig für Safeguards-Fragen, also Nichtverbreitungsdinge, und hat irgendeinen Flurfunk zum Anlass genommen, dieses Zitat, was Sie hier wiedergegeben haben, zu nehmen. Ich weiß nicht, aufgrund welcher Tatsache er dieses nun gesagt hat. Ich glaube, er war so fern dieser tatsächlichen Bearbeitung, da ist das Zitat von Herrn Matting durchaus verlässlicher.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut. - Der Kollege Pols wird weiterführen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Ollig, Sie haben in der ersten Runde ausgeführt, dass es diverse Informationsveranstaltungen vor Ort gab. Also in Gorleben, in Lüchow, in Hitzacker gab es diverse Veranstaltungen dort. Und an der einen Veranstaltung im Mai 1981 - bei der Dr. Ziegler Diskussionsleiter war - ist ja dann auch Professor Duphorn zu Wort gekommen. Waren Sie damals da anwesend bei dieser Veranstaltung?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich war bei dieser Veranstaltung anwesend.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also am 15./16. Mai 81.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja; das weiß ich. Da war ich anwesend. Ich habe die sogar in weiten Teilen mit vorbereitet vor Ort.

Ich muss Ihnen sagen: Ich kann mich nicht an den Vortragenden Dup. Also, er hat für mich keine ersichtliche Rolle gespielt. Daran kann ich mich nicht erinnern. Wir haben Professor Haber dort die Einführung, also jener deutsche Physiker, der in den USA dann Karriere gemacht hat. Den haben wir gewonnen, um die einführenden Worte zu sprechen. Wie gesagt, ich kann mich nicht an einen Beitrag von Herrn Duphorn erinnern. Vielleicht war er anwesend. Ich weiß es nicht.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Für welchen Personenkreis oder gesellschaftlichen Gruppenbereich haben Sie diese Veranstaltung organisiert? War das für den normalen Bürger, war das für Kommunalpolitiker, war das für Bauernverbände, Handwerkskammern, Kreishandwerkerschaften, IHKs? Für wen war das zugänglich?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, Sie haben eigentlich alle Gruppen genannt, für die diese Veranstaltung gemacht wurde. Es kam natürlich sehr artikuliert von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, die natürlich immer Fragen gestellt hat. Wir haben ja dann versucht, auch den Bürgerdialog so zu gestalten, dass wir vor Ort eine Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung von Bund und Land Niedersachsen eingerichtet haben, wo die Bürger dann hinkommen konnten. Und Herr Kulke und später auch Herr Dr. Becker-Platen haben dann diese Dinge an uns oder an die BGR weitergeleitet. Und wir haben dann auch zum Teil vermittelt, dass Landtagsabgeordnete mit ihrer Fraktion gleich welcher Art sich dann auch im Kernforschungszentrum Karlsruhe oder sonst irgendwo mal angucken konnten - worum geht es dort? Was wird dort geplant? -, oder auch mit der BGR diskutieren.

Also, diese Dinge haben wir, glaube ich, im Interesse der Bevölkerung vor Ort wahrgenommen. Es gab dann auch noch die sogenannte Gorleben-Kommission, die aus Kommunalpolitikern bestand, die dann natürlich etwas mehr in dem politischen Umfeld. Also, Kurt-Dieter Grill ist sicherlich ein Name, der da häufig fällt. Und diese Dialoge mussten einfach sein. Wir haben Steuergelder eingesetzt für diese Standortuntersuchung; also muss man sich auch, ich sage mal, den Fragen der Steuerzahler stellen, egal ob das angenehme Fragen sind oder unangenehme Fragen. Das gehört einfach mit zur Informationspflicht. Wir haben da für uns durchaus eine Bringschuld gesehen. Ich kann Ihnen sagen, dass viele Kollegen aus PTB und BGR da nicht begeistert waren, dort ständig vor Ort Rede und Antwort stehen zu müssen; denn die sind deutlich häufiger dort aufgetreten, als wir das natürlich gemacht haben.

Also, das Gleiche haben wir dann übrigens -- Nur damit nicht der Eindruck entsteht, das sei ein Einzelfall dort in Gorleben -- Wir haben dann auch eine ähnliche Informationsstelle in Salzgitter errichtet, um dann auch über die Aktivitäten in der Schachtanlage Konrad zu informieren.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Wie war die Resonanz dieses Dialoges mit der Bevölkerung? Haben Sie das Gefühl gehabt, man

[redacted]

interessiert sich dafür, oder war es nur eine bestimmte Gruppe, die sich dafür interessierte? Hat die Bevölkerung Ihre Dialogbereitschaft dann auch angenommen? Hatten Sie das Gefühl dabei?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Leute - egal ob das Gegner oder Befürworter waren - haben das durchaus honoriert. Also, dass es dort eine Anlaufstelle gab - - Und wenn es eben kein direktes Material gab, konnte man wenigstens eine Telefonnummer oder einen Ratschlag geben, wo man sich weiter informieren kann. Also, insofern haben das eigentlich alle begrüßt, auch die Bürgerinitiative; das ist völlig klar.

Und wir haben das dann einmal analysieren lassen von Frau Noelle-Neumann bzw. ~~dem~~ Institut, was das Ergebnis unserer ganzen Öffentlichkeitsarbeit war. Denn so eine Stelle kostet ja auch ~~ein bisschen~~ Geld, und man muss dann auch mal gucken: Was bringt das? Und Frau Noelle-Neumann hat ja das Verdienst, das sie seit den 60er-Jahren Trends innerhalb der Bevölkerung aufzeichnet und das vergleicht. Wir haben diese Ergebnisse dieser Studie dann in der „Kommende" in Bonn diskutiert, und eine Demoskopin kam und hat uns dann erläutert, dass wir mit diesen Informationsangeboten im Grunde genommen den Status quo aufrechterhalten haben.

Ich habe dann gesagt: Ja, okay; dann bringt das ja eigentlich gar nichts, wenn wir nicht den Status quo aufrechterhalten. Ja, sagt sie: Wenn Sie das einstellen, sind die Menschen, die unentschlossen sind, auf der Seite der Gegner. - Für mich eine überraschende Erkenntnis. Ich gebe die jetzt mal so wieder. Ich habe gesagt: Liegt das an unsere Dialogformen? - Man hätte ja sicher denken können, dass wir die falschen Ansätze haben. Es wurde mir gesagt, dass das mit diesem Standortbeauftragten und von dem Konzept hervorragend ist, aber dass wir damit, mit unserer Informationspolitik, nicht viel bewegen. Das ist leider so. Ich kann es Ihnen nur wiedergeben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ist das als Überforderung der Bevölkerung zu deuten?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es ist so: Die Dame vom Allensbach-Institut hat mir das erläutert - wenn es Sie interessiert -, und zwar ist ja seit den 60er-Jahren die Informationsflut, also wie Sie sich informieren können, ich sage mal, exponentiell gewachsen. Früher gab es ein paar Zeitungen. Dann gab es später Magazine noch und nöcher usw. usf. - und man könnte ja meinen, dass - - und Fernsehen und so; viele Kanäle gab es. Und dann könnte man ja meinen, dass auch das Wissen in der Bevölkerung über bestimmte Dinge damit gestiegen ist. Und die Demoskopen haben festgestellt, dass trotz dieses überragenden Informationsangebotes, was die Bevölkerung dann hat, im Grunde genommen der Wissensstand in der Bevölkerung gleich geblieben ist. Es ist nur ein größeres Informationsangebot vorhanden.

Mehr weiß ich über Demoskopie aber nicht. Wie gesagt, ich kann das hier nur so wiedergeben, wie ich es in Erinnerung habe.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wie fühlten Sie sich denn von der örtlichen Presse wiedergeben? Haben Sie das Gefühl gehabt, die örtliche Presse nimmt das auf, was Sie dort der Bevölkerung und den gesellschaftlich relevanten Gruppen berichten? Wie fanden Sie die Berichterstattung im Allgemeinen? Hätten Sie sich eventuell mehr gewünscht? War das sehr zögerlich, oder war es in Ihren Augen ausreichend?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, da kann ich mich nicht an Kritik, oder die, die ich zu äußern hätte, erinnern. Die Berichterstattung war eigentlich plus/minus okay, sage ich mal. Also, na klar, wenn nun irgendeine neue Bohrung niedergebracht wurde usw., dann hat man natürlich auch mal einen kritischen Kommentar dort gelesen. Aber im Grunde genommen fand ich das plus/minus okay.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann ist ja irgendwann dieser Dialog beendet worden. Auch die Gorleben-Kommission hat ja irgendwann ihre Arbeit eingestellt. Warum eigentlich? Gab es da Vorgaben? Gab es irgendwelche Gründe? Gab es, sagen wir mal, Entscheidungen in Ihrem Hause, warum dieser Dialog letztendlich eingestellt wurde? War die Resonanz nicht mehr da?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich weiß gar nicht, ob zu meinen Zeiten, wo ich im Ministerium mit dieser Aufgabe befasst war, dort der Dialog eingestellt wurde - das weiß ich nicht - oder ob das zum Beispiel die DBE dann übernommen hat. Ich weiß nicht, ob die oder wann die Informationsstelle zur Nukleaeren Entsorgung, die wir gemeinsam mit dem

Land Niedersachsen betrieben haben, dort eingestellt wurde. Zuletzt war es Herr Becker-Platen, der dort gearbeitet hat. Danach weiß ich nicht mehr, was daraus geworden ist. Tut mir leid.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay. Ja, danke. - Aber, um noch mal zurückzukommen zu dieser Veranstaltung im Mai 1981, wo Professor Duphorn seinen Bericht zur quartärgeologischen Gesamtinterpretation Gorleben vorgelegt hat: Daran erinnern Sie sich? Sie waren ja, Ihrer Aussage nach, anwesend?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich erinnere mich an die Veranstaltung; ich erinnere mich auch an den Bericht von Herrn Professor Duphorn. Den habe ich aber an meinen Schreibtisch gelesen, und ich erinnere mich aber beim besten Willen nicht, ob Herr Duphorn zu den Sprechern auf dieser Veranstaltung gehörte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie sich denn an die Kernaussage erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: An die Kernaussage von Herrn Duphorn? Ja, klar.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie die mal erläutern oder kurz darstellen?

Zeuge Reinhold Ollig: Die Kernaussage in dem Papier von Herrn Duphorn war im Grunde genommen: Der Salzstock ist ungeeignet. Herr Duphorn war gegen das Schachtabteufen. Er hat sich dann auch in weiteren Besprechungen mit der PTB - übrigens als Einziger - von den Menschen, die von der PTB hinzugezogen wurden, gegen das Schachtabteufen ausgesprochen. Das war so die Quintessenz. Er glaubte, dass der Top des Salzstockes nicht so standfest sei. Er glaubte, dass ~~dort~~ der Salzstock ~~also~~ divergiert und hat dann noch verschiedene Argumente auch über das Innenleben des Salzstockes ~~dann~~ gebracht, die so eigentlich - und das war Auffassung auch der ~~BRG~~ - nicht haltbar waren, sodass Herr Duphorn einen Beitrag zur Beschreibung des Deckgebirges geliefert hat.

Das ist alles übrigens völlig in Ordnung. Ich habe in weiten Bereichen dieses Berichtes - kann ich nur sagen - Das ist völlig in Ordnung so. Sonst hätten wir nämlich Rückforderungen erstellen müssen, wenn das der Fall gewesen wäre. Und insofern habe ich nur einige dieser Darstellungen, die ich so nicht akzeptieren kann in einem wissenschaftlichen Bericht, zum Anlass genommen, die zu kommentieren. Und habe mich dann auch noch dagegen gewandt, die Forschungspolitik des ~~BMWF~~, die er dort kritisiert hat - kann er gerne tun; aber das muss dann beantwortet werden. Und wenn er so einen harten Klotz auffährt, kommt da auch ein harter Keil drauf - das ist doch völlig klar -, ohne dass ich ihn verletzen möchte. Das will ich noch mal sagen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja. Sie haben in dem Zusammenhang - das würde mich jetzt noch mal interessieren -, vorhin gesagt oder gesprochen von einer „salinaren Viererbande". Tut mir leid; ich kann da jetzt nichts mit anfangen. Ich bin weder Geologe noch Physiker. Was ist denn eine „salinare Viererbande"?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe die Unterlagen hier ~~drin~~ nicht. Ich kann es so nicht erläutern, weil dieser Begriff ist mir völlig fremd. Aber es ist sicherlich aus der -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ging das aus seinem Vortrag nicht hervor?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe es im Moment nicht parat. Ich kann die Sache rausziehen, und dann kann ich Ihnen sagen, was er damit, mit der salinaren Viererbande, meint. Aber ich glaube, zur Wahrheitsfindung trägt diese Aussage relativ wenig bei.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Der Arbeitsauftrag von Professor Duphorn wurde ja nicht verlängert. Er lief ja mehr oder weniger aus. Warum wurde der Arbeitsauftrag von Professor Duphorn nicht verlängert?

Zeuge Reinhold Ollig: Der Auftraggeber für Herrn Duphorn war nicht das ~~BMWF~~, sondern es war die PTB, die ihm diesen Auftrag gegeben hat. Zwar mit ~~BMWF~~-Geld, aber das direkte Vertragsverhältnis war zwischen PTB und Herrn Duphorn.

Herr Duphorn hatte seinen Auftrag erfüllt. Er hat das Deckgebirge beschrieben, er hat die vorhandenen Bohrungen ausgearbeitet, und damit war der Auftrag erfüllt. Dann hat er uns noch ein paar Zugaben gegeben: dass der Schacht nicht stehen kann, dass der

[redacted]

Salzstock ungeeignet ist. Das gehörte aber nicht zu seinem Auftrag. Insofern waren wir gemeinsam mit der PTB der Ansicht: Dieser Auftrag ist erfüllt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun hat ja Professor Duphorn auch dem BMFT eine fehlende Forschungskontinuität vorgeworfen, da sein Vertrag eben nicht verlängert wurde. Das geht aus einem Vermerk auch von Ihnen hervor, -

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): - vom 24. Juni 82. Das ist MAT A 29, Blatt 560157 bis 560162. Wie hat das BMFT auf diesen Vorschlag oder auf diesen Vorwurf, besser gesagt - Vorschlag nicht, aber Vorwurf -, reagiert?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich glaube, ich habe Herrn Duphorn einen Brief geschrieben und ich gebe den jetzt nur mal sinngemäß wieder: Projekte oder auch bestimmte Aufgaben werden definiert. Die haben einen Anfang und ein Ende, und am Ende ist ein Bericht vorzulegen. Dann wird geprüft, ob dieser Auftrag erfüllt ist: Ja oder Nein? So, und dieser Auftrag war erfüllt, und deswegen gab es keinen Grund, eine weitere Anschlussuntersuchung in Auftrag zu geben.

Die ganzen Dinge, die schließlich zu der etwas kontroversen Diskussion über das Duphorn-Gutachten führten, waren nicht die Beschreibung der quartären Rinne oder der Verhältnisse im Quartär. Dieses waren im Wesentlichen Aussagen, die eigentlich nur eine Firma, eine Spezialfirma zum Schachtabteufen, machen kann, die ein Geophysiker machen kann, die ein Tektoniker machen kann. Das hat Herr Duphorn alles uns zusätzlich zu der sehr guten Beschreibung des Deckgebirges obendrauf gegeben. Das haben wir kritisiert, und dazu haben wir Stellung genommen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wie wurde damals mit Professor Duphorn und seinen Ergebnissen umgegangen? Rein sachlich, oder wurden seine Befunde, wie hier auch schon gesagt wurde, einfach so vom Tisch gewischt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, man kann die Beschreibung einer quartären Rinne - die ist einfach da, und Herr Duphorn hat die beschrieben -, das kann man einfach nicht vom Tisch wischen. Das ist auch aufgenommen in die ganzen Papiere, die später geschrieben wurden. Insofern wurden seine Ergebnisse berücksichtigt. Seine darüber hinausgehenden Ergebnisse waren nicht zu gebrauchen, und da hat man sich an die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern gewendet. Dort gab es Schachtbauexperten und Bergleute usw. usf. Und das war eigentlich das Manko an dieser Studie. Wie gesagt - ich muss es noch mal sagen -: Der Auftrag wurde, was Quartärgeologie und die Beschreibung des Deckgebirges angeht, erfüllt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich möchte jetzt noch mal zur KEWA kommen. Im Mai 2010 hat ja im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz eine Publikation „Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerstandort - Der niedersächsische Auswahl- und Entscheidungsprozess", Expertise zur Standortauswahl für das Entsorgungszentrum 1976/77 von Dr. Tiggemann -- ist dort erschienen. Dort, bei dieser Arbeit, hat Herr Dr. Tiggemann ja eine Nachbewertung entdeckt zu dem Erkundungsstandort Gorleben.

Lange wurde ja angenommen, dass dieser Standort nur aufgrund seiner Grenznähe aus der ersten KEWA-Auswertungsstudie zurückgestellt worden war, sondern auch im späteren Auswertungsprozess nicht betrachtet wurde. Dadurch ist ja auch diese Annahme widerlegt. In den Akten haben wir eine von Ihnen erstellte Vorlage vom 27.04.81 gefunden, die den Betreff hat - ich zitiere MAT A 95, Band 10, Blatt 180 -:

> ... Auswahl von Salzstöcken zur Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der Wiederaufarbeitung; hier: Sprachregelung für die geplante Informationsveranstaltung des Bundes am 15./16.05.1981 in Gorleben

Für die Befragung möchte ich Ihnen das eigentlich mal eben geben. Kann das eben mal jemand Herrn Ollig geben?

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Auf Seite 1 und Folgeseiten beschreiben Sie ausführlich, dass durch die Kernbrennstoffwiederaufarbeitungsgesellschaft, also

die KEWA, durchgeführte Auswahlverfahren für Endlagerstandorte - - Auf Seite 3 schreiben Sie - das ist MAT A 95, Band 10, Blatt 180 -:

> Die 1976 durchgeführten Untersuchungen beinhalten u.a. eine Überprüfung der Vorgaben und der Eingabedaten (z. B. durchgeführte Siedlungsprojekte, veränderte Regionalplanung) für das Standortermittlungsverfahren 1974. Dieses ergab, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden.

Vom wem wurde 1973 die KEWA mit einem Auswahlverfahren für mögliche Standorte für ein nukleares Entsorgungszentrum beauftragt?

Zeuge Reinhold Ollig: Da kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe diese Untersuchung im Vorfeld der Veranstaltung, die Sie zitiert haben, in Gorleben nach Aktenlage gemacht. Ich bin also in die Registratur gegangen und habe mir die Unterlagen, die dort lagen, angeguckt und habe das nach bestem Wissen und Gewissen - einfach um auch für uns mal Klarheit zu haben: wie war die Historie? - aufgeschrieben. Ich habe keinerlei Vorstellung, welche handelnden Personen dort und kann mich daran nicht erinnern, wer dort als Verfasser oder als Auftraggeber aufgetreten ist. Ich habe die Studie genommen, und da war eben mit diesem Titel - - Das war das Einzige, was man bei uns in den Akten finden konnte was damals war. Ansonsten konnte ich auch keinen Kollegen mehr fragen.

Es war eine von der Industrie gefertigte Studie. Es ging in erster Linie um den Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums. Das war ja damals in der Betrachtung. Für diese Nuklearanlage, für diese Wiederaufarbeitung gelten dann natürlich in Kombination mit dem Salzstock etwas andere Randbedingungen; das muss man dann auch dazu sagen. Diese sind auch, glaube ich, in der Studie adressiert. Aber wenn man nur auf den reinen Aspekt der Endlagerung eingeht - darauf muss man hier ausdrücklich mal hinweisen -, ist diese Geschichte natürlich, wie gesagt, von etwas anderen Randbedingungen geprägt; das ist völlig klar. Wenn man nur einen - - Wahrscheinlich wäre das auch anders ausgegangen, wenn man nur einen Standort zur Endlagerung gesucht hätte dann hätte die KEWA-Studie wahrscheinlich etwas andere Ergebnisse gezeigt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht ist jetzt bei der SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, herzlichen Dank. - Ich würde auch noch mal gerne zurückkommen auf diese zehn Thesen von Herr Duphorn, die ja von Ihnen unmittelbar dann am 24.06. mit zehn Antithesen kommentiert worden sind. Ich will schon noch mal fragen: Diese Antithesen haben Sie dann alleine verfasst?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Vogt, ich habe Ihnen, einer Abgeordneten - ich weiß jetzt nicht, von welcher Fraktion - gesagt, dass ich mich da engstens abgestimmt habe mit der BGR und auch mit der PTB.

Ute Vogt (SPD): Mit wem wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Reinhold Ollig: Auch dieses habe ich eben gesagt. Das waren Herr Venzlaff, Herr Jaritz; wenn ich mich recht entsinne, auch Herr Langer, Professor Langer. Das waren die Ansprechpartner, die dort infrage kommen. Ansonsten bespricht man sich dann auch noch mit dem Institut für Tieflagerungen der GSF, also mit Herrn Kühn und Herrn Brewitz, die sicherlich alle in Salzdingen entsprechende Erfahrungen haben.

Ute Vogt (SPD): Nun haben Sie sich beklagt über die angebliche Publicity-Trächtigkeit des Gutachtens von Herrn Duphorn. Mich hat sehr verwundert, dass Ihr Vermerk vom 24.06. auch sehr schnell Publicity erfahren hat, indem man nämlich am 03.08. durch das Deutsche Atomforum zur Veröffentlichung kam. Können Sie uns erklären, wie es dazu gekommen ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen das nicht erklären. Ich habe das nachgelesen, dass dieser Vermerk aus dem Haus rausgekommen ist. Dieses gehört natürlich nicht zu den Aufgaben eines Referates. Sie kriegen auf dem grauen Markt wahrscheinlich alles. Aber zu meinen Aufga-

ben gehörte auch nicht die Publikation des Duphorn-Gutachtens; was ja dann schließlich, glaube ich, von Minister von Bülow verlangt wurde. Dieses haben andere zu tun. Da gibt es eine Pressestelle bei uns im Hause, da gibt es eine Öffentlichkeitsarbeit, ein extra Referat. Ich habe es jedenfalls nicht an das Atomforum gegeben. Ich bin auch nicht Mitglied im Atomforum.

Ute Vogt (SPD): Sie sind nicht Mitglied?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich bin nicht Mitglied im Atomforum.

Ute Vogt (SPD): Sind Sie Mitglied in der Kerntechnischen Gesellschaft?

Zeuge Reinhold Ollig: Auch das bin ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Auch das nicht. - Und können Sie uns beschreiben, was es damals für Reaktionen gab? Also, ich meine, ehrlich gesagt, ich glaube, dass in dem Ministerium, wo ein Referentenvermerk von solcher Brisanz an die Öffentlichkeit kommt, über den es ja auch eine öffentliche Debatte gab, noch dazu durch eine Lobbyorganisation, die ein ganz eigenes Interesse inhaltlich verfolgt, müsste das doch einen ziemlichen Aufschrei gegeben haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, an einen Aufschrei kann ich mich nicht entsinnen - weder im Haus noch in der öffentlichen Wahrnehmung. Der, der mich ⊢ der dann zu Recht sauer war, das war sicherlich Herr Duphorn. Der hat mich dann auch angerufen. Wir haben darüber gesprochen. Ich halte dieses Vorgehen ⌈nicht für korrekt; muss ich Ihnen sagen. Aber ich habe dieses Ding nicht nach außen gegeben. Ich bedaure ~~das~~ also ausdrücklich. So etwas gehört einfach nicht in die Öffentlichkeit.

⊢ kritisierte,

⌈ der Veröffentlichung

⊢ die Herausgabe

Ute Vogt (SPD): Wäre es dann nicht fair gewesen, dass man zumindest, um der Öffentlichkeit eine umfassende Beurteilung zu ermöglichen, auch das Gutachten des Duphorn veröffentlich hätte?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, auch dieses war angedacht; es ist aber nicht gemacht worden. Es gehörte aber nicht zu meinen Aufgaben, hier Bücher herauszugeben. Es gehörte auch nicht zu meinen Aufgaben, mit der Presse zu sprechen. Es ist so: Wenn Pressevertreter anrufen, rufen die beim Pressereferat an, und wenn das Pressereferat das nicht weiß, fragen die bei uns nach. Es ist relativ selten, dass die Fachreferate gebeten werden, selber mit der Presse zu sprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie uns sagen, wer das verhindert hat, dass das damals rausgegeben wurde?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, kann ich nicht. Also, ich glaube, der letzte Pressesprecher unter Herrn von Bülow war Herr Dr. ⌈Uhl. Das wäre der Pressesprecher gewesen. Wer die Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat, weiß ich nicht. Es gehört natürlich dann auch das Einverständnis des Autors dazu. Ich weiß nicht, ob Herr Duphorn einverstanden gewesen wäre, sein Gutachten zu veröffentlichen. Das hätte alles eingeholt werden müssen, und insofern war dieser Vorgang bei uns im Referat nicht anhängig. Ich habe auch in den ⌈-

⌈ Dr.

⌈ Folgejahren so etwas nicht gemacht.

Ute Vogt (SPD): Es gibt bei uns in den Akten ein Schreiben vom 02.09.1982, MAT A 72, Band 6, Paginierung 143124, wo Herr von Bülow das Wirtschaftsministerium bittet, ausdrücklich bittet, die Veröffentlichung des Gutachtens durchzuführen. Können Sie sich an diesen Vorgang noch erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Sie sagten, das Wirtschaftsministerium ⌈-

⌈ ?

Ute Vogt (SPD): Von Bülow hat einen Brief geschrieben damals an Herrn Lahnstein und bezieht sich auf den Vorgang, dass ein Teil auch schon öffentlich ist, und bittet, dass er, weil er gehört habe, dass auf Abteilungsleiterebene es im BMWi Widerspruch gegeben hätte gegen die Veröffentlichung, praktisch unmittelbar das Ministerium, der Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens zuzustimmen.

Zeuge Reinhold Ollig: Der Vorgang ist mir so nicht ⊢ ist nicht über meinen Tisch gelaufen. Kann sein, dass das Ministerbüro das selber macht. Also jedenfalls kann ich mich daran nicht erinnern.

⊢ bekannt, nur

Ute Vogt (SPD): Es gibt aber dann in dem Zusammenhang bzw. im Nachgang noch etwas ganz Spannendes, was offenbar doch über Ihren Tisch gelaufen sein muss, das ist MAT A 72, Band 6, Paginierung 143125. Da geht es eben wiederum um diese vom BMFT gewünschte Veröffentlichung des Gutachterentwurfs von Herrn Duphorn. Und ich zitiere einen Vermerk aus dem - - wo es einen Schriftverkehr gab vom Wirtschaftsministerium an das Innenministerium, und da ging es praktisch um die Bitte des Herrn Minister Bülow, die man da praktisch noch einmal vom Wirtschaftsministerium dem Innenministerium zugesandt hat. Am 30. September ist es erfolgt, und dann gibt es einen - und das ist jetzt interessant, weil es Sie unmittelbar betrifft - handschriftlichen Vermerk. In dem steht dann:

> Mit BMFT (H. Ollig) am 5.10. Thema informell besprochen. BMFT geht nach Weggang von M v. Bülow davon aus, daß die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann.

Wieso haben Sie die Angelegenheit als erledigt angesehen, wenn Sie eben gesagt haben, es wäre ja durchaus sinnvoll gewesen, dieses Gutachten zu veröffentlichen?

Zeuge Reinhold Ollig: Zunächst einmal ist durch einen Ministerwechsel im Haus eine völlig neue Situation entstanden; das ist völlig klar. Die Pressesprecher werden ausgetauscht, die Leiter des Ministerbüros werden ausgetauscht. Insofern muss das Umfeld, was diese Studie dann weitergibt, sich neu orientieren. Zunächst einmal ist dann der alte Zustand erledigt. Wenn die Neuen ~~- und ich glaube, das ist auch nicht passiert, das ist nicht rausgegangen~~ dieses Gutachten, jedenfalls meines Wissens nach nicht dann haben die das nicht gewollt. Ich kann daran nichts ändern.

Ute Vogt (SPD): Aber haben Sie als Referent zu bestimmen, wenn ein Minister eine Weisung gibt, dass das alles jetzt auf einmal nicht mehr gilt?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, natürlich nicht das ist damit ja auch gar nicht gemeint.

Ute Vogt (SPD): Na, Sie haben ausweislich der handschriftlichen Notiz am 05.10. mitgeteilt, dass Sie davon ausgehen, dass diese Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann. Das heißt, dass es abschließend nicht zur Veröffentlichung kommt. Das ist was anderes, als wenn Sie sagen würden: Wir müssen nachfragen, was der neue Minister meint.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, ich muss da gar nichts nachfragen. Dieses war Aufgabe des Pressereferates, das ist Aufgabe der Leitung des Hauses, dieses rauszugeben. ~~Das~~ Es ist nicht Aufgabe eines Fachreferates, Bücher zu veröffentlichen, schon gar nicht, wo wir nicht selber der Autor sind.

Ute Vogt (SPD): Ja, wie kommen Sie dann dazu, gegenüber dem Wirtschaftsministerium eine solche Auskunft zu geben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil der Minister weg war!)

Zeuge Reinhold Ollig: Für mich war die Sache Duphorn erledigt. Es gab für mich nichts mehr zu tun in dieser Angelegenheit.

Ute Vogt (SPD): Am 30. September 82 bzw. am 5. Oktober 82 gab es für Sie mit Duphorn nichts mehr zu tun?

Zeuge Reinhold Ollig: Also mit dem - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Ute Vogt (SPD): Herr Grindel, ich habe ja nicht Sie im Zeugenstand; können wir auch mal gern machen. Aber das Geblöke ist bissel störend.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Fragerecht ist bei Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Herr Ollig, ich würde trotzdem gern noch mal wissen: Wenn am 05.10. das Wirtschaftsministerium sich an Sie wendet und Sie eine klare Auskunft geben, dass Sie das als erledigt betrachten, dann haben Sie nicht gesagt: „Das ist Sache des Pressereferats", dann haben Sie nicht gesagt: „Das ist eine Angelegenheit, wo wir noch mal nachfragen müssen", sondern Sie haben gesagt: „Der Bülow ist weg, und dann brauchen wir uns um den Kram nimmer zu kümmern, sondern jetzt haben wir unsere

Ruhe und können das Gutachten in der Versenkung verschwinden lassen"?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das ist Ihre Interpretation.

Ute Vogt (SPD): Ja, so liest sich das.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Sie lesen das so. Ich sage Ihnen noch mal: Es ist so nicht richtig. Es gehörte nicht zu meinen Aufgaben. Diese Sache ist für mich erledigt. Punkt. Dass ich mich weiterhin mit den Ergebnissen, die Herr Duphorn über das Deckgebirge publiziert hat, beschäftigen muss im Rahmen der Standorterkundung, ist doch völlig klar. Aber die Veröffentlichung eines Gutachtens - - Ich hätte ja Herrn Duphorn anrufen müssen: Sind Sie damit einverstanden, dieses zu publizieren usw. usf.? In welcher Form wird es publiziert? Wird es mit einer Stellungnahme von uns publiziert oder wie auch immer? - Das ist alles nicht die Aufgabe des Fachreferates. Dafür gibt es - - In einem Ministerium gibt es Stellen in der Leitung, die heißen Öffentlichkeitsarbeit, die heißen Ministerbüro.

Ute Vogt (SPD): Das kenne ich alles. Nur: Warum wurden Sie angerufen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ach, das weiß ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Also, mit Verlaub: Wenn ich angerufen werde und eine Frage gestellt bekomme: „Was ist mit der Anforderung des Ministers?", dann wäre möglicherweise nach Ihren Einlassungen jetzt die Auskunft richtig gewesen, zu sagen: Oh, tut mir leid, da bin ich nicht zuständig. - Aber da steht, dass die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann. Nicht ich selbst finde, dass das erledigt ist, sondern Sie haben im Grunde - so, wie das hier formuliert ist jedenfalls - für das Haus gesprochen.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Sie lesen das daraus. Ich weiß nicht mehr, warum mich der Kollege aus dem Wirtschaftsministerium angerufen hat. Ob es speziell um diese Veröffentlichung ~~ging~~ oder um die Nichtveröffentlichung ging, kann ich mich nicht ~~daran~~ erinnern. Ist, glaube ich, auch relativ lange her. Für mich gab es - und ich wiederhole das - in dieser Sache nichts mehr zu tun. Wenn eine Leitung beschließt, dass dieses Ding an die Öffentlichkeit gegeben wird, dann müssen die zuständigen Referate das umsetzen. So. Ist doch ganz einfach, steht in jeder Geschäftsordnung ~~vom Bundes~~ - H vergangener Bundesregierung

Ute Vogt (SPD): Warum haben Sie dann nicht genau dieses dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich weiß nicht mehr, was ich genau dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt habe. Da ist eine Notiz da drauf; mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ute Vogt (SPD): Vorhin haben Sie zu uns gesagt, Sie hatten mit dem ganzen Thema der Veröffentlichung der Duphorn'schen Gutachten gar nichts zu tun.

Zeuge Reinhold Ollig: Mit der aktiven Veröffentlichung. Das Fachreferat gibt oder Fachreferate geben keine Broschüren raus oder Studien raus. Das ist - nicht deren Aufg.

Ute Vogt (SPD): Wurden Sie gefragt, welche Empfehlung Sie geben in Bezug auf die Veröffentlichung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich hätte diese Studie so nicht rausgegeben; das ist doch völlig klar. Sie müssen den Autor - Zuerst fragen

Ute Vogt (SPD): Sie hätten sie was bitte? Nicht rausgegeben? Akustisch wollte ich es jetzt nur noch mal - -

Zeuge Reinhold Ollig: Ich hätte die Empfehlung gegeben, diese Studie nicht rauszugeben, ja.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie haben vorhin gesagt, es ging darum, dass man möglichst Transparenz schafft, und es gab kein Problem, nicht umfassend zu informieren. Und Sie haben ja Gegenthesen formuliert. Hat man nicht das Recht, wenn Sie Gegenthesen in die Welt setzen, auch die Grundthesen dazu zu lesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Richtig. Das wäre für mich die einzige Legitimation gewesen, meine Haltung zu überdenken. Weil eben meine Thesen, sage ich mal, oder das Papier ohne meine Zutun an das Atomforum gegan- I. TW

H ?
H ?
I. TEs

gen ist. Hätte man dieses durchaus machen können, ja.

Ute Vogt (SPD): War Ihnen das unangenehm, dass das in der Öffentlichkeit erschien?

Zeuge Reinhold Ollig: Was? Mein Vermerk?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, er hat zu keinen Konsequenzen geführt. Also ich - -

Ute Vogt (SPD): Ich wollte nicht wissen, ob Sie Konsequenzen erfahren haben, sondern ob Ihnen das unangenehm war.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich finde, das ist - - ja, „unangenehm" ist der falsche Ausdruck. Ich finde, es ist kein richtiges Handeln, dass interne Papiere aus einem Ministerium auf einmal in der Öffentlichkeit erscheinen. Egal, ob das das Atomforum ist oder ob das *Spiegel* oder sonstige Magazine sind, was übrigens auch relativ häufig passiert ist, dass in solchen Magazinen aus internen Vorgängen des BMBF berichtet wurde, woran ich allerdings auch keinen Anteil habe; das darf ich Ihnen noch mal versichern.

Ute Vogt (SPD): Der Zeuge von Osten hat uns mitgeteilt, Sie seien ein Mitglied der Kernenergiefraktion im BMFT gewesen.* Können Sie sich das erklären?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ich habe mich mit Kerntechnik natürlich befassen müssen in dem Referat; da kommt man also leider gar nicht umhin. Herr von Osten hat sich übrigens auch mit Kerntechnik befasst. Insofern war er auch, wenn man das so will, im weitesten Sinne Mitglied dieser Fraktion. Aber dass da irgendwelche negativen charakterlichen Eigenschaften abzuleiten sind, das möchte ich, Frau Vogt, doch nicht bestätigt sehen durch Ihre Frage.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Frau Kollegin Vogt, könnten Sie uns noch die Fundstelle für das Zitat von Osten geben?

Ute Vogt (SPD): Ich reiche es gleich nach.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja? - Vielen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich bestätige das Zitat!)

- Ja, wir brauchen das Zitat trotzdem fürs Protokoll, auch wenn Herr Grindel das bestätigt.

Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion, bitte.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Schönen guten Tag, Herr Ollig! Wir haben uns bzw. der Ausschuss hat sich mit Ihnen ja unterhalten - auch in Person einiger Kollegen - über Ihre Qualifikation und die Voraussetzungen dafür, sich kritisch mit den Thesen von Herrn Duphorn auseinanderzusetzen. Jetzt ist es so: Auch ich bin kein Geologe, bin von Haus aus Jurist, und deshalb würde ich sozusagen dieses Thema noch mal aufgreifen wollen. Es stand ja die These im Raum, dass dann, wenn wir zwei gegenüberstehende, sich widersprechende geologische Meinungen haben, wenn auf der einen Seite der normale Graduierte steht und auf der anderen Seite der Promovierte oder Habilitierte steht, dass im Zweifelsfall möglicherweise die Letztgenannten vorzugswürdig wären. Entspricht das wissenschaftlichen Standards in der Geologie?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Geowissenschaften sind empirische Wissenschaften, und gelegentlich ist der exakte Nachweis einfach nur indirekt zu führen. Was Sie dann als exakten Nachweis ansehen können oder nicht, das ist eine Geschichte. Insofern ist es in den Geowissenschaften seit der Gründung durch Alexander von Humboldt - das ist sicherlich einer der berühmtesten Vertreter oder der ältesten Vertreter dieser Zunft - eigentlich gang und gäbe, Dinge auch einmal kontrovers zu diskutieren. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Marco Buschmann (FDP): Unabhängig vom akademischen Titel?

* Von Abg. Ute Vogt (SPD) nachgereichte Fundstelle: Protokoll der 12. Sitzung, endgültige Fassung, Seite 92, linke Spalte, am Ende.

Zeuge Reinhold Ollig: Völlig unabhängig von akademischen Titeln. Es hat durchaus Ansätze gegeben, dass sich hochverdiente Professoren ziemlich blamiert haben im Laufe der Zeit, weil es eben gelegentlich Spekulationen geben muss: „Wie ist die Erde entstanden?", usw. usf. Die Plattentektonik wurde relativ spät erfunden; also hat man sich früher anderer Modelle bedient, die dann ad absurdum geführt wurden, obwohl sie von den herausragendsten Wissenschaftlern in dieser Zeit gebracht wurden.

Was ich aber sagen möchte: Hier hat sich ja nicht ein graduierter oder ein diplomierter Geologe mit einem Professor gestritten, sondern hier hat sich ein Ministerium, was unterstützt wird von einer Bundesanstalt und von einer Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, mit einigen Dingen auseinandergesetzt, die nicht zu dem Fachgebiet von Herrn Duphorn gehören. Das muss ich immer wieder sagen: Das, was Herr Duphorn zur Quartärgeologie geschrieben hat, ist in Ordnung. Das, was er zum Salzstock und zum Schachtabteufen gemacht hat, ist leider nicht in Ordnung.

Marco Buschmann (FDP): Ja. Aber selbst wenn man jetzt mal hypothetisch annehmen würde, es hätte sich jetzt sozusagen nicht eine Institution, in der Sie nicht als Person gesprochen haben, sondern in der Sie Dinge zusammengetragen und dann letztendlich auch formuliert haben -- Es ist doch das Selbstverständlichste von der Welt. Also, Juristen lernen das im ersten Semester, sich auch mit den größten Autoritäten und selbst mit dem Bundesverfassungsgericht kritisch auseinanderzusetzen. Ist es nicht auch selbst für einen Graduierten das Selbstverständlichste von der Welt, sich auch kritisch mit Autoritäten auseinanderzusetzen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe das jedenfalls als meine Verpflichtung in diesem Job H zu diesen Bemerkungen von Herrn Duphorn über das Deckgebirge hinaus ~~verpflichtet gefühlt, da~~ die Meinungen ~~auch~~ zusammenzutragen. Da ist natürlich auch meine Meinung eingeflossen; das ist völlig klar. Insofern muss ich da keine Angst vor dem Herrn Professor haben. Das liegt nicht in meiner Natur, darf ich mal so sagen.

H angesehen, H 9 H 9

Marco Buschmann (FDP): Noch eine letzte Frage zu diesem Komplex: Es wurde in Zweifel gestellt, ob jemand, der nicht über ein umfangreiches Literaturverzeichnis verfügt, in der Lage ist -- sozusagen Mindeststandards, ja sozusagen wissenschaftlicher Formulierungen oder des Stils, sich wissenschaftlich zu äußern, einschätzen könnte. Meine Erinnerung aus meinem Studium ist, dass auch das eingeübt wird im Rahmen sogar schon des Grundstudiums, indem man auch selber sogar als Student auch wissenschaftlich seine Seminararbeiten, längere Äußerungen im wissenschaftlichen Stil abfasst. Ist das auch Gegenstand der, sagen wir, Grundausbildung eines Geologen?

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist es. Im Übrigen habe ich mich häufig mit Baugrundgutachten, die ich selber erstellt habe, in dem Geotechnischen Büro Leischner in Beuel auseinandersetzen müssen. Also, das sind durchaus Dinge, die man im Studium lernt. Und wenn Sie diplomiert sind, kann man das durchaus auch als ernst zu nehmende Wissenschaft hinstellen. Dr.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Dann gibt es von meiner Seite keine Fragen mehr, und ich gebe an meine Kollegin ab.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. Herr Ollig ich springe noch mal wieder im Themenfeld und möchte noch mal zu dem Thema zurückkommen: weitere Standorte erkunden. Sie hatten ja vorhin schon gegenüber Herrn Paul gesagt, dass es natürlich auch Kapazitätsbegrenzungen gab, was die Finanzierung anging. Also man hat sich über die Kosten natürlich auch Gedanken gemacht. Der Herr Professor Röthemeyer hat ja auch zu diesem Themenkomplex ausgesagt, und er hatte damals die Ansicht vertreten: Selbst wenn man sich hätte dazu entscheiden können, mehrere Standorte gleichzeitig zu erkunden, man hätte gar nicht die personalen -- also die Experten und auch nicht die Techniker und auch nicht das technische Gerät in diesem Umfang zur Verfügung gehabt. Das würde ich von Ihnen ganz gern noch mal kurz erläutert haben, wie Sie das sehen.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, das ist natürlich eine völlig berechtigte Frage. Das eine ist die Betrachtung von potenziell infrage kommenden Standorten, wenn sich der Standort Gorleben als nicht geeignet erweist. Es ist ~~die~~ Frage der Finan- H eine

[redacted]

zen, es ist auch eine Frage der Personalkapazität; denn so viele Salinargeologen kriegen Sie auch nicht von null auf gleich. Und da hat Herr Röthemeyer völlig recht, ~~Auch die~~ auch hinsichtlich der Bearbeitungskapazität - - Man kann sich natürlich in begrenztem Maße aus der Industrie Leute zukaufen. Also, ich denke mal, Bohrkapazitäten kriegt man über große deutsche Bohrfirmen. Man könnte sich sogar aus dem europäischen Raum, also aus Frankreich oder sonst woher, solche Leute holen. Aber was dann schließlich Sicherheitsanalysen angeht, also alles, was sicherheitsrelevant ist, wäre sicherlich ein Problem gewesen.

Man muss auch sehen: Gorleben war „first of its kind". Wir hatten damals an der Asse gerade die ersten Finite-Elemente-Rechnungen gemacht. Das musste alles noch entwickelt werden. Also, ~~das~~ es wäre sicherlich eine arge Belastung gewesen, parallel mehrere Standorte durchzuchecken, wobei ich sagen muss: Den besten finden Sie dann nie. Bei dem einen ist das Deckgebirge nicht in Ordnung, dafür ist der Salzstock in Ordnung. Bei dem anderen ist das Deckgebirge okay, und dann kommen Sie in den Salzstock, und dann finden Sie auf einmal dort irgendwelche Dinge, ~~und~~ zum Schluss vergleichen Sie Äpfel mit Birnen. Also ~~das~~ Sie können zwei Menschen schlecht miteinander vergleichen - das hinkt immer -, und so wird es wahrscheinlich dann auch bei dem Individuum Salzstock sein. Das ist schwierig.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. Ich habe keine weiteren Fragen im Moment.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, Sie hatten vorhin den Begriff „salinare Viererbande" als ein Beispiel genommen für die unwissenschaftliche oder unangepasste Ausdrucksweise von Herrn Duphorn. Wir haben jetzt eben noch mal gesucht und diesen Begriff im Originalzusammenhang gefunden. Das ist MAT A 139, Band 30, Paginierung 113052, und ich möchte zitieren. Es geht aus - - Also es ist insgesamt das quartärgeologische Fazit, und da der Punkt 9. Ich zitiere:

> Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, dessen geomechanische Stabilität und dessen hydraulische Impermeabilität bis hinab zur geplanten Endlager-Teufe durch die „salinare Viererbande von Gorleben"

- und dann folgt eine Klammer, die das wohl erklären soll -

> (quartärer Diapirismus, Subrosion, Scheitelgraben, Salzstock-Überhang) in Frage gestellt werden kann, weil seine Kinematik mehr von Divergenzen als von Konvergenzen geprägt wird.

Also offensichtlich benutzt er einen sehr markanten Begriff, um sozusagen vier fachliche Begriffe gemeinsam zu umschreiben. Ich persönlich finde jetzt, das kann man machen, das ist vielleicht eine Stilfrage. Deswegen hätte ich die Frage an Sie: Können Sie uns weitere Beispiele von aus Ihrer Sicht unwissenschaftlichen Wortneuschöpfungen oder Ausdrucksweisen geben? Weil, also, der sticht jetzt für mich nicht so richtig.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, für mich sticht er ganz besonders, weil das alles Dinge sind, die Herr Duphorn nicht zu untersuchen hat, wo er auch kein Experte ist. Über Diapirismus würde ich mich niemals mit einem Quartärgeologen als Sachverständigem schmücken. Ich würde auch die Divergenz im Topbereich des Salzstockes als falsch ansehen. Sie haben auch - - Im Bereich des Daches fließt der Salzstock natürlich auseinander; aber Sie haben dort durchaus ~~dort~~ Konvergenz. Also, wenn Sie dort ein Loch reinmachen, dann fließt auch dieses zu. Also, dieses ist von Herrn Duphorn leider falsch dargestellt worden. Und den Diapirismus oder diese Divergenz hatte er dann auch angenommen, um die Unmöglichkeit des Schachtabteufens zu begründen. Dieses haben andere Experten ganz klar verneint. Insofern ist dieses Fazit mit der salinaren Viererbande weder vom Inhalt noch von der Form her eine Äußerung, die ich so akzeptieren kann von einem Wissenschaftler. Das finde ich nicht korrekt. ~~Aber ich bin da ---~~

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, das haben Sie jetzt begründet. Können Sie uns weitere Beispiele für in Ihrer Sicht unwissenschaftliche Wortschöpfungen benennen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich würde jetzt gerne die Tasche aufmachen und kann Ihnen dann aus dem Vermerk, den ich geschrieben habe ⊢ Der ist dabei. Da habe ich, glaube ich, diese Punkte genannt. Der liegt Ihnen, glaube ich, auch vor ⊣ ~~und dann könnte ich das sagen~~; aus dem Kopf weiß ich das nicht ⊤

H zitieren.

⊢ ⊣

⊤ (siehe Anlage).

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, das können Sie ja vielleicht dann uns noch nachreichen. Sie sagten vorhin, dass es ja unter dem Salzstock Kohlenwasserstoffvorkommen gebe. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Ihnen das damals in Ihrer Tätigkeit, also Anfang der 80er-Jahre, auch bekannt und bewusst war?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, diese, die Explorationstätigkeit an der Grenze zur ehemaligen DDR, was Gasförderung angeht, ist allgemein bekannt. Das war bekannt im Örtchen Wustrow. Nahe der Grenze wurde dann auch Gas gefördert. Ich sagte eben, das ist ein sehr schwefelhaltiges Gas, was in Richtung Polen immer schwefelhaltiger wird; das können Sie gar nicht mehr gebrauchen. Das Gas, diese Lagerstätten dort kommen natürlich aus dem tieferen Untergrund und fangen sich irgendwo an besonderen Strukturen.

Dieser Vorgang war hinlänglich bekannt, weil sich die Bundesregierung über das Bundeswirtschaftsministerium mit der Regierung der ehemaligen DDR über diese grenznahe Ausbeutung von Gasvorkommen unterhalten hat. Das hat einen ziemlichen Wirbel gegeben, weil ständig zwischen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik, also der Bundesregierung Streitigkeiten waren um Bergschäden, zum Beispiel im Hessischen, also in der flachen Lagerung, wo die DDR quasi Raubbau an den dort liegenden Lagerstätten -- da hat es einen Riesenbergschlag gegeben, und die DDR - ich weiß nicht - 5 Milliarden US-Dollar Schadensersatz verlangt hat. Also diese Sachen waren alle bekannt, wie gesagt, auch die Tendenz, dass das Gas saurer wird und dann nicht mehr brauchbar ist.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist jetzt sehr spannend, weil wir suchen seit Wochen Belege dafür, dass über das Gasvorkommen unter Gorleben zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR ein Austausch, auf welcher Ebene auch immer, stattgefunden haben ,muss, und wir werden nicht fündig. Können Sie mir denn aus Ihrer Erfahrung damals sagen, wer da miteinander geredet hat?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich helfe Ihnen gerne weiter: Das war die BEB, Berggesellschaft Brigitta Elwerath, in Hannover, die das meines Wissens nach betrieben hat. Der Geologe, ich darf sagen, der Chefgeologe dort, ein fast väterlicher Freund von mir, Herr Professor Betz, ist leider vor einigen Jahren gestorben ⊤ Der hat mir auch von diesen Verhandlungen erzählt. Die wurden sogar auf Staatssekretärebene geführt seitens des Bundeswirtschaftsministeriums. Also dort könnten Sie ⊤ - ~~ich sage mal~~ ⊣ die Akten sind natürlich irgendwo im Zentralarchiv in Koblenz, aber dort könnten Sie durchaus fündig werden.

1. ⊤ D

⊤ Nachfragen H

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja. Also Sie wussten dann folglich auch von diesem Problem bei den Bohrungen 69 und kannten sicherlich auch den Vermerk von 77 aus der niedersächsischen Staatskanzlei, wo darauf hingewiesen wurde, es gibt die Wahrscheinlichkeit von Gas und dem müsse genauer nachgegangen werden. Hat das in Ihrer Arbeit eine Rolle gespielt?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, die Gasvorkommen unter dem Salzstock waren nicht bekannt. Der Präzechstein - so heißen diese Sachen - ist das berühmte Karbon, und das Karbon hat im Ruhrgebiet eben Kohle, aber wo Kohle ist, ist natürlich auch Gas, und dieses Gas muss aus dem Untergrund gekommen sein; es gibt gar keine andere Quelle. Und dieses Gas fängt sich dann in bestimmten Strukturen, es ist also nicht mehr unter dem Salzstock, sondern ist an irgendeiner Erdölfalle oder Erdgasfalle, wie Sie das wollen. Wustrow ist ein Stückchen weg von Gorleben, und dass dieses Gebiet potenziell gasführend ist, das war bekannt, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Rederecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte auch noch mal an den Auseinandersetzungen von Herrn Ollig mit den Ergebnissen der Arbeit von Herrn Professor Duphorn

anknüpfen; denn das scheint ja ein zentraler Punkt zu sein. Ist es nicht so, wenn ich mir jetzt das vor Augen führe, was ich gehört habe und was wir auch in den ganzen Materialien, die auf Ihre Stellungnahmen sich beziehen, gelesen haben, dass Sie eher aus einer formalen Ebene über Ausdrücke oder über Feststellungen - irgendwelche Aspekte werden an den Rand geschoben oder nicht berücksichtigt - urteilen, dass Sie sich aber mit dem Inhalt und der Bewertung nicht tatsächlich fachlich auseinandersetzen?

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, der Eindruck ist falsch. Ich habe, glaube ich, mehrfach gesagt, dass es zwei Dinge bei dem Gutachten von Herrn Duphorn zu berücksichtigen gilt: einmal das, was er über sein Fachgebiet sagt. Dieses haben wir völlig akzeptiert, das hat auch die PTB akzeptiert, das hat auch die BGR akzeptiert, und mir steht es dann eigentlich nicht zu, wenn dieser Bericht in diesem Teil akzeptiert wird, dort Kritik zu üben. Ich hatte auch keinen Anlass dazu. Es gab dann einige Punkte, und die haben ja hier schon eine Rolle gespielt, die so nicht haltbar sind und wo man Herrn Duphorn widersprechen muss, und das habe ich zu Papier gebracht. Das ist ein eigentlich/auch/normaler Vorgang.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin etwas wiederholt, was sich auch in Ihren gutachterlichen Bemerkungen widerspiegelt: Herr Duphorn habe was falsch dargestellt, und geben selber fachliche Beurteilungen ab, haben uns hier aber vorhin auch dargestellt, dass bei Ihnen selber eigentlich die Grundlagen für so eine fachliche Beurteilung nicht so sehr vorhanden sein können; denn jetzt die angelegentlichen Unterhaltungen mit dem Nestor der Quartärgeologie, wie Sie es bezeichnet haben, ist ja noch kein Ausweis für eine qualifizierte Bewertung eines Gutachtens von Herrn Professor Duphorn, der vor Ort untersucht hat und der sich damit auseinandergesetzt hat. Und ich frage mich - das war ja die Kritik, die damals auch vielfach geäußert worden ist -: War der Kern dieser Auseinandersetzung und die Abqualifizierung der fachlichen Aussagen von Professor Duphorn nicht der, dass er eigentlich eine alternative Standortsuche dringend empfohlen hat und genau diese Erkenntnis oder diese Aussage eigentlich lieber nicht öffentlich diskutiert werden sollte?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich fange mal mit dem Letzteren an: Herr Duphorn stand relativ alleine, auch im Kreise der BGR und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, mit seiner Empfehlung, keine Schächte abzuteufen. - Punkt eins.

Punkt zwei: Ich halte mich für qualifiziert, die Äußerungen von Herrn Duphorn zur Tektonik eines Salzstockes, die so nicht richtig sind - ich wiederhole das an dieser Stelle -, als falsch zu bezeichnen. Da habe ich mich natürlich vergewissert, ob meine Einschätzung in dieser Form richtig ist, bei den Experten der BGR. Ich darf Ihnen sagen: Meine Einschätzung war richtig. Das, was Herr Duphorn geschrieben hat, lässt sich so nicht halten, und dementsprechend ist auch nicht Folge geleistet worden. Was Herr Duphorn richtig beschrieben hat oder richtig gemacht hat, ist die Auswertung der Bohrungen; das ist völlig okay und wird auch akzeptiert. Aber diese freiwillige Zugabe, die er neben seinem Fachgebiet uns in Sachen Schachtabteufen und innerer Struktur des Salzstockes abgegeben hat, das ist nicht korrekt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das alles wissenschaftlich so belegbar ist, wie Sie gerade ausgeführt haben, warum hat dann Ihre Abteilung insbesondere so hart daran gearbeitet, die Veröffentlichung des Gutachtenentwurfs von Professor Duphorn zu verzögern oder zu verhindern, dass das an die Öffentlichkeit kommt, während doch, wie wir auch wissen, es gerade der Wunsch des Ministers war, dass das veröffentlicht werden solle?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, wir haben nicht hart daran gearbeitet, dass das nicht veröffentlicht wird. Wir haben mit dem Gutachten gearbeitet, weil es ein Teil unseres Auftrags war und weil es einen wichtigen Teil in der ganzen Struktur um den Salzstock Gorleben widerspiegelt. Wo auf welcher Ebene im Kreise von Herrn von Bülow entschieden wurde, dieses Gutachten herauszugeben, weiß ich nicht. Ich habe eben schon gesagt: Es gab dort ~~in der~~ Leitungsebene. - Es waren damals durchaus schwierige politische Zeiten, wo die damals SPD-geführte Regierung kurz vor der Wende stand. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Wir sind dann auch nicht in allen Punkten beteiligt worden. Das kann sein, dass das eine rein politische Entscheidung von Herrn

von Bülow war, die er selber für sich alleine getroffen hat; vielleicht hat er sich darüber mit Abteilungsleitern oder Staatssekretären unterhalten.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich muss Ihnen sagen, Frau Abgeordnete, ich weiß es nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Aber es ist doch vielleicht eine kühne Bewertung, zu unterstellen, es sei eine rein politische Entscheidung des Ministers von Bülow gewesen, eine fachliche Expertise, also ein Gutachten veröffentlichen zu wollen, während doch man andererseits feststellen kann, dass die Abteilung 315, an deren Spitze Sie standen, eine politische Abteilung war, darauf eingewirkt hat oder versucht hat, fachliche Veröffentlichungen zum gegebenen Zeitpunkt nicht zu verhindern. Wir wollen ja gerade untersuchen: Was hat den größeren Ausschlag bei der Entscheidung, nur Gorleben zu erkunden, gegeben: die fachliche Begründung oder die politische? Und jetzt das ausgerechnet dem Minister Bülow zu unterstellen, wäre ja ein bisschen verfehlt, wenn doch eigentlich gerade Ihre Abteilung daran beteiligt war, diese Ergebnisse nicht veröffentlichen zu wollen.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, zunächst mal sind alle Studien, die gemacht werden im Grunde genommen interne Studien. - Punkt 1. So war es auch mit der Studie von Herrn Duphorn.

Wenn ein Minister sich entschließt und sagt: „Ich will das Ding für die Diskussion in der Öffentlichkeit bereitstellen", kann er dieses tun. Da fragt er mich nicht nach; das macht er einfach so, aus seiner politischen Überzeugung, und dann weist er seine Öffentlichkeitsarbeit und seine Presse an, dieses zu tun, um dieses anzugehen. Ich habe eben schon gesagt: Ich weiß nicht, ob die Leute mit Herrn Duphorn Kontakt aufgenommen haben, ob sie dieses veröffentlichen dürfen, ob es irgendeine Intention gegeben hat, auch die Stellungnahme, die ich verfasst habe, da mit zu veröffentlichen. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja; wir haben das zur Kenntnis genommen, aber es ist sicher jetzt nicht gerade das Thema der politischen Entscheidung bei dem Wunsch des Ministers von Bülow nach Veröffentlichungen. Wir haben doch auch eher das Problem, dass wir feststellen: Immer dann, wenn es kritische Äußerungen zur Eignung des Salzstocks Gorleben für die Einlagerung gibt oder zur Eignung von Salz überhaupt, dass gerade aus Ihrer Abteilung, oder dann, wenn Sie immer von „wir" sprechen - und wenn ich das richtig identifiziert habe, ist das dann immer Herr Jaritz, Herr Langer oder Herr Venzlaff gewesen - - dass dann diejenigen, die das kritisch beleuchten, diskreditiert werden. Zum Beispiel hatten wir jetzt ja die Auseinandersetzung über Professor Duphorn, aber wir wissen auch, dass Sie zum Beispiel zu einer früheren Zeit, bereits 1979, als es darum ging, einen Vortrag von Professor Grimmel zu hören zum Thema Endlagerung, Geeignetheit von Salzstöcken für hochradioaktiven Müll - - dass dann es einen Vermerk von Ihnen gibt, dass eine Solovorstellung von Herrn Grimmel in jedem Fall zu vermeiden ist, dass auch hier schon unterbunden wird, eine kritische Position zu hören, oder dass Sie Menschen in der Verwaltung, Beamte in der Verwaltung, die das kritisch sehen, wie Herrn von Osten, diskreditieren. Kann man da nicht feststellen, dass von Ihrer Seite, der Seite Ihrer Abteilung durchaus versucht worden ist, Einfluss zu nehmen, auch auf die fachliche Debatte, um bestimmte Elemente gar nicht da einfließen zu lassen in die Bewertung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, dass ich Herrn von Osten diskreditiert habe, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Ich habe auf die Frage des Abgeordneten Paul geantwortet, der gesagt hat, Herr von Osten habe auf dem Flur dieses und jenes gehört, und er hat das gegenübergestellt mit einer fundierten Aussage eines Mitarbeiters des BMU, Herrn Matting, der früher im Innenministerium war. Ich habe in keiner Weise Herrn von Osten diskreditiert. Ich glaube nur, dass, wenn man etwas auf dem Flur aufgeschnappt hat, das vielleicht nicht die fundierteste Meinung ist; das gebe ich gerne zu.

Zur Diskreditierung anderer Wissenschaftler: Herr Grimmel hat sich selber in erheblicher Weise diskreditiert. Ich habe teilgenommen an Besprechungen. Er ist vor die RSK geladen worden ebenso wie Herr

Professor Herrmann. Wir sind also mit allen Kritikern sehr offen umgegangen, haben denen im Grunde genommen das Forum verschafft, auch mit den Fachleuten zu diskutieren, und da sah Herr Grimmel nicht immer sehr gut aus, kann ich Ihnen sagen.

Bei Professor Herrmann war es so: Herr Herrmann hat uns vor der RSK in sehr beeindruckender Art und Weise geschildert, wie er Proben im Salinar nimmt. Gelegentlich gibt es ja Flüssigkeitseinschlüsse in einem Salzstock. Alle waren etwas verwundert, aber so richtig verstanden hat im Grunde genommen niemand, warum Herr Herrmann dann gegen die Einlagerung im Salz war. Er macht das an dem Prinzip fest: Irgendwie ist da Flüssigkeit drin, also kann es nicht dicht sein. Dass diese Flüssigkeit auch aus dem Gestehungsprozess des Salzstockes gekommen sein kann - - Ich weiß nicht, warum er das nicht betrachtet hat. Auf jeden Fall haben wir Herrn Herrmann auch ein Forum gegeben und haben auch in der Informationsstelle - das habe ich eben, glaube ich, ausführlich erläutert - dann dafür gesorgt, dass auch diese Meinungen von den Leuten nachgefragt werden konnten. Also, dass hier Kritiker mundtot gemacht wurden, wie das so schön - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich so nicht formuliert!)

- Nein, ich habe das in irgendwelchen Papieren gelesen. Dass Kritiker mundtot gemacht wurden, das trifft in keiner Weise zu.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende unserer zweiten Berliner Runde, und ich eröffne - für die CDU/CSU-Fraktion - die dritte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es geht ja nicht darum, kritische Meinungen, sondern vielleicht völlig unqualifizierte Meinungen nicht einfach so in die Öffentlichkeit zu lassen, schon gar nicht mit der Autorität der Bundesregierung. Das muss man sicherlich differenzieren. Können Sie, Herr Ollig, bestätigen, dass bei der hier vor allem entscheidenden Frage - nämlich: Macht es Sinn, in die untertägige Erkundung einzusteigen? -, auch Professor Duphorn in einer gemeinsamen Erklärung mit der PTB bestätigt hat, dass, um seine Bedenken richtig analysieren und bewerten zu können, eine untertägige Erkundung von Gorleben notwendig und erforderlich ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, die Frage ist völlig berechtigt. Ich weiß nur, dass Herr Duphorn in einer Besprechung mit der PTB, an der ich aber nicht teilgenommen habe, sich als einziger gegen ein Schachtabteufen ausgesprochen hat. Insofern wäre mir jetzt von der Logik her Ihrer Äußerung, dass Herr Duphorn einem Schachtabteufen zugestimmt hat, um seine Äußerung über den Salzstock zu überprüfen. Das wäre zwar logisch, aber das bestätigt meine gemachten Einlassungen, dass Herr Duphorn zu Fragen des Salzstockes im Grunde genommen nichts sagen sollte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt eine gemeinsame Erklärung. Es gibt ja von der PTB immer so PTB-Mitteilungen. Die habe ich jetzt - deswegen kann ich nicht daraus zitieren - nicht vorrätig; aber es gibt eine PTB-Mitteilung, wo das erwähnt wird.

Zeuge Reinhold Ollig: Ah ja, okay.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne zu Herrn von Osten fragen und da Sie bemühen, also das, was Sie an natürlich eigener Überzeugung und Einschätzung und Wissen haben - - Der Herr von Osten ist ja dann ins Kanzleramt gegangen, und er hat uns hier vorgetragen - die Fundstelle können wir dann zur Not auch nachliefern; aber die Kollegen wissen das ja aus der Vernehmung -, dass er in seiner Zeit im Kanzleramt aber immer noch - er hat sich auch ein bisschen damit gebrüstet; das ist jetzt meine Bewertung - dem Minister direkt Vorlagen gemacht hat. Ist Ihnen das erinnerlich aus Ihrer Zeit, dass Sie auch damals schon mitbekommen haben: Es gibt da noch eine Verbindung, obwohl er nicht mehr im Forschungsministerium, sondern jetzt im Kanzleramt war, in die Hausspitze, also sowohl Staatssekretär wie Ministerbüro und Minister selber?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe diese Vermerke nicht gesehen, Herr Abgeordneter. Ich weiß aber, dass Henning von Osten [sic!] seiner Partei sehr nahestand und auch Parteiarbeit ~~wohl~~ gemacht hat. Er ist dann ja auch folgerichtig nach der Wende nach Kiel gegangen mit unserem ~~mit~~ Herr Thomas

H ?
Γ in BMBF
Γ ins BMBF
H haben
F Herren

~~dem damaligen - ich glaube~~ Herr Thomas war Unterabteilungsleiter der später dann als Staatssekretär wieder zurückkam. Gemeinsam mit Herrn Dudenhausen ~~sind~~ die dort in Kiel dann angefangen. Und insofern ist das durchaus möglich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil ich mich nämlich wundere - das ist ja ein Teil der Vernehmung durch die Opposition gewesen -, weshalb ein Minister so dahinterher sein soll, so eine Studie zu veröffentlichen. Also, bei allem Respekt: Ob sich Minister damit so beschäftigen? Haben Sie - wie gesagt, Sie sollen nicht spekulieren - aus eigener Kenntnis Anzeichen dafür, dass diese Aktivitäten von Herrn von Bülow in Wahrheit von Herrn von Osten herrühren, der ein Interesse daran hatte, weil er das sehr intensiv verfolgt hat, nachdem Ihre Stellungnahme dort veröffentlicht worden ist, dass er gesagt hat: „Passt auf, Freunde, jetzt seht mal zu, dass das Ursprungsding von Herrn Duphorn auch veröffentlicht wird"?

!!
H ?
Γ t. H Es

Zeuge Reinhold Ollig: Ich mag das nicht ausschließen. Das kann durchaus sein. Wenn Herr von Osten sagt, er hat ~~da~~ direkt Vermerke an das Ministerbüro Bülow geschickt ~~Γ das~~ mag durchaus sein, dass er aus Sicht eines Kanzleramtes sagt: Okay, das kann veröffentlicht werden. - Wie gesagt, ich will das nicht ausschließen. Herr von Osten hatte gelegentlich eine eigene Sicht der Dinge.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine investigative Befragung!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich sage mal: Es muss ja hier in die Befragung ein bisschen Qualität reinkommen. Insofern müssen wir das jetzt mal so machen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Edathy (SPD))

- Ja, genau. Ich finde auch: Die Leistungen bisher der Opposition zeigen eine gewisse Lustlosigkeit, die mich erschüttert. Ich komme überhaupt nicht mehr auf meine Kosten; das geht gar nicht, aber gut.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das Untersuchungsgegenstand?)

Eine letzte Frage, weil natürlich dieser Vermerk da vom 5. Oktober - - oder eine vorletzte -: War diese Intention, diese Duphorn-Studie zu veröffentlichen, schon sehr mit der Person von Bülow oder eben der politischen Führung des Hauses verbunden?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieses war alleine mit der Person von Herrn von Bülow verbunden. Ich glaube, ich habe in den Unterlagen zum ersten Mal gesehen eine Leseschrift eines handschriftlichen Vermerks von Minister von Bülow, wobei ich diesen handschriftlichen Vermerk auch nicht gesehen habe. Ich habe nur die Leseschrift gesehen, dieses zu veröffentlichen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie mal nach den Unterlagen!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wäre es ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Reinhold Ollig: Im Dienst habe ich dieses nie gesehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Wäre es dann nicht sogar die Pflicht eines Beamten, wenn er einen neuen Minister bekommen hat, erst mal abzuwarten, wie der neue Minister darüber denkt, weil er vielleicht sogar andersherum sagen könnte: „Das ist ja illoyal von meinen Beamten", wenn er doch zur Kenntnis nehmen muss, dass es eine politische Veränderung gegeben hat - - nicht erst mal zu fragen oder eine Initiative der neuen Hausspitze abzuwarten und insofern, da Sie ja auch nicht selber gesagt haben: „Damit hat sich die Sache erledigt", sondern das die Widergabe eines Gesprächs mit dem Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium ist - - dass man vor diesem Hintergrund sagen muss, wenn eben eine sehr, auch parteipolitisch veränderte Lage ist - - dass man dann sagt: Jetzt warten wir erst mal ab, ob die neue Hausspitze das weiter verfolgt. - Ist das ein Verhalten eines Beamten, das Sie als eher folgerichtig bezeichnen würden?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dies ist völlig nachvollziehbar. Ich habe ja erläutert, dass ich, egal, unter der alten oder unter der neuen Regierung, niemals die Pflicht gehabt hätte und auch das nicht meine Aufgabe war, ein solches Werk herauszugeben. Ich darf Ihnen sagen: Als Minister Riesenhuber an-

getreten ist - ich habe da relativ früh an Besprechungen teilgenommen -, hat das Duphorn-Gutachten nie eine Rolle gespielt. Also, er hat sich für die Standorterkundung natürlich interessiert. Aber nach dieser Wende können Sie sich vorstellen, dass innerhalb eines politischen Hauses viele Dinge zu regeln sind, und da ist man eigentlich froh, wenn man dann bestimmte Dinge laufen lassen kann. Es wird dort Personal ausgetauscht, unglaubliche Veränderungen finden statt, und das hat die gesamte Zeit in Anspruch genommen. Das Thema Duphorn war praktisch auf null gedreht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie gerade gesagt haben, Herr Riesenhuber hat sich interessiert für das Thema: Hat er jemals bis zur Entscheidung des Kabinetts 83, im Juli, persönlich in der gesamten Angelegenheit Gorleben, sowohl, was die Frage angeht „untertägige Erkundung", als auch, was die Frage angeht „alternative Standortsuche", Ihnen oder anderen aus Ihrer Abteilung, Beamten irgendwelche Anweisungen gegeben?

Zeuge Reinhold Ollig: Zu keinem Zeitpunkt. Herr Riesenhuber war Chemiker, Wissenschaftler, sehr interessiert, hat gefragt, wie das zu bewerten ist. Ich darf sagen, das war ein sehr anspruchsvoller Minister, mit dem ich viel Kontakt hatte, auch weil damals gerade das kontinentale Tiefbohrprogramm anlief. Das war sein erstes Großprojekt; da war er ganz vorsichtig. Und Herr Riesenhuber hat auch sehr geachtet politische Absprachen, und da war es natürlich das Erste, was er hinterfragt hat, eben dass es eine politische Absprache gab, nur einen Standort zu untersuchen. Er hätte das natürlich kraft Amtes und der neuen Regierung natürlich alles auch wieder verändern können; aber er hat sich weiterhin an diese Absprache gehalten, weil es keine Chance gab, aus dieser Absprache herauszukommen. Es wäre nur die Chance gewesen, wenn bei der Standorterkundung in Gorleben irgendetwas die untertägige Erkundung verhindert hätte oder sonst irgendetwas zum Abbruch dieses Projektes geführt hätte.

„K H bohr der Bundesrepublik Deutschland (KTB)" auf

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie jetzt gerade von Absprachen - - Damit meinen Sie die niedersächsische Landesregierung?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie denn jemals irgendeinen Anlass gehabt, zu glauben, dass es in einem anderen Bundesland die Bereitschaft gegeben hätte, dort eine alternative Standortsuche zu unternehmen? Also mit anderen Worten: Hat die Entscheidung auf ministerieller Beamtenebene, von Herrn Hanning insbesondere zum Beispiel, zu sagen: „Also, wir konzentrieren uns jetzt auf Gorleben" auch damit zu tun, dass denen klar war: Woanders werden wir sowieso außer heftigen Proteste nichts ernten?

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist richtig. Also, der Drang, Endlager bereitzustellen, war damals, darf ich Ihnen versichern, nicht besonders groß.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ja, Gott sei Dank, heute ganz anders, ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte? - Ja, das ist heute völlig anders. Man hat aber in erster Linie dann natürlich das Land Hessen mit seiner flachen Lagerung im Auge, also eben nicht Salzstöcke. Die flache Lagerung hat auch einige Probleme. Aber Ihnen ist ja allen das Lager in Herfa-Neurode bekannt; da gibt es keine Halbwertszeiten wenn den Abfällen, die dort sind. Und insofern war eigentlich für uns klar: Es gab keine Alternative, wenn, wie gesagt, der Standort Gorleben nicht solche Befunde zeigt, dass man sich von ihm verabschieden muss.

1. A bei chemischen

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Monstadt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Ollig, ich darf mal weitermachen und noch mal auf diesen Erledigungsvermerk - in Anführungszeichen - kommen, wo die Frau Kollegin Vogt Sie vorhin so engagiert befragt hat, und den Begrifflichkeiten, die Sie dort verwandt haben. Kann es auch sein, dass man nach dem Weggang des Ministers von Bülow sich seitens des korrespondierenden Ministeriums bei Ihnen erkundigt hat, ob aus Ihrer Sicht noch irgendwelche Dinge hinzuzutragen wären, ob noch Ergänzungen da gewesen sind, dass sich diese Erledigung auf diese Abläufe, auf die von Ihnen zu be-

schickenden, zu organisierenden Abläufe bezieht und Sie aus Ihrer Sicht dann Begriffe wie „aus Ihrer Sicht ist der Vorgang erledigt" gebraucht haben, ohne dass sich das darauf bezieht oder beziehen muss, dass Sie damit einer Veröffentlichung das Wort reden wollten. Könnte das auch sein?

Zeuge Reinhold Ollig: Natürlich. Ich habe das bereits mehrfach gesagt: Wir haben einen wirklich ganz intensiven Kontakt gehabt unter diesen drei Ministerien. Wir haben, ich will nicht sagen, täglich miteinander telefoniert, aber doch ganz häufig miteinander. Das ergab sich aus dieser Verantwortungsaufteilung, also einmal BMI als kerntechnisch weisungsbefugt gegenüber der PTB, BMWi, aber Fachbehörde, fachvorgesetzte Dienststelle in allen Eichsachen usw., was die PTB alles macht, und wo wir mit der Finanzierung über die PTB gingen. Es gab also eine solche Vielzahl von Dingen zu besprechen, ich kann mich aber nicht daran erinnern. Sie können völlig recht haben. Das kann auch alles andere sein. Ich habe den Vermerk so nicht vor mir; aber es ist alles möglich, und ich will es nicht ausschließen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So. Dann darf ich noch mal eine weitere Frage stellen, Herr Ollig, und zwar bin ich darauf aufmerksam geworden: Sie haben vorhin in anderem Zusammenhang - als es nämlich um die Frage NEZ und Vorgehen dort - - einen Ausdruck verwandt, der mir bekannt vorkam, nämlich Sie sagten: drei Standorte untersuchen und dann entscheiden. - Ich habe noch mal geblättert in diesem besagten Gespräch am 11. Mai 83, an dem Sie ja nicht teilgenommen haben, aber Vertreter des Ministeriums ja aufgetreten sind. Da gibt es ja einen handschriftlichen - - eine Mitschrift, einen Vermerk von Herrn Illi, und der endet - ich darf Ihnen das mal vorlesen - auch mit exakt dieser Wortwahl, und zwar wird da Herr Jaritz zitiert:

> 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Frage: War das nur eine allgemeine Sprachregelung, was das NEZ anging, oder ist das jetzt ein reiner Zufall, dass sich diese Wortwahl wiederholt?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, ich glaube, es ist kein Zufall; denn die BGR hat mit Sicherheit an dieser KEWA-Studie in irgendeiner Weise partizipiert oder ist gefragt worden. Ich will da keine Spekulationen anstellen. ~~Insofern glaube ich~~ Und Herr Jaritz war auch ein älterer Kollege, der schon länger in der Bundesanstalt für Geowissenschaften arbeitet. Insofern glaube ich, dass es kein Zufall ist, sondern dass das tatsächlich das übertragene Wissen war. An Herrn Illi kann ich mich auch noch relativ gut entsinnen, ein Ingenieur, der sich insbesondere mit Ausbreitungs~~ängen~~ beschäftigt hat und der sicherlich auch, ich sage mal, der Wahrheit verpflichtet ist. Und die idealtypische Vorstellung war eben, für das nukleare Entsorgungszentrum drei Standorte zu untersuchen. Aber ich bitte noch mal zu bedenken: Es war dann eine kerntechnische Anlage über Tage, die dann wahrscheinlich eher den Ausschlag gegeben hat. Deswegen ist man ja so von der innerdeutschen Grenze abgerückt mit diesem nuklearen Entsorgungszentrum, was sicherlich auch gerechtfertigt war.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf in dem Zusammenhang dann doch noch mal den Gesamtkontext vorlesen, und vielleicht können Sie uns schlicht und ergreifend helfen. Sie waren zwar nicht dabei, aber Sie können vielleicht aus dem Ablauf, wie es jetzt hier in der Mitschrift dargelegt ist von Herrn Illi, uns vielleicht helfen, zu interpretieren, was denn gemeint ist, weil da gibt es doch unterschiedliche Auslegungen. Und zwar wird nämlich hier der Gang der Unterhaltung wie folgt dargestellt:

> Hanning: Vollständige Darstellung soll schon erfolgen,
>
> SE 1: Die Frage der anderen Standorte kann herausgenommen werden, wenn die Ressorts es wünschen
>
> Hanning: Bejaht
>
> Matting: Wenn man von vornherein nicht sagen kann, dass Gorleben nicht geeignet ist, dann sollte das Abteufen eindeutig befürwortet werden.
>
> Ziegler: Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen

Mengen dieser Abfälle nicht problematisch

Venzlaff: Erst noch ein vergleichbarer

Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Hanning: Bei Vorschlag ein anderer Standort, wird Gorleben entwertet

Matting: BMI will nicht, dass andere Standortvorschläge in den Bericht eingehen.

Wie würden Sie diesen Ablauf, also diesen Ausschnitt jetzt jedenfalls, da bewerten? Kann das sein, dass Jaritz mit diesen drei Standortuntersuchungen, dann eine Entscheidung sich auch noch auf das NEZ und damit ja auch auf etwas wesentlich Vorangegangenes bezog, oder haben Sie da eine Interpretationsmöglichkeit? Wir sind an der Stelle auch ein bisschen hilflos.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Jaritz war sicherlich auch auf dem Wissensstand, dass das nukleare Entsorgungszentrum nicht kommt. Herr Jaritz ist aber ein durchaus geschätzter Salzgeologe, der um die Unwägbarkeiten solcher salinarer Strukturen weiß. „Vor der Hacke ist es duster" gilt da auch. Insofern hat er hier sicherlich die idealtypische Vorstellung von einer Standortfindung selbst für Anlagen ohne das nukleare Entsorgungszentrum von sich gegeben. Dass die politische Landschaft uns einen anderen Auftrag gegeben hat, das muss man dann eben zur Kenntnis nehmen, und Herr Hanning hat das ja sehr treffend formuliert. Ich weiß übrigens nicht, ob Herr Hanning da nicht schon im Bundeskanzleramt war oder ob er dieses noch als Mitarbeiter des BMI, wo er früher im Rechtsreferat tätig war, gemacht hat. Es kann also durchaus sein, dass Herr Hanning dort, ich sage mal, für das Kanzleramt dort die politische Direktive hochgehalten hat, dass man akzeptieren muss, dass es nur Standortuntersuchungen am Standort Gorleben gibt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf Sie noch mal zu Ihrer Meinung fragen. In dem Ablauf war es ja so, dass Herr Ziegler sagte:

Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen Mengen dieser Abfälle nicht problematisch.

Dann Venzlaff:

Erst noch ein vergleichbarer

Und dann Jaritz:

3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Sagen Sie vielleicht, wie Sie das auslegen, bevor ich - -

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann die Diskussion, da ich die handelnden Personen noch einigermaßen ~~Das kann ich mir~~ so ähnlich vorstellen. So wird das Gespräch abgelaufen sein. Die zu erwartende Menge an wärmeentwickelnden Abfällen war in der Tat gering, sodass man mit diesen Mengen nicht in die Bredouille gekommen wäre. Wo es knapp war und, ich darf Ihnen sagen, die Landessammelstellen sind damals übergelaufen, und zwar Abfälle aus der Medizin und Kerntechnik im Wesentlichen, die über Landessammelstellen gesammelt wurden, wo also - - In der Medizin ist es ja so: Die radioaktiven Stoffe sind in den Patienten drin, und das gelbe Fass enthält dann die gefährlichen Abfälle. Das war ein Mengenproblem und hat aber, glaube ich, auf die Entscheidung oder auf die Haltung von Herrn Ziegler, in Gorleben aufgrund der Erkenntnislage weiterzumachen, keinen Einfluss gehabt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also ist dieser Ablauf jetzt so auszulegen, dass die Jaritz-Äußerung „3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung" sich auf diesen Zeitraum 1992, also sprich, wenn ich weiß, ob Gorleben sich als geeignet herausstellt oder nicht, bezieht?

Zeuge Reinhold Ollig: Oder auf eine neue politische Initiative: statt dem Salzstock oder zum Salzstock Gorleben noch zwei weitere. Dann hätte man ja auch drei untersucht. So könnte ich dieses interpretieren. So würde ich auch Herrn Jaritz einschätzen. Aber die politische Wirklichkeit holt dann die idealtypische Vorstellung eines Geowissenschaftlers manchmal ein. Das ist leider so.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Ollig, ich möchte gern mal weitermachen, wo wir vorhin aufgehört haben, mit der KEWA-Nachbewertung, die ja Herr Dr. Tiggemann gefunden hat für seine Abhandlung für das niedersächsische Umweltministerium, weil ja auch behauptet wird vonseiten der Opposition, dass es diese nicht gibt; aber es gibt sie nun mal eben. Können Sie sich noch an Ihren Vermerk in dieser beschriebenen KEWA-Nachbewertung der ausgewählten Standorte von 76 erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Ja, ja, Sie haben es mir ja freundlicherweise gegeben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Was können Sie uns denn dazu berichten?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, der Anlass war die bevorstehende Informationsveranstaltung, die wir vor Ort in Gorleben gemacht haben, und man kann sich relativ leicht vorstellen, dass die Leute dort vor Ort sagen: Warum gerade hier, und warum gerade bei uns? - Das ist nachvollziehbar. Und aus dieser Intention, dort keine Antwort schuldig zu bleiben, haben wir uns entschlossen, mal in die Registratur zu gehen und dazu die einschlägigen Unterlagen durchzuarbeiten. Ich habe nicht nur die KEWA-Studie, ich habe dann auch noch verschiedene andere Unterlagen, die eben im Haus verfügbar waren, genommen und dieses H analysiert. Sonst hätte ich ja eins zu eins abschreiben können. Aber das war ein bisschen eine Sisyphusarbeit, das aus verschiedenen Papieren zusammenzutragen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Da haben sich also in der Zeit andere Annahmen geändert?

Zeuge Reinhold Ollig: Da haben sich die Annahmen gewaltig geändert. Alleine die nukleare Komponente ist völlig verändert.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie das ein bisschen näher ausführen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das nukleare Entsorgungszentrum sah ja oben die Zerlegung von abgebrannten Brennelementen erst mal durch Schneiden, dann Auflösung in einem Säurebad, dann Umwandeln oder Wiedergewinnung der verwertbaren Spaltprodukte H vor, und der Rest kam dann in den Abfall rein. Beispiel war die Anlage in Cap La Hague in Frankreich; es gab also Vorbilder. Wenn Sie dann eine Standortbestimmung machen, müssen Sie natürlich auch Störfallbetrachtungen für eine solche Anlage machen. Die gehen natürlich weit über jedes Szenario hinaus, was Sie nur für einen Störfall im Salzstock, einen Wassereinbruch, einen hypothetischen Wassereinbruch in einem Salzstock formulieren, sodass dort also wirklich völlig andere Randbedingungen H herrschten. Es ging um Tritiumbelastungen im Abluftstrom dieser KEWA-Anlage. Ich weiß das aus relativ vielen Diskussionen mit Kollegen, insbesondere auch Dr. Manfred Hagen, die sich damals mit dem Entsorgungszentrum befasst haben. Da war das alles Dominierende ke ein Salzstock, ganz klar; aber das alles Dominierende war im Grunde genommen die chemische Anlage, die nuklearchemische Anlage, die oben stand.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kam der Auftrag aus Ihrem Hause?

Zeuge Reinhold Ollig: Das könnte gut sein. Ich will es nicht ausschließen, aber so genau - - Ich kann da nur spekulieren. Es könnte sein, dass das aus unserem Haus gekommen war, ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Ich will für das Protokoll noch nachtragen, dass Frau Abgeordnete Steiner zwischenzeitlich nachgetragen hat den Hinweis bezüglich ihrer Befragung, die sich auf Herrn Grimmel bezog, und zwar war das MAT A 108 und da die Paginierung 040282.

Das Rederecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Ollig, ich will noch mal zurückkommen auf den Vorgang, den zuletzt auch der Kollege Grindel angesprochen hat, nämlich die Frage der Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens. Sie haben vorhin auf Fragen der Abgeordneten Vogt gesagt, Sie wären mit diesem Vorgang überhaupt nicht befasst gewesen. Sie haben auf Befragen des Kollegen Grindel ausgeführt - ich habe mir das mitgeschrie-

ben, was Sie da wörtlich gesagt haben -: Im Dienst habe ich das nie gesehen. - Können Sie sich denn mittlerweile nun doch an den Vorgang erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann mich natürlich an Berichte, dass Herr Bülow gesagt haben soll oder gefordert haben soll, dieses Gutachten zu veröffentlichen - wer der Verursacher war, weiß ich nicht -, erinnern. Ich kann mich - und das habe ich, glaube ich, eben gesagt - nicht entsinnen, jemals diese handschriftliche Notiz gesehen zu haben, die ich jetzt hier in den Unterlagen gefunden habe - ich habe das eben erläutert -, diese Leseschrift.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Dass wir auch gefragt worden sind, ob das Gutachten zu veröffentlichen ist, dass wir dazu im Referat eine Meinung hatten, habe ich, glaube ich, auch gesagt.

Sebastian Edathy (SPD): Was ist denn maßgeblich? Die Meinung des Ministers oder die Meinung des Referates?

Zeuge Reinhold Ollig: Entschuldigung, wenn ich lache, aber das ist die Meinung des Ministers natürlich.

Sebastian Edathy (SPD): Der Minister hat selber, eigenhändig unterschrieben, am 2. September 82 an seinen Ministerkollegen Lahnstein geschrieben. Als zuständiger Referatsleiter wird Ihnen ja das wahrscheinlich kaum entgangen sein können, oder?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich war nicht der zuständige Referatsleiter. Der Referatsleiter hieß Alois Ziegler. Dieses ist mir nicht bekannt; es tut mir herzlich leid. In der Endphase dieser Koalition hat es durchaus Dinge gegeben, die der Arbeitsebene nicht zugänglich gemacht wurden. Das müssen Sie sehen.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn es Ihnen nicht bekannt ist, dieser Vorgang, und auch nicht gewesen ist, wie können Sie denn darüber spekulieren, ob Herr von Osten da eine maßgebliche Rolle gespielt haben könnte, dass der Minister von Bülow seinen Kollegen Lahnstein anschreibt? Ist das Ihre Aufgabe als Beamter, zu spekulieren?

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Herr Grindel hat ja nicht ungeschickt gefragt, aber er hat ja unterstellt, dass sozusagen Herr von Osten, den wir hier ja schon gehört haben, eine maßgebliche Rolle gespielt haben könnte bei einem Vorgang, von dem Sie selber hier erklärt haben, Sie hätten ihn gar nicht gekannt. Wie können Sie sich denn da inhaltlich zu äußern, zu einer solchen Frage des Kollegen Grindel?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er doch nicht!)

- Er hat gesagt, er könnte sich das vorstellen. Es geht doch nicht um die Vorstellungskraft des Zeugen; es geht um das, was er weiß.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Fragerecht ist jetzt bei Herrn Edathy, und dann hat Herr Ollig aber die Möglichkeit zu antworten, und zwar, wenn er das möchte, in ganzen Sätzen, und wenn er möchte, auch solange er möchte. - Bitte schön.

Zeuge Reinhold Ollig: Darf ich antworten, Herr Edathy?

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön. Das ist meine Sache, ihm zu antworten.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe auf die Frage - - Es ging darum, dass Herr von Osten aus seiner Position im Kanzleramt direkt Zugang in das Ministerbüro von Herrn von Bülow haben konnte. Ich habe dieses gesagt, dass das nicht ausgeschlossen ist.

Und auf die Frage, ob da vielleicht auch der Wunsch des Kanzleramtes oder von Herrn von Osten dabei war, das Gutachten zu veröffentlichen: Auch dieses kann ich nicht ausschließen. Ich weiß es schlicht und ergreifend nicht. Das ist ~~keine~~ reine Spekulation. ~~(Es ist -)~~ Das einzige Faktum, was es hier zu bewerten gilt, ist, dass Herr von Osten die Möglichkeit hatte, aus dem Kanzleramt direkt in das ~~(... (akustisch unverständlich))~~ Ministerbüro zu kommunizieren.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist aber rein hypothetisch jetzt?

Zeuge Reinhold Ollig: ~~Das war -~~ Ja.

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will nur was klären, ist auch nichts Schlimmes. Sie sagen, 2. September Brief an Lahnstein. Lahnstein war Finanzminister und ist wahrscheinlich mit den Aufgaben des Wirtschaftsministers beauftragt worden, nachdem Lambsdorff

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- ich frag doch nur wegen der Termine - entlassen worden ist von Helmut Schmidt. Das war aber nicht am 2. September, sondern ich meine, das sei am 14., also 14 Tage vor der Kanzlerwahl, die am 1. Oktober stattgefunden hat. Können Sie das noch mal präzisieren, wieso das Datum 2. September? Nur eine Frage an ... (akustisch unverständlich).

Sebastian Edathy (SPD): Das ist das, was wir in der MAT finden, MAT A 72, Band 6, wobei man allerdings hier auch nicht - - Das haben Sie ja sicherlich auch vorliegen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

- Dann müssen wir es noch mal nachgucken. - Wobei: Der Eingangsstempel Büro der Leitung ist vom 24. September. Also, in der Tat wäre das merkwürdig. Aber hier ist - - Da wird ja keiner mit Edding irgendwie da hantiert haben oder mit Tipp-Ex.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich fairerweise sagen - -

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein, Frau Steiner, also ich finde mein Ansinnen berechtigt, weil, wenn Sie dem Zeugen jetzt etwas vorhalten, wo man sagen muss, da sind vier Wochen dazwischen, dann ist das natürlich was anderes, als wenn es wenige Tage sind.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. Wir können es aufklären, weil es nämlich in MAT A 72, Band 6, ein Schreiben vom BMWi, Staatssekretär von Würzen gibt, und der bezieht sich - -

> Sehr geehrter Herr Minister von Bülow. Vielen Dank für Ihr Schreiben an Minister Lahnstein vom 22. September 1982.

Also ist das - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also nicht der 2., sondern der 22.!)

- Ja. Das ist aber - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann bitte ich aber meine Intervention als berechtigt zu betrachten!)

- Ich stimme dem ausdrücklich zu.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Und wir starten - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, weil ich schon finde, dass drei Wochen sind an der Stelle ein entscheidender Unterschied!)

- Das ist keine Frage.

Sebastian Edathy (SPD): Also, Minister von Bülow hat nach Lage der Dinge offenkundig am 22. September an Herrn Minister Lahnstein geschrieben. Jedenfalls hat der Zeuge ja festgehalten, dass er mit diesem Vorgang nicht befasst worden sei. Was ich interessant finde, Herr Ollig - vielleicht können Sie dazu aber noch was sagen -, das ist dieser Vermerk auf einem Schreiben vom 30. September 82 aus dem Wirtschaftsministerium, der Ihnen hier auch schon vorgetragen worden ist:

> Mit BMFT (Herr Ollig) am 05.10. Thema informell besprochen. BMFT geht nach Weggang von M. v. Bülow davon aus, daß die Angelegenheit

- nämlich die geplante Veröffentlichung, die von Bülow gewollte Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens -

> als erledigt angesehen werden kann.

Der 05.10., das fiel ja nun genau in diese Zeit des Regierungswechsels hinein. Ich habe mal nachschauen lassen, muss ich zugeben. Am 01.10. war das konstruktive Misstrauensvotum, am 04.10. war die Vereidigung des ersten Kabinetts von Helmut Kohl nach dem Wechsel von der sozialliberalen

ralen Koalition, und einen Tag nach Vereidigung des neuen Bundeskabinetts erklären Sie offenkundig in einem Telefonat mit dem Bundeswirtschaftsministerium, dass das Anliegen von Herrn Minister von Bülow erledigt sei.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja!)

Können Sie das irgendwie erklären?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann das natürlich noch mal wiederholen; das ist nicht der Punkt. Für mich war die Sache erledigt, als Herr von Bülow gesagt hat: Dieses soll veröffentlicht werden. - Ich weiß nicht, was das Datum war, wann er das gesagt hat. Das wissen Sie wahrscheinlich besser. Ich habe ja nur die Leseschrift gesehen. Ab diesem Zeitpunkt muss das Ministerbüro Öffentlichkeitsarbeit - wegen mir auch das Rechtsreferat - Herrn Duphorn fragen: „Darf ich deine Studie veröffentlichen? Wenn ja, in welcher Form? Auszugsweise?" etc. pp. So. Damit ist der Vorgang für das Fachreferat erledigt. Dann hat der Minister das entschieden.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Waren Sie denn befasst damit am 05.10.? Haben Sie einen Anruf bekommen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich versuchte eben zu erklären, dass wir natürlich zwischen Wirtschaftsministerium und Innenministerium und PTB und BGR permanent telefoniert haben, Dinge abgesprochen haben. Da können Tausende Dinge erledigt worden sein. Es kann auch sein, dass damit die

Tagtägige Kontaktanbahnung gemeint war.

Sebastian Edathy (SPD): War das denn eine randständige Angelegenheit? Das hat doch viel Wirbel in der Öffentlichkeit auch verursacht, diese Duphorn-Geschichte.

Zeuge Reinhold Ollig: Also das Gutachten - -

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich daran erinnern, wer Herr Dr. Schnurer gewesen ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Wer? Herr Dr.?

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Schnurer. Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium. Das ist der Herr, der nach seinem schriftlichen Vermerk mit Ihnen telefoniert haben will am 05.10.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Schnurer? ~~Ich glaube, das ist eher - -~~ Also, Herr Gerlach ist mir noch als Referatsleiter ~~- Der~~ später Staatssekretär ~~ist mir noch als Referatsleiter~~ bekannt. Herr Schnurer sagt mir jetzt nichts. Es könnte auch sein, dass es ein anderer Kollege war.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Herr Dr. Schnurer ist übrigens als Zeuge benannt worden hier. Nach Unterlagen MAT A 165, Paginierung 3341, war Herr Dr. Schnurer nicht nur Referatsleiter im BMWi, sondern auch zugleich in einem Arbeitskreis des Deutschen Atomforums aktiv, Arbeitskreis II, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sagt Ihnen das auch nichts?

Zeuge Reinhold Ollig: Tut mir leid. Also wie gesagt, ich kenne - und das haben Sie vielleicht auch bei der Vernehmung gemerkt - einige Leute ganz gut, aber an diesen Namen kann ich mich nicht erinnern.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Dann können wir das, glaube ich, an der Stelle nicht weiter aufklären.

Dann will ich doch noch ein paar Nachfragen stellen, und zwar würde ich das ganz gerne chronologisch machen. Ich fange mal an mit einem Schreiben von Ihnen, 8. Juli 1982, MAT E 5, Band 12, Paginierung 89. Da schreiben Sie auf dem Briefbogen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie - 8. Juli 82 - an Herrn Professor Dr. Röthemeyer: „Betr.: Langzeitgefährdung von hochaktiven Abfällen". Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe das gesehen in den Unterlagen, dass Sie das beigezogen haben. Wir haben das in unseren Unterlagen nicht gefunden. Steht auch hier aktenkundig vermerkt. Insofern werde ich das Schreiben geschrieben haben, aber ich hatte jetzt keine Gelegenheit, über den Inhalt

mich zu informieren

Sebastian Edathy (SPD): Darf ich mal fragen, wie Sie sich vorbereitet haben auf Ihre heutige Vernehmung?

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Wie haben Sie sich vorbereitet auf Ihre heutige Vernehmung?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann Ihnen die Unterlagen zeigen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): So, wie wir es empfohlen haben!)

Sebastian Edathy (SPD): Wie Sie es empfohlen haben?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein! Wir haben dem Zeugen gesagt, er soll die Unterlagen angucken! Das war gerade Ihr Wunsch, dass das in den Brief reingeschrieben wird!)

- Ich habe eigentlich Herrn Ollig gefragt.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich packe gerade die Unterlagen aus.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich habe sehr, sehr viele Unterlagen bekommen, und die Unterlagen sind auch hervorragend geordnet, und nachdem der Ermittlungsdienst dann noch mal beim BfS in Sachen Ollig ermittelt hat, ist ja eine Liste gekommen,

(Sebastian Edathy (SPD): Ermittlungsbeauftragten?)

wo dieses Schreiben aufgeführt ist, und meine Kollegin ~~[... (akustisch unverständlich)]~~, die dort oben sitzt, die die Dinge verwaltet, hat mir mit Bleistift auf diese draufgeschrieben: Liegt nicht vor.

H Frau Aghai Soltani

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Also, jedenfalls haben Sie dann das Schreiben gesehen. Ich darf noch mal kurz die wesentlichen Passagen vortragen. Also:

> Herrn Professor Röthemeyer
>
> Betr.: Langzeitgefährdung von hochaktiven Abfällen
>
> Sehr geehrter Herr Prof. Röthemeyer, in unserem heutigen Telefongespräch äußerten Sie die Ansicht, daß bei hochaktiven Abfällen eine Einschlußzeit von 1 - 10 Millionen Jahren notwendig sei unter Bezugnahme auf eine Veröffentlichung von B. Cohen in der Zeitschrift ‚Transactions of the American Nuclear Society' vom Juni 81.

Zwei Absätze später:

> Die Bundesregierung hat sich vielmehr die Ergebnisse des Radiotoxizitätsvergleichs in einem vor kurzem erschienen Bericht von Dr. Haug, KFK,

- sprich hier: Kernforschungszentrum Karlsruhe -

> offiziell zu eigen gemacht ..., die einen Zeitraum von 50 000 Jahren ergeben ...

Jetzt müssen Sie mir mal ein bisschen helfen. Das ist ja nun schon ein Unterschied, ob man wissenschaftlich fundiert zu der Einschätzung kommt, man muss schwer strahlende radioaktive Abfälle mindestens 1 Million Jahre sicher aufbewahren, oder ob man sagt: 50 000 Jahre reichen. - Haben Sie sich diese Expertise angemaßt, das beurteilen zu können?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, das ist die Wiedergabe eines wissenschaftlichen Berichts, der vom Kernforschungszentrum Karlsruhe verfasst wurde. Insofern stehen dort zwei wissenschaftliche Meinungen gegeneinander, und die habe ich Herrn Röthemeyer mitgeteilt.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, Sie haben ihm mitgeteilt, dass die Bundesregierung der Auffassung ist, 50 000 Jahre reichen.

Zeuge Reinhold Ollig: Dieses war - wenn überhaupt - nicht meine Entscheidung, sondern das war die Entscheidung innerhalb dieses Dreierkreises. „Die Bundesregierung" sind in dem Fall drei Referate. Dies ist nicht ein Referat und schon gar nicht ein ~~[... (akustisch unverständlich)]~~ H einzelner Mitarbeiter.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, ich meine, Sie schreiben in Ihrem Brief:

> Dem Bundesminister des Innern ... übersende ich eine Kopie meines Schreibens.

Das ist schon sehr ungewöhnlich für Ihre Position damals im Forschungsministerium.

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, nein.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist nicht ungewöhnlich?

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist nicht meine Entscheidung, dass man die Kollegen in den Ressorts, die für die PTB zuständig sind, informiert, dass man der PTB ein Schreiben geschickt hat, wo noch einmal auf eine Position der Bundesregierung Bezug genommen wird, die im Ressortkreis mit Sicherheit nicht bestritten wurde. Also, das halte ich eigentlich für eine Selbstverständlichkeit, wenn man ~~[...(akustisch unverständlich)]~~ sich so abstimmt.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf noch mal nachfragen. Ich bin ja nun, anders als Sie, nicht Naturwissenschaftler. Aus diesem Schreiben geht nun eindeutig hervor, dass Sie am selben Tag mit Herrn Professor Röthemeyer telefoniert haben. Sie geben in Ihrem Schreiben das Telefonat wie folgt wieder: Professor Dr. Röthemeyer sei der Auffassung, man bräuchte bei hochaktiven Abfällen eine Einschlusszeit von 1 bis 10 Millionen Jahren. Dass Herr Professor Dr. Röthemeyer sich diese Position zu eigen macht, ist ja zunächst mal etwas, was man zur Kenntnis nehmen müsste. Und dann beziehen Sie sich auf einen Bericht des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Dieser Bericht des Kernforschungszentrums Karlsruhe kommt - anders als die Expertise, auf die sich Professor Dr. Röthemeyer bezieht - nicht zu der Einschätzung: „Man muss mindestens 1 Million Jahre sicher lagern", sondern: 50 000 Jahre reichen. - Und dann teilen Sie Herrn Professor Röthemeyer mit, die Bundesregierung hat sich die Ergebnisse dieses Kernforschungszentrum-Karlsruhe-Berichts offiziell zu eigen gemacht. Wer entscheidet denn so was, ob man sich das offiziell zu eigen macht und nicht der Meinung von Herrn Röthemeyer folgt?

Zeuge Reinhold Ollig: Wenn so etwas als Meinung der Bundesregierung weitergegeben wird, waren das die drei Ressorts, die dann wahrscheinlich im interministeriellen Arbeitskreis, von dem ich eingangs berichtet habe, sich auf diese Zahl verständigt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ich meine, waren Sie denn da irgendwie Verlautbarer einer solchen Auffassung, oder waren Sie beteiligt an der Meinungsbildung?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Herr Röthemeyer - Sie müssen das doch so lesen, wie Herr Röthemeyer das geschrieben hat - hatte informiert, dass es eine Studie gibt, die zu 90 - -

Sebastian Edathy (SPD): Nein, Sie haben an Herrn Röthemeyer geschrieben, nicht umgekehrt.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Röthemeyer hat telefoniert. Sie haben doch gerade gesagt: nach einem Telefonat mit Herrn Röthemeyer.

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben Herrn Röthemeyer am selben Tag, nach einem Telefonat mit ihm, einen Brief geschrieben.

Zeuge Reinhold Ollig: Richtig. Darf ich es noch mal erzählen?

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Röthemeyer hat uns informiert, und zwar telefonisch, dass es eine Studie gibt, die zu anderen Zahlen kommt.

Sebastian Edathy (SPD): Okay.

Zeuge Reinhold Ollig: So. Wahrscheinlich hat er mir dann gesagt: „Teilen Sie mir doch mal schriftlich mit, dass es da im Ressortkreis eine Festlegung gibt!", nämlich: Die Bundesregierung, da bezieht man sich auf diese - nenne ich es jetzt mal - Karlsruher Zahl. Dann hat man das verschriftlicht, und dann hat er das in den Unterlagen. Und dann heißt das doch nicht, dass Herr Röthemeyer sich automatisch die Zahl zu eigen gemacht hat. Herr Röthemeyer hat informiert, dass er eine Zahl gelesen hat.

Sebastian Edathy (SPD): Nein. Sie schreiben Herrn Röthemeyer:

> in unserem heutigen Telefongespräch äußerten Sie die Ansicht, daß bei hochaktiven Abfällen eine Einschlußzeit von 1 - 10 Millionen Jahren notwendig sei ...

Zeuge Reinhold Ollig: Dann hat er die Ansicht geäußert aufgrund dieses Artikels, den er dort gefunden hat.

Sebastian Edathy (SPD): Dann hat er sich aber doch die Position zu eigen gemacht, sonst hätte er ja nicht die Ansicht.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte, wenn Sie das so sehen wollen.

Sebastian Edathy (SPD): Na, ob ich eine Ansicht habe oder ich weise auf etwas hin, ist ja ein Unterschied. Also, er hat offenkundig nicht gesagt: „Da gibt es eine Studie, guckt euch die mal an!", er äußerte die Ansicht, Einschlusszeit von 1 bis 10 Millionen Jahren sei notwendig.

Sie teilen ihm mit: Bundesregierung macht sich andere Ergebnisse zu eigen. - Wissen Sie, was Professor Röthemeyer handschriftlich auf diesem Brief notiert hat, den wir in unseren Akten gefunden haben? Er hat notiert:

> Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung. Kann BMFT so etwas schreiben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann ihm das mitteilen, natürlich.

Sebastian Edathy (SPD): In welchem Auftrag?

Zeuge Reinhold Ollig: Weil wir eines der Ressorts sind, die die PTB mit Geld dazu in die Lage versetzen, Standorterkunden in Gorleben zu tun.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. - Dafür muss die PTB tun, was Sie ihnen sagen, und das machen Sie auf welcher Grundlage?

Zeuge Reinhold Ollig: Auf keinen Fall. Ich sagte Ihnen eben bereits, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in kerntechnischen Dingen dem Bundesminister des Innern - damals; jetzt der Bundesminister für Umwelt - untersteht und generell in ganz allgemeinen Dingen als eine Ressorteinrichtung Forschungs.. des BMWi ist. -

Sebastian Edathy (SPD): Wir müssen nachher noch mal. Leider ist die Redezeit zu Ende, aber wir haben ja noch weitere Runden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben es ja noch früh am Tage und können ja noch mehrere Berliner Runden anschließen. - Jetzt ist zunächst mal die FDP an der Reihe.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich habe jetzt wieder ein ganz anderes Thema. Entschuldigung, wenn wir immer so hin- und herspringen, aber ich wollte noch mal zurückkommen auf diese ganze Befragung hier, wo es um die Person Herrn Professor Duphorn geht - er war ja nun auch hier als Zeuge - und auch überhaupt um die ganze Behandlung: Wie ist man bei dem PTB-Bericht mit den kritischen Stimmen umgangen? - Es ist nun nicht meine Aufgabe, Sie hier zu verteidigen, aber ich will einfach mal was vorlesen, was ich eben auch gefunden habe, und zwar: Sie brauchen ja hinterher nur zu sagen, ob es so war oder ob es in Ihrer Erinnerung anders war.

Also, ich habe hier einen Vermerk gefunden, dass Sie, insbesondere als Sie dann um den Bericht gebeten haben, insbesondere darum gebeten haben, die in der Öffentlichkeit zu dem Zeitpunkt kritisch diskutierten Untersuchungsergebnisse zu berücksichtigen, und ich beziehe mich jetzt auf die Quelle MAT A 52, Band 3, Seite 000236 und zitiere Sie jetzt:

> Dabei bitte ich insbesondere um Berücksichtigung der Untersuchungsergebnisse, die im Anschluß an die Informationsveranstaltung des Bundes vom 15./16.05.1981 ausführlich in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, z. B. Gas- und Laugevorkommen im Salzstock, Volumina älteren Steinsalzes zur Endlagerung wärmeentwickelnder Abfälle, quartäre Rinne und hydrogeologische Verhältnisse, Störungen im Deckgebirge, Möglichkeiten eines Wassereinbruchs und Transport von Radionukliden.

Haben Sie da mit eingeschlossen auch die doch anders bewerteten Einschätzungen von Herrn Professor Duphorn? War das da mit inbegriffen, oder auf welche kritischen Stimmen bezog sich das?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die Ausführungen bzw. die Äußerungen von Herrn Duphorn zum Deckgebirge sind damit natürlich gemeint; das ist völlig richtig.

Angelika Brunkhorst (FDP): Nun war ja Herr Duphorn hier, und ich denke, wir sind

[redacted]

mit ihm durchaus auch fair umgegangen in der Befragung. Er war natürlich sehr betroffen. Er war sehr tief betroffen, und ich hatte persönlich den Eindruck, als wenn es ihm nach wie vor um eine gewisse Rehabilitation geht, dass er also auch bis heute sich missverstanden oder nicht berücksichtigt fühlt.

Dann habe ich einen anderen Hinweis gefunden. Das habe ich auch damals, als er hier war, ja angesprochen. Also, in dem Abschnitt, in dem Bericht sozusagen, in dem zusammenfassenden Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Standortuntersuchung Gorleben vom Mai 83 ist in dem Kapitel „Quartärgeologische Gesamtinterpretation Gorleben" ja das Wissen von Herrn Duphorn mit eingeflossen. Er steht dort ja auch im Inhaltsverzeichnis - ich beziehe mich auf MAT A 39, Seite 030345 - an vierter Stelle. Das ist ja nun doch eine exponierte Stelle, wenn ich einen Wissenschaftler so weit oben nenne. Also, insofern müssen ja Ausschnitte seiner Untersuchung dort umfassend auch dargestellt worden sein.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, Frau Abgeordnete, ich hatte das, glaube ich, ausführlich gesagt. Es gibt Elemente, wo Herr Duphorn als Experte sicherlich gute Arbeit abgeliefert hat. Insofern ist es völlig berechtigt, dass seine Untersuchungsergebnisse auch in diesem Bericht/bzw. auch seine Untersuchung zitiert wird. Der Rest ist eben dann nicht berücksichtigt worden, weil es dort andere Experten gibt, die zu anderen Auffassungen gekommen sind.

/enthalten sind

Angelika Brunkhorst (FDP): Wenn man sozusagen den Gutachter verpflichtet, zu einem, sagen wir mal, Ausschnitt des Gesamtuntersuchungsgegenstandes eine Expertise abzuliefern, dann wird man ja auch eine vertragliche Vereinbarung getroffen haben. Wenn jetzt darüber hinaus Anteile dieser Untersuchungen oder der Studie da nicht verwendet werden, dann hat man doch im Grunde genommen auch als Wissenschaftler die Möglichkeit, über weitere Aufsätze oder Artikel in Fachzeitschriften usw. zu berichten, also dass das Wissen, was man angeblich sozusagen hat und was einen von anderen Wissenschaftlern unterscheidet -- Hat es irgendwelche Restriktionen gegeben vonseiten des BMFT, dass man gesagt hat: „Diese Erkenntnisse sind jetzt Eigentum des Auftraggebers" und er irgendwie beschnitten worden ist? Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeuge Reinhold Ollig: In keinerlei Hinsicht. Herr Duphorn war jederzeit frei, diese Ergebnisse in *Geologische Rundschau* oder sonst irgendw~~o~~ zu publizieren. Ich wage nur, zu behaupten, dass dieses dort so nicht angenommen worden wäre. So. Also, wenn er sich auf seine fachlichen Äußerungen zum Deckgebirge bezieht, ist das sicherlich okay, aber der Gesamtkontext mit Kritik an der Forschungspolitik oder Forschungskontinuität des BMBF, das wäre sicherlich in einem Reviewprozess/bei der *Geologischen Rundschau* oder sonst irgendwo ~~sicherlich~~ dem Rotstift zum Opfer gefallen.

irgendwo

/z.B.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe zurzeit keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. Bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich habe auch wieder ein anderes Gebiet, verständlich. Sie hatten vorhin gesagt, es war Ihnen bekannt, dass in dem Gebiet um Gorleben herum Gas vorhanden sei. Es sei Ihnen aber unter dem Salzstock nicht bekannt gewesen.

Zeuge Reinhold Ollig: Frau Abgeordnete, wenn ich es erläutern darf: Unter dem Salzstock sind diese gasführenden also das Muttergestein, ~~was~~ das Gas produziert. Sie können das nicht als Gasvorkommen bezeichnen, weil Sie es im Grunde genommen nicht abbauen oder nicht gewinnen können. Dieses Gas muss wandern, muss in eine sogenannte Falle kommen, ein relativ dichtes Gebilde, was gelegentlich an den Flanken von Salzstöcken vorkommt. Ich darf dazu sagen: Die meisten Erdölfunde in Norddeutschland sind eben an solche Strukturen, die Salzstöcke gebildet haben, gebunden. Das muss nicht direkt der Salzstock sein, können auch andere Strukturen sein. Insofern war dieses aus der Erdgas- und Erdölprospektion bekannt. Aber unter dem Salzstock gab es keine Lagerstätte, aber ~~dies~~ Muttergestein.

Horizonte, welches

/welche

/es

/dieses

Kornelia Möller (DIE LINKE): Bitte?

[redacted]

Zeuge Reinhold Ollig: Es gibt ein sogenanntes Muttergestein, Erdölmuttergestein, es gibt ein sogenanntes Speichergestein. So. In dem Erdölmuttergestein sind weit verteilt entweder Öl- oder Gaströpfchen drin. Die kommen dann unter Druck und weichen natürlich aus und speichern sich dann dort in sogenannten Erdölfallen oder auch Erdgasfallen, und da sind sie dann akkumuliert. Das kann kilometerweit weg sein. Die Wanderung von Gas ist ein durchaus komplizierter Vorgang.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Sie sagen also, unter dem Salzstock hätte es kein Gasvorkommen gegeben.

Zeuge Reinhold Ollig: Gab es nicht.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das heißt, Ihnen war das nicht bekannt. Wäre denn ein Gasvorkommen in ungefähr 3 000 Metern Tiefe ein K.-o.-Kriterium für Gorleben als Atommülleindlager gewesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Oh, das ist sicherlich schwer zu sagen. Erst mal sind die Gesteine unter dem Salzstock Gorleben nicht so, dass es dort eine Erdgasfalle gibt. Punkt eins. Insofern konnte die BGR dieses bei der ganzen Standortbewertung ausschließen. Die Kenntnis der Strukturen unter dem Salzstock gehen zurück auf geophysikalische Untersuchungen. Sie können mit seismischen Wellen den Untergrund untersuchen und sehen, dass es dort keinerlei Strukturen gibt, die eine solche Erdgasfalle in Aussicht nehmen lassen. Insofern kann man das, glaube ich, ausschließen, dass es dort solche Strukturen gibt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne etwas vorlesen. Das ist MAT A 52, Band 12, vom 02.02.77. Da steht:

> Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung ... und der Konzessionsinhaber für die Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Preussag und Brigitta/Elwerath (BEB)) ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von rd. 3 500 m Gas befindet. Es ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, dieses Vorkommen zu erschließen. Die BEB hat vielmehr die Bergbehörden im Dezember 1976 gebeten, sie von der Verpflichtung zur Durchführung von Untersuchungsarbeiten für ein Jahr zu entbinden. Die Bergbehörden haben dem zugestimmt.

Dann habe ich jetzt mehrere Fragen. Sie haben ja angegeben, dass Sie die Unterlagen von der BEB bekommen haben, augenscheinlich ist da Ihnen auch dieses Schreiben und auch dieses Vorhandensein nicht bekannt.

Ich habe noch eine weitere Frage dazu, und zwar in einem Vermerk über eine Besprechung beim BMFT vom 14. März 77, MAT A 83, Band 8, Paginierung 154 bis 157. Es steht darin:

> Zu beachten ist, dass die DDR gegenüber Salzstock Gorleben Erdgas gesucht und wohl auch gefunden hat. Erdgas ist auch auf der Seite der Bundesrepublik anzutreffen.

Das heißt: In beiden Bereichen, sowohl in diesem Schreiben von Niedersachsen als auch in dem Vermerk über eine Besprechung, ist dieses Gas unter dem Salzstock bekannt. Jetzt frage ich Sie: Wie kommt es, dass es Ihnen nicht bekannt ist?

Und ich muss Ihnen sagen, dass der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz ein Vorkommen, Erdgasvorkommen, unter Gorleben sehr wohl für ein K.-o.-Kriterium halten würde. Gut.

Zeuge Reinhold Ollig: Folgende Aussagen dazu: Konkrete Unterlagen von der BEB - ich glaube, das habe ich eben - da haben Sie mich missverstanden.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Aha!

Zeuge Reinhold Ollig: - habe ich nicht erhalten. Ich habe von dem Bericht erzählt, dass das Bundeswirtschaftsministerium mit der Regierung der ehemaligen DDR in Kontakt kam, aber ich habe diese Unterlagen nicht. Die waren natürlich streng vertraulich. Tat auch dazu nichts zur Sache.

Dass es unter dem Salzstock Gorleben Gas gibt, diffuses Gas, habe ich eben, glaube ich, versucht auszuführen. Dass es einen Ansatzpunkt für eine konkrete Lagerstätte gibt, wusste ich nicht. Ich freue mich, zu hören, dass es die BGR wusste oder das NLfB, dass die das wussten; aber es ist of-

[redacted]

fensichtlich bei der Bewertung nicht als gravierend bewertet worden. Die BGR hat das ja gemacht, dass der Präsident - -

Kornelia Möller (DIE LINKE): Von wem nicht als gravierend?

Zeuge Reinhold Ollig: Von der BGR nicht als gravierend. Die hätten das ja als gravierenden Tatbestand einpflegen müssen.

Das, was der Präsident - Sie erwähnten eben einen Präsidenten - des Umweltbundesamtes - - Oder wer war das? Ich muss noch einmal nachfragen, Frau Abgeordnete.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Frank [sic!] König.

Zeuge Reinhold Ollig: War Herr König, ja Herr König ist zwar Präsident in seiner ~~Form~~, ich glaube, er ist Gartenbauarchitekt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Verstehe.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann mir durchaus vorstellen, dass er dieses als gravierend ansieht. Ich würde mich dort wahrscheinlich eher auf die Expertise der BGR verlassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht der Linken zunächst wieder erschöpft, aber wir haben ja noch weitere Nachfragemöglichkeiten. - Das Rederecht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Auf Ihre letzte Bemerkung eben zur Befragung der Linken: Vielleicht geht ja Herr König auch ab und zu mit Quartärgeologen spazieren und ist von daher auch ein bisschen kompetent in diesen Fragen.

Jetzt aber zu meinen Fragen: Ich beziehe mich jetzt auf ein Schreiben von Herrn Ziegler vom 21.08.1980 an den Minister, das in Kopie auch an Sie und auch an andere im Haus natürlich ging, und da geht es um die Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Schächten zur Vorbereitung eines Endlagers in Gorleben. Da werden die Pro- und Kontraargumente der beiden möglichen Verfahren aufgelistet, also entweder atomrechtliches oder bergrechtliches Verfahren. Die Proargumente fürs atomrechtliche Verfahren sind relativ kurz, kreisen eigentlich alle um die Beteiligung der Öffentlichkeit, und sehr viele Argumente gibt es dann für die Wahl des bergrechtlichen Verfahrens, das man ja auch gewählt hat. Also, die Entscheidung ist ja in diese Richtung auch ausgefallen.

Ich will jetzt mal mit etwas anfangen, was ich nicht verstehe - ganz ernsthaft. Zitat:

> Es ist zu fragen, ob unter dem politischen Zeitdruck, unter dem die Errichtung eines großen Endlagers steht, die für die spätere Sicherheit des Endlagers bestmöglichen Lösungen gefunden werden.

Das ist ein Argument, warum man das atomrechtliche Verfahren nicht nehmen soll. Können Sie mir das erklären? Ich lese es noch mal vor:

> Es ist zu fragen, ob unter dem politischen Zeitdruck, unter dem die Errichtung eines großen Endlagers steht, die für die spätere Sicherheit des Endlagers bestmöglichen Lösungen gefunden werden.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das Schreiben von Herrn Ziegler kann ich so auch nicht wiedergeben. Ich weiß nicht, was er damit gemeint hat. Mit Sicherheit nicht, dass phlegmatisch oder überschnell dort etwas untersucht wird und irgendetwas vernachlässigt wird. Ich kann mich aber an diese Diskussion sehr gut erinnern bei uns im Hause: Was macht man? In welches Genehmigungsverfahren steigt man ein? - Und Befürworter bei uns im Hause haben dann dem entgegengehalten - was Sie auch völlig richtig erkannt haben -, dass im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren die Öffentlichkeit beteiligt wird, während im bergrechtlichen Verfahren dieses etwas restriktiver gemacht wird.

Nun muss man aber sehen, dass, wenn Sie in ein atomrechtliches Verfahren einsteigen, Sie natürlich sagen müssen, was Sie dort machen wollen, und Sie müssen sagen, in welchem Umfang Sie wo und wann radioaktive Abfälle dort einlagern wollen und wo Sie das Wissen um diese Dinge herhaben. Dieses Wissen lag nicht vor. Und so ist letztlich dann die Entscheidung gefallen, hier ein bergrechtliches Verfahren zu machen.

Das berechtigte Anliegen einer Bevölkerung haben wir dann dadurch natürlich auffangen können, dass wir Informationsveran-

staltungen gemacht haben, dass wir diese Informationsstelle gegründet haben. Insofern glaube ich, dass wir mit geeigneten Instrumenten tatsächlich dem Informationswunsch nachgekommen sind.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es ja, wie Sie wahrscheinlich auch wissen, unterschiedliche Einschätzungen, ob das jetzt tatsächlich die gleiche Art der Beteiligung der Öffentlichkeit war.

Ich will Ihnen noch einen letzten Punkt dieser Proargumente - bergrechtliches Verfahren - zitieren:

> Das bergrechtliche Verfahren ist ein eingespieltes Verfahren. Nur die Wahl dieses Verfahrens garantiert die politisch gewollte zügige Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstockes in Gorleben.

Wir sind uns ja einig darin, dass ein atomrechtliches Verfahren einfach umfangreicher ist und auch bestimmte Fragen zu beantworten hat, die eine gewisse Zeitdauer erfordern. Aber hier ist doch sehr bemerkenswert die politisch gewollte zügige Erkundung, und ich zitiere Sie noch mal zu Beginn Ihrer heutigen Aussage. Da sagten Sie auf eine der Fragestellungen - ist die Entsorgungsvorsorge noch gewährleistet? -: Das waren die entscheidenden Fragestellungen.

Also: Diesen Zusammenhang zwischen der politisch gewollten zügigen Erkundung und der Entsorgungsvorsorge, das hätte ich von Ihnen gern noch mal dargestellt.

Zeuge Reinhold Ollig: Nach meiner Erinnerung sind die Entsorgungsgrundsätze am Anfang der 80er-Jahre noch einmal überarbeitet worden, und man hat ganz - - Nach meiner Erinnerung - ich habe die jetzt nicht extra nachgelesen - waren da auch Zeithorizonte angegeben, sodass die zügige Erkundung des Salzstocks Gorleben, die ja politisch vorgegeben war - - sodass man, falls es zu Zwischenfällen kommt oder falls sich die Nichteignung auf irgendeine Weise rausstellt, dann noch schnell auf ein anderes Untersuchungsobjekt übergehen kann, ohne dass die Entsorgungsgrundsätze verletzt werden, die ja, ich glaube, für den Betrieb von Kernkraftwerken die wichtigen Voraussetzungen sind. Das ist damit, glaube ich, gemeint, also vermute ich

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, glaube ich auch. Jetzt haben wir hier noch unten die unterschiedlichen Auffassungen in unterschiedlichen Häusern. Da steht:

> Das BMI und BMFT, Referat 113, treten für atomrechtliches Planfeststellungsverfahren ein, BMFT und Referat 315 und BMWi unterstützen das bergrechtliche Verfahren.

Referat 113 war das Rechtsreferat?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich glaube, das ist das Rechtsreferat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also haben wir hier eine unterschiedliche Auffassung zwischen einerseits dem Innenministerium und dem Rechtsreferat im Forschungsministerium, die beide der Meinung waren, es bräuchte ein atomrechtliches Verfahren, und auf der anderen Seite das Wirtschaftsministerium und die Abteilung von Herrn Schmidt-Küster im Haus des Forschungsministeriums, zu der auch Sie gehörten, die der Meinung waren, man macht das besser mit dem bergrechtlichen Verfahren. Sie werden mir jetzt nachsehen, wenn ich mir das so anschaue, dass offensichtlich die Rechtsauffassung auf der einen Seite eine andere Wahl des Verfahrens, zu dem man sich entscheiden sollte, nahe legte als die wirtschaftlichen Interessen und eben diese Abteilung Energie, Umwelt, Rohstoffe.

Zeuge Reinhold Ollig: Kann ich vielleicht darauf antworten. Wie gesagt, bin auch kein Jurist. Sie sagten eben, es bräuchte ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren. Dieses ist so nicht richtig. Es braucht kein - - Man kann ein atomrechtliches Verfahren wählen, einfach um die Öffentlichkeitsarbeit ~~dort~~ oder die Bürgerbeteiligung -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. Ich will gerade noch mal kurz berichtigen. Ich sagte, dass sowohl das Innenministerium und das Rechtsreferat der Auffassung waren, man bräuchte ein atomrechtliches Verfahren.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Noch einmal: Meine Erinnerung war so, dass das Rechtsreferat gesagt hat, man kann ein atomrechtliches Verfahren nehmen, weil es dort eine

breite Bürgerbeteiligung war. So war meine Erinnerung. Ich kann Ihnen ja nichts anderes sagen. Auch bei uns im Hause wurde das unter den Juristen durchaus kontrovers diskutiert.

Letztlich, warum kein atomrechtliches Genehmigungsverfahren gewählt wurde, war, dass man überhaupt keine materiellen Voraussetzungen hatte, ein solches Verfahren offiziell anzukündigen; denn Sie brauchen bestimmte Inhalte, um in einem atomrechtlichen Verfahren etwas darzulegen. Dafür war ja - - Wir hätten irgendwann natürlich, wenn der Salzstock geeignet worden wäre und alles dafür gesprochen hätte, dort ein Endlager zu errichten, dann hätte man natürlich ein Planfeststellungsverfahren gebraucht, das ist ja völlig unstrittig. Man kann ja nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion dort so etwas einrichten. Aber für die Schächte abzuteufen und für ein Erkundungsbergwerk zu errichten, ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren zu nehmen, wurde letztlich dann als abwegig empfunden. Ich weiß gar nicht, wer letztlich die Entscheidungen getroffen hat. Ob dort irgendein Gericht angerufen wurde oder nicht, weiß ich im Moment nicht. Ich weiß nur, dass dann zum Schluss ein bergrechtliches Verfahren gewählt wurde. Und noch mal: Die Öffentlichkeitsarbeit wurde dann natürlich auf anderem Wege gemacht.

Die Entscheidung, die Bürgerentscheidung - da gebe ich Ihnen völlig recht - ist in einem bergrechtlichen Verfahren eine andere als in einem atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der dritten Berliner Runde, und der Verlauf der Sitzung gibt mir den Eindruck, dass es noch weiteren Fragebedarf gibt. - Ich sehe da Nicken. Nichtsdestotrotz ist unsere reguläre Pause ab 14 Uhr. Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt die Sitzung beenden bzw. unterbrechen und dann um 15 Uhr wieder eröffnen. Und da der Kollege Gerdes jetzt im Raum ist, möchte ich es nicht versäumen, ihm nun noch offiziell ganz herzlich nachträglich zum Geburtstag zu gratulieren. Da Sie heute Morgen nicht da waren, möchte ich das jetzt nachholen.

Gut, dann sehen wir uns wieder um 15 Uhr. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von 13.53 bis 15.03 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne hiermit unsere öffentliche Sitzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns zügig mit der Fortsetzung der Vernehmung beginnen. Das Fragerecht liegt jetzt in der vierten Berliner Runde bei der CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Pols, bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Dann wollen wir mal zügig weitermachen, damit wir vom schönen Wetter vielleicht noch etwas haben heute Abend.

Herr Ollig, vielleicht mal vorweg: Es wurde so ein bisschen - finde ich, oder ich habe es so empfunden - ins Lächerliche gezogen, wenn es hieß: Spaziergänge unter Geologen. Das ist sicherlich nicht so gemeint: Üblicherweise Spaziergänge, wenn ich jetzt mit der Vorsitzenden hier an der Spree langgehe und Eis esse und mich unterhalte - -

(Marco Buschmann (FDP): Das ist aber auch sehr schön!)

- Das ist auch sehr schön; haben wir noch nie gemacht, würde ich gerne mal machen. - Aber damit ist doch sicherlich gemeint, dass Sie sich fachlich - meinetwegen in Ihrem Büro oder im Büro des Kollegen - austauschen. Ist das so richtig?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, das ist völlig richtig. Herr Wolfstedt hatte da durchaus noch ein Mitteilungsbedürfnis, einem jungen Menschen - ich glaube, er war weit über 80 - ~~dort~~ noch sein Wissen irgendwie zu vermitteln. Dieses Sendungsbewusstsein hat man dann sicherlich nach einer doch sehr erfüllten wissenschaftlichen Karriere, und wir haben uns über viele Fragen unterhalten, die sich auch für ihn stellten. Er hatte nicht alle Antworten auf seine vielen Fragen. Also insofern war er geistig fit, er war geistig rege, und ich habe eigentlich viel davon gelernt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also sind das durchaus ernst zu nehmende Gespräche? Nicht durchaus! Es sind ernst zu nehmende Gespräche fachlicher Art. Ist das so anzusehen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, natürlich. Er hat mir natürlich auch erzählt, dass er nicht so gut laufen kann usw., -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: - was man dann eben so bespricht. Deswegen bin ich ja eben mit ihm gegangen, weil er nicht mehr so gut laufen konnte, aber geistig war dieser Mensch ⊢ Wenn ich in dem Alter noch so geistig rege bin, würde ich mich glücklich schätzen.

H fit.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wunderbar, vielen Dank. - Dann wurden auch vonseiten der Opposition - gerade auch vonseiten der Fraktion der Linken - die Gasvorkommen angesprochen.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ich gehe mal davon aus, dass auch die Gasvorkommen bekannt waren und auch immer Thema waren, ob es nun bei der PTB war oder auch bei der BGR oder auch im Ministerium.

Dann ist Ihnen ja auch sicherlich bekannt, dass - es wurde ja auch schon angesprochen - auf DDR-Seite Bohrungen vorgenommen wurden, um zu sehen, ob dort Gasvorkommen sind, die auch abbauwürdig sind. Nach meinen Kenntnissen waren das wohl so um die 15 Probebohrungen, die aber nicht erfolgreich waren. Bei einer Probebohrung im Bereich Lenzen hat man wohl Gas gefunden, was dann aber leider explodiert ist und wo auch ein Arbeiter oder zwei Arbeiter - ich weiß gar nicht ganz genau - ums Leben gekommen sind. Dieses Gas ist dann aber nach zwei Tagen von alleine erloschen. Ist daraus zu schließen aus Ihrer Kenntnis, dass eine Abbauwürdigkeit nicht gegeben ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Die Frage ist natürlich berechtigt. Ich erwähnte eingangs schon, dass der Zustand der Gase, die aus dem Präzechstein sich dann in irgendwelchen geologischen Strukturen gefangen haben, so von West nach Ost zunehmend saurer wird - dieses Gas. Bei der Bohrung in Wustrow, wo Gas gefördert wird, steht zum Beispiel eine sehr, sehr aufwendige Schwefelabscheideanlage, was die Sache natürlich extrem teuer macht und ⊤ unwirtschaftlich macht. Man hat diesen Aufwand damals in Kauf genommen; aber ich weiß, weiter östlich gibt es auch Gasvorkommen, aber da können Sie diesen Aufwand nicht mehr betreiben. Das wäre unwirtschaftlich.

T fast

Gasvorkommen waren bekannt. Sie sind häufig auch an den Flanken von Salzstöcken, weil die so diapirartig überhängen, und dann schleppen diese Salzstöcke natürlich die Schichten mit hoch. Dann gibt es gelegentlich solche Erdöl- oder Erdgasfallen. Dieses stellt aber in keinem Fall die Integrität des Salzstocks selber in Frage. Das muss man dazusagen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun gibt es ja auch Berichte zu lesen - auch in den Medien, auch in der örtlichen Zeitung dort in Lüchow-Dannenberg -, dass dort neben oder unter dem Salzstock ein riesiges Gasvorkommen sein soll. Nun frage ich mich natürlich: Warum hat man das nicht längst ausgebeutet? Es gab ja wohl auch Bohrungen in den 20er-, 30er-Jahren zu Zeiten der NS-Zeit.

Zeuge Reinhold Ollig: Genau.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ich erinnere nur mal an die Autarkiepolitik.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dort hat man wohl auch Bohrungen gemacht. Das hat man scheinbar nicht weiterverfolgt. Gibt es eigentlich jetzt noch Bohrungen im Bereich Wustrow, die noch intakt sind, oder wird da noch Abbau betrieben?

Zeuge Reinhold Ollig: Mein letzter Besuch in Gorleben ist, glaube ich, 25 Jahre her. Insofern kann ich Ihnen dort nichts Aktuelles berichten. Erfahrungsgemäß sind diese Vorkommen nicht sehr ergiebig. Mit dem Vorkommen, was in Groningen ist, lässt sich das nun überhaupt nicht vergleichen - oder auch mit der großen Gaslagerstätte in der Altmark. Das sind also kleine - ja, man sagt auch „Schmitzen" dazu - Fallen, die dann gelegentlich ausgebeutet wurden. Ich weiß über den Zustand der Gasförderung dort im Moment nichts.

Die BGR ist - das habe ich auch eingangs erwähnt - natürlich im Besitz aller Unterlagen, was den geologischen Untergrund angeht - auch das von den Firmen. Insofern sind die Kollegen sicherlich darüber infor-

miert. Mein Wissensstand ist der aus der Zeit, wo ich mich mit dem Faktum beschäftigt habe. Da kann ich Ihnen leider nichts Aktuelles erzählen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Na ja, für mich stellt sich dann die Frage, wenn behauptet wird, da ist ein riesiges Gasvorkommen: Warum wird das nicht ausgebeutet? Ich würde sofort plädieren, Bohrtürme aufzustellen und dort das Gas auch zutage zu fördern und dann auch zu nutzen.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, diese Teufe von 3 000 Metern - wahrscheinlich sogar mehr - ist natürlich, was die Aufsuchung und Gewinnung angeht, äußerst aufwendig. Wenn Sie das in 300 Meter Tiefe haben, wird jede Firma dieses sicherlich tun.

[existiert.

Ich sagte, dass dieses Gasfeld [- Ich weiß nicht, welche Mengen an Gas dort vorkommen, in welchem Gesteinsvolumen. Prinzipiell ist dieser Präzechstein immer gasführend, potenziell gasführend. Ob es sich ~~hun~~ zu einer wirtschaftlich ausbeutbaren Lagerstätte ~~dann~~ verdichtet: Ich weiß es nicht. Auch dieses stellt aus meiner Sicht für den Salzstock, wenn es dann zu einer Endlagerung käme, keine größere Gefahr dar.

H-9
H-9

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank.

Zeuge Reinhold Ollig: Aber es ist abzuschätzen. Das muss eine Sicherheitsanalyse nachweisen. Das ist ja essenziell, um in ein solches Planfeststellungsverfahren reinzugehen und mit den Leuten zu diskutieren: Ist das Endlager sicher oder nicht?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann möchte ich noch mal auf die von mir vorhin erwähnte KEWA-Nachbewertung zurückkommen. Mir kommt es auf das Jahr an. Es geht mir jetzt nicht um das Jahr 1973, wo die KEWA ja schon mal Untersuchungen angestellt hat, sondern um die Nachbewertung aus dem Jahre 1976, wo ja die Eignungshöffigkeit - nenne ich es mal - von Gorleben eigentlich noch mal explizit dargestellt wurde. Können Sie da was zu sagen? Das ist das, was ich Ihnen auch vorgelegt hatte.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja, das ist völlig richtig. Ich habe auch diese jüngste - - Ich habe die erste Studie gesehen und habe die ausgewertet und bin auch in die abschließende, letzte KEWA-Studie reingegangen, und das ist das, worüber ich berichtet habe. Damals waren es, wie gesagt, unter KEWA- bzw. unter nuklearen Entsorgungszentrumsgesichtspunkten vier Standorte, die man in die engere Wahl gezogen hatte aus einem größeren Kreise. Ich kann Ihnen zitieren: Ahlden, Börger, Faßberg, Lütau; Weesen-Lutterloh war auch dabei.

Es waren im Wesentlichen Umweltfaktoren, die hier - ich sage mal - maßgebend waren, und das waren eben nicht die geologischen Verhältnisse. Die geologischen Verhältnisse waren im Wesentlichen von der Größe des Salzstockes abgeleitet. So habe ich das jedenfalls aus den Unterlagen entnommen. Ansonsten, über - - Und sie sollten unverritzt sein, diese Salzstöcke. Das heißt, Sie wissen im Grunde genommen nichts über den Innenbau. Es kann also sein, dass der Anhydrit - - Anhydrit ist ein sehr hartes Gestein, was in dem fließfähigen Salz bestimmte Strukturen bildet, über die man theoretisch dann Wasserzutritte sich ausrechnen kann - sowohl Zutritte als auch Austritte. Das sind die kerntechnischen Randbedingungen, die man zugrunde legt. Dieses alles ist Terra incognita bei allen Salzstöcken, und bei Gorleben war das auch so, jedenfalls in der Zeit, als ich noch in dem Referat dafür verantwortlich war.

Wie das jetzt nach dem Schachtabteufen aussieht: Es sind natürlich dann deutlich mehr Informationen vorhanden. Ich habe mich anschließend dann nicht mehr so sehr um die Erkundungsergebnisse gekümmert. Ich war zwar immer noch als Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Kuratorium der BGR, aber so erinnerlich ist mir das jetzt nicht. Bei Einzelheiten muss ich passen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ihnen ist die Studie ja bekannt. Es wurde ja angezweifelt, dass es die gibt - vor allen Dingen auch vonseiten von Frau Kotting-Uhl.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe sie in der Hand gehabt. Sie ist graugrün eingebunden - jedenfalls das Exemplar, was sich bei uns in der Registratur befand. Ich habe die ausgewertet. Zweifel an der Existenz dieser Studie sind, glaube ich, nicht gerechtfertigt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Darin heißt es ja:

Dieses ergab, daß die ursprünglich gewählten Standorte nach wie vor

- das sind die, die Sie eben erwähnt hatten -

als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen wurden.

Das heißt ja, dass der Standort Gorleben nach dieser Nachbewertung oder aus dieser Nachbewertung heraus sich als der -

Zeuge Reinhold Ollig: Gut, ich - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): - geeignetste - unabhängig jetzt von der untertägigen Erkundung, das ist klar; das war ja erst hinterher - durch die obertägige Erkundung herausgestellt hat.

Zeuge Reinhold Ollig: Also von der Größe her - und das war immer die Erwartung - lässt dieser Salzstock ausreichend große Partien, und zwar geht es immer um das ältere Steinsalz. Es gibt älteres und jüngeres Steinsalz. Dazwischen liegt dann meistens Anhydrit, und das ältere Steinsalz ist das mobilere. Das ist übrigens das, was in der Asse das große Problem macht, weil dort der Salzstock quasi von innen her beschädigt wird, weil man dort zwei Firste rausgeschossen hat.

Insofern wusste man, dass dieses Salz die beste Fließfähigkeit hat. Man kann vermuten, dass dieses im Zentrum des Salzstockes ist. Das muss aber nicht sein; das kann auch völlig anders sein. Aber die vier Tiefbohrungen, die man gemacht hat, um grob über die Struktur des Salzstockes informiert zu werden, haben gezeigt, dass es wirklich ausreichend große Partien älteren Steinsalzes gibt.

Da ist, glaube ich, auch dann in - Mit diesem Ziel sind dann auch die Schächte abgeteuft worden, und Ziel war es dann, von diesen Schächten aus den potenziellen Endlagerbereich zu umfahren mit Strecken, den eigentlichen Endlagerbereich nicht anzutasten, sondern dieses dann quasi in einem Planfeststellungsverfahren, wo man dann darlegt, wo man im Einzelnen welche Abfälle hinbringen will, darzulegen und dann auch erst, wenn das Okay nach einem Planfeststellungsverfahren kommt, tatsächlich das Endlager aufzufahren.

Ich erwähne das deshalb, weil sehr häufig der Vorwurf erhoben wurde, wir hätten dort Fakten geschaffen, ein Endlager quasi in so einer Nacht- und Nebelaktion zu errichten. Mitnichten! Wir kennen die Gesetze, müssen uns daran halten, wissen auch, was wir der Öffentlichkeit schuldig sind an Informationen über sicherheitsrelevante Dinge. Von daher glaube ich, dass das eigentlich ein normales und ganz geregeltes Verfahren war.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich hätte sonst keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen aus der CDU/CSU-Fraktion? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann geht das Rederecht und Fragerecht an die SPD-Fraktion, bitte.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Ollig, ich würde gerne noch mal dabei einsteigen, wo wir unser Gespräch vorhin unterbrechen mussten, weil die Zeit abgelaufen war, nämlich bei Ihrem Schreiben vom 08.07.82 an die PTB, an Professor Röthemeyer. Da war für mich jetzt noch nicht ganz abschließend geklärt, wer denn - - Der Vorgang war ja: Herr Röthemeyer hatte Sie telefonisch informiert, er wäre der Ansicht, hochradioaktive Abfälle müssten mindestens eine Million bis zu zehn Millionen Jahre sicher verwahrt werden. Sie teilen ihm schriftlich mit, die Bundesregierung sei der Auffassung, 50 000 Jahre reichen. Wie ist es denn zu dieser Meinungsbildung der Bundesregierung gekommen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann Ihnen sagen, ich habe -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig, könnten Sie noch näher ans Mikro kommen, weil da einfach Verständnisschwierigkeiten bestehen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe den einzelnen Vorgang, wie es dazu gekommen ist, nicht im Kopf. Es ist ein - ~~ver-mute ich~~ ich muss jetzt vermuten - klassisches Thema, was die Reaktor-Sicherheitskommission, die ja das oberste Beratungsgremium der Bundesregierung ist, wo solche Themen dann besprochen werden - Ich konnte dieses Herrn Röthemeyer nur so mitteilen, weil ich das aus irgendwelchen Unterlagen ~~nun~~ erkannt habe; aber ich bin wirklich kein Nuklearexperte in dem Sinne,

dass ich dieses bewerten kann. Im Referat waren natürlich Nuklearchemiker und andere Leute da; das ist kein Thema. Insofern - -

Sebastian Edathy (SPD): Also, Sie waren inhaltlich gar nicht beschäftigt mit der - - Sie waren sozusagen nur der Überbringer der Nachricht?

Zeuge Reinhold Ollig: So verstehen Sie das bitte.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, weil das Erstaunliche ist: Herr Röthemeyer muss sich wohl sehr gewundert haben über Ihren Brief; denn er hat handschriftlich dort notiert: „Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung. Kann BMFT so etwas schreiben?" Wie gesagt, Ihr Schreiben ist vom 8. Juli; und dann hat er handschriftlich ergänzt: „Erledigt. Telefonat SE 1, OI, am 19.07". Können Sie sich erinnern, dass Sie da angerufen worden sind von Herrn Röthemeyer? Und warum hat er Sie angerufen, wenn Sie inhaltlich gar nicht befasst waren mit dem Thema?

Zeuge Reinhold Ollig: Es geht natürlich um den Salzstock Gorleben. Es geht um Einschlusszeiten. Insofern war ich schon mit dem Thema Salzstockerkundung und späterer Verwendung des Salzstockes befasst, aber im Einzelnen nicht mit dieser Frage: Wie lange müssen Sie welches Nuklid mit welcher Wärmeentwicklung dort sicher einschließen, um dann keine Gefährdung mehr zu sehen?

Im Referat waren zwei ausgewiesene Nuklearchemiker - das waren Herr Dr. Randl und Herr Dr. Hübenthal ~~(?)~~, die da zu jeder Zeit Auskunft geben konnten. Ich war in diesem Falle der Überbringer einer Nachricht.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie mir denn zustimmen, dass es relativ naheliegend ist, dass die Vorkehrungen für eine sichere Lagerzeit von mindestens einer Million Jahre deutlich umfangreicher wären als die Vorkehrungen für eine Lagerzeit von lediglich 50 000 Jahren?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieses ist, glaube ich, das 20-Fache, wenn ich das mal schnell überschlage.

Sebastian Edathy (SPD): Allerdings.

Zeuge Reinhold Ollig: Insofern ist das sicherlich eine Aussage, die man überprüfen muss. Ich bin auch sicher, dass diese Studie oder diese Quelle, die Sie erwähnt haben, später überprüft wurde von der PTB. Herr Illi ist normalerweise solchen Dingen nachgegangen, und ich bin hundertprozentig sicher, dass dieses nicht im Raum verhallt ist.

Wenn es dann ausreichend Argumente gibt, dass diese Untersuchung, die in Karlsruhe von Wissenschaftlern angestellt wurde, zu überdenken ist, muss man ganz klar sagen: Dann muss ich die Einschlusszeit - und das ist ja in einem Planfeststellungsverfahren für ein potenzielles Endlager darzulegen - natürlich diesen Gegebenheiten anpassen. Das ist für mich selbstverständlich.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, ich würde dann chronologisch gesehen gerne einen Sprung in den November 1982 machen. Wir haben in den Akten - das ist MAT A 72, Band 6, Paginierung 143130 - ein Schreiben von dem damaligen Landtagsabgeordneten der CDU, Kurt-Dieter Grill, an Professor Duphorn gefunden. Haben Sie das gefunden bei der Vorbereitung?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Möchten Sie es gerne mal in Kopie haben? Das ist die eine Seite.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, gerne.

Sebastian Edathy (SPD): Dann können wir das hier organisieren, dass er - - Okay, kleinen Augenblick.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, mir ist natürlich Herr Grill bekannt, Herr Duphorn sowieso. Als Vorsitzender der Gorleben-Kommission, wie sich Herr Grill dort aufgestellt hat, waren wir natürlich häufig in Kontakt, auch über unsere Informationsstelle. Herr Grill hat davon ausführlich Gebrauch gemacht, Gruppen nach Karlsruhe zu schicken etc. pp. Wir haben das dann auch bezahlt, haben das aber dann für die anderen Fraktionen natürlich auch bezahlt. Insofern haben wir da versucht, eine Gleichbehandlung herzustellen und nicht eine Sonderbehandlung für Herrn Grill.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Würden Sie sagen, dass Sie sozusagen *der* Ansprechpartner für Herrn Grill in Ihrem Ministerium waren?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, nein, nein.

Sebastian Edathy (SPD): Ich frage deshalb - Sie werden gleich von Herrn Hirte freundlicherweise die Kopie bekommen -: Dieses Schreiben von Herrn Grill richtet sich an Professor Duphorn, und dieses Schreiben weist einen Stil auf, den ich für ungewöhnlich halten würde. Ich zitiere:

> Ihr nunmehr fortgesetzter Versuch, über Briefe die politische Diskussion mit der Gorleben-Kommission zu führen, ist blamabel. ...
>
> Sie sollten Dritte nicht für Ihre unterschiedlichen Darstellungen verantwortlich machen, vielleicht können Sie sich entscheiden, welcher Ihrer Standpunkte gilt ...
>
> Für Ihren Aufenthalt in der Antarktis wünsche ich Ihnen viel Vergnügen, er verschafft uns hoffentlich die verdiente Ruhe vor weiteren Briefen.

Herr Grill hat - das ist zwischen seiner Absenderangabe und der Bezeichnung des Adressaten - per Maschine - das sieht aus wie Schreibmaschine offenkundig - schreiben lassen oder selber geschrieben: „Herrn Ollig, Referat ...," - das ist wahrscheinlich das Referat, in dem Sie gearbeitet haben - „bitte sofort auf den Tisch".

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Warum hat er das denn an Sie geschickt?

Zeuge Reinhold Ollig: Das müssen Sie, Herrn Grill fragen. Entschuldigung, das [illegible]. Beispiel nicht

Sebastian Edathy (SPD): Finden Sie eigentlich die Umgangsform, die Herr Grill gegenüber Herrn Duphorn in dem Schreiben an den Tag legt, unter zivilisierten Menschen als üblich?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich möchte mich hier etwas zurückhalten - auch mit den Begriffen „zivilisiert" oder „unzivilisiert". Herr Grill weiß sehr gut, was er schreibt. Ich hätte den Brief sicherlich so nicht geschrieben.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich denn erinnern, dass Sie diesen Brief bekommen haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein. Also, ich kann mich an diesen Brief in dieser Form nicht erinnern, will mich aber hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Ich habe mit dem Thema Duphorn zu tun gehabt. Ich habe gelegentlich Herrn Grill getroffen. Herr Grill verkehrte mehr in Politikerkreisen, CDU; das ist völlig klar. Fachreferate waren da nicht so ganz sein Ding. Er war Politiker und hat auf einem anderen Klavier gespielt.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Das war also im November 82. Das war ja auch die Zeit, wo auch Sie mit dem Thema Duphorn-Gutachen befasst waren, nicht wahr?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, klar.

Sebastian Edathy (SPD): Jetzt haben Sie ja vorhin gesagt - auch bei der Frage, ob Sie da eine Rolle gespielt haben, die Veröffentlichung eher zu befördern oder möglicherweise auch zu behindern -, dass Sie da gar nicht zuständig gewesen seien. Das wären ganz andere Stellen, zum Beispiel die Pressestelle oder die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit. Wie kommt es denn eigentlich, dass Sie ausweislich unserer Unterlagen Presseerklärungen vorbereitet haben? Gehörte das zu Ihrem Job?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, klar!)

Zeuge Reinhold Ollig: Der Entwurf von Pressemitteilungen, wenn sie fachlichen Inhaltes sind - das waren die in der Regel -, werden vorgelegt, nach oben gegeben. Das geht dann über die Leiter Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter, Staatssekretär, und dann geht das ans Ministerbüro und wird dann schließlich in einer Form, die ich letztlich nicht bestimmen kann, ~~hoch~~ von den Presseleuten überarbeitet. Ich habe das häufig erlebt, dass wir - na, ich sage mal - zu detailverliebt waren und uns die Öffentlichkeitsarbeit gesagt hat: Das versteht keiner. - Tr: H dort

[redacted]

Es ist völlig klar, dass aus dem Fachreferat dann solche Informationen kommen. Die wurden teilweise dann überarbeitet, geglättet, wie auch immer.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Wir finden in den Akten - das ist MAT A 99, Band 17, Paginierung 101084 ff. - ein Fernschreiben, das Sie verfasst haben, mit Datum vom 3. Februar 1983. Da gibt es einen Entwurf, und da gibt es von Ihnen offenkundig - das deckt sich mit Ihrer Unterschrift - handschriftliche Korrekturen an dem Entwurf, und zwar:

> schlage folgende Fassung für eine vorsorgliche Presseerklärung zum Abschlußbericht von Prof. Duphorn vor.

Würden Sie sagen, das gehörte - -

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Also sozusagen die Pressearbeit in Sachen Duphorn vorzubereiten, gehörte zu Ihren Aufgaben, aber die Frage, ob das Duphorn-Gutachten in die Öffentlichkeit gelangt, gehörte nicht zu Ihren Aufgaben?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, es ist so: Das Duphorn-Gutachten war ja bekannt, und es ist die Frage, wie ~~Sie~~ darauf reagiert oder ob unser Haus darauf reagiert, ob die Presseabteilung oder der Pressesprecher des Hauses mit dem betreffenden Journalisten ein Interview führt, was er dann in geeigneter Form umschreibt, ob man eine Presseerklärung rausgibt. Das wird dann natürlich vorbereitet vom Fachreferat. Aber ich sagte gerade: Die Endfassung, da haben wir eigentlich nicht mehr mitzureden. Ich meine, die Presse wird die Darstellung nicht umdrehen - das werden die nicht machen -, aber die benutzen dann - -

Sebastian Edathy (SPD): Vielleicht können Sie mal kurz sagen, ob das Ihre Handschrift ist. Können wir ihm das mal kurz geben? Das brauche ich dann aber direkt wieder zurück. Stammen die handschriftlichen Notizen von Ihnen?

> (Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, die sind nicht von mir.

Sebastian Edathy (SPD): Sind nicht von Ihnen?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Na gut, jetzt können wir nun auch schlecht eine Schriftprobe machen.

> (Ute Vogt (SPD): Na ja, man kann ihn wohl fragen! Was gibt es denn da zu lachen?)

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann Ihnen sagen, von wem die F-

> (Marco Buschmann (FDP): Man kann es aber auch als offene Frage formulieren!)

Das ist die Handschrift von Herrn Ziegler, wenn Sie es wissen wollen.

Sebastian Edathy (SPD): Okay, das ist aber - - Vielen Dank für die Information.

> (Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den haben wir gerade entlassen!)

- Da habe ich gerade nicht nach gefragt. - Das heißt aber, der Entwurf ist von Ihnen gewesen? - Gut.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich denke schon.

Sebastian Edathy (SPD): Ja; denn das Interessante ist: Es heißt dort in dem Entwurf:

> Der Bundesregierung ist die Forderung von Herrn Professor Duphorn nach Untersuchung weiterer Salzstöcke bekannt. Sie

- also die Bundesregierung -

> sieht jedoch in den quartärgeologischen Untersuchungen nur eine Facette in dem breit angelegten Untersuchungsprogramm, das im Hinblick auf eine Gesamtbewertung bis zum Abteufen der Erkundungsschächte fortgeführt werden muß.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Dann hat offenkundig Herr Ziegler das dahin gehend korrigiert oder den Entwurf überarbeitet, dass

[redacted]

es letztendlich nicht mehr hieß, dass die Untersuchungen bis zum Abteufen der Erkundungsschächte fortgeführt werden sollten, sondern einfach, dass sie fortgesetzt werden sollten. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum diese Änderung da vorgenommen worden ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein. Normalerweise geht das Schreiben - Wenn Sie so einen Entwurf machen, trägt der Bote dieses Schriftstück ab. Herr Ziegler zeichnet das ab, macht seine Korrekturen rein, und dann geht das weiter, und jeder in der Hierarchie, der über mir steht, hat das Recht, sich da mit seinen Gedanken drin zu verewigen. Was dann zum Schluss genommen wird, ob dann in der Presseerklärung meine alte Ursprungsformulierung - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ja. Na, ich frage nur deshalb: Es macht ja schon einen qualitativen Unterschied, wenn man sagt, man nimmt das schon ernst, was Herr Duphorn ausgeführt hat, man will es weiteren Untersuchungen unterziehen, seine Arbeiten, vielleicht auch Paralleluntersuchungen vornehmen, ob die valide sind, die Ergebnisse, zu denen er gekommen ist, und man sagt in Ihrem Entwurf, das muss geklärt werden bis zum Beginn des Abteufens der Erkundungsschächte, oder ob man sagt, das muss irgendwann geklärt werden. Das ist schon ein Unterschied. Oder würden Sie das nicht teilen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich meine, ich heiße nicht Ziegler, aber die Arbeiten ~~werden~~ fortgesetzt. ~~Ich~~ habe gesagt, bis zu einem Punkt, wo ich den Entscheidungspunkt sehe. Da stehe ich auch heute zu. Herr Ziegler hat ganz einfach gesagt, es wird fortgesetzt. Also, Fortsetzung ist zunächst mal Fortsetzung, und die Frage ist, bis wohin. Ich sage, bis zum Schachtabteufen. Herr Ziegler hat diese Ausführung weggestrichen.

Sebastian Edathy (SPD): Eine Sache, die uns hier schon mehrfach im Ausschuss beschäftigt hat, ist die Frage, inwieweit möglicherweise seitens der Bundesregierung versucht worden ist, Einfluss zu nehmen auf den Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Haben Sie da irgendeinen Vorgang, irgendeine Diskussion in Erinnerung in dem Zusammenhang?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war natürlich, was wir heute Morgen schon angesprochen haben oder diskutiert haben, wo sich Herr Ziegler - ich sage mal - in einem Strukturvorschlag an Herrn Röthemeyer gewandt hat nach meiner Erinnerung, wo ich gesagt habe, dass es mehrere Etappen gab, dass aber immer die PTB die Einrichtung war, die federführend die Verantwortung für den Bericht trug. Sie hat das dann wahrgenommen gemeinsam mit der BGR, die natürlich für die geowissenschaftliche Seite dort Verantwortung tragen musste.

Herr Röthemeyer ist ja auch Physiker, wenn ich das recht erinnere. Bei der PTB war, glaube ich, auch kein geologischer Sachverstand im eigentlichen Sinne. Man hat sich dort mehr auf die montanwissenschaftliche Seite geschlagen, also bei der BGR Geowissenschaften und bei der PTB dann die montanwissenschaftliche Seite, weil die PTB auch die Fachaufsicht hatte über die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, die ja speziell für das Schachtabteufen gegründet wurde. Insofern war es nur natürlich, dass man dort - -

Sebastian Edathy (SPD): Wir müssen leider schon wieder unterbrechen, Herr Ollig.

Zeuge Reinhold Ollig: Tun Sie. - Ach so.

Sebastian Edathy (SPD): Die Wähler haben uns nicht ausreichend viele Stimmen gegeben. Deswegen haben wir so wenig Fragezeit.

Zeuge Reinhold Ollig: Ach so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, die Antwort - - Ehrlich gesagt, Herr Edathy: Wenn Sie jetzt auf den Rest der Antwort verzichten, ist alles in Ordnung, aber - -

Sebastian Edathy (SPD): Ich dachte, sie war fertig.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann aber auch gerne zu Ende führen.

Sebastian Edathy (SPD): Bitte.

Zeuge Reinhold Ollig: Insofern war es hier im Wesentlichen eine Arbeit der BGR. Die PTB hat mit uns gemeinsam darüber

diskutiert, was an welcher Stelle stehen soll, wie es aufgearbeitet wird, was man zusammenfasst, wie man die Schlussfolgerungen formuliert. Da ist nichts an Vorgabe gegeben worden, sondern die Leute haben im Grunde genommen Ratschläge gegeben, und dann kam ein neuer Entwurf mit den gleichen Inhalten. Zum Schluss war es sogar eine sehr gelungene Zusammenfassung, wie ich finde, wo alle Aspekte angesprochen wurden, nichts unter den Tisch gekehrt wurde.

Sie wissen selbst, wie es in Kabinetten zugeht. Ein Kabinett liest natürlich keinen Bericht von 300 Seiten, sondern man liest das Abstract, und in dem Abstract - da haben wir jedenfalls Wert drauf gelegt - oder Executive Summary - wie immer Sie das nennen wollen -, da sollten dann eben diese Punkte drinstehen und eben nicht nur, dass der Laugeneinbruch über den Anhydrit das ist, was man nun in Betracht ziehen muss - selbstverständlich -, aber auch, dass eben keine Ergebnisse gefunden wurden, die a) im Gegensatz zu der Erwartung standen und die b) die Eignung des Salzstockes in Frage stellen. Insofern war das Votum, was konsequenterweise dann daraus kam, das Okay des Kabinetts zum Abteufen der Schächte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht's gleich weiter an die Linken.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Ollig, ich möchte Sie auch ein bisschen was fragen. Einmal noch: Sie haben bei der - - Professor Duphorn hat bei seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss hier berichtet, nach seinem Vortrag auf der Informationsveranstaltung in Hitzacker im Juli 1983 sei der Minister von Bülow sehr erstaunt gewesen. Sie können sich denken, warum. Weil sich Herr von Bülow an seine Mitarbeiter gewandt und sie gefragt hat: Warum hat mir das bisher noch keiner gesagt? - Protokoll der Sitzung vom 12., Seite 19. Von Bülow hat sich dabei bezogen auf Duphorns kritische Beurteilung des Deckgebirges, das Verbindung zu der quartären Rinne, auf den sogenannten Steilen Zahn auch und auf den Gipshut - - Also, genau diese Punkte, wo Sie eben sagten, das sei das Teufelszeug, was Duphorn so beschrieben hat. Herr Bülow hat danach gefragt, warum ihm das nicht bekannt geworden ist.

Herr Ollig, zu diesem Zeitpunkt lag Ihnen dieses Wissen schon seit über einem Jahr vor. Sie waren damals der einzige Geologe im Ministerium. Warum haben Sie den Minister nicht über diese Sachen informiert?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, ich wüsste keinen Zeitpunkt, wo Herr Duphorn - weder auf dieser Veranstaltung noch sonst irgendwo - mit Herrn von Bülow zusammengekommen ist. Dieses ist mir nicht bekannt. Da müssen Sie Herrn Duphorn fragen, wann das war. Ich würde das aber auch mal sehr kritisch hinterfragen. Manchmal berichtet man ja auch Dinge, die in der Erinnerung vielleicht, wenn man es konkret nachprüft, dann doch etwas [illegible] Fernder sein können

Johanna Voß (DIE LINKE): Darf ich nachfragen? - Aber Sie meinen, Sie haben Herrn von Bülow informiert?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, natürlich. Das Thema war ja bekannt. Es stand in der Zeitung. Die Presseauswertung des BMBF, die täglich dem Minister vorgelegt wird, hat das auch - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Jetzt haben Sie sich hier in verschiedenen Antworten nicht kompetent gezeigt in der Frage von Gas unter dem Salzstock. Sie haben eben gesagt, Sie wissen, dass bei Salzwedel und Wustrow so ein bisschen Salzvorkommen sind, die auch -

Zeuge Reinhold Ollig: Gasvorkommen.

Johanna Voß (DIE LINKE): - gefördert worden sind. Ihnen ist nicht bekannt, dass Deutschlands größtes Gasvorkommen in der Gegend Salzwedel zu finden ist, und es ist Ihnen auch nicht bekannt, dass von DDR-Seite schon in Wootz so gebohrt worden ist, dass man so ein bisschen unter die Elbe geguckt hat - das ist ungefähr die Mitte von dem jetzt erkundeten Salzstock - und dort auf das nächstgrößte Gasvorkommen gestoßen ist.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Ihre Angaben über Kompetenz kann man durchaus strittig bewerten. Das größte Gasvorkommen Deutschlands ist in der Altmark. Das ist nicht unter dem Salzstock Gorleben; das ist völlig -

woanders.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, die Altmark, das ist um Salzwedel herum. Das habe ich gerade gesagt.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das ist das größte Gasvorkommen in Deutschland.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist die Altmark.

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau. - Nein, Sie haben das eben kleingeredet: Dort sei ein bisschen was gefunden.

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, Entschuldigung, ich habe nicht die Altmark kleingeredet. Ich habe gesagt, direkt unter dem Salzstock Gorleben ist mir dieses - Es ist zwar klar, dass es dort wahrscheinlich Gas gibt, aber ob dieses eine Lagerstätte ist, habe ich nicht gesagt. Ich kann Ihnen versichern, dass ich die Lagerstätte Altmark exzellent kenne, und von daher kann ich Ihre Ausführung in keinster Weise nachvollziehen.

Gasvorkommen nicht bekannt

Johanna Voß (DIE LINKE): Können Sie nicht? - Dann haben Sie auch das wiedergegeben, was erst viel später so die Verlautbarung geworden ist nach dem Schachtunfall, nämlich dass dort ein plötzlicher Wasserzutritt gewesen ist. In Wirklichkeit - und da beziehe ich mich jetzt hier auf den *Spiegel* vom 17.08.87 - werden dort im *Spiegel* vier Anzeichen aufgestellt, die alle absehbar waren und wo gewarnt worden war, weiterzumachen. Es gab Anfang April einen Vermerk des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung. Da waren ab dem Tiefenmeter 212 große Teile des Schachtstoßes an der Oberfläche gering oder noch nicht gefroren. Mitte März schob sich aus der in der Schachtmitte verlaufenden Vorbohrung plötzlich eine meterlange Eissäule. Ihr folgten mehrere Kubikmeter flüssiger Salzlauge, die abgepumpt werden mussten. Da war im selben Zeitpunkt ein Arbeiter durch Steinschlag verletzt; bis zu 1,5 cm schwere Erdbrocken lösten sich. Anfang April stieg die Temperatur aus einem Messfühler im Frostkörper außerhalb des Schachtes schlagartig von minus 17 auf 7 Grad. Erst dann, als auf all diese Warnungen nicht weiter gehört wurde - das waren auch Sachen, die dann schon zu neuen Untersuchungen wieder Anlass gaben -, kam es zu diesem Unfall, bei dem ein Arbeiter ums Leben kam, zwei schwer verletzt wurden und in der Folge der ganze Schacht zusammenzustürzen drohte. Das sind die sicheren Bauarbeiten mit den gut erforschten - - Sagen Sie mir bitte was dazu.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, bei Berichten im *Spiegel* - genauso wie bei der *Frankfurter Rundschau* - würde ich extrem vorsichtig sein.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Stimmt!)

Johanna Voß (DIE LINKE): Entschuldigen Sie, ich kann ich das auch aus meinem eigenen Erleben - - Die Tatsachen sind so. Die Arbeiten haben dann ja bis zum späten Sommer geruht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Woher?)

- Ich komme aus Lüchow-Dannenberg. Entschuldigung, ich habe das damals hautnah mitgekriegt, auch aus der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, und die hält sich an die gegebenen Sachen dort.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Oh, vorsichtig!)

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ja, ja.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy (SPD): So, ich bitte um Mäßigung.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich hätte gerne einen zweiten Satz noch gesprochen. Ich war mit dem - -

(Zurufe von der CDU/CSU - Kornelia Möller (DIE LINKE): Das geht aber nicht von unserer Zeit ab, wenn die Kollegen von der CDU/CSU da reden!)

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Weiter. Es waren sowieso nur noch zwei Minuten.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich war damals bereits ausgeschieden aus dem Referat im BMBF. Ich habe von dem Unfall gehört, kenne aber nicht die Einzelheiten, wie es dazu gekommen ist. Ich weiß nur, dass bei der DBE durchaus kompetentes Personal für diese Arbeiten, für das Schachtabteufen, da war. Der Vorgang des Gefrierschachtabteufens an sich ist ein relativ komplizierter Prozess.

Johanna Voß (DIE LINKE): Besonders wenn es kein homogenes Deckgebirge gibt.

Zeuge Reinhold Ollig: Nur, es ist so, dass das Wasser gefriert. Das ist ein physikalisches Gesetz. Und wenn Sie eine Kühlschlange in wassergetränkten Boden reinhängen, gefriert das. Das ist ja der Sinn der Sache, dass Sie inmitten dieses - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir nehmen doch immer Tausalz.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Wir nehmen doch immer Salz zum Tauen.

Zeuge Reinhold Ollig: Es geht ja erst mal um das Deckgebirge, nicht? So, und im Deckgebirge sollte eigentlich nicht so viel Salz sein. Sonst haben Sie nämlich mit dem Grundwasser in Ihrer Region Probleme.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, aber das wurde ja angefunden.

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau das ist ja passiert.

Zeuge Reinhold Ollig: In bestimmter Tiefe - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Trotz umfassender Kühlung hat es diese Tiefentemperatur nicht erreicht, sogar plötzlich plus 7 Grad.

Zeuge Reinhold Ollig: Dann müssen Sie die Kühlung anders einstellen. Auch dieses ist beherrschbar. Es ist so, dass in ganz Norddeutschland in einer bestimmten Tiefe absolut salinare Wässer sind, die je nach Zusammensetzung anders gefrieren.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, es kann nicht passiert sein sozusagen?

Zeuge Reinhold Ollig: Doch, doch, wenn die Kühlung nicht genug eingestellt war - man geht ja auch davon aus, dass so etwas Geld kostet, und es kostet verdammt viel Geld -, dann muss man nicht die Kühlung bis zur Unendlichkeit runterdrehen. Es ist auch eine Frage, mit welcher Temperatur ich mit den Kühlschlangen in den Übergang reingehe. Salz ist natürlich durchaus kälteempfindlich, und Sie können dann auch durchaus Risse erzeugen. Insofern erschien es mir jetzt im Nachhinein erst mal vernünftig, die Kühlung nicht zu tief runterzufrieren.

Also, ~~das sind aber ... ich~~ sage mal, die Firma ~~Dallmann~~ - wenn ich das richtig erinnere -, die ja diese Schächte für die DBE und die PTB abgeteuft hat, hat da durchaus Experten, die so etwas beherrschen. Generell ist Bergbau gefährlich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Es wurde nicht beherrscht.

Zeuge Reinhold Ollig: Wenn Sie mal Bergbauzeitungen sehen, werden Sie auf der letzten Seite immer eine Rubrik finden: „Unsere Toten". Wenn Sie da die Alterszahlen mal durchgehen, erschreckt es Sie, wie viele Unfälle doch in Bergwerken und in diesem Bereich stattfinden.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank.

Zeuge Reinhold Ollig: Entschuldigen Sie, das möchte ich noch dazu sagen: Ich finde das nicht schön. Ich muss es Ihnen nur berichten. Es ist so.

Stellvertretender Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht würde dann zu den Grünen wechseln.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Ollig, ich würde gerne noch mal zum Bergrecht und Atomrecht un-

ser vorhin nicht beendetes Gespräch fortführen. Sie sagten ja in Ihrer letzten Antwort, dass es auch Juristen im Haus, also im BMFT gab, die dafür waren, das Bergrecht zu nutzen. Sie wissen, es geht um das Genehmigungsverfahren.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt sind aber doch die Juristen im Haus üblicherweise in der Rechtsabteilung. Oder irre ich mich da?

Zeuge Reinhold Ollig: Dieses ist im BMBF nicht immer der Fall. Wir haben relativ viele Juristen auch in den sogenannten Fachabteilungen, die sich beschäftigen mit Verwaltung von Großforschungseinrichtungen etc. pp.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wozu ist die Rechtsabteilung da?

Zeuge Reinhold Ollig: Die Rechtsabteilung prüft natürlich Rechtsfälle, ob das Verstöße von Beamten sind, die gegen das Reisekostenrecht verstoßen haben, oder sonstige Dinge. In diesem Falle war das nicht das Klassische, was das Rechtsreferat normalerweise macht. Wir haben die aber gefragt, weil sie eben Rechtsreferat heißen, und es gab sehr kompetente Kollegen, die uns Kollegen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich da mal nachfragen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen jetzt im Ernst, es ist eigentlich nicht Sache der Rechtsabteilung, zu entscheiden, welches Recht bei einem bestimmten Verfahren am sinnvollsten anzuwenden ist? Das ist nicht Sache der Rechtsabteilung?

Zeuge Reinhold Ollig: Das habe ich so nicht gesagt. Sie haben einen Vorschlag gemacht, und dieser Vorschlag wurde natürlich im Ressortkreis auch wieder diskutiert; denn wir sind ja nicht Herrscher des atomrechtlichen Verfahrens. Dieses ist der Innenminister. Ich glaube, Herr Hanning hat lange in dem Referat von Herrn Oertzen gearbeitet, der den Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch geschrieben hat. Insofern weiß ich die Entscheidung dort in guten Händen, und eine Meinung war die unseres Rechtsreferats. Andere Juristen bei uns im Hause - und deren Meinung hat sich dann eben durchgesetzt - haben das aktiv diskutiert.

H Die

Dr. von

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ist doch ganz - - Entschuldigung, es ist doch sicher - so ist meine Erfahrung, wenn ich jetzt auch noch nie in einem Ministerium war -: Wo man in Unternehmen - oder was immer - eine Rechtsabteilung hat, hat man die im Allgemeinen hauptsächlich dazu, die Handlungen des Unternehmens oder vielleicht auch eines Ministeriums davor zu bewahren, Dinge zu tun, die nicht rechtmäßig sind, also Rechtsbrüche zu begehen oder sich womöglich einem Gerichtsverfahren auszusetzen. Das ist doch eine der vordringlichen Aufgaben.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieses ist sicherlich richtig. Hier hat das Rechtsreferat seine Meinung kundgetan, und man kann dieses Verfahren nehmen, man muss es aber nicht nehmen. Ich sage das noch mal. Sie haben keine materiellen Hintergrundinformationen, um in ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren reinzugehen. Dieses atomrechtliche Genehmigungsverfahren verlangt, dass Sie Daten vorlegen, diskutieren, dass Sie Nachweise führen. Alle diese Dinge konnten doch nun wirklich überhaupt nicht vorgelegt werden. Da hat sich dann schließlich die Meinung durchgesetzt, ein bergrechtliches Verfahren durchzuführen, dass das das Richtige ist. So. Schächte werden üblicherweise nach bergrechtlichen Verfahren durchgeführt.

Wir haben das lang und breit mit den zuständigen Behörden auch in Niedersachsen diskutiert, mit dem Oberbergamt in Goslar, mit dem Oberbergamt in Clausthal, mit dem Bergamt in Goslar, mit allen, die da was zu sagen hatten, und dann hat sich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, die haben natürlich alle andere Interessen.

Ich will jetzt schon noch mal ein bisschen bei Ihrem Rechtsreferat bleiben. In dieser Auflistung der Pro-Argumente für Atomrecht und Pro-Argumente für Bergrecht ist das Pro-Argument - oder eines der vier, die alle um

[redacted]

diese Öffentlichkeitsbeteiligung kreisen in gewissem Sinn, also pro Atomrecht die Argumente -: Die Verfahrenswahl ist durch Gerichte nicht angreifbar. - Das war die Empfehlung. Das heißt doch, dass die andere Verfahrenswahl nach Ansicht der Juristen der Rechtsabteilungen in Ihrem Haus gerichtlich angreifbar war. Das heißt eigentlich, nicht sicher rechtsmäßig.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, dieser Schluss, den Sie jetzt machen, erschließt sich mir in keinster Weise.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum dann überhaupt? Warum muss ich dann sagen, dass diese Verfahrenswahl durch Gerichte nicht angreifbar ist? Wenn die andere auch nicht angreifbar ist, wäre das doch kein Pro-Argument für das Atomrecht.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, die rein sachliche Entscheidung ist: Es wurden nur bergrechtliche Aktivitäten beantragt, und Schachtbau ist nun mal eine bergrechtliche Aktivität, und dafür gibt es ein Gesetz, und dieses Gesetz nimmt man. Das Atomrecht können Sie nehmen. Ich halte das auch für nicht zulässig; aber da war unser Rechtsreferat der Meinung, man kann auch dieses nehmen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Entschuldigung, da muss ich Sie berichtigen. Hier steht: „BMI und BMFT, Referat 113," - also das Rechtsreferat - „treten für atomrechtliches Planfeststellungsverfahren ein", Nicht: „Das kann man auch nehmen", sondern für dieses Verfahren treten sie ein. Und die wussten ganz genau, worum es ging; denn der Betreff ist das Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Schächten zur Vorbereitung - zur Vorbereitung! - eines Endlagers in Gorleben. Also, da war keine Verwirrung im Spiel, oder man weiß noch nicht so genau, worum es eigentlich geht. Es war ganz klar, worum es geht, und es war ein ganz klares Eintreten der Rechtsabteilung Ihres Hauses für ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Geben Sie die - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt von Herrn Ziegler. Das habe ich vorhin alles angegeben, die MAT-Nummer und alles. Das kann man nachlesen aus der Vernehmung vor der Mittagspause.

Ist es denn üblich, dass in solchen Fragen, in Rechtsfragen, die Haltung der Rechtsabteilung ignoriert wird?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, wir haben sie ja nicht ignoriert. Sie sind dafür eingetreten, diese Verfahren zu wählen. Sie haben nicht gesagt, es muss ein Planfeststellungsverfahren sein. Sie sind dafür eingetreten, dieses Verfahren zu nehmen. Sonst wäre das mit dem Bergrecht überhaupt nicht weiter in der Diskussion gewesen, wenn man ein Planfeststellungsverfahren nehmen muss. Dieses steht dort so nicht.

Der Herrscher dieses Verfahrens - jeder konnte seine Meinung sagen im Ressortkreis, was wir auch getan haben -: Letztlich ist es das Bundesinnenministerium gewesen, was heute das Umweltministerium ist. Die Abteilung ist ja dann später, als das Umweltministerium gegründet wurde, rübergewechselt. Die haben die Federführung in diesem Verfahren. Die tragen auch die Verantwortung. Alles, was wir dazu beisteuern können, waren diese Bemerkungen oder das Eintreten für die Wahl dieses Verfahrens. Normalerweise ist dann auch noch das Justizministerium eingeschaltet. Das ist dann die letzte Instanz.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das Innenministerium - - Wir reden ja jetzt von diesem konkreten Fall, und das Innenministerium ist hier zumindest auch der Meinung, dass man das atomrechtliche Verfahren wählen sollte.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

- Doch, Herr Grindel, das steht hier drin. Sie können es ja auch gerne durchlesen. - Also, muss es ja irgendwelche anderen Gründe nachher gegeben haben, die nichts mit der Rechtsauffassung zu tun hatten, die das dann noch geändert haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der vierten Berliner Runde. Ich gucke mal in die Runde. - Die CDU/CSU-Fraktion, bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil ja Frau Kotting-Uhl auch kommentierende Anmerkungen gemacht hat: Es mag sein, dass Herr Ziegler das geschrieben hat. Wir haben aber in der letzten Sitzungswoche Herrn Getz und Herrn Matting dazu vernommen, die genau das Gegenteil gesagt haben, die gesagt haben - und das haben sie ja über Stunden diskutiert mit den unterschiedlichen Professoren, Bräuer und sonstige, die sich dazu geäußert haben -, dass es dazu keine einheitliche Meinung im BMI gab, sondern Diskussionen in vielfältigster Form. Insofern mag es sein - das habe ich jetzt nicht überprüfen können-, dass Herr Ziegler geschrieben hat: Das BMI sagt: ... - Aber die Zeugenvernehmungen, die Erkenntnis oder der Ermittlungsgewinn dieses Untersuchungsausschusses zeigen, dass es keine einheitliche Haltung dazu beim BMI gab.

Ansonsten haben wir keine weiteren Fragen.

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein, aber Frau Kotting-Uhl hat doch eine Anmerkung gemacht, und jetzt lassen Sie mich doch auch mal fragen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dürfen wir das dann zukünftig auch kommentieren?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich kann jetzt den Vorschlag machen, dass wir dazu eine Beratungssitzung machen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Frau Flachsbarth, das ist jetzt nicht nötig. Aber ich finde schon: Gleiches Recht für alle. Und wenn Herr Grindel uns kommentieren darf, dürfen wir das zukünftig vielleicht auch mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Und da ich bei Ihnen, liebe Frau Kotting-Uhl, eben genau diesen Kommentar zugelassen habe, habe ich jetzt auch bei Herrn Grindel nicht so genau hingehört, ob das eigentlich eine Frage war oder nicht.

Ich gebe jetzt das Rederecht weiter an die - - Doch, es sei denn, es gibt noch - - Ich habe verstanden, dass es keine weiteren Äußerungen bei der Union gab, und deshalb geht das Rederecht jetzt weiter an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, und ich möchte noch mal eingehen auf das Thema mit dem Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Wie eng haben Sie sich eigentlich in dieser Zeit damals - Anfang 1983 - mit Herrn Ziegler abgestimmt, was die Vorbereitung der Kabinettsvorlage betraf?

Zeuge Reinhold Ollig: Sie können sich sicherlich vorstellen, dass diese Entscheidung sowohl von der fachlichen Seite als auch von der politischen Seite etwas Outstanding~~[, bei durchaus]~~ etwas Besonderes war. Wenn Sie vier Jahre Standorterkundung betreiben mit Hochs und Tiefs und allen möglichen Überraschungen, die da kommen, erfreulicher und weniger erfreulicher Art, wenn auch organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten dazukommen - es musste dann ja auch immer um Geld gekämpft werden und um Terminpläne -, können Sie sich vorstellen, dass man da in einen relativ engen Dialog auch in dem Referat eintritt, dass aber dann auch natürlich innerhalb der Unterabteilungen und auch der Abteilung~~en~~ dieses Vorhaben ja nicht unentdeckt bleibt. Darüber hinaus gibt es natürlich auch in einem Ministerium ein Kabinettsreferat, was dann natürlich beteiligt werden muss, wenn es in Richtung dieser Entscheidung geht, auch wenn wir nicht die eigentliche Federführung in diesem Verfahren hatten. Auch dieses lag ja beim Bundesminister des Innern.

Also, um Ihre Frage zu beantworten: Wir haben uns relativ eng abgestimmt. Wir haben auch diskutiert über den Aufbau, die Struktur. Es gab ja verschiedene Stadien - ich nenne es mal verschiedene Entwurfsstadien - des Berichts, wo man nicht nur im Ressortkreis, sondern tatsächlich auch im Ressortkreis mit PTB und BGR gesprochen hat.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie denn sagen, bei einem Bericht, der letztendlich maßgeblich von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt selber erstellt wird, liegt die Kompetenz bei den Verfassern? Oder liegt die Kompetenz bei Ihnen im Haus?

Zeuge Reinhold Ollig: Sicherlich war es im Wesentlichen noch nicht mal die PTB. Es war im Wesentlichen die Kompetenz der BGR, die sich dort in diesem Bericht widerspiegelt. Die PTB hat organisatorisch die gesamten Untersuchungen im Grunde ge-

nommen vergeben. Die PTB war ja für uns der Empfänger der Mittel für die Standorte.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Können Sie sich an irgendeinen Fall erinnern, wo - wie in diesem Fall - versucht worden ist, Einfluss zu nehmen auf die Abfassung eines Berichts durch die PTB?

Zeuge Reinhold Ollig: Aus politischer Seite? Ich möchte dieses bezweifeln; denn meines Wissens war der einzige Kontakt der die Arbeitsgruppe der interministerielle Ausschuss, wo die drei Ressorts auf Arbeitsebene zusammen kamen. Herr Matting war regelmäßig der Vertreter des Bundesministers des Innern. Im Wirtschaftsministerium hat es gewechselt. Ich war dann meistens vonseiten des BMBF dort. In diesem Kreis wurden bestimmte strukturelle Dinge diskutiert: Wie geht man vor etc. pp? Es war ein ganz normaler Arbeitsprozess, wie er auch nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung vorgesehen ist, wenn mehrere Ministerien an einer Sache zu beteiligen sind.

Sebastian Edathy (SPD): Wir finden in den Akten - MAT A 99, Band 17, 184 ist die Paginierung, wenn ich das richtig sehe; genau - ein Fernschreiben von Herrn Ziegler. Unter dem Fernschreiben steht: „nach Abgang Herrn Ollig zur Kenntnis und zum Vorgang". In diesem Schreiben von Herrn Ziegler an die PTB führt Herr Ziegler unter anderem Folgendes aus, bezogen auf den Bericht der PTB:

> Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen können, daß die Eignungshöffigkeit des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werden konnte.

Übernächster Absatz:

> Es ist zu prüfen, ob dieser Abschnitt mit der Aussage schließen kann, dass nach Einschätzung der Fachleute die noch zu erzielenden Ergebnisse und abzuleitenden Aussagen die Eignungshöffigkeit des Salzstocks voraussichtlich nicht in Frage stellen können.

Ganz unten in dem Telex, dem Fernschreiben:

> Im übrigen bitte ich, den vermutlich hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts über dem Hauptanhydrit, der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken.

Würden Sie sagen, dass das drei Beispiele sind, die sich hier finden in diesem Fernschreiben, die dafür stehen, dass zumindest tendenziell Einfluss genommen werden sollte auf den Bericht seitens des Ministeriums?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, inhaltlich Sie müssen das strukturell sehen. Herr Ziegler hat nicht gesagt, dass irgendetwas wegfallen soll - auch nicht der Laugeneinbruch -, sondern er soll nicht auf jeder Seite oder an jeder Stelle dreimal erwähnt werden. Es wird nämlich nicht richtiger dadurch. Das ist das Entscheidende.

Ich habe dann auch noch in diesen interministeriellen Ausschusssitzungen natürlich die Frage gestellt - ich habe das eingangs schon mal gesagt: Wo steht denn, dass man die Erwartungen, die man vorher an den Salzstock hatte, durch die Standorterkundung erfüllt hat oder nicht erfüllt hat? Diese Aussage muss irgendwo stehen. - Sie stand auch irgendwo in dem Bericht, aber sie stand eben nicht dort, wo man es erwarten sollte, nämlich in einer Zusammenfassung. Denn das ist doch das Entscheidende: Habe ich bei den bisherigen Standorterkundungsmaßnahmen Befunde entdeckt, die das Schachtabteufen - ich sage mal - unmöglich machen oder nicht rechtfertigen? Diese Aussage musste kommen, und die stand irgendwo - ich sage es mal - auf Seite XY. Da haben wir gesagt: Okay, Freunde, wenn ihr das schon geschrieben habt, bitte dann auch in eine Zusammenfassung rein.

Ich glaube, dass diese Art der Besprechung eigentlich für alle Beteiligten hilfreich war. Die PTB macht auch nicht regelmäßig solche Berichte, die dem Bundeskabinett vorgelegt werden. Das machen andere Kabinettsreferate viel, viel häufiger. Insofern war uns wichtig, dort diese Es sind wirklich nur Bearbeitungshinweise. Es ist keinesfalls eine Weisung von Herrn Ziegler gegenüber der PTB ausgesprochen worden.

Sebastian Edathy (SPD): Auch wenn sie dort so empfunden worden ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Auch wenn sie als solche dort empfunden worden ist?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich glaube, in diesem Falle ist es nicht von Herrn Ziegler gekommen, was Herr Röthemeyer als Weisung empfunden hat. Es ist, glaube ich, von Herrn Matting gekommen.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, es war ja auch eine illustre Runde da zusammengekommen. Aber Herr Ziegler war ja auch beteiligt. Aber da waren Sie ja nicht dabei bei der Besprechung, nach unseren Unterlagen.

Zeuge Reinhold Ollig: Glauben Sie mir, ich war nicht dabei.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, inwieweit das Thema Paralleluntersuchung mehrerer Standorte eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Reinhold Ollig: Herr Abgeordneter, es hat natürlich immer irgendeine Rolle gespielt. Bei jeder Entscheidung oder bei jedem Gespräch über den Salzstock Gorleben hat bestimmt irgendjemand gesagt, man hätte ja auch drei Standorte untersuchen können.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Die politische Faktenlage war tatsächlich etwas anders. Wir haben dieses als Exekutive, wir haben diese politische Vorgabe zu akzeptieren.

Sebastian Edathy (SPD): Was war denn die politische Vorgabe?

Zeuge Reinhold Ollig: Die politische Vorgabe war, dass wir dieses Diktum vonseiten Niedersachsens akzeptieren, dass eben nur der Salzstock Gorleben untersucht wird. Damit müssen wir leben. Ich hätte es auch vielleicht gerne anders gesehen. Kapazitätsgründe und Geldgründe würde ich jetzt mal draußen vorlassen. Es ist - -

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, es ging nicht um den bestgeeigneten Standort, sondern um irgendeinen, und da hatte man nun halt Gorleben zur Hand, weil Herr Albrecht da einverstanden war, dass man es dort errichtet?

Zeuge Reinhold Ollig: Auf keinen Fall irgendeinen Standort, sondern sie brauchten so viele Informationen, um tatsächlich nachweisen zu können, dass sie dort an dieser Stelle ein sicheres Endlager bauen können. Ob das 1 Million Jahre sind oder 50 ⌈ob der Einschluss sicher ist 1 Million oder 50 ⌈das sei mal dahingestellt. Dieses hätte im Laufe der Untersuchung, wenn man alle Ergebnisse zusammen hat, sicherlich ausgearbeitet werden müssen und in einem Planfeststellungsverfahren dann einbracht werden müssen. Das war allen Beteiligten klar: Wir sind ein politisches Haus. Ich muss das tun, was die politische Leitung sagt, genauso wie wir das tun müssen, was das Parlament sagt. Das gehört eben zu den Pflichten der Exekutive, und so war die Faktenlage.

⌈ Tausend
⌈ Tausend

Sebastian Edathy (SPD): Also war maßgeblich nicht der wissenschaftliche Sachverstand, sondern die politische Vorgabe?

Zeuge Reinhold Ollig: Es war die politische Vorgabe, und die kam aus Niedersachsen. Das war ja ein bisschen vor meiner Zeit, als ich dort anfing. Mir ist letztlich auch der Prozess, wie es in Niedersachsen zu dieser Entscheidung kam ⊢ Man kann ja auch fragen: Haben die sich fachlich darauf vorbereitet, oder haben die das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung gefragt? Ich weiß nicht, wie es ⊢ Es gab ja dieses große Gorleben-Hearing, und dann kam ja die große Überraschung: Herr Albrecht verkündete dann auf einmal ⊢ Das hat der aus dem Hut gezaubert. Niemand hat damit gerechnet, und alle waren relativ - ich sage es mal salopp - platt, auch die Kollegen im Referat, also die in dem späteren Referat.

⊢ nicht bekannt.
⌈ fr
⊢ kam.
⊢ Gorleben als Standort.

Sebastian Edathy (SPD): Es war sehr überraschend?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war völlig überraschend.

Sebastian Edathy (SPD): Hat niemand im Auge gehabt, Gorleben?

Zeuge Reinhold Ollig: Gorleben war ein großer Standort, aber er lag eben an der innerdeutschen Grenze und war immer für diese KEWA-Anlage bzw. für die Wiederaufarbeitungsanlage eigentlich ein No-Go.

[redacted]

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie denn mal mit Herrn Grill vielleicht darüber gesprochen, wie das so sein konnte, dass man sich dann plötzlich auf Gorleben konzentriert hat?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein. Also, ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern. Ich hätte es garantiert, weil ich die Sache sehr spannend finde. Mir wäre es in Erinnerung geblieben, aber ich habe mich darüber nicht - Ich glaube auch nicht, dass er es -

Unterhalten, geteilt hat.

Sebastian Edathy (SPD): Also, Sie würden mir zustimmen. - Wir finden in MAT A 99, Band 13, auf Seite 206 einen Text von Herrn Dr. Ziegler, der schreibt:

> Die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus, ein im Rahmen der Schutzziele hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das bestdenkbare Endlager irgendwann.

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Das entspricht dem Stand der Dinge damals, ja?

Zeuge Reinhold Ollig: Das war - völlig richtig - Stand der Dinge. Sie müssten ganz Deutschland umgraben, um das sicherste Endlager zu finden, und ich behaupte, Sie werden es nicht finden. Ein Endlager muss aus der Sache heraus den Nachweis erbringen können aufgrund der geologischen Verhältnisse, dass dieses Endlager 1 Million oder 50 - Dass das an anderer Stelle vielleicht auch möglich ist, ist klar. Aber Sie können, wie gesagt, nicht alle zehn Salzstöcke untersuchen und anschließend sagen: Okay, jetzt nehme ich aber den besten, der und der.

Tausend Jahre sicher ist.

Sebastian Edathy (SPD): Warum nicht?

Zeuge Reinhold Ollig: Der andere Salzstock hat sicherlich auch irgendwelche Dinge, die suboptimal sind. Insofern ist diese Passage von Herrn Ziegler in dem Sinne zu verstehen: Es gibt - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Könnten Sie sich denn vorstellen, wenn man denn ein hinreichend sicheres Endlager finden will, dass es leichter ist, wenn man sagt, wir müssen für 50 000 Jahre als für 1 Million Jahre Vorsorge treffen?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Würde ich auch so sehen.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann mir vorstellen, dass da ein gradueller Unterschied ist.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich hätte keine Bedenken, auch den Salzstock dahin gehend zu überprüfen bzw. meine Sicherheitsanalyse dahingehend auszulegen, dass ein sicherer Einschluss über 1 Million Jahre - -

Sebastian Edathy (SPD): Entschuldigung, können Sie sich, Herr Ollig, vorstellen, dass sozusagen die Kriterien für ein hinreichend sicheres Endlager an Gorleben orientiert worden sind?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja. Es war natürlich der Wunsch, bestimmte standortunabhängige Kriterien zu haben, wo sich aber auch die Standortergebnisse von Gorleben dranspiegeln lassen.

Sebastian Edathy (SPD): Wie hat man sich das vorzustellen?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Sie sagen zum Beispiel, Sie suchen einen Salzstock, der durch Bergwerke - so heißt das dann - montantechnisch nicht verritzt ist, sprich, da hat kein Bergbau vorher stattgefunden. Dass Sie sagen, Sie brauchen ausreichend große Partien Steinsalz - in dem Falle älteres Steinsalz -, um dort Abfälle mit einer Barriere nach außen sicher lagern zu können. Ich glaube, auch die Tiefe ist angesprochen etc. pp. Das waren so die Kriterien, die man, ohne auf einen bestimmten Salzstock zu zielen, Den wurde nicht gesundgebetet.

H formuliert hat.

Sebastian Edathy (SPD): Wurde nicht gesundgebetet?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, das war wahrscheinlich der Hintergrund Ihrer Frage.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Nein, es war wirklich standortunabhängig.

Sebastian Edathy (SPD): Auch mit dem, dass die PTB die Eignungshöffigkeit attestieren sollte, hat man ja schon den Eindruck, dass man sich erst einen Standort ausgeguckt hat und dann die Kriterien entwickelt.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich bitte dann noch mal die Kollegen aus Niedersachsen zu fragen, -

Sebastian Edathy (SPD): Das machen wir ja auch noch, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: - was da zu dieser Entscheidung geführt hat.

Wenn Sie sich den Salzstock in der Form, wie er sich in den geologischen Karten darstellt, nehmen, ist das sicherlich einer der Standorte, die für eine Eignungsuntersuchung infrage kommen.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt noch mal an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. Danke schön. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. - Auch keine weiteren Fragen. Und an die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben schon noch Fragen, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zwar möchte ich noch mal auf den PTB-Zwischenbericht zurückkommen, der ja auch gerade bei Herrn Edathy schon Thema war, und Sie haben den selbst ja auch mehrfach angesprochen und haben gesagt, die Einflussnahme hätte sich maximal auf strukturelle Fragen, aber nicht auf fachliche Fragen bezogen.

Jetzt haben Sie ja - bzw. in dem Fall Ihr Chef, Herr Ziegler - darauf hingewirkt, dass der hypothetische Wasserzutritt über den Anhydrit, wie es formuliert worden ist, etwas mehr an den Rand gerückt werden sollte, das heißt eigentlich, die Bedeutung damit etwas abgeschwächt werden sollte.

Jetzt frage ich Sie: Hängt das denn mit der Entwicklung in der Asse zusammen, wo zu Beginn der 80er-Jahre die Bergbehörden stark darauf gedrängt haben, dass ebendieser Fall bei der Störfallbetrachtung mit einbezogen werden sollte? Das haben Sie ja auch selbst als Thema mit bearbeitet.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann die Frage gut nachvollziehen. Sie müssen die Bemerkung von Herrn Ziegler - wir haben ja dann auch über seinen Bericht gesprochen - nicht so verstehen, dass das, ich sage mal, niedlichgeredet wird, sondern das ist tatsächlich die häufige Wiederholung dieses Faktums „Wassereinbruch über den Hauptanhydrit", überhaupt nicht wissend, ob überhaupt Hauptanhydrit in diesen Bereichen, wo später endgelagert werden soll, vorkommt. Das wäre zum Beispiel ein Faktum, wenn man den Hauptanhydrit anfährt, was durchaus sicherheitsrelevant ist. Deswegen haben wir dieses natürlich nicht wegdiskutiert, oder das wurde nicht wegdiskutiert.

Was ich noch sagen möchte, ist, dass auch dieses eher strukturell zu sehen ist. Wir haben natürlich auch über fachliche Dinge gesprochen. Sie müssen sich vorstellen: In einem Bundeskabinett sitzen natürlich auch nicht nur Fachleute, und verschiedene Dinge muss man eben so darstellen in einem solchen Bericht, dass Nichtfachleute das verstehen. Ich glaube, das kann man auch von der PTB und auch von der BGR verlangen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, mir geht es jetzt nicht mehr um das Grundsätzliche strukturell oder fachlich, sondern um dieses fachliche Problem. Wenn Sie sagen: „Okay, wir müssen es, wie auch immer betrachtet, eher an den Rand drücken, und es soll nicht so häufig erwähnt werden", ist das ja, diesem Problem ein etwas geringeres Gewicht zu geben. Ich habe ja gerade danach gefragt, ob das nicht im Zusammenhang steht mit der Problementwicklung bei der Asse; denn die niedersächsischen Behörden haben nicht umsonst darauf gedrängt, dass dieser hypothetische Wasserzutritt in die Störfallbetrachtung mit einbezogen wird, weil es schon zu Wassereinbrüchen in die Asse kam und jetzt diese

Einwirkung vonseiten des BMFT dazu führt, dass das Problem - - was bei der Asse schon existiert, aber in dem Bericht der PTB nicht so hervorgehoben wird, obwohl die Asse ja das Vorbild für Gorleben sein sollte.

Zeuge Reinhold Ollig: Sie können - ich darf Ihnen das versichern - ich habe mich lange Jahre die ganze Zeit auch mit der Asse beschäftigt - die Asse überhaupt nicht mit Gorleben vergleichen, weder von der Struktur her noch vom inneren Aufbau. Das eine ist ein fertiger Diapir, die Asse ist ein weiterentwickelter Salzsattel. Meines Wissens nach gibt es auch in der Asse gar keinen Hauptanhydrit; jedenfalls ist er dort nicht in den Lagerbereichen vorhanden. Die Wasserzutritte in die Asse kommen über andere Wege. Die kommen über das Deckgebirge. Bei der Asse ist es so, dass die Bergleute zum Schluss, bevor die Asse stillgelegt wurde, noch mal richtig Geld machen wollten. Die haben dort den Boden zwischen zwei Kammern rausgeschossen und haben das dann schnell abtransportiert. Dadurch hat die Asse Stabilitätsprobleme bekommen. Dieses war kein -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, das Problem ist ja gerade, dass speziell Asse-Probleme, die wir ja hier gar nicht so genau behandeln sollen, von Niedersachsen auch stärker betrachtet werden wollten, aber vonseiten des Bundes - in dem Fall des BMFT und in dem Fall Ihrer Abteilung - darauf gedrungen wurde, dass explizit dieser Störfall nicht so stark betrachtet wird und nicht so stark mit einbezogen wird, und das hat natürlich einen Bezug zu den Diskussionen über Gorleben.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, den Störfall „Wassereinbruch über den Hauptanhydrit" können Sie einmal abhandeln, und dann ist die Sache erledigt. Dann haben Sie ihn abgehandelt, und zwar in aller Tiefe, und dann müssen Sie diese Abhandlung nicht noch mal auf jeder Seite wiederholen. Dadurch wird es nämlich auch nicht besser. So - möchte ich Ihnen sagen - hat Herr Ziegler dieses verstehen wollen. Dass vielleicht in der Wortwahl - „an den Rand rücken" - - gebe ich ja gerne zu, dass das vielleicht etwas unglücklich war und man dieses durchaus missverstehen kann.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Dann möchte ich das Thema mal von einem anderen Ende her angehen. Sie sind ja sicher auch bekannt mit Herrn Professor Kühn?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der war ja wissenschaftlicher Berater des BMFT, und ich würde gerne wissen: Wer hat ihn denn da zum BMFT geholt, und wie eng haben Sie denn mit Herrn Kühn zusammengearbeitet?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Herr Kühn war Leiter des Instituts für Tieflagerung der Gesellschaft für Strahlenschutz, GSF, in München-Neuherberg, hatte sein Institut in Braunschweig. Das war also quasi eine Forschungseinrichtung des ~~BMwf~~. Insofern hatte Herr Kühn überwiegend mit Asse-Fragen zu tun, war aber durchaus natürlich erfahren in Dingen, was Salz angeht. Insofern hatten Herr Kühn und die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz ein ganz natürliches Verhältnis zu unserem Referat.

Meines Wissens nach ist Herr Kühn nicht extra als Experte des BMBF angeheuert worden, sondern er ist als Experte der Reaktorsicherheits-Kommission angeheuert worden. Ich brauchte keinen Sondervertrag mit Herrn Kühn, um ihn zum Berater des BMBF zu machen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wobei das ja schon ganz praktisch ist, wenn ihn die Reaktorsicherheit auch schon angeheuert hat.

Aber der Hintergrund meiner Frage war genau der: Herr Professor Kühn ist die Verbindung zwischen der Asse und Gorleben; denn er war derjenige, der gesagt hat: Die Asse ist ohne Ende sicher, und so sicher wie die Asse wird Gorleben auch sein. - Deswegen hat er sich dann anschließend entsprechend vehement für die Entscheidung für Gorleben und die Erkundung in Gorleben eingesetzt. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, in der RSK sind natürlich diese Dinge diskutiert worden. Dort ist Herr Kühn als Sachverständiger gehört worden. Die RSK heißt nur Reaktorsicherheits-Kommission, beschäftigt sich ~~dann~~ aber auch mit Endlagerfragen. Insofern

darf man das nicht falsch verstehen, dass Herr Kühn jetzt auf einmal Reaktorexperte wird.

Das ist dort gehört worden, und ich kann nur sagen: Ich habe selbst erlebt, wie in der Asse zu Beginn minimale Laugenzutritte waren. Ich kenne die Asse von oben bis unten. Ich bin da zigfach durchgekrabbelt und auf allen Vieren durchgerobbt. Ich habe die Laugenvorkommen alle gesehen. Ich war einigermaßen überrascht, dass die Laugenvorkommen zugenommen haben. Aber wir hatten damals schon die ersten Hinweise, um die 80er-Jahre herum, dass das ältere Steinsalz in der Asse dermaßen mobil ist, dass der Salzstock oder die Struktur des alten Bergwerks - das liegt ja an der Südflanke mit mehreren leerstehenden Kammern - quasi von innen heraus destabilisiert wird, was dann natürlich zur Folge hat, dass das Deckgebirge auch nachgibt und näher in die Struktur nach innen reingeht, was dann wahrscheinlich zu den Laugenzutritten geführt hat.

Wir haben uns damals viel gefragt, Frau Abgeordnete: Konnten die Leute dieses absehen, als sie die Asse gekauft haben? Ich bin für mich persönlich zu der Überzeugung gekommen, dass die Leute, die die Asse - ich glaube, es war 1973 - angekauft haben für Versuche im Salinar, diese Perspektiven nicht absehen konnten. Was nicht heißen soll, dass das Problem ein niedliches ist. Dieses Bergwerk hat zu lange offengestanden.

Eine Entscheidung, die Sie aus der Erfahrung der Asse nach Gorleben übertragen, ist eben, dass Sie einen unverritzten Salzstock nehmen müssen, nämlich nicht so einen mit einem Bergwerk drinnen - man könnte sich ja vorstellen, dass man dadurch Kosten spart, wirklich in Millionenhöhe; dieses darf nicht sein -, und dass man tatsächlich den Endlagerbereich durch Erkundungsstrecken auffährt und dann für den Fall der Endlagerung gezielt neu auffährt, sodass sich dann die Hohlräume wieder schließen und man tatsächlich deutlich größere Sicherheitsreserven hat, als es bei der Asse jemals sein wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage zum Protokoll, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gerne.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig hat vorhin einmal „~~BMwf~~" verwendet, aber ich glaube, er hat das damalige BMFT gemeint - weil es heute „~~BMWF~~" [sic!] heißt; nur fürs Protokoll zur Korrektur. H BMBF H BMBF

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Ollig bekommt ja, wenn wir dann irgendwann die Vernehmung abgeschlossen haben werden, das Protokoll zum Gegenlesen, -

Zeuge Reinhold Ollig: Ich korrigiere das.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - und dann kann er im Zuge dessen, wenn er das denn anders gemeint haben sollte, auch tatsächlich Korrekturen anbringen, wie wir das jedes Mal so machen.

Zeuge Reinhold Ollig: Mache ich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte in Bezug auf die Asse anmerken: Natürlich gibt es Zusammenhänge bezüglich des Endlagermediums, bezüglich der Struktur eines Bergwerks, auch bezüglich eines Zeugen, den wir noch hören werden; aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir unseren Untersuchungsgegenstand in Gorleben vorwiegend sehen wollen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber ich habe doch streng auf den Zusammenhang mit Gorleben geachtet!)

- Liebe Frau Steiner, ich habe Sie ja auch reden lassen, wie Sie gemerkt haben. Ich wollte nur vorsorglich noch mal darauf hinweisen.

So, wir sind jetzt am Ende einer weiteren Berliner Runde, und ich schaue noch mal in die Runde. Gibt es bei der Union noch weitere Fragen? - Nein. Bei der SPD? - Nein. Bei der FDP? - Nein. Bei den Linken? - Auch nicht. Und bei den Grünen? - Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, die zweite KEWA-Studie. Die erste KEWA-Studie war ja die 1224, also KWA 1224. Ist die die zweite KWA 1225?

Zeuge Reinhold Ollig: Diese Details -- Erst mal liegen sie vor meiner Zeit, und das ist jetzt wirklich - die Bearbeitung war 81 - 30 Jahre her.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: An die Nummer, die da oben rechts stand, kann ich mich wirklich nicht erinnern. Ich bitte, mir das nachzusehen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich habe ja hier jetzt nur eine Kopie. Das sieht so aus, nicht graugrün, sondern --

Zeuge Reinhold Ollig: Die Kopierer machen das alles schön in Weiß. Wenn Sie das Original --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber so sieht das aus?

[mal sehen? **Zeuge Reinhold Ollig:** Ja, kann ich -[Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, da steht ein Titel drauf, nicht?

[mal sehen? **Zeuge Reinhold Ollig:** Ja, kann ich -[

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Titel können Sie lesen?

Zeuge Reinhold Ollig: Nein.

(Heiterkeit)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann lese ich Ihnen den vor.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann lesen, aber ich kann es von hier aus nicht sehen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, scharfe Ohren, scharfe Augen. Wir trauen Ihnen alles zu. Also:

Untersuchung eines Standortes zur Errichtung einer Anlage für die Entsorgung von Kernkraftwerken, Teiluntersuchungen zu zwei Alternativstandorten (KWA 1225)

Ich bin deswegen so interessiert daran, weil wir hatten jetzt bisher niemanden, der uns diese Studie unter die Nase halten konnte. Wir haben nur das gefunden. Ansonsten ist dem Untersuchungsausschuss das, was auch immer die zweite KEWA-Studie sein soll, nicht zugänglich.

Könnten Sie mir sagen, was in dieser Studie drinstand?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich habe diese Studie verarbeitet mit dem Material, was ich dort sonst bei uns in der Registratur gefunden habe, mit der ersten KEWA-Studie in diesem Bericht - es sind mehrere Seiten -, den ich für die Informationsveranstaltung in Gorleben gemacht habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das dann, als Sie das verarbeitet haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich muss mal gucken.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Hier, da ist es doch. Das hat mir der Abgeordnete gegeben, am 13.04.1981, Aktenzeichen 315-5556-17-3/81 I.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie die zweite KEWA-Studie verarbeitet?

Zeuge Reinhold Ollig: Nicht bearbeitet. Ich habe die aus den Unterlagen, ich habe die aus der Registratur rausgeholt, um mir ein Bild zu verschaffen: Wie ist denn die Historie? Ich musste die nicht bearbeiten. Die war abgeschlossen. Ich musste mir nur ansehen: Welche Salzstöcke sind damals in die Betrachtung für das nukleare Entsorgungszentrum eingegangen? Auch in anderen Bundesländern hat man Untersuchungen gemacht: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Ich habe das alles nach bestem Wissen und Gewissen ausgewertet aus diesen Unterlagen, und daraus ist dann ein Bericht geworden von vier -- oder eine Sachdarstellung von sechs Seiten, fünfeinhalb Seiten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir diesen Bericht haben, oder wer hat den?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja, ich habe nichts dagegen. Wenn Sie das kopieren können, herzlich gerne. Der Abgeordnete der CDU hat mir das Werk gegeben. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie das auch haben; denn ich glaube nicht, dass die CDU-Fraktion andere Papiere hat als Sie.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Die Fundstelle steht drauf! Die MAT-Nummer habe ich genannt!)

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das ist das, was mir zugeleitet wurde.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde da gerne mal einen Blick reinwerfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich höre gerade aus der CDU/CSU-Fraktion, dass die CDU/CSU-Fraktion heute Morgen diese Unterlage dem Zeugen vorgelegt hat.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, in der Sitzung!)

- In der Sitzung, genau. - Von daher ist das eine Unterlage, die allen zur Verfügung steht, und die MAT steht drauf.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die MAT steht drauf, ja!)

Dann könnten Sie doch - -

(Ute Vogt (SPD): Vielleicht können Sie ja die MAT noch mal sagen!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können wir es jetzt trotzdem einfach mal haben. Wir hatten das auch umgekehrt schon. Herr Grindel wollte auch mal was kopiert haben, was wir hatten, und die andere Fraktion hatte es noch nicht. Das ist ja mal spannend, wenn man mal einen Hinweis auf diese zweite KEWA-Studie hat, ja?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber wir haben die MAT-Nummer. Wollen Sie das jetzt lesen? Brauchen Sie das jetzt für die Befragung des Zeugen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ihn dazu fragen, natürlich. Ich würde da gerne reingucken, ja.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, Frau Abgeordnete, da ich das Ding in mehrfacher Ausführung in meinen Unterlagen haben und wenn die CDU/CSU einverstanden ist, dass - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, wunderbar.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Das ist ja jedem zugänglich! Sie müssten es ja haben!)

Sie bekommen es jetzt.

(Zurufe)

- Ja, Sie bekommen es ja schon. Sie kriegen es ja schon. Da, da, da, da, da!

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Schmeißen Sie den Kopierer an!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will trotzdem noch mal, da ich das jetzt so schnell nicht lesen kann, zu dieser KWA 1225 etwas fragen. Das ist ein Zwischenbericht, der die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.1976 behandelt, also das ganze Jahr 76, und im Oktober 1977 aber erstaunlicherweise erst erschienen ist, also ein Jahr später. Und da ist als Einziges - - Das ist also wohlgemerkt nach der Standortbenennung Gorleben durch die niedersächsische Regierung, und da geht es äußerst ausführlich um die Standorte Lichtenhorst und Wahn. Und dann gibt es zwei Abschnitte, da heißt es:

> Da seit der Standortermittlung im Jahre 1974 einige Auswahlkriterien hinsichtlich ihrer Bedeutung inzwischen anders bewertet werden, wurde nachgeprüft, ob sich neben Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh neue Standortalternativen finden lassen.

Verstehen Sie mich noch?

Zeuge Reinhold Ollig: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Der zweite Absatz:

Diese Untersuchung wurde durchgeführt mit dem Ergebnis, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden. Dieser Standort war bei der Untersuchung im Jahre 1974 ausgeschieden, weil er nach den damals zugänglichen Planungsunterlagen in einer Erholungs- bzw. Ferienzone lag.

Was mich jetzt unglaublich irritiert, ist, dass das nach der Standortbenennung Gorleben herauskommt, sich ausführlichst über viele, viele Seiten mit Lichtenhorst und Wahn befasst, in allen Einzelheiten, und dass zu Gorleben, diesem ausgewählten Standort, der angeblich aufgrund neuer Kriterien jetzt besser abschneidet, sich nichts weiter findet als diese paar lapidaren Sätze, die nichts über die Eignung von Gorleben aussagen. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, zunächst einmal haben sich ja die Kriterien geändert. Ich sagte Ihnen eben bereits, dass grenznahe Standorte wegen der dort noch im Ansatz befindlichen Wiederaufarbeitungsanlage ausgeschieden sind. - Punkt 1. Insofern haben sich die Kriterien zu dieser Studie geändert.

Punkt 2 ist, dass das Land Niedersachsen diese [illegible] Insofern finden Sie auch nichts über Gorleben in diesen Studien, weil es eben der grenznahe Standort ist. Die niedersächsische Landesregierung - das habe ich eben bereits ausgeführt - müssen Sie fragen, welche Kriterien sie zugrunde gelegt hat, um den Standort Gorleben zu benennen.

H Auswahl traf.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angeblich die zweite KEWA-Studie.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann es mir nicht vorstellen; denn in der zweiten KEWA-Studie ist Gorleben meines Wissens nach gar nicht mehr erwähnt. Ich kann Ihnen aber ganz kurz sagen, was ich dazu geschrieben habe: 1974 - 73/74 - wurde mit der Auswahl von Standortbereichen für Anlagen zur nuklearen Entsorgung im Auftrag des Bundes begonnen. Dabei sollten Gesichtspunkte einer Wiederaufarbeitungsanlage als auch die Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle am gleichen Standort berücksichtigt werden. Insofern war das Vorhandensein eines Salzstocks ein entscheidender Faktor.

Es wurden dann im Rahmen einer Untersuchung nach einer Vorauswahl 26 Standorte in der gesamten Bundesrepublik ausgewertet. - Das kennen Sie alles.

In einem strengeren Verfahren wurde dann auf 16 reduziert. Zwei weitere Standorte schieden dann zusätzlich aus. An sechs der verbliebenen acht Standorte wurden im Hinblick auf die Endlagerung radioaktiver Abfälle ...

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, das kennen wir.

Zeuge Reinhold Ollig: Das ist aber das, was der Abgeordnete mir gegeben hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kotting-Uhl, ich müsste jetzt schlimmstenfalls nur noch der Form halber mal eben gucken, weil Ihre Redezeit wieder abgelaufen ist.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe das jetzt laufen lassen; alles in Ordnung. Aber ich muss jetzt trotzdem der guten Ordnung halber noch mal in die Runde gucken, ob noch bei einer anderen Fraktion Fragebedarf besteht. - Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich Ihnen jetzt noch mal das Fragerecht. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben jetzt im Schnelldurchgang diese Unterlage hier durchgeschaut. Da wird kein Bezug genommen auf eine zweite KEWA-Studie, sondern nur auf die KEWA-Studie 1.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich weiß nicht, warum ich das nicht erwähnt habe, die zweite KEWA-Studie. Es ist eine Zusammenfassung der Unterlagen, die ich habe, und ich bin sicher, ich habe die zweite KEWA-Studie auch ausgewertet. Ich muss sie nicht nennen da drin. Ich habe auch den Bezug -f.

Für Eitan nicht zuständig

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Ich will Ihnen mal -- Ich meine, wir sind ja zum ersten Mal mit dem

Begriff „zweite KEWA-Studie" konfrontiert worden durch die Studie von Herrn Tiggemann. Da wurde - ich kann jetzt mal für meine Fraktion sprechen - erstmals überhaupt der Begriff geprägt. Seitdem suchen wir das. Alles, was wir finden konnten, war diese KWA 1225, die aber, sage ich mal, so aussieht, als hätte man in einen Zwischenbericht nachträglich - denn das ist ja vom Oktober 77, obwohl es das Jahr 76 behandelt - nach der Standortbenennung Gorleben durch Ministerpräsident Albrecht noch mal eingefügt, dass das seine Berechtigung hat, dieser Standort. So liest sich das, wenn man es liest. Sonst müsste ja irgendetwas qualitativ Aussagekräftiges zu diesem neu gewählten Standort Gorleben drinstehen, und nicht nur zu Luttenhorst [sic!] und Wahn sehr ausführlich.

Jetzt finden wir hier in Ihrem Bericht auch nichts in Bezug auf die zweite KEWA-Studie. Ich bin nach wie vor absolut nicht davon überzeugt, dass es eine zweite KEWA-Studie gibt, weil es irgendwo einen Hinweis darauf geben müsste in all diesen Akten, und irgendjemand müsste auch mal darauf stoßen und müsste uns das vorlegen könne. Gibt es bisher nicht.

Wenn Sie sagen, Ihnen ist das ein Begriff, oder Sie haben das gesehen, können Sie uns denn irgendwelche Hinweise geben, wo man das finden kann, in welchem Ministerium das abgelegt wurde, in welchem Zeitraum das erstellt wurde, so etwas? Wenn es existiert, muss es auffindbar.

Zeuge Reinhold Ollig: Ich gebe Ihnen im Prinzip recht. Eventuell findet sich dieses im Zentralarchiv der Bundesregierung, wo alle Akten gelagert sind. Das ist in Koblenz. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das dort vorhanden ist.

Ich kann mich, wie gesagt, daran erinnern, dass ich mehrere Studien gesehen habe und daraus ebendiese Auswahl getroffen habe, die Geschichte versucht habe aufzuzeigen. Da alles - sowohl erste als auch zweite KEWA-Studie - vor dem Gorleben-Hearing war, kann eigentlich in der zweiten KEWA-Studie, wenn sie denn vor dem Gorleben-Hearing war, natürlich nicht auf den Salzstock Gorleben eingegangen werden, weil es weiterhin das Thema war, eine nukleare Entsorgungsanlage, ein Entsorgungszentrum zu gründen.

Solange dieses Zentrum im Mittelpunkt stand, werden Sie den Salzstock Gorleben natürlich nicht finden. Dieses ist erstmals wieder von Herrn Albrecht genannt worden nach dem Gorleben-Hearing. Ich glaube auch, von den Kollegen mich erinnern zu können, dass dort im Verfahren selber auch der Standort Gorleben gar keine Rolle gespielt hat. Das wurde aus dem Hut gezaubert von Herrn Albrecht. Ich würde Sie nur herzlich bitten, das die Kollegen zu fragen. Die müssten ja vielleicht auch so eine historische Aufarbeitung haben, wie es zu der Benennung von Gorleben gekommen ist, welche Ratgeber Herrn Albrecht dieses nahegelegt haben. Ich kann darüber nur spekulieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ollig, unser Eindruck ist auch, dass das aus dem Hut gezaubert wurde. Das versuchen wir ja auch dann demnächst mit weiteren Zeugen zu ergründen, was da vielleicht dann doch noch an fachlichen Kriterien neben dem Aus-dem-Hut-Zaubern dabei war.

Ich will Ihnen gerne noch eine letzte Frage stellen, nachdem ich dieses Papier jetzt in der Hand habe vom 27.04.1981: Das schließt mit einem größeren Abschnitt, der überschrieben ist „Sprachregelung", -

Zeuge Reinhold Ollig: Genau.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und schließt dann:

> Die vorliegenden Einzelergebnisse des breit angelegten Gesamtprogrammes am Standort Gorleben sprechen für die Fortführung der Untersuchungen. Unter Berücksichtigung des personellen und materiellen Aufwandes im Hinblick auf die abschließende Entscheidung über die Eignung von Gorleben ist es deshalb nicht angezeigt, jetzt schon weitere Salzstöcke zu erkunden.

Für wen war das die Sprachregelung?

Zeuge Reinhold Ollig: Also, das war im Grunde genommen für die Bundesseite, weil Sie keine sechs Seiten den Leuten vortragen können. Sie müssen sich zu irgendeiner Sprachregelung durchringen. Ich glaube, diese Sprachregelung ist so offen und auch beschreibend, dass im Grunde genommen jeder das verstehen kann, wie es dazu gekommen ist. Ob wir uns dann immer mit dieser Entscheidung identifizieren, werden Sie

auch gelesen haben; denn ich habe an irgendeiner Stelle geschrieben:

> Die Bundesregierung hat dieser Vorauswahl unter Zurückstellung politischer Vorbehalte zugestimmt, da Gorleben aufgrund fachlicher Gesichtspunkte nicht ausgeschlossen werden konnte.

Das habe ich heute Morgen gemeint, dass man in Bonn ganz schön geknirscht hat, als Herr Albrecht diese Standorterkundung, diesen Salzstock freigegeben hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie waren der Verfasser der Sprachregelung?

Zeuge Reinhold Ollig: Da steht mein Name drunter.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie hätten noch Redezeit, nicht? Aber Sie sind fertig mit Ihrer Befragung? - Wunderbar. Gibt es noch weitere? - Aus der Unionsfraktion jetzt noch ein Wunsch.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es ist eben von Frau Kotting-Uhl der Vorwurf „aus dem Hut gezaubert" hier reingeworfen worden.

(Ute Vogt (SPD): Das war eine Formulierung des Zeugen!)

- Ja, Sie hat es aber auch gesagt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankbar aufgegriffen!)

- Sie haben es dankbar aufgegriffen; das ist richtig. Ich kann noch gut hören, Frau Kotting-Uhl: „aus dem Hut gezaubert".

Ich möchte nur mal zitieren aus dem Protokoll der 16. Sitzung vom 30.09.2010 dieses Untersuchungsausschusses, Vernehmung des Zeugen Dr. Anselm Tiggemann. Dort steht auf Seite 47:

> Ganz kurz möchte ich die einzelnen Schritte skizzieren, wie sich der Ablauf der Standortentscheidung aus den Akten ergibt.
>
> Erster Schritt. Die Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft, die KEWA, wählt 1974 die Standorte Börger, Faßberg, Ahlden mit den Salzstöcken Wahn, Weesen-Lutterloh und Lichtenhorst aus.
>
> Zweiter Schritt. Das Wirtschaftsministerium Niedersachsen teilt Ende 1975/Anfang 1976, ohne eine Bewertung vorzunehmen, weitere alternative Standortmöglichkeiten der KEWA mit. Hierunter befindet sich eben auch Gorleben als Vorschlag.

So, und jetzt geht es los:

> Dritter Schritt. Die KEWA untersucht diese Möglichkeiten im Laufe des Jahres 1976. Bei acht dieser Standortmöglichkeiten wird eine detaillierte Nachbewertung in der zweiten Hälfte 1976 erarbeitet. Das Ergebnis dieser Nachbewertung ist: Gorleben ist der am besten geeignete Standort. Er erhält in dieser Studie die beste Platzkennziffer. - Das ist eigentlich der zentrale Aktenfund. Diese KEWA-Bewertung war auch nicht als ein Stück in den Akten, sondern war verstreut. Diese Fragmente sind eben zusammenzusetzen.

Das ist diese Nachbewertung, von der wir gesprochen haben.

Also, es gibt diese Nachbewertung, und die Frage ist dabei, ob Sie die kennen. Das hatte ich Sie vorhin schon gefragt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt eine Frage an mich?)

Zeuge Reinhold Ollig: ~~Dieser Sachverhalt, dass die Industrie ...~~ Die KEWA ist ja eine Tochter der EVUs gewesen. Diese war mir so nicht bekannt. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass Gorleben - Die Industrie muss natürlich auch nicht alles dem Bund mitteilen; das muss man auch mal sehen. Die können also durchaus ihre Geheimnisse haben. Vielleicht ist so der Standort Gorleben in die Diskussion gekommen. Ich kann das nur mutmaßen. In dem Fall sind die Kollegen aus der niedersächsischen Landesregierung gefragt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das, was Herr Tiggemann in seiner Aussage formuliert hat, lässt sich ja auch in den Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, nachvollziehen. Unter MAT A 102, Band 7 und dort Ziffer 100

ist die Zusammenfassung der KEWA-Nachbetrachtung von 1976. Da darf ich mal zitieren. Da heißt es nämlich am Ende in der Zusammenfassung auf der zweiten Seite - das ist Ziffer 101 -:

> Die Standortreihenfolge der acht untersuchten Standorte lautet:
> Gorleben
> Börger
> Ostervesede
> Rhaude
> Bunde
> Wettenbostel
> Odisheim
> Zwischenahn
>
> Zum Vergleich sind außerdem die Standorte „Wahn", „Lichtenhorst" und „Lutterloh" mitbewertet worden, wobei sich bestätigt hat, daß diese Standorte hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Eignung sehr günstig sind.
>
> Sie werden nur vom Standort Gorleben übertroffen, der jedoch durch seine Lage in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze sehr bedenklich erscheint.

Wollen Sie sich dazu noch kurz äußern?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich sage es noch mal: „Bedenklich" leitet sich ab aus der kerntechnischen Anlage, die obertägig steht. Von der Form des Salzstockes her kann ich den Leuten nur recht geben. Von daher muss man diesen Salzstock einfach wegen der großen Volumina in die engere Wahl ziehen; das ist völlig klar. Aber es ist immer so, dass Sie niemals um eine Eignungsuntersuchung des Salzstockes umhinkommen. Sie müssen Tiefbohrungen machen, Sie müssen Erkundungsprogramme durchführen. Erst dann können Sie sehen, ob das ein geeigneter Standort ist.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Deckt sich das mit dem, was Sie in Ihrem jetzt schon des Öfteren angesprochenen Schreiben vom 27.04.1981 - dort in der Anlage 1: „Hintergrundinformation zur Auswahl von Salzstöcken zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland" - geschrieben haben? Da heißt es ja auf der Seite 3:

> Im Jahr 1976 wurden die Untersuchungen an den 3 Standorten fortgesetzt.

Usw., usw. Dann heißt es ja in der Fußnote: „lt. KEWA-Bericht 1974 war für einen Standort u. a. gefordert", und da war dann unter anderem auch: „wenig Milchwirtschaft im Nahbereich" usw. Das heißt, dass Sie an dieser Stelle Bezug nehmen auf das, was ja in der KEWA-Nachbetrachtung bereits angelegt war?

Zeuge Reinhold Ollig: Richtig. Ich habe allerdings keine Informationen darüber - jedenfalls erinnere ich mich nicht daran -, dass der Standort Gorleben im Ranking bei der KEWA-Studie dann an die erste Stelle gerückt ist. Daran kann ich mich nicht entsinnen. Ich kann mir nur vorstellen, dass das eine industrieinterne Bewertung war, die - es ging ja in erster Linie um die Industrieanlage - uns nicht bekannt war.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Auf dieser entsprechenden Seite schreiben Sie:

> Die 1976 durchgeführten Untersuchungen beinhalteten u. a. eine Überprüfung der Vorgaben und der Eingabedaten ... für das Standortermittlungsverfahren von 1974. Diese ergab, daß die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und daß sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden.

Das heißt, Sie haben auch in Ihrem Vermerk selber das Ergebnis dieser Nachbetrachtung noch mal explizit aufgenommen, wenn ich das so jedenfalls jetzt richtig auslege.

Zeuge Reinhold Ollig: Sie haben völlig recht. Sie haben den Vermerk aufmerksamer gelesen als der Autor; aber bei dem Autor ist das etwas länger her. Ich bitte um Entschuldigung.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann haben wir keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen bei der Union. Bei der SPD? - Immer noch keine weiteren Fragen. FDP? - Linke? - Die Grünen? - Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt ist es ja wieder richtig spannend.

Herr Paul hat sich eben rein auf die KEWA-1-Studie bezogen. Das sind alles genau die Kriterien und die Aussagen.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nein, nein!)

- Aber sicher. Das ist die KEWA 1, was Sie da benannt haben.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Er hat sich auf die KEWA 2 bezogen!)

Ich würde Sie, Herr Ollig, gerne fragen: Als Ihnen vorhin dieses - - Sie haben die MAT-Nummer jetzt wieder. Also, als Ihnen das rübergereicht wurde und dazu gefragt wurde an Sie mit dem Beiklang oder der Interpretation, dass da die KEWA-Studie 2 ausgewertet worden sei, und man aber, wenn man Ihr Papier durchliest, den Begriff „KEWA 2" aber gar nicht findet, wie finden Sie denn so etwas?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich muss Sie korrigieren, dass der Hinweis auf die KEWA-Studie 2 der hier explizit nicht genannt ist. - Dass die Überprüfung des Verfahrens „ergab, dass die ursprünglich ausgewählten Standorte nach wie vor als sehr günstig anzusehen sind und dass sie lediglich vom Standort Gorleben übertroffen werden", das ist die Aussage der KEWA-2-Studie, die ich hier, ich denke mal, übernommen habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Aussage in der KWA 1225 von 77. Das ist wörtlich der Satz, der in der KWA 1225 steht, und das ist ja nur eine Aussage, dass das so sei, aber es ist keinerlei Beleg, dass es so ist. Es werden keine Kriterien genannt und nichts. Es ist nur die Aussage, es sei so, und das haben wir ja in der KWA 1225. Etwas anderes ist in den Akten bisher auch nicht auffindbar.

Zeuge Reinhold Ollig: Also, ich kann nur sagen, wie die Historie war. Ich bin nicht verantwortlich für das, was die KEWA schreibt. Das müssen Sie die Herrschaften fragen. Ich kann nur das wiedergeben in diesem Vermerk, was in den Akten steht, und das habe ich nach bestem Wissen und Gewissen getan und habe das dann auch kundgetan. Da gab es für mich nichts zu verheimlichen, weil die ganze Historie mit nuklearem Entsorgungszentrum sowieso sich erledigt hatte nach dem Gorleben-Hearing.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube Ihnen das sofort, dass Sie das korrekt gemacht haben. Ich wollte nichts, gar nichts in irgendeiner Hinsicht unterstellen. Aber können Sie ausschließen, dass das, was Ihnen zur Verfügung stand, tatsächlich das ist, was ich auch vorhin hochgehalten habe, nämlich die KWA 1225, in der genau wörtlich dieser Satz ist, den Sie eben vorgelesen haben?

Zeuge Reinhold Ollig: Ich kann es nicht ausschließen. Wie gesagt, an ein Deckblatt - - Das ist sehr schwierig, sich daran zu erinnern. Ich weiß, dass bei uns im Umgangston im Referat von KEWA 1 und KEWA 2 gesprochen wurde.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre ja naheliegend, wenn es eine KWA 1224 gibt und dann eine KWA 1225, dass das 1 und 2 ist, und nachdem Sie nun genau den Satz zitiert haben, der auch in dieser KWA 1225 steht, finde ich die Vermutung sehr naheliegend, dass diese KEWA 2 genau dieses KWA 1225 ist. Da stimmen Sie mir zu?

Zeuge Reinhold Ollig: Würde ich. Sehr naheliegend.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Fragen? Es ist folgendermaßen: Wir haben in zehn Minuten namentliche Abstimmung. Ich fände, es wäre eine tolle Sache, wenn wir jetzt diese Befragung abschließen könnten und danach mit der Befragung des Zeugen Professor Naß beginnen würden. Selbstverständlich werde ich hier niemanden um sein Recht, zu fragen, bringen, aber ich weise nur auf die terminlichen Notwendigkeiten hin. - Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich brauche auch nicht lange. - Die von mir gerade zitierte MAT A 102, Band 7, Blatt 100 und 101 - ich glaube, das müssen wir hier zur Klarstellung noch mal sagen -, das ist weder Teil von KEWA 1 oder 2, also jedenfalls nicht

KWA 1224 und auch nicht KWA 1225, sondern es ist ein eigenes Dokument. Das ist die KEWA-Nachbetrachtung. Das, was ich soeben vorgelesen habe, nämlich: „Sie werden nur vom Standort Gorleben übertroffen" - und jetzt wichtig; das ist nämlich der Unterschied -, „der jedoch durch seine Lage in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze sehr bedenklich erscheint", das ist nämlich der Unterschied zu den Dokumenten, die Sie bisher eingeführt haben. Das müssen wir an dieser Stelle, glaube ich, auch klarstellen. Das ist jetzt, gebe ich zu, keine Frage an Sie, Herr Ollig. Das ist eine Klarstellung fürs Protokoll.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woraus haben Sie gerade zitiert?)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das ist MAT A 102, Band 7 und dort die Blattziffern 100 und 101.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist das?)

- Das ist die sogenannte KEWA-Nachbetrachtung von 1976.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay. Ich würde dem Ausschuss vorschlagen, dass wir uns diese Akten tatsächlich noch mal sehr gut zu Gemüte führen.

Ich frage noch mal: Gibt es weitere Fragen an Herrn Ollig? - Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich die Vernehmung formell abschließen.

Herr Ollig, erstens vielen Dank für Ihre Auskunftsbereitschaft und die lange Zeit, die Sie hier verbracht haben.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach der Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss formal festgestellt hat. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Gibt es dazu von Ihrer Seite weitere Fragen?

Zeuge Reinhold Ollig: Keine Fragen, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich noch mal sehr herzlich für Ihr Hiersein und unterbreche die Sitzung bis nach der namentlichen Abstimmung. Dann werden wir mit der Befragung des Zeugen Professor Naß fortfahren.

Zeuge Reinhold Ollig: Okay. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Unterbrechung von 16.42 bis 17.16 Uhr)

[redacted]

Nachlieferung von R. Ollig zum Protokollentwurf S. 36

„Neben der „salinaren Viererbande", die ich in einem wissenschaftlichen Bericht für nicht akzeptabel halte, hat Prof. Duphorn darüber hinaus Begriffe wie „eskalierend" für Salzaufstiegsprozesse oder auch „rekordverdächtig" gebraucht, die nicht sachlich wissenschaftsbezogen sind, sondern auf Effekt angelegte Ausdrücke darstellen.

[redacted]

Reinhold Ollig [redacted]

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 43
(Sitzungsteil Zeugenvernehmung, I: Öffentlich)
1. Juni 2011

Stenografisches Protokoll
- Vorläufige Fassung* -

der 43. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 26. Mai 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

- Auszug Seiten 83 bis 101 -

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen	1 - 101

- Herr Reinhold Ollig
  gemäß Beweisbeschluss 17-183
- Herr Prof. Dr. Klaus Otto Naß
  gemäß Beweisbeschluss 17-145

---

* Hinweis:
Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Klaus Otto Naß

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen sehr geehrter Herr Professor Naß! Ich begrüße Sie sehr herzlich nach der Unterbrechung hier in unserer öffentlichen Ausschusssitzung.

Herr Professor Naß, ich muss Ihnen nun zunächst ein paar formale Dinge sagen, die das Untersuchungsausschussgesetz vorsieht und die über den Ablauf unserer Sitzung jetzt hier Auskunft geben werden.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-145, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für Ihre heutige Vernehmung hat das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Aussagegenehmigung erteilt.

Ich muss Sie nun auch formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu bis jetzt Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann können wir nach diesen notwendigen Vorbemerkungen mit der Vernehmung zur Person beginnen.

Ich möchte Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und möchte Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwendete Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, mein Name ist Klaus Otto Naß. Ich bin Jahrgang 1931, und die Adresse ist auch noch korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Dann können wir jetzt mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keine alternativen Standorte obertägig zu untersuchen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. In dem Zusammenhang wird auch die Entscheidung der Regierung Albrecht 1977 mit überprüft, bei der der Bundesregierung der Standort Gorleben als zu untersuchender Standort für ein mögliches Endlager angeboten worden ist.

Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Anderenfalls würde ich sofort mit Fragen beginnen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich bitte, doch gleich mit den Fragen zu beginnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gerne. - Herr Professor Naß, wir haben in den Akten gefunden, dass es ein Gespräch gab zwischen Ministern der Bundesregierung und der Landesregierung Niedersachsen, und zwar am 11. November 1976. Da waren vonseiten der Bundesregierung dabei die Minister Maihofer, Friderichs und Matthöfer sowie Beamte aus dem Bundesinnenministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesforschungsministerium, und auf niedersächsischer Seite waren dabei der Ministerpräsident Albrecht, der Minister für Wirtschaft und Verkehr Herr Kiep, der Minister für Soziales Herr Schnipkoweit und der Minister des Innern Bosselmann sowie der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium Röhler, der Staatssekretär in der Staatskanzlei Mohrhoff, der Präsident des Niedersächsischen Landtages und die Vorsitzenden der drei Fraktionen des Landtages. Wir haben in den Akten gefunden, dass Sie geschrieben, aufgeschrieben haben in Vorbereitung auf das Ministergespräch - und ich zitiere jetzt -:

> Die Lage ist ... viel zu unsicher, um auch nur vorläufige Entscheidungen zu treffen. Unter diesen Umständen ist die Antizipation der Standortentscheidung politisch nicht vertretbar.

Ich muss gerade sagen, wo ich das gefunden habe, auch für das Protokoll und für die Kolleginnen und Kollegen. Das ist unter MAT A 102, Band 25, Heft 2, Paginierung 182 bis 185.

Gleichwohl aber wird in diesem Gespräch zwischen den Ministern der Bundesregierung und den Vertretern der Landesregierung und des Landtages aber Gorleben benannt oder genannt. Ich zitiere jetzt aus einem Vermerk vom 15. November 1976, den der Leiter der Abteilung RS im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Sahl, verfasst hat. Er hat darin aufgeschrieben - ich zitiere jetzt wieder -:

> Außerdem wurde in diesem Teil des Gesprächs eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert erschien.

Das findet man unter MAT A 64, Band 17, Paginierung 094224 bis 094231.

Daraus ergeben sich jetzt Fragen. Sie hatten dem Ministerpräsidenten Albrecht im Vorfeld dieses Gesprächs am 11. November aufgeschrieben und haben gesagt: Die Lage ist noch viel zu unsicher, um auch nur eine vorläufige Entscheidung zu treffen. Unter diesen Umständen ist eine Antizipation der Standortentscheidung politisch nicht vertretbar. - Auf der anderen Seite hat in diesem Gespräch, das stattgefunden hat, der Ministerpräsident aber Gorleben genannt. Können Sie mir erklären, wieso Sie 1976 von der Annahme ausgingen, dass eine solche auch nur vorläufige Entscheidung viel zu unsicher gewesen wäre?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, vielen Dank. Also, zunächst mal stelle ich fest, dass ich an der Besprechung nicht teilgenommen habe, sondern dass es sich um einen Vermerk offenbar handelt an meinen Chef Herrn Albrecht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Der lässt sich ja auch beraten, und ich habe da meine persönliche Meinung - - Mir ist das völlig neu, was Sie mir jetzt sagen; aber wenn Sie das so sagen, stimmt es natürlich. Ich nehme das mit Freude zur Kenntnis, aber kann mich daran überhaupt nicht erinnern, habe das auch offenbar nicht weiter verfolgt. Mir ist das alles neu, und ich habe es zur Kenntnis genommen, aber mehr nicht. Und es ist ja auch so: Wenn man in der Staatskanzlei ist und - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie ein bisschen mehr ins Mikrofon sprechen? Sonst haben wir akustische Probleme.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ist recht. - Wenn man da nun Leiter einer Abteilung ist, der politischen Abteilung, und der Chef kennt einen schon von Brüssel - da habe ich ja 14 Jahre vorher gearbeitet, großenteils auch bei ihm -, dann schreibt man eben, was man für richtig hält, und dann ist der Chef auch nicht verpflichtet, sich irgendwie darum zu kümmern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Wir wollten jetzt auch von Ihnen nicht wissen, warum sich der Ministerpräsident möglicherweise anders verhalten hat. Das ist eine politische Entscheidung, und die trifft der Ministerpräsident und nicht seine Beamten; das ist ganz klar. Die Frage war nur, ob Sie sich noch daran erinnern können, warum Sie gesagt haben, dass die Sache noch nicht entscheidungsreif ist.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das weiß ich nicht, aber es spricht ja für sich. Diese Bemerkung in meinem Vermerk spricht doch für sich. Ich kann mich an die näheren Umstände, auch an diesen Vermerk - Ich kann mich an nichts erinnern, nehme es aber zur Kenntnis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, bei uns war hier in der 31. Sitzung der ehemalige Minister Schnipkoweit aus Niedersachsen, und der hat uns gesagt:

> Wir haben damals nicht endgültig entschieden. ... Wir haben zwar Gorleben im Gespräch gehabt ... aber das war noch keine Entscheidung, dass man gesagt hat: „Jawohl, wir haben jetzt den Standort Gorleben festgelegt", sondern das ist erst später erfolgt.

Das hat er gesagt, ausweislich des Protokolls der 31. Sitzung, Seite 14. Ist das Ihre Wahrnehmung, oder - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das nehme ich auch nur zur Kenntnis. Das alles ist mir völlig neu. Also, es muss sich sicher so abgespielt haben; aber mir ist das jetzt neu, und ich finde es auch gar nicht erstaunlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Inwiefern waren Sie denn - wenn Sie sagen: „Ich habe das jetzt überhaupt noch nicht gehört" - in der Zuarbeit zu Ministerpräsident Albrecht mit der Entscheidungsfindung bezüglich der Benennung eines möglichen Endlagerstandortes in Niedersachsen überhaupt beteiligt? Haben Sie ihm da irgendwo zugearbeitet, haben Sie ihn da irgendwo beraten? Waren Sie in Kontakt zu anderen Beamten aus seiner Regierung, die ihn da entsprechend natürlich vorbereitet haben müssen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, die politischen Entscheidungen entscheidet kein Staatssekretär. Was ich da zur Vorbereitung getan habe, weiß ich wirklich nicht mehr. Ich weiß nur, dass ich in dieser Zeit über den normalen Betrieb eines Abteilungsleiters hinaus in der deutsch-deutschen Grenzkommission war. Daran erinnere ich mich erheblich stärker, weil ich da selbst eine Funktion hatte in der Grenzkommission, wo jedes Bundesland, das eine Grenze zur DDR hatte, vertreten war, diese Elbfrage zu vertreten, in der Richtung, wie es die Landesregierung meinte. Aber so eine Funktion hatte ich in Bezug auf Gorleben nicht. Dann würde ich mich daran sicher erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist für uns jetzt deshalb etwas schwierig, weil wir aus den Akten eben Hinweise darauf haben, dass Sie sich - ich gebe zu, vor 30 oder 35 Jahren - mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben; denn nach diesem Gespräch der niedersächsischen Minister und der Bundesminister am 11. November 1976 haben Sie aufgeschrieben - ich zitiere -:

> Das Ergebnis Ihrer Besprechung ... hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort - unter der Voraussetzung: Sicherheit - zur Verfügung zu stellen.

Das findet man unter MAT A 102, Band 25, Teil 2, Paginierung 203 folgende. Das ist ein Schreiben von Ihnen an den Ministerpräsidenten Dr. Albrecht vom 11. November 1976, und da bin ich jetzt natürlich neugierig, Sie zu fragen: Warum war das denn für Sie überraschend?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also es ist ja so: Die politischen Entscheidungen hat Herr Albrecht selber getroffen, und es war auch nicht so, dass man ihn da nun ständig beraten konnte; man erfuhr auch teilweise das alles erst später. Wenn eine Sitzung anstand, habe ich offenbar dann einen vorbereitenden Vermerk gemacht, ihm vorgelegt, und oft habe ich noch gar nicht erfahren, was das Ergebnis der Sitzung war. Das muss man sich nicht so vorstellen, dass systematisch alles von Beamten vorbereitet wurde. Sie sehen ja auch, dass offenbar an der Sitzung ich nicht teilgenommen habe. Hätte ja

sein können, dass im Interesse der guten Weiterarbeit, wenn das gewünscht gewesen wäre, an der Sitzung ein Beamter teilgenommen hätte. Offenbar ja nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist klar, dass die Entscheidung immer bei der Politik liegt; keine Frage. Und dass Sie an der Besprechung nicht teilgenommen haben, das geht auch aus den Akten hervor. Das ist auch überhaupt keine Frage. Nur der Punkt ist eben tatsächlich, dass wir ein Schreiben von Ihnen an den Ministerpräsidenten finden können, und darin sagen Sie eben, schreiben Sie an den Ministerpräsidenten:

> Das Ergebnis Ihrer Besprechung

- also Herr Ministerpräsident, Ihrer Besprechung -

> mit den Vertretern der Bundesregierung hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort - unter der Voraussetzung: Sicherheit - zur Verfügung zu stellen.

Das ist ein offenes Wort an den Ministerpräsidenten, zu sagen: Ihre Entscheidung, jawohl! Aber wir sind überrascht. - Können Sie sich überhaupt noch daran erinnern, dass Sie ein solches Schreiben verfasst haben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das kann ich nicht. Ich kann mich aber daran erinnern, dass ich das bestimmt nicht so geschrieben hätte, wenn ich gewusst hätte, dass es hinterher vor 20 Leuten ausgebreitet würde. Man berät seinen Chef in der Annahme, dass das willkommen ist, und Widerspruch ist sogar teilweise nicht willkommen, und trotzdem habe ich mich immer verpflichtet gefühlt, auch unabhängig davon, ob es willkommen ist oder nicht, meinen Chef zu unterrichten. Ich glaube, das hat er auch so verstanden. Aber mehr ist dazu auch nicht zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Herr Professor Naß, es geht ja nicht darum, jetzt jemanden schlechtzumachen, -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, ~~ich~~ auch nicht.

mir

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - also weder Sie noch den Ministerpräsidenten, sondern es geht darum, dass ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss einen Vorgang, der jetzt schon 35 Jahre in der Ferne liegt, versucht, zu verstehen, was denn da passiert ist. Wenn dann ein hoher Beamter an den Ministerpräsidenten schreibt: „Ich bin verwundert", dann ist das meine Frage, um das zu verstehen. Ich freue mich immer, wenn meine Mitarbeiter sozusagen nicht zu allem Ja und Amen sagen, was ich sage, sondern meine Arbeit auch konstruktiv-kritisch begleiten. So habe ich das auch verstanden. Deshalb auch die Frage an Sie: Würde es vielleicht helfen, wenn Sie mal so ein Dokument sehen würden oder anfassen würden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich glaube nicht. Das kann ich gerne machen, aber ich glaube Ihnen das ja alles.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Aber es ist - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, dann würden wir Ihnen vielleicht mal dieses Dokument zeigen, damit Sie es mal in die Hand nehmen. Vielleicht würden Sie das dann - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, bitte sehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es wird so sein, dass die Kolleginnen und Kollegen sicherlich auch diesbezüglich noch Fragen an Sie haben. Vielleicht hat das dann Sinn, dass Sie sich doch erinnern können; sonst müssen wir gucken, wie wir weiter verfahren.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Bitte schön, Sie dürfen das behalten, erst mal reingucken, es an Ihrem Platz lassen. Machen Sie bitte das Mikrofon an, wenn Sie mit mir sprechen, weil ich Sie sonst nicht verstehen kann.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, es ist ja sehr nett, dass ich hier aus meinem Leben einige Unterlagen bekomme.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie können sich aber an den Sachverhalt nicht erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nun wirklich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay. Ich muss Sie das fragen, Herr Professor Naß, weil - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, ich kann mich nur daran erinnern, dass das nichts Ungewöhnliches ist, dass ich die weitere Verfolgung dessen, was ich unaufgefordert ja offenbar nun meinem Chef geschrieben habe in einer Situation, wo er ja auch noch nicht so lange im Amt war - - Ich will es mal so ausdrücken. Da hat dieser Hinweis, den ich da geschrieben habe, ihm seine eigene Situation auch etwas deutlicher gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr in Ordnung. Meine Frage war jetzt auch nur dahin gehend gar nicht, wie Sie jetzt darauf kommen, dem Ministerpräsidenten so etwas zu schreiben, sondern: Warum waren Sie denn überrascht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das weiß ich nicht. Das weiß ich nicht, weder ob und warum. Weiß ich nicht.

Außerdem möchte ich doch darum bitten: Das ist kein Schreiben, sondern das ist ein Vermerk: Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Staatssekretär. Das ist also rein formal. Das ist kein Schreiben, kein freundlicher Brief, sondern das ist eine amtliche Stellungnahme eines Untergebenen seinem Chef gegenüber.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Sonst hätte sich das auch so nicht in den Akten wiedergefunden. Das ist ja ein Teil des Vorgangs, und von daher eben die Frage, sofern Sie sich daran erinnern können, was denn diese Überraschung ausgelöst hat. Aber das habe ich schon zweimal oder dreimal gefragt, und Sie sagten, dass Sie das jetzt nicht mehr nachvollziehen könnten.

Vielleicht kann es ja sein, dass - - Nein, andersherum. Sie kritisieren in Äußerungen, die Sie gemacht haben im Umfeld dieses Gesprächs mit der Bundesregierung zudem, dass die Bundesregierung einen gewissen Zeitdruck aufgebaut habe. Jedenfalls kann ich lesen in diesem Papier - ich zitiere -:

> Zeitdruck deutet darauf hin, dass nicht rechtzeitig vorbereitet. Entscheidungen für die Ewigkeit (einige Jahrtausende) nicht unter Zeitdruck treffen.

Das ist Ihre Angabe in diesem handschriftlichen Vermerk, den wir Ihnen eben gegeben haben, also aus MAT A 102. Können Sie dazu etwas sagen? Hatten Sie den Eindruck, dass da ein besonderer Zeitdruck herrschte?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, offenbar, aber ich ~~kann das nur - - Ich~~ nehme dies erstmalig seit einigen Jahrzehnten zur Kenntnis, freue mich, dass ich das habe, kann aber die weitere - - Es fand keine - wenn ich das mal sagen darf - automatische Rückinformation statt, wie so eine Besprechung verlaufen ist. Ich bitte auch, bei der Beurteilung dieser ganzen Sache zu berücksichtigen, wie die politische Situation damals in Niedersachsen und auch im Bund war, wie die Konstellationen da waren. Insofern habe ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, wir würden einfach nur gerne Erhellendes und Hintergrundwissen wissen zu dem, was Sie aufgeschrieben haben. Das ist ja jetzt Grund unserer Frage.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich lerne ja hier. Ich lerne über mich selbst was hier und freue mich darüber.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, das ist ja auch immer ganz hübsch, wenn man was über sich selber lernt.

Herr Professor Naß, ich muss jetzt sagen: Wir müssen leider als Abgeordnete jetzt noch mal ins Plenum gehen, weil wir eine weitere namentliche Abstimmung haben. - Zehn Minuten haben wir noch Zeit. Wann? - Ja, dann haben wir ungefähr noch zehn Minuten Zeit. Dann würde ich sagen, ich befrage Sie noch eine Weile. Dann würde ich die Sitzung unterbrechen. Vielleicht würden wir uns dann kurz zu einer Beratungssitzung treffen, fünf Minuten, zehn Minuten? - Gut. Und dann würden wir mit Ihrer Befragung fortfahren.

Wissen Sie, ob Sie - - Vielleicht haben Sie sich ja doch in der Umgebung von Ministerpräsident Albrecht - - Letztendlich wussten

Sie ja, dass er sich mit dieser Entscheidung irgendwie beschäftigt hat. Jedenfalls haben Sie das ausweislich dieses Dokuments damals getan. Haben Sie selber irgendwo noch eine Vorstellung davon gehabt, wie das denn damals war? Sie haben eben auf die politische Konstellation hingewiesen in der Landesregierung. Die war erst sehr, sehr kurz im Amt, ist durch ein Misstrauensvotum letztendlich an die Regierung gekommen. Wie war das denn bezüglich der Frage Endlagerung? Wie war das denn in Bezug auf die Frage Energieversorgung? Wissen Sie: War das damals eine Thematik, die politisch breit diskutiert worden ist? Wieso ist jetzt Ministerpräsident Albrecht als eine der ersten politischen Entscheidungen, die er zu treffen hatte in seinem neuen Amt, unmittelbar damit konfrontiert worden? Drei Bundesminister waren plötzlich da. Wissen Sie das noch einfach aus Ihrer Erinnerung, wie so etwas war? Das ist ja durchaus ungewöhnlich, dass plötzlich drei Bundesminister in Hannover auftauchen. Also, das habe ich noch nie erlebt. Ich wohne in Hannover. Das habe ich noch nie erlebt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich kann dazu wirklich nichts anderes sagen als nochmals darauf hinzuweisen, dass die politische Situation in Niedersachsen so war, wie Sie es geschildert haben, und die Konstellationen gegenüber der Bundesregierung müssten Sie sich dann selber aus der damaligen Geschichte ableiten. Ich möchte hier keine Parteipolitik machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, aber wir fragen Sie auch nicht parteipolitisch. Man kann ja sagen, auch wenn man die derzeitige energiepolitische Debatte betrachtet, ohne dass man da Parteipolitik macht, dass das im Moment ein zentrales Thema ist. Wissen Sie, dass Energiepolitik damals ein zentrales Thema war, dass das eine Frage war, die breit diskutiert worden ist?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen. Mag ja sein, aber das - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wissen Sie noch, was denn die zentralen Fragen der Landesregierung damals waren? Womit hat sich die Landesregierung denn damals in den ersten Tagen und Wochen ihrer Regierungszeit eigentlich beschäftigt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, sich ins Amt einzufinden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Das ist sicherlich auch schwierig für ein Minderheitenkabinett oder eine Minderheitenregierung. Wissen Sie denn noch ein paar inhaltliche Punkte?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also unabhängig von Gorleben?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, einfach so mal.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, Industriepolitik will ich es nicht nennen. Neuansiedlungen, die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken, das war es sicher. Das Wirtschaftsministerium war sicherlich das wichtigste, politisch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben solche Argumente auch in Bezug auf den Standort Gorleben schon gehört.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das glaube ich wohl; aber ich kann dazu nichts sagen. Ich erinnere mich ~~da~~ nicht ~~dran~~ daran.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann würde ich sagen, ich unterbreche jetzt diese öffentliche Sitzung, und würde die Öffentlichkeit darum bitten, den Saal zu verlassen. Ich würde auch Sie, Herr Professor Naß, bitten, kurz auf uns zu warten. Dann wird es noch einen Moment länger dauern, weil wir dann zur Abstimmung gehen müssen. Ich würde die Kolleginnen und Kollegen aber bitten, einen Moment noch hier im Raum zu bleiben, bevor wir dann gemeinsam zur namentlichen Abstimmung gehen, und berufe dann eine Beratungssitzung ein.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung; I: Öffentlich: 17.42 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung, II: Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 18.06 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Klaus Otto Naß

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Naß, herzlich willkommen wieder in unserer Runde. Jetzt werden wir auch nicht mehr gestört durch irgendwelche Abstimmungen im Plenum. Vielen Dank.

Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktionen über. Die Fraktionen werden jetzt einige Fragen an Sie richten. Das erste Fragerecht geht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Monstadt. - Er sitzt da zu meiner Rechten.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Guten Tag, Herr Professor Naß. Ich darf mal anfangen und mit einigen Fragen zu Ihrer Person und zu Ihrem beruflichen Werdegang beginnen. Mich würde interessieren, was Sie für eine Ausbildung haben und wie sich Ihr Berufsweg bis heute gestaltet. Wenn Sie uns dazu ein paar Angaben machen könnten.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Die finde ich sehr nett, die Frage. Ich bin 1931 geboren, habe Jura studiert und Volkswirtschaft und da 1959 ~~Examen~~ gemacht und Doktor gemacht, war drei Jahre im Bundeswirtschaftsministerium tätig, Abteilung gewerbliche Wirtschaft. Dazu gehörte das Mineralölreferat damals noch. Mit Energie hatte Mineralöl damals noch nichts zu tun. Dann bin ich von dort delegiert worden an die Europäische Kommission, war Mitglied des Kabinetts von der Groeben. Von der Groeben war ~~nach~~ Hallstein der zweite deutsche Kommissar. Ich war zunächst in seinem Kabinett, wurde hinterher stellvertretender Kabinettschef, war dann zwischendurch bei Ernst Albrecht, als er Generaldirektor wurde. Er war vorher Kabinettschef von von der Groeben, und dann wurde er Generaldirektor. Da war ich sein Assistent. Das war also 1967 bis 1970. Und dann war von 1970 bis 1973 die Verhandlung mit Großbritannien, Irland, Norwegen und ~~hoch einem weiteren Staat. Na, wer war es denn? Norwegen, Irland~~ Dänemark ~~und ... ist ja auch egal. Und Großbritannien eben.~~ Da habe ich gearbeitet unter dem Generaldirektor Wellenstein, ein Niederländer, mit dem ich - heute ist er 92 - noch in Kontakt stehe und der mir bis vor kurzem aus seinem Lebenslauf - insbesondere seinem Widerstand unter dem Nationalsozialismus in den Niederlanden - geschrieben hatte, was jetzt teilweise veröffentlicht wird von mir.

Nachdem die England-Verhandlungen vorbei waren, 1973, war ich ~~Chef~~ Abteilungsleiter in der Generaldirektion Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hatte damals besondere Bedeutung bei Beginn der europäischen Einigung und ist insbesondere von Frankreich als entscheidender Wirtschaftsfaktor angesehen worden. Ich war damals zuständig für die Wettbewerbsbedingungen in der Landwirtschaft von 73 bis 76. 76 wurde dann mein früherer Chef in der Kommission hier Ministerpräsident und hat mich hierher geholt nach Hannover. Ich war darüber auch ganz froh, weil 14 Jahre im Ausland, dann kommt man leicht in die Emigration, ohne das jemals gewollt zu haben, und darüber reden wir ja jetzt.

Und danach -- Soll ich noch weitererzählen? ~~Ja, kann ich gerne machen!~~ In der Staatskanzlei war ich also zuständig für die politische Abteilung, ~~danach bis 1982~~ insbesondere das niedersächsische Mitglied für die deutsch-deutsche Grenzkommission. ~~82 kam~~ Frau Breuel als erste deutsche Ministerin nicht ~~nur~~ für Soziales, sondern für Wirtschaft und die hatte mich dann ausgesucht als Staatssekretär. Ich war da völlig erstaunt, hatte auch einen ganz anderen, viel besseren Menschen als mich vorgeschlagen. Trotzdem wurde ich genommen, weil der wegen seines Sohnes von Brüssel nicht nach Hannover kommen wollte.

Vier Jahre war ich bei Frau Breuel zuständig als Staatssekretär, und da ist es nun natürlich so - und damit leiten wir vielleicht über schon zu der nächsten Runde -, dass ein Staatssekretär im Wirtschaftsministerium auch durchaus Dinge macht, die der Minister nicht zu machen braucht, weil der Minister manche Dinge macht wie zum Beispiel - wahrscheinlich; vermute ich mal - Gorleben, wo ich nach meiner Erinnerung im Wirtschaftsministerium ebenfalls nichts Weiteres zu tun hatte.

Das ging bis 1982. ~~Nein, warten Sie mal. 78, 82, 83. Also, es ging bis Ende der 80er Jahre, sage ich jetzt mal so. Und daraufhin~~ wurde ich in den einstweiligen Ruhestand versetzt und bekam vom Ministerpräsidenten den Auftrag, die Entwicklungspolitik des Landes, die Ressorts zu koordinieren

aufgrund eines privatrechtlichen Vertrags, indem ich den Teil des Gehalts, den der im einstweiligen Ruhestand befindliche Beamte nicht bekommt, für diese Aufgabe, dann bekam, und war in dieser Eigenschaft ungefähr 30-mal im Sudan. Wir haben dort - Albrecht hat das so gewollt, und ich war sehr glücklich darüber - eine Entwicklungspolitik gemacht, die nicht von Vorstellungen ausgeht, wie das so allgemein üblich ist, was wir uns hier denken, sondern ahnungslos, wie wir waren - Gott sei Dank, ein großer Vorteil -, ahnungslos, wie ich insbesondere auch war, erst mal gehört, was da los ist, und wir haben dann in kleinen Projekten oft mehr Freude ausgelöst und auch Fortschritte erzielt als alle großen Projekte, die man sich hier ausdenkt, ohne im Einzelnen die Situation konkret in den Ländern zu begreifen; insbesondere keinerlei finanzielle Subventionen. Der Staat Sudan hat durch die niedersächsische Entwicklungshilfe keinen einzigen Pfennig bekommen, sondern es ging alles direkt in die Projekte, und der Staat bekam kein Geld. Ganz anders ist das heute.

Das ging also bis 1990. Dann wurde die Regierung Albrecht abgelöst durch die Regierung Schröder. Herr Ministerpräsident Schröder entschied, dass diese Angelegenheit der Koordinierung nicht mehr in der Staatskanzlei war, sondern an den Herrn Trittin ging, und Herr Trittin war der Meinung, dass die Landesregierung mit einem verbrecherischen Regime zusammengearbeitet hätte - was nicht der Fall war -, und hat sich nicht weiter um die Dinge bemüht.

Ich habe daraufhin in Brüssel beantragt - - Obwohl die normale Befreiung, der normale Urlaub, den man als europäischer Beamter hat, nur drei Jahre ist, wurde mir die ganze Tätigkeit hier als politische Tätigkeit angerechnet, und der Generalsekretär der Kommission hat mir gesagt, wann immer ich wollte, ich könnte jederzeit wiederkommen, bin wieder hingegangen 1991 und habe noch mal wieder dort angefangen in derselben Position, die ich früher hatte, und bin 1994 dann als Brüsseler Beamter pensioniert worden.

Danach bin ich an die Universität Hannover durch Lehraufträge und schließlich als Honorarprofessor, und ich unterrichte weiterhin - allerdings nur mit einem Seminar in jedem Semester - Europarecht an der Universität Hannover.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): So weit erst mal herzlichen Dank.

Können Sie sich noch an die Umstände erinnern, wie Sie damals - 76, glaube ich, sagten Sie - von der Europäischen Kommission in die Staatskanzlei gekommen sind?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ich habe - - Jeder europäische Beamte kann eine Beurlaubung aus persönlichen Gründen beantragen, die in aller Regel auf drei Jahre begrenzt ist. Nicht begrenzt ist sie für politische Tätigkeit, und da ich dann Staatssekretär wurde, zählte das als politische Tätigkeit, was nicht unbedingt in erster Linie gemeint war, sondern in erster Linie gemeint waren sicher Abgeordnete und Minister. Aber der Staatssekretär, der jederzeit entlassen werden kann, galt also auch als politische Tätigkeit. Wie ich schon sagte, der Generalsekretär der Europäischen Kommission, ein Franzose, hat mir gesagt, ich könnte jederzeit wiederkommen. Davon habe ich Gebrauch gemacht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Na, mich würde mehr interessieren: Sie haben vorhin angedeutet, dass der Ministerpräsident Albrecht Sie ja persönlich rübergeholt hat; so habe ich das verstanden. Wie muss ich mir das konkret vorstellen? Wie war Ihr Verhältnis zu dem damaligen Minister oder dann Ministerpräsident Albrecht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich kann da nur - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): War das - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich kann da nur zu sagen: Das Verhältnis zu dem Ministerpräsidenten damals und bis heute ist sehr freundschaftlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Wie würden Sie denn die Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten Albrecht beschreiben in den Abläufen, die Sie begleitet haben, vor allen Dingen in der Zeit, wo Sie in der Staatskanzlei gearbeitet haben? In welchen Bereichen waren Sie da genau, oder für welche Bereiche waren Sie genau zuständig? Gab es da eine Ressortaufteilung oder Zuständigkeitszuordnungen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, es gab natürlich Fachreferate. An sich war das die sogenannte Präsidialabteilung, die die Kabinettssitzung vorbereitete. Also, alles, was anfiel im Kabinett, wurde irgendwie in dieser Abteilung mit Akten versehen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und wie war die Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, immer sehr gut, aber Ministerpräsident ist Ministerpräsident, und das merkt man dann manchmal.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wie habe ich das zu verstehen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Sie haben das so zu verstehen, dass der Ministerpräsident nicht alles machen muss, was sein Staatssekretär oder noch so kompetente Leute ihm raten. Niemand muss das als Minister.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja, gut, aber hatten Sie ein vertrauensvolles Miteinander? Haben Sie intensive persönliche Gespräche gehabt, oder ging das alles auf dem Schriftwege, oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das geht gar nicht auf dem Schriftwege, sondern dies hier ist ja mit der Hand geschrieben und sicherlich nicht als für die Akten bestimmt gedacht. Es ist ja sehr schön, dass es vorliegt. Ich finde es sehr interessant, dieses Schreiben. Ein Ministerpräsident, der nicht als Beamter dahin kommt, der macht das so, wie er das jeweils für richtig hält, und das hat manchmal zur Folge, dass er völlig anderer Ansicht ist als der Beamte, der ihn berät. Ich kann das nicht besser beschreiben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, Sie wollen damit also sagen, dass der Ministerpräsident Albrecht eher kein Beamter oder kein gelernter Beamter war und dass Sie da häufig unterschiedlicher Auffassung waren, oder was darf ich daraus entnehmen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, er ist schon gelernter Beamter gewesen, aber in Brüssel, und ich darf mal hier sagen: Eine internationale Organisation wie Brüssel ist per se, weil es nämlich lauter Ausländer sind, die um einen rum sind, höflicher, freundlicher und menschlicher. Das glaubt man nicht, aber es ist so, und es ist zwangsläufig so, weil man nicht mit seinesgleichen umgeht, sondern ununterbrochen einem Italiener und einem Franzosen und einem Engländer und sonst was begegnet und dienstlich mit denen zusammenarbeiten muss. Insofern war Herr Albrecht zwar Beamter gewesen als Generaldirektor für Wettbewerb, aber im deutschen Sinne wirklich kein typischer Beamter.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Die Frau Vorsitzende, wenn ich jetzt mal den Bereich wechseln darf und zu den konkreten Abläufen in Niedersachsen kommen darf, hat Sie vorhin schon mal auf das Kürzel KEWA angesprochen, KEWA. Sagt Ihnen dieses Kürzel was?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: K?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Konrad, Emil, Wilhelm, Anton.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs-Gsellschaft. Können Sie damit etwas anfangen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das Wort Wiederaufbereitung sagt mir was, aber diese KEWA kenne ich nicht, also glaube ich, nie gehört zu haben. Mir ist es neu.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Haben Sie nie gehört?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, vielleicht habe ich es gehört, aber das weiß ich dann nicht mehr.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, dass es damals in Niedersachsen eine Diskussion um eine Standortermittlung gab, und können Sie sich außer Gorleben, was wir ja hier bearbeiten müssen, daran erinnern, dass dort noch andere Orte im Gespräch waren?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das habe ich dem Vermerk gerade entnommen,

aber erinnern kann ich mich da überhaupt nicht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Erinnern können Sie sich nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich habe dem Vermerk gerade entnommen, dass da drei Standorte in - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

dass

~~Ach, hier ist er ja. Was habe ich - - Weil~~ bei jedem der drei Standorte weitere Untersuchungen einschließlich Bohrungen erforderlich sind. Das lerne ich wieder hier.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Also, persönliche Erinnerungen haben Sie nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Überhaupt nicht, nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Haben Sie denn Erinnerungen an Verfahren, sozusagen Auswahlverfahren, also dass da Kriterien entwickelt wurden, wie Orte, die da im Gespräch waren, die Sie dort gelesen haben, dann bewertet wurden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Überhaupt nicht. Ich habe Erinnerung, eine vage Erinnerung, dass eine große Konferenz stattgefunden hat mit Carl Friedrich von Weizsäcker, so mit mehr wissenschaftlichem Charakter. Daran habe ich meines Wissens auch nicht teilgenommen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ja. Können Sie sich daran erinnern, ob Sie damals eine Meinung hatten zu dem sogenannten Nuklearen Entsorgungszentrum und mit dieser Meinung an den Ministerpräsidenten herangetreten sind?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das nehme ich nicht an. Ich meine, es ist ja alles möglich. Ich habe diesen Vermerk zu meiner Freude jetzt erhalten. Vielleicht kriege ich noch mehr so schöne Vermerke. Aber daran kann ich mich nicht erinnern, nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Da kann ich Ihnen jetzt leider nicht weiterhelfen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Schade.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): So ist das. - Ja, ich habe dann, Frau Vorsitzende, erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Hat die Unionsfraktion weitere Fragen? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann bitte für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Professor Naß, ich bin jetzt nun keine Niedersächsin, wie man unschwer hört, und vom Jahrgang 64 und deshalb auch nicht ganz vertraut mit den politischen Verhältnissen, wie Sie sie vorhin angedeutet haben. Was war denn so das ganz Besondere an der damaligen Situation, außer dass Ministerpräsident Albrecht ganz neu war?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, Gott, es ist immer was Besonderes, wie die Koalition im Bund und in den Ländern ist. Es ist immer eine andere Beziehung zwischen der Bundesregierung, die von zwei Parteien, und einer Landesregierung, die von zwei anderen Parteien gebildet wurden.

Ute Vogt (SPD): Also, Sie meinten damit die unterschiedlichen Konstellationen -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ja, ja, noch dazu eines Neulings.

Ute Vogt (SPD): - der Regierungszusammensetzung?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Noch dazu eines Neulings mit Regierungswechsel gegenüber einer Bundesregierung, die irgendwie anders konstruiert war.

Ute Vogt (SPD): War das Thema Standortsuche - - Oder an was können Sie sich im Zusammenhang mit dem Thema Standortsuche für ein nationales Entsorgungszentrum denn erinnern? Weil das ja kein Thema ist, was überhaupt - - Das war ja ein Thema, das insgesamt breit diskutiert worden ist, jetzt unabhängig von speziellen Vermerken.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, das Wort Entsorgungszentrum ~~ist mir~~ - -

finde ich sehr interessant, aber wäre ich nicht darauf gekommen, dass es diesen Begriff gibt jetzt.

Ute Vogt (SPD): Und das Wort Endlager kennen Sie auch nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Doch, doch, das war hier Gorleben. Es handelte sich ja hier um ein Endlager.

Ute Vogt (SPD): Und können Sie uns beschreiben, in welchem Zusammenhang das diskutiert worden ist oder wie das damals diskutiert wurde jetzt, wie gesagt, unabhängig von Ihren Vermerken?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich kann nur sagen: Dieses ist zufällig ein Vermerk nach diesem Ministertreffen, an das ich mich als solches auch nicht erinnere. Aber an alles auch nicht, wirklich nicht.

Ute Vogt (SPD): Sie erinnern sich nicht, dass Niedersachsen einmal eine Entscheidung getroffen hat oder vorgeschlagen hat, dass Gorleben ein Standort werden könnte?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das habe ich ja hier gerade kritisiert in diesem Vermerk.

Ute Vogt (SPD): Und vorher haben Sie davon nun nichts mehr gehört gehabt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Vorher war ich ja noch in Brüssel. ~~Das ist ja alles -~~ ~~Wann ist das hier von -~~

Ute Vogt (SPD): Nein, ich meine, bevor Sie den Vermerk gesehen haben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Weiß ich wirklich nicht. Ich halte den Vermerk für sehr interessant. Ich freue mich, dass ich den jetzt habe, aber für mich ist das völlig neu, genauso wie für Sie.

Ute Vogt (SPD): Kennen Sie den Bundestagsabgeordneten Herrn Grill?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, kenne ich.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie mit dem viel zusammengearbeitet?

Der war ja Abgeordneter an der Elbe

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, habe ich viel zusammengearbeitet in Bezug auf die Elbgrenze. Was heißt „zusammengearbeitet"? ~~Der ist ja nun da an der Elbe~~, und der hat mir auch eine Fahrt - Ich war in der Grenzkommission - das war nun wirklich eine interessante Sache -, und die tagte alle zwei Monate. ~~Da musste man schon -~~ Da war ja streitig, wo die Grenze verlief. Die Grenze durfte von der Grenzkommission ja nicht erfunden werden, sondern musste sich an die Vorgaben der Besatzungsmächte halten. Diese Vorgaben waren unterschiedlich, wurden unterschiedlich beurteilt, auch bis zum Schluss übrigens, und Ministerpräsident Albrecht war der Auffassung, dass die Grenze an der Ostseite oder Nordseite zu liegen habe, aufgrund von Akten, von Dokumenten. Es gab dann andere - das habe ich aber auch erst später erfahren - Dokumente, die die ~~Interpretation~~ etwas anders sahen.

auf der Elbe organisiert

innerdeutsche

die Grenzkommission

Ich kann nur sagen: Man muss sich nur heute mal vorstellen, man hätte die Grenze ans Ostufer gelegt und dann die Schüsse freigegeben ~~für~~ jeden, der rüberschwimmt. Insofern war das eine sehr vernünftige Entscheidung vom Ministerpräsidenten, dass man die Sache offen ließ und damit eine beiderseitige Benutzung in gewissen Grenzen der Elbe ermöglicht ~~hat~~.

den Willen der Besatzungsmächte

Ute Vogt (SPD): Das war sicher richtig, nur wundert es mich jetzt umso mehr, wenn Sie an so eine doch länger zurückliegende Entscheidung, die heute nicht mehr diskutiert wird, so deutliche Erinnerungen haben und dass Sie gleichzeitig zu einer Entscheidung, die bis heute in der aktiven Politik eine Rolle spielt, nämlich für den Standort Endlager Gorleben, gar nichts mehr sagen können.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das ist der Unterschied zwischen Dingen, für die man verantwortlich ist - und das war ich für das Verhalten Niedersachsens in der Grenzkommission drei Jahre lang; es wurde dann hinterher durch ein ~~Abkommen, nicht~~ Abkommen, ~~durch ein~~ ~~na ja~~, zwischenstaatliches Abkommen im Bundeskanzleramt besiegelt -, oder ob man am Rande da mal gelegentlich erfährt, dass irgendwelche Minister aus Bonn kommen. Das ist ja ein großer Unterschied. Ich hatte in der Grenzkommission wirklich die Verantwortung, und zwar nicht nur für die Elbgrenze, sondern für die gesamten Vorfälle an der Grenze, die in dieser Grenzkommission besprochen wurden,

entschieden wurden. Da war ich derjenige, der das zu machen hatte, und eine solche Kommission, Bund-Länder-Kommission zum Beispiel - wäre ja denkbar gewesen -, gab es nicht. Ich war jedenfalls nicht drin.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich doch gerne noch mal wissen: Der Kollege Grill - an den können Sie sich ja auch gut erinnern -, hatte der einen guten Draht zum Ministerpräsidenten Albrecht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Das weiß ich nicht. ~~Weiß ich nicht~~.

Ute Vogt (SPD): Können Sie nicht sagen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein.

Ute Vogt (SPD): Und sagen Ihnen die Gebrüder Remmers was?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, der eine ist ja nun leider gestorben, ~~der~~ Natürlich habe ich die als Minister erlebt. Die waren ja beide Minister, und ich hatte größte Hochachtung vor dem jetzt verstorbenen Minister, aber auch vor dem Justizminister. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ute Vogt (SPD): Und haben die beide in ihrer Amtszeit oder bevor sie Minister wurden -- Können Sie uns sagen, an welchen Themen da die Gebrüder Remmers gearbeitet haben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das weiß ich nicht. Ich kam ja aus Brüssel 76, und da habe ich den Kultusminister Remmers kennengelernt und dann später den Justizminister. Also, ~~das habe ich schon -- Die~~ Vergangenheit, daran erinnere ich mich nicht. das ist

Ute Vogt (SPD): Und dass der damalige Minister und der spätere Minister, also die beiden Brüder, in Bezug auf einen Endlagerstandort sich jeweils gewehrt haben, dass in ihren Regionen so ein Standort zustande kommt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das kann ich verstehen, aber es ist mir völlig neu.

Ute Vogt (SPD): Ist Ihnen neu?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ist mir völlig neu. Mir ist alles neu, was ich hier heute lerne.

Ute Vogt (SPD): Lesen Sie ab und zu noch Zeitung in Ihrem Heimatbereich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, ~~aber nicht~~ Ich lese da noch sehr viel Zeitung, aber mein Heimatbereich ist auch die Europäische Kommission, mein Heimatbereich ist die Universität Hannover, und mein Heimatbereich - Ich war gestern hier auf dem Wirtschaftstag der CDU, und zwischendurch habe ich das geschwänzt und bin zur Friedrich-Ebert-Stiftung gegangen, wo Sadiq al-Mahdi, der frühere Ministerpräsident des Sudans, war. Also, auch im Sudan fühle ich mich zu Hause, wenn ich das mal sagen darf. M aus A -

Ute Vogt (SPD): Aber Sie haben praktisch in den letzten Jahren auch nichts mehr über Gorleben gelesen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein.

Ute Vogt (SPD): Da haben Sie schon einen ganz schönen Bogen um viele Veröffentlichungen gemacht, wenn ich das anmerken darf.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das muss man auch machen. Wenn man das nicht macht, dann kommt man nicht zum Wesentlichen. Das konnte ~~das~~ ich ja nicht mehr beeinflussen. Ich

Ute Vogt (SPD): Es geht uns ja hier nicht um die Frage der informellen Informationswege und was Sie für Vermerke geschrieben haben. Die haben wir ja auch schriftlich. Da brauchen wir ja am Ende auch gar nicht unbedingt die Aussage dazu. Aber es gibt ja Hinweise, oder es ist ja belegt, dass die Landesregierung bei dem Ministertreffen damals gegenüber der Bundesregierung erklärt hat, es gibt einen Standort, und dass später Ministerpräsident Albrecht diesen Standort noch mal benannt hat und gesagt hat: „Ihr könnt Gorleben nehmen, aber sonst kein anderes." Können Sie sich vorstellen, dass Ministerpräsident Albrecht gehofft hat, dass die Bedenken von Bundeskanzler Schmidt gegen diesen Standort Gorleben dann dazu

führen, dass der Bund auf diesen Standort verzichtet?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich kann mir so was überhaupt nicht denken. Ich denke nicht, was andere denken.

Ute Vogt (SPD): Ich dachte, Sie seien ihm freundschaftlich verbunden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich mache nur noch mal darauf aufmerksam, dass ich hier geschrieben habe in diesem Vermerk, dass Voraussetzung für Gorleben die Sicherheit ist. „Voraussetzung Sicherheit" steht hier noch drin, und das ist auch sehr vernünftig. Also, daran hing alles.

Ute Vogt (SPD): Ja, der damalige Bundeskanzler Schmidt hatte Bedenken wegen der Grenznähe zur DDR, dieses Lager dort anzusiedeln.

Bitte Fragezeichen hinter "Ja"

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja ?

Ute Vogt (SPD): Es gab dann eine Entscheidung von Herrn Albrecht, der sinngemäß sagte, entweder Gorleben oder der Bund bekommt gar nichts, und es gibt die Vermutung einer Zeugin hier, dass Ministerpräsident Albrecht möglicherweise damit gerechnet hat, dass Herr Schmidt dann sagt: „Nein, Gorleben kommt nicht infrage."

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, das ist mir alles neu, und ich werde mich hüten, Dinge, mit denen jemand gerechnet hat, nun heute für wahrscheinlich oder unwahrscheinlich zu halten. Es ist mir neu, und ich freue mich, dass ich das hier lerne.

Ute Vogt (SPD): Sie sind mit Herrn Ministerpräsident Albrecht ja freundschaftlich verbunden, haben Sie gesagt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.

Ute Vogt (SPD): Nun wissen wir, dass er nicht mehr in der Lage ist, hier auszusagen. Insofern wäre es natürlich für uns schon sehr hilfreich, wenn Sie als einer der Wenigen, der aus dieser Zeit auch noch Zeitzeuge sein kann, vielleicht doch noch mal möglicherweise mit Einsichtnahme in die Vermerke sich doch bemühen könnten, uns auch ein bisschen Hilfestellung zu geben. Es geht ja darum, zu untersuchen, wie der Standort Gorleben damals zustande gekommen ist. Das ist, denke ich, eine Frage auch der historischen Klarheit. Können Sie sich vorstellen, wenn wir Ihnen Vermerke geben, dass Sie möglicherweise Ihre Erinnerung wieder dadurch auffrischen könnten?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich darf mal sagen: Die Freundschaft mit Ministerpräsident Albrecht war strikt getrennt vom Beruflichen. Wir wurden zur silbernen Hochzeit eingeladen. Wir kennen die Ursula von der Leyen als Kind in Brüssel. Das kam von Brüssel her. Aber das war strikt getrennt von allem Dienstlichen. Ich brauche das nicht weiter auszuführen.

Ute Vogt (SPD): Trotzdem wollte ich fragen, ob Sie noch mal bereit wären, sich vielleicht eine kurze Zeit zu nehmen, um in Vermerke zu schauen, weil wir doch die Hoffnung nicht ganz aufgeben wollen, dass das eine oder andere Ihnen doch wieder in Erinnerung kommt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das würde ich gerne tun, wenn meine Lebenszeit unbegrenzt wäre. Das sage ich Ihnen wirklich ehrlich. Ich habe noch so viele Dinge, die ich bearbeiten möchte aus meinem Leben, und zwar objektiv ~~dann~~ bearbeiten möchte, und das könnte ja eines sein. Aber das ist ja kein zukunftsweisendes Projekt, und das mache ich nicht, ~~sondern ich mache beschäftige mich~~. Ich habe jetzt ein Buch veröffentlicht über die Grenzkommission, der ich angehört habe, aber auch nicht unter dem Gesichtspunkt, was damals war, sondern unter dem Gesichtspunkt, was uns damals nicht bekannt war, wie wir von der Stasi beobachtet ~~und gelenkt/teilweise gelenkt worden sind/und~~. Das habe ich in der Birthler-Behörde bearbeitet, mir die Akten durchgesehen und damit einen Beitrag geleistet für das Verständnis der Grenzkommission. Aber für Gorleben möchte ich wirklich nicht mehr aktiv tätig sein.

DDR-Grenzregime

wurden und wie die Stasi das ganze Grenzregime beherrscht hatte.

Ute Vogt (SPD): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion dort zu meiner

Rechten. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Naß, Sie sind ja vielseitig in Ihrer beruflichen Laufbahn gewesen. Sie sind ja viel rumgekommen; aber ich denke schon, dass Sie auch sicherlich über die Brüsseler Grenzen hinaus gewusst haben, was in den einzelnen Ländern so passiert ist. Also, das unterstelle ich Ihnen jetzt einfach mal. Sie haben doch sicherlich die Ölkrise Anfang der 70er-Jahre - - Das hat man doch eigentlich überall gemerkt. Wir haben doch Anfang der 70er-Jahre wirklich darüber nachgegrübelt, dass uns das so schnell nicht wieder passieren soll. Damals, unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, gab es doch eine sehr rege Diskussion: Wie wollen wir in der Zukunft unsere Energieversorgung sichern? Da gab es das große Konzept. Es war ja auch allbekannt, dass Helmut Schmidt auf ein Konzept gesetzt hat zu der damaligen Zeit, dass er bis zu 50 Kernreaktoren bauen lassen wollte. Und in dem Zusammenhang kam es eben auch zu dieser Idee, die Abfälle aus diesen Kraftwerken dann in einem nationalen Entsorgungszentrum, welches Sie ja nicht kennen, dann sozusagen zu verbringen. Das waren so die Planungen. Ist Ihnen diese ganze Diskussion überhaupt nicht mehr erinnerlich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ist es nicht, und es ist umso erstaunlicher, als ich ja im Bundeswirtschaftsministerium drei Jahre im Mineralölreferat gearbeitet habe. Aber da waren die Zeiten noch ganz anders. Ludwig Erhard musste erst mal begreifen, was eine Kuppelproduktion ist und dass das Heizöl praktisch verschenkt werden konnte, wenn man die Benzinpreise so hoch machte, für das Benzin, das den gleichen Produktionsvorgang hatte.

die Ölfirmen

Nein, ich konnte auch nicht die ganze Welt bearbeiten, sondern ich habe beruflich zum Beispiel dieses Problem zwischen Kohle und Heizöl - - 140 Millionen Tonnen Kohle wurden damals noch gefördert, und dem Bundesminister für Wirtschaft musste beigebracht werden, dass die Konkurrenz zum Heizöl keine Konkurrenz ist, sondern dass die Mineralölkonzerne es in der Hand haben, wie viel sie für das Heizöl nehmen, und daher andere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ich habe mich dann beschränkt auf das, was für mich in Betracht kam. Ich konnte nicht die ganze Welt beurteilen.

Marco Buschmann (FDP): Herr Professor Naß, das ganze Thema Gorleben ist auch wissenschaftlich aufbereitet worden, auch von Historikern. Es gibt eine umfangreiche Arbeit von Herrn Dr. Tiggemann dazu. Darin heißt es - das ist die Tiggemann-Expertise, MAT A 93, Seite 35 -, dass Sie in Ihrer Funktion als Leiter der Abteilung 1 in der Staatskanzlei sich gegenüber Herrn Albrecht geäußert hätten mit einer Reihe von kritischen Argumenten. Ich nenne jetzt mal nur ein paar Schlagworte - vielleicht helfen die Ihnen bei der Erinnerung -: Rentabilität; Kosten von Polizeieinsätzen, falls es zu Demonstrationen kommt; ob man nicht mal überlegen könnte, ob man eine europäische Endlagerlösung andenken könnte usw. - Ist Ihnen irgendwas erinnerlich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Wenn der richtig zitiert hat - was ich nicht weiß -, dann ist es richtig. Aber wenn er nicht richtig zitiert, ist es nicht richtig. Ich erinnere mich daran nicht, finde es aber ganz vernünftig, was ich da wohl - -

Marco Buschmann (FDP): Eine letzte Frage. Das sind ja nun alles Dinge, die sozusagen das Umfeld der Anlage betreffen. Kosten des Polizeieinsatzes, Rentabilität usw., das sind ja alles keine sicherheitsbezogenen Dinge im engeren, im technischen Sinne. Ist Ihnen irgendwas erinnerlich, dass Sie skeptisch in Bezug auf die Sicherheit gegenüber der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Gorleben waren?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Mir ist da nichts erinnerlich.

Marco Buschmann (FDP): Nichts erinnerlich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich war auch dafür nicht zuständig, sondern allenfalls mal in Bezug auf Kabinettsvorbereitung oder so etwas, aber mehr ist das nicht.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit geht das Rederecht

jetzt an die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Naß, Sie haben gesagt, Sie wären niedersächsisches Mitglied der deutsch-deutschen Grenzkommission gewesen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wie groß war die Kommission? Da waren auch aus den anderen Bundesländern - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja. Nicht aus den anderen Bundesländern, sondern aus den Bundesländern, die eine Grenze zur DDR hatten. Also, Nordrhein-Westfalen war da nicht vertreten, sondern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Bayern und im Übrigen die Bundesregierung durch das Innenministerium - das deutsche Bundesinnenministerium ist ja erstaunlicherweise für die Außengrenzen zuständig - und das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und vonseiten der DDR? Wie war das da besetzt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, die hatte eine Delegation, und - das ist eben das Interessante - die bestand aus Vertretern der dort zuständigen Ministerien. Das ist das dortige Innenministerium gewesen, das ist das dortige Finanzministerium - Deutschland im Übrigen auch -, und noch was, und auch einer vom Mielke-Ministerium. Wir haben nie so richtig rausgekriegt, wie wir von der Stasi da beobachtet wurden. Natürlich, dass die alles abhörten und so, das war ja klar. Wir sind auch teilweise an die frische Luft gegangen und haben die Besprechung draußen gehabt, aber - - Was soll ich noch dazu sagen?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wie oft haben Sie getagt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, eben alle ein, zwei - Ich meine, man muss unterscheiden: Vorbereitung der deutschen Delegation und mit der DDR-Delegation. Das sind also - Jeden Monat. Ich habe Vermerke in das Buch aufgenommen. Damit die Leser nicht denken, ich hätte da nur Feuilleton geschrieben, habe ich auch mal einen Vermerk an Albrecht in dem Buch drin. Das ging teilweise so weit, dass ich die Abteilung gar nicht leiten konnte in der Staatskanzlei, weil das ununterbrochen - Das behält man natürlich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann haben Sie in der Zeit sicherlich auch Ministerialdirigent Dr. Hans Otto Bräutigam kennengelernt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Flüchtig. Ich schätze ihn außerordentlich. Er war ja teilweise Mitarbeiter von Herrn Gaus. Gaus hieß der, nicht? Ja, Er war teilweise stellvertretender Leiter der Bundesrepublik und teilweise war er auch, wie die Grenzkommission da war, der Leiter, weil Herr Gaus als ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland es für richtig hielt - und das war auch sicher richtig -, bei dem Diplomatenausflug, den die DDR für die Diplomaten organisiert hat, abwesend zu sein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Mir liegen Informationen vor, dass vonseiten der DDR Herr Dr. Baumgärtel da eine wesentliche Rolle hatte. Können Sie sich an den erinnern, oder an wen können Sie sich vonseiten der DDR erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Die Grenzkommission wechselte ja. Ich war ja auch nur von 76 bis 78 drin. Wie ich dann ins Wirtschaftsministerium kam, war mein Nachfolger Herr Ebisch von der niedersächsischen Landesregierung. Also, das wechselte. Der Name ist mir bekannt. Der war, glaube ich, auch Polizeipräsident in Ostberlin. Jedenfalls: Ich habe den nicht kennengelernt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und was waren nach Ihrer Erinnerung die Hauptinhalte dieser Treffen? Ging es, sag ich mal, um Belange, die an der Grenze sozusagen von Relevanz waren, oder waren das jetzt richtig staatliche? War das jetzt eher das Praktische, Kleinteilige, was Probleme rechts und links der Grenze betraf, oder waren das eher große politische Fragen?

Seite 97

Reinschrift r. Spalte Abs. 3 (es folgen die 4 letzten Zeilen)

L.. außerordentlich. Er war zu meiner Zeit stellvertretender Leiter der Römischen Verwaltung der Bischofsregentschaft in Ostberlin und hat als solcher einmal die Grenzkommission empfangen, weil Kor Gam, der Leiter der Verwaltung es für nötig hielt. – Einmal .....

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Beides. Die Hauptaufgabe bestand darin, festzustellen: Wo liegt die Grenze aufgrund der Vereinbarung der Alliierten? Wo liegt die? Daneben entstand dann eben zum Beispiel Eckertal. Das ist die Talsperre in Niedersachsen. Die Versorgung der niedersächsischen Gebiete geht über Rohre, die durch DDR-Gebiet fließen. Das war also eine höchstkomplizierte Sache, das zu regeln. Solche Dinge geschahen eben auch.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wenn dann jetzt eine größere wirtschaftliche Ansiedlung oder ein größeres Bergbauprojekt von einem der Staaten dicht an der Grenze geplant worden wäre, was vielleicht Einfluss auf den anderen Staat ~~Start~~ gehabt hätte, wäre das dann da auch verhandelt worden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, also die DDR konnte dicht an der Grenze so etwas gar nicht machen, weil sie da die Grenzanlagen hatte. Und wenn Sie von deutscher Ansiedlung sprechen: Das weiß ich nicht. Warum sollten wir an der Grenze irgendeine Ansiedlung auf dem Gebiet der Bundesrepublik mit der DDR besprechen? ~~- Das kann ich nicht beurteilen.~~ Das ist mir neu. Aber nicht neu ist mir, dass die DDR ja verhindert hat, dass die DDR-Bevölkerung die Grenze zu Gesicht bekam. Ganze Dörfer wurden erst mal unter einem fürchterlichen Stichwort - mir fällt es jetzt nicht ein: „Säuberung" oder so ähnlich - verpflanzt ins Innere, und dann kam die DDR-Grenze. Die war im Grunde die Grenze zwischen der ohnehin nur noch schwach besiedelten Grenzregion, und dann kam eine große Zeit gar nichts, dann kamen die Laufgräben, und dann kamen die Schießscharten. Vor allen Dingen war eines, was ich festgestellt habe, wichtiger als die ganze Grenzabwehr: Das war der Bericht über diese Grenzabwehr an Herrn Mielke. ~~Das war. - Die Fragen sonst von Ihnen kann ich nicht verstehen.~~

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, nach Ihrer Erinnerung war dieses Projekt Gorleben oder auch Morsleben, was ja ein ähnliches Projekt auf DDR-Seite war, nie Thema in der Kommission?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, das war bestimmt nicht Thema in der Grenzkommission. Zu meiner Zeit nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann fragen jetzt die Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal auf die Anfangsphase, auf Ihren Start in Niedersachsen zu sprechen kommen. Das war ja an sich eine spannende Phase. Ernst Albrecht war gerade Ministerpräsident geworden - ein durchaus überraschendes Ergebnis -, und Sie haben, wenn ich das richtig verstehe, dann gleich als Mitarbeiter bei ihm in dieser Zeit angefangen. Richtig?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, das ist richtig. Man muss sich das mal so vorstellen, dass Niedersachsen, mit Ausnahme einer Zeit von Ministerpräsident Hellwege, seit Kriegsende von einer Partei durchgehend regiert worden ist.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich bin genau zu der Zeit nach Niedersachsen zugezogen. Deswegen kann ich mich daran deutlich erinnern.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, darum erzähle ich es Ihnen ja. Und nun kommt ein Mensch, der seine politische Erfahrung in Brüssel gesammelt hat, der dann hier in Niedersachsen im Landtag war und bei der Firma Bahlsen als Finanzdirektor sein Brot verdiente, und wird dann plötzlich gewählt, in der Mitte der Legislaturperiode, nachdem dieser wirklich noble Ministerpräsident Kubel, der auch in allen Regierungen vorher alle möglichen Ressorts betreut hatte, gedacht hat, der von ihm ausgewählte Herr Kasimier würde nun sein Nachfolger. Und das wurde nun Herr Albrecht mit einer Stimme Mehrheit nach mehrfachen Abstimmungen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das war sehr überraschend.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Und nun ist er also Ministerpräsident, betritt diese Staatskanzlei und hat lauter Leute vor sich, die so was gar nicht kennen, dass ein CDU-Mensch Ministerpräsident werden kann. Das ist ja auch logisch. Das war nie

(Ministerpräsident Albrecht)

der Fall, außer bei Herrn Hellwege eine Zeit lang. Und dann hat ~~er~~ sich gesagt: ~~Einen wenigstens~~. Ich mache gar nichts anders, sondern ich hole einen Menschen - alles bleibt, wie es ist -, dem ich vertraue, einen, der ohnehin nicht mehr emigrieren will, sondern auch mal wieder zurück will nach Deutschland. ~~Den frage ich, ob das geht, ob der kommt.~~ Und dann bin ich gekommen. So ist das. (Dem bleibe ich das an)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau so habe ich Ihre Rolle auch verstanden, auch nach dem, was Sie vorhin geschildert haben. Einen, auf den er sich verlassen können musste, brauchte er wenigstens.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da habe ich gleich mal eine Frage, weil Sie ja vorhin schon nach den Brüdern Remmers gefragt wurden. Die kommen aus dem Emsland, wo ich jetzt auch fast herkomme. Können Sie sich noch daran erinnern, dass, relativ bald nachdem Ernst Albrecht Ministerpräsident geworden ist, ihm die Brüder Remmers, sagen wir mal: die Hölle heißgemacht haben wegen bestimmter Probleme und gesagt haben: „Wenn du jetzt in dieser Richtung falsch entscheidest, dann bis du nicht mehr lange Ministerpräsident"?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, solche Dinge, wenn sie vorgekommen sein sollten - das weiß ich nicht -, hätte Herr Albrecht mir bestimmt nie erzählt, ~~sondern~~ Dazu kann ich nichts sagen. Nie gehört, und ich weiß auch nicht, ob es stimmt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war relativ öffentlich. Ich sage Ihnen, worum es ging. Da hatte sich Ernst Albrecht schon entschieden, eine Bereitschaft zu signalisieren: Wir könnten ja ein Endlager untersuchen in Niedersachsen in Salz, und das sollte nämlich im Wahlkreis der Gebrüder Remmers sein, im Emsland. Da war sozusagen schon Dampf im Kessel angesagt, und deswegen hatte ich gedacht, Sie erinnern sich vielleicht an den Anlass, warum die Brüder Remmers bei ihm vorstellig geworden sind, sagen wir es mal neutral.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Bei wem vorstellig geworden?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ministerpräsident Albrecht.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Keine Ahnung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Keine Ahnung. Ich finde die beiden - ~~Beide~~ haben mir als Persönlichkeit imponiert, und solche Dinge hätten mich auch eigentlich nicht interessiert. Das ist mir alles neu.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich mir gedacht habe, vielleicht könnte das auch der Hintergrund sein, dass Sie - - Ich meine, es war schon schwierig. Ernst Albrecht musste ja auch in seiner CDU um Zustimmung werben. Das könnte vielleicht der Hintergrund gewesen sein, warum Sie ihm doch mehrfach - auch in dem Vermerk, den wir da gerade vorliegen haben - dazu geraten haben, mehr oder weniger etwas vorsichtig zu sein, und warum Sie über bestimmte Entscheidungen überrascht waren. Da hat er Sie nicht konsultiert?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, diese Unterstellung weise ich zurück.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage, keine Unterstellung.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, auch als Frage weise ich es zurück. Ich habe sachlich argumentiert und nicht mit solchen Sachen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie hatten in dem einen Vermerk ja Ihre Überraschung geäußert, oder: haben dem Ministerpräsidenten und dem Staatssekretär mitgeteilt - das ist der, der vorhin schon zitiert worden ist -, dass das Ergebnis der Besprechung Überraschung ausgelöst hat, und haben das begründet. Ich habe den Vermerk auch eher als guten Rat verstanden, nicht als was Böses. Sie haben sich ja mit dem Thema danach noch mal befasst und haben noch einen Vermerk handschriftlich gemacht, wo Sie „wichtig"

drübergeschrieben haben und wo Sie noch mal darauf hingewiesen haben, dass man gerade die Sicherheitsfrage genauer untersuchen müsste, und das auch an den Ministerpräsidenten gerichtet. Können Sie sich an solche Debatten erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, wenn Sie mir den Vermerk auch mit auf den Weg geben, würde ich mich freuen; aber das ist mir alles neu, und ich darf noch mal sagen: Solche Dinge, die Sie jetzt behaupten, dass die beiden Brüder Remmers das gemacht haben sollen - lassen wir mal offen, ob es stimmt -, die hätten mich auch nicht interessiert, und ich hätte sie auch nicht erfahren, sondern ich habe sachlich argumentiert, habe mich jedenfalls bemüht, sachlich zu argumentieren. Wenn Sie mir den Vermerk verehren, würde ich mich freuen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen wir gleich. Ich wollte nur anmerken: Das mit den Brüdern Remmers stand natürlich in der Landespresse, und ich gehe doch mal davon aus, dass Sie damals als Mitarbeiter auch mal den Pressespiegel der Landespresse gelesen haben. Aber ich nehme das jetzt auch mal so wie Sie zur Kenntnis.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ich darf doch mal bitten, dass Sie sehen, dass ich mich bemüht habe, -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber klar.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: - auf allen Positionen nicht Presse zu lesen, sondern die Presse in erster Linie unter dem Gesichtspunkt zu lesen, was für mich wesentlich ist, und da waren solche Geschichten für mich - auch persönlich - nie wesentlich.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay, das nehmen wir jetzt auch einfach mal zur Kenntnis.

Dann frage ich Sie mal, weil Sie sich ja doch an Personen eher ganz gut erinnern können, auch an die Brüder Remmers: Erinnern Sie sich noch an Herrn Leisler Kiep und an seine Besuche in Hannover?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, Herr Leisler Kiep hat hier keine Besuche gemacht, sondern er war niedersächsischer Finanzminister, und ich habe hinter ihm im Landtag gesessen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es falsch formuliert: nicht seine Besuche in Hannover, sondern seine Besuche in der Staatskanzlei.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Da war ich nicht bei, ~~habe ich auch nicht --~~ Ist mir neu. Natürlich ist Herr Kiep mir nicht neu, aber die Besuche in der Staatskanzlei sind mir völlig neu.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wir Herrn Leisler Kiep noch in der Diskussion haben, dass wir ihn als Zeugen laden werden, und dann wäre das ja eine interessante Information gewesen, an wen Sie sich erinnern.

Aber dann wollte ich Sie noch nach einer letzten Person fragen. Kennen Sie oder haben Sie auch mal diskutiert mit Dr. Anselm Tiggemann, der sich zu der Gorleben-Frage auch in wissenschaftlichen Publikationen auseinandergesetzt hat?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Also, ich kann mich - - Das ist mir neu, aber das ist nicht ausgeschlossen. Ich habe mit so vielen Leuten dienstlich zu tun gehabt. Bis heute beeindruckt hat es mich jedenfalls nicht.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Herr Dr. Tiggemann ist ein junger Mann, der dem Ausschuss auch persönlich bekannt ist. Von daher haben wir gelacht. Wir haben nicht über Ihre Antwort gelacht, Herr Professor Naß, sondern nur, weil wir alle - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Ja, wer ist es denn? Dann sagen Sie es doch mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Tiggemann ist nicht im Raum heute, aber er ist - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nach unseren Informationen haben Sie aber nicht mit ihm gesprochen!)

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein. Woher kenne ich ihn?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn Sie mit ihm gesprochen hätten, wären Sie beeindruckt gewesen! - Heiterkeit)

- Ja, aber lassen Sie mich doch noch mal wissen, was mir da entgangen ist jetzt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Tiggemann ist Historiker und hat über den Ablauf der Prozesse, wie man denn zu dem Standort Gorleben kam, eine wissenschaftliche Publikation verfasst und in dem Zusammenhang auch mit Zeitzeugen gesprochen. Von daher war die Frage, ob er - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Mit mir offenbar nicht, nein.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, er zitiert aber Herrn Naß! Das ist ja der Witz dabei! Er zitiert Sie! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Grindel stellt ihn Ihnen bestimmt vor!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die erste Berliner Runde ist rum. Gibt es weitere Fragen an Herrn Professor Naß? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann bedanken wir uns sehr herzlich bei Ihnen, Herr Professor Naß, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, und ich darf jetzt diese Befragung ganz formal auch beenden.

Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch einen Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch weitere Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Otto Naß: Nein, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich sehr herzlich dafür, dass Sie hier bei uns waren und zur Verfügung gestanden haben. Ich bedanke mich sehr herzlich auch beim Protokoll, schließe die Sitzung und wünsche allseits einen schönen Abend. Auf Wiedersehen!

(Schluss: 18.53 Uhr)